C 21734 D

Fußball ja! Folter nein! S. 58



Arbeiterkampf

Jg.8 Nr.130, 29.Mai 1978
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
2 DM

Grenzschutzskandal: Maihofer ist reif!



Mit den Enthüllungen über die Bespitzelungspraktiken des Bundesgrenzschutz (BGS) an allen bundesrepublikanischen Grenzübergängen und auf

Mit den Enthüllungen über die Bespitzelungspraktiken des Bundesgrenzschutz (BGS) an allen bundesrepublikanischen Grenzübergängen und auf den Flughäfen wurde die Liste der (bekanntgewordenen) illegalen Praktiken des Bonner Innenministeriums um einen weiteren Fall bereichert.

Erstmals 1976 wurde vom BGS-Hauptquartier an alle Grenzpolizisten eine Sonderanweisung mit der Aufforderung verschickt, »*Beobachtungen über den Besitz von ,linksextremistischen und linksextremistisch beeinflußten Druckwerken' ebenso an Bonns Geheimdienste weiterzuleiten wie Daten über Grenzübertritte von Mitgliedern ,linksextremistischer und linksextremistisch beeinflußter Organisationen*« (»Spiegel«, 21/78). Sie sollte den Beamten »*das erforderliche Hintergrundwissen*« liefern, »*um suspekte Grenzgänger auszusortieren, zu registrieren und dem Verfassungsschutz oder dem Bundesnachrichtendienst zu melden*«. Dies allein hätte wohl den Journalisten der »Frankfurter Rundschau« — »FR«, dem diese Sonderanweisung auf den Tisch flatterte, nicht vom Hocker gerissen. Doch in der Anlage dieser Sonderanweisung befanden sich zwei Listen, auf denen 239 Organisationen und 287 Publikationen als »linksextremistisch oder linksextremistisch beeinflußt« aufgeführt sind. Und die hatte es in sich: Denn hier waren nicht nur kommunistische und anarchistische Organisationen bis hin zur DKP aufgeführt, sondern ebenso Zeitungen wie »konkret« und »das da«, eine Reihe von Frauengruppen, Chilesolidaritätskomitees, und selbst Bürgerinitiativen wie »Berliner Mietergemeinschaft e.V.« oder der »Initiativkreis Nachmittagsschule Eimsbüttel« fehlten nicht. Schon jetzt müssen also tausende von Bundesbürgern damit rechnen, allein wegen des Besitzes einer der inkriminierten Zeitungen im Computer des Verfassungsschutzes gespeichert zu sein.

Die Tatsache dieses Ausmaßes ließ den Fall zu einem »Skandal« werden. Das Innenministerium konnte nun die Existenz der Bespitzelung durch den BGS nicht mehr leugnen. Das war

den Fall zu einem »Skandal« werden. Das Innenministerium konnte nun die Existenz der Bespitzelung durch den BGS nicht mehr leugnen. Das war nicht immer so. Noch im Januar dieses Jahres hatte der Parlamentarische Staatssekretär von Schoeler auf eine entsprechende Anfrage des SPD-Abgeordneten Conradi unverfroren geantwortet, »*daß dem Bundesgrenzschutz ,grundsätzlich' die ,Nachprüfung des Textes etwa mitgeführter Schriftstücke nicht gestattet ist'*«, obwohl auch schon zu diesem Zeitpunkt Beweise für das Gegenteil vorlagen. Wer erinnert sich nicht an den Fall Broder, für dessen Manuskripte sich der BGS interessierte (Broder wollte in der Schweiz einen Vortrag über Neofaschismus halten)?

Nach Bekanntwerden der Listen samt Sonderanweisungen flüchtete sich Maihofer in die nächste Lüge: Die Listen wären ohne Kenntnis des Innenministeriums verschickt worden. Angefertigt haben kann sie jedoch nur der Verfassungsschutz, denn der BGS dürfte kaum über solch detaillierte Kenntnis der linken Szene verfügen, wie sie in den Listen zum Ausdruck kommt. Schaltstelle für BGS und Verfassungsschutz ist aber eben genau das Innenministerium.

So in der Enge, machte Maihofer gleich zwei weitere interessante Eingeständnisse. Erstens gab er zu, daß der BGS seit den fünfziger Jahren »*bestimmte Erkenntnisse, die ihm bei grenzpolizeilichen Kontrollen bekannt werden*«, erfaßt. Und zweitens gab er die Existenz einer »Sonderanweisung« zu, über die er selbst schreibt: »*Die Sonderanweisung aus dem Jahre 1976 wurde vor dem Inkrafttreten mit den zuständigen Ressorts und im ,Ständigen Ausschuß Nachrichtendienste' inhaltlich abgestimmt*« (nach »Extradienst«). Auch wenn er über den Inhalt dieser Sonderanweisung nichts sagen wollte, liegt nichts näher als die Vermutung, daß es sich eben um die

Fortsetzung auf Seite 3

NATO überfällt Zaire

Erneuter Volksaufstand in Zaire! Nur sechs Tage nachdem diese Meldung durch die Welt ging, fielen französische und belgische Fallschirmjäger in Shaba ein. In einer generalstabsmäßig durchgeführten Luftlandeoperation ließen die NATO-Staaten USA, Belgien, Frankreich und England das Zentrum der Rebellion besetzen und ein Blutbad unter der Bevölkerung anrichten. Beteiligt waren 1750 belgische Fallschirmjäger, 800-900 französische Fremdenlegionäre, 18 US-Transportflugzeuge mit 100 Mann Militärpersonal und vier englische Transportmaschinen. Abgesprochen wurde dieser Überfall zwischen Carter, Giscard, Tindemans und Callaghan. An den Beratungen, die z.T. auch in Stuttgart und Heidelberg stattfanden, nahm auch die BRD-Regierung teil. Letztere stellte Zaire sofort 60 Millionen Mark zur Verfügung und lobte die Intervention als „**angemessen**" („SZ", 20.5.). Die EG-Außenministerkonferenz segnete das imperialistische Abenteuer nur wenige Tage später in Kopenhagen ab.

Nach den empfindlichen Niederlagen des Imperialismus in Angola, Mosambik und Guinea Bissao auf afrikanischem und in Vietnam, Laos und Kampuchea auf asiatischem Boden geht der Imperialismus mit gesteigerter Aggressivität in der 3. Welt vor, um seine Einflußgebiete zu halten und zu erweitern. Das Volk von Zaire ist innerhalb von nur 13 Monaten zum zweiten Mal Opfer dieser gesteigerten Aggressivität des Imperialismus geworden. Was als „Geiselbefreiung" deklariert wurde, war der Vorwand für die Wiedereinführung klassischer kolonialer Kanonenbootpolitik in Afrika (vergl. dazu gesonderten Artikel in diesem AK). Insbesondere der EG-Imperialismus

Vorwand für die Wiedereinführung klassischer kolonialer Kanonenbootpolitik in Afrika (vergl. dazu gesonderten Artikel in diesem AK). Insbesondere der EG-Imperialismus

scheint auf eine „Lateinamerikanisierung" Afrikas abzuzielen, das er gleichsam als „natürliches" Ausbeutungs- und Einflußgebiet behandelt. Die „SZ" (24.5.) bewertete Frankreichs Rolle entsprechend „*Diese Verwicklung hängt aufs engste zusammen mit der französischen Idee eines politischen, wirtschaftlichen und – bis zu gewissem Grade – auch militärisch eigenständigen Europas.*"

Der überwältigende Teil der bürgerlichen Presse ließ keinen Zweifel aufkommen, daß die EG-Imperialisten berechtigt seien, jederzeit „gefährdete" Neokolonien zu überfallen und zu besetzen. Eine Welle des Chauvinismus und Rassismus, verpackt in gespieltes Mitleid mit den „Geiseln", überschwemmte in den letzten Tagen die gesamte imperialistische Welt. ZDF-Korrespondent Schulz drückte es so aus „**Die Zeit der politischen Schamhaftigkeit in der europäischen Afrika-Politik ist offensichtlich vorbei.**" Und „Welt"-Schreiber Heinz Barth jubelte: „*Eine neue Einstellung zur Bolschewisierung Afrikas beginnt sich in den westlichen Hauptstädten abzuzeichenen*" („Welt", 20.5.). Sein Kollege, der berüchtigte Söldner-Freund Germani, empfiehlt gleich eine Dauerbesetzung Zaires durch den Imperialismus: „**Wenn der Staatschef von Zaire offen erklärt, daß seine Streitkräfte seine Bürger allein gegen sowjetischen Kolonialismus nicht schützen können – ist es nicht berechtigt, wenn ein ausländischer Schutz (ob reguläre Truppen, ob eine aufzustellende Fremdenlegion) im Land bleibt?**" („Welt", 23.5.).

Die angebliche „humanitäre Zielsetzung" des Überfalls wird von den bürgerlichen Politikern und Kom-

Fremdenlegion) im Land bleibt?" („Welt", 23.5.).
Die angebliche „humanitäre Zielsetzung" des Überfalls wird von den bürgerlichen Politikern und Kom-

mentatoren s e l b s t immer wieder entlarvt, wenn sie die strategische und wirtschaftliche Bedeutung Zaires beschwören, die ein Eingreifen nötig mache. Die „Süddeutsche Zeitung" (23.5.) formuliert ganz offen. „*Trotz neuer Technologien gehören Kupfer und Mangan immer noch zu den strategischen Bodenschätzen, deren wichtigste Vorkommen partout nicht in die Verfügungsgewalt der weltpolitischen Antagonisten* (= Gegenspieler, Anm. AK) *fallen soll. (...) Daß mehr hierin als im Humanitären der Anlaß für Präsident Giscards Einsatzbefehl an einen Teil seiner Fremdenlegionärs-Fallschirmjäger zu suchen ist, darf als Tatsache gelten.*" („SZ", 23.5.).

Der ungeheure Reichtum Zaires an wichtigen Rohstoffen ist jedoch nur e i n Motiv für die imperialistische Militäraktion. Insgesamt geht es dem Imperialismus um eine Demonstration der Stärke und des „Durchgreifens" gegenüber Befreiungskräften der 3. Welt, die seine Ausplünderungspolitik bedrohen könnten. Sehr deutlich wird dies an der angeblichen Bedrohung durch die Sowjetunion und Cuba, die inzwischen in der Afrikapolitik für j e d e dem Imperialismus mißliebige Entwicklung zum Hauptverantwortlichen erklärt werden. Die imperialistischen Propagandisten werden nicht müde, die „rote Unterwanderung" Afrikas und die Gefährdung der berühmt-berüchtigten Ölrouten im „geopolitischen Maßstab" an die Wand zu malen „*Allenthalben wird im Westen jetzt begriffen, daß der schwarzafrikanische Kontinent in seiner Gesamtheit aufgerollt werden soll*

Fortsetzung auf Seite 7

schwarzafrikanische Kontinent in seiner Gesamtheit aufgerollt werden soll
Fortsetzung auf Seite 7



SPD-Meinungsumfrage sagt: 6 Prozent für die Bunte Liste

6% für die Bunte Liste – das ist das Ergebnis einer bislang geheimgehaltenen Meinungsumfrage, die die SPD in Auftrag gegeben hat. Dies wurde uns aus gut unterrichteten Journalistenkreisen mitgeteilt. Das Umfrage-Ergebnis stimmt in etwa mit anderen bislang bekannten Umfragen überein, bei denen allgemeiner nach Stimmabgaben für AKW-Gegner und Umweltschützer gefragt wurde. Ein weiteres Indiz, daß auf der Gegenseite mit dem Einzug der BUNTEN LISTE ins Rathaus real gerechnet wird, ist eine Anfrage von Springers „Hamburger Abendblatt" im Wahlkampfbüro der BUNTEN LISTE: Es sollten vorsorglich Einzelfotos und Lebensläufe der ersten acht Kandidaten zugeschickt werden, da das „HA" am ersten Tag nach der Wahl die neuen Abgeordneten genau vorstellen wolle (8 Abgeordnete entsprächen bei gleichbleibender Wahlbeteiligung gegenüber 1974 ca. 7% – also ähnlich der geheimgehaltenen SPD-Umfrage plus „Sicherheitsfaktor").

Fortsetzung auf Seite 3

Filbinger verliert vor Gericht — Das genügt nicht !

Am 23.Mai 1978 entschied die 17. Zivilkammer des Landgerichts Stuttgart über den Erlaß einer Einstweiligen Verfügung, die CDU-Filbinger gegen den Schriftsteller Rolf Hochhuth erwirken wollte.

Das Urteil:

1. Hochhuth hatte Filbinger in einem in der „Zeit" vorabgedruckten Aufsatz als **„Hitlers Marinerichter"** bezeichnet. Das Gericht entschied: *„Die Bezeichnung 'Hitlers Marinerichter' sei zwar ehrverletzend, aber kein so schwerer Vorwurf. Eine solche Meinung könne nach den Verfahren gegen Gröger* (F. hatte als Ankläger die Todesstrafe für G.'s versuchte Fahnenflucht gefordert und durchgesetzt – Anm. AK) *und Petzold* (F. verurteilte P., bereits in britischer Gefangenschaft, wegen Anti-Hitler-Äußerungen zu sechs Monaten Gefängnis – Anm. AK) *'durchaus vertreten werden'* " („Süddeutsche Zeitung", 24./25.5.).
2. Hochhuth darf Filbinger weiterhin einen **„furchtbaren Juristen"** nennen. *„Gemeint sei damit nicht, Filbinger sei ein furchterregender und überstrenger Richter gewesen, vielmehr einer, der auch nach Kriegsende nicht umgedacht, sondern noch Recht aus dem Dritten Reich angewandt habe"* so das Gericht lt. „SZ".
3. *„Auch den Vorwurf, Filbinger habe ein Nazigesetz angewandt, läßt das Gericht gelten"* (ebd.).
4. Eine Formulierung ist Hochhuth allerdings verboten worden: Filbinger sei *„auf freiem Fuß nur dank des Schweigens derer, die ihn kannten"*. In dieser Äußerung liege ein versteckter Vorwurf der Strafbarkeit von Filbingers Handlungen im Jahre 1945. Das Gericht meint, *„es gebe keine Anhaltspunkte dafür, daß Filbinger strafbar gehandelt habe"* („SZ").

Trotz eindeutiger Taten Filbingers als „Hitlers Marinerichter" und einem verlorenen Prozeß schützt die CDU Filbinger mit massiver Propaganda. CDU-Generalsekretär Geißler und Kohl meinten zu den Presseberichten zum Fall Filbinger, *„die Attacken offenbarten sich ... als ein weiterer Versuch der SPD, mittels einer breitangelegten Kampagne Filbinger und die CDU in die geistige Nähe des Rechtsradikalismus und des Nationalsozialismus zu rücken"*. Diese Strategie passe *„in den allgemeinen Zusammenhang der von der SPD und der Bundesregierung heraufbeschworenen Gefahr des Rechtsradikalismus und der damit verbundenen Ablenkung von der wirklich vorhandenen linksradikalen Gefährdung des freiheitlichen Rechtsstaates"* („SZ", 19.5.78).

Selbst das Gericht stellte jedoch fest, daß Filbinger als Anklagevertreter die Möglichkeit gehabt habe, der Forderung nach Todesurteil für den Soldaten Gröger zu widersprechen. *„Auch war Filbinger nicht gezwungen, den alsbaldigen Hinrichtungstermin zu verfügen und die Exekution zu überwachen"* („SZ", 24./25.5.78). Dabei hätte Filbinger auch nicht die Rettung anderer Angeklagter gefährdet, worauf F. immer hinweist. *„Das Gericht wies darauf hin, daß die Bemühungen Filbingers für den Kompaniechef Guido Forstmeier und den Pfarrer Karl Heinz Moebius Ende 1944 und Anfang 1945 zu Ende waren und Filbinger aus den dafür zuständigen Gerichtsbezirken nach Oslo versetzt wurde, wo dann der Fall Gröger als erster zu verhandeln war. 'Es ist nicht so, daß er durch Aktivitäten im Fall Gröger alles zunichte gemacht hätte, was er vorher bei Moebius und Forstmeier bewirkt hatte'* " („SZ").

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

„Umgekehrter Fall Biermann" zieht Kreise



Wir berichteten in AK 122, daß das Verwaltungsgericht Schleswig die Einbürgerungsbehörde verpflichtet hatte, der „heimatlosen Ausländerin" Tamara T., die seit nunmehr vier Jahren um ihre Einbürgerung kämpft, die BRD-Staatsangehörigkeit zu geben. Der Landesinnenminister von Schleswig-Holstein, der Tamara auf Grund von Verfassungsschutz-Ergebnissen und vermuteter KB-Mitgliedschaft die Staatsangehörigkeit versagen will, ging in die Berufung. Darüber verging ein halbes Jahr. Ein weiteres halbes Jahr brauchte der Landesinnenminister, um die Berufung zu begründen. Rechtsanwalt Claus, der Tamara vor Gericht vertritt, hat jetzt [illegible] Gerichtstermin vor der 2. Inst[illegible]beantragt. Darüber hinaus beantragte er die Freigabe weiteren Verfassungsschutzmaterials, das bisher der Öffentlichkeit nicht zugänglich war. Inzwischen hat sich zusätzlich der schleswig-holsteinische Vertreter für Öffentliches Interesse in den Prozeß eingeschaltet. Der Fall wird offenbar ernst genommen: die westdeutschen Behörden, die sich nicht genug über die Ausbürgerung Biermanns aus der DDR empören konnten, versuchen hier, einen „umgekehrten Fall Biermann" zu schaffen und eine Frau, die von Geburt an in der BRD lebt, besonderer staatlicher Willkür auszusetzen.

Mit Tamara soll ein Präzedenzfall geschaffen werden nach dem Motto „Links sein ist undeutsch!" Allerdings zieht der Fall jetzt breitere Kreise. Mittlerweile haben sich Journalisten vom „Stern", NDR und WDR der Sache angenommen. Der erste Beitrag erschien am Mittwoch vergangener Woche im 3. Programm in „Extradrei". In der Frauenbewegung ist der Fall seit dem Frankfurter Kongreß breiter bekannt geworden. Das Hamburger Frauenzentrum schlägt vor, ähnlich wie bei Margit Czenki, Prozeßbeobachterinnen zu Tamaras nächstem Gerichtstermin zu schicken und die Richter vorher mit Briefen zu bombardieren.

In Flensburg wurde der „Fall Tamara" von einem Pastor in Form einer Andacht in der Kirchensynode eingebracht. Zum ersten Mal seit Jahren wurde dort über die Aussprache zu einem politischen Thema abgestimmt, was allerdings mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde. Es wurde aber beschlossen, dem erkrankten Probst das Dokumentarmaterial zu übergeben, damit er sich der Sache annehmen kann.

KB / Gruppe Flensburg

Milde Urteile im „Exorzisten-Prozeß"

Am 21. April wurden im Aschaffenburger „Exorzisten-Prozeß" die Urteile gesprochen. Es ging dabei um den Tod der Studentin Anneliese Michels, die im Juli 1976 nach einem rund neunmonatigen „Exorzismus" („Teufelsaustreibung") buchstäblich verhungert war. Angeklagt waren die Eltern des Opfers, sowie die Pfaffen Renz und Alt, die den „Exorzismus" durchgeführt hatten.

Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis „mit Bewährung" für alle vier Angeklagten. Der Staatsanwalt hatte lediglich Geldstrafen für die beiden Pfaffen (4800 Mark für Alt, 3600 Mark für Renz) und einen straflosen Schuldspruch für die Eltern gefordert. Die Verteidiger hatten auf Freispruch plädiert.

Der Prozeß hatte von Anfang an darunter gelitten, daß die Haupt-

hatten auf Freispruch plädiert.
Der Prozeß hatte von Anfang an darunter gelitten, daß die Haupt-

schuldigen gar nicht erst angeklagt worden waren: Der Würzburger Bischof Stangl, der den Auftrag zum „Exorzismus" erteilt hatte, und der Jesuiten-Pfaffe Rodewyk, der das „Gutachten" erstellt hatte, auf dessen Grundlage der „Exorzismus" vorgenommen wurde.

So blieb denn auch vor Gericht der ganze religiöse Aberwitz des „Exorzismus" unangetastet. Es blieb dem Verteidiger Schmidt-Leichner vorbehalten, zu erklären: Ein Schuldspruch gegen die Angeklagten sei „ein Urteil über die Kirche" (lt. „Hamb. Abendblatt", 21.4.). Das Gericht beteuerte indessen, hier gehe es nicht um den Teufelsglauben und nicht um die grundsätzliche Zulässigkeit des Exorzismus. *„Es geht vielmehr um die Feststellung, daß ein Exorzismus als Kulthandlung a l l e i n nötige ärztliche Hilfe nicht ersetzen kann".* Schließlich sei ja auch im sogenannten „Rituale Humanum" von 1614 (!), der bis heute gültigen Gebrauchsanweisung für den „Exorzismus", die Hinzuziehung eines Arztes vorgeschrieben; das aber sei von den Angeklagten versäumt worden (nach „Tagesspiegel", 20.4.).

Daß die Urteile „zur Bewährung" ausgesetzt wurden, ist juristisch einigermaßen seltsam, wenn man bedenkt, daß alle vier Angeklagten im Prozeß nicht das kleinste Zeichen von Reue oder Einsicht zeigten, sondern dreist vom „Märtyrertum" und

Prozeß nicht das kleinste Zeichen von Reue oder Einsicht zeigten, sondern dreist vom „Märtyrertum" und

„freiwilligen Sühnetod" der Anneliese Michels sprachen.

Unterstützt wurden sie dabei von den Verteidigern, die grobes klerikales Geschütz auffuhren: Schmidt-Leichner beispielsweise bestritt überhaupt die Rechtmäßigkeit eines Prozesses: *„Es stehe dem Gericht nicht zu, über den tiefen Glauben der Katholiken...zu urteilen"* (nach „Hamb. Abendblatt", 21.4.). Anwältin Thora, Verteidigerin des Pfaffen Alt, erklärte alle ärztlichen Gutachten zum Tode von Anneliese Michel als *„theoretischen Unfug"* und behauptete demgegenüber, es habe sich um eine *„gnadenhafte Erlösung des Herrn über Leben und Tod"* gehandelt (nach „Frankfurter Rundschau", 20.4.). *„Anneliese Michel habe ihre Sühne bis zum Ende tragen wollen und es sei dies ihre eigene Entscheidung gewesen"* (nach „Tagesspiegel", 20.4.). Frau Thora zog den politisch sehr passenden Vergleich von dem für reaktionärste Zwecke ausgeschlachteten „Sühnetod" der Anneliese Michel zu den Selbstverbrennungen des Pfaffen Brüsewitz in der DDR und des Studenten Jan Pallach in der CSSR. *„Die Erwägungen der Anneliese Michel und ihre Entscheidung, daß ihr Auferlegte bis zum Ende als Sühne durchzutragen, sind nicht schlechter als die Erwägung in den zitierten Fällen"* (nach „Spiegel", 24.4.).

schlechter als die Erwägung in den zitierten Fällen" (nach „Spiegel", 24.4.).

Die Verteidiger, insbesondere Schmidt-Leichner, wollen auf jeden Fall in die Berufung gehen, notfalls auch gegen den Willen der Eltern von Anneliese Michel. Sie wollen eventuell bis vors Bundesverfassungsgericht gehen, um sich dort bestätigen zu lassen, daß „Exorzismus" und die Beihilfe zum indirekten Mord an verblendeten religiösen Fanatikern durch die im Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit gedeckt werden. In diesem Staat könnte dieses Vorhaben sogar gelingen!

Berichtigung zu „Breschnew-Besuch ..." (AK 129, S. 3)

Berichtigung zu „Breschnew-Besuch ..." (AK 129, S. 3)

Ein Leser hat uns auf Fehlinformationen in dem Artikel „Breschnew-Besuch: Ein Schritt zur vaterländischen Einheitsfront" aufmerksam gemacht

1. **Pfarrer Wurmbrand kommt nicht aus der DDR, sondern aus Rumänien. Er ist übrigens nicht nur der „Star" (AK) der rechtsradikalen „Hilfsorganisation Märtyrerkirche", sondern auch deren Gründer und Chef.**
2. **Es könnte aus dem Artikel der Eindruck entstehen, daß die „Hilfsaktion Märtyrerkirche" katholisch sei. Richtig ist jedoch, daß es sich um einen – offiziell nicht anerkannten – Zweig der (protestantischen) Sekte der Baptisten handelt.**

Der Ausdruck „Märtyrerkirche" wird allerdings auch von der katholischen Kirche in Bezug auf die Länder des „Realen Sozialismus" verwendet, wobei Propagandamaterial der „Hilfsaktion Märtyrerkirche" und ähnlicher Gruppen verarbeitet wird.

Niederlage für Ziesel im Prozeß gegen den ARBEITERKAMPF

Mancher glaubt, mit dem Wahlspruch „Frechheit siegt" durchs Leben zu kommen. Solch ein Lebenskünstler sollte sich nicht wundern, wenn er mal eins auf den Deckel bekommt.

Am Montag, den 22.5.78, hat das Landgericht Hamburg sein Urteil zum Antrag von Kurt Ziesel („Deutschland-Stiftung") auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen den ARBEITERKAMPF gesprochen. Ziesel hat verloren, drei von vier Punkten seines Antrages wurden abgelehnt.

Der AK wird weiterhin schreiben: *„1931 - 1933 war er* (Ziesel - Anm. AK) *Schriftleiter des NSDAP-Leitorgans in Wien, der 'Deutsch-Österreichischen Tageszeitung',*

er wurde beim 'Völkischen Beobachter' ausgebildet, nachdem er wegen einem drohenden Hochverratsverfahren aus Österreich flüchtete" (AK 123, S.29).

„...Auch nach dem Zweiten Weltkrieg blieb Ziesel auf rechtsaußen aktiv: Ziesel bestreitet nicht, daß er am 25.September 1960 Mitbegründer der rechtsradikalen 'Gesellschaft für freie Publizistik' war.

Zwar bestreitet er, daß auch Kernmayr Gründungsmitglied gewesen ist. Es steht aber – davon abgesehen – fest, daß zahlreiche rechtsradikale 'Prominenz' an der Gründungsversammlung teilnahm. U.a. waren da: 'Der rechtsradikale Verleger Kurt Vowinckel (Neckargmünd), Karl Mages (leitender Redakteur der 'Deutschen Nationalzeitung'), Dr. Peter Kleist (NS-Publizist und Redakteur der 'Deutschen Wochenzeitung'), Helmut Sündermann (ehemals stellvertretender Reichspressechef der NSDAP und Inhaber des Druffelverlags)" (ebd.).

Mit einer eidesstattlichen Erklärung hatte Ziesel alles abgestritten. Die von uns vorgelegten Beweise für die Behauptungen reichten für einen Sieg in der 1.Instanz aus. Gleichzeitig deutet das Urteil auf gute Aussichten für unseren Strafantrag gegen Ziesel hin (vgl. AK 129, S.4).

Unsere Beweismittel sind vor allem eine Darstellung Ziesels aus den Partei-Akten der NSDAP und seine Autobiographie in dem Buch „Krieg und Dichtung, Soldaten werden Dichter – Dichter werden Soldaten" (1940).

Erfreulich ist auch die Entscheidung des Landgerichts Hamburg zur Frage der Gründungsmitglieder der GfP. Auch hier entschied das Gericht, daß die oben zitierten Äußerungen zulässig sind. Eine schriftliche Begründung des Urteils liegt noch nicht vor. Erst dann ist ein Vergleich der Rechtsprechung des Münchner Landes/Oberlandesgerichts mit der des Hamburger Landgerichts zur strittigen Frage „Wer kann zusammen mit wem als Gründungsmitglied der GfP bezeichnet werden?" möglich.

In einem Punkt ist Ziesel Recht gegeben worden. Folgende Aussage soll der AK nicht mehr wiederholen dürfen: *„Neben seiner Tätigkeit als Chefredakteur des 'Hanseatendienstes' (Hamburg) tat er sich in dieser Zeit besonders durch die Denunziation jüdischer Mitbürger hervor"* (vgl. AK 123, S.29).

Ziesel scheint in seiner Jugend ein hervorragender Freund jüdischer Menschen gewesen zu sein. Ein unbefangener Leser seiner Flut von eidesstattlichen Erklärungen könnte jedenfalls zu diesem Urteil kommen.

Nun ist allerdings bekannt, welch grausame Verbrechen unter dem Zeichen des Hakenkreuzes an jüdischen Menschen und anderen Völkern begangen worden sind. Sicherlich stand Ziesel nicht Wache im KZ. Ein Publizist nazistischen „Gedankenguts" war er allerdings allemal.

Nicht zuletzt wegen der massiven Unterstützung der „Deutschland-Stiftung"/Ziesel durch CSU-StrauSS, CDU-Albrecht, CDU-Lemke und „Vierte Partei"-Löwenthal, aber auch wegen seiner reaktionären Politik gegen Demokraten und Kommunisten in der BRD, sollte die demokratische Öffentlichkeit fordern: Der Österreicher Ziesel muß aus der BRD ausgewiesen werden!

Antifa-Kommission

Nr. 5 der KB-„Russell-Reihe" (Sonderkommandos der Polizei) beschlagnahmt !

Wegen „Staatsverleumdung" (§ 90a) und „Beleidigung zum Nachteil der Polizei Hamburg" (§ 185) wurden am 23.5. im „Arbeiterbuch" Hamburg die vorhandenen Exemplare des Buchs „Russell Reihe 5" („Sonderkommandos in der BRD -Aufbau einer neuen GeStaPo") beschlagnahmt und durch Verfügung des Amtsgerichts Hamburg die weitere öffentliche Verbreitung des Buches verboten. Zuvor war das Buch bereits im „Arbeiterbuch" Bremerhaven beschlagnahmt worden.

In der 6-seitigen Begründung der Beschlagnahmeverfügung wird der **gesamte Inhalt** des Buches pauschal inkriminiert: *„Nicht nur der Titel des Buches, sondern zahlreiche Textstellen enthalten die Behauptung, ein neuer faschistischer Staat nach dem Leitbild des nationalsozialistischen Regimes sei im Entstehen begriffen. Es wird dabei aber nicht nur von einer m ö g l i c h e n Entwicklung gewarnt, sondern schon jetzt wird die Bundesrepublik Deutschland als Polizeistaat bezeichnet, in dem planmäßig von der Regierung und von allen Parteien (und der 'Bourgeoisie') die Faschisierung vorangetrieben wird".* Als Beleg werden im folgenden „beispielhaft" 20 Stellen angegeben: unter anderem soll es verboten sein, daran zu erinnern, daß eine Reihe von Nazis nach 1945 führend in Geheimdienst und Polizei tätig waren und z.T. noch sind. Ebenso soll es verboten sein, die Entwicklung und Struktur des heutigen Polizeiapparates überhaupt mit dem der Nazis zu vergleichen. Offenbar haben die beamteten Leser das Buch gründlich studiert, um alle Stellen, an denen von „Polizeistaat" die Rede ist, und alle, an denen die heutigen Verhältnisse mit Nazi-Errungenschaften verglichen werden, rot zu unterstreichen.

Anscheinend trifft dieses Buch, das die Entwicklung des BRD-Machtapparats analysiert und seine antidemokratische Ausrichtung an Hand einer detailreichen und exakten Dokumentation belegt, auf eine schwache Stelle bei den „Staatsschützern". Nach dieser Beschlagnahmeverfügung wäre j e d e Kritik, die vor einer neuerlichen faschistischen Entwicklung warnt, die Merkmale des Polizeistaats kritisiert oder nur auf Alt-Nazis in Amt und Würden hinweist, in Zukunft kriminalisiert.

Besonders delikat ist, daß es sich bei dem Buch um Materialien handelt, die dem „Russell-Tribunal" als Untersuchungsmaterial vorgelegt worden sind. Der Versuch, dieses Buch zu unterdrücken, dürfte damit gerade zum Gegenstand für die nächste Sitzungsperiode werden, die sich ja u.a. auch mit der Zensur befassen soll. Unabhängig davon werden wir natürlich alle Schritte unternehmen, eine Aufhebung der Beschlagnahme zu erwirken und die weitere Verbreitung dieses – offensichtlich – wichtigen Buches zu erreichen.

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Grenzschutzskandal

Maihofer ist reif!

Fortsetzung von Seite 1

Sonderanweisung handelt, die zusammen mit den Listen verschickt wurde.

Zehn SPD-Abgeordnete wandten sich in einem »Offenen Brief« an Maihofer, in dem sie seinen Rücktritt für den Fall fordern, daß er nicht *»die vollständige Einstellung dieser Überwachungspraktiken ... gewährleisten könne«*. Freimut Duve (SPD-Vorstandsmitglied) spricht sogar von dem *»größten Verfassungsbruch«*, den sich je eine staatliche Instanz der BRD hat zuschulden kommen lassen. All dies scheint Maihofer wenig zu berühren. Zwar hat er die Listen einziehen lassen. Im gleichen Atemzug jedoch verkündete er, daß die Überwachung mit »geordneten Listen« weitergeführt werden soll, was wohl allein heißen kann, daß einige besonders eklatante »Überschreitungen« ausgeklammert werden. Um die Listen »überflüssig« zu machen, kündigt das Innenministerium gleichzeitig eine spezielle Schulung der BGS-Polizisten an, wobei ihnen die Listen wohl in den Kopf gehämmert werden sollen.

Rückendeckung genießt Maihofer nicht nur bei seinen eigenen Parteifreunden, sondern auch bei der SPD-Fraktion, dessen parlamentarischer Geschäftsführer sich vom Vorgehen der zehn SPD-Abgeordneten distanzierte. Völlige Sicherheit gab Maihofer schließlich Helmut Schmidt, der keinen Anlaß sieht, seinen Innenminister zu kritisieren. Schließlich hat er ja auch nur das getan, was seit Jahren SPD/FDP-Regierungskurs ist.

So den Rücken frei, warf Maihofer seinen Kontrahenten im Parlament vor, mit ihrer Kritik das *»politische Klima mutwillig zu zerstören«*. Dieser Mann, der noch vor zehn Jahren an der Spitze der Anti-Notstandskampagne marschierte, muß sich eine gehörige Portion Zynismus angeeignet haben, wenn er nicht in der totalen Überwachung der Bundesbürger, sondern in der Aufdeckung dieser Praktiken die Vergiftung des politischen Klimas sieht.

tiken die Vergiftung des politischen Klimas sieht.

Die Praktiken der Geheimdienste geraten mehr und mehr ins Kreuzfeuer der Kritik. Schon beginnt die SPD im Zusammenhang mit den Berufsverboten von »Fehlern«, »Irrtümern« und »Ausuferungen« zu sprechen; für die Bespitzelungen durch den BGS will ebenso niemand die Verantwortung übernehmen wie für den Fall Traube.

Doch all diese Fälle werden in den bundesrepublikanischen Zeitungen immer nur dann als »Skandal« behandelt, wenn sie über das Lager der radikalen Linken hinausgehen.

D a ß vom BGS bespitzelt wird, hätte wohl kaum einen überrascht. Und wären allein Listen mit den Namen kommunistischer Organisationen bekannt geworden, hätten diese kaum Aufsehen erregt. Auch in diesem Fall war es das A u s m a ß , in dem bespitzelt wird, das selbst SPD-Abgeordnete von einem »Verfassungsschutzstaat« sprechen läßt. Solange jedoch selbst von demokratischen Persönlichkeiten ein Unterschied zwischen der Bespitzelung von Kommunisten und anderen radikalen Linken einerseits und von Sozialisten und Demokraten andererseits gemacht wird, wird sich an der Praxis der Geheimdienste nichts ändern. Denn solange es legitim ist, Kommunisten die selbstverständlichsten Menschenrechte vorzuenthalten, wird es immer auch Einschränkungen der Freiheitsrechte anderer Bürger geben, die Kontakt zu ihnen haben, an Aktionen teilnehmen, angeblich gesteuert werden, oder eben nur im Besitz einer linken Zeitung sind.

Deshalb sollte die Forderung nach dem Rücktritt Maihofers, der direkt verantwortlich ist, Anlaß für alle demokratischen und linken Kräfte sein, die vollständige Einstellung aller Bespitzelungs- und Überwachungspraktiken durch die Geheimdienste zu fordern.

SPD-Meinungsumfrage sagt: 6 Prozent für die Bunte Liste

Fortsetzung von Seite 1

Die Presse ist sich weitgehend einig: die BUNTE LISTE – WEHRT EUCH hat für Spannung im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf und für einige Kopfschmerzen bei FDP und SPD gesorgt
– *„Sie bringen Farbe in den Wahlkampf"* überschrieb die „Hamburger Morgenpost" am 16.5. einen vierspaltigen Bericht über die BUNTE LISTE Nach einigen vorangegangenen Kurzmeldungen blieb diese aber auch die ausführlichste, durchaus objektive und bislang letzte Vorstellung der BUNTEN LISTE in der „MoPo": es ist nicht schwer zu vermuten, daß die Telefondrähte in der Chefredaktion des SPD-Hausblattes nach diesem Artikel ziemlich heiß gelaufen sein müssen und Klose, Paulig & Co. den Chefredakteur Conrad Ahlers wohl ziemlich zur Brust genommen haben.
– *„Tatsächlich kann heute niemand auch nur annähernd überzeugend voraussagen, wie es am 4. Juni aussehen wird"* hieß es am 23.5. in der „FR" im Zusammenhang mit der Kandidatur der BUNTEN LISTE, die *„nicht einfach länger unterschätzt werden"* könne.
– *„Für einen vielbeachteten Farbtupfer im hanseatischen Kreuzchenkrieg sorgt die neue Wählergruppe 'Bunte Liste – Wehrt Euch'"* meinte auch das Kieler SPD-Magazin „wir" in seiner Ausgabe 3/4-78.
– *„Zu Beginn der heißen Phase im Wahlkampf wagt in Hamburg niemand eine Prognose über die Chancen der 'Bunten Liste'"*, so der sozialdemokratische „Vorwärts" am 11.5.

– Die „Zeit" vom 26.5. kleidete ihre Spannung in eine Frage. *„Werden vielleicht die grünen und bunten Statisten für eine Überraschung sorgen?"* Noch eine Woche zuvor (19.5.) hatte es in der gleichen Zeitung geheißen, daß die *„Spekulationen"* über ein mögliches Überspringen der 5%-Hürde *„sich wohl erledigt"* hätten, weil neben der BUNTEN LISTE die GLU/Hamburg mit einer Gegenkandidatur angetreten ist. Ganz überzeugt von dieser Einschätzung schien der Verfasser aber selbst nicht zu sein; schrieb er doch gleichzeitig, daß die Rathausparteien *„allen Grund zur Aufmerksamkeit"* hätten, denn *„Umfragen hatten den Umweltschützern Anfang des Jahres ein Wählerpotential von acht bis zehn Prozent zugesprochen"*.
– Springers „Welt" hatte schon am 12.5. erkannt: *„Die Schmetterlinge machen Hamburgs große Parteien nervös"*. Der Artikel sollte die bürgerlichen Parteien offenbar zu stärkerer Gegenpropaganda ermahnen: *„'Bunte' und 'Grüne' können einen Teil des Potentials der etablierten Parteien abschmelzen"*. Fast zwei Wochen später konstatierte die „Welt" (24.5.) in einem Bericht über eine Pressekonferenz der Spitzenkandidaten von SPD, FDP und CDU erneut *„Furcht vor dem bunten Schmetterling"*. Springers Propagandisten gerieten dabei in Aufregung: *„Die Einsicht, daß die großen Parteien diese Camouflage* (Verkleidung , Anm. der Red.) *ernst nehmen müssen, kommt spät, zu spät, um die Drahtzieher völlig zu enttarnen."*

Aufmerksamkeit fand die BUNTE LISTE vor allem auch bei der auflagenstärkeren, nicht-etablierten Presse wie „konkret", „das da", „spontan" und den Hamburger Veranstaltungsmagazinen „Szene", „ultimo" und „oxmox". Dies sind allesamt Zeitschriften, die weit in das linksliberale und linkssozialdemokratische Lager hineinreichen. Zum anderen hat namentlich auch der NDR (bekanntlich als „Rotfunk" von reaktionärer Seite heftig unter Beschuß) mehrfach über die BUNTE LISTE und ihre Aktivitäten berichtet. Von der bürgerlichen Tages- und Wochenpresse her ist zu sagen, daß allerdings ein auffälliger Unterschied besteht: in Zeitungen, die außerhalb Hamburgs erscheinen, wurde verhältnismäßig ausführlicher über die BUNTE LISTE informiert als in der Lokalpresse. Insgesamt hat die BUNTE LISTE nach unserem Überblick bislang in rund 100 Berichten von Presse, Funk und Fernsehen Erwähnung gefunden (außerdem übrigens auch in etlichen ausländischen Zeitungen).



Die BUNTE LISTE in Zahlen

Welches Echo die BUNTE LISTE lassung der BUNTEN LISTE unter- 30.000 Exemplaren bereits in andert-

Welches Echo die BUNTE LISTE Hamburg bisher schon gefunden hat, zeigen einige Zahlen, die uns vom Wahlbüro mitgeteilt wurden:

– rund 15.000 Menschen identifizieren sich persönlich mit der BUNTEN LISTE, indem sie deren Schmetterlings-Plakette tragen; außerdem wurden über 17.000 Autoaufkleber verkauft;
– fast 20.000 Wahlberechtigte haben mit ihrer Unterschrift die Zulassung der BUNTEN LISTE unterstützt;
– von der Plattform der BUNTEN LISTE ist die Gesamtauflage von 25.000 Exemplaren seit mehreren Tagen ausverkauft; von den neun Einzelplattformen der Basisbereiche wurden insgesamt rund 50.000 Exemplare verkauft, darunter 15.000 Plattformen der AKW-Gegner (BUU) und 13.000 der Frauenaktionseinheit;
– die Gesamtauflage der ersten Ausgabe der Wahlzeitung war mit 30.000 Exemplaren bereits in anderthalb Wochen ausverkauft; von der zweiten Ausgabe wurden bislang rund 50.000 Exemplare verkauft,
– an Veranstaltungen der BUNTEN LISTE nahmen insgesamt zwischen 25.000 und 30.000 Menschen teil (natürlich mit großer Überschneidung); außer der Mai-Demonstration der BUNTEN LISTE (8.000 - 10.000 Teilnehmer) gehörten zu den größten Veranstaltungen die Wahlfeste in verschiedenen Stadtteilen (von 1.000 bis 3.000 Teilnehmer).

Weitere Unterstützung

Unterstützung hat die BUNTE LISTE jetzt auch bei der SOAG (ex-Jusos), beim SB und bei der Minderheitsfraktion der Sponti-Zeitung „Große Freiheit" gefunden.

Die SOAG (Sozialistische Arbeitsgruppe Hamburg) hat ein Flugblatt herausgegeben, in dem sie einerseits noch mal ihre Gründe aufführt, warum sie sich nicht direkt an diesem Basisbündnis beteiligt, *„trotz aller Kritik"*, dann aber zur Wahl der BUNTEN LISTE aufruft, weil deren Programm *„am entschiedensten gegen die Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung und gegen den Abbau demokratischer Rechte Front macht, die BUNTE LISTE konsequent gegen Atomkraftwerke und Umweltzerstörung kämpft (und) hier Bürger kandidieren, die sich seit langem für die Interessen ihrer Mitbürger eingesetzt haben"*.

In der „Wyhlarbeit" 4/78, herausgegeben von den Projektgruppen „AKW und Umweltschutz" im SB ist ebenfalls eine Wahlempfehlung für die BUNTE LISTE enthalten. Die Verfasser meinen zwar, eine „merkwürdige Fixierung auf das Parlament" festgestellt zu haben, sehen in der Stimmabgabe für die BUNTE LISTE aber die einzige Ausdrucksmöglichkeit für linke Politik bei dieser Wahl.

Aus der Redaktion der „Großen Freiheit" haben sich zwei für eine Stimmabgabe für die BUNTE LISTE ausgesprochen, „der Rest" tritt für Wahlboykott ein.

Neben allgemeiner Parlamentarismus-Kritik beschwören die Wahlboykottler vor allem die *„Spaltung, die quer durch das linke Lager mit der Wahlbeteiligung getrieben wird"* – freilich ohne dies zu belegen. Tatsächlich steht die Hamburger Linke bis auf wenige am Rand dahinvegetierende Sekten á la KBW, GIM, anarchistische Grüppchen und DKP relativ geschlossen hinter der BUNTEN LISTE; ein b r e i t e r e s und e i n f l u ß r e i c h e r e s Bündnis hat es in letzter Zeit überhaupt nicht gegeben.

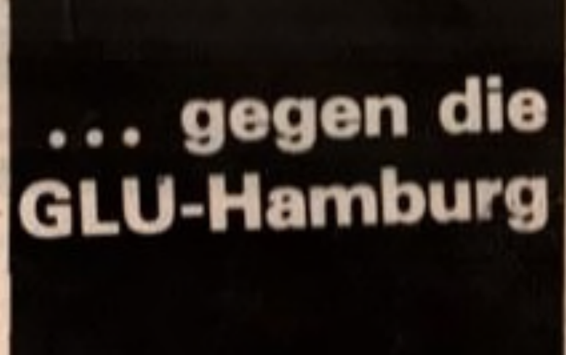
„KPD•ML" wirbt mit Nazi-Tönen

Die „KPD/ML", vielbelächelter Bewerber bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen, hat ihren Wahlkampf unter die zentralen Parolen gestellt **„Deutschland dem deutschen Volk!"** und **„Alle sprechen von Hamburg – wir sprechen von Deutschland"**. Angesichts dieser Ausrichtung ist es verständlich, daß die wahrscheinlich farbenblinden Kandidaten der „KPD/ML" *(„Eu re r o t e Mannschaft")* in einer Wahlzeitung Wert auf die Feststellung legen, sie seien **„keine Studenten, Intellektuelle, die sich zu Arbeiterführern ernannt haben, keine Grünen, Schwarzen, Bunten, Homosexuelle und Wehrt-Euch-Typen"**.

Damit kann die „KPD/ML" für sich beanspruchen, daß sie die e i n z i g e Partei ist, die im Hamburger Wahlkampf mit der ausdrücklichen Garantie-Erklärung wirbt, daß ihre Kandidaten nicht homosexuell seien.

Noch dicker kam's in einer anderen Wahlschrift der „KPD/ML": Da wurde die „Bunte Liste" als **„Schwule, Emanzen und Knastologen"** bezeichnet. **„... und kommt sie durch, dann dürften wir wohl demnächst mit Loddels und 'kessen Vätern' im Rathaus rechnen"**. (Loddels = Zuhälter, kesse Väter = ältere Schwule bzw. Lesben).

Die „KPD/ML" hat sich offensichtlich darauf orientiert, der NPD Stimmen abzunehmen. Daß da aber nicht mehr viel zu holen ist, werden Aust & Co. spätestens am 4. Juni bei Bekanntgabe der Ergebnisse merken!



In AK 127 (S. 7) und AK 129 (S. 9) haben wir bereits Erklärungen des Kreisvorstands der GLU/Hannover, der Grünen Liste Nordfriesland und der Bürgeraktion Küste abgedruckt, in denen die spalterische Kandidatur der GLU/Hamburg und die Zusammenarbeit mit Neonazis kritisiert wurden. Inzwischen liegen außer telefonischen Äußerungen weitere schriftliche Stellungnahmen vor:

GLU - Kreisverband Lüneburg

Mit Entrüstung nimmt der KV Lüneburg zur Kenntnis, daß die Symbole der GLU-Niedersachsen in Hamburg von der dortigen sogenannten Grünen Liste benutzt wird. Dadurch wird der Eindruck erweckt, die sogenannte Grüne Liste in Hamburg sei mit der GLU/Niedersachsen identisch. Das ist aber nicht der Fall. Die sogenannte GLU-Hamburg hat sich in doppelter Weise ins Zwielicht gebracht: 1. ist sie als nachgezogene Öko-Liste in Erscheinung getreten, 2. steht sie in einem außerordentlich starkem Maße in dem Geruch der Rechtslastigkeit. Wir halten daher die sog. GLU-Hamburg des Namens „Grüne Liste" nicht für würdig und distanzieren uns von ihr.

Unterzeichnet von: Dr. R. Schmitt (1. Vorsitzender), H. Dammann (Kassenwart), M. Soetebier (Schriftführer).

GLU – Kreisverband Harburg (Landkreis)

Die Kreismitgliederversammlung des GLU-Kreisverbandes Harburg hat einen Beschluß zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen dahingehend verfaßt, daß sie eine Stimmabgabe für die Hamburger „Bunte Liste – Wehrt Euch" empfiehlt. Allein diese Liste hat die Chance, in die Hamburger Bürgerschaft hineingewählt zu werden, weil sie aus den Hamburger Bürgerinitiativen hervorgeht.

Frauentag der GLU Niedersachsen

Die Teilnehmerinnen des Frauen-

Die Teilnehmerinnen des Frauentages der GLU/Niedersachsen am 20.5.78 in Hannover fordern den GLU-Vorstand auf, sich von der GLU-Hamburg zu distanzieren, solange nicht eindeutig geklärt ist, wie es um die Mitgliedschaft von einschlägig bekannten Neofaschisten steht. Die Kandidatur stellt darüber hinaus eine Spaltung innerhalb der Umweltschutzbewegung in Hamburg dar. Sie steht in Konkurrenz zur BUNTEN LISTE – WEHRT EUCH, deren Kandidatur wir begrüßen.

(Angenommen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung, ca. 40 Teilnehmerinnen).

GLU – Stade

Die Distanzierung des Landesvorstands der GLU/Niedersachsen von der eigenen Kandidatur der GLU-Hamburg reicht uns nicht aus. Der KV Stade hält weiterhin die eigene Kandidatur der GLU-Hamburg für unnötig und falsch. Wir wollen keine Spaltung der Ökologiebewegung.

Die GLU-Hamburg und die GLU/Niedersachsen sind zwei völlig verschiedene Parteien gleichen Namens.

Wir halten es für unvorstellbar, daß in einer Partei, die sich angeblich den Schutz der Umwelt zur Aufgabe gemacht hat, Mitglieder mit offenkundiger brauner Vergangenheit sind. Es ist umso schlimmer, daß diese braunen Elemente nicht aus der Partei ausgeschlossen und somit gedeckt werden. Die GLU/Stade wünscht der BUNTEN LISTE bei der Überwindung der 5%-Hürde viel Erfolg.

Mit solidarischen Grüßen – GLU Stade.

(Anm.: Der Spitzenkandidat der GLU-Niedersachsen, Martin Mombaur, hat sich auf einer Veranstaltung in Göttingen ausdrücklich und vollständig hinter diese Stader Resolution gestellt.)

Jusos unheimlich rrrradikal

Die Jusos haben in Hamburg pflichtgemäß eine ganze Anzahl verschiedener Flugblätter unter die Leute gebracht, in denen gegen die „Bunte Liste" gestänkert wurde: mindestens eines vom Landesverband (*„Bürgerinitiativen: Ja! – Listen Nein"!*), eines vom Kreis Wandsbek (*„Stimmabgabe für die ‚Bunte Liste' – verschenkte Stimme"*) und eines von den Harburger Jusos (*„....informieren zur Sache: ‚Wehrt-Euch-Liste'"*). Was den Kampf gegen die „Bunte Liste" angeht, hatte die SPD ja auch schon frühzeitig den Befehl ausgegeben: *„Insbesondere die Jusos sind hier gefordert"* (Aus dem SPD-internen „Mitteilungsblatt für Harburg, Wilhelmsburg und Süderelbe" mit dem Titel *„BUNTE LISTE – Konkurrenz im Wahlkampf?"*).

Leicht war die Durchführung dieses Parteiauftrags für die Jusos ganz gewiß nicht. Da sollten dann die alten Ladenhüter vom Wahlkampf 1974 noch einmal gut sein:

– Man müsse die SPD-Linke stärken, nur so könne man in Hamburg etwas erreichen. Fakt ist: Genauso haben die Jusos schon 1974 argumentiert. Besser geworden ist es mit der SPD-Politik in Hamburg seither nicht. Ganz im Gegenteil!

– Die Kandiatur der „Bunten Liste" *„stärkt im Ergebnis die CDU"* (Harburg). *„Die Entscheidung über die Regierungsbildung fällt zwischen SPD und CDU. Die CDU stellt mit ihrer reformfeindlichen Politik den Hauptgegner der benachteiligten Bevölkerungsgruppen dar"* (Landes verband).

Wenig und in Hamburg absolut **n i c h t s** mit dieser Bewegung zu tun haben – womit wir nicht das Eintreten einzelner Jungsozialisten meinen, sondern die offizielle Haltung der Jusos. Überdies entlarvt der Wahlaufruf der Jusos für die SPD – in Hamburg ebenso wie in Bonn Verwalterin des AKW-Programms – auch die Scheinheiligkeit dieser Argumentation.

An anderer Stelle sorgen sich die Jusos: *„Die wenigen Wahlprozente, die die ‚Bunte Liste' bekommen wird, repräsentieren bei weitem nicht die zahlenmäßige Stärke der Kernenergiegegner, vielmehr wird den Befürwortern ein leicht handhabbares Mittel geliefert, die Ökologiebewegung als vernachlässigbare Minderheit darzustellen"* (Landesverband).

Diese Argumentation ist doppelt dumm: Zum einen dürften wir dann wohl nicht einmal mehr Demonstrationen gegen die AKW's machen, da auch diese keineswegs – und wahrscheinlich viel weniger als die Stimmenzahl der „Bunten Liste" – die reale zahlenmäßige Stärke der AKW-Gegner repräsentieren.

Und zweitens widerlegen die T a t s a c h e n dieses Schein-Argument der Jusos: Hat nicht bereits der Einzug von Umweltschutz-Gruppen in zwei Landkreis-Parlamente Schleswig-Holsteins und das Auftreten „Bunter" bzw. „Grüner" Listen in Hamburg und Niedersachsen die politische Szene in einige Aufregung versetzt? Wie anders kommt es denn zustande, daß sogar Genscher schwitzend für die FDP durch Niedersachsen gekarrt wird, um überall zu verkündigen, die FDP sei die eigentliche Umweltschutz-Partei? Selbst die Tatsache, daß jetzt Fragen der Anti-AKW-Bewegung und des Umweltschutzes in den Flugblättern der Jusos zum Hamburger Wahlkampf so breiten Raum einnehmen, ist doch in erster Linie ein Ergebnis des Auftretens der „Bunten Liste". Da sollte sich doch auch kein fortschrittlicher Juso darüber wegtäuschen lassen, daß sein Verband die derzeitige „lange Leine" in Hamburg vor allem dem Umstand zu verdanken hat, daß der SPD momentan ein paar linke Schnacks ganz zupaß kommen, um die „Bunte Liste" vielleicht doch noch v o r den Rathaus-Toren stoppen zu können!



Indessen ist der bekannte Hinweis auf die SPD als angebliches „Kleineres Übel", das man wählen müsse, um die CDU nicht an die Regierung kommen zu lassen, gerade in Hamburg – neben allen grundsätzlichen Argumenten gegen diese alte Theorie – überhaupt nicht überzeugend, da von den Stimmergebnissen her klar ist, daß die CDU gar keine Chance hat. Die CDU, die in Hamburg einen geradezu rechtsradikalen und brutaldemagogischen Wahlkampf geführt hat, soll hier allzu offensichtlich als Bumann herhalten, um wider besseres Wissen der SPD Stimmen zuzutreiben.

Auch schrille Keiftöne fehlten in der Juso-Polemik nicht: **„Aus eigener Erfahrung wissen wir, daß diejenigen, die die ‚Wehrt-Euch-Liste' unterstützen, in Wirklichkeit wenig Interesse an der Lösung der die Jugend drükkenden Probleme haben"** (Harburg).

Generell jedoch war die Propaganda der Jusos gegen die „Bunte Liste" darauf abgestellt, sich selbst sehr rrrrrradikal und vor allem auch als besorgter Sachwalter der Interessen der Anti-AKW-Initiativen darzustellen. Daß dabei sehr reichlich, und teilweise glatt wörtlich, aus entsprechenden Schriften der DKP und SDAJ gegen die „Bunte-Liste" abgeschrieben wurde, wird niemanden verwundern, der die Situation der Hamburger Jusos kennt.

Beispielsweise konnte man lesen, die „Bunte Liste" stelle *„eine Schwächung der Bürgerinitiativenbewegung dar"* (Wandsbek). *„Überdies droht eine weitere Zersplitterung der Anti-Kernkraft-Bewegung"* (Landesverband). Bemerkenswert ist diese plötzlich erwachte Fürsorge der Jusos um die Anti-AKW-Bewegung vor allem deshalb, weil sie allgemein schon we-

Hierzu gehört es auch, wenn die Jusos jetzt lästern dürfen: **„Es fehlt der ‚Bunten Liste' eine grundlegende politische und ökonomische Analyse unseres k a p i t a l i s t i s c h e n Gesellschaftssystems"** (Hervorhebung im Original!). Nötig sei jetzt **„die grundlegende Veränderung unserer bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung"**. (Landesverband).

Verbunden mit der Aufforderung, die SPD zu wählen – **die in der Regierung doch keineswegs g e g e n, sondern eindeutig f ü r die Interessen des Großkapitals wirkt** – zeigen die Juso-Führer, daß sie das Zeug für kommende größere Aufgaben haben. Leute ihres Schlages, die das Maul rrrradikal aufreißen, um dann ebenso rrradikal die Interessen des Großkapitals gegen die Interessen der Bevölkerung durchsetzen zu können, die werden heute (noch!) gebraucht. Allerdings ein Berufszweig mit abnehmenden Zukunftschancen!....

Springer und SPD-Führung – gemeinsam gegen die Bunte Liste

Die Herrschenden und ihre Anhänger haben mittlerweile voll geschnallt, daß sie den Einfluß der Bunten Liste bei weitem unterschätzt haben. Nun wird – namentlich bei SPD und CDU – danach gesonnen, doch noch Mittel und Wege zu finden, um den Einzug der Basisinitiativenvertreter in die Hamburger Bürgerschaft zu verhindern.

Wir dokumentieren hier im Faksimile zwei veröffentlichungen, die zwar aus unterschiedlichen Talentschuppen kommen (nämlich aus Springers DIE WELT, vom 24. Mai und von der SPD-"Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen", deren Vorsitzender der berüchtigte Hamburger Innensenator Staak ist!), die aber im Kern die gleiche Schreckensmeldung verkünden: Die Bunte Liste sei "KB gesteuert".

Anstelle von diskutablen Argumenten gegen Theorie und Praxis der Bunte Liste-Initiativen, werden – nach bewährter Verfassungsschutzmanier – irgentwelche schwachsinnigen Behauptungen aneinandergereiht ("Demagogik gegen Kernkraftwerke und Marktwirtschaft" "Protest gegen alles und jedes") und mit mehr oder weniger konkreten Verdächtigungen garniert.

Diese blinde, antikommunistische Hetze wird kaum verfangen. Sie kommt "spät, zu spät", wie der Springer-Journalist ganz richtig schreibt.

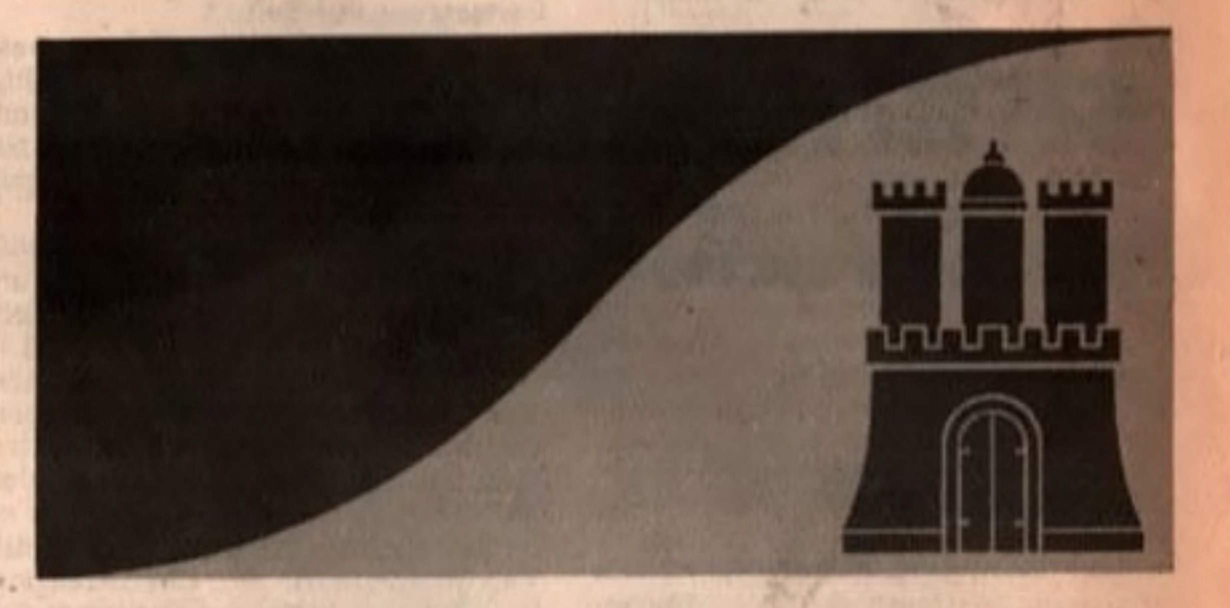
DER KOMMENTAR

Der rote Falter

Wau — „Wehrt euch" gegen die Bunte Liste, so lautet die Parole, gestern in dreifaltiger Einigkeit von den Spitzenkandidaten des Bürgerschaftswahlkampfs ausgegeben. Denn was sich da als lila Schmetterling häutet, dürfte sich nach dem 4. Juni als rot entpuppen. Dies wollen viele, junge Hamburger nicht wahrhaben. Aus idealistischem Überschwang, mangelndem politischen Realismus tanzen sie Volkstribunen hinterdrein, die außer Demagogik gegen Kernkraftwerke und Marktwirtschaft nichts Konkretes zu bieten haben.

Wer finanziert die Riesenkampagne der Bunten, die Schilder, die Drucksachen? Das ist bestimmt nicht das pittoreske Völkchen, das sich im Winterhuder Fährhaus ein Stelldichein gab. Dies sind Kader, die politische Ignoranz, Protest und jugendlichen Idealismus als „trojanischen Esel" zum Machterwerb benutzen. Bürgermeister Klose lokalisierte die Drahtzieher beim kommunistischen Bund.

Wahrscheinlich aber ist es eine Kooperation verschiedenster kommunistischer Chaotensekten. Die Einsicht, daß die großen Parteien diese Camouflage ernst nehmen müssen kommt spät, zu spät, um die Drahtzieher völlig zu enttarnen.



BUNTE LISTE – KB gesteuert

Wählt keine Gewerkschaftsgegner und Kommunisten

In den letzten Wochen hat die Gruppe "Bunte Liste/Wehrt Euch" von sich reden gemacht. Am 4. Juni will sie an der Bürgerschaftswahl in Hamburg teilnehmen.

Viele Arbeitnehmer wissen nicht, um wen es sich bei dieser Gruppe handelt. Die "Bunte Liste/Wehrt Euch" ist ein Zusammenschluß von rd. 200 Gruppen und Grüppchen mit unterschiedlichen Zielsetzungen: Atomkraftgegner, Frauengruppen, Umweltschützer, RGO, Strafgefangene – das Spektrum kann man mühelos erweitern.

Die Folge ist: Diese Gruppen können kein wirklich geschlossenes Programm aufweisen. Einig sind sie sich nur im Protest gegen alles und jedes.

Aber das ist nicht der einzige Grund, weshalb wir uns mit diesem Wahlverein beschäftigen müssen. Was viele Wahlberechtigte und auch viele Anhänger der "Bunte Liste/Wehrt Euch" nicht wissen: Vorstellungen und Ziele dieser Gruppe werden wesentlich vom "Kommunistischen Bund" (KB) bestimmt. Von den 17 Personen der Kandidatenliste sind 2 führende Mitglieder, 3 entschiedene Anhänger des KB; weitere 5 Kandidaten sind als Freunde des KB anzusehen.

Der KB unterstützt die "Bunte Liste/Wehrt Euch" mit Flugblättern. Alle KB-Angehörigen sind verpflichtet, Material dieser Gruppierung zu verteilen und bei Bedarf Unterschriften zu sammeln.

Es ist derselbe "Kommunistische Bund", der die Einheitsgewerkschaft bekämpft und – wie die Maoisten – die Gewerkschaftsopposition stützt. Die Gewerkschaften und ihre Mitglieder kennen den KB. Sie haben sich durch Beschlüsse ihrer Gewerkschaftstage von den Kommunisten abgegrenzt. Sie lassen nicht zu, daß ein Keil zwischen die gewerkschaftliche Führung und die Mitglieder getrieben wird.

SPD Hamburg

Sozialdemokraten und Gewerkschafter ziehen an einem Strang: Sie geben der "Bunte Liste/Wehrt Euch" am 4. Juni keine Stimme!

KEINE STIMME VERSCHENKEN
WÄHLT AM 4. JUNI SPD

Frauen in der GLU • Niedersachsen machen mobil!

„.... müssen Bedingungen geschaffen werden, die die Beteiligung der Frauen in den politischen Gremien im Verhältnis ihres Bevölkerungsanteils ermöglichen" (Wahlkampfplattform der GLU, Landesverband Niedersachsen, S.7). Auf diese Passage stützten sich die GLU-Frauen, um zum Frauentag am 20.5.78 nach Hannover einzuladen: 40 Frauen kamen insgesamt, davon 20 GLU-Frauen. Die „Aktionseinheit Hamburger Frauengruppen" war zu dem Treffen eingeladen worden und ihre Vertreterinnen wurden erfreut begrüßt. Alle Frauen waren sehr an den Materialien der „Bunten Liste" interessiert und insbesondere an Detailberichten über den Wahlkampf — speziell über die obskure GLU/Hamburg. Nach einem Einleitungsreferat wurden vier Arbeitsgruppen gebildet, deren Ergebnisse am Nachmittag im Plenum vorgetragen wurden:

AG Frauen in der GLU

Die Frauen aus allen Orts- und Kreisverbänden sollen Frauengruppen bilden, die Teil der Partei sind und je angefangene 10 Mitglieder eine Delegierte stellen. In den jeweiligen Vorständen soll mindestens eine Frau sein. Anzustreben ist, daß die Hälfte der Delegierten Frauen sind. Vierteljährlich oder zu konkreten Anlässen (wie z.B. Delegiertenkonferenz) sollen Frauentage einberufen werden.

Dieses Arbeitsergebnis ist umso erfreulicher, da zu Beginn der Diskussion ein Teil der Frauen nicht mit der Notwendigkeit von reinen Frauengruppen übereinstimmte, später aber die Meinung dazu einhellig war. Um den Frauen diesen Schritt zu ermöglichen, sollen die männlichen GLU-Mitglieder für diese Anlässe zur Kinderbetreuung mit herangezogen werden.

AG Frauenbewegung und GLU

Eine Zusammenarbeit mit Faschisten wird generell abgelehnt – für diese Entscheidung war das Abstimmungsergebnis bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung fast einstimmig. Über das GLU-Programm hinausgehend wurde nicht nur die Unterstützung, sondern gerade die aktive Zusammenarbeit mit Frauengruppen und -initiativen aus der Frauenbewegung gefordert. Eine von den Hamburger Frauen eingebrachte Resolution zum Spaltungsmanöver der GLU-Hamburg und ihren „braunen Flecken" wurde bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme (na, von wem wohl?? – richtig, Frau Beddermann...) angenommen.

Über die Frage der Faschisten entstand eine sehr lebhafte Diskussion, die auf einem späteren Frauentag besser vorbereitet weitergeführt werden soll. Innerhalb der Diskussion um die Abgrenzung von Faschisten kam auch die Frage nach einer Abgrenzung nach links auf. Von vielen Frauen wurde eingewandt, daß gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Kommunisten bestehen. Das Prinzip der Faschisten sei schließlich ein menschenfeindliches, während dies bei Kommunisten absolut nicht der Fall sei. Diese so begründete Argumentation der GLU-Frauen überzeugte!

Von der AG wurde auch die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 eingebracht, jedoch hatten einige GLU-Frauen Bedenken, inwieweit Abtreibungen im Gegensatz zum Lebensschutzgedanken stehen. Als Argumente für die Streichung wurden die schlechten gesellschaftlichen Bedingungen der Kinder heute und der Schutz der Frauen angeführt. Am Ende der Diskussion entstand ein Kompromiß, der sich für die Abschaffung des § 218 unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen aussprach. Auch hierüber soll die Diskussion innerhalb der Frauengruppen der GLU weitergeführt werden. Die Frauen wollen in der GLU durchsetzen, daß nur Frauen über Frauenfrgen entscheiden dürfen.

Insgesamt wurde deutlich, daß die meisten Frauen großes Interesse hatten, über reine Umweltschutzfragen hinausgehende Bereiche in die Arbeit der GLU mit einzubeziehen, angelehnt an das Modell der „Bunte Liste". Es wird allerdings nicht leicht sein, diese Vorstellungen in der GLU insgesamt zu verankern – aber die Frauen waren sich darüber einig, daß diese Politik in der GLU leichter als in den etablierten Parteien zu verwirklichen sein dürfte.

Zwei Frauen der Frauen-AE Hamburg

Richtigstellung

Im AK 129 forderte ein Göttinger Genosse, daß die Lüneburger GLU das faschistische Geseiche des Jungnazi Tobaben auf GLU-Veranstaltungen unterbinden solle. Hauke Tobaben hatte sich noch nie getraut, auf GLU-Veranstaltungen den Mund aufzumachen und taucht seit einigen Monaten überhaupt nicht mehr auf GLU-Veranstaltungen auf.

KB Lüneburg

„Grüne Liste Schleswig-Holstein" — Unter rechtem Vorzeichen

Für den 21. Mai hatten die „Unabhängige Wählergemeinschaft Steinburg" und die „Grüne Liste Nordfriesland" zum Gründungskongreß für einen Landesverband nach Rendsburg eingeladen. Vorausgegangen waren mehrere Treffen der „Grünen", auf denen die Erfahrungen im Kommunalwahlkampf ausgetauscht und über eine landesweite Kandidatur für die Landtagswahlen im April nächsten Jahres beraten worden war.

Die beiden Wählergemeinschaften hatten bei den Kommunal- und Kreistagswahlen am 5. März im Schnitt 6 % der Stimmen bekommen und konnten in Nordfriesland 2, in Steinburg 3 Vertreter in die Kreistage entsenden. Beide hatten auf der Grundlage eines ökologischen Programms und der Gegnerschaft zu AKWs kandidiert. Die Mitglieder der „Grünen Liste Nordfriesland" kommen zum überwiegenden Teil aus dem Regionalverband Westküste der BUU, dessen BIs sich in der Mehrheit nach der Veröffentlichung der „Dornier-Studie" (AKW-Bau im Wattenmeer) im Sommer 76 gegründet hatten. Auch die Steinburger, die in ihrer Mehrheit ebenfalls aus der Umweltschutz- und Anti-AKW-Bewegung kommen, knüpften in ihrem Wahlkampf an der unmittelbaren Gefährdung der Bevölkerung durch AKWs an: der Kreis Steinburg ist die Region um Brokdorf.

Jedoch war es bereits in der Vorbereitungszeit auf diesen Kongreß im Kreis der Initiatoren zu Widersprüchen über den Charakter der zu gründenden Vereinigung gekommen. So vertraten u.a. die Steinburger Spitzenkandidaten das aus Niedersachsen bekannte Beddermann-Konzept, tendenziell gegen die BIS gerichtet eine hierarchische Partei zu gründen. Die Steinburger Führungs-Crew hatte bereits auf einem gemeinsamen Treffen am 22.4. in Heide den Versuch unternommen, die Gründung eines Landesverbandes ohne breite Diskussion durchzuziehen, was jedoch an der Mehrheit gescheitert war. Entgegen dem Beddermann-Konzept sprachen sich andere Kräfte für eine enge Zusammenarbeit mit den BIs aus, so z.B. der nordfriesische Kreistagsabgeordnete Boje Maassen in einem Interview mit der Westberliner Stadtzeitung „Dicke Luft": *„Eine wesentliche Strategie der GL/NF besteht darin, sich als Teil der Umweltschutzbewegung zu betrachten und dementsprechend diese Regionalkonferenzen* (der BUU, Anm. AK) *weiter parallel laufen zu lassen.... Ich möchte nochmals betonen: wir verstehen uns als Teil der Bewegung, es wäre schrecklich, wenn wir uns jetzt so kanalisieren lassen würden, daß wir nur noch in den Parlamenten arbeiten. Wir versuchen auch den Charakter einer Bürgerinitiative beizubehalten, ein Minimum an Organisation aufzubauen".*

Der Kongress selbst spiegelte diese „zwei Linien" in vielerlei Hinsicht wider. Daß er überhaupt stattfand, war ein eindeutiger Erfolg der „Basisdemokraten".

Allerdings war selektiv eingeladen worden, und alle Teilnehmer mußten, um stimmberechtigt zu sein, ein Revers unterzeichnen, in dem es heißt: *„Unter dem Namen GRÜNE LISTE Schleswig-Holstein darf sich keine Vermischung mit links oder rechts stehenden politischen Kräften abspielen, sondern die Zielsetzung ist eine rein ökologische, die von den bestehenden Parteien nicht effektiv vertreten wird..."* Auf Betreiben der Partei-Befürworter war der Versammlungsraum in Rendsburg anfangs ordnermäßig abgesperrt, es sollte nur reingelassen werden, wer vorher schon eine Einladung bekommen und den Revers unterzeichnet hatte. Nur aufgrund des Einsatzes der „Basisdemokraten" wurden schließlich alle zugelassen.

Der Kongress (ca. 140 Teilnehmer) begann mit einer Erklärung, die tags zuvor auf einem Treffen schleswig-holsteinischer Bürgerinitiativen mehrheitlich verabschiedet worden war - alternativ zu einer gemeinsamen Resolution von KBW und Wahlboykottlern und einer konservativen Minderheit, die das Thema „Grüne Listen" nicht in die BIs thematisiert haben wollte. In der Resolution werden vier Bedingungen für die Unterstützung der „Grünen Listen" genannt:

1. *"Die Befürworter dieses Landesverbands sollten vorerst auf eine Verabschiedung des Programms verzichten und es den Bürgerinitiativen zur weiteren Diskussion zur Verfügung stellen. Dieser Schritt würde die Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiativen-Bewegung dokumentieren.*
2. *Die GL/SH sollte anerkennen, daß die BIs weiterhin entsprechend ihrer bisherigen Praxis außerparlamentarisch tätig sind.*
3. *Alle Mitglieder von BIs sollten das Recht haben, Mitglied der GL/SH zu werden.*
4. *Die GL/SH sollte deutlich machen, daß die Interessen des Lebens- und Umweltschutzes eine Zusammenarbeit mit neonazistischen Kräften ausschließt."*

Die Parteigründung platzt!

Nach den Einleitungsreden und einer kurzen Diskussion um das Verhältnis in den Bürgerinitiativen, in der sich bereits mehrere GLU-Mitglieder für eine breite Debatte in den BIs und gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgesprochen hatten, platzte die Bombe.

Die Satzungskommission hatte einen Entwurf vorgelegt, mit dem die Parteigründung noch am selben Tag unter Dach und Fach gebracht werden und sich die Struktur der zu gründenden Partei kaum von der der etablierten bürgerlichen Parteien unterscheiden sollte. Vorgeplant war darin nicht nur die Kandidatur für die Landtagswahlen, sondern darüber hinaus für die Bundestags- und Europa-Wahlen!

Eine Gruppe von 8 Mitgliedern der Steinburger Liste überraschte jedoch gleich zu Beginn der Debatte mit einer Erklärung: Ihr Vorstand habe seit den Kommunalwahlen nicht mehr die Mitglieder befragt. Es dürfe auf keinen Fall eine Parteigründung vorgenommen werden, da sich die „Grünen Listen" nicht nur von ihrem Programm, sondern auch von ihrer Struktur her eindeutig von den „traditionellen" Parteien unterscheiden müßten und in ihnen breiteste Demokratie herrschen müsse. Die Mehrheit der Steinburger Mitglieder lehne die Mitgliedschaft in einer Partei ab. Mit der Parteigründung bestünde somit die Gefahr einer Spaltung und eine Gefährdung der Mandate. Diese Steinburger Gruppe legte daraufhin einen alternativen Satzungsentwurf vor, mit dem der Landesverband als Wählergemeinschaft festgeschrieben und die Autonomie der Kreisverbände gewährleistet werden sollte. Wichtige Entscheidungen sollen demnach auf den Mitgliederversammlungen getroffen werden, während der Landesverband lediglich als Dachverband der autonomen Kreisverbände mit Koordinierungsaufgaben anzusehen ist. Diese Frage - Wählerverband oder Partei - löste die erste entscheidende Debatte und Abstimmung aus. Die Rechten versuchten mit „flammenden" Ansprachen, die Parteigründung durchzusetzen, da keine Zeit mehr sei, ansonsten das ganze Projekt gefährdet würde usw. Demgegenüber sprachen sich jetzt selbst Mitglieder der Satzungskommission für den Vorschlag der Steinburger Gruppe aus.

Damit war für die Partei-Befürworter der Zug abgefahren: auch ihr letzter Versuch - an dieser Stelle den Kongress abzubrechen, weil er angeblich keine Entscheidungsbefugnis mehr habe - wurde niedergeschlagen. In der folgenden Abstimmung stimmte eine klare Mehrheit (26 Gegenstimmen) für den Antrag der Steinburger Gruppe. Von diesem Moment an war klar, daß alle weiteren Beschlüsse des Gründungskongresses lediglich vorläufigen Charakter haben, da alle wichtigen Fragen zu Satzung, Programm, Vorstand usw. von den Mitgliederversammlungen der jetzt aufzubauenden autonomen (!) Kreisverbände diskutiert und erst auf dem nächsten Landeskongreß endgültig entschieden werden. Zum Auszug einer Gruppe Rechter (darunter ein Steinburger Kreistagsabgeordneter) kam es, als kurz darauf ein Antrag der Rendsburger BI, auf dem Kongreß eine Sammlung für die Grohnde-Angeklagten durchzuführen, nahezu einhellig (ohne Abstimmung) begrüßt wurde. Unter Rufen wie *„Sammlung für Verbrecher"*, *„Die Rätedemokratie hat sich durchgesetzt!"* und *„Wir marschieren nicht mit antiparlamentarischen Kräften und bornierten Lokalpolitikern!"* verließen diese Leute den Saal.

Debatte um Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Zur nächsten entscheidenden Debatte kam es an der Frage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die in beiden Satzungsentwürfen vorhanden waren. Bei den Steinburgern hieß es, daß den Führungsgremien der „Grünen Liste" keine Personen angehören dürften, die *„Mitglieder von rechts- oder linksradikalen Organisationen sind, in letzter Zeit waren, oder die mit diesen Organisationen sympathisieren"*.

Von einem Teil der Nordfriesen wurde darauf gedrängt, eine Passage aufzunehmen, nach der nicht Mitglieder anderer Parteien oder politischer Organisationen Mitglied der „Grünen Liste" sein können.

Dem wurde entgegengehalten, daß ein Unvereinbarkeitsbeschluß spalterisch sei, da er einen Teil der BI-Mitglieder von einer Mitgliedschaft in der „Grünen Liste" ausschließen würde, zum anderen, weil es Sozialdemokraten, die in Widerspruch zu ihrer Partei geraten sind, unnötig erschwert würde, sich von der SPD zu lösen. Durch Beschwören der mehrfach geäußerten Majorisierungsängste und eine Überrumpelungstaktik wurde schließlich bei nur 25 Gegenstimmen ein Unvereinbarkeitsbeschluß durchgesetzt: *„Die Mitgliedschaft in einer Partei oder die Kandidatur für eine solche sind unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ‚Grünen Liste' ... Entsprechendes gilt für andere politische Vereinigungen, deren Zielsetzungen ganz oder teilweise denen der „Grünen Liste" widersprechen".*

Nach einer Pause, in der die Diskussion fortgesetzt worden war, wurde von Mitgliedern der GL/NF der Antrag gestellt, die Debatte neu aufzunehmen und den UVB ersatzlos zu streichen, weil er katastrophale Folgen haben würde. Dieser Antrag wurde ganz knapp mit 32:31 Stimmen abgelehnt!

Dieser Beschluß läuft de facto darauf hinaus, die GL/SH eben doch nicht als eine freie Wählervereinigung zu konzipieren (in der natürlich auch Partei-Mitglieder mitarbeiten könnten), sondern als eigene Partei.

Ein weiterer Clinch: Die Vorstandswahlen

Das Programm, das den Mitgliedern vorher nicht bekannt war (es war erst eine Stunde vor dem Kongreß erhältlich) wurde als Diskussionsgrundlage für die Kreisverbände und Bürgerinitiativen verabschiedet. Nach der Wahl verschiedener Kommissionen stand die Wahl des vorläufigen Vorstandes an. Zum Knall kam es, als von der Diskussionsleitung dazu aufgefordert wurde, jetzt der „Grünen Liste" beizutreten, weil nur mitstimmen könne, wer die Satzung unterschrieben habe. Daraufhin erklärten einige Mitglieder der Rendsburger BI, die bisher nur als Beobachter teilgenommen hatten, ihren Eintritt, da der Kongreß aus ihrer Sicht mehr Licht als Schatten gezeigt habe. Einige Rechte meinten, nun ausgerechnet in diesen BI-Mitgliedern die „eingeschleusten KB-Mitglieder" erkannt zu haben. Von ihnen wurde der Abbruch des Kongresses verlangt, falls die Rendsburger aufgenommen würden. Gegenstimmen forderten dazu auf, sich durch diese Drohungen nicht erpressen zu lassen und den Kongreß unter stimmberechtigter Teilnahme dieser BI-Mitglieder fortzusetzen. Die Wogen wurden nur dadurch geglättet, daß die Rendsburger unter diesen Bedingungen auf ihren Eintritt vorläufig verzichteten.

Diese an den Vorstandswahlen erneut aufgebrochenen Widersprüche führten dazu, daß in dem dreiköpfigen Vorstand kein Vertreter der Steinburger Führungsgruppe sitzt, da diese Leute auf eine Kandidatur verzichteten bzw. nicht gewählt wurden.

Eine Teilnehmerin des Kongresses

Niedersachsen-Wahl: Verdrängt die GLU die FDP?

Die „Grüne Liste" (GLU) in Niedersachsen rechnet sich Chancen aus, am 4. Juni bei den Landtagswahlen die 5%-Hürde zu überspringen.
Bei der letzten veröffentlichten Umfrage wurden der GLU 4,7 % zugesprochen — über 5 % mochte man ihr offensichtlich nicht zugestehen, wo doch der Wahlkampf der bürgerlichen Parteien darauf abgestellt ist, den „Grünen" jede Chance abzusprechen. Der „Spiegel" berichtete allerdings in seiner Ausgabe vom 29.5. von bislang offiziell unter Verschluß gehaltenen Umfragen, die eine „alarmierende Attraktivität neuer Parteien als Sammelbewegungen" belegen. Eine Anti-AKW-Partei kann demnach mit einem festen Wählerstamm von 5 % und einem noch erheblich darüber hinausgehenden potentiellen Unterstützerkreis rechnen.
Schon jetzt zeichnet sich im Wahlkampf ab, welche Klimaveränderung in der BRD durch Erfolge der alternativen Listen eingeleitet werden könnten.

Putzt jetzt die FDP die Platte?

Am schlimmsten hat es die FDP in Niedersachsen getroffen. Nachdem diese 1974 mit mühsam aufpoliertem fortschrittlichen Image mit 7% wieder in den Landtag einzog, um dann in den Armen der CDU zu landen, droht ihr jetzt der Rausschmiß aus dem Landtag. Die FDP-Parteizentrale ließ deshalb *„neue Umfrageergebnisse, die starke Einbußen für die FDP bis hin zum Unterschreiten der 5-Prozent-Grenze vorhersagen"* einfach *„dementieren"*.

Ebenso wurden *„Vermutungen über eine zunehmende Panikstimmung ... als unzutreffend zurückgewiesen"* („Welt", 20.5.78). Dabei handelt es sich allerdings mehr um Parteimassage, um noch einmal die *„Aktion Endspurt"* über die Bühne zu kriegen. *„Die Liberalen stecken wieder einmal im Schlamassel und die Existenzangst geht um"*, schreibt sogar die FDP-freundliche „Frankfurter Rundschau" („FR", 22.5.78).

In ihrer Not hat sich die FDP auch an die SPD und Strauß gewandt und um mehr „Schonung" nachgesucht. Bei einem geheimen Gespräch mit Strauß hatte Genscher seine Sorge über eine mögliche „Vierte Partei" vorgetragen. Sie würde „die Parteienlandschaft grundlegend verändern". Dies könne die FDP am besten durch eine bundesweite Koalition mit der CDU/CSU verhindern, konterte Strauß (lt. „Göttinger Tageblatt", 18.5.78). Der SPD-Landesvorsitzende Peter v. Oertzen wertete die Bitte um Milde als „tragikkomisch". Die FDP, die jetzt vor einem *„Scherbenhaufen stehe und damit rechnen müsse, bei der Neuwahl ... 'im politischen Nichts zu verschwinden'"*, solle *„im Wahlkampf nicht weinerlich werden"* („FR", 11.5.78). Oertzen spielte dabei auf den FDP-Umfall zur CDU hin nach der letzten Wahl an (vor der Wahl hatte sie eine eindeutige Aussage für eine Koalition mit der SPD gemacht).

„Die konservativste FDP auf Bundesebene"

Die Jungdemokraten Niedersachsens erklärten ihren Landesverband zum *„konservativsten auf Bundesebene"* („Spiegel", 15.5.78). Schon im Januar 1977 beschlossen die niedersächsischen Jungdemokraten: **„Die Jungdemokraten beteiligen sich nicht am Landeswahlkampf der FDP in Niedersachsen"** („Stellungnahme und Dokumentation zur FDP-Landespolitik" – Judo-Broschüre). Das hat eine lange Tradition: 1955 wurde von der FDP als Kultusminister ein vormaliger Spitzenkandidat der rechtsradikalen DRP(„Deutsche Reichspartei") präsentiert. Zwei Jahre später wurden sechs DRP-Abgeordnete in die FDP-Fraktion übernommen. 1966 wurde ein Antrag auf dem FPD-Landesparteitag, niedergestimmt, *„mit der NPD keine Wahlbündnisse einzugehen"* (Angaben aus „Spiegel", 15.5.78).

Als die FDP 1974 wieder in den Landtag einzog, hatte sie zwar vorher erklärt: **„Eine Koalition mit der CDU scheidet in Niedersachsen für 1974 aus"** und *„in den letzten Jahren ist es der CDU nicht gelungen, ihre Fähigkeit und Bereitschaft zu Reformen unter Beweis zu stellen"* (Wahlprogramm der FDP 1974).

Doch Anfang 1976 wurde CDU-Albrecht mit anonymen Stimmen aus dem SPD/FDP-Lager zum neuen Landesvater gekürt. Noch im April 76 ließ sich Groß zum Landesvorsitzenden der FDP wählen, unter dem Vorzeichen, er sei eindeutiger Gegner einer Koalition mit der CDU. Im Dezember jedoch wurde Groß Innenminister, nachdem die Koalition mit der CDU mit knapper Mehrheit auf einem Landesparteitag beschlossen worden war.

Genscher hatte in diesem Wahlkampf die FDP aufgefordert, sie solle die GLU „offensiv" kontern und sich als die eigentliche Umweltschutzpartei profilieren. Doch die Anzeigen-Kampagnen mit Sprüchen wie: *„Nur Stimmen für die F.D.P. sind sichere Stimmen für eine saubere Umwelt"* und *„Die anderen Parteien halten sich im Kampf um eine saubere Umwelt zurück – wegen anderer Interessen"*, können kaum noch glaubwürdig erscheinen. Groß macht derweil allzu offen seine polizeistaatlichen Mannövervorbereitungen zu Gorleben, um dort die WAA durchziehen zu können.
FDP-Wirtschaftsminister Küpker kündigt derweil schon fünf weitere AKW's für Niedersachsen bis 1990 an. Kein Wunder, daß die Judos da nicht mitmachen wollen. In Nordniedersachsen unterstützen sie den Wahlkampf der liberaleren Hamburger FDP. Inzwischen ruft der Judo-Landesvorsitzende Löffler schon halbwegs offen zur Wahl der GLU auf: Die Wähler sollten *„alternative Handlungsmöglichkeiten"* suchen und *„FDP nicht, SPD wahrscheinlich nicht, aber vielleicht doch GLU"* wählen (nach einer Mitschrift auf einem teach-in in Göttingen).

Noch frohlockt die SPD

Weil die FDP in Niedersachsen in der Koalition mit der CDU in Schwierigkeiten gerät und sie gleichzeitig auch in anderen Bundesländern mit der CDU-Koalition liebäugelt, hat die SPD einerseits allen Grund zur Schadenfreude über das FDP-Schlamassel: *„Grund zum frohlocken bei den Sozialdemokraten, die ... sich eine kräftige Scheibe vom ohnehin mageren Wahlmenü der FDP abzuschneiden gedenken"*, heißt es im SPD-„Vorwärts". Allerdings: Nicht nur Oertzen (SPD-Landesvorsitzender) fürchtet durch die „Grünen" *„die Gefahr einer Abspaltung ... bei der Wählerschaft"* („Spiegel", 21.11.77). Auch die Jusos Hannover äußerten die Sorge, **„daß sich große Bevölkerungsteile im sozialdemokratischen Umfeld endgültig von der SPD abwenden könnten"** („FAZ", 19.5.78). Mit der scheinradikalen Kritik der GLU fehle die sozialistische Perspektive, halten die Jusos der SPD noch die Stange. Noch gehen die Jusos davon aus, daß die GLU den bürgerlichen Parteien nur ein paar Prozentchen wegnehmen könne. Noch meint Oertzen, daß eine Chance für eine Partei links von der SPD *„die mehr als das Schattendasein einer Sekte führen will, nur bestünde, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns erheblich verschlimmern"* („Spiegel", 21.11.77).

Doch das große Zittern hat bereits begonnen. Selbst eine Konstellation in Niedersachsen ist nicht mehr ausgeschlossen, wo weder CDU noch SPD die absolute Mehrheit erreichen (wie 1974) und statt der FDP die GLU in den Landtag einzieht. Dadurch käme einige Bewegung in die „Parteienlandschaft".

Sorge um die „Stabilität" der Parteienlandschaft

Auf dem SPD-Parteitag warnte die SPD-Spitze vor *„einer Aufsplitterung der Parteienlandschaft"* („Spiegel", ebenda). Egon Bahr äußerte die Befürchtung, daß dies **„die Demokratie gefährden"** würde („Spiegel", 30.1.); Genscher warnte im Rundfunk, daß Parteigründungen, die sich auf Einzelthemen wie Umweltschutz bezögen, die „Parteienlandschaft" nicht zum Wohl des Bürgers verändern würden: *„Die Stabilität der BRD dürfe nicht in Gefahr gebracht werden"* (nach „GT", 24.5.78). Auch die CDU richtet sich — wie es eine Studie des Bundesverbands der deutschen Industrie vorschlägt — darauf ein, dafür zu sorgen, daß diese Alternativ-Listen zerschlagen werden.

Die bürgerlichen Parteien befürchten, daß eine breit vorhandene Protesthaltung und Verdrossenheit mit dem Parteiensystem den Alternativlisten zu einem Erfolg auf parlamentarischer Ebene verhelfen könnten. Dies könnte eine Signalwirkung für radikaldemokratische Massenproteste haben.

Es muß daher gerade Aufgabe der linken Kräfte und der Kommunisten sein, diesen Prozeß aktiv zu unterstützen und selbst mit Hand anzulegen, um diesen Trend zu fördern.

Ein KB-Genosse aus Göttingen und AKW-NEIN-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Für eine Basiskandidatur in Hessen!

Am 8. Oktober dieser Jahres finden Landtagswahlen in Hessen statt. Gegenüber stehen sich eine für ihre Korruptheit gerade in Hessen besonders bekannte SPD und eine von Dregger geführte CDU auf stramm-reaktionärem Kurs. Die bürgerliche Presse mißt den Hessenwahlen aus mehreren Gründen eine besondere Brisanz zu:

- **Der CDU ist es vor einem Jahr bei den Kommunalwahlen gelungen, der SPD eine vernichtende Niederlage zuzufügen, was einen „Machtwechsel“ auch in der Landesregierung möglich erscheinen läßt.**
- **Ein Sieg Dreggers, der nach Strauß der schärfste Rechtsaußen in der Unionsspitze ist, würde weitreichende Folgen für das innenpolitische Klima der BRD insgesamt haben.**
- **Die FDP hält sich für Koalitionen nach allen Seiten offen. Strauß und Dregger haben ein Bündnisangebot an sie gerichtet, auf das die FDP-Spitze offensichtlich einzugehen bereit wäre, wenn die Basis „mitzieht“.**

Demgegenüber kann die hessische SPD nicht einmal geltend machen, ein „kleineres“ Übel zu sein. Während die in der Regierung jegliche „Reformpolitik“ längst über Bord geworfen hat, und ihre Repräsentanten sich stattdessen sehr vorteilhaften finanziellen Schiebereien widmeten (Helaba!), hat die Parteispitze ehemals vorhandene fortschrittliche Kräfte vor allem in der SPD-Südhessen völlig an die Wand stellen und ausschalten können. Die Pleite bei den Kommunalwahlen war nichts als die verdiente Quittung dafür. Dies ist in kurzen Worten die situation, in der Bürgerinitiativen – zunächst vor allem aus dem Umweltschutzbereich – damit begonnen haben, über eine Kandidatur zu den hessischen Landtagswahlen zu beraten.

Am 11. März wurde dazu ein erstes Treffen in Mühlheim/Main durchgeführt, eingeladen von einer „Initiativgruppe Grüne Liste“ aus Offenbach. Gleichnamige Initiativgruppen existierten dabei auch schon in Darmstadt und Frankfurt. Außer diesen nahmen u.a. BI- Vertreter und Einzelpersonen aus verschiedenen Frankfurter Stadtteilen, aus Kassel, Hanau, Wiesbaden, Dietzenbach, Rüsselsheim, Langen, Rößdorf und Kelsterbach teil, sowie vom Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND), der AUD, SAG GAD (Gruppe Arbeiterdemokratie) und dem KB: insgesamt rund 100 Teilnehmer aus 18 Orten. Die Bunte Liste/ Wehrt Euch (Hamburg) war mit Beobachtern auf diesem Treffen anwesend.

Bis auf Vertreter aus Wiesbaden, Königstein und Gelnhausen war man sich darüber einig, eine gemeinsame Kandidatur zur Landtagswahl anzustreben. Weitgehende Übereinstimmung wurde auch darin erzielt, daß eine mögliche parlamentarische Arbeit die außerparlamentarischen Aktionen der Bürgerinitiativen nicht ersetzen dürfe.

Zu einem Schwerpunkt der Diskussion entwickelte sich die Frage, ob in Hessen eine grüne oder eine bunte Liste aufgestellt werden soll. Das „Hamburger Modell“ fand dabei viele Freunde. Bedenken dagegen bezogen sich jedoch u.a. darauf, daß eine solche Liste in einem Flächenstaat mit großen ländlichen Regionen naturgemäß schwieriger zustande zu bringen ist, als in einem Stadtstaat wie Hamburg.

Eine Bunte Liste in Hessen würde allerdings auch nicht bedeuten können, daß in jedem Wahlkreis ein gleich breites Spektrum an Bürger- und Basisinitiativen die Kandidatur mit trägt - sondern daß dies sich nach den örtlichen Bedingungen richtet. Das heißt: es würde natürlich ländliche Wahlkreise geben, in denen die Kandidatur nur von Bürgerinitiativen aus dem Umweltschutz- Bereich getragen wird (weil dort keine anderen existieren), und andere Wahlkreise (vor allem die Städte), in denen sich auch Initiativen mit anderem Arbeitsgebiet beteiligen.

Für einen Großteil der Teilnehmer war jedenfalls klar, daß eine Basiskandidatur auch zu anderen als rein ökologischen Fragen Stellung nehmen müsse - bzw., daß zumindest der Versuch einer Einbeziehung anderer Programmpunkte (Arbeitslosigkeit, Abbau demokratischer Rechte etc.) unternommen werden soll. Hier nutzen auch die Erfahrungen der „Wählergemeinschaft Darmstadt“, die bei den letzten Kommunalwahlen ausschließlich mit Forderungen zu akuten Verkehrsproblemen kandidiert hatte (und dabei 8% der Stimmen erhielt!). Ihr Stadtverordneter Uwe Winkelmann erklärte auf dem Treffen, daß es für sie mittlerweile unumgänglich sei, sich auch mit anderen Fragen als nur Verkehrspolitik zu befassen.

Das Treffen endete schließlich mit der Übereinstimmung, daß versucht werden solle, den jetzigen Kreis von Bürgerinitiativen aus dem Umweltschutzbereich durch örtliche Kontaktaufnahmen um andere Initiativen zu erweitern. Es wurde eine Redaktionsgruppe gebildet, die einen ersten Entwurf eines programmatischen Rahmens für ein Wahlbündnis sowie einen ausformulierten Ökologie-Teil vorlegen soll.

Vorschläge dazu wurden inzwischen von der Darmstädter und der Offenbacher „Initiativgruppe Grüne Liste“ vorgelegt (die sich beide ausschließlich auf AKWs und Umweltschutz und ansatzweise auf die Arbeitslosigkeit beziehen), sowie von der BI Frankfurt Hoechst, die einen weitergefaßten Rahmen in Anlehnung an die Präambel der Hamburger Plattform entworfen hat. Auf einer erweiterten Sitzung der Redaktionsgruppe am 22. April mit ca. 40 Teilnehmern in Frankfurt wurde dazu nochmals beschlossen, daß aus den vorliegenden Entwürfen und gegebenenfalls weiteren Vorschlägen aus anderen Initiativen ein einheitlicher Entwurf zusammengestellt werden soll, der dann auf einer neuen Hessen- Konferenz am 20. Mai diskutiert werden sollte.

Was will die GLU in Hessen?

Auf der erweiterten Sitzung der Redaktionsgruppe am 22. April waren erstmals auch zwei Vertreter der GLU anwesend: die GLU hat in Hessen am 12. April – also nach der ersten Konferenz der hessischen BIs zur Landtagswahl – ihren (mittlerweile vierten) Landesverband gegründet. Dies geschah ohne Diskussion und Wissen der hessischen BIs, während die GLU-Gründer aber nach eigenen Angaben sehr wohl über die laufende Diskussion unter den BIs informiert waren. Die GLU/Hessen verfügt bislang ausschließlich über e i n e n Kreisverband in Waldeck; ihr Gründungsstamm besteht im wesentlichen aus vormaligen AUD-Mitgliedern, die selbst in keiner Bürgerinitiative tätig waren und tätig sind. Mitte Juli will die GLU/Hessen ihren ersten Landesparteitag abhalten, auf dem über ihre Kandidatur zur hessischen Landtagswahl und über ihr Programm (identisch mit dem niedersächsischen) beschlossen werden soll. Bis dahin will sich die GLU Hessen nach Aussage ihres kommissarischen Landesvorsitzenden Faust *„eine Basis schaffen“* ... Der Grund der Teilnahme der GLU-Vertreter auf der BI-Sitzung am 22. April war offensichtlich, sich diese bislang fehlende Basis dort zu suchen...

Die GLU-Vertreter schlugen kurzerhand vor, doch einfach ihr Programm zu übernehmen, wozu ja noch bis zu ihrem Landesparteitag Ergänzungen beantragt werden könnten. Ihre Kandidatur sei jedenfalls schon sicher! Als dies auf scharfe Kritik bei allen anderen Teilnehmern stieß und Parallelen zum spalterischen Vorgehen der GLU/Hamburg aufgezeigt wurden, erklärten die GLU-Vertreter Faust und Giersche, daß sie mit dem Vorgehen der Hamburger GLU (und der Tatsache, daß dort „stark rechtslastige“ Leute mit von der Partie sind) auch nicht einverstanden seien und keine konkurrierenden Kandidaturen in Hessen wollen. Ihr Vorgehen sei mit dem der GLU/Hamburg aber auch nicht zu vergleichen, da es in Hessen noch gar keine andere Liste gebe. Freilich: in Hessen tritt die GLU insofern „geschickter“ auf, als sie den BIs v o n v o r n h e r e i n die Pistole auf die Brust setzt und eine mögliche Spaltung androht. Nach all ihren Ausführungen kann ihre „Gesprächsbereitschaft“ nämlich nur so verstanden werden, daß sie die hessischen BIs zum Anschluß an die GLU und ihr Programm überreden will; sollte dies nicht klappen, ist mit einer parallelen Kandidatur der GLU zu rechnen.

Dies kommt auch in einer Stellungnahme zum Ausdruck, in der die GLU in der Frage des Namens auf ihr angebliches „Recht“ pocht, zuerst dagewesen zu sein. Beddermann habe die GLU bundesweit und für Westberlin als Partei eintragen lassen. Da s i e jedoch in Hessen auf alle Fälle kandidieren würden, sei es gar nicht mehr möglich, eine Grüne Liste neben ihnen zu bilden. Es ginge also nur noch darum, ob sich die BIs i h r e r „grünen“ Kandidatur anschliessen, oder ob eine „kommunistisch beeinflußte Bunte Liste“ wie in Hamburg gebildte werde. Dieser Widerspruch wird offenbar gezielt aufgebaut, um die eigenen Schäfchen ins Trockene zu bringen. In Sachen Machtpolitik scheint die GLU Hessen ja ihr Handwerk zu verstehen! Andererseits wird es nicht zuletzt von den Aktivitäten der BIs und der Breite eines Basisbündnisses in Hessen abhängen, ob die GLU zu einer stärkeren Kompromißbereitschaft gebracht werden kann. Schon bald nach ihrer Gründung sah sich übrigens auch die GLU Hessen genötigt, sich vom Vorwurf der Zusammenarbeit mit rechtsextremistischen Kräften reinzuwaschen. Ein Vertreter des 5%-Blocks/ Frankfurt, der an den Treffen teilgenommen hatte, verschickte unter dem Namen eines GLU-Kreisverbandes Offenbach Materialien der Freisozialen Bewegung bzw. der FSU (Freisoziale Union). Unter diesen Broschüren waren sowohl Sprüche von einer angeblichen „Kriegsschuld-Lüge“ wie auch die Forderung nach Freilassung des Faschisten Heß und frauenfeindliche Thesen zu finden. Auf dem Treffen vom 20. Mai erklärten die GLU-Vertreter dazu jedoch, ein Kreisverband Offenbach würde bei ihnen gar nicht existieren; es habe sich vielmehr um einen eigenmächtigen Vorstoß des 5%-Blocks gehandelt, mit dem sie nichts zu tun hätten.

Von allen Anwesenden wurde auf diesem Treffen der Beschluß gefaßt, mit Nazis und Sympathisanten rechtsradikaler Gruppen nicht zusammenzuarbeiten. Ferner wurde am 20. Mai vereinbart, die Kontaktierung von weiteren Basisgruppen untereinander aufzuteilen und regionale Verantwortlichkeiten zu schaffen.

Grüne Liste Frankfurt

In Frankfurt hat sich – hauptsächlich von den Spontis her kommend – ebenfalls eine Grüne Liste gebildet, die sich an den Landtagswahlen beteiligen will, wobei jedoch noch unklar ist, in welcher Form das geschehen soll. Die Grüne Liste Frankfurt *„ist zwar aus der Anti-Atom-Bewegung entstanden, versteht sich aber als Teil der umfassenden Ökologiebewegung“*. Sie hält die Atomenergie nur für *„die Spitze des Eisbergs“* einer *„allgemein drohenden ökologischen Katastrophe“* („Pflasterstrand“, Nr. 26).

Die Industrialisierung sei heute an einem Punkt angelangt, wo sie das menschliche Leben und Zusammenleben insgesamt bedrohe. In den Mittelpunkt ihrer konkreten Wahlkampfaktivitäten will diese Grüne Liste daher die Stadtzerstörung in Frankfurt stellen.

Als erste größere Aktion organisierten die Spontis einen „grünen Jahrmarkt“ in Frankfurt vom 19. bis 21. Mai, der von ziemlich vielen Leuten besucht wurde (da ein ständiges Kommen und Gehen an den Ständen war, läßt sich die Gesamt-Teilnehmerzahl nur schwer angeben; es mögen insgesamt mehere Tausend gewesen sein). Eigentlich sollte dieser Jahrmarkt auch eine Klärung der Frage der Wahlkandidatur für die GL Frankfurt bringen. Die im Rahmen des Jahrmarkts durchgeführten politischen Veranstaltungen waren jedoch allesamt ziemlich schwach besucht, selbst wenn solche „Magneten“ wie K. Traube oder Carl Amery zum Selbstverständnis der Ökologiebewegung diskutierten. So kamen zur Wahldiskussion – die auch vom Termin her eher stiefmütterlich behandelt wurde – nicht einmal hundert Leute. Nach einer Vorstellung der Arbeit der Grünen Liste Erlangen (die bei den Kommunalwahlen einen Sitz erringen konnte) wurde aus den Beiträgen der Frankfurter Grünen bald klar, daß zu einer Kandidatur recht unterschiedliche Auffassungen bestehen. Diese reichen von einem ziemlichen Mißtrauen (Landtagswahl bedeute notwendig „Zentralisierung“ und dies bedeute wiederum, daß man bei einer Kandiatur seine Interessen an einen „Apparat“ delegiert, was als der Anfang vom Ende angesehen wird) bis zu der Auffassung, auf alle Fälle zu kandidieren, um durch einen hohen Stimmengewinn den Protest gegen die bürgerlichen Parteien zu dokumentieren. Denn auf diese Weise können SPD, CDU und FDP die Legitimationsbasis entzogen werden.

Die Grüne Liste Frankfurt hat eine Teilnahme an der Diskussion der anderen an einer Wahlbeteiligung interessierten Gruppen bisher gemieden, obwohl sie sich verbal für die Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen usw. ausgesprochen hat. Diese Gruppen dürften allerdings nicht *„parteigebunden“* sein.

Fazit: Eine ganze Menge von Gruppen und Initiativen ist an einer grünen oder bunten Wahlbeteiligung an den hessischen Landtagswahlen durchaus interessiert. Das Interesse wie auch die Zustimmung in der Bevölkerung dürfte ebenfalls keineswegs geringer als etwa in Hamburg oder Niedersachsen sein. Um daraus aber eine a u s s i c h t s r e i c h e Kandidatur zu bilden, ist es notwendig, die bisherige Zersplitterung und die diversen Alleingänge zu überwinden und um die Zusammenfassung der unterschiedlichen Initiativen und Interessen zu kämpfen.

Merkwürdiges

Grüner Jahrmarkt Frankfurt: Das war nicht nur eine bunte Vielfalt von Ökologen, AKW-Gegnern, alternativen Projekten, Folkmusik, Spontis, Linken, das war nicht nur ein Massen-Treff der „scene“ (auf dem sich aber durchaus hier und da auch Frankfurter „Bürger“ blicken ließen), das war zum Teil a u c h handfester Mist, der von den Veranstaltern verbreitet wurde, und der ganz und gar nicht ins „radikallinke“ Bild von den Spontis paßt. Zum Teil wohlgemerkt – denn es soll nicht behauptet werden, daß diese Positionen von der Mehrheit der Leute vertreten wurde. Was aber bedenklich stimmt, ist, daß es nur wenige gibt, die sich zum W i d e r s p r u c h und zur Diskussion aufraffen.

Die Anti-AKW-Bewegung, hieß es etwa, sei in der „Sackgasse“. D e s h a l b jetzt „Grüne Liste“! Nun läßt sich über die Situation der Anti-AKW-Bewegung vieles und auch kritisches sagen. U n m ö g l i c h ist es aber doch, andere Aktivitäten als Ersatz anzubieten. Statt Bauplatzbesetzung jetzt Wahlkampf? Das kann soch nicht im Ernst die Meinung der Spontis sein!

Oder: Die Bevölkerung nehme an der Anti-AKW-Bewegung – trotz aller wichtiger Impulse, die von dieser zugestandenermaßen ausgegangen seien – nicht teil. Warum? Weil sie sich von der Atomenergie nicht „betroffen“ fühle. „Betroffen“ fühle sich die Bevölkerung viel direkter und unmittelbarer von der Frankfurter Stadtzerstörung. Das Engagement gegen AKWs sei hingegen viel mehr *„durch den Kopf gegangen“* und dementsprechend auch *„von den Universitäten getragen“* gewesen. Mal ganz davon abgesehen, ob das letztere stimmt: Biblis ist nicht einmal 50 km von Frankfurt entfernt. Dies ist eine unwahrscheinliche d i r e k t e Bedrohung für die Frankfurter Bevölkerung. Wenn „die Bevölkerung“ diese Bedrohung heute noch nicht in dem notwendigen und realistischen Maße empfindet, so liegt das an nichts anderem als ander Verdummungspolitik der Atomfilze. Sich s t a t t einer Verstärkung der Aufklärungsarbeit mit diesem Zustand abzufinden, um mehr gegen die Stadtzerstörung zu machen (wohlgemerkt – das wird so begründet, also a l t e r n a t i v gesehen!), kann doch nur bedeuten, daß man s e l b s t die von den AKWs ausgehenden Gefahren irgendwo nicht ernst nimmt. Radioaktivität hat es an sich, daß man sie nicht sehen, nicht hören und nicht schmecken kann, daß man sich also erst dann und „unmittelbar“ davon „betroffen“ fühlt, wenn es zu spät ist!!!

Um nicht mißverstanden zu werden, noch einmal: Es ist sicher richtig, mehr gegen die kriminelle Stadtzerstörung in Frankfurt zu machen, und keiner will die Spontis dabei bremsen. Aber es ist genauso falsch und gefährlich, dies mit w e n i g e r Aktivitäten gegen die AKWs zu koppeln.

***

Reichlich merkwürdig mutet auch an, was Cohn-Bendit zur Ökologiebewegung beizusteuern hatte. Gegenstand einer Diskussion auf dem grünen Jahrmarkt war u.a. die Frage, warum in der Arbeiterbewegung eine relative Gleichgültigkeit gegenüber der Umweltzerstörung vorhanden sei. Als Grund dafür wurde die verbreitete Gleichsetzung von Technisierung bzw. Automatisierung mit „Fortschritt“ ausgemacht. Cohn-Bendit dazu: *„Daran ist der Marxismus schuld“*.

Angeblich habe der Marxismus die kritiklose „Entwicklung der Produktivität“ gepredigt. Also müsse man den Einfluß des Marxismus in der Arbeiterklasse zurückdrängen.

Ein überwältigendes Argument! Schmidt, Matthöfer, Vetter und die anderen Atomfilze sind ja alles „Marxisten“, wie überhaupt die SPD ungeheuer „marxistisch“ ist. Und auch an der Sowjetunion sieht man bekanntlich, wie's der „Marxismus“ mit der Atomenergie hält. Was spielt es da noch für eine Rolle, daß Marxisten in der Anti-AKW-Bewegung einiges mehr getan haben als gerade Cohn-Bendit und der „Pflasterstrand“? Ist ja doch alles Taktik gewesen von denen...

Marx hat unter der „Entwicklung der Produktivkräfte“ zuallererst die Entwicklung der M e n s c h e n gemeint, und d i e s e m Ziel die Entwicklung der Technik untergeordnet. Aber wer wird sich denn mit solchen „Details“ abgeben? Schließlich sind wir keine Schriftgelehrten, die Marxauslegung betreiben würden. Also greift man (Cohn-Bendit) einfach auf die gängigen antikommunistischen Vorurteile zurück – Leute, die dafür Beifall klatschen, finden sich dazu ganz bestimmt.



NATO überfällt Zaire

Fortsetzung von Seite 1

und von wem" („FAZ"-Leitartikel vom 19.5.78), und triumphierend wird konstatiert „**Seit ein paar Tagen springt der Wind um"** (ebenda). So sehr diese Sichtweise auf imperialistische Zweckpropaganda zurückzuführen ist, bleibt als wahrer Kern, daß gegenwärtig in Afrika mehr als in anderen Erdteilen Rebellionen und Befreiungskämpfe koloniale und neokoloniale Strukturen massiv angreifen. Daß Moskau und z.T. auch Havanna dabei (neben sich positiv auswirkenden Engagements im südlichen Afrika) recht fragwürdige (Marokko/Westsahara) und regelrecht konterrevolutionäre Positionen beziehen, tut ihrer Rolle als traditionelle antikommunistische Schreckgespenster keinen Abbruch. Man benutzt sie, um den offenen Krieg gegen die Antiimperialisten Afrikas propagandistisch abzusichern.

Frankreich – Gendarm Afrikas

Frankreich muß in der westeuropäischen Allianz zweifellos an der ersten Stelle genannt werden, was die blutige Niederschlagung fortschrittlicher Bewegungen betrifft. Insgesamt sind ca. 15.000 französische Soldaten in Afrika als Interventionstruppen stationiert („Guardian", 25.5.78). Heute befinden sich auf afrikanischem Boden französische **Stützpunkte im Senegal, Elfenbeinküste, Gabun, Mauretanien, Djibouti und Mayotte (Komoren)**. Gegenwärtig interveniert der „Gendarm Afrikas" neben Zaire auch gegen den Befreiungskampf in der Westsahara und im Tschad. Djibouti am Eingang des Roten Meeres wird praktisch mit 7000 Soldaten besetzt gehalten.

Die militärische Intervention in der **Westsahara** (Napalm abwerfende Bomber und ständige Überwachungsflüge über die gesamte Region, um frühzeitig Angriffe der Frente Poli-
Bomber und ständige Überwachungsflüge über die gesamte Region, um frühzeitig Angriffe der Frente Poli-
sario zu erkennen) war Resultat der wachsenden Unfähigkeit Mauretaniens und Marokkos, die Frente Polisario auch nur entfernt militärisch zu besiegen. Frankreich versucht mit seinem Krieg gegen die Sahauris, die afrikanische Westküste unter Kontrolle zu behalten, die überwiegend von französischen Marionetten beherrscht wird. In diesem Sinn erklärte der Nachbar Mauretaniens, Senegals Präsident Senghor, *„daß sein Land nicht tatenlos zusehen werde, falls die Polisario und ihre algerischen Freunde das Regime in Mauretanien zu Fall brächten"* („NZZ", 8.2.78). Die massive französische (und US-amerikanische) Militärhilfe für Mauretanien und Marokko „bewahren" also den gesamten Südwestrand der Sahara vor einer antiimperialistischen Entwicklung. Dies bedeutet zugleich eine „Sicherung" der Kanarischen Inseln, auf denen sich spanische und US-amerikanische Militär-Stützpunkte befinden. Die Militäraktionen zugunsten des mauretanischen Regimes werden nach zairischem Muster mit der „Sicherheit der dort arbeitenden Franzosen" begründet (vergl. „FAZ", 23.12.77).

Die Anwesenheit von jetzt 2.500 französischen Soldaten im **Tschad**, die gegen die FROLINAT kämpfen, erfolgt ebenfalls aus strategischen und auch wirtschaftlichen (Uran und Öl) Gründen: Käme im Tschad die Befreiungsbewegung FROLINAT an die Macht, *„dann würde diese afrikanische Drehscheibe in die libysch-sowjetische Einflußzone einbezogen und anschließend der Sudan und Ägypten unter Druck gesetzt werden. In diesem äußerst armen Land steht also weltpolitisch allerhand auf dem Spiel"* („EG-Magazin" der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel, 3/78). Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Sudan und Ägypten Waffen und Soldaten im Tschad einsetzen; Saudi-Arabien hilft ähnlich wie in Mauretanien diskret mit Geldzuwendungen an die reaktionären Statthalter.

In Zusammenhang mit den Interessen des französischen Imperialismus steht auch der Militärputsch, durch den Mitte Mai 78 die Regierung der **Komoren** gestürzt wurde – eine Inselgruppe im Indischen Ozean, vor Madagaskar. Auf den Komoren befindet sich traditionell ein französischer Stützpunkt. Als die Komoren vor ein paar Jahren nach einer vorausgegangenen Volksabstimmung ihre Unabhängigkeit erklärten, hielt Frankreich die Komoren-Insel Mayotte, auf der es seinen Stützpunkt hat, weiter besetzt. Der jetzige Putsch soll dazu dienen, diesen Stützpunkt stärker abzusichern und die französische „Präsenz" in dieser Region noch zu verstärken.

Auf dem Stützpunkt Dakar in **Senegal** befindet sich ein Teil der französischen taktischen Luftwaffe, die insgesamt aus 285 Flugzeugen besteht und deren erklärte Aufgabe die **„Intervention außerhalb nationalen Territoriums"** ist. Die Flugzeuge können in weniger als 24 Stunden an acht verschiedenen Schauplätzen Westafrikas eingesetzt werden („Liberation", 28.12.77).

Die militärische Stärkung der afrikanischen Konterrevolution durch Frankreich wird abgerundet durch eine längjährige umfangreiche Waffenhilfe für das faschistische **Südafrika**, für das Frankreich auch den Bau eines Atomreaktors übernommen hat (vergl. AK 121, S. 51). Die direkten Interventionen Frankreichs ergänzt der US-Imperialismus auf militärischem Gebiet durch F-15-Überschall-Bomber Lieferungen an – neuerdings! – Saudi-Arabien und Ägypten. Der Aufrüstung Nordafrikas dient ebenfalls die Belieferung Marokkos und des Sudans mit Waffen und Militärfahrzeugen. Nach der Niederlage in Angola kann sich auch das neokoloniale Kenia und Zaire einer verstärkten Waffenbelieferung erfreuen. Langfristiges Ziel des US-Imperialismus ist es, seinen zweitwichtigsten Öllieferanten Nigeria zu einer pro-imperialistischen Bastion à la Brasilien bzw. Iran auszubauen. Amerikanische Investitionen in Nigeria, die jetzt bei 1,2 Milliarden Dollar liegen, sollen so steigen, daß sie die amerikanischen Investitionen in Südafrika überholen (1,7 Milliarden Dollar). Nigeria ist trotz stetiger Rechtsentwicklung seit 1976 allerdings noch nicht zum vollständigen Vasallen des US-Imperialismus degeneriert, wenngleich die Initiativen zum südlichen Afrika
digen Vasallen des US-Imperialismus degeneriert, wenngleich die Initiativen zum südlichen Afrika
des farbigen US-Sonderbotschafters Young in Nigeria auf Resonanz stoßen.

Neue Wühlarbeit der USA in Angola

Das erste große militärische Abenteuer der Carter-Regierung (Zaire) verbindet sie mit publikumswirksamen Klagen über eine angebliche Behinderung ihres außenpolitischen Entscheidungsspielraums durch Gesetze, die als Folge des Vietnam-Debakels erlassen wurden. So darf der US-Präsident zwar jederzeit Truppen in ein beliebiges Land der Erde entsenden, wenn es das „nationale Sicherheitsinteresse der USA" gebietet (wie in Zaire...), muß aber davon den Kongreß innerhalb von 48 Stunden unterrichten. Ein anderes Gesetz untersagt die offene oder versteckte Einmischung ohne Zustimmung des Kongresses (auf dem Papier...). Mit der bezeichnenden Begründung, der Präsident wolle Möglichkeiten für geheime amerikanische Waffenlieferungen an die faschistischen UNITA- und FNLA-Banden „prüfen", wird dieses Gesetz gegenwärtig von der Carter-Administration angegriffen und die Bevölkerung auf eine noch massivere Wühltätigkeit der USA in Angola vorbereitet (vergl. „FAZ", 22.5.78). Dies haben die US-Senatoren Dick Clark und Daniel Moynihan bestätigt. Letzter berichtete US-Reportern: **„Vor einem Monat haben uns Beamte der Administration erzählt, sie wollten Savimbi in Angola unterstützen"** („Guardian", 25.5.78).

„Nato auf die RSA ausdehnen"

Von allen imperialistischen Staaten gestützte Bastion der „freien Welt" ist das faschistische Südafrika nebst Namibia und Zimbabwe. Nachdem in Zimbabwe die „interne Lösung" installiert worden ist, wird das Regime mit heimlicher ökonomischer und militärischer Hilfe aus den USA versorgt („Guardian", 25.5.). Südafrika selbst wird durch die ausgedehnten wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA, England, der BRD und Frankreich vor jedem wirkungsvollen Druck auf wirtschaftlicher Ebene geschützt.

Fast gleichzeitig mit der Shaba-Aufstandbekämpfung hat der frühere Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Nordeuropa, der britische General Walker, eine Reise durch die RSA und Namibia gemacht. Den Überfall der RSA-Truppen und deren Massaker an angolanischen Zivilisten und Flüchtlingen nannte er eine **„brillant geplante und hervorragend durchgeführte militärische Operation"** („SZ", 17.5.).

Insbesondere hat Sir Walter Walker vorgschlagen, die NATO zu einer **„westlichen Antikommunistischen Allianz"** unter Einschluß des südlichen Afrika und des Indischen Ozean zu entwickeln. In einem Interview empfahl Walker der südafrikanischen Regierung, ihr militärisches Nuklearpotential zu entwickeln. Südafrika könne sich zwar gegen seine augenblicklichen Feinde verteidigen. Bei einer möglichen Verschiebung des militärischen Kräfteverhältnisses im südlichen Afrika sei es aber notwendig, daß das Land seine Nuklearkapazität als Abschreckungs- und Verhandlungsmittel entwickle (nach „SZ", 24.5.78). Man kann Sir Walker nur dankbar sein für solch ungewöhnliche Offenheit. Sie bestätigt aufs Neue die seit Jahren laufenden Versuche, Südafrika „unauffällig" in die NATO zu integrieren (Übernahme der NATO-Kodifizierung, Übernahme der Überwachung des Südatlantik für die NATO etc.). Die atomare Aufrüstung der RSA, an der die BRD nachweislich beteiligt ist, ist unter genau diesen strategischen Gesichtspunkten geschehen. Alle Reden der imperialistischen Politiker vom „friedlichen Übergang" sind nur dazu angetan, die angestrengten Kriegsvorbereitungen zu tarnen.

Europäisch-afrikanische Interventionstruppe in Vorbereitung

Bereits nach der französisch-marokkanischen Intervention in Zaire 1977 wurde vom französischen Imperialismus und den reaktionären afrikanischen Staaten an der afrikanischen Westküste ein „Solidaritätspakt" anvisiert. Das Stichwort lieferte dafür der französische Statthalter in der Elfenbeinküste, Hou-
ferte dafür der französische Statthalter in der Elfenbeinküste, Hou-
phouet Boigny: *„Wenn die Europäer es aus Gleichgültigkeit, aus Mangel an Solidarität, aus Egoismus zulassen, daß die Dampfwalze revolutionärer Ideologien über Afrika hinweggeht, wird sie diese schließlich selbst überrollen – zum größten Unglück der freien Welt"* („FAZ", 14.1.78).

Wenn es damals auch noch nicht zu einer gemeinsamen Streitmacht kam, so wurde bereits in Abidjan, (Elfenbeinküste) ein Büro errichtet, das unter der Leitung eines Obersten der senegalesischen Armee steht und das vor allem den Zweck hat, multilaterale Interventionen wie im Fall Zaire zu erleichtern („FAZ", 24.1.78). **Nach dem jüngsten Volksaufstand in der Provinz Shaba ist erneut zwischen Frankreich und 21 west- und zentralafrikanischen Staaten die Bildung einer gemeinsamen „Sicherheitsstreitmacht" aus mehreren 1000 Mann beraten worden.**

Gedacht wurde dabei an eine Truppe nach dem Vorbild der UNO-Truppe in einer vorläufigen Stärke von 4000 bis 5000 Mann, die gegen Volksaufstände einzusetzen wäre. Im Gespräch waren Truppen aus Ägypten, Marokko, dem Senegal, der Elfenbeinküste und Gabun. Frankreich wollte logistische Unterstützung (Transport, Nachschub) leisten. („SZ", 23.5.).

Letzlich traten für die Schaffung einer solchen Truppe aber nur die Vertreter des Senegal, Tógo, Gabun und die Elfenbeinküste ein, die sich auch zur Stellung von Kontingenten bereit erklärten – vorausgesetzt, sie würden von den Franzosen ausgebildet und bewaffnet („Welt", 24.6.78).

In diesem Zusammenhang verdient auch eine Initiative des belgischen Preminierministers Tindemans Beachtung, der vorschlug, eine afrikanische „Sicherheitsstreitmacht" zu schaffen, die von der EG logisch unterstützt wird, um die „Sicherheit" der Weißen in den Neokolonien zu gewährleisten. Die „FAZ" (26.5.) schrieb dazu: **„In Brüssel hieß es, die Pläne würden von vielen westlichen Regierungen unterstützt, doch nur wenige schienen bereit, offen dafür einzutreten."**

Es ist offensichtlich, daß der Imperialismus intensiv nach Wegen sucht und verschiedene Stratgien diskutiert, Afrika noch fester als bisher in den Würgegriff zu nehmen und jede fortschrittliche Bewegung zu zerschlagen. Stärker als je zuvor stehen die Zeichen in Afrika auf Konfrontation und Krieg.

Afrika-Kommission

Bundesregierung: OTRAG durch Kämpfe nicht gefährdet

Außenminister Genscher hat sich beinahe überschwenglich für die „entschlossenen Hilfeleistungen" der Fremdenlegionäre in Shaba bedankt („Hannoversche Allgemeine", 23.5.). Bundeskanzler Schmidt hat diesem Dank am Rande der New Yorker-Abrüstungskonferenz gegenüber Giscard d'Estaing noch einmal ausdrücklich erneuert und sogar bekanntgegeben, das nächste Mal werde Bonn mit von der Partie sein, wenn sich die Unterstützung auch auf „humanitäre" Hilfe beschränken müsse (ARD-Spätnachrichten, 1.00 Uhr, 27.5.). Genscher erläuterte die Bonner Dankbarkeit so: *„Die Bundesregierung habe stets auf Stabilität in dieser Region Wert gelegt"* („FAZ", 23.5.). Warum nur, warum?

„Le Monde" dürfte in ihrer Ausgabe vom 20.5. mit folgenden Ausführungen den Nagel auf den Kopf getroffen haben: *„Es gibt weitere Kräfte, die für eine mit starker Hand geführte Intervention plädieren. 1976 wurde der Nordosten Shabas einer bundesdeutschen Firma überlassen (Orbital Transport und Raketen AG), die unter Leitung von Herrn Lutz T. Kayser steht, und sich – wie man sagt – Raketenabschüssen in die Atmosphäre widmet; sogenannte 'Billigraketen', die aber letztendlich eine strategische Bedeutung haben könnten. Die Deutschen sollen am Tanganyika-See gigantische Einrichtungen gebaut haben ... Man gibt unter der Hand zu verstehen, daß diese Basis für den Fall errichtet wurde, daß die strategischen Militärstützpunkte des Westens im Indischen Ozean verloren gehen ... Das erklärt auch, warum – ungeachtet einiger Dementis – die Bundesrepublik von den Franzosen, den Belgiern und Amerikanern zu den Beratungen hinzugezogen wurden."*

Der belgische Premier Tindemans hat sogar bekannt gegeben, daß Koordinierungsgespräche zur Vorbereitung der Kolwezi-Aktion in Stuttgart stattgefunden haben („Welt", 23.5.).

Der Londoner „Observer" lenkte zusätzliche internationale Aufmerksamkeit auf das OTRAG-Territorium, indem er – natürlich bar jeden Beweises und zudem recht originell – behauptete, die ganze „Shaba-Invasion" sei von der DDR ferngesteuert, um die Tests auf dem OTRAG-Gelände zu stoppen („Observer", 21.5.). Ob vom „Observer" ernstgemeint oder nicht, immerhin handelt es sich bei dieser großaufgemachten Phantasie-Story um ein weiteres Indiz, daß die Imperialisten mit der „Operation Kolwezi" neben der militärischen Absicherung ihrer Investitionen und Rohstoffquellen in Shaba gleichzeitig auch einen stärkeren Schutz für den OTRAG-Stützpunkt bereitgestellt haben. In diesem Zusammenhang könnte die Mitteilung des „Stern" interessant sein, daß in diesen Tagen über 70 internationale Journalisten kurzfristig wieder ausgeladen wurden, die dem von Kayser für Ende Mai angekündigten „2. Raketenstart" beiwohnen wollten („Stern" 22/78 und „Times", 20.5.). Offensichtlich kann sich OTRAG momentan weniger denn je Zuschauer auf dem Test-Gelände erlauben, die etwas über die wahren Vorgänge dort in Erfahrung bringen könnten.

Abschließend noch eine Mitteilung des Auswärtigen Amtes, die, falls der Wahrheit entsprechend, äußerst bedauerlich wäre. Die *„Anlagen der Raketenversuchsgesellschaft OTRAG (seien) durch die Kämpfe in keiner Weise gefährdet"* („FR", 18.5.).

Afrika-Kommission

Demonstrationen in Belgien und Frankreich gegen den Überfall

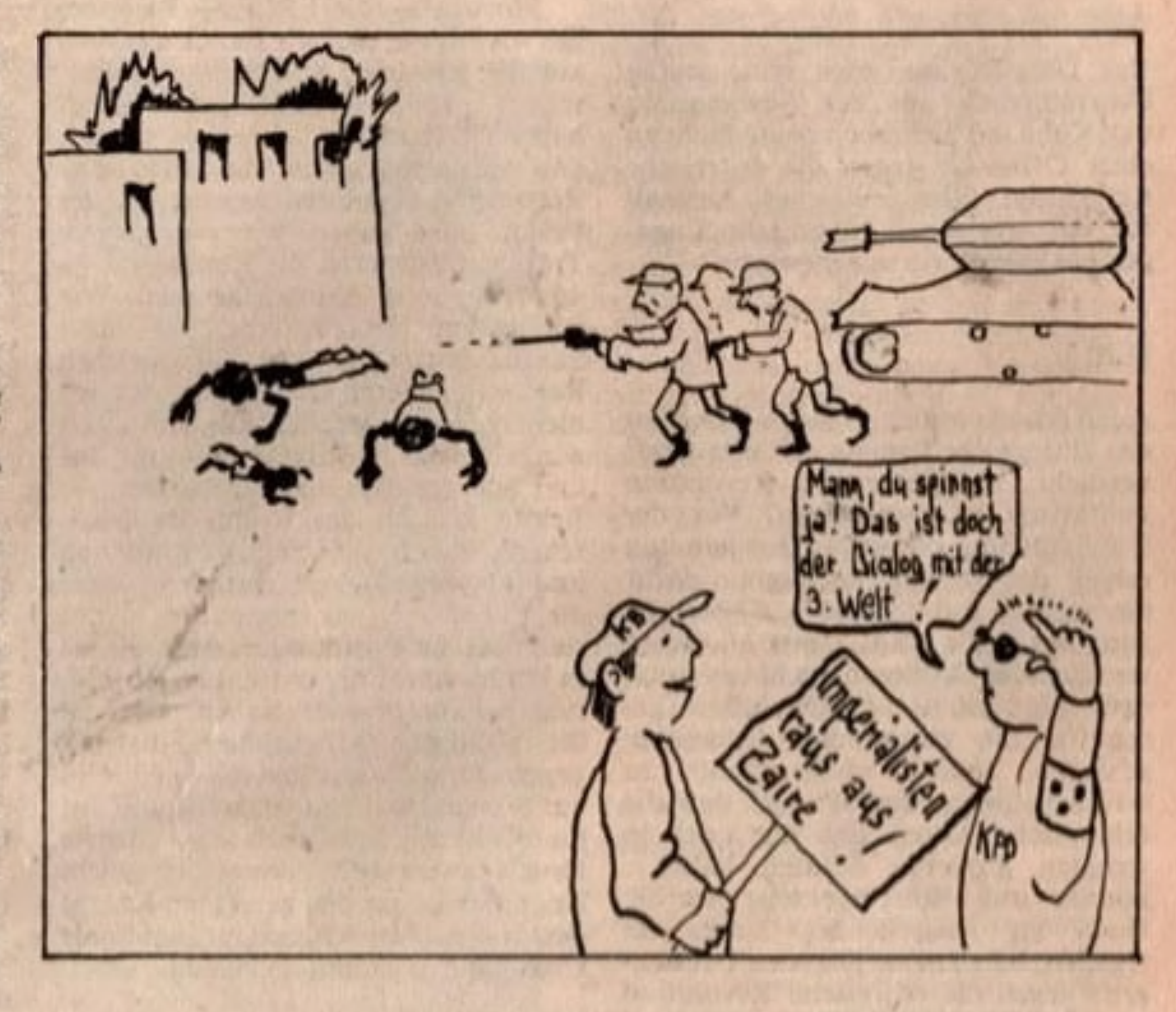
Brüssel. Am 19.5. fand eine spontane Demonstration gegen die unmittelbar bevorstehende belgische Intervention vor dem Außenministerium statt, an der sich 300 Personen beteiligten.

Aufgerufen hatte das Zaire-Komitee sowie das Nationale Aktionskomitee für Frieden und Entwicklung. Gegen die friedliche Demo fand ein Bullenüberfall statt. 46 Leute wurden vorübergehend festgenommen. Eine weitere Demo mit 3.000 Leuten fand am 21.5. ebenfalls in Brüssel statt. Diesmal hatten LRT, PLS, die Jeunesses Communistes, das Comite Communiste Belges (CCB) und verschiedene christliche Organisationen aufgerufen (nach APL-Nr. 390 und telefonischer Auskunft von „Pour").

Paris. Verschiedene revolutionäre Organisationen, darunter OCT, LCR, die Comites Communistes pour L'Autorgestion CCA, die UTCL (Union des travailleurs communistes libertaires), die Union des Communistes de France Marxistes-Leninistes (UCFML) hatten für den 22.5. eine zentrale Kundgebung geplant, die jedoch von der Polizei verboten wurde. Stattdessen wurden nun über das ganze Stadtgebiet verteilt kleinere Demos durchgeführt, an denen mehrere hundert Menschen teilnahmen. Gegen die Demonstranten wurde Polizei und in einem Fall auch CRS eingesetzt. 88 Demonstranten wurden vorübergehend festgenommen.

Am 23.5. fanden dezentrale Demos in Grenoble, Lyon, Rennes und Rouen statt, an denen jeweils mehrere hundert Menschen teilnahmen. Überall kam es zu Verhaftungen oder Polizeiübergriffen (nach „Le Monde", 23.,24.,25.5.).

Afrika-Kommission



Interview mit Haile Menkerios vom ZK der EPLF

Afrika-Kommission (AK):

Heute (18.5.78) in den Frühmeldungen der Radios wird berichtet, daß der Ring der eritreischen Freiheitskämpfer um Asmara durchbrochen sein soll. Diese Meldung soll aus Khartoum kommen und bezieht sich auf Aussagen der Sabbe-Gruppe (Die Sabbe-Gruppe ist eine pro-imperialistische Organisation, die im Kampf gegen das Derg-Regime keine nennenswerte Rolle spielt, allerdings beste Beziehungen zum Sudan, Libanon, Iran, Saudi-Arabien etc. hat). Was sind eure Informationen bezüglich dieser Meldung?

H.M.:

Schon seit längerer Zeit versucht das äthiopische Regime eine Offensive gegen die eritreische Revolution in Gang zu bringen. So haben sie z.B. erst kürzlich, direkt nach dem Ogaden--Krieg, am 16März eine Offensive unternommen, um den Ring um As-

SUDAN
ERYTHRÄA
Rotes Meer
ARABISCHE HALBINSEL
Nakfa
Keren
Massawa
Khartum
Agordat
Asmara
Barentu
Dekamere
Adi Ugri
Adi Kayeh
Tessenei
Adi Kwala
Adigrat
Umm Hagar
Axum
Makalle
Metemma
Assab
Gondar
ÄTHIOPIEN
DJIBOUTI
Dessie
Addis Abeba
Addis Abeba
SOMALIA

mara zu durchbrechen. Sie kämpften fünf Tage lang, und etwa 1.500 äthiopische Soldaten wurden getötet.

mara zu durchbrechen. Sie kämpften fünf Tage lang, und etwa 1.500 äthiopische Soldaten wurden getötet. Sie wurden zurückgeschlagen. Sie hatten viele Male versucht, den Belagerungsring zu durchbrechen, aber auch dieser großangelegte Ausbruchsversuch ist gescheitert.

Die ganz große Generaloffensive, die das äthiopische Regime gegenwärtig vorbereitet, hat jedoch noch nicht begonnen. Die befreiten Gebiete sind vereinzelt, aber kontinuierlich bombardiert worden, aber soweit wir wissen, hat die Großoffensive, von der das äthiopische regime spricht und die es vorbereitet, noch nicht begonnen. Und diese Nachricht, daß sie bereits die Einkreisung Asmaras durchbrochen hätten, stimmt nicht.

AK:

Das Derg-Regime wäre ohne starke Unterstützung aus der Sowjetunion und Kuba mit Sicherheit heute nicht zu einer Offensive gegen die eritreische Revolution fähig. Welches Ausmaß hat das sowjetisch-kubanische Engagement gegen Eritrea gegenwärtig?

H.M.:

Auch schon vor dem Ogaden-Krieg hat das äthiopische Regime mit aller Kraft versucht, die eritreische Revolution militärisch zu zerschlagen. Vor der Unterstützung durch die Sowjetunion erhielt das äthiopische Regime dafür die volle — militärische — Unterstützung durch die USA. Unter all diesen wechselnden Bedingungen hat es trotzdem die eritreische Revolution geschafft, die äthiopische Armee zu schlagen, immer wieder Siege zu erringen bis zu dem Punkt, daß die äthiopische Armee sich nur noch in wenigen größeren Städten halten konnte und dorteingekreist wurde. Noch im Rausch des Sieges im Ogaden, bereiten sie jetzt den Großangriff gegen die eritreische Revolution vor, wobei sie durch die Sowjets und auch durch kubanische Kräfte ausgerüstet werden. Ungefähr 4000 kubanische Soldaten sind nach Asmara gekommen.

Wir haben zwar gehört, daß die kubanischen Sprecher gesagt haben, daß Kuba nicht gegen die eritreische Revolution antreten werde. Aber die Praxis, der wir uns gegenübersehen, siegt so aus, daß die Migs, mit denen die befreiten Gebiete in Eritrea bombardiert werden, von Kubanern geflogen werden. Und in den Kämpfen bei Massaua haben sowjetische Schiffe und Flugzeuge gegen die eritreische Revolution eingegriffen.

Wir sind jedoch zuversichtlich, weil es in Eritrea eine gestählte revolutionäre Volksarmee gibt, die über die Erfahrung von 17 Jahren Kampf verfügt und die Unterstützung der Volksmiliz sowie des gesamten eritreischen Volkes erhält.

AK:

Die kubanische „Sprachregelung" bezüglich Eritrea weicht deutlich ab von kubanischen Stellungnahmen zum

Ogaden-Konflikt. Verbal hat Castro niemals die Tiraden der DERG gegen Eritrea übernommen, trotz aller Lob-

Ogaden-Konflikt. Verbal hat Castro niemals die Tiraden der DERG gegen Eritrea übernommen, trotz aller Loblieder der kubanischen Regierung auf das äthiopische Regime.

Simon Malley, Chefredakteur der Afrique-Asie, geht soweit zu behaupten, daß Castro gesagt haben soll, Kuba werde niemals massiv gegen das eritreische Volk vorgehen (Siehe hierzu AK 129). Was ist Eures Erachtens der Hintergrund dieses offensichtlichen Widerspruchs zwischen Worten und Taten Kubas?

H.M.:

In der Tat ist da ein Unterschied zwischen ihren Worten und der Tatsache, daß so viele kubanische Soldaten nach Eritrea gebracht worden sind.

Für uns — die EPLF — ist dabei das wichtigste, daß wir Druck ausüben auf die Kubaner, sich nicht einzumischen — so wie sie es öffentlich gesagt haben. Öffentlich haben sie gesagt, daß sie nicht gegen die eritreische Revolution eingreifen werden. In der Praxis aber haben wir die großen Truppentransporte, die Konzentration vonTruppen in Asmara gesehen. Wie ich schon gesagt habe, ist diese Streitmacht in der vom äthiopischen Regime geplanten Großoffensive noch nicht eingesetzt worden. Deshalb sehen wir es als das wichtigste an — für uns und alle anderen demokratischen Kräfte, die für das Recht des eritrischen Vokes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit eintreten —auf die Kubaner Druck auszuüben, damit sie es bei der Position belassen, die sie in Hinblick auf die eritreische Revolution bekanntgegeben haben. Dies ist die politische Möglichkeit, die wir gegenwärtig für uns sehen — weiterhin auf diesem Punkt zu beharren und auf die Kubaner und auch die Sowjets Druck auszuüben, damit sie nicht eingreifen gegen den gerechten Kampf des eritreischen Volkes für nationale Unabhängigkeit und Befreiung.

AK:

Ist diese kubanische Doppelzüngigkeit, nicht auch Ausdruck einer Strategie, die nationalen Kräfte Eritreas zu einer Verhandlungslösung in richtung Teilautonomie zu bewegen, wenn sichtbar wird, daß das eritreische Volk militärisch nicht bezwingbar ist?

H.M.:

Ganz gleich, welche Ziele sie verfolgen — wir haben unseren Standpunkt sehr deutlich klargemacht. Und zwar:

1.) Wir werden niemals Kompromisse machen in der Frage der vollständigen Unabhängigkeit und Befreiung Eritreas, und:
2.)Wir werden weiterhin gegen jeden kämpfen, der das äthiopische Regime gegen unseren Kampf unterstützt.

Diesen Standpunkt haben wir sehr deutlich klargestellt, nicht nur in Worten, sondern in Taten, in der Realität. Das wollen wir noch einmal besonders hervorheben.

AK:

Trotzdem sieht es so aus, als habe Castro mit seiner Politik der Versprechen ans eritreische Volk bei eurem Bündnispartner, der ELF, einige Erfolge erzielt. Einem Kommunique vom 1.Mai dieses Jahres, in Beirut erschienen, entnehmen wir, daß der Führer der ELF, Ahmed Nasser, sich erfreut erklärt hat über die Rede Castros in Anwesenheit von Oberstleutnant Mengistu, und daß die ELF nach dieser Redce begrüßt hat, daß Kuba eine Verhandlungslösung des eritreisch-äthiopischen Konflikts anstrebt. Ahmed Nasser hat die Notwendigkeit anerkannt. Bedeutet dies nicht, daß ELF dieser von der SU und Kuba möglicherweise angestrebten Teilautonomie offen gegenübersteht und somit gegen die Vereinbarung von ELF / EPLF verstoßen könnte.

H.M.:

Wir haben es auch gelesen, daß die ELF sich bereit erklärt hat, mit dem äthiopischen Regime ohne Vorbedingungen zu verhandeln. Dies haben wir von der EPLF von Beginn an als Basis für unsere Diskussion mit dem äthiopischen Regime strikt abgelehnt! Zuerst und vor allem anderen muß das äthiopische Regime das Recht des eritreischen Volkes auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit anerkennen! Diese grundsätzliche Vor-

eritreischen Volkes auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit anerkennen! Diese grundsätzliche Vor-

bedingung als Voraussetzung für jegliche Verhandlung mit dem äthiopischen Regime halten wir auch weiterhin aufrecht.

Wir, die EPLF, haben uns mit der ELF geeinigt auf ein Minimalprogramm für die Einheitsfront als ein Übergangsstadium, um Einigkeit im eritreischen Kampffeld zu erreichen. In diesem Programm des Zusammenschlusses sind wir übereingekommen, daß
1) beide Fronten die vollständige Unabhängigkeit Eritreas anstreben und weiterhin dafür kämpfen;
2) beide Fronten gegen den Imperialismus sind und dagegen kämpfen;
3) beide gegen die Reaktion innerhalb Eritreas kämpfen, die die Einheit des eritreischen Volkes zerschlagen möchte.

Deshalb richtet sich jedes Einverständnis mit einer Diskussion mit dem äthiopischen Regime ohne Vorbedingungen voll und ganz gegen das Minimalprogramm, auf das wir uns geeinigt haben. Wir haben die Idee der Föderation mit Äthiopien zurückgewiesen und werden fortfahren, für die vollständige Befreiung Eritreas zu kämpfen.

AK:

Wir haben also die bemerkenswerte Situation, daß die ELF, die der arabischen Reaktion relativ nahesteht, gleichzeitg anfällig ist für die politische Strategie der Sowjetunion und Kubas. Stimmt es, daß auch im Lager der arabischen Reaktion eine Teilautonomie Eritreas gegenüber der tatsächlichen revolutioären Unabhängigkeit Eritreas bevorzugt wird?

H.M.:

Insgesamt kämpfen Imperialismus und Reaktion bzw. ihre Handlanger in den Regimes darum, die EPLF, die demokratischen Kräfte innerhalb der eritreischen Revolution zu schwächen, um für Eritrea eine neokoloniale Lösung zu erreichen. Die Imperialisten und ihre Handlanger sind nicht für die vollständige Unabhängigkeit Eritreas unter der Kontrolle einer wirklich revolutionären Vorhut. Deshalb versuchen sie alles, was in ihrer Macht steht, um die reaktionären Elemente innerhalb der eritreischen Revolution zu ermutigen und zu stärken, vor allem die Sabbe-Clique.

Außerdem ist weiterhin ihre Verbindung mit dem äthiopischen Regime selbst nicht vollständig unterbrochen. Nach wie vor haben die Israelis Ausbilder in der äthiopischen Armee. Das haben sie öffentlich zugegeben. Imperialismus und Reaktion haben ihre Beziehungen zum äthiopischen Regime nicht unterbrochen, und sind gegen ein unabhängiges Eritrea, was von der revolutionären Vorhut innerhalb der eritreischen Revolution geführt wird. Und deshalb ist es keine wirkliche Überraschung für uns, daß von verschiedenen Seiten aus, mit unterschiedlichen Zielsetzungen, ein Einverständnis besteht, auf die eritreische Revolution Druck auszuüben, damit sie eine Scheinlösung akzeptiert und Eritrea unter äthiopischer Vormacht bleibt.

AK:

Läßt sich aus deinen Schilderungen nicht eine gewisse politische Übereinstimmung zwischen der reaktionären Sabbé-Gruppe und zumindest eines Teils der ELF-Führung konstatieren?



Kämpfer der eritreischen Befreiungsarmee: Für das Volk von Eritrea

Kämpfer der eritreischen Befreiungsarmee: Für das Volk von Eritrea und seine bewaffneten Kämpfer stehen harte, entbehrungsreiche Zeiten bevor.

H.M.:

Obwohl es in der eritreischen Revolution drei Organisationen gibt — die EPLF, die ELF und die Sabbé-Gruppe — gibt es nur zwei politische Linien. Die eine, welche demokratisch ist und revolutionär, und welche für die vollständige Unabhängigkeit und Befreiung des eritreischen Volkes kämpft — und eine andere, reaktionäre Linie, die, welcher Taktiken sie sich auch direkt oder indirekt bedienen mag, insgesamt den Interessen des Imperialismus und der Reaktion dient. Diese zwei Linien kämpfen miteinander, und die demokratische und revolutionäre Linie, die von den breiten Massen Eritreas unterstützt wird, ist die vorherrschende Kraft innerhalb Eritreas. So sehen wir es ganz allgemein.

Mit der ELF hat die EPLF, wie ich schon sagte, sich auf das Minimalprogramm für die national-demokratische Front geeinigt. Jedoch geben wir uns nicht der Illusion hin, daß zwischen ELF und EPLF keine grundsätzlichen politischen Differenzen bestünden. Wenn keine grundlegenden politischen Widersprüche da wären, hätten wir uns vereinigt, hätten wir den sofortigen Zusammenschluß verlangt und nicht nur eine Einheitsfront. Es gibt aber innerhalb der ELF selber die einfachen Kämpfer, die die Positionen der EPLF unterstützen, vor dem Feind niemals zu kapitulieren und die den Kampf bis zur vollständigen Unabhängigkeit und Befreiung fortsetzen. Das sehen wir ebenfalls.

AK:

Abschließend würden wir gern die Gesamt-Lage in der Region ansprechen, weil nur daraus die imperialistische Strategie für Äthiopien erklärbar ist. Wir beobachten bezüglich Äthiopien, daß der Imperialismus scheinbar zurückhaltend die Entwicklung abwartet, indem er weder die eritreische Seite massiv unterstützt, noch versucht, kurzfristig in Äthiopien die Sowjetunion auszuschalten. Wir meinen, der Imperialismus hat in der Region erhebliche Erfolge erzielt (Ägypten, Somalia, Djibouti, Oman) und kann daher aus einer relativen Stärkeposition abwarten, ob das Derg-Regime in seine Arme zurückkehrt oder nach einer Phase militärischer Niederlagen reif für ein CIA-Putschmanöver ist. Vor diesem Hintergrund meinen wir, daß die sowjetische Eritrea-Politik objektiv dem Imperialismus nützt.

H.M.:

Der Imperialismus führt eine umfassende Offensive durch gegen die wirklich demokratischen Kräfte der gesamten Region. Und neuerdings verstärkt und steigert er sogar noch seine Anstrengungen, seine Marionetten-Mächte in der Region gegen diese demokratischen Kräfte zusammenzuschließen.

Nach unserer Analyse ist das äthiopische Regime kein revolutionäres Regime, welches die Unterstützung der äthiopischen Massen hätte und in Äthiopien selbst grundlegende Veränderungen herbeiführen würde. Und, was am wichtigsten ist, es setzt die alte koloniale Politik fort zur Zerschlagung der eritreischen Revolution. Wer dieses Regime dabei unterstützt, den gerechten und revolutionären Kampf des eritreischen Volkes zu zerschlagen, verstärkt dadurch nur den Einfluß des Imperialismus und den Einfluß der Reaktion. Die Reaktionäre und der Imperialismus haben sich, wie du es gesagt hast, nicht gegen das äthiopische Regime und seine Politik in Eritrea gerichtet. Wie Du gesagt hast, könnte die Absicht dahinterstecken, entweder einen Staatsstreich in Äthiopien durchzuführen, was nicht unwahrscheinlich ist, oder aber auch sich nicht einzusetzen für ein solches Regime, solange es die revolutionäre Phrase benutzt, um die revolutionäre Entwicklung innerhalb Äthiopiens zu unterdrücken. Aber auch die Isolierung und versuchte Zerschlagung der eritreischen Revolution könnte morgen schon offene Unterstützung finden und wieder eine offene Allianz mit dem Imperialismus bringen. Dies wäre nichts neues.

Wir haben also eine ganz ähnliche Ansicht über die Gesamtsituation wie ihr. Auf der einen Seite stellt sich der Imperialismus der militärischen Vernichtung und Zerschlagung der eritreischen Revolution durch das äthiopische Regime nicht offen entgegen. Auf der anderen Seite unterstützt er die reaktionären Elemente innerhalb der eritreischen Revolution, bewaffnet sie und bildet sie aus, um insgesamt seine Macht und seinen Einfluß innerhalb der eritreischen Revolution zu stärken.

So dient auf lange Sicht die Unterstützung des äthiopischen Regimes den Interessen des Imperialismus und der Reaktion in Eritrea und in der gesamten Region. Sie dient aber keineswegs den Interessen des eritreischen Volkes, auch nicht den Interessen des äthiopischen Volkes, und auch nicht den Interessen der demokratischen Kräfte in der gesamten Region. So sehen wir das.

Wer mordete in Kolwezi wirklich?

Wer die ersten imperialistischen Begründungen für die Invasion verfolgte, konnte – bei entsprechender Unbedarftheit – den Eindruck gewinnen, die Regierungen der USA, Frankreichs, Belgiens und der BRD seien Vorstände von Bergwachten und Heilsarmeen. So „humanitär" war ihr Eingreifen.

Die Entsendung einer 1.800 Mann starken belgischen Fallschirmjägertruppe kommentierte Außenminister Simonet mit den Worten: *„Unsere Beweggründe waren rein humanitärer Natur."* und *„Wir haben keine aggressiven Absichten. Unser einziges Ziel ist die Rettung der europäischen Bevölkerung in Kolwezi"* („Zeit", 26.5. und „Guardian", 19.5.). *„Eine Evakuierung im Schutz von Truppen aus dem Kampfgebiet sei nicht gleichbedeutend mit einer Unterstützung der zairischen Regierung. Die belgische Regierung beabsichtige nicht, sich in die internen Angelegenheiten von Zaire einzumischen"* („FR", 19.5.).

Auch die Entsendung von ca. 1000 Fremdenlegionären durch die französische Regierung verfolgte nur das Ziel, Menschenleben zu retten. Giscard d'Estaing: *„Diese Operation wurde beschlossen, als sich zeigte, daß die ausländischen Staatsbürger in der Stadt Kolwezi in großer Gefahr waren ... wenn die tatsächliche Situation der Zivilbevölkerung bekannt wird, wird man verstehen, warum wir ihr schnellstens zur Hilfe kommen mußten"* („Le Monde", 21./22.5.).

Auch die amerikanische Regierung war über die enstandene Situation *„äußerst besorgt"* und organisierte deshalb den gesamten Transport, die Treibstoffversorgung etc. für diese „Rettungsaktion". Der Sprecher des State Department, Hodding Carter, erklärte: *„Unsere Hauptsorge gilt dem Wohlbefinden der Amerikaner"* („FR", 18.5.). Außerdem wurden vorsorglich die 1.500 Mann starken Luftlandetruppen des 82.Regiments in Fort Bragg, North-Carolina, in Alarmbereitschaft versetzt, um notfalls die „Evakuierung" von 73 in der Provinz lebenden US-Staatsbürgern durchzuführen. Zusätzlich ordnete US-Präsident Carter die sofortige Lieferung von „Hilfsgütern" in Höhe von 17,5 Mio. Dollar nach Zaire an.

Großbritannien schließlich schickte vier Militärmaschinen zur *„Evakuierung von Flüchtlingen"* nach Lusaka. Die Flugzeuge seien zu *„ausschließlich humanitären Zwecken"* bestimmt. An Bord sei lediglich die notwendige medizinische Ausrüstung („SZ", 20./21.5.). Auch die Bundesregierung erklärte sich zu sofortiger „humanitärer Hilfe" bereit, falls sie benötigt würde. Es wurden 3,5 Mio. DM für „Arzneimittel" bereitgestellt (ebenda).

Zur Ehrenrettung der imperialistischen Politiker und Massenmedien muß allerdings gesagt werden, daß diese fast schon peinlich verlogene Schmierenkomödie recht bald fallengelassen wurde und eine teilweise realistischere Darstellung der Gründe und Ziele des Überfalls auf Zaire vorgenommen wurde. Fast schon entrüstet über soviel offizielle Humanitätsduselei ließ die CSU erklären, die Aktion von Kolwezi habe selbstverständlich *„der Abwehr einer von Kommunisten geschürten Invasion zur Ausdehnung des kommunistischen Einflußbereiches gedient"* („FAZ". 23.5.).

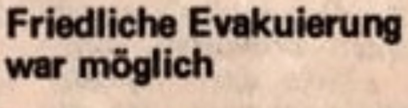
Auch in der Berichterstattung der meisten bürgerlichen Massenmedien setzte sich allmählich die Leseart durch, daß die Intervention hauptsächlich der Rettung des Mobutu-Regimes und damit imperialistischen Interessen in Zaire und im übrigen Afrika dienen sollte. Die erfolgte Evakuierung von über 2000 Europäern geriet bald in den Hintergrund der Berichterstattung, im Vordergrund stand nunmehr der Kampf gegen die „Rebellen" und die Frage, wie man die Rohstoffe der Shaba-Provinz langfristig militärisch sichern und einem Wiederaufflammen des bewaffneten Widerstands am effektivsten begegnen könne.

FLNC: „Voller Haß und wie Wilde!"

Zur ideologischen Absicherung der Aggression hatten die Imperialisten eine wahre Hetz-Kampagne gegen die Widerstandskämpfer der FLNC ins Leben gerufen, die kein einziges Klischee ausließ, um rassistische Vorurteile in der westeuropäischen Bevölkerung zu mobilisieren. Eines der übelsten Beispiele hierfür stammt vom französischen Botschafter in Kinshasa, Bazin: *„Die Aggressoren haben keine Haltung und keine Disziplin. Sie geben sich Ausschreitungen und äußerst wilden Handlungen gegen alle Ausländer hin und machen dabei keinen Unterschied nach Nationalität, Geschlecht oder jeweiliger Funktion. ... Sie haben Plünderungen und eine Jagd auf Europäer durchgeführt. Diese Männer haben mit Truppen normalen Typs nichts gemein. Das sind Horden, Männer von sehr niedrigem Niveau, voller Haß und wie Wilde, die sich an den Ausländern austoben"* („Le Monde", 19.5.).

Ähnlich äußerte sich der belgische Außenminister: *„Rebellen in Kolwezi haben eine Hetzjagd auf Franzosen veranstaltet, berichtete Herr Simonet, belgischer Außenminister, vor dem belgischen Parlament. 'Aber wir wissen, was das bedeutet: Eine Menschenjagd auf jeden Europäer', fügte er hinzu"* („Daily Telegraph", 18.5.). Einen Höhepunkt dieser Schmutzkampagne gegen die FLNC-Kämpfer stellt die „Berichterstattung" der zairischen Nachrichtenagentur AZAP dar. Sie schreibt z. B. über einen Besuch des tausendfachen Mörders Mobutu in der besetzten Stadt Kolwezi: *„Der Staatschef war am Samstag in Kolwezi äußerst empört über das makabre Schauspiel, das die Rebellen angerichtet haben, die die Körper ihrer Opfer ausländischer Nationalität zu wahren Leichenbergen angehäuft haben ... Er konnte kaum die Tränen zurückhalten beim Anblick des enthaupteten Körpers eines kleinen Mädchens im Alter von zwei Jahren, das die Rebellen feige ermordet hatten. 'Sie ist so alt wie meine jüngste Tochter' rief General Mobutu aus"* („Le Monde", 23.5.).





Französische Fremdenlegionäre kurz nach der Landung auf dem Flughafen Kolwezi

Französische Fremdenlegionäre kurz nach der Landung auf dem Flughafen Kolwezi

Zeugen bestätigen: FLNC äußerst diszipliniert

Wenn auch noch manches über den Ablauf der blutigen Ereignisse unklar ist, so sind inzwischen doch soviele Fakten durchgesickert, daß der imperialistischen Greuelpropaganda ein Großteil der Wahrheit entgegengesetzt werden kann. Übereinstimmend stellen die Zeugen fest, daß bis zur Ankündigung der imperialistischen Invasion die FLNC das Leben auch der weißen Bewohner geschützt hat. *„Die Rebelleninvasion von Kolwezi war ohne Zweifel eine der am besten geplanten und urchgeführten Operationen, die in Afrika seit Jahren zu beobachten waren. Die Rebellen waren zäh, entschlossen und diszipliniert, so als ob sie lang für diesen Angriff trainiert hatten ... Die zahlreichen Rebellen-Kommandeure und Politkommissare waren äußerst diszipliniert und sogar höflich in ihrem Umgang mit den Weißen."* („International Herald Tribune", „IHT", 25.5.). Ähnlich die „FAZ": *„Die Rebellen, wird in Kolwezi aus Berichten von Überlebenden bekannt, hätten sich in den ersten Tagen recht diszipliniert verhalten. Sie seien von Teilen der ansässigen Lunda-Bevölkerung begeistert begrüßt worden"* („FAZ", 23.5.).

Dieser Sachverhalt wurde durch verschiedene Zeugenaussagen bestätigt, von denen wie einige auszugsweise zitieren wollen:

So erklärte ein Ingenieur der Bergbaugesellschaft Gecamines gegenüber „Le Monde": *„Die Rebellen waren seit ihrer Ankunft sehr organisiert und diszipliniert. Vom ersten Tag an haben sie über Lautsprecher verkündet und zwar im afrikanischen Teil von Kolwezi, daß jeder Zairer, der in der Stadt mit Sachen erwischt werde, die ihm nicht gehörten, auf der Stelle erschossen würde. In den ersten vier Tagen habe ich keinen von ihnen in meinem Viertel gesehen."*



Französische Legionäre bei der Dursuchung eines Hauses in Kolwezi

Ein anderer Belgier erklärte dem Korrespondenten der gleichen Zeitung: *„Ich habe einer politischen Versammlung beigewohnt. Der politische Kommissar hat uns gesagt, daß sie lediglich gekommen seien, um Mobutu zu stürzen und daß sie nichts gegen die Weißen hätten, sondern gegen die Söldner des Imperialismus und Kapitalismus kämpfen."* Und schließlich aus dem Bericht eines weiteren europäischen Kolwezi-Flüchtlings: *„Die Bevölkerung von Kolwezi hat den Rebellen geholfen. Sie war hundertprozentig für sie ... Es hat danach* (nach Mirage-Bombenangriffen – Anm. AK) *in der Altstadt Plünderungsszenen gegeben, die sowohl auf das Konto der Rebellen als auch von örtlichen Elementen gehen. Aber es ist falsch, von einer Jagd auf Weiße oder einer Jagd auf Franzosen in den ersten Tagen der Besetzung der Stadt durch die Rebellen zu sprechen"* („Le Monde" vom 23. und 24.5.).

Die Gesamtheit der Augenzeugenaussagen läßt den Schluß zu, daß die Praxis der Widerstandskämpfer und hier besonders ihr Verhalten gegenüber der europäischen Bevölkerung, in nichts von der Praxis abweicht, wie sie uns von den Kämpfen vom März bis Mai 1977 bekannt ist. Auch damals konnte die FLNC mehrere große Städte befreien, die europäische Gemeinschaften haben. Es ist dabei niemals zu irgendwelchen rassistischen Ausschreitungen gekommen. Im Gegenteil: Die europäische Bevölkerung stand dort jeweils unter besonderem Schutz der Kämpfer. Seit dem 14. Mai 1978 hat die FLNC auch die Stadt Mutschatscha befreit, die bis zum heutigen Tag unter ihrer Kontrolle ist. Interessanterweise ist bisher nicht versucht worden, der FLNC auch in dieser Stadt Massaker an Europäern anzuhängen.

Noch unglaubwürdiger wird die imperialistische Greuel-Propaganda, wenn man sich die konkreten Vorkehrungen und Bemühungen der FNLC vor Augen hält, nach der Befreiung Kolwezis die Sicherheit nicht nur der afrikanischen, sondern gleichberechtigt der europäischen Bevölkerung zu gewährleisten. Nach übereinstimmenden Berichten der bürgerlichen Presse hat die FLNC sofort einen 20-köpfigen Revolutionsrat gebildet, dem neben der allgemeinen Verwaltung der Stadt die Bereitstellung besonderer Sicherungsmaßnahmen für die Bevölkerung oblagen. Diesem Rat gehörten fünf Europäer an, darunter drei Belgier, ein Franzose, ein Malaye und ein rwandischer Bürger („Welt", 19.5.; „SZ", 19.5.). In einem Interview mit „Afrique-Asie" teilte FLNC-Prädident Mbumba mit, daß bereits kurz nach der Befreiung Kolwezis ein Treffen mit dem *„Delegierten des ausländischen Personals der Gecamines, Herrn Renard, und anderen ausländischen Staatsbürgern"* stattgefunden hat, *„um eine Zusammenarbeit bei der Verwaltung der Stadt zu erreichen... Die Anwesenden haben versprochen, bei dieser Aufgabe eine aktive Unterstützung zu leisten... Herr Renard hat sogar ein Dokument über dieses Abkommen unterzeichnet..."* (zitiert nach „Le Monde", 25.5.). Das Mitglied des Zentralkomitees der FLNC, Jean Baptiste Mpondo, teilte auf einer Pressekonferenz darüberhinaus folgendes mit: *„Die Europäer wurden aufgefordert, tagsüber in den Kellern Zuflucht zu suchen oder Schächte auszuheben und sie mit Astwerk zu bedecken, um sich vor den Flugzeugen zu schützen. Die in der Stadt vorhandenen Lebensmittel wurden an sie verteilt; die Kämpfer erhielten ihre Verpflegung von außerhalb"* („Le Figaro", 20./21.5).

Friedliche Evakuierung war möglich

Inzwischen liegen uns weitere FLNC-Kommuniques vor, die bestätigen, daß die FLNC alles nur menschenmögliche zur Vermeidung von Opfern unter den Europäern getan hat. Praktisch täglich hat sie in ihren Kommuniques Verhandlungen bezüglich der Europäer, bzw. eigene Evakuierungsmaßnahmen angeboten:

„In einer Erklärung vom 17.5. hat General Mbumba, Prädident der FLNC, die Regierungen der westlichen Länder deren Staatsbürger in Kolwezi leben, eingeladen, so schnell als möglich Delegierte an Ort und Stelle zu entsenden, damit diese selbst die Wirklichkeit erkennen können, in der die Ausländer leben" (Erklärung vom 18.5., zitiert nach „APL-Belgique"). Und noch einmal dringend am 18.5.: *„In Bezug auf die letzte Erklärung des belgischen Außenministers Simonet, der von der Möglichkeit einer Evakuierung der Europäer auf friedlichem Wege spricht, erinnert die FLNC Europa daran, daß sie sich zu keinem Zeitpunkt der Evakuierung der ausländischen Bevölkerungstelle aus den befreiten Regionen widersetzt hat. Die FLNC verweist dazu auf die früher abgegebene Erklärung. Schon im letzten Jahr hat die FLNC zuerst die europäischen Bevölkerungstelle geschützt, die in ihren Städten unter ihrer Kontrolle lebten, und sie hat anschließend selbst auf Wunsch dieser Europäer die Evakuierung durchgeführt. Keinesfalls jedoch kann die FLNC eine solche Evakuierung der europäischen Zivilbevölkerung durchführen ohne eine angekündigte Feuereinstellung, die die alleinige Garantie für die Sicherheit derjenigen darstellt, die evakuiert werden sollen."*

Eine Voraussetzung für die Evakuierung war bereits vorher geschaffen worden: die Regierungen der VR Angola und Sambias hatten sich bereiterklärt, die evakuierten Europäer aufzunehmen. „Le Monde" berichtet über ein Gespräch mit dem für die Kontaktaufnahme mit Brüssel zuständigen Mitglied des ZK der FNLC, daß *„die Versicherungen* (eine Evakuierung in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz durchzuführen – Anm. AK) *anfang letzter Woche* (d.h. beginnend mit dem 15.5. – Anm. AK) *gegenüber Vertretern des belgischen Außenministeriums wiederholt wurden. Doch es erfolgte keine Antwort"* („Le Monde", 23.5.).

Französischer Geheimeinsatz bereits am 16. Mai ?

Bereits am Montag, den 15. Mai, wurden die französischen Fremdenlegionäre in Alarmbereitschaft versetzt, am selben Tag trat im US-State-Departement eine Krisenkommission zusammen.

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Nur einen Tag später fand die erste (geheimgehaltene) Aktion französischer Fallschirmjäger in Kolwezi statt. *„Am Dienstag, 16.5., um 2.00 Uhr morgens haben die Mobutu-Kräfte einen Luftangriff auf die Stadt Kolwezi unternommen, besonders auf den Flughafen dieser Stadt, die seit dem 13. Mai befreit ist. Unter den 2.000 Fallschirmspringern, die über Kolwezi absprangen, befanden .ch 300 mit französischer Nationalität. Alle französischen Fallschirmspringer wurden im Laufe der Kämpfe nach ihrer Landung getötet"* (Kommunique der FLNC vom 16.5.). Von Seiten der französischen Imperialisten existiert bezüglich dieses Geheimeinsatzes nur ein äußerst dürftiges Dementi: *„Ein Sprecher des Präsidialamtes in Paris nannte diese Erklärung völlig aus der Luft gegriffen und ‚phantasievoll'. Es gebe keine französische Intervention in Zaire. Möglich sei, daß zairische Fallschirmjäger, die von französischen Instrukteuren ausgebildet werden, mit Franzosen verwechselt worden sind"* („Welt", 18.5.). Wobei es sich in diesem Fall aber immer noch um Einheiten schwarzer Hautfarbe handeln würde. Mbumba: *„Was wir haben vom Himmel fallen sehen, das waren Spezialtruppen, mehrheitlich Weiße"* („Le Monde", 25.5.).

Massaker durch Mobutus Truppen

Vor der Ankunft der „offiziellen" französisch-belgischen Invasoren hat es den überwältigenden Teil der Todesopfer durch die Bombardements der zairischen Luftwaffe (geflogen von ägyptischen und französischen Piloten) und vor allem durch die geschlagenen Reste der zairischen Truppe gegeben. Dies er-
französischen Piloten) und vor allem durch die geschlagenen Reste der zairischen Truppe gegeben. Dies er-
gibt sich nahezu übereinstimmend aus allen Zeugenaussagen aus diesem Zeitraum.

Das Mobutu-Heer muß dabei mit unbeschreiblicher Brutalität vorgegangen sein. *„Viele der Flüchtlinge in Kolwezi berichteten, daß die Regierungstruppen, high nach der Einnahme von Haschisch, eher als die Rebellen für die schlimmsten Massaker verantwortlich waren. Ein verwundeter belgischer Falmschirmspringer berichtete, daß seine Patrouille zairische Truppen daran hinderte, Häuser zu plündern"* („Times", 22.5.). *„'Wir hatten vor dieser Armee mehr Angst als vor den Rebellen, die sich in meinem Viertel sehr korrekt und diszipliniert verhalten haben', berichtete Raymond Korczak, Vorarbeiter in einem Montagewerk Kolwezis. Er erklärte weiter: 'Die Soldaten von Mobutu sind gekommen,Leute abzuholen, um sie zum Flughafen zu transportieren. Sie haben sie dann in ein Haus geführt und dort abgeschlachtet. Lediglich zwei konnten entkommen. Man hat von Leichenfeldern gesprochen. Sie gehen auf's Konto der zairischen Armee. Die Armee Mobutus hat von uns Geld erpresst und hat unsere Häuser geplündert. Sie waren viel mehr damit beschäftigt uns auszurauben als zu kämpfen"* („Le Monde", 23.5.). Die beiden einzigen Überlebenden des von Korczak geschilderten Massakers der Mobutu-Truppen, Michel Rene und Gino Urman, bestätigten: *„Im Moment,als die Rebellen im Viertel ankamen, sind ein Kapitän und zairische Soldaten gekommen, um sie* (d. h. Rene und Urman, Anm. AK) *abzuholen. Man wolle alle Europäer zusammenziehen, um sie zu schützen. Sie sollten alle ihre Wertsachen mitnehmen. Wenig später fanden sie sich, insgesamt fünfunddreißig Europäer, in einer Villa wieder. Der Kapitän fing an zu brüllen: 'Ihr werdet alle umgebracht'* ... (die beiden schildern, wie es ihnen gelang, in einem unbemerkten Augenblick zu entkommen und sich 48 Stunden im Haus versteckt zu halten, AK) *Donnerstagnachmittag hörten sie Maschinenpistolen-Salven, Schreie ..."* („Le Figaro", 22.5., „Le Monde", 23.5.). Dieses Massaker hat dreiunddreißig Menschen, darunter elf Kindern, das Leben gekostet. In der bürgerlichen Presse war es vor diesen Aussagen den „Rebellen" zugeschrieben worden.

Französische Legionäre: „...schossen auf alles was sich bewegte"

Wie verhielten sich die französischen Fremdenlegionäre, die als „humanitäre Helfer" gekommen waren? Der französische Botschafter in Zaire: *„Die französische Intervention vom Freitag hat die Einwohner von Kolwezi gerettet. Sie hat die Praxis der systematischen Morde beendet. Sie war auf militärischem Gebiet ein voller Erfolg"* („France Soir", 23.5.). Und als zweite Stimme die ‚liberale' „Zeit", die geradezu schwelgerisch und voller Anerkennung berichtet: *„Kaum in Kolwezi gelandet, leisteten die Legionäre ganze Arbeit – rasch, rücksichtslos und brutal. 'Sie haben gar nicht erst lange gefragt, ob jemand Rebell oder Unbeteiligter sei', berichtete ein belgischer Flüchtling"* („Zeit", 26.5.). Noch deutlicher: *„Sie schossen auf alles,was sich bewegte."* Hierbei spielte letztentlich auch die Hautfarbe keine Rolle: *„Die französischen Fallschirmjäger haben nach Angaben belgischer Offiziere auch Weiße getötet. Bei den Opfern handle es sich um fünf Rhodesier und einen Belgier. Nach diesen Angaben hielten die Franzosen ein Auto an, in dem Weiße versuchten,zu fliehen. Ein Mann, der keine Ausweispapiere vorzeigen konnte(!), sei erschossen worden. Die fünf anderen hatten ein ähnliches Schicksal erlitten. Ein Sprecher des französischen Verteidigungsministeriums erklärte, er habe von dem Vorfall nichts gehört"*(„SZ", 23.5.).

Besonders grauenhaft muß das Massaker der Legionäre unter der Bevölkerung der afrikanischen Stadtviertel gewesen sein. Alle afrikanischen Viertel wurden militärisch abgeriegelt – Sperrgebiet für Journalisten – und systematische Haus- zu Haus-Durchsuchungen durchgeführt. „Le Monde" erklärte,die Aufgabe der Legionäre sei es, die Stadt und die Umgegend zu „säubern".

Wieviele Opfer der französische Terror bereits gefordert hat, ist unbekannt, da offizielle Zahlen über die Anzahl der Toten der schwarzen Zivilbevölkerung gar nicht veröffentlicht werden!

Die Schätzungen verschiedener Journalisten bewegen sich zwischen „mehreren hundert" und eintausend Toten.

Bei der 1964 durchgeführten belgisch-amerikanischen Fallschirmjägerintervention in der kongolesischen Stadt Stanleyville(heute Kisgangani), deren Ablauf und Ziele mit der „Operation Kolwezi" übereinstimmen, wurden innerhalb weniger Tage mehrere Tausend Afrikaner getötet.

Es ist zu befürchten, daß auch hierin die beiden imperialistischen Überfälle miteinander identisch sind.

Noch verschlimmert wird die Lage dadurch, daß die zairische Armee nach der Rückeroberung Kolwezis offensichtlich zum Rachefeldzug gegen die örtliche Bevölkerung angetreten ist, die die FLNC begeistert unterstützt hatte.

Verschiedene Zeugen sprechen davon, daß mit Ankündigung der imperialistischen Aggression im zairischen Rundfunk, einzelne FLNC–Einheiten und mehr noch die mit der FLNC sympathisierende schwarze Zivilbevölkerung ihr bis dahin diszipliniertes Verhalten aufgaben und an Ausschreitungen gegen die Weißen beteiligt waren.

Ein FLNC-Sprecher bestätigt, daß die politischen Kader der Bewegung in dieser Zeit die Lage nicht mehr vollständig unter Kontrolle halten konnten:

„Unter derartigen Umständen(d.h. der Intervention, Anm.AK) *muß man die Ehrlichkeit haben und die Verantwortlichkeiten aufteilen. Die Mobutu-Truppen sind zu einem großen Teil verantwortlich für die hohe Zahl der Toten. Im letzten Jahr hatten wir nur kleinere Orte erobert. Kolwezi ist viel größer als jene Orte und hat eine große europäische und einheimische Bourgeoisie, deren Lebensführung arrogant ist. Dies erklärt gewisse Ausschreitungen der zivilen Bevölkerung. Wir sind aber davon überzeugt, daß die Zahl der Opfer sehr viel geringer gewesen wäre,wenn es die Interventionen nicht gegeben hätte"* („Le Monde", 23.5.).

Offensichtlich hatte die militärisch aussichtslose Lage – und damit verbunden die Angst vor der zu erwartenden Vergeltung der wiederkehrenden Mobutu-Truppen und der Söldner – zu diesen Aktionen ohnmächtiger Wut getrieben. Der Reichtum der Europäer, den die hungernden Einheimischen jahrelang vor Augen hatten, macht diese Übergriffe zusätzlich erklärbar.

Besetzung Shabas durch Imperialisten ?

Trotz mehrfacher Ankündigung von seiten der belgischen und französischen Regierung, die Intervention würde mit der Evakuierung der Europäer beendet, bzw. sei bereits beendet worden, befindet sich der grösste Teil der Truppen beider Länder nach wie vor in Zaire. Belgien hat die Hälfte seiner Truppen zurückgerufen und die andere Hälfte im 250 km nördlich von Kolwezi gelegenen Kamina stationiert. Dort sollen sie bleiben, *„ um in dieser Periode der Unsicherheit die Sicherheit unserer ausländischen Bürger zu gewährleisten"*, erklärte der belgische Premier Tindemanns („Times",23.5.). Bei den französischen Truppen ist von einem Rückzug gar nicht die Rede.Mobutu möchte sie noch mindestens „sechs Monate" zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Land sehen, Paris hat sich offiziell bislang nicht festgelegt. Der französische Kommandant der Legion sprach von mindestens drei weiteren Wochen („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 26.5.). Unter dem Vorwand des Schutzes der europäischen Siedlungen in den Städten Likasi und Lubumbashi ist ein Teil der fransösischen Einheiten inzwischen dorthin verlegt worden, bzw. befindet sich auf dem Weg dorthin. Damit scheint sich eine De-Facto-Besetzung des gesamten Südens von Shaba und damit die Kontrolle der wichtigsten Bergbauzentren und Bodenschätze durch französische Truppen anzubahnen.

Die „Welt" sieht angesichts dieser Perspektive einen Hoffnungsschimmer für den „Freien Westen" am Horizont. *„Wird es der Westen ,wird es vielleicht Frankreich wagen, endlich diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Wenn der Staatschef von Zaire offen erklärt, daß seine Streitkräfte seine Bürger allein gegen den sowjetischen Kolonialismus nicht schützen können – ist es nicht berechtigt,wenn ein ausländischer Schutz (ob reguläre Truppen, ob eine aufzustellende Fremdenlegion) im Lande bleibt?Das mag ‚Neokolonialismus' nennen,wer will..."*

Die „FAZ" kann diese Hoffnungen bereits wenige Tage später bestätigen. Sie schreibt: *„In Kinshasa haben europäische Diplomaten zu diskutieren begonnen, ob eine gemeinsame westliche Truppe in der Provinz Shaba stationiert werden könne und wie sie aussehen müsse. Es geht vor allem um die praktische Frage, wo eine gemeinsame Streitmacht, falls die Regierungen sie aufzustellen beschließen, stationiert werden müßte, um im Falle eines abermaligen Einfalls von Katanga-Gendarmen schneller als in der vergangenen Woche intervenieren zu können. Kinshasa, Kamina oder Lubumbashi kämen in Frage. Auch Amerikaner beteiligen sich an den Gesprächen"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 26.5.).

Afrika-Kommission

Apell für

Apell für Eritrea

Die revolutionäre Linke Italiens hat einen »Apell für Eritrea« veröffentlicht, den wir hier wiedergeben. Dieser Apell ist von einer großen Zahl italienischer Persönlichkeiten - weitgehend der revolutionären Linken zugehörig - unterzeichnet worden, wie auch von den bekanntesten Zeitungen der Linken, nämlich »Lotta Continua«, »Manifesto« (Zentralorgan der PDUP), »Quotidiano dei Lavoratori (Zentralorgan der DP - vormals AO), »Fronte Popolare« (Zentralorgan der MLS), sowie von den bekannten Internationalismus-Zeitschriften »Altrafrica« und »Terzo Mondo«.

Die Redaktion des ARBEITERKAMPFES hat beschlossen, diesen Apell ebenfalls zu unterzeichnen und wir wollen hiermit auch die anderen Zeitungen der westdeutschen Linken auffordern, diesen Apell durch Unterzeichnung zu unterstützen. Unsere Unterschrift unter diesen Apell gilt allerdings mit der Einschränkung, daß wir nicht bestätigen können, daß Südjemen am »direkten militärischen Eingreifen« gegen Eritrea' beteiligt ist. Diese Behauptung kann u.W. nicht durch entsprechende Verlautbarungen der EPLE gestützt werden.

»Apell für Eritrea

Mit ihrer neuen brutalen Aggression gegen Eritrea versucht die äthiopische Regierung, einen der längsten und stürmischsten nationalen Unabhängigkeitskjämpfe Afrikas zu unterdrücken. Unter offener Verletzung der UNO-Resolution vom Dezember 1950 setzte das Regime Haile Selassies mit Gewalt die Annektion Eritreas durch. Heute, vier Jahre nach dem Sturz Haile Selassies, ist das eritreische Volk erneut das Opfer militärischer Einmischung und grausamer Repressalien.

Zu den äthiopischen Besatzungsstreitkräften, die allein nicht fähig waren, den eritreischen Widerstand zu zerschlagen, gesellt sich heute das direkte militärische Eingreifen der Sowjetunion, Cubas, des Südjemen und der DDR. Die Internationalisierung des Konflikts beinhaltet das Risiko, daß das Eritrea-Problem mit einem Völkermord 'gelöst' wird.

Nur die Anerkennung der legitimen Forderungen der eritreischen Bevölkerung nach Unabhängigkeit und Frieden kann wirklich zu einem Abschluß des langen Befreiungskampfes und des gegenwärtigen Krieges führen.

Wir rufen alle demokratischen Kräfte auf, einzutreten für das Recht des eritreischen Volkes auf nationale Unabhängigkeit, die demokratische Lösung der Eritrea-Frage zu unterstützen und ihre entschiedene Verurteilung jeder militärischen Einmischung von außen zum Ausdruck zu bringen.

VERHINDERN WIR DEN VÖLKERMORD AN EINEM VOLK' DAS IM KAMPF FÜR SEINE FREIHEIT STEHT!
STOPPEN WIR DIE HAND DES AGGRESSORS!«

Unterstützt den Befreiungskampf in Eritrea

Afrika-Kommission, AK-Redaktion und Leitung des KB rufen dazu auf, mit Geldspenden den eritreischen Befreiungskampf zu unterstützen. Dieser Kampf tritt jetzt in seine letzte und entscheidende Phase, die über Befreiung oder Untergang des eritreischen Volkes entscheidet. Praktisch ohne äußere Bündnispartner und nur gestützt auf die Kräfte des eigenen Volkes sieht sich die eritreische Revolution der gemeinsamen Vernichtungsstrategie der Großmächte und ihrer Bündnispartner und Vasallen gegenüber. In dieser Situation sollte es moralische und politische Verpflichtung der Linken sein, ihre Solidaritätsanstrengungen mit diesem Befreiungskampf erheblich zu steigern.

In Absprache mit dem ZK der EPLF wollen wir mit den Geldspenden ein Schulprojekt in Eritrea unterstützen. Wir werden dieses Projekt im nächsten AK detaillierter vorstellen, aber bitten schon jetzt um Spendenüberweisungen auf die Konten des J.Reents-Verlages (Stichwort: Eritrea). Geldspenden nimmt auch jeder AK-Verkäufer gern entgegen. Nebenstehend veröffentlichen wir einen diesbezüglichen Brief des ZK-Mitgliedes der EPLF, Haile Menkerios, an die Leitung des KB.



Eritrea: Kämpferinnen der Revolution

ህዝባዊ ግንባር ሓርነት ኤርትራ
ማእከላይ ሽማግለ

الجبهة الشعبية لتحرير ارتريا
الهيئة المركزية

ERITREAN PEOPLE'S LIBERATION FRONT
CENTRAL COMMITTEE

Date 22/5/78

The central Committee,
Communistischer Bund
Hamburg.

Dear Comrades,

Revolutionary greetings. Let me take this opportunity to express our comradely appreciation of the support and solidarity with the just struggle of the Eritrean people and the EPLF that was manifested by KB in our tour of Germany this past week. The depth of interest and seriousness shown by comrades to the cause of our struggle, this revolutionary solidarity, boosts our fighting morale, solidifying our resoluteness to struggle.

As we emphasized in our discussions, believing in the principle of self-reliance as a basis of our independence and struggle, we are developing the basis of our future free democratic society in the liberated areas economically, politically and culturally, while the armed struggle for total independence continues. To consolidate this independent development, we need the independent support from the progressive masses of the world.

One of our several current projects is the Four-School Project a description of which we have sent you. We hereby appeal to all members of KB and the German public in general to manifest their solidarity with the just struggle of our people and the EPLF by supporting this project.

comradely, Haile Menkerios

Brief des Genossen Haile vom ZK der EPLF an die Genossen des KB

22.5.1978

Liebe Genossen!

Revolutionäre Grüße! Laßt mich diese Gelegenheit nutzen, unserer freundschaftlichen Anerkennung Ausdruck zu geben für die Unterstützung und Solidarität mit dem gerechten Kampf des eritreischen Volkes und der EPLF, die uns vom KB entgegengebracht wurden auf unserer Tour durch Deutschland während der vergangenen Woche. Die von den Genossen gezeigte Ernsthaftigkeit und Tiefe des Interesses für die Sache unseres Kampfes, diese revolutionäre Solidarität erhöht unsere Kampfmoral und stärtkt unsere Entschlossenheit zu kämpfen.

Wie wir schon in unseren Diskussionen betont haben, vertrauen wir auf das Prinzip der Selbsthilfe als einer Basis unserer Unabhängigkeit und unseres Kampfes, und entwickeln ökonomisch, politisch und kulturell in den befreiten Gebieten die Grundlage unserer zukünftigen freien demokratischen Gesellschaft, während zugleich der bewaffnete Kampf für die vollständige Unabhängigkeit weitergeht. Um diese unabhängige Entwicklung zu festigen, brauchen wir die eigenständige Unterstützung von fortschrittlichen Menschen aus aller Welt.

Eines der verschiedenen bei uns laufenden Projekte ist das Vorhaben, vier Schulen einzurichten, von dem wir Euch eine Beschreibung zugesandt haben. Wir appellieren hiermit an alle Mitglieder des KB und überhaupt an die Öffentlichkeit in Deutschland, ihrer Solidarität mit dem gerechten Kampf unseres Volkes und der EPLF Ausdruck zu verleihen, indem sie dieses Projekt unterstützen!

Solidarische Grüße
Haile Menkerios

SPD-Linke will Republik verteidigen

„Eine Festrede pro Jahr ..."

... sei zu wenig, meinte ein Kritiker auf dem Kongreß der „Gustav-Heinemann-Initiative" am 23.5. in Rastatt und traf damit den Nagel auf den Kopf. Denn außer Sonntagsrednern und Sonntagsreden hatte die SPD-linke für den Kampf gegen die Repression nichts anzubieten. Umso mehr müssen die bedauernswerten Journalisten der sozialdemokratischen Presse ihre Formulierungskünste bemühen, um dieses Nichts zu einem bedeutsamen Akt hochzustilisieren. Kein schöner Job! Aber eben auch keine schöne Partei ...

Allerhand klangvolle Namen und traditionsumwitterte Treffen hat die *„geistige Elite"* der SPD in letzter Zeit aufgeboten, um gegenüber dem Russell-Tribunal und der darum sich bildenden Anti-Repressions-Bewegung die Fahne der bürgerlichen Demokratie hochzuhalten. Die Demokratie wolle man selbstverständlich verteidigen, aber das brauche man sich nicht von *„selbsternannten Richtern"* aus dem Ausland sagen zu lassen, hieß es demagogisch. Doch o weh – kaum sind ein paar Wochen seit der ersten Tribunal-Sitzung ins Land gegangen, da werden die Brosamen, mit denen der Herr Eppler und seine Heinemann-Initiative die demokratische Bewegung abspeisen wollen, immer kümmerlicher und ungenießbarer. Ganz zu schweigen von der „Idee" Brandts und Koschniks, die Berufsverbotepraxis nach Bremer Vorbild zu „reformieren", hinter der man nur allzu deutlich den Wunsch nach einer E f f e k t i v i e r u n g spürt.

Aber hören wir die Presse selbst („FR", 27.5.) über den Rastätter Kongreß, der (welch theatralisches Talent!) am „Verfassungstag" inszeniert wurde und „im Ahnensaal des Schlosses" schon bald *„die rechte Einstimmung ins Thema"* fand. Da war, wie üblich, zunächst die Rede von *„Angst, Trägheit und Resignation"*, *„Einschüchterung und Selbstzensur"*, die *„vor allem junge Menschen an den Rand der Gesellschaft"* drängen würden. Offensichtlich ist es um die Jugend schlimm bestellt, so daß sie dringend des weisen Rats der SPD-Linken bedarf, denn diese sind natürlich nicht eingeschüchtert und nicht resigniert, Selbstzensur ist diesen mutigen Vorkämpfern für die demokratischen Rechte fremd und t r ä g e sind sie schon gar nicht! Denn: nächstes Jahr zum selben Datum wird wieder ein Kongreß stattfinden (und zwischendurch kämpft der Eppler bis zum Umfallen für uns im Landtag und in der SPD-Spitze). Na, wenn das nichts ist!

Außerdem will die Heinemann-Initiative *„Freiheit wagen"*, *Zukunft erschließen"*, *„Krisen durch Reform bewältigen"*, das *„geistig-politische Vakuum"* durch *„entscheidende Impulse"* auffüllen, ein *„freies, versöhnliches Klima schaffen"* etc. (weitere Perlen müssen wir dem Leser aus Platzgründen vorenthalten). Mit Kommunisten freilich könne man nicht zusammenarbeiten (Eppler). Schließlich wurde der geistige Höhepunkt des Kongresses erreicht, als es das Problem zu knacken galt, wie dieser reichhaltige Katalog von Vorschlägen zu konkretisieren sei. Denn es waren doch einige Leute erschienen, die in der Diskussion den untauglichen Versuch unternahmen, die Initiative unter einen überhöhten *„Erwartungsdruck"* zu setzen: Sie solle sich um Umweltschutz, Entwicklungshilfe, Kriegsdienstverweigerer, Strafgefangene, Wiedererstarken des Nazismus, Berufsverbote und ähnlich profane Dinge kümmern. So forderten es Diskussionsbeiträge auf dem öffentlichen Teil des Kongresses. Da freilich hatte man die Initiative gründlich mißverstanden. *„Öffentliche Resolutionen werden wir uns auch künftig verkneifen"*; *„wir können nicht einfach alle Stichworte einsammeln und sagen, alles ist Scheiße"*; *„wir können nicht im ersten Anlauf ein großes Strohfeuer abbrennen"*. Stattdessen wurde *„viel Behutsamkeit verlangt, schon weil der Respekt vor dem Namen Gustav Heinemann sorgsames Abwägen erfordert"*. Natürlich.

Was denn die Initiative nun eigentlich sei, fragten daraufhin die (keineswegs linksradikalen) Frager im Saal und bekamen prompt brillante Antworten: Ein *„Forum"*, eine *„Bürgerinitiative"*, keine Organisation natürlich. Ob man darin mitarbeiten könne? Mitglied könne man nicht sein, aber „dazugehören" könne man ja. Aber man wolle den Kreis von eineinhalb Dutzend jetzt auf „60 Persönlichkeiten erweitern". Schließlich gibt es auch „unerbetene Bündnispartner". Eine Bürgerinitiative also ohne Bürger. Ist das das BI-Modell der SPD-Linken? Soll vielleicht auch die vielbeschworene „Bürgerrechtsbewegung" ohne Bürger stattfinden?

Spaß beiseite: Eine derartige Ansammlung von hohlen Phrasen und Leerformeln, von strikter Weigerung zu irgendwelchen praktischen Konsequenzen und abstoßendem Opportunismus entsprach genau dem, was man von der SPD-Linken seit jeher gewohnt ist. (Ausnahmen, wie z. B. der Beitrag des ehemaligen Generalbundesanwalts Max Güde können nicht den Veranstaltern als Verdienst angerechnet werden). Erwartungen, das Überhandnehmen der staatlichen Repression habe bei der SPD-Linken zu Umdenkungsprozessen und einem stärkeren Engagement geführt, wurden enttäuscht. Der Auftrag der Parteiführung, der Russell-Unterstützungsbewegung das Wasser abzugraben, kommt hinter Epplers Inszenierung allzu deutlich zum Vorschein. Derlei SPD-Initiativen werden auch weiterhin vor einem Mini-Publikum stattfinden – im Gegensatz zu den überfüllten Hallen anläßlich der zahlreichen Russell-Veranstaltungen. Die demokratische Bewegung hat dazugelernt. Nur eins noch: Wenn man sich von dieser Seite aus so gern „Sorgen" um die „eingeschüchterte Jugend" macht, so wäre es vielleicht mal angebracht, sich in Sachen Angst, Angepaßtheit, Selbstzensur mal an die e i g e n e Nase zu fassen.

Wir erinnern daran, daß wir uns in Sachen Russell-Tribunal bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt dafür ausgesprochen haben, *„eine Massenkampagne zu initiieren, die sich dem dominierenden Einfluß von SPD und DKP entziehen sollte"*, wir sind deshalb von SB, GIM, AK/FU u.a. heftigst kritisiert worden. Was ein „dominierender Einfluß der SPD" freilich für das Tribunal und seine Unterstützungsbewegung bedeutet hätte, hat der Rastätter Kongreß anschaulich vorexerziert.

Dies bedeutet nicht, alle liberalen und demokratischen Kräfte (auch innerhalb der SPD) mit der Heinemann-Initiative in einen Topf zu werfen. Ein ähnlicher Kongreß, der schon Mitte April – als „Gegenveranstaltung zum Russell-Tribunal" angekündigt – in Hannover stattgefunden hatte, ging keineswegs so glatt über die Bühne. Aussagen wie das ausdrückliche Bekenntnis von F. Duve, die Bürgerrechte der Kommunisten verteidigen zu wollen, was man bisher nicht getan habe, oder der Vorschlag Kogons, wieder republikanische Clubs zu bilden, und das Gespräch auch mit Kommunisten zu führen, dürften der SPD-Führung keineswegs ins Konzept gepaßt haben. Der Kongreß der Heinemann-Initiative hat da einiges wieder korrigiert und ins rechte Lot gerückt. Man fragt sich, ob damit das letzte Wort gesprochen ist, und die SPD-Linke auf „Rastätter Kurs" nun weiter auf der Stelle trampeln wird.

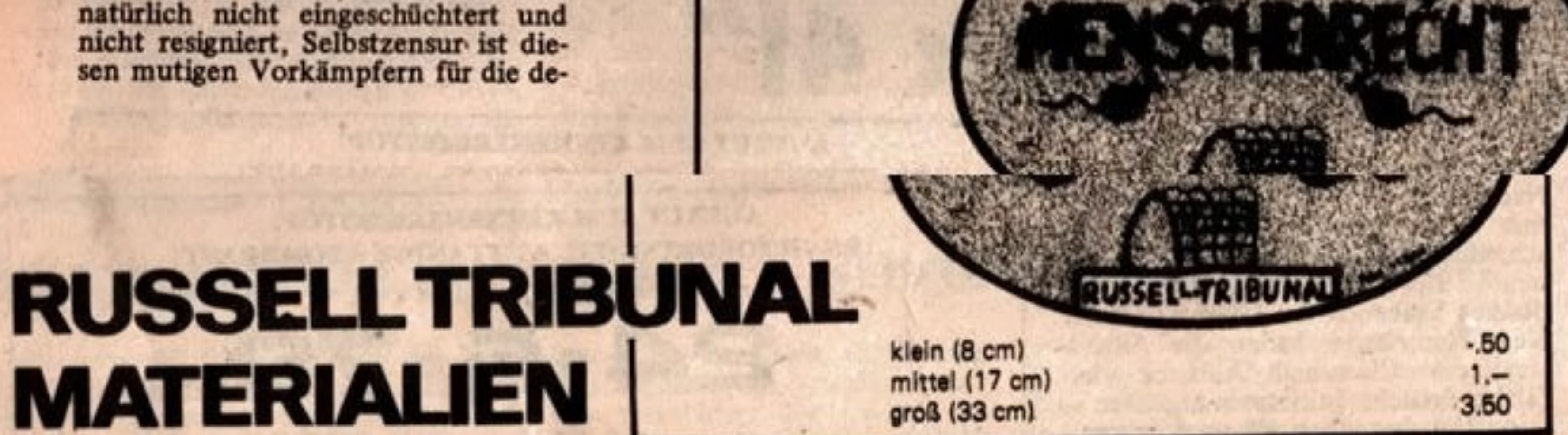
„Die Aushöhlung unseres Rechtsstaats stoppen"

Die Humanistische Union zum 29. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes

Vor 29 Jahren, am 23. Mai, wurde das Grundgesetz für die BRD verabschiedet. Bundeskanzler Schmidt schlug auf dem DGB-Bundeskongreß vor, den 23. Mai zum „Festtag" anstelle des 17. Juni zu machen. Jedoch, wenn diese Leute das Grundgesetz und die „freiheitlich demokratische Grundordnung" im Munde führen, meinen sie eben nicht mehr Freiheit, wie es sich Millionen Bürger nach der Zerschlagung der faschistischen Diktatur erwartet hatten, sondern weniger Freiheit. Die Humanistische Union hat in einer Stellungnahme anläßlich des Jahrestages festgestellt, *„daß in der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik die bürgerlichen und politischen Rechte zunehmend eingeschränkt werden"* (dieses und alle weiteren Zitate nach „FR' vom 24.5.78). Sie weist auf die Praxis der Berufsverbote und die damit in Zusammenhang stehende Überprüfungspraxis durch den Verfassungs„schutz" hin, die *„das geistige und politische Klima in unserer Republik in alarmierender Weise"* verschlechtert haben. Weiter wendet sie sich gegen das neue Polizeigesetz, durch das *„der Todesschuß zum kommandierbaren gezielten 'aufgewertet' werden"* soll. Damit schicke sich die BRD an, *„ihren verfassungsmäßigen Verzicht, über das Leben ihrer Staatsbürger zu verfügen, zu widerrufen"* (Todesstrafe auf der Straße). Die Humanistische Union wendet sich ferner gegen die verschiedenen Gesetze, die die Verteidigungsmöglichkeiten in politischen Prozessen einschränken oder ganz aufheben, da das *„Prinzip der Waffengleichheit im Gerichtssaal ... nahezu außer Kraft gesetzt ist"*; gegen die Einrichtung von Datenspeicherungsanlagen, da immer genügend Möglichkeiten bleiben, diese *„der Kontrolle der Sicherheitskräfte zu unterwerfen"*; gegen die Ausweitung der Machtbefugnisse der Exekutive mit dem Hinweis auf einen „übergesetzlichen Notstand". Sie kommt zu dem Schluß: *„Wenn die bürgerlichen Schutz- und Freiheitsrechte entgegen den Intentionen des Grundgesetzes in dieser beklemmenden Weise weiter abgebaut werden ..., entwickelt sich die Bundesrepublik zu einem 'autoritären Besitzverteidigungsstaat', der den Freiheitsraum des Grundgesetzes der jeweiligen Staatsgewalt zur Disposition stellt"*.

Bei Benennung dieser Tatsachen muß es allerdings verwundern, wenn die Humanistische Union ihre Stellungnahme ausgerechnet mit einem Appell *„an den Bundestag und die Parlamente der Länder"* beendet, *„die Aushöhlung unseres Rechtsstaats zu stoppen und seine bereits legalisierten Gefährdungen rückgängig zu machen"*. Denn nur naive Menschen — zu denen sich die Humanistische Union sicher nicht zählen will — können heute noch daran glauben, daß eine Wende durch die „Einsicht" der bürgerlichen Parteien zu erreichen ist.

Aufkleber



klein (8 cm) -.50
mittel (17 cm) 1.–
groß (33 cm) 3.50

RUSSELL TRIBUNAL MATERIALIEN

Das Buch über die erste Sitzungsperiode

Internationales Russell Tribunal
Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland
Materialien, Protokolle und Ergebnisse der ersten Sitzungsperiode.
Aus dem Inhalt:
Analysen und Diskussionen zu Berufsverboten gegen Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte, Angestellte und Arbeiter. Gutachten von Erich Kuby, Jürgen Seifert, Ulrich K. Preuß, Matthias Zieger, Peter Schneider, Bernhard Floßdorf und Wilfried Gottschalch.
Rotbuch 185
192 Seiten DM 8.–



Berichte. Herausgegeben vom deutschen Beirat & Sekretariat

Berichte 1 enthalten Informationen über die Bertrand Russell Peace Foundation und die bisherigen Tribunale. Die Jury-Mitglieder werden in Kurzbiografien vorgestellt. Im Anhang sind die Menschenrechtsvereinbarungen abgedruckt, die Grundlage des Tribunals sind.
112 Seiten „kirschkern" Verlag DM 6.–



Berichte 2 antworten auf die Angriffe und Einwände gegen das Tribunal. Warum ist ein Tribunal notwendig und was kann es erreichen? Eine Chronik berichtet von einem Jahr Vorbereitung. Mit zahlreichen (Presse-)Dokumenten werden die unterschiedlichen Reaktionen auf das Tribunal belegt.
120 Seiten „kirschkern" Verlag DM 6.–

INTERNATIONALES RUSSELL TRIBUNAL ZUR SITUATION DER MENSCHENRECHTE IN DER BRD · BERICHTE ZWEI

Erhältlich im Buchhandel.

Oder portofrei per Vorauskasse vom „kirschkern" Buchversand, Schlüterstr. 28, 1000 Berlin 12. Postscheckkonto 410561-101 Bln/W.

Unterstützungsgruppen erhalten bei Vorauskasse die Bücher jeweils um eine DM billiger (Mindestbestellmenge pro Titel 10 Stück) und auf die Aufkleber und Buttons 30 % Rabatt (Mindestbestellung 20.– DM). Alles portofrei!

Bestelladressen für den Buchhandel: Rotbuch; BRD: KNOe, Berlin: Rotbuch
Berichte; BRD: SOVA, Berlin: „kirschkern"
Aufkleber und Buttons: nur „kirschkern"

Erich Fried antwortet Heinz Brandt

In der Maiausgabe der „das da (avanti)" forderte Heinz Brandt: *„Die DDR und die Terroristen vors Russell-Tribunal!"*. Greift er mit dem ersten Teil seiner Forderung den Wunsch einiger Unterstützer des Tribunals, vor allem aber seiner Gegner auf, betritt er mit dem zweiten Teil Neuland. Für ihn hat die Situation der Menschenrechte „auf deutschem Boden" einen dreifachen Aspekt: *„Menschenrechtsverletzungen durch den (stationären) Gewaltapparat West; Menschenrechtsverletzungen durch den (eingemauerten) Gewaltapparat Ost — und Menschenrechtsverletzungen durch den ambulanten terroristischen Gewaltapparat"*. Als Beispiel zählt er auf, daß alle drei sich der Isolationshaft und der Berufsverbote bedienen würden (bei den letzteren im Fall Schleyer) und setzt in „schlichter Einfachheit" alle drei Aspekte gleich. In der Juniausgabe der „das da" antwortet ihm Erich Fried: *„Du irrst, Heinz Brandt!"*. Er versichert zwar, daß er die Motivation von Heinz Brandt verstehen könne, hält ihm aber entgegen, daß der Terrorismus nicht auf eine Stufe mit der staatlichen Gewalt gestellt werden könne. *„Aber wie sollte man z.B. den Terrorismus vors Tribunal zitieren und untersuchen? Wie sollten Anhörungen stattfinden? Und wenn ja, warum nicht auch Raubmorde und Kindesmißhandlungen vors Tribunal?* Zur Frage der DDR hält er ihm entgegen, *„daß eine gemeinsame Behandlung der Menschenrechtsverletzungen in beiden deutschen Staaten in der Bundesrepublik im wesentlichen nur zu einer Berichterstattung über die DDR führen würde, wozu nur noch ein paar spitze Bemerkungen kämen, die Linksradikalen hätten es sich aber doch nicht verkneifen können, auch noch der Bundesrepublik ans Bein zu pinkeln"*. Er plädiert im weiteren dafür, auch Menschenrechtsverletzungen im „realen Sozialismus" zu untersuchen, aber g e t r e n n t vom Tribunal über die BRD.

Darüber hinaus verdient ein weiterer Punkt Aufmerksamkeit bei Heinz Brandt. So schreibt er: *„Und in seinem Geist* (Bertrand Russells — Anm. AK) *bin ich gegen die Isolationshaft von Rudolf Bahro in der DDR, von Croissant in der BRD und von Moro in den Fängen der italienischen Killer. Dabei fordere ich ausschließlich für Bahro und Moro die Freiheit. Und einen fairen Prozeß für die Terroristen"*. Für Klaus Croissant also ausdrücklich n i c h t die Forderung nach Freiheit. Neben der bedrückenden Tatsache, daß Heinz Brandt Croissant mit seiner Formulierung implizit als „Terroristen" abstempelt, fragen wir uns, wie es zu einer solchen merkwürdigen Wertung kommen kann. Croissant wird vom bürgerlichen Staat Unterstützung der RAF-Gefangenen durch seine Anwaltstätigkeit vorgeworfen — ein Vorwurf übrigens, der gegen ihn wie auch gegen Groenewold einzig zum Zweck des weiteren Ausbaus des Staatsschutzes und Abbaus der Verteidigungsmöglichkeiten in politischen Prozessen erhoben wird. Moro dagegen (zum Zeitpunkt des Artikels lebte er noch) stand an der Spitze einer gewaltigen Unterdrückungsmaschinerie, und hatte die vielfältigsten Menschenrechtsverletzungen mit zu verantworten. Er jedoch hätte — ginge es nach Heinz Brandt — offenbar keinen Prozeß fürchten müssen!?



Nachrichten vom Widerstand



Anti-AKW-Bewegung in Großbritannien formiert sich

Mit zwei großen Demonstrationen begann in Großbritannien eine Form des Widerstandes mit neuer Qualität. Die bisher unterentwickelte Anti-AKW-Bewegung war vor allem von „Freunde der Erde" getragen, und der Widerstand beschränkte sich auf Eingaben an das Parlament, Anhörungsverfahren und Tribunale, Bittschriften und Demos mit ein paar hundert Teilnehmern.

Das Ergebnis der Windscale-Inquiry (der AK hat über dieses Tribunal mehrfach berichtet) war für fast alle AKW-Gegner nur als provokative Verarschung zu verstehen gewesen. Die Reaktion darauf war die erste nationale Großdemo gegen AKWs am 29.4. in London. 12.000 AKW-Gegner waren dem Aufruf von „Freunde der Erde" gefolgt, um gegen die Erweiterung der WAA in Windscale und gegen das britische Atomprogramm zu demonstrieren.

Die britische Presse und Parlamentsabgeordnete erkennen besorgt, daß der Widerstand wächst. Labour Rechtsaußen Leo Abse forderte die Regierung auf, „sensibel" gegenüber dieser Protestbewegung zu sein, da sonst die Gefahr bestehe, daß sie sich „dem politischen Prozeß entfremde", daß der Protest gegen Kernenergie von einer einfachen Meinungsverschiedenheit übergeht zu *„Formen des zivilen Ungehorsams bis hin zu gewaltsamen Protest"* (nach Guardian, 2.5.78). Ebenso erkannte der Guardian selbst, *„es ist ganz offensichtlich, daß sich die Protestbewegung gegen die Kernenergie verhärtet in Richtung auf zivilen Ungehorsam"* (2.5.78), denn der linke Bergarbeiterführer Athur Scargill hatte in seiner Rede angekündigt: *„Wenn nur ziviler Ungehorsam die Kernenergie stoppen kann, dann brauchen wir den zivilen Ungehorsam eben. Wenn es notwendig ist, daß wir nach Windscale gehen und uns dort hinsetzen, um Windscale physisch zu stoppen, so muß das eben sein"*, (nach Socialist Challenge, 4.5.78). Der Versuch der britischen Regierung, den Widerstand gegen das Atomprogramm durch „Bürgerdialog" zu entschärfen und zu kanalisieren, muß seit dieser Demo als gescheitert betrachtet werden.

Eine Woche nach dem Ereignis in London versammelten sich 4000 britische Atom-Gegner zu einer Demo und einer anschließenden symbolischen 2-tägigen Bauplatzbesetzung auf dem Gelände des nächsten britsichen AKWs in Torness bei Edinburgh in Schottland. Auf dieser Demo wurde noch einmal die Entschlossenheit der britischen AKW-Gegner deutlich, sich mit anderen Formen des Widerstands gegen die Durchsetzung des britischen Atomprogramms zu wehren als bisher. Das Wochenende diente vor allem der



Erarbeitung von Strategien möglicher Kampfformen und Vorgehensweisen bei zukünftigen Besetzungen etc.

An der Demo und den Veranstaltungen nahmen auch Vertreter der französischen, niederländischen, kanadischen und australischen Anti-AKW-Bewegung teil, wie auch ein Vertreter der BUU-Hamburg. Der Büchertisch der Englandkommission und eine Veranstaltung, bei der wir den Kalkarfilm zeigten, fand das meiste Interesse an diesem Wochenende. Der Polizeiterror gegen deutsche AKW-Gegner war für alle Teilnehmer wie ein Schock. Diese Erfahrung bestimmte dann alle folgenden Diskussionen, wie der Widerstand zu organisieren und durchzuführen sei.

Zwar wird der britische Widerstand beherrscht von der „Gewaltfreien Aktion", doch zeigten die Diskussionen und Aktionsvorschläge, daß hierunter mehr verstanden wird als in der BRD. Vor allem nach dem Kalkarfilm wurde deutlich, daß zumindest die Teilnehmer dieser Demo entschlossen sind, sich nicht durch den Staat das Widerstandsrecht nehmen zu lassen. Die Demo endete mit einer Erklärung der Teilnehmer, deren letzter Satz heißt: *„Wir kündigen an, daß wir bereit sind, alle gewaltfreien Schritte zu unternehmen, die notwendig sind, den Bau des AKWs in Torness zu verhindern. Wir werden wiederkommen!"* Die Errichtung eines Atomdorfs ist schon geplant.

England-Kommission

Almelo-Aktionstag

der französischen, niederländischen, kanadischen und australischen Anti-AKW-Bewegung teil, wie auch ein Vertreter der BUU-Hamburg. Der Büchertisch der Englandkommission und eine Veranstaltung, bei der wir den Kalkarfilm zeigten, fand das meiste Interesse an diesem Wochen-

Zwar wird der britische Widerstand beherrscht von der „Gewaltfreien Aktion", doch zeigten die Diskussionen und Aktionsvorschläge, daß hierunter mehr verstanden wird als in der BRD. Vor allem nach dem Kalkarfilm wurde deutlich, daß

sind, alle gewaltfreien Schritte zu unternehmen, die notwendig sind, den Bau des AKWs in Torness zu verhindern. Wir werden wiederkommen!" Die Errichtung eines Atomdorfs ist schon geplant.

England-Kommission

Almelo-Aktionstag



Almelo-Aktionstag in Nijmegen: Fahrraddemonstration zum AKW Doelewaard zur dortselbigen symbolischen Verbrennung des AKW

Die Außenminister der an der Ultracentrifuge (UC) in Almelo beteiligten Länder (Niederlande, England, BRD) unternahmen und unternehmen „Blitzreisen" und „überraschende gegenseitige Konsultationen", produzieren „interne Papiere" und verbreiten so insgesamt einen gewaltigen Nebel. In Almelo wird derweil das Gelände für den Ausbau der UC vorbereitet; England ließ mehrfach verlauten, man wäre „bereit", auch selbst das angereicherte Uran an Brasilien zu liefern, und der Bau einer westdeutschen UC in Gromau scheint beschlossene Sache.

Um diesen Nebel aufzureißen und um daran zu erinnern, daß die Massendemonstration in Almelo am 4.März nur der Anfang gewesen sein darf, wurde von der Almelo-Versammlung beschlossen, am 29.4. in möglichst vielen Orten einen „Almelo-Aktionstag" durchzuführen.

In rund 15 Orten, verteilt über das ganze Land, wurden kleinere Demonstrationen, Saalveranstaltungen und sonstige Aktionen veranstaltet. In Hengelo, Enschede und Almelo, in Nijmegen und Amsterdam wurde zur Ergänzung des jeweiligen Programms der Almelo-Film der der Hamburg-Harburger BI angeschlossenen Filmgruppe gezeigt.

Bei der Amsterdamer Veranstaltung trat auch erstmals ein Sprecher der (bisher) nicht im Almelo-Bündnis vertretenen Initiative „Stop de neutronen-bom" auf, die den Marsch der 50.000 am 19.3. organisiert hatte.

Niederlande-Kommission

Aktionstag am 4.6. in Neupotz

Gegenüber dem kurz vor Inbetriebnahme stehenden AKW Philippsburg und dem Kernforschungszentrum in Karlsruhe sind zwei weitere AKW's (1 300 MW) auf pfälzischer Seite bei Neupotz geplant. Diese Planung nahm in letzter Zeit konkrete Formen an. So sucht die RWE/Pfalzwerke schon seit einiger Zeit 1400 Schlafplätze in der Umgebung von Neupotz. Die Antragsunterlagen zur Einleitung des atomrechtlichen Verfahrens sind bereits ausgelegt. Die BI Landau hatte deshalb zu einer gemeinsamen Aktion aufgerufen, der sich die AGU Südpfalz e.V., BI Speyer, BI Germersheim, BI Wörth, Radioaktiv Mannheim, BI Heidelberg, BI Werkstatt 68 Karlsruhe und BI Pforzheim anschlossen. Geplant ist am 4. Juni in Neupotz ein Volksfest, dessen Höhepunkt eine Kundgebung und eine Bauplatzbegehung sein sollen. Am 3. Juni sollen in den umliegenden Dörfern phantasievolle Mobilisierungsaktionen stattfinden.

Ein KB-Genosse aus Landau

Breite Vorbereitung für „Seabrook 4!"

Nach der im vergangenen Herbst mit überwältigender Mehrheit entschiedenen Abstimmung für eine erneute Besetzungsaktion des Bauplatzes Seabrook im US-Bundesstaat New Hampshire haben die Aktivisten der Clamshell Alliance vielfältige örtliche Initiativen ergriffen – von Hausbesuchen über Vorbereitungsgruppen bis zu Forschungsteams. Gleichzeitig wenden sie sich weltweit in einem Aufruf an alle AKW-Gegner und fordern zur Solidarität auf. Der folgende Aufruf, der in acht verschiedenen Sprachen abgefaßt ist, ist aktuell und dringend!

„AUFRUF ZUM KERNENERGIE-STOP!
LIEBER HEUTE AKTIV
ALS MORGEN RADIOAKTIV!
Am 24. Juni 1978 werden besorgte Bürger zum vierten Mal zum Bauplatz des Kernkraftwerkes nach Seabrook, New Hampshire ziehen. Diese Aktion erfolgt nach 10 Jahren Widerstand gegen das geplante KKW durch Volksentscheid, Gerichtsverfahren, Öffentlichkeitsarbeit, Demonstrationen. Vor zwei Jahren gründete sich die 'Clamshell Alliance', um den Bau durch gewaltfreie direkte Aktion und Aufklärungsarbeit zu stoppen. Am 30. April letzten Jahres gingen 2.000 KKW-Gegner auf den Bauplatz. 1415 wurden nach 24stündiger Besetzung verhaftet. Es war die bisher größte Aktion der KKW-Nein-Bewegung in den U.S.A. und zugleich ein Katalysator für weitere Aktionen im ganzen Land.

Am 24. Juni also ziehen wir nochmal dahin, um den Bauplatz gewaltlos zu besetzen und die Wiederaufforstung dort im Gang zu setzen. Wir beweisen damit, und mit anderen angemessenen Aktionen unser Engagement für eine Zukunft ohne Atomkraft. Ein klares NEIN zum KKW SEABROOK (und anderswo) werden wir am 24. Juni aussprechen. Wir bitten daher um die Unterstützung der internationalen KKW-NEIN-Bewegung die sich auf verschiedene Weise ausdrücken kann. Schicken Sie bitte Solidaritätserklärungen an:
CLAMSHELL ALLIANCE
62 Congress St.
Portsmouth, New Hampshire
03801 USA "



Grohnde-Prozesse: Unterschrieb Schöffe faschistoiden Hetzaufruf gegen das Grohnde-Lager ?

Der Prozeß gegen Matthias vorm Amtsgericht Hameln ist bis auf wieteres ausgesetzt. Unter den „üblichen" Prozeßbedingungen wie Polizeipatrouille, abgeschlossenes Gerichtsgebäude, Eingangskontrollen mit Metallsonde (Frauen wurden abgetastet ...), Adressenlisten, überall im Gericht Polizei, begann der Prozeß gegen Matthias wegen des konstruierten Vorwurfs des Wiederstands gegen die Staatsgewalt während des Reitereinsatzes in Grohnde.

Der Antrag der Verteidigung auf Einstellung der polizeilichen Maßnahmen wurde abgelehnt. „Gewisse vorbeugende Maßnahmen müssen wir ja treffen, es ist ja schon mal was passiert!" – Das einzige, was in Hameln passiert ist, ist, daß ein Bulle einen der Zuhörer die Treppe herunterstieß.

Gegen den Direktor des Amtsgerichts hat die Verteidigung einen Befangenheitsantrag in der Hinterhand. Gegenüber einer Künstlerin, die einen Wandteppich im Gerichtsgebäude aufhängen wollte, sagte er: *„Der Teppich wird solange nicht aufgehängt, bis die Verbrecher von Grohnde verknackt sind"*.

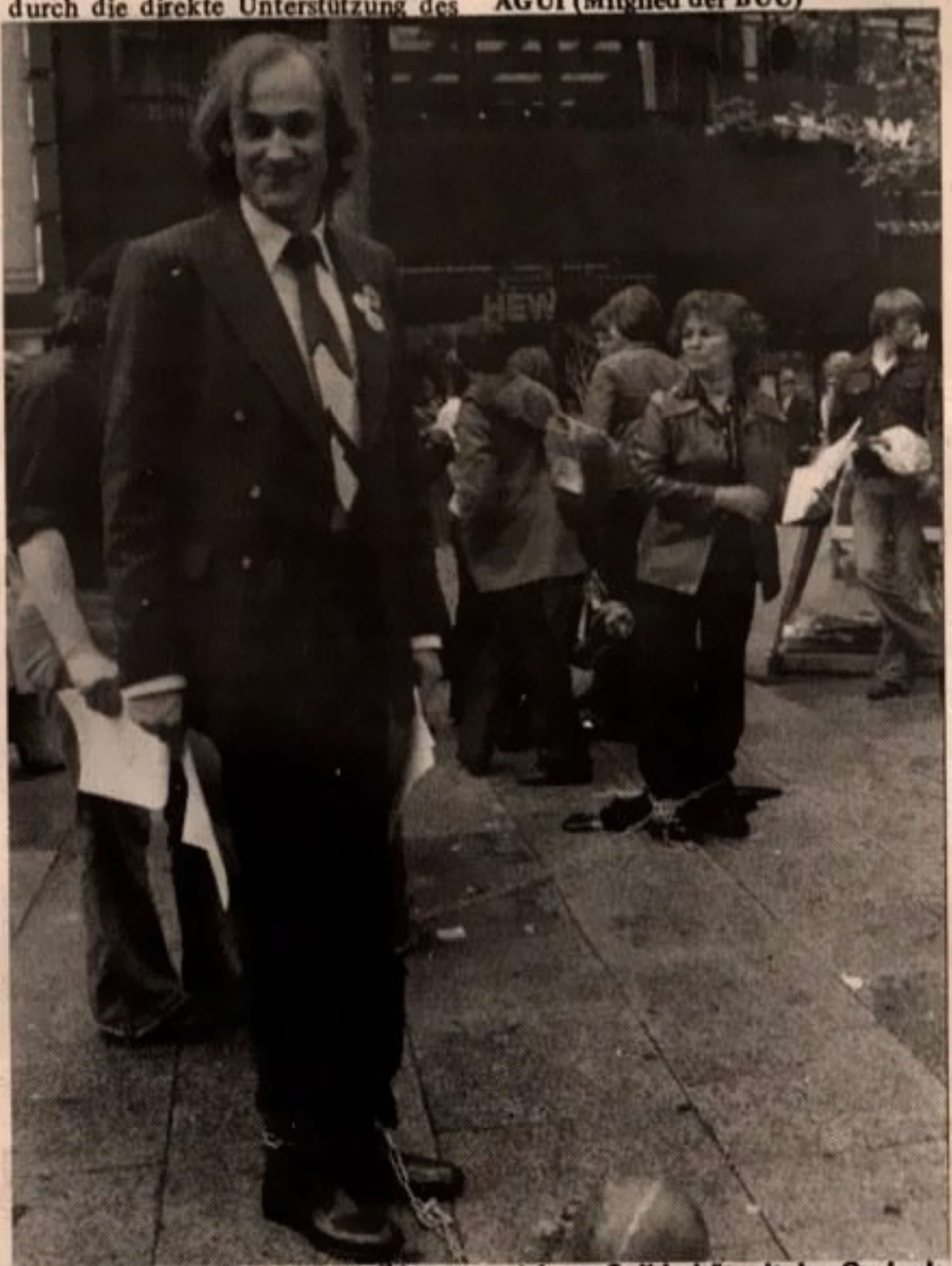
Der Knüller des Prozeßtages war jedoch die Ablehnung des Schöffen Hinz. Dieser ist nämlich Betriebswirt in der Thomas KG in Hameln, die mit Aufträgen im Apparatebau und für Spezialschweißungen auch beim AKW Grohnde mitmischt. Der Betriebsleiter Prothmann (und Chef von Hinz) ist Mitinitiator der Bürgerwehr gegen das Anti- Atom- Dorf Grohnde. Mit Unterschriftenlisten und übers Fernsehen forderte er die Räumung des Anti- Atom-Dorfes: *„Wenn die Polizei das Dorf nicht geräumt hätte, dann hätten wir es selbst gemacht. Schmeißt die Molukker in die Weser!"* Besagter Prothmann ließ in seinem Betrieb mehrfach Unterschriften für die Bürgerwehr und Räumung des Anti-AKW- Dorfes sammeln. Dennoch will Schöffe Hinz erst über die Presse von der Bürgerwehr erfahren haben und wußte zunächst auch nichts von der Existenz der Unterschriftenlisten. Nach genauerer Nachfrage der Verteidigung und durch lautstarken Protest der Zuhörer konnte er jedoch bald nicht mehr ausschließen, diese Listen gesehen zu haben („da war ja so viel los in der Firma") und hielt es dann auch für möglich, mitunterschrieben zu haben, nachdem ein Zeuge der WGA (Wählergemeinschaft „Atomkraft-

konnte er jedoch bald nicht mehr ausschließen, diese Listen gesehen zu haben („da war ja so viel los in der Firma") und hielt es dann auch für möglich, mitunterschrieben zu haben, nachdem ein Zeuge der WGA (Wählergemeinschaft „Atomkraft-

Nein Danke") zu diesem Punkt eine Aussage machen wollte. Hinz fühlte sich nämlich von den anwesenden AKW- Gegenern belästigt, ohne Beispiele dafür angeben zu können. Allein schon die Anwesenheit der AKW- Gegener war für ihn Belästigung genug. Das Gericht konnte nun nicht mehr umhin, ihn wegen Gefangenheit abzulehnen. *„Da lag der Schöffe auf der Strecke"*, wie die örtliche Presse es treffend formulierte („Deitser- Weser- Zeitung", 28.4.78).

Dieser Erfolg wurde insbesondere durch die direkte Unterstützung des Angeklagten von Seiten der anwesenden AKW- Gegener aus Hameln, der ansässigen BI und der WGA möglich. Aus Hamburg kamen nur zwei AKW-Gegner zum Prozeß. Der lautstarke Protest gegen den Schöffen Hinz und daß sich spontan ein Zeuge gegen ihn meldete, verfehlten nicht ihre Wirkung. Dies zeigt wieder einmal die Notwendigkeit einer breiten Unterstützung der angeklagten AKW-Gegner. Kommt zu den Prozessen!

Arbeitsgemeinschaft gegen Unterelbe- Industrialisierung AGUI (Mitglied der BUU)



Kandidaten der "Bunten Liste" ketteten sich aus Solidarität mit den Grohnde Angeklagten in der Hamburger Innenstadt an einen Laternenpfahl und verteilten Flugblätter. (links Holger Strohm, rechts Christel Hellmann)

Kandidaten der "Bunten Liste" ketteten sich aus Solidarität mit den Grohnde Angeklagten in der Hamburger Innenstadt an einen Laternenpfahl und verteilten Flugblätter. (links Holger Strohm, rechts Christel Hellmann)

Presseerklärung

Wahlveranstaltung der GLU Hannover am 25.

Offener Brief an die Landesregierung

Die ca. 400 - 500 Teilnehmer der Versammlung der GLU-Hochschulgruppe Hannover fordern die Einstellung der Prozesse gegen Atomenergiegegner und die Aufhebung der bisher gefällten Urteile. Sie bekunden ihr Mißfallen, daß der Herr Ministerpräsident dieses Landes sein Amt zu einer Vorverurteilung mißbraucht hat, indem er diese als Verbrecher bezeichnete. Die Teilnehmer protestieren gegen die Urteilsbegründung, daß bereits die Teilnahme an der Demonstration in Grohnde für den Tatbestand des Landfriedensbruchs ausreicht. Die Prozesse sollen die politische Aufgabe erfüllen, durch Kriminalisierung einzelner AKW-Gegner die gesamte Bewegung von der Bevölkerung zu isolieren. Die anwesenden GLU-Kandidaten erklären, daß sie im Fall ihrer Wahl in den Landtag dort für die Interessen der Angeklagten und der Anti-AKW-Bewegung eintreten und die Einstellung der Prozesse beantragen werden. Die Teilnehmer bekunden ihren Willen, den Kampf gegen die Atomenergie fortzusetzen, bis das Atomenergieprogramm zu Fall gebracht sein wird.

Bei 3 Gegenstimmen und 13 Enthaltungen angenommen.

Die anwesenden GLU-Kandidaten:
Mombauer, Landesliste Platz 1
Otto, Platz 4
Prof. Hans Oelke, Platz 9
Hermann Bergegengruen, Platz 10
Helmut Lippelt, Direktkandidat Hannover

Groß liefert „Beweise"

Auf die Enthüllungen der Pläne der Niedersächsischen Landesregierung im „Stern" hin kündigte Innenminister Groß (FDP) „groß" – spurig Beweise am 5. an: *„Es gibt Pläne für Terroranschläge und Gewalttaten in Gorleben"* („EJZ", 25.5.78). Mit einem Tag Verzögerung brachte dann die Presse die sogenannten „Beweise".

1. „Das tapfere Schneiderlein", eine Anarchisten- Zeitung vom Dez. 77, hätte eine ‚illegal kämpfende Anti-AKW-Bewegung" gefordert.
2. Im März 78 seien in der Anarcho-Presse Stellungnahmen aufgetaucht, wie, daß das System zerschlagen werden, Guerilla-Truppen aufgestellt werden müßten usw. – all dies sogar ohne Zusammenhang zu Gorleben.

Also irgendwo eine Stellungnahme, die von der Zerschlagung des Kapitalismus redet und schon kann man eine neue BGS- Kaseren rechtfertigen – so Groß

3. Im Göttinger Atom- Express (3/4 78) sei in einem offenen Brief der BI Paderborn vom Widerstand „in massivster Form" die Rede, dazu sei eine Karte von Gorleben mit möglichen Polizeisperren abgebildet gewesen.
4. In „Gorleben informiert", der Zeitung der BI-Lüchow-Dannenberg sei „ab Beginn der Probebohrungen mit von permanenten Aktionen" die Rede.

Nicht nur Widerstand, sondern auch das Reden von „Aktionen" ist gut für einen Großeinsatz der Polizei.

5. In „Gorleben informiert", April 78, sei eine Karte mit Hinweis auf Hamburg und die dort tätige Emigrantengruppe (Unterstützerkreise der BI) gewesen. All dies wertet die Landesregierung als „Beweisstücke", daß im Raum Lüchow-Dannenberg langfristig gewaltsame Aktionen durchgeführt würden. Völlig schamlos hergesuchte Sachen sind das, jede Form des Widerstans – auch der örtlichen Bevölkerung – wird hier mit dem massivsten Aufgebot des Staatsapparates in Sachen Atomanlagen beantwortet. Nur mit einem rieseigen Heer in Waffen kann der Staat offensichtlich noch „Argumente" für die WAA finden, die Millionen Menschenleben bedrohen wird.

AKW-Nein-Kommission

10. Juni in Hannover

Am 10.Juni soll in Hannover eine Demonstration gegen die Prozesse im Zusammenhang mit der Grohnde-Demonstration vom 19.3.77 stattfinden.

schrumpft immer mehr zusammen. Das aber bedeutet natürlich auch, daß der Kampf gegen die Prozesse und Urteile immer mehr an Schwung

10. Juni in Hannover

Am 10.Juni soll in Hannover eine Demonstration gegen die Prozesse im Zusammenhang mit der Grohnde-Demonstration vom 19.3.77 stattfinden. Zu dieser Demonstration wird von einer Reihe Bürgerinitiativen und Teilen der Anti-AKW-Bewegung bundesweit, in erster Linie natürlich in Norddeutschland, mobilisiert werden.

Im Vorfeld dieser neuen Großaktion hat es wieder einmal recht scharfe Auseinandersetzungen gegeben, die im Grunde die ganze weitere Perspektive der Anti-AKW-Bewegung betreffen. Eine Reihe von BI's und viele einzelne AKW-Gegner haben in diesen Diskussionen bemängelt, daß die Bewegung in Gefahr steht, zu einer bloßen Bewegung von Prozeß-Gegnern zu verkommen. Das soll heißen, viele BI's arbeiten — wenn überhaupt — fast nur noch zu den Prozessen, während sich gegen das AKW-Programm und konkret gegen die AKW's nicht mehr viel abspielt. Bei einer solchen einseitigen Orientierung kann sich aber die Anti-AKW-Bewegung nicht mehr ausdehnen, sondern stagniert im besten Fall oder schrumpft immer mehr zusammen. Das aber bedeutet natürlich auch, daß der Kampf gegen die Prozesse und Urteile immer mehr an Schwung verliert. Kritisiert wurde auch, daß gerade die treibenden Kräfte der neuen Aktion am 10. Juni dazu neigen, sich nur noch von einer Großaktion zur nächsten zu hangeln und dabei die Notwendigkeit und die konkreten Möglichkeiten einer b r e i t e r e n Solidaritätsarbeit zu übersehen oder zu unterschätzen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um dieselben Kräfte, die im vorigen Jahr unter der Devise, man müsse das AKW-Programm „p r a k t i s c h verhindern" eine Kette von Niederlagen und unsinnigen Aktionsparolen produzierten.

In den Auseinandersetzungen um die Demonstration am 10.6. tauchte auch die Einschätzung auf, heute seien m e h r Menschen gegen die Prozesse als gegen die AKW's, d e s h a l b sei es richtig, die Prozesse bzw. den Kampf dagegen zum Schwerpunkt der Bewegung zu machen. Diese Einschätzung steht allerdings im Gegensatz zu den realen Verhältnissen, d.h. einer im Grunde allzu schwachen Mobilisierung gegen die Prozesse, die der Breite der Anti-AKW-Großaktionen des vorigen Jahres überhaupt nicht mehr entspricht. Aus dieser Sackgasse herauszukommen — auch angesichts der weitverbreiteten Frustration durch die übermächtig zur Schau gestellte Polizei-Präsenz an den AKW's und Bauplätzen — ist ein Problem, für das bisher niemand ein Patentrezept anzubieten hat.

Wir kritisieren jedoch, gemeinsam mit vielen BI's und AKW-Gegnern, daß eine wirkliche Problematisierung dieses Themas, eine wirkliche Diskussion um die weiteren Schritte, von bestimmten Kräften mit der Parole der „praktischen Solidarität" und der sturen Fixierung auf eine neue Aktion (möglichst bald, aber ganz egal w i e) förmlich totgeschlagen wurde. Ein solches Herangehen mag vielleicht gewisse aktionistische Ansprüche, mal wieder „etwas zu tun", vorübergehend befriedigen. Wirklich g e t a n wird damit aber für die Grohnde-Angeklagten kaum etwas und noch weniger gegen das AKW-Programm.

Hierüber sollte n a c h dem 10.6. die Diskussion erneut aufgenommen werden.

Zeuge als Lügner entlarvt — Angeklagter verurteilt

9 Monate mit Bewährung für Rüdiger Jörß - mit diesem fünften Urteil setzte das Landgericht Hannover einen zunächst überraschenden Schlußpunkt unter die erste Welle der Grohnde-Prozesse. Vier Verurteilungen zu rund einem Jahr ohne Bewährung waren dem vorausgegangen. Die Überraschung beim ersten Hinsehen: Rüdiger hatte sich keineswegs vom 19.3. distanziert (wie es Staatsanwalt Borchers als Bedingung für eine Bewährungsstrafe verlangt hatte), sondern in seinem Schlußwort ausdrücklich betont, daß er am 19.3. nach Grohnde gefahren ist mit dem Ziel, den Bauplatz zu besetzen, und daß er zu diesem Mittel nach wie vor steht. In dieser Hinsicht gab es keinen Unterschied zu den anderen Angeklagten, denen das Gericht jedoch „erhebliche kriminelle Energie" o.ä. bescheinigt hatte.

Ganz anders bei Rüdiger: Was er an Distanzierung nicht leistete, das holte das Gericht für ihn nach. Es erklärte *„Das Auftreten von Herrn Jörß in Grohnde ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Seine Überzeugung darf und soll nicht gescholten werden, denn das Problem der Kernenergie ist nicht gelöst - es ist auch nicht einer Lösung nahe. Seine Überzeugung muß ihm bei der Strafzumessung zugutegehalten werden"* (mündliche Urteilsbegründung). Diese Überzeugung, so das Gericht weiter, wolle Rüdiger prinzipiell mit friedlichen und intellektuellen Mitteln verbreitern - der (angebliche) Zwillenschuß in Grohnde sei *„eine einmalige Ausgleitung"* gewesen, Rüdiger sei *„nicht der wilde Störer schlechthin"*. *„Das Gericht geht davon aus, daß Herr Jörß sicher wieder gegen Kernkraftwerke demonstrieren wird - es spricht aber nichts dafür, daß er sich dabei erneut zur Gewalt hinreißen lassen wird"*. Darum könne die Strafe zur Bewährung ausgesetzt werden, da das Gericht erwartet, daß Rüdiger *„sich schon das Urteil zur Warnung dienen läßt."*

Soweit der überraschende Teil dieses Urteils, an dem besonders auffällt, wie krass er vom Plädoyer des Staatsanwaltes abweicht, der Rüdiger als den Schlimmsten von allen aufzubauen versuchte, der *„auch das Faustrecht gegen Deichanlagen, Bohrinseln, Groß-Tanker und Jumbo-Jets propagiert"*, und der *„den Abbau der Freiheit zu Lasten aller bewußt in sein Kalkül miteinbezieht"* (Plädoyer).

Ein rechtsstaatliches Urteil also, ein Vorzeigeurteil, das alle Themen widerlegt, mit den Grohnde-Prozessen solle die Anti-AKW-Bewegung zerschlagen und eingeschüchtert und das Demonstrationsrecht faktisch abgebaut werden? In diesen Formulierungen gewiß. Aber nicht mehr dann, wenn man sich die Begründung für das Strafmaß von neun Monaten anschaut:

Da war nämlich in der Beweisaufnahme der Hauptbelastungszeuge Burschepers, der von Rüdiger mit einer Zwille beschossen worden sein wollte, mit seiner Aussage völlig zusammengebrochen. Er mußte sich Falschaussagen nachweisen lassen, mußte zugeben, daß Rüdigers Verletzungen (Nasenbeinbruch, Gehirnerschütterung etc.) von seinen Knüppelschlägen herrühren können, und mußte sich schließlich auch noch vorwerfen lassen, einen anderen Demonstranten lange nach der Verhaftung auf brutalste Weise mißhandelt zu haben. In dieser Sache ist gegen ihn ein Ermittlungsverfahren eröffnet worden.

Das Gericht mochte der verwegenen Konstruktion des Staatsanwaltes, der gerade die Unglaubwürdigkeit dieses Zeugen als Beweis für seine Glaubwürdigkeit werten wollte (siehe letzter AK) nicht folgen und erklärte, es habe die Aussagen dieses Zeugen insgesamt nicht verwertet - auch die Teile nicht, die ihm glaubhaft erschienen. Sein Urteil stütze es allein auf die Aussage des zweiten Polizeizeugen, der zwar von Burschepers Verletzung nichts bemerkt hat (deshalb nur versuchte und nicht vollendete Körperverletzung), und der zugestandenermaßen bei beiden polizeilichen Vernehmungen von Burschepers dabei war und sich auch während des Prozeßverlaufs häufiger mit Burschepers über dessen Aussage unterhalten hatte - egal: dieser Zeuge ist *„im vollen Umfang glaubwürdig"*. Eine Verabredung der Aussage und das Unterschieben der Zwille erscheint *„nach der Lebenserfahrung ausgeschlossen"*.

Wenn Rüdiger trotzdem zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, so verdient auch das die Bezeichnung „Terrorurteil" - und das kann auch nicht durch die „liberale" und „verständnisvolle" Argumentation des Gerichts bezüglich der Bewährung verschleiert werden. Kommentar des Norddeutschen Rundfunks zu diesem Urteil:

„Also unschuldig und doch verurteilt!" (Umschau am Abend 19.5.).

Genossen aus Hannover

Immer dieser Ärger mit dem Ölzeug!

Aus dem Prozeß gegen Linda hat die Polizei versucht zu lernen. Dort war ihr das peinliche Versehen unterlaufen, daß Linda auf dem Verhaftungsfoto eine andersfarbige Jacke trug, als der Polizist, der sie festgenommen hatte, zu Protokoll gegeben hatte.

Im Prozeß gegen Klaus-Werner Hahn, der am 18.5. als sechster Grohnde-Prozeß in Anwesenheit des Präsidenten des Oberlandesgerichts Celle eröffnet wurde (nachdem das Ermittlungsverfahren bereits einmal eingestellt war und erst auf Geheiß des Oberstaatsanwalts wieder eröffnet wurde), stimmt alles überein: **Ein Demonstrant mit gelber Öljacke, gelber Ölhose und rotem Helm habe die Polizei mit Steinen beworfen, erklärten die beiden Polizeizeugen. Sie hätten diesen Demonstranten festgenommen, nämlich Klaus, der genau diese Kombination auch auf seinem Verhaftungsfoto trug.**

Die Zeugen beschrieben diese Kleidung nicht nur, sondern erklärten, gerade wegen dieser Kombination seien sie sich so sicher, daß Klaus der angebliche Steinewerfer gewesen sei – kein anderer Demonstrant in der Umgebung habe nämlich eine solche Kombination getragen.

Als am 25.5., dem 3. Verhandlungstag, der Polizeifilm vom 19.3. gezeigt wurde, wurde es allerdings peinlich für die Zeugen: Auf diesem Film ist nämlich eine Verhaftung zu sehen, der Verhaftete ist unschwer als Klaus zu identifizieren, einer der beiden Polizeizeugen erkannte sich auch selbst im Bild wieder – nur der Verhaftete trägt eindeutig eine dunkle Jacke!

Es wird interessant werden, wie das Gericht (das übrigens ein höllisches Verhandlungstempo vorlegt – bereits am zweiten Tag wurde mit der Zeugenvernehmung begonnen) mit diesem Widerspruch fertig wird.

Als siebter Prozeß wird am 1.6. das Verfahren gegen Christian Matschkus eröffnet.

Genossen aus Hannover

WAA-Vorbereitungen: »Bürgerdialog«, Erpressung, Bespitzelung, Polizeiaufrüstung

Inzwischen wird immer deutlicher, mit welch umfassenden Maßnahmen Bundesregierung und niedersächsische Landesregierung in Abstimmung mit der DWK die Vorbereitungen für den Bau der WAA treffen. Wird auf der einen Seite der „Bürgerdialog" auf allen Ebenen als scheindemokratisches Schauspiel weitergeführt, so schafft die DWK andererseits Fakten durch Landkäufe mithilfe von Erpressungen und die Lüneburger Heide wird zum Aufmarschgebiet von Polizeieinheiten, BGS und Staatsschutz.

Doch ist an der Umarmungstaktik Albrechts der demokratische Lack mittlerweile reichlich abgeplatzt und die Drohung mit nackter Polizeigewalt wird immer deutlicher.

DWK: Landkäufe durch Erpressung

Wir wir schon im AK 129 berichtet haben, stellte die DWK ein Ultimatum mit überhöhtem Preis und drohte allen, die nicht bis zum 2. Mai verkaufen wollten mit baldi-



Das Lüchower Amtsgericht wird nicht mehr zum Heimatmuseum ausgebaut, sondern zur „Einsatzzentrale der Polizei" (lt. EJZ, 16.4.78).

ger Enteignung. In ihrem Anschreiben an die Grundeigentümer schrieb die DWK, daß das Kaufangebot „in Absprache mit der Bundesregierung" erfolge.

Das heißt also, daß die DWK von der Bundesregierung die feste Zusage erhalten hat, daß die WAA auf jeden Fall in Gorleben gebaut wird. Denn sonst würde sie wohl kaum allein für die Grundstückskäufe 50 Mill. DM ausgegeben haben.

So forderte auch der Bürgermeister von Trebel, F. Kraack, auf einer Veranstalter in Lüchow die sofortige Annullierung der Verträge. *„Sie (die DWK, Anm. Red.) hat mit Formulierungen wie ‚im Einvernehmen mit der Bundesregierung' den Eindruck erweckt, daß wir sofort enteignet würden, wenn wir nicht bis zum 2. Mai verkaufen ... Die Verträge sind unter falschen Voraussetzungen zustandegekommen, sie müssen annulliert werden"* (Vorwärts, 18.5.78). Als dies auf tosenden Beifall der 300 Anwesenden stieß, konnte Forschungsminister Hauff nur noch mit Plattheiten versuchen, die Stimmung zu dämpfen: *„Wenn jemand in unserem Rechtsstaat glaubt, daß Gesetze verletzt werden, dann steht ihm der Klageweg offen"!?* Darauf ein BI-Mitglied treffend: *„Formalscheiß"*. Daß das Vorgehen der DWK natürlich auch mit seinem Ministerium abgesprochen war, mochte Hauff offenbar nicht zugestehen. Doch scheint die Kauf- bzw. Erpressungsaktion der DWK ein gezieltes Manöver von DWK und Bundesregierung gewesen zu sein, unter besonderer Beteiligung von Maihofer und Hauff, um die niedersächsische Landesregierung zu einem forcierten Vorgehen bei den Probebohrungen zu bewegen, die ihrerseits die Katze lieber erst nach der Landtagswahl aus dem Sack lassen will. Denn als Begründung für ihre Aktion verkündete DWK-Chef Salander auf der gleichen Veranstaltung, daß die DWK nun als Grundeigentümerin Probebohrungen niederbringen und zu deren Schutz von der Landesregierung Polizei anfordern könne (Vorwärts, 18.5.78). Und Innenminister Maihofer gab nach der Erpressungsaktion seiner Zufriedenheit in einem Brief Ausdruck: *„Damit dürfte für alle Betroffenen eine befriedigende Lösung geschaffen worden sein"* (EJZ, 17.5.-78). Zudem gehört die FDP und auch die SPD-Niedersachsen schon seit Jahr und Tag zu den Scharfmachern, die so schnell wie möglich Probebohrungen verlangen.

Daher ist es inzwischen so, daß bis auf 2 Kirchengemeinden und dem Grafen, der von der DWK eine Frist bis zum 15.6. bekommen hat, alle Grundeigentümer verkauft haben.

Unerwartete Schützenhilfe bekam die DWK hierbei aber auch von Rechtsanwalt de Witt aus Freiburg, der zu den Landverkäufen die „trickreiche" Taktik vorschlug, erst einmal zu verkaufen, um mit dem Geld ein Prozeßfond zu gründen, durch den dann gegen die WAA geklagt werden könne. Dieser Vorschlag, auf einer Sitzung des Grundeigentümerverbandes erhoben, gab den schwankenden Grundbesitzern den letzten Anstoß zu den dann dammbruchartig erfolgten Verkäufen.

Daraufhin wurden in panischer Hektik noch bis tief in die Nacht des 2. Mai hinein in den Anwaltsbüros der DWK Verträge abgeschlossen. Teilweise kam es zu Szenen, wo die Bauern weinend in die Büros gegangen sind oder einzelne Bauern ihre weinenden Frauen in die Anwaltsbüros schleppten, damit sie die Verträge unterschrieben (ID, 20.5.78).

Das Vorgehen von de Witt ist umso mehr zu verurteilen, da es in keiner Weise mit der BI-Lüchow-Dannenberg abgesprochen war, bzw. diese noch nicht einmal vorher informiert worden war . Schon bei den Prozessen gegen das AKW Wyhl fiel de Witt dadurch auf, daß er die beteiligten AKW-Gegner aus den badisch-elsässischen BI's oft überging. Auch mit dem neugegründeten „Öko-Institut" in Freiburg, deren wesentlicher Anwalt er ist, mußten andere BI's ähnliche Erfahrungen machen.

Landesregierung verwandelt Landkreis in Polizeifestung

Am Anfang heimlich still und leise doch mittlerweile nicht mehr geheimzuhalten, vollzieht die niedersächsische Landesregierung eine massive Aufrüstung des Landkreises.

- Schon seit langem ist bekannt, daß im Raum Lüchow-Dannenberg eine BGS-Einheit stationiert werden soll.
- Seit einiger Zeit fährt ein Herr Lehmann, Polizeirat aus Hannover und Leiter der „Sonderkommission Taktik" (die sich vorwiegend mit den polizeilichen Aufgaben beim Bau der WAA in und um Gorleben befaßt), durch Niedersachsen und richtet die Polizei-Einheiten aus:

In Gorleben werden jeweils 4 „Einsatzhundertschaften" stationiert sein, von denen eine Dienst und die anderen drei Pause machen. Alle Polizisten sind vier Wochen lang im Lager (?!?) in Gorleben, 12 Wochen im Heimatort, auf den Revieren usw. . Offenbar soll also in Gorleben doch eine Polizeikaserne oder zumindest ein „Lager" gebaut werden, in der die Einheiten aber nur 4 Wochen bleiben, damit sie nicht durch zu engen Kontakt mit der Bevölkerung eventuell die Einsätze verweigern.

- Die Tiefbohrungen, die jeweils durch einen 100x100 m langen Zaun gesichert werden, sollen dieses Jahr beginnen. Außerdem sind dort ständig je ein Zug Bundesgrenzschutz stationiert (30 Mann).
- Es sind 22 Einzelpläne gegen Protestaktionen ausgearbeitet worden: ausgegangen wird dabei von einer friedlichen Großdemo, über Bohrlochbesetzungen bis zu Sprengstoffanschlägen auf Anlagenteile.
- Eine Sperrung der Brücken über die Jeetzel, die den Landkreis von Süden nach Norden durchfließt, soll nur im „Notfall" angewandt werden. Ein Vergleich mit der „Zonengrenze" sei zu naheliegend!
- Schwierig für den Polizeieinsatz seien die Bürger, die mehr Angst vor den Bauarbeitern als vor den Demonstranten hätten (?!?), und die vielen Umweltschützer aus Hamburg und Berlin, sich dort in Wochenendhäusern eingenistet hätten (Alle Angaben aus einem Papier von Oldenburger AKW-Gegnern).

Darüberhinaus wird das ehemalige Lüchower Amtsgericht mittlerweile nicht mehr zum Heimatmuseum ausgebaut, sondern zur „Einsatzzentrale der Polizei" (EJZ, 16.4.78). Im wesentlichen werden Telefon, Telex und Funkanlagen installiert, wahrscheinlich mit direkter Verbindung zum BKA und Krisenstab in Bonn und nach Lüneburg.

Dort ist nämlich schon Anfang dieses Jahres eine „Arbeitsgruppe Gorleben" gebildet worden, die auf Anweisung der niedersächsischen Landesregierung in nicht zugänglichen Räumen der Bezirksregierung Quartier bezogen hat. Durch ein Versehen der Pressereferentin wurden vor kurzem Journalisten des „Stader Tageblattes" durch diese Räume geführt. Allein, daß diese daraufhin sofort entlassen wurde, zeigt, daß die Landesregierung dort einiges zu verbergen hat („Stern", 24.5.78), nämlich:

- **„Einen Terminkalender mit Angaben von ‚Antragstellung DWK' für das Gorleben-Projekt über die Daten der Grohnde-Prozesse bis zu Versammlungsterminen von BI's und GLU;**
- **Ein Organisationsschaubild der GLU-Niedersachsen mit Namen, Anschriften und Telefonnummern der Funktionäre;**
- **Luftaufnahmen des Raumes Gorleben mit den Freiflächen für mögliche Demonstrationen und mit farbigen Pfeilen eingetragenen Aufmarschwegen der Polizei;**
- **Meßtischblätter aus dem Raum Gorleben mit Dutzenden farbiger Fähnchen, die laut Legende „anonyme Unterkünfte" mit wechselnden Bewohnern und politischen Wohngemeinschaften bezeichnen sollen"** (Stern, 24.5.78). Von offizieller Seite wird natürlich die Existenz dieses Raumes abgestritten, doch wurde gleichzeitig dem Stern eine Besichtigung verweigert.



Geheime Einsatzzentrale der Polizei in Lüneburg

Geheime Einsatzzentrale der Polizei in Lüneburg

Ebenso Anfang dieses Jahres verabschiedete Innenminister Rötger Groß einen Erlaß zur Vorbereitung von Großeinsätzen im Raum Gorleben: *„Der Vorbereitungsstab bei der Landesbereitschaftspolizei Niesachsen erstellt auf Weisung der Bezirksregierung Lüneburg für Dauer- und Groß-Einsätze im Raum Gorleben eine umfassende Führungs- und Einsatzkonzeption für die verschiedenen denkbaren Lagebilder und erarbeitet die dazugehörige Kräfteplanung sowie Versorgungs- und Unterbringungspläne für Führungsstäbe und Einsatzeinheiten unter Berücksichtigung von Verstärkungskräften des Bundes und anderer Länder"* (stern, 24.5.78). Leiter dieses Vorbereitungsstabes soll der in Grohnde als besonders brutaler Schläger und in den Grohnde-Prozessen als besonders geschickter Lügner hervorgetretene Joachim Juretzky werden (stern, 24.5.78). Die „Arbeitsgruppe Gorleben" soll selbstverständlich eng mit diesem „Vorbereitungsstab" zusammenarbeiten.

In diese Vorbereitungen, die schon wie ein regelrechter militärischer Aufmarsch anmuten, passen sich natürlich die Bespitzelungen durch die „WAKO-Nord" nahtlos ein. Jetzt wird auch letztlich klar, wieso Innenminister Rötger Groß ebenfalls seit Anfang dieses Jahres von der „Entscheidungsschlacht um Gorleben" spricht. Offensichtlich hatte er dabei vor allem seine eigenen Bürgerkriegsvorbereitungen im Auge. Doch wird der Widerstand gegen diese massiven Aufrüstungen und die mittlerweile nicht mehr zu übersehenden Zeichen des Atomstaates ebenfalls immer breiter. Nachdem die BI-Lüchow-Dannenberg und einzelne AKW-Gegner in der „Elbe-Jeetzel-Zeitung" schon einige kleinere Anzeigen und Leserbriefe (s.a. AK 129) gesetzt hatten, in denen die Bespitzelung durch die DWK scharf verurteilt wird, haben jetzt ca. 250 Erst- und Zweitwohnsitzler eine ganzseitige Anzeige in die EJZ gesetzt, in der sich gegen die Diffamierung der Zweitwohnsitzler als „Terroristen und Verfassungfeinde" gewandt wird. Zudem wird Innenminister Groß aufgefordert, seine Diffamierungen zurückzunehmen (EJZ, 20.5.78).

Auf einer Sondersitzung des BBU-Vorstandes in Gorleben wurde folgende Erklärung abgegeben: *„Die Bespitzelung der Bevölkerung durch private Wachkommnados, erpresserische Methoden der DWK beim Aufkauf von Flächen mit vielfach überhöhtem Kaufpreisangebot und der Drohung der Enteignung sowie die unbegründete Diffamierung von Bürgern mit 2. Wohnsitz als Linksextremisten, die die Schlacht von Gorleben vorbereiten, lassen einen allmählichen und systematischen Abbau demokratischer Rechte befürchten."* (EJZ, 19.5.78) Und M. Sötebier vom Pressereferat des ABL (Zusammenschluß der BI's aus Lüchow-Dannenberg und der Lüneburger Heide) stellte fest: *„Die unrechtmäßige Bespitzelung von alteingesessenen Landwirten hat bei den Betroffenen Verbitterung und Wut hervorgerufen und deren Glauben an die rechtsstaatliche Ordnung stark strapaziert... Die ABL wird deshalb gewaltlosen Widerstand gegen das bisher größte technische Risiko des zwanzigsten Jahrhunderts leisten und fordert gleichzeitig alle verantwortungsvollen Bürger auf, das gleiche zu tun,..."* (Lüneburger Landeszeitung, 18.5.78).

Auch der FDP-Bezirk Lüneburg verurteilte in einer Presseerklärung die Bespitzelungen und Erpressungen der DWK. Gleichzeitig fordern sie aber ausgerechnet Rötger Groß als „Parteifreund" auf, diesen Dingen nachzugehen - den hauptverantwortlichen Drahtzieher in dieser generalstabsähnlichen Vorbereitung des Baus der WAA.

AKW-Nein-Kommission

Betriebsgenehmigung für AKW Esenshamm erteilt !

Die Nachricht schlug wie eine Bombe ein: ungeachtet des längst nicht abgeschlossenen Prozesses, den Anwohner aus der Wesermarsch gegen das Genehmigungsverfahren des AKWs angestrengt haben (wir berichteten mehrfach darüber), soll das Atom-Unfall-Werk in Betrieb gehen

Am 2.5. ließ der niedersächsische Sozialminister erklären, daß er am Freitag, dem 28.4., die Ankündigung der Inbetriebnahme des Reaktors mit der Post an die Prozeßbeteiligten abgesandt habe. Mit der sofortigen Vollziehung der Inbetriebnahme sei ab 12.5. zu rechnen (diese 14tägige Frist, mit der das Anfahren des Reaktors öffentlich gemacht werden muß, ist eine Auflage des Verwaltungsgerichts Oldenburg).

Zum Prozeß:

Die ersten Verhandlungen Ende letzten Jahres hatten bereits ergeben, daß eine schwere Verseuchung des Butjadinger Landes mit seinem Bewässerungssystem nicht zu umgehen und das AKW selbst nach heutigem Standard der AKW-Betreiber museumsreif ist. Diesmal ging es um die radioaktive Verschmutzung der Luft durch das AKW sowie die Sicherheit der Anlage gegen Explosionen, Sabotage, Erdbeben etc. Wieder unterschieden sich die Ergebnisse der Berechnungen von Klägern und Atomindustrie um z.T. mehrere Potenzen!

Der Gau ist eingebaut!

Gastanker, Explosionen, Flugzeugabstürze etc. sind für das AKW derart „erschütternde" Tatsachen, daß mit schweren Zwischenfällen, ja mit dem schlimmsten gerechnet werden muß! Auch gegen jemanden, der das AKW zerstören will, ist letztendlich kein Kraut gewachsen, obwohl der Sachverständige für den Objektschutz, Müller, sich nicht in der Lage sah, auf Einzelheiten einzugehen. Er betonte, sich im großen und ganzen an die Empfehlungen der internationalen Atomenergiebehörden gehalten zu haben, jedoch in der Errichtung „mechanischer Barrieren" weit darüber hinausgegangen zu sein.

„Vorneverteidigung" gegen Bürgerinitiativen:

Es wurde deutlich, daß alle Vorkehrungen getroffen sind, um gegen Demonstranten vorgehen zu können. Nach dem Motto „Erkennen, Verzögern, Abwehren" wird in der ganzen Wesermarsch ein Beobachtungsnetz und Überwachungssystem aufgebaut. – Die „mechanischen Barrieren" (zwei Stahlzäune, Wassergraben, Nato-Draht etc.) sollen im Verbund mit Hundertschaften und Wasserwerfern dann den Rest besorgen!

Aber auch die im AKW Beschäftigten unterliegen totaler Überwachung: Vorleben, Privatleben, auch das aller Verwandten bis einschließlich der Eltern und Großeltern wird geheimdienstlich überwacht und ausgeleuchtet – der Atomstaat marschiert!.

Bullenüberfall auf AKW-Gegner!

Was uns noch alles bevorsteht, bekamen AKW-Gegner zu spüren, als am Freitag, dem 12. Mai, ein erster Aktionstag gegen die Inbetriebnahme in und um Esenshamm stattfand. Nach Agitationseinsätzen in der Wesermarsch und einer kurzen Protestkundgebung am ersten Tag der möglichen Inbetriebnahme in Rodenkirchen bei Esenshamm, setzte sich ein demonstrativer Autokonvoi der über 400 AKW-Gegner Richtung Nordenhamm zu einer Veranstaltung in Bewegung. Zwei der aufgefahrenen vier Hundertschaften mit je drei Wasserwerfern waren bereits abgerückt, in Nordenhamm schlug dann die „Vorneverteidigung" noch einmal zu. MEKler und Zivile mit Schlagring (!) versuchten sich einzelne herauszugreifen; als das nicht gelang, wurde von ca. 30 Bullen mit Schlagstöcken, Chemischer Keule, die den ungeschützten Demonstranten aus 25 cm in das Gesicht gespritzt wurde und mit Hunden eine wüste Schlägerei angezettelt, mehrere AKW-Gegner mußten ambulant behandelt werden!

Ab sofort werden Treffen der norddeutschen Bürgerinitiativen organisiert, um das weitere Vorgehen zu besprechen.

Die Kläger gegen das AKW – unterstützt durch die Bürgeraktion Küste – versuchen durch ein Eilverfahren die Inbetriebnahme zu stoppen, das Gericht hat zugesagt, bis Ende Mai darüber zu entscheiden!

Auch wenn die Inbetriebnahme sofort vollzogen wird, kann der Reaktor bis dahin nicht „kritisch" werden, da die gesamten Vorbereitungen mehrere Wochen dauern. Die „Konservierungsmittel", die ein „Vergammeln" des Reaktors während der bisherigen langen Ruhezeit verhindern sollen, müssen erst abgelassen und abmontiert werden.

Eins ist klar: geht das Ding in Betrieb, gibts Rabatz. Machen wir Esenshamm zum Wahlkampfthema – sofortiger Abriß des AKW Esenshamm!!

KB/Gruppe Bremen

Maulkorb in der Atomindustrie

In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, in denen kritische Stimmen zur Atomenergie aus Betrieben der Atomindustrie entlassen werden.

Bei Siemens hatten zwei Auszubildende im Betrieb die Plakette »AKW - Nein Danke« getragen. Ende März wurde ihnen von einem Ausbilder gesagt, daß laut Vorstandsbeschluß das Plakettentragen im »Hause Siemens« verboten sei. Einen Tag später teilte ihnen der Ausbildungsleiter mit, daß das Plakettentragen verboten sei, weil laut Bundesverfassungsgericht jegliche politische Betätigung im Betrieb verboten sei. »Wenn Ihr noch einmal die Plakette tragt, schmeiß ich euch raus.« Da die beiden AKW-Gegner die Rechtslage nicht kannten und in die zweite Ausbildungsstufe wollten, nahmen sie die Plaketten ab. Die Übernahme in die 2. Ausbildungsstufe erfolgte aber durch Siemens nicht (nach »Große Freiheit« Nr. 12).

Bei den Hamburger Elektrizitäts-Werken sind zwei Anti-Atomenergie-Kleber auf dem Motorrad der Anstoß gewesen. Diese »Übel«, vom Werkschutz entdeckt und direkt dem Personalbüro gemeldet und von dort an höhere Stellen gelangt, hatte zur Folge, daß ein AKW-Gegner, der von einer Arbeitsvermittlung kam und bei der HEW eine Woche Urlaubsvertretung machen sollte, sein Gastspiel am Abend beenden mußte. (nach »Große Freiheit« Nr. 10)

Bei der RWE ist nach der Dortmunder AKW-Betreiber-Demonstration ein Kritiker der Atomkraft entlassen worden (siehe auch AK Nr. 126).

Daß hier systematisch der Rausschmiß aus Betrieben von kritischen Stimmen zur Atomenergie betrieben wird, ist aus den nachfolgenden Äußerungen von «Atomexperten» zu entnehmen.

Im Kernforschungszentrum in Karlsruhe besteht praktisch ein Maulkorberlaß. „*Es heißt, Mitarbeiter dieser Institution müßten Aufsätze und Vorträge vor der Veröffentlichung zur Freigabe der Geschäftsleitung vorlegen. Darauf achte man besonders, seitdem es entwicklungstechnische Verbindungen zwischen der deutschen und französischen Kernkraftindustrie und dem Karlsruher Zentrum gebe*". Herr Dr. Rudolf Harde, seines Zeichens Vorstandsvorsitzender des Zentrums, verlangte von den Mitarbeitern die kontroversen Sachvorschläge und betrieblichen Probleme intern zu diskutieren: „*Wer ohne den ernsthaften Versuch einer internen Klärung solche internen Sach- oder Betriebsprobleme nach außen trägt, schadet dem Unternehmen und kann damit auch gegen die allgemeinen Pflichten aus seinem Arbeitsvertrag (zum Beispiel Loyalitätspflicht) verstoßen*". Mit dieser Regelung sind die Mitarbeiter im Kernforschungszentrum bei unliebsamen Äußerungen von der Kündigung bedroht.

Herr Breyer von Interatom legte nach der Frage von möglichen Repressionen auch schon eine schärfere Gangart ein; er meinte: „*Jemand, der die friedliche Nutzung der Kernenergie grundsätzlich ablehnt, sollte nicht in der Nuklearindustrie arbeiten .... Wenn ein Mitarbeiter in der Nuklearindustrie öffentlich den Bau und Betrieb von Kernkraftwerken verurteilt, verletzt er diese Loyalitätspflicht und muß deshalb mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen. ...*".

Hahn-Meitner-Institut Westberlin

Am Hahn-Meinter-Institut für Kernforschung (HMI) in Berlin-Wannsee gibt es etwa seit Herbst 76 einen Arbeitskreis von Physikern und Chemikern, der sich kritisch mit der Atomenergie auseinandersetzt.

Im Februar 77 war von diesem Arbeitskreis ein offener Brief gegen das Deutsch-Brasilianische Atomabkommen an Bundespräsident Scheel gesandt worden, der von 98 Beschäftigten unterschrieben war. Eine solche Aktivität aus einem Kernforschungszentrum war natürlich bei der Geschäftsführung und in Bonn nicht gern gesehen. Es gab damals einige unfreundliche Worte aber noch keine Drohungen. Im Februar 78 war nun von 142 Beschäftigten in einem offenen Brief an Bundeskanzler Schmidt ein Verbot der Neutronenbombe gefordert worden.

Mittlerweile stoßen die Aktivitäten des Arbeitskreises doch auf immer stärkeres Mißfallen bei der Geschäftsführung. Vorläufiger Höhepunkt sind Stellungnahmen des wissenschaftlichen Geschäftsführers Levi im „HMI-intern" vom Februar 78 und des kaufmännischen Geschäftsführers Ellerkmann im „HMI-intern" vom März 78.

Levi fordert die Angehörigen des HMI auf, bei Meinungsäußerungen klar zu machen, daß es sich um private Meinungen handelt und nicht um die Institutsmeinung. Weiter schreibt er: „*Darüber hinaus ist es eine Frage der Loyalität gegenüber der Institution, der man angehört, daß man kontroverse Fragen, die diese Institution berühren, zunächst intern zu klären versucht, bevor man mit seiner persönlichen Meinung an die Öffentlichkeit geht.*" Diese Forderung ist natürlich ganz schön frech, angesichts der Tatsache, daß Levi auch niemanden im Institut zu Rate zieht, wenn er seine pro-AKW Äußerungen von sich gibt, oder von der GF Propagandamaterial der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) im Institut verteilt wird. Zum Schluß versichert er dann noch einmal, daß niemand im „liberal geführten HMI" Repressalien wegen kritischer Stellungnahmen zu befürchten hat.

Drohender ist nun der Artikel von Ellerkmann: „*Zum Schluß noch ein offenes Wort zu dem offenen Brief zur Neutronenbombe. Wie jeder Bürger der Bundesrepublik hat auch ein Mitarbeiter des HMI das Recht, sich als Staatsbürger frei zu äußern. Das Recht gilt jedoch nicht uneingeschränkt, denn schwerlich ist es vorstellbar, daß sich z. B. Bedienstete eines Ministeriums in offenen Briefen gegen die fachliche Politik des Ministers wenden, so wenig wie sich die Mitarbeiter einer Firma öffentlich gegen die Produkte ihrer Firma wenden dürfen. Wenn sich die Unterzeichner des Briefes in Parteien, Bürgerinitiativen oder in anderer Weise außerhalb des Instituts engagiert hätten, wäre nichts dagegen einzuwenden. Sie haben es jedoch darauf angelegt oder in Kauf genommen, das Institut in die Diskussion über eine militärische Waffe hineinzuziehen, was in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen läßt, als hätten unsere Wissenschaftler besondere Kenntnisse und Erfahrungen auf diesem Gebiet und würden sie womöglich anläßlich ihrer Tätigkeit im Institut oder in anderen Forschungseinrichtungen, mit denen wir enge Beziehungen unterhalten, erworben haben. Sie ziehen damit den Namen des Hahn-Meitner-Instituts in die Diskussion eines Themas, das nicht zu seinen Aufgaben gehört. Wenn das Hahn-Meitner-Institut sich nach Ansicht der Unterzeichner an den Auseinandersetzungen über die Neutronenbombe beteiligen sollte, so gibt es über die vielen Mitarbeitergremien des HMI Gelegenheit, diese Frage zu erörtern. Ich bin nicht der Meinung, daß dies angebracht wäre. Aus dem wohlverstandenen Interesse des Instituts kann es nicht einzelnen Mitarbeitern erlaubt sein, sein staatsbürgerliches Engagement mit Hilfe des Namens seines Instituts in die Öffentlichkeit zu bringen. Darüber hinaus sollte jeder Mitarbeiter, dem innerhalb des HMI eine nicht arbeitsbezogene Unterschriftenliste vorgelegt wird, sehr sorgfältig prüfen, in welchem Zusammenhang aktuelle Themen stehen und welcher Gebrauch oder Mißbrauch außer der erklärten Absicht mit einer solchen Veröffentlichung getrieben werden kann.*"

Mißbrauch ist alles, was dem Ansehen der Atomindustrie schaden könnte; Levi vom HMI machte das so deutlich:

„*Wir arbeiten eng mit der Industrie zusammen, betreiben nicht nur reine Grundlagenforschung. Wenn sich ein Institut dieser Art generell ablehenend äußert, ist das für die Industrie nicht zumutbar*" (alle Zitate aus: „Wenn Atomexperten offen reden", „Die Zeit", 24.3.78).

Die Konsequenz ist, daß Experten, die in Atomanlagen arbeiten, sich nicht an die Öffentlichkeit wenden können. Von dem AKW Stade ist bekannt, daß sich dort Risse im Druckbehälter befinden sollen. Diese Gefahr wird von den AKW-Betreibern verneint, aus dem Betrieb selber kann sich niemand dazu äußern, ohne daß sein Arbeitsplatz in Gefahr ist.

Wenn dies Beispiel Schule macht, bedeutet es, daß jeder in den Betrieben dazu gezwungen ist, für die „Unternehmerziele" aktiv einzutreten und sich mit ihnen zu identifizieren und somit auch für lebensgefährdende AKW's.

AKW-Nein-Kommission

Schwefeldioxid ungefährlich?

Persilschein für weitere Umweltverpestungen!

Nach einer jetzt veröffentlichten Studie von amerikanischen Wissenschaftlern ist Schwefeldioxid, was vor allem von Kohlkraftwerken in die Luft geblasen wird, angeblich längst nicht so gefährlich wie bisher festgestellt. Die CHESS-Studie kommt zu einem Schluß, der der Kohleindustrie das Herz höher schlagen läßt: Die Emissionswerte für Schwefeldioxid können um einiges heraufgesetzt werden.

Genau deshalb ist diese Studie für die Bundesregierung auch so interessant. Sucht sie doch schon lange nach einer Rechtfertigung für die Genehmigung weiterer Kohlekraftwerke trotz steigender Umweltbelastung. So schrieb bezeichnenderweise die „WAZ": „*Diese Projekte (gemeint sind Kohlkraftwerke) in der Nähe oder mitten in umweltbelasteten Ballungsräumen scheiterten bisher meistens daran, daß die vorhandene SO_2 -Belastung bereits über (!) den gültigen Grenzwerten lag*". (25.4. 78).

Hintergrund der Verharmlosung dieses giftigen Gases ist das Voerde-Urteil, das den Bau dieses Kohlekraftwerkes freigab, obwohl vorher mehrere untergeordnete Gerichte gegen den Bau entschieden hatten.

Das jetzige Urteil scheint aber auf wackeligen Beinen zu stehen. Denn angesichts einer Verfassungsbeschwerde des Hauptklägers Bassfeld sucht das Innenministerium offensichtlich noch eiligst Argumentationshilfen durch solche „Gutachten".

Fakt ist nämlich, daß die Gefährlichkeit des SO_2 vielfach nachgewiesen ist. „*In der Bundesrepublik wird allein durch Rauchgase (bei denen Schwefeldioxid einen wesentlichen Anteil hat) die Lebenszeit Tausender von Menschen um mehrere Jahre gekürzt. In den USA schätzt man die Zahl dieser Opfer auf 50.000! Deshalb darf dem Drängen des Gesamtverbandes des Deutschen Steinkohlebergbaus nicht nachgegeben werden, den Grenzwert für SO_2 um 40 % (!) heraufzusetzen. Veraltete Kohlekraftwerke müssen beschleunigt stillgelegt werden und durch neue mit hochwirksamer Gasreinigung ersetzt werden*". („Das technische Umweltschutzmagazin, 2/78, W. Moll").

Darüberhinaus wird die Gefährlichkeit des SO_2 schon dadurch dokumentiert, daß bis in die skandinavischen Länder Schäden nachweisbar sind. Denn anstatt Entschwefelungsanlagen zu bauen, die 1,2 Pf pro Kilowattstunde kosten würden, werden die Schornsteine einfach etwas höher gebaut, um den Dreck besser zu verteilen.

Trotzdem versucht die Kohleindustrie weiterhin die TA-Luft, die bisher mehreren Gerichten ermöglichte, diese Schadwirkungen zu berücksichtigen, in ein Gesetz mit niedrigeren Auflagen umzuwandeln. So soll den Gerichten eine Umweltschutzrechtsprechung wie eine Verhinderung des Baus von Kohlekraftwerken unmöglich gemacht werden („Die Zeit", 21.4.78). Darüberhinaus muß aber die Bundesregierung schon zu solchen Lpgenstudien greifen, um ihre Schmierenkomödie mit „Wissenschaftlichkeit" zu rechtfertigen.

AKW-Nein-Kommission

Neues vom geplanten Zwischenlager in Ahaus

Seit Mitte April sind in Ahaus, neben Stade eines der beiden festgelegten Standorte für zentrale Zwischenlager, die Vorbereitungen für den Bau im Gange. Zur Zeit werden dort erste Bohrungen zur Untersuchung des Bauuntergrundes gemacht. Ebenso wie im Raum Gorleben sind dort Biologen am Werk, den Bestand an Pflanzen und Tieren zu ermitteln; und ebenso wie in Gorleben darf man wohl getrost davon ausgehen, daß diese Studien in Anbetracht der in Zukunft zu erwartenden Schäden unter Verschluß gehalten werden. Und, weitere Parallele zu Gorleben, auch dort ist ein Lügenbus der DWK/Steag unterwegs, um die Bevölkerung mit gefälschten und schönfärberischen „Informationen" vollzustopfen. Wie zu erfahren ist, ist der „Informations"bus derselbe, der in Gorleben zum Einsatz gekommen ist („RN", 14.4.78), und dort dem eigentlichen Zweck zufolge mit informativen Parolen verziert wurde.

Als weitere Spezialität für die Bevölkerung hält die DWK (nur sie?) diverses Überwachungspersonal bereit. So heißt es in einem Leserbrief an die „Ruhr-Nachrichten" („RN"): „*Das Aufstellen von Wachposten im VW-Bulli mit verdeckten Nummernschildern und das Fotografiert-Werden einer Vielzahl sich informierender Bürger am ‚Gesprächsforum'* (so nennt sich hochtrabend der Desinformationsbus – Anm. AK) *und Gelände der Steag durch Unbekannte oder politische Polizei drängt sich die Frage nach den Anfängen des von Prof. Jungk prophezeiten Atomstaates auch für Ahaus auf.*"

In diesem Leserbrief der BI „Kein Atommüll in Ahaus" wird dann abschließend darauf hingewiesen, daß für jeden derart abgelichteten Bürger die Möglichkeit bestünde, dagegen per Gesetz vorzugehen. Zu recht: denn wer hat beim Fotografieren auf Demos etc. nicht schon bemerkt, wie scharf die Bullen auf das „Recht aufs eigene Bild" sind. Daß dies u.a. erfolgreich sein kann, schreibt die BI in einem weiteren Leserbrief am 21.4.78; mindestens einer der Fotografen mußte den Film wieder herausrücken.

Jedoch auch von den Vorkehrungen der Gegner des Zwischenlagers gibt es Positives zu berichten. So hat die BI „Kein Atommüll in Ahaus" am 1. Mai ein „Maifest" veranstaltet, zu dem immerhin im Laufe der Zeit 3.000 Menschen („RN", 3.5.78) kamen und sich dort reichlich informieren konnten, von denen allein 300 die Unterschriftenliste gegen das Zwischenlager unterschrieben.

Der (Noch-)Besitzer des Grundstückes, auf dem die DWK das Zwischenlager errichten will, hat zudem die DWK aufgefordert, ihre Gerätschaften von seinem Gelände zu räumen, da offenbar die juristischen Voraussetzungen für die Nutzung des Geländes durch die Steag noch nicht gegeben sind. Und auch die örtliche SPD hat ihren vorläufigen Widerstand kundgetan. So forderte der Bezirksparteitag der SPD, daß NRW keinen Atommüll aus anderen Bundesländern aufnehmen soll, bevor nicht diese Länder „*der Forderung nach Verbrauch von mehr Kohle statt Kernbrennstoff zur Energieerzeugung glaubhaft (...) Rechnung*" tragen („NR",1.5.78).

... Na ja

AKW-Nein-Kommission

Kurzmeldungen

AKW Isar I (Ohu) in Betrieb

Seit dem 5.5. ist der bisher größte Siedewasserreaktor in Betrieb. Angeblich – so die KWU – hätten alle bisherigen Prüfungen gezeigt, daß „Isar" einwandfrei funktioniere. Das AKW habe die „Erwartungen voll erfüllt". Erst Mitte Februar waren radioaktive Dämpfe aus dem Reaktor geströmt. Der Unfall wurde erst eine Woche später öffentlich bekannt gemacht. In zehn Wochen soll der Reaktor den Elektrizitätswerken (mit städtischer Beteiligung) weitergegeben werden.

Biblis hat wieder Risse !

Der Atomreaktor Biblis B weist Risse im Speisewasserbehälter auf. Erst bei der nächsten Generalüberholung sollen Wandteile des Behälters ausgewechselt werden. Vor einem Jahr passierte dasselbe mit Biblis A.

Bezirkstag gegen Standortsicherungsplan

Der Bezirkstag in Niederbayern hat den Standortsicherungsplan der bayrischen Staatsregierung abgelehnt. Es ging dabei um die geplanten Standorte OHU und PLEINTING.

Einerseits erklärte der Freiherr von Moreau dazu, daß bei Ohu die erwünschte geringe Bevölkerungsdichte nicht vorhanden sei, gleichzeitig betonte er, daß bald die Trokkenkühlung soweit vorangeschritten sei, daß man AKWs nicht mehr an Flüssen bauen müsse, sondern diese auch bei Ballungszentren errichtet werden könnten.

AKW Würgassen erneut stillgelegt

Das im April planmäßig abgeschaltete AKW in Würgassen muß weiter außer Betrieb bleiben, da an einem Dampftrockner erneut Risse festgestellt worden sind. Die Wiederinbetriebnahme des AKW's wird sich demzufolge erfreulicherweise um einige Wochen verzögern. Und wie's nicht anders sein kann, läßt die AKW-Leitung natürlich gleich verlautbaren, daß dieser Schaden „für die Sicherheit der Anlage bedeutungslos" sei („FR", 26.5.78).

AKW in Frankreich durch Gerichtsbeschluß gestoppt

Aufgrund von Protesten französischer AKW-Gegner hat ein Gericht in Caen den Weiterbau des geplanten AKW's in Flammanville bei Cherbourg in der Normandie verboten – mit der Inbetriebnahme 1983 wird es damit wohl nichts. Einen besonderen Clou hatten sich die Betreiber offenbar ausgedacht, indem sie die Baugenehmigung noch wenige Stunden vor dem Inkrafttreten eines Gesetzes einholten, durch das ein gerichtlicher Einspruch erst möglich wurde. Dieser Versuch wurde wohl eher zu einem Eigentor (nach „Welt", 2.5.78).

Aus für AKW-Lingen ?

Die VEW (Betreiber des AKW Lingen) prüfen zur Zeit endgültig, ob sie das Atomkraftwerk endgültig stillegen und demontieren sollen. Es wäre damit zwar nicht das erste AKW, das in der BRD stillgelegt würde (Niederaichbach, Großwelzheim), aber immerhin wäre es das erste, das dann auch demontiert werden soll. Diese „hoffnungsvolle" Perspektive ließ Albrecht zu Äußerungen verleiten, daß „*der Abbruch des Werkes (...) das bisher größte Experiment der deutschen Kernenergieauswertung sei. Damit könne nämlich die Befürchtung widerlegt werden, daß unrentabel gewordene AKW's nach ihrer Stillegung als ‚Ruine' die Landschaft verschandeln*" („HA", 20./21.5.78). Mutet es einem schon befremdlich an, daß nach Aussagen von Albrecht einAKW jemals unrentabel sein könne, und dies zudem schon nach knappen zehn Betriebsjahren (das AKW Lingen wurde seinerzeit von der AEG gebaut und 1968 den Betreibern übergeben), wo doch die durchschnittliche Lebensdauer eines AKW's gemeinhin mit mindestens 30 Jahren gehandelt wird, so wird Albrecht vollends unglaubwürdig, wenn er meint, ein so schönes Bauobjekt wie das AKW könne überhaupt die Landschaft „verschandeln".

Interessant hieran wäre natürlich zu wissen, warum die VEW sich spontan überlegt, das AKW abzudrehen, handelt es sich doch sicherlich auch um ein „Meisterwerk westdeutscher Nukleartechnologie". Sollte das etwa seinen tieferen Grund darin haben, daß das AKW ein vielfaches an radioaktiven Nukliden ausstößt , als alle anderen AKW's der BRD (z.T. bis zu hundertfache Werte)? Zudem würde es uns brennend interessieren, wie denn der gescheite Herr Albrecht sich den Abbruch vorstellt, immerhin sind riesige Mengen völlig verstrahlter Materialien von Menschen zu zerlegen und irgendwo zu deponieren und immerhin heißt es in einer Studie der EURATOM, daß „bisher nur geringe Erfahrungen" vorlägen – konkret gesagt: noch gar keine („FR", 5.5.78). Wir würden uns nicht gern böse überraschen lassen:

Vier AKW's in den USA wegen Sicherheitsbedenken abgeschaltet

In den USA sind vier AKW's stillgelegt worden und zwei vorübergehend abgeschaltet worden, bis sie bestimmte Sicherheitsvorkehrungen einhalten. Hintergrund dieser Maßnahme ist die Forderung amerikanischer Wissenschaftler nach Sicherung der elektrischen Verbindungen auch im Falle besonderer Vorkommnisse , und gerade im Falle des Kühlungsausfalls, da dann einzig die Sicherheit dieser Verbindungen für den weiteren Gang der Dinge wesentlich ist. Daß die Notkühlungsmaßnahmen in einem fortgeschrittenen Stadium des Unfalls auch nichts mehr ausrichten können, auch wenn alles richtig geschaltet wurde, spielte bei diesen Überlegungen natürlich keine Rolle.

AKW-Nein–Kommission



Betrieb und Gewerkschaft



Bilanz der Betriebsrätewahlen
Große Erfolge für linke Gewerkschafter

„Die Welle der Kritik an Staat und Parteien, die sich schließlich in Bürgerinitiativen niederschlug, schwappt nun auch über die Gewerkschaften", zitiert der „Spiegel" vom 15.5.78 einen „ranghohen" IG-Metall-Funktionär, der die Erfolge linker Listen bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen kommentierte.

In der Tat haben linke Kandidaten und Listen, wo sie offensiv auftraten, hervorragende Ergebnisse erzielt. Dabei überwiegen zahlenmäßig die Betriebe, wo sich solche Listen erst kurz vor den Wahlen gebildet haben, wo zwar häufig Kandidaten, die lange Jahre im Betrieb gearbeitet haben, drauf zu finden waren, aber vielfach keine organisierte Arbeit im Listenzusammenhang stattgefunden hat. Diese Listen haben auf Anhieb z.T. sehr große Erfolge errungen, was die Befürchtung des ranghohen IGM-Funktionäres untermauert: in den Betrieben der Bundesrepublik macht sich der Unmut über die gesellschaftspolitischen Mißstände in zum Teil offener Unterstützung der Gewerkschaftsopposition Luft. Die Gewerkschaftslinke hat dies vielfach nicht oder sehr spät begriffen. Die unserer Untersuchung zugrunde liegenden Ergebnisse der Wahlen aus 47 Betrieben in 18 Städten sind also nur ein kleiner Abriß der Möglichkeiten, die für eine Stärkung der Gewerkschaftsopposition in diesem Jahr dringelegen haben. In einem späteren Artikel werden wir uns mit der Haltung der Linken zu den Betriebsrätewahlen auseinandersetzen. Eine organisierte

Jahre im Betrieb gearbeitet haben, drauf zu finden waren, aber vielfach keine organisierte Arbeit im Listenzusammenhang stattgefunden hat. Diese Listen haben auf Anhieb z.T. sehr große Erfolge errungen, was die Befürchtung des ranghohen IGM-Funktionäres untermauert: in den Betrieben der Bundesrepublik macht sich der Unmut über die gesellschaftspolitischen Mißstände in zum Teil offener Unterstützung der Gewerkschaftsopposition Luft. Die Gewerkschaftslinke hat dies vielfach nicht oder sehr spät begriffen. Die unserer Untersuchung zugrunde liegenden Ergebnisse der Wahlen aus 47 Betrieben in 18 Städten sind also nur ein kleiner Abriß der Möglichkeiten, die für eine Stärkung der Gewerkschaftsopposition in diesem Jahr dringelegen haben. In einem späteren Artikel werden wir uns mit der Haltung der Linken zu den Betriebsrätewahlen auseinandersetzen. Eine organisierte

Opposition hat es nur vom KB und in der ihr eigenen Art von der „KPD/ML" gegeben.

Eine Übersicht über 47 Betriebe

Die 47 untersuchten Betriebe teilen sich folgendermaßen auf die Einzelgewerkschaften auf:
IGM: 29
IG Chemie: 8
ÖTV: 6
HBV: 2
IG Druck: 1
Bau-Steine-Erden: 1

Von den aufgestellten Listen bzw. Oppositionsgruppen bei den Persönlichkeitswahlen haben 32 zum ersten Mal kandidiert, 12 kandidierten bereits 1975, 2 kandidierten zum dritten Mal seit 1972 (Opel-Bochum und Daimler, Stuttgart) und 1 kandidierte bereits 1969 (Klöckner, Bremen).

Als offene Opposition wurden dabei über 200 linke Betriebsräte gewählt. Hochburgen sind dabei die Städte Hamburg (über 40 in 14 Betrieben) und Westberlin (etwa 40 in neun Betrieben). Die „RGO" der „KPD/ML" konnte in 15 Betrieben Erfolge erzielen und stellt 36 Betriebsräte (möglich waren 47, elf Mandate verfielen mangels Kandidaten).

Erfolge fortschrittlicher Block-Kandidaturen bei Persönlichkeitswahl

Ort/Betrieb (DGB-Gewerkschaft)	Ergebnis
Hamburg	
Arbeitskreis Transport (Speditionen, Schiffsmakler)	Der Kreis, dem von der ÖTV die Unterstützung seiner Tätigkeit versagt wird, erreichte 20 BR-Sitze in verschiedenen Betrieben
Bank für Gemeinwirtschaft (HBV)	Sechs Kollegen kandidieren mit eigenen Forderungen und erreichten zwei Sitze
Reynolds (IGM)	Der linke BR-Vorsitzende, aus der IGM ausgeschlossen, erreichte mit 76 % die meisten Stimmen
Texaco (IG Chemie)	Die aus der IG Chemie ausgeschlossenen Linken erreichten hervorragende Plätze und drei Sitze: Platz 1: 677 Stimmen 64 % Platz 2: 564 Stimmen 53 % Platz 5: 454 Stimmen 43 %
Thyssen-Rheinstahl (IGM)	Fünf fortschrittliche Kollegen kandidierten mit eigenem Programm. Alle fünf kamen in den Betriebsrat mit 40 % aller Stimmen. Sie belegten die Plätze 1, 3, 4, 6, 7.
West-Berlin	
Solex (IGM)	Vier linke Kollegen, darunter ausgeschlossene kandierten mit eigenem Programm. Alle vier zogen in den Betriebsrat ein!

Erfolge fortschrittlicher Block-Kandidaturen bei Persönlichkeitswahl

Ort/Betrieb (DGB-Gewerkschaft)	Ergebnis
Hamburg	
Arbeitskreis Transport (Speditionen, Schiffsmakler)	Der Kreis, dem von der ÖTV die Unterstützung seiner Tätigkeit versagt wird, erreichte 20 BR-Sitze in verschiedenen Betrieben
Bank für Gemeinwirtschaft (HBV)	Sechs Kollegen kandidieren mit eigenen Forderungen und erreichten zwei Sitze
Reynolds (IGM)	Der linke BR-Vorsitzende, aus der IGM ausgeschlossen, erreichte mit 76 % die meisten Stimmen
Texaco (IG Chemie)	Die aus der IG Chemie ausgeschlossenen Linken erreichten hervorragende Plätze und drei Sitze: Platz 1: 677 Stimmen 64 % Platz 2: 564 Stimmen 53 % Platz 5: 454 Stimmen 43 %
Thyssen-Rheinstahl (IGM)	Fünf fortschrittliche Kollegen kandidierten mit eigenem Programm. Alle fünf kamen in den Betriebsrat mit 40 % aller Stimmen. Sie belegten die Plätze 1, 3, 4, 6, 7.
West-Berlin	
Solex (IGM)	Vier linke Kollegen, darunter ausgeschlossene kandierten mit eigenem Programm. Alle vier zogen in den Betriebsrat ein!

räte (möglich waren 47, elf Mandate verfielen mangels Kandidaten).

Hinzu kommen hier freilich all diejenigen linken Gewerkschafter, die (noch) auf den „offiziellen" Listen ihrer Organisation kandidieren konnten und gewählt wurden (in Hamburg z.B. sind das nochmal rund 40 Kolleginnen und Kollegen).

Nach wie vor ist es das Hauptkennzeichen der Zusammensetzung oppositioneller Listen, daß linke Kandidaten weitgehend unter sich waren. Eine breite Opposition wie bei den Linken der Klöckner-Hütte und bei der Protestliste bei Bayer Leverkusen (60 Kandidaten verschiedener politischer Richtungen) sind noch die Ausnahme.

Allerdings haben linke Listen bei Opel-Bochum, HHLA-Hamburg, Daimler-Benz/Hamburg, KWU-Westberlin und Siemens in Gladbeck und München ihre Arbeit verbreitern können.

Verluste der DGB-Gewerkschaften

Der Verdruß über die vorherrschende Betriebsratspolitik der von dem DGB beherrschten Vorstände hat sich nicht nur in der Wahl linker Listen bemerkbar gemacht. In den meisten Großbetrieben, insbesondere in der Chemieindustrie, ging die Wahlbeteiligung z.T. beträchtlich zurück. Bei Bayer in Leverkusen beispielsweise verlor die IG Chemie-Liste nicht nur 13 Sitze an die Opposition, sie verlor außerdem durch den Rückgang der Wahlbeteiligung an Stimmen, so daß die Liste nur noch von knapp 30% der Bayer-Beschäftigten gewählt wurde!

Profitiert von der Politik der DGB-offiziellen Betriebsräte haben in einer Reihe von Fällen auch rechte Listen, wenn auch längst nicht in dem Ausmaß wie die Linken. Insbesondere die CDU-Sozialausschüsse (deren Mitglieder in den meisten Fällen im DGB und nicht in den christlichen Gewerkschaften arbeiten) hatten darauf orientiert, in diesem Jahr einige Listen (als CDA) zu machen. Immerhin erreichten sie bei Ford in Saarlouis auf Anhieb 7 Sitze, dazu kommen noch 3 Sitze, die der CMV neu gewann, alles zu Lasten der IGM. Bei Opel in Bochum erreichten die CDA auf Anhieb 7 Sitze, die IGM verlor 4, die GOG 3. Bei Conti in Hannover erreichte die CDA-Liste 907 Stimmen und 3 Sitze gegenüber 1644 und 6 Sitzen der IG Chemie. Auch in diesen Fällen kann mit Sicherheit gesagt werden, daß es sich nicht überwiegend um Stimmen für rechte Politik handelt, sondern vielfach um Proteststimmen gegen die herrschende Betriebsratspraxis.

Die Erfolge der „RGO"

Die teilweise kometenhaften Erstgewinne von „RGO"-Listen veranschaulichen besonders deutlich, wie stark das Protestpotential in den Betrieben ist. Häufig kandidierten nur 1-3 „RGO"-Kandidaten, die vielfach vorher gar nicht bekannt waren, mit ihrem „revolutionären" Betriebsprogramm. Sie wurden in der Regel sofort Zielscheibe widerlichster und schmutzigster Hetztiraden führender Betriebsräte und der Gewerkschaftsleitungen. Doch vielfach waren es gerade solche Angriffe, die unter den Kollegen große Empörung hervorriefen. Die Sympathie mit dem mutigen Schritt, gegen die etablierte Betriebsräte- und Gewerkschaftsbürokratie ei-

um Stimmen für rechte Politik handelt, sondern vielfach um Proteststimmen gegen die herrschende Betriebsratspraxis.

Die Erfolge der „RGO"

Die teilweise kometenhaften Erstgewinne von „RGO"-Listen veranschaulichen besonders deutlich, wie stark das Protestpotential in den Betrieben ist. Häufig kandidierten nur 1-3 „RGO"-Kandidaten, die vielfach vorher gar nicht bekannt waren, mit ihrem „revolutionären" Betriebsprogramm. Sie wurden in der Regel sofort Zielscheibe widerlichster und schmutzigster Hetztiraden führender Betriebsräte und der Gewerkschaftsleitungen. Doch vielfach waren es gerade solche Angriffe, die unter den Kollegen große Empörung hervorriefen. Die Sympathie mit dem mutigen Schritt, gegen die etablierte Betriebsräte- und Gewerkschaftsbürokratie ei-

ne eigene Kandidatur zu stellen, war unverkennbar. Allersdings darf dieser Charakter der Stimmabgabe nicht in der Weise interpretiert werden, wie dies die Initiatorin der „RGO"-Listen, die „KPD/ML", tut. Sie spricht von „revolutionärer" Stimmabgabe der Kollegen und großen Erfolgen beim „Aufbau der RGO" (im krassen Gegensatz dazu steht allerdings die geringe Beteiligung an den „RGO"-Demonstrationen am 1. Mai). Ebensowenig, wie Stimmengewinne rechter Listen als reaktionäre Tendenz interpretiert werden dürfen, kann man allerdings die „RGO"-Erfolge als revolutionäre Tendenz bezeichnen. Was die „KPD/ML" nicht begriffen hat, ist die Tatsache, daß ihre „RGO"-Listen von der wachsenden fortschrittlichen Tendenz, basisorientierte Listen in Abgrenzung zur dominierenden Politik der Berufsbetriebsräte zu wählen, profitiert haben.

Die Ausschlußwelle rollt an

Nach den Wahlen wird mit Sicherheit der Versuch von Seiten der DGB-Führungen gemacht werden, die oppositionellen Mitglieder durch Gewerkschaftsausschlüsse zu disziplinieren. Bereits 1975 hatte es eine solche Ausschlußwelle gegeben. Bei der Vielzahl der diesmal oppositionell kandidierenden Gewerkschaftsmitglieder steht in diesem Jahr möglicherweise eine Ausschlußwelle bevor, die alles bisher Dagewesene übertrifft. So sind eine Reihe von Ausschlußverfahren bereits eingeleitet. Am eklatantesten ist der Fall der beiden Duisburger oppositionellen Betriebsräte, denen bereits vor ihrer Kandidatur auf einer eigenen Liste ein Ausschlußverfahren angehängt wurde, da sie auf einer Betriebsversammlung Persönlichkeitswahl gefordert hatten! Ausschlußverfahren sind auch gegen die 60 IG Chemie-Mitglieder der Liste „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat" von Bayer, Leverkusen eingeleitet worden. Bei Opel Bochum sind 70 Verfahren gegen die Kandidaten der Linken und der Rechten von der CDA beantragt worden. Die

werkschaftsausschlüsse zu disziplinieren. Bereits 1975 hatte es eine solche Ausschlußwelle gegeben. Bei der Vielzahl der diesmal oppositionell kandidierenden Gewerkschaftsmitglieder steht in diesem Jahr möglicherweise eine Ausschlußwelle bevor, die alles bisher Dagewesene übertrifft. So sind eine Reihe von Ausschlußverfahren bereits eingeleitet. Am eklatantesten ist der Fall der beiden Duisburger oppositionellen Betriebsräte, denen bereits vor ihrer Kandidatur auf einer eigenen Liste ein Ausschlußverfahren angehängt wurde, da sie auf einer Betriebsversammlung Persönlichkeitswahl gefordert hatten! Ausschlußverfahren sind auch gegen die 60 IG Chemie-Mitglieder der Liste „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat" von Bayer, Leverkusen eingeleitet worden. Bei Opel Bochum sind 70 Verfahren gegen die Kandidaten der Linken und der Rechten von der CDA beantragt worden. Die

Rechts-Abspaltung der 29 ehemaligen Berufsbetriebsräte plus Anhang bei Opel Rüsselsheim hat ebenfalls mit einem Verfahren zu rechnen.

Allerdings kann jetzt schon mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß die Repressionen gegenüber linken Kandidaten ein ganz anderes Ausmaß haben werden, als Maßnahmen gegenüber rechten Listen. Bereits jetzt haben die CDU-Sozialausschüsse zu verstehen gegeben, daß sie überall zur Zusammenarbeit mit den DGB-Listen bereit sind. Ein Gespräch auf Spitzenebene – und dieses Problem dürfte schnell bereinigt sein.

Weitere Ergebnisse und Ereignisse

Ford, Köln: IGM-Mauschelei bei Persönlichkeitswahl

Nachdem noch 1975 15 verschiedene Listen kandidierten, davon verschiedene als Aufsplitterungsmanöver von der IGM-Führung initiierte, war es als Erfolg zu werten, daß der Ford-Vertrauenskörper die Durchführung der Persönlichkeitswahl beschloß. 136 Kandidaten wurden in alphabetischer Reihenfolge aufgestellt. Die IGM-Führung machte einen Vorschlag von 38 Namen, die zu wählen seien, 8 fortschrittliche Kollegen kandidierten als „IG Metaller für die Belegschaft".

Kurz vor der Wahl wurde dann bekannt: Die IGM-Führung hatte dem Wahlzettel angepaßt eine Schablone herstellen lassen, die auf den Wahlzettel aufgelegt wird. Aus dieser Schablone waren alle Namen der 38 IGM-Kandidaten ausgestanzt, so daß man nur hinter diesen Namen sein Kreuz machen konnte. Mit dieser Manipulation erreichten sie, daß 36 der 38 IGM-Kandidaten gewählt wurden. Nur zwei Türken erreichten außerdem einen Betriebsratssitz. Selbst wenn ein großer Teil der Kollegen dieses Verfahren ablehnte, so reicht doch schon eine geringe Anzahl der Belegschaft (z.B. .0 %) aus, um bei Benutzung der Schablone den von der IGM-Führung favrisierten Kandidaten einen kaum einholbaren Vorteil zu verschaffen (nach „Rote Fahne", 10. 5.78).



Die Fälscherschablone der IGM-Führer bei Ford in Köln

13 Sitze für die Fortschrittlichen bei Bayer Leverkusen!

13 der 49 Betriebsratssitze bei Bayer in Leverkusen gewannen die „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat". 28 Sitze erhielt die IG Chemie, 8 Sitze teilen sich Christen, DAG und rechte „Unabhängige". Die fortschrittlichen Kollegen protestierten mit ihrer Liste gegen die Mauscheleien der alten rechten Betriebsratsclique, die in bewährter Manier eine fertige Liste präsentierte. Daraufhin entschlossen sich ca. 60 Kollegen, die meisten IG Chemie-Mitglieder, auf einer eigenen Liste zu kandidieren. Mit zwei Arbeiterlisten (je eine für ausländische und deutsche Arbeiter) und einer Angestelltenliste traten sie zur Wahl an und erhielten 4449 Stimmen, fast halb so viel wie die IG Chemie-Liste.

Arbeiter:	Stimmen	in %	Sitze
„Gewerkschafter für..."	1.936	24,4	6
„Gewerkschafter für..."	913	11,5	3 (Ausländer)
IG Chemie	4.560	57,5	15
IG Chemie, Ausländer	219	2,7	–
CGD (Christen)	289	3,6	1
Angestellte:			
„Gewerkschafter für..."	1.600	18,5	4
IG Chemie (grad. Ingenieure)	373	4,3	1
IG Chemie	4055	47,3	12
DAG	1420	16,5	4
Wählergemeinschaft	729	8,3	2
Wählergruppe	393	4,5	1

West-Berlin: Neun Sitze für die Opposition bei Bosch !

46,4% der Stimmen und damit neun Sitze erhielt die „Liste für die Belegschaft" bei Bosch-Elektronik. 60% der Stimmen bei den Angestellten standen 38% bei den Arbeitern gegenüber. Die übrigen zehn Sitze erhielt die IGM.

17 Kandidaten hatte die Liste „Für die Belegschaft", auf der sowohl linke als auch unabhängige Kollegen, die mit der Mauschelpolitik der führenden Betriebsräte nicht einverstanden sind, kandidierten. Bereits 1975 hatten einige der Kandidaten in einer Protestwahl 49% der Stimmen erhalten, konnten aber nur drei Sitze wahrnehmen.

Die IGM-Betriebsräte versuchten wesentlich geschickter, als gemeinhin üblich, Stimmung gegen die Oppositionellen zu machen. So ließen sie unter anderem zwei Flugblätter verteilen, in denen zwei Kollegen mit verteilten Rollen diskutierten, wobei der „sachlicher" argumentierende, natürlich der IG-Metaller, sich durchsetzt. Motto: hinter mir steht eine starke Organisation.

Auch Wahlbehinderungen hat es gegeben. So wurde bereits frühzeitig vom Wahlvorstand die Liste der Opposition für ungültig erklärt. Begründung: der Name „Für die Belegschaft" sei eine Diffamierung der IGM-Liste. Ohne ein Arbeitsgerichtsurteil hierzu abzuwarten, wurde die Liste gestrichen, erreichte aber mit einer einstweiligen Verfügung und durch das Arbeitsgerichtsurteil ihre Zulassung. Mit einem Trick hofften die Betriebsratsführer, die Liste klein zu halten. Sie sprachen sich in einer Kampagne gegen die gemeinsame Wahl von Arbeitern und Angestellten aus. Begründung: bei getrennter Wahl wäre zumindest für die Arbeiter Persönlichkeitswahl gewährleistet. Hintergrund: die Initiatoren erhofften sich so, die Liste „Für die Belegschaft" aus dem Arbeiterbereich herauszuhalten und durch massive Stimmungsmache die notwendigen Unterschriften für die Liste zu verhindern. Ging man dabei doch von der bekannten Schwäche der Opposition im Arbeiterbereich aus, die durch Zusammenarbeit von Geschäftsleitung und IGM noch verstärkt wurde: zunächst wurde nach der BR-Wahl 1975 der Arbeiter-Betriebsrat der Opposition aus der IGM ausgeschlossen, später wurde er ins Angestelltenverhältnis übernommen.

Allerdings verkalkulierten sich die Betriebsratsführer. Zwar gab es wegen zu geringer Abstimmungsbeteiligung keine gemeinsame Wahl, aber die Liste „Für die Belegschaft" setzte trotzdem ihre Arbeiterkandidatur durch und erreichte beachtliche 38% der Stimmen.

Ein wesentliches Merkmal der Arbeit der Opposition ist eine umfassende Informationspolitik, mit der sie während des Wahlkampfes aufgetreten ist.

nach Berichten eines Westberliner Genossen

Opel / Rüsselsheim

Nachdem es 1975 zwei offizielle IGM-Listen gab und die „linke" unter Richard Heller damals die Wahl gewann und den BR-Vorsitzenden stellte, beschlossen die Vertrauensleute diesmal eine Persönlichkeitswahl (vergleiche AK 127). Da spielten die rechten, ehemaligen Betriebsratsfürsten nicht mit und reichten eine eigene Liste unter dem Namen „Alternative 78" ein, die eine deutliche Abfuhr erhielt. Daraufhin standen insgesamt 6 Listen zur Wahl:

IGM-Liste: . . . . 40 Sitze (+4)
„Alternative 78" . . . . 4 Sitze
DAG . . . . 3 Sitze (–2)
CMV . . . . 4 Sitze (wie gehabt)
Italienische Kollegen . . . . 1 Sitz
„Arbeiteropposition" („RGO") . . . . 1 Sitz

6 Sitze für die Alternative bei Siemens, München

Nachdem durch das Auftreten einer rechten Liste (WUM) klar war, daß in diesem Jahr Persönlichkeitswahlen ausfallen, entschloß sich eine Gruppe fortschrittlicher Kollegen, eine Liste „Alternative mit uns – für uns" zu machen. Diese Gruppe ist hervorgegangen aus dem ehemaligen gewerkschaftlichen Arbeitskreis von Siemens, der von der IGM aufgelöst worden ist. Die Alternative erzielte sechs der 19 Sitze.

Liste:	Stimmen:	in %:	Sitze
IGM	1017	48,9	10
WUM	366	17,5	3
Alternative	699	33,6	6

Übersicht über die Ergebnisse der Betriebsrätewahlen 1978

Ort/Betrieb	DGB-Gewerkschaften				Linke				„RGO"				Rechte				Sonstige			
	Liste	Stimmen	in %	Sitze	Liste	Stimmen	in %	Sitze	Liste	Stimmen	in %	Sitze	Liste	Stimmen	in %	Sitze	Liste	Stimmen	in %	Sitze
Bielefeld Mannesmann-Kammerich	IGM								Opposition	216	35	1								
Bochum Opel Arbeiter	IGM	5.823	46,3	16	Liste für die Belegschaftsforderungen	3.323	26,4	9					CDA	2.175	17,3	6	–	1.110	8,8	3
Angestellte	IGM	923	53,9	3																
Bremen Klöckner	IGM-SPD			3	Linke IGM (Röpke-Liste)			18	„RGO"	85	–	–	CMV	121	–	–				
	„Florian-Liste"			2	Linke Türken			1												
Rot-Kreuz-Krankenhaus									„RGO"		15	2								
Dortmund Hoesch (Werk Union)	IGM	2.200	66						„RGO"	1.146	34	2								
Duisburg Thyssen-Hütte Arbeiter	IGM		64,9	22	Liste demokratischer Gewerkschafter		18,1	3					CMV		14,7	4				
Angestellte	IGM			9									DAG			3				
Frankfurt Cassella	IG-Chemie								„RGO"	288	27	3								
Hartmann&Braun	IGM				Alternative		11,4	1												
VDO	IGM				Intern. Liste		41													
Gladbeck Siemens Arbeiter	IGM		51	8	Opposition		42	7					CDA		7	1				
													CDA	355	20,7	1				
Angestellte	IGM			3									DAG	412	24,1	1				
Hamburg Beiersdorf	IG-Chemie		57,5	17	Alternative	470	13,5	3					DAG/ Unabh.		27,7	7				
Broschek	IG-Druck			5	Argumente		30	4									–			2
Daimler-Benz	IGM		67,2	11	Alternative		23,6	4					CMV		9,2	1				
HAW (Aluminium)	IG-Chemie		29,5	3	IGM-Linke		33,6	3												
					IG Chemie Linke		39,9	3												
HDW	IGM	2.346	78,2	18	Kollegengruppe	463	15,4	3					CMV	192	6,4	1				
HHLA	ÖTV	1.959	61		Alternative	1.045	32	8	„RGO"	171	5	1								
IDUNA					Alternative			1												
Lufthansa Arbeiter Angestellte	ÖTV	1.917		13	Information	386	14,7	2												
Angestellte	ÖTV(1)	794		7									„Unabh."	155	–	1				
	ÖTV(2)	281		2									Alternat.	141	–	–				
													Meister	440	–	3				
													DAG	162	–	1				
MBB	IGM			11	Alternative	171	10	1					CGD			2				
Arbeiter Angestellte	IGM			11									DHV/DAG			5				
Vereinigung städtischer	ÖTV			11	Angepackt			1					DAG			2				
Kinder- u. Jungendheime	GEW			4																
Heilbronn Schmalbach-Lubeca	IGM		29,9						„RGO"	156	62	1					–		8,4	1
Kempten Kemptener Maschinenfabrik	IGM								„RGO"	200	43,7	3								
Kiel HDW	IGM	2.840	82,5						„RGO"	603	17,5	3								
Ludwigshafen BASF	IG Chemie	14.041							„RGO"	530	3	1	–	1.911						
Leverkusen Bayer	IG Chemie	4.560	57,5	15	Gew. für einen	1.936	24,4	6					CGD	289	3,6	1				
Arbeiter	IG Ch-Ausl.	219	2,7	–	bess. BR,Ausl.	913	11,5	3												
Angestellte	IG Chemie 1	373	4,3	1	"	1.600	18,5	4					DAG	1.420	16,5	4	W'gem.	729	8,3	2
	IG Chemie 2	4.055	47,3	12													W'gr.	393	4,5	1
München Agfa	IGM	1.200			Agfa-Runde	500		4												
Siemens	IGM	1.017		10	Alternative	699		6									WUM	366		3
Oberhausen Gutehoffnungshütte					Oppositionelle Liste	ca. 500	27	3												
Rüsselsheim Opel	IGM		69,3	40					Arbeiteropposition			1	Alt. 78		6,9	4	Italien. Kollegen			1
Arbeiter	Arb. + Ang.												CMV		7,2	4				
Angestellte													DAG		6,6	3				
Stuttgart Daimler-Benz	IGM		65	19	Linke Liste	3.200	27	8												
West-Berlin BMW	IGM		50						„RGO"	481	40	5					Facharb.		10	
Bosch-Elektronik	IGM		53,6	10	Liste f.d. Belegschaft		46.4	9												
Daimler-Benz	IGM								„RGO"	719	30,3	6								
Krankenh. Neukölln	ÖTV								„RGO"		16	2								
KWU	IGM			9	Linke Liste			5	„RGO"			1	Unabhängige			4				
Orenstein & Koppel	IGM		55		Arbeiterliste		45	5												
Pegel & Sohn	BSE				Liste aktiver Gew.			2									2 Abteilungslisten		13	3
Schering Arbeiter	IG Chemie	927	77,2	9	Kontra	225	18,7	1												
Angestellte	IG Chemie	959	47,9	9	Kontra	294	14,7	3					DAG	703	35,1	7				
Siemens-Bosch									„RGO"		27	3								
Witten Siemens	IGM		32	4					„RGO"		30,9	4	–			3				

Ort/Betrieb	DGB Liste	Stimmen	in %	Sitze	Linke Liste	Stimmen	in %	Sitze	„RGO" Liste	Stimmen	in %	Sitze	Rechte Liste	Stimmen	in %	Sitze	Sonstige Liste	Stimmen	in %	Sitze
Hamburg Beiersdorf	IG-Chemie		57,5	17	Alternative	470	13,5	3					DAG/ Unabh.		27,7	7				
Broschek	IG-Druck			5	Argumente		30	4									–			2
Daimler-Benz	IGM		67,2	11	Alternative		23,6	4					CMV		9,2	1				
HAW (Aluminium)	IG-Chemie		29,5	3	IGM-Linke		33,6	3												
					IG Chemie Linke		39,9	3												
HDW	IGM	2.346	78,2	18	Kollegengruppe	463	15,4	3					CMV	192	6,4	1				
HHLA	ÖTV	1.959	61		Alternative	1.045	32	8	„RGO"	171	5	1								
IDUNA					Alternative			1												
Lufthansa Arbeiter Angestellte	ÖTV	1.917		13	Information	386	14,7	2												
Angestellte	ÖTV(1)	794		7									„Unabh."	155	–	1				
	ÖTV(2)	281		2									Alternat.	141	–	–				

11. DGB- Kongreß:

Bruderbund zwischen DGB und SPD-Regierung bestätigt

Das sogenannte „Parlament der Arbeit", der 11. Bundeskongreß des DGB, hatte weniger denn je mit einer kämpferischen Alternative der DGB-Gewerkschaften zu den Angriffen der Kapitalistenklasse und ihrer Regierung auf Löhne und Sozialleistungen sowie die demokratischen Rechte zu tun. Es gab nur zwei Höhepunkte auf diesem Kongreß, die seinen Verlauf am besten dokumentieren. Da war der bewegende Vorgang vom Eröffnungtag am 22.5.: DGB-Nordmark-Chef Jan Sierks, Mitglied der schleswig-holsteinischen rechten Mafia im DGB (um Leute wie Schwalbach & Co.) überreichte DGB-Chef Vetter eine „Prinz-Heinrich-Mütze", Symbol des Bundeskanzlers Helmut Schmidt. Sierks: *„Nach dem Vorbild des Bundeskanzlers soll diese Mütze künftig vor harten Winden schützen"* („Morgenpost", 23.5.) — die beiden sozialdemokratischen Parteifreunde waren gerührt, die Mehrheit der sozialdemokratischen Delegierten desgleichen. Kaum deutlicher ließ sich die Übereinstimmung zwischen der Führungsriege des DGB und der SPD-Bundesregierung symbolisieren, die diesen Kongreß der Schönwetterreden von Regierungsvertretern und Parteienrednern bestimmte.



Helmut und Heinz-Oskar: Vetternwirtschaft ...

Zweiter Höhepunk(war die Bereinigung einer Panne: Eingebracht vom Bundesjugendausschuß stand ein Antrag zur Beratung, der u.a. forderte: 35-Stunden-Woche, Sechs Wochen Jahresurlaub, zwei Wochen Bildungsurlaub, Herabsetzung des Rentenalters. Die DGB-Führer konzentrierten sich darauf, den Passus zur Arbeitszeitverkürzung „Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden" durch Streichung von „auf 35 Stunden" kongreßgemäß im Sinne der Unverbindlichkeit zu belassen. Die Führer kamen in diesem Fall nicht durch, was allerdings für die konkrete Durchsetzung dieser Forderung nichts bedeutet. Der Zappel ging allerdings an einer anderen Frage los: wurde doch in dem Antrag auch die *„Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie, der Banken und Versicherungen"* gefordert (übrigens Bestandteil der Programme vieler Einzelgewerkschaften). Das wiederum brachte die Führer der für Banken und Versicherungen zuständigen HBV auf die Barrikaden. Sei es, daß sie um die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Bank-Chefs fürchteten, sei es, daß sie ihre Existenz gefährdet sahen, weil möglicherweise für eine verstaatlichte Bank dann die ÖTV zuständig sein würde. Fieberhaft wurde überlegt, wie man diesen Beschluß vom Tisch bekommt. Der DGB-Bundesvorstand tagte, die Chefs der 17 Einzelgewerkschaften (übrigens erstmals 17, die Gewerkschaft der Polizei war — auch kongreßgemäß — neu dabei, mit zehn Delegierten). Oskar Vetter, diesmal für vier statt drei Jahre (in diesem Zeitraum finden laut Beschluß zukünftig die Kongresse statt) neugewählter Gewerkschaftsboß, übernahm mit seiner ganzen Autorität das Tagungspräsidium, um die Peinlichkeit auszubügeln: Solche Fragen sollte man lieber rauslassen, in zwei Jahren finde eh ein Sonderkongreß zum DGB-Grundsatzprogramm statt, da könne das dann wieder behandelt werden. Der Boß sprach, die große Mehrheit der Delegierten gehorchte brav. Nicht, daß es hier wirklich um ein ernsthaft gesellschaftsveränderndes Problem ging, bewahre. Nein, dieser Beschluß störte nur die Harmonie, die Optik des Kongresses. Wolle man doch der Springer-Presse, die begierig — und enttäuscht — nach „radikalen Klassenkampftönen" suchte, nicht einmal dies gönnen.

Zu erwähnen bleibt noch die Diskussion um die „Konzertierte Aktion". Die IG Druck hatte immerhin einen Antrag zum endgültigen Austritt gestellt. Durchgesetzt hat sich ein IGM-Antrag, der die Einstellung der Mitarbeit in der „Konzertierten Aktion" für so lange fordert, wie die Unternehmerverbände ihre Klage gegen das Mitbestimmungsgesetz nicht zurückgezogen haben. Grundsätzlich wird aber die Bereitschaft zur Mitarbeit betont. Wenn Oskar Vetter mehrfach auf dem Kongreß betonte, daß der „Spielraum" für die Gewerkschaften enger werde, da man sich in der „Defensive" befinde, so drückt er damit die Sorge aus, daß das Feld „sozialpartnerschaftlicher Politik immer enger wird. Daher will man bei allen radikalen Tönen wegen der Mitbestimmungsklage nicht den Bruch mit den Unternehmern. Fazit der Wochenzeitung „Zeit" (26.5.):

„Im übrigen freilich sorgt ein bewährtes Kompromißritual auf dem Kongreß dafür, daß nichts so heiß gegessen wird wie gekocht. Klare, radikale Entscheidungen fallen da nicht. So brauchte sich auch die Regierung keine Sorgen zu machen ob Rentenkonzept oder Konzertierte Aktion — da werden keine Brücken abgebrochen."

Metall

Arbeitsplätze: Aussichten düsterer!

Die zunehmenden Rationalisierungen und Werkstillegungen beginnen mittlerweile auch IGM-Vorstandsmitglied Janzen Kopfschmerzen zu bereiten. Er spricht von einer *„sozialen Katastrophe, die uns in Kürze durch die ständig steigende Arbeitslosigkeit bevorsteht, sofern keine Lösung gefunden wird."*

Experten sprechen davon, daß in 20 Jahren 80% der noch vorhandenen Arbeitsplätze vernichtet sein werden. Das Rationalisierungskuratorium der Wirtschaft (RKW) meint. *„Der Facharbeiter wird überflüssig. An seine Stelle tritt eine Hilfskraft, die lediglich die Maschinen bedienen muß."* (zit. nach WT, 4.5.78).

Im Bürobereich werden wahrscheinlich bis 1990 die Hälfte der 5 Mill. Angestellten, die als Schreibkräfte und Korrespondenten tätig sind, „freigesetzt". Im Durchschnitt sind 43% aller Büroarbeiten formalisierbar und 25 bis 30% automatisierbar (Spiegel, 17.4.78).

DGB-Vorsitzender Vetter hat im Gegensatz zu Janzen noch großes Vertrauen in die kapitalistische Ordnung der BRD. Lt. Spiegel-Interview vom 24,4,78, erwartet er, *„daß die Marktwirtschaft sich als flexibel genug erweist, um die Arbeitslosen wieder in Lohn und Brot zu bringen"* und fordert die 35-Stunden-Woche oder eine andere entscheidende Verkürzung der Arbeitszeit, wobei er allerdings den vollen Lohnausgleich ‚vergißt".

Am 24.4.78 sprach sich Wirtschaftsminister Lambsdorff in der FR gegen die von der IG-Druck und der IGM abgeschlossenen Rationalisierungsabkommen aus. Es würden sich daraus „schwerwiegende wirtschaftliche Probleme" ergeben. *„Insbesondere würden dadurch der technologische Fortschritt behindert und – soweit er dennoch stattfindet – die Ergebnisse ausschließlich einzelnen Gruppen zugutekommen."*

Daß der „technologische Fortschritt" nicht in jedem Fall behindert wird, zeigen unzählige Beispiele gerade aus der letzten Zeit:

SEL, Stuttgart will in absehbarer Zeit das Rundfunkwerk Rastatt schliessen. Die Fertigung von Rundfunkgeräten soll in die bestehenden Fernsehgerätewerke Bochum und Altena verlegt werden. Von dieser Stillegung sind 900 Beschäftigte betroffen, wobei Rastatt sowieso schon die höchste Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg hat! Insgesamt baut SEL seit 1976 ständig seinen Personalstand ab, bei stetig steigendem Umsatz (1976= mehr als 2694 Milliarden DM; 1977= 2735 Milliarden DM; 1978 werden 2950 Milliarden DM erwartet).

Waren es 1976 noch 33.878, so gab es 1977 nur noch 32.775 Beschäftigte. Ein weiteres Absinken zum Ende d. J. auf ca. 30.000 Beschäftigte gilt als möglich.

Z.Zt. wird in drei Werken kurzgearbeitet. Seit geraumer Zeit wird überlegt, zumindest einen Teil des Mannheimer Werkes nach Westberlin zu verlagern. Was aus den 850 dort Beschäftigten werden soll, ist noch unklar (alle Angaben nach FR, 10./16.5.78).

• • •

Klöckner. Auf der Jahrespresse-Konferenz kündigte der Chef der Klöckner-Werke, Gienow, 1200 Entlassungen bis Ende 1978 an. Außerdem sollen 130 Beschäftigte vom Werk Osnabrück nach Georgsmarienhütte versetzt werden, lt. Arbeitsdirektor Buchholz.. Im Werk Osnabrück wird außerdem die Stillegung des Stahlwerkes, der -gießerei, der -putzerei, der Modelltischlerei und des Weichenbaus erwogen, was zu Massenentlassungen führen würde. Die von den Klöckner-Kapitalisten ständig beklagten „schlechten Erlöse" ließen andererseits jedoch die Beteiligung bei Holstein und Kappert (Spezialmaschinenbau) zu, die *„in drei Kontinenten vertreten sind und über ein weltweites Netz von Vertriebs- und Kundendienstgesellschaften verfügen".* Außerdem haben sie zum 1. Oktober 1977 Becorit-Grubenausbau aufgekauft und Klöckner-Becorit gegründet (alle Angaben nach KVZ, 1.5.78).

• • •

Der Vorstand von **Hanomag, Hannover-Linden** hat für dieses Jahr erneut Kurzarbeit angekündigt. Evtl. stehen sogar Schließungen ganzer Abteilungen bevor.

1967, als Hanomag vom Rheinstahl-Konzern, an dessen Spitze Toni Schmücker stand, aufgekauft wurde, gab es bei Hano noch 10.000 Beschäftigte. Seitdem ging es mit den Entlassungen Schlag auf Schlag. Schmücker – heute Boß bei VW – wurde damals wegen seiner rücksichtslosen Rationalisierungen „Schrumpf-Toni" genannt. Der LKW-Bau wurde von Flick aufgekauft, der Motorenbau ging an Volvo, es folgten Schlepper- und Landmaschinenbau. Im Februar 72 waren bei Hanomag nur noch 4.800 Arbeiter beschäftigt. Nach dem Verkauf an Massey-Ferguson folgten ständigen Neueinstellungen regelmäßig Entlassungen. Und heute sind die noch verbliebenen 3.500 Arbeitsplätze durch die bevorstehende Kurzarbeit in Gefahr (UZ, 12.5.78).

Bei **Fritz Werner**, dem größten DIAG-Werk in Westberlin, sind erhebliche Rationalisierungen geplant.

Laut Geschäftsführer Fleck schaffen dort 1.100 Arbeiter nur 2/3 von dem, was vergleichbare Betriebe mit 1000 Arbeitern schaffen. Geplant ist u.a., die Akkordzeiten um **50 bis 100%** zu erhöhen! Vor zwei Jahren, als bei F. Werner Massenentlassungen anstanden, hatte der damalige BR jeder Kündigung zugestimmt mit der Begründung, daß dadurch ein großer Teil der noch verbleibenden Arbeitsplätze erhalten bliebe (alle Angaben KVZ, 15.5.78).

• • •

Bei dem **Bonner Fliesen- und Keramikhersteller, den Wessel-Werken**, stehen Massenentlassungen an. Wieviele der rund 730 Beschäftigten davon betroffen sind, steht noch nicht fest. Die Geschäftsführung, zu der auch der Schleyer-Nachfolger Fasolt gehört, hat zunächst für 200 Kollegen Antrag auf Entlassung gestellt. Die beiden stellvertretenden Geschäftsführer haben sich mittlerweile bis auf weiteres beurlauben lassen (HB, 17.5.).

• • •

Die **Werkzeugmaschinenfabrik Froriep, Mönchengladbach**, die zur Schieß-AG (Düsseldorf) gehört, soll geschlossen werden. Damit werden 450 Arbeitsplätze vernichtet.

In einem Schreiben des Schieß-Vorstandes an die Belegschaft, das unmittelbar vor einer arbeitsfreien Woche einging – wohl um so eine schnelle Reaktion des BR und der Belegschaft zu verhindern – wurde die Beschäftigungsmöglichkeit im Stammwerk Düsseldorf in Aussicht gestellt. Dies würde nicht nur einen für viele Kollegen unmöglichen Ortswechsel bedeuten; der Betriebsrat hält die Perspektive, alle Beschäftigten in Düsseldorf zu übernehmen, auch für unrealistisch (UZ, 12.5.78).



Spontaner Streik bei Ortmann + Herbst

Hamburg: Am Freitag vor Pfingsten, den 12.5., wurde von 9.30 bis 15.30 bei O+H spontan die Arbeit niedergelegt. Die Forderung lautete DM 0,80 mehr pro Stunde für die Arbeiter und 140, 00DM mehr Gehalt für die Angestellten. Die Aufträge sind enorm gestiegen, die Arbeitsbelastung ist entsprechend gestiegen, nur der Verdienst nicht. Außerdem werden reichlich Überstunden sowie Samstage gearbeitet. Die Kollegen wollten nicht, wie im letzten Jahr, mit einer einmaligen Sonderzahlung abgespeist werden. Zum anderen liegt das Lohnniveau bei O+H sowieso unter dem anderer Hamburger Metallbetriebe.

Aus diesen Gründen war die Streikbereitschaft sehr groß. Es gab in den Werkshallen nur ganz vereinzelt Leute, die arbeiteten. Im Werk II stand die Streikfront geschlossen. Die Angestellten beteiligten sich ebenfalls zahlreich, ein großer Teil der Kollegen aus dem „Technischen Büro" hat fast geschlossen gestreikt; aus anderen Abteilungen machten vereinzelt Kolleginnen und Kollegen mit. Allerdings gab es auch mehrere Abteilungen, die weitergearbeitet haben.

Der Betriebsrat wurde beauftragt, im Namen der Belegschaft die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung zu führen. Diese versuchte mit einem Trick, die Kollegen zur Arbeit zu bewegen. Sie meinte, die Bilanzen seien noch nicht abgeschlossen und sie könnten erst in ca. 14 Tagen eine konkrete Zusage geben. Prinzipiell würde sie aber die Forderung „für alle gleiches Geld mehr" ablehnen; die Angestellten seien sowieso überbezahlt. Daraufhin wurde weitergestreikt. Es fanden fünf Verhandlungen dieser Art statt, am Feierabend wurde der Streik vorerst abgebrochen. Die Geschäftsleitung mußte eine Lohn- und Gehaltserhöhung ab 1. Juni zugestehen, über die konkrete Höhe wird noch verhandelt.

Am 16. Mai führte der Betriebsrat die Verhandlungen weiter. In der Vertrauensleuteversammlung am gleichen Tage wurde der erneute Versuch der Geschäftsleitung, die Kollegen durch unterschiedliche Bezahlung zu spalten, entschieden zurückgewiesen. Es wurde der Geschäftsleitung eine Entscheidungsfrist bis zum 1. Juni gesetzt.

Eine Genossin von Ortmann und Herbst

ÖTV

Teilzeitarbeit für Beamte — auch eine Art zu rationalisieren

Nach einem Gesetzentwurf aus dem Innenministerium darf zukünftig jeder Beamte entscheiden, wieviele Stunden er in der Woche arbeiten möchte. Das sieht der *„Entwurf eines Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften"* vor.

Jeder Beamte kann danach einen Antrag auf Teilzeitbeschäftigung stellen, *„sofern das Aufgabengebiet seines Amtes es zuläßt und dienstliche Interessen nicht entgegenstehen"* (Zitat aus Ges.-Entwurf, nach ÖTV-Magazin, 5/78).

Dieser Antrag gilt jeweils vier Jahre und kann auf Wunsch auf weitere vier Jahre verlängert werden. Natürlich werden die Dienstbezüge im gleichen Verhältnis wie die Arbeitszeit gekürzt! Zurückkehren zur vollen Stundenzahl kann der Beamte nur mit Genehmigung der zuständigen Behörde. Teilzeitbeschäftigte Beamte sollen „in der Regel", wie es so schön heißt, keine Genehmigung für eine Nebentätigkeit in der Privatwirtschaft erhalten.

Der Traum von mehr Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst

Die ÖTV-Führung ist von diesem Entwurf begeistert, weil er *„ein nicht unwesentlicher Beitrag zur Entlastung der derzeit angespannten Arbeitsmarktlage"* sein soll. *„Nach Informationen der ‚Morgenpost' sind 10 Prozent aller Beamten – das sind rund 120.000 – an einer Teilzeitarbeit interessiert. ... Legt man diese Zahlen zugrunde, dann könnten nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes 43.000 neue Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst geschaffen werden"* („MoPo", 29.3.78).

...und die rauhe Wirklichkeit

In einer Untersuchung des Hamburger Senats über *„Teilzeitbeschäftigung im Öffentlichen Dienst"* klingen ganz andere Töne an.

Als *„Vorteile der Teilzeitarbeit wurden von Behörden genannt:*

- *In Krankheitsfällen und bei Urlaubsregelungen kann durch Teilzeitarbeit eine bessere Arbeitsaufteilung und eine stärkere Kontinuität der Leistung erreicht werden.*
- *Bei Einsparung im Personalbereich (!) kann mit Hilfe der Teilzeitbeschäftigten ein geplanter Personalabbau den Erfordernissen der einzelnen Behörden flexibler angepaßt werden (!), das heißt, wenigstens eine weiterhin teilweise Aufgabenerfüllung ist in dem durch Ersparungen betroffenen Bereich möglich.*
- *Die Mehrheit der Behörden gab auf Befragung bei Teilzeitbeschäftigten eine höhere Produktivität am Arbeitsplatz an als bei Vollzeitbeschäftigten (!)"* (Staatliche Pressestelle Hamburg, Juni 76, Seite 5).

Es wird deutlich, daß bei diesen Plänen zuallerletzt an das Wohl der Beamten gedacht wurde und schon gar nicht daran gedacht wird, durch Teilzeitarbeit mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Es geht hier nur darum, auf einfache Weise Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Wie konkret diese Gedanken sind, kann man schon in den Verwaltungen einiger Krankenhäuser sehen, in denen schon auf Computer umgestellt wird. Auch bei der Justiz wird automatisiert *„Betroffen sind in erster Linie das Mahnverfahren und das Grundbuchwesen. In diesen ständig anwachsenden Gebieten soll schrittweise die automatisierte Datenverarbeitung (ADV) eingeführt werden"* („MoPo", 23.3.78).

Daß dabei Arbeitsplätze vernichtet werden, ist wohl bekannt. Nicht zuletzt sind auch hier die Frauen besonders betroffen. Denn wenn es mit der Freiwilligkeit der Beamten bei der Teilzeitarbeit nicht so recht klappt, wird man schon einige verheiratete Frauen finden, denen man das „anbieten" kann. Dieses äußerte auch eine Delegierte der Postgewerkschaft auf dem 10. Beamtentag des DGB: *„Eine Delegierte, ..., warnte vor mehr Teilzeitarbeit, die im Grunde genommen nur dazu diene, den Frauen das volle Recht auf Arbeit abzusprechen"* („FR", 23.2.78).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Aufruf zur Solidarität mit Manfred Schwanbeck

Nebenstehend drucken wir einen „Aufruf zur Solidarität mit M. Schwanbeck"' ab. Zur Erläuterung des Aufruftextes sind noch zwei Anmerkungen zu machen:

1. Die ÖTV-Führung (also Hans Schwalbach) hat den Verfassungsschutz nicht auf Grund einer „Denunziation" auf Manfred angesetzt. Die Beschattung Manfreds ist vielmehr schon vor seiner Einstellung vorsorglich von Schwalbach in die Wege geleitet worden.

2. Das Ausschlußverfahren, das gegen Manfred eingeleitet worden ist (und wo eine Stellungnahme des ÖTV-Hauptvorstandes immer noch aussteht), wird nicht mit „gewerkschaftsschädigendem Verhalten", sondern mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen begründet.

Die Aufrufe können über die angegebene Adresse bezogen werden. Zur Zeit wird vom Unterstützerkreis an der Herausgabe einer Broschüre gearbeitet, die den Fall „Schwanbeck/Schwalbach" dokumentiert.

KB / Gruppe Kiel

Aufruf zur Solidarität mit M. Schwanbeck

Was ist geschehen?

Am 1.12.1977 wurde Manfred Schwanbeck als hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär von der ÖTV-Kreisverwaltung Kiel eingestellt. Am 9.2.1978 bekam er seine Kündigung, verbunden mit sofortigem Arbeitsverbot. Am 16.3.1978 wurde ihm schriftlich mitgeteilt, daß der Kreisvorstand ein Ausschlußverfahren gegen ihn eingeleitet habe.

Wie kam es zu dieser Entlassung?

Nicht etwa, weil seine Arbeit der ÖTV-Führung mißliebig war, oder er sonst unliebsam aufgefallen wäre, wurde der Kollege entlassen. Einzig und allein eine Denunziation von dritter Seite, Manfred sei Mitglied im Spartacus-Bund, wurde zum Anlaß genommen, ihn zu entlassen. Ohne den Kollegen von der Denunziation zu informieren oder mit ihm zu sprechen, schaltete ÖTV-Bezirksleiter Hans Schwalbach den Verfassungsschutz ein, der auf sein Betreiben hin Manfred Schwanbecks Wohnung in dessen Abwesenheit durchsuchte. Dabei mitgenommene „Indizien" wurden auf einer Pressekonferenz vorgezeigt. Als sich aufgrund dieser Vorgänge ein Unterstützerkreis aus Kieler Gewerkschaftern zusammenfand, wurde das erste Flugblatt, in dem ein Brief von M. Schwanbeck an die von ihm betreuten Kollegen abgedruckt war, zum Vorwand genommen, gegen ihn ein Ausschlußverfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens einzuleiten.

Dabei mitgenommene „Indizien" wurden auf einer Pressekonferenz vorgezeigt. Als sich aufgrund dieser Vorgänge ein Unterstützerkreis aus Kieler Gewerkschaftern zusammenfand, wurde das erste Flugblatt, in dem ein Brief von M. Schwanbeck an die von ihm betreuten Kollegen abgedruckt war, zum Vorwand genommen, gegen ihn ein Ausschlußverfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens einzuleiten.

Wer ist Manfred Schwanbeck?

Manfred Schwanbeck kam zu seinem Posten als Gewerkschaftssekretär nicht zufällig. Bei seiner Anstellung hatte er eine mehrjährige ehrenamtliche Tätigkeit in der ÖTV Kiel hinter sich. So baute er eine Betriebsgruppe im Rathaus mit auf und war drei Jahre lang Vorsitzender des Kreisjugendausschusses. Fast alle Jugendbetriebsgruppen, die heute in Kiel existieren, wurden von ihm initiiert. Aufgrund seines Einsatzes für die Gewerkschaft und des Vertrauens, das er sich an der Gewerkschaftsbasis erworben hatte, bekam er am 1.12. 1977 den Posten als Sekretär, zuständig für die Bereiche Jugenarbeit, Sozialarbeit, Gesundheitswesen, Wissenschaft und Forschung sowie die privatwirtschaftlichen Bereiche.

Dort betrieb er eine konsequente gewerkschaftliche Politik für die Interessen der Kollegen:

- *So ist es u.a. ihm zu verdanken, daß im Hafenarbeiterstreik im nicht bestreikten Kieler Hafen Schiffe aus bestreikten Häfen nicht entladen werden konnten.*
- *So setzte er im Bereich Gesundheitswesen einen besonderen Schwerpunkt auf die Arbeit gegen die zunehmenden Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen und trat u.a. für Arbeitszeitverkürzung ein.*
- *Im Bereich Sozialarbeit unterstützte er die Bestrebungen der Kollegen, die Abteilung Sozialarbeit neu einzurichten.*
- *Im Jugendbereich setzte sich Manfred Schwanbeck für überbetriebliche Ausbildung und Erhöhung und Vereinheitlichung der Ausbildungsvergütung ein.*

All dies zeigt, daß Manfred Schwanbeck Gewerkschaftsarbeit im Interesse der Kollegen leistete und ihr Vertrauen besaß. Seine Entlassung und der drohende Ausschluß sind nicht zu rechtfertigen! Manfred Schwanbeck muß weiterarbeiten!

Rücknahme der Kündigung !
Rücknahme des Ausschlußverfahrens !

Bisherige Unterzeichner:
Heinz Brandt (IGM); G. Bosholt, Kiel (HBV); N. Cobabus, Frankfurt, Personalratsvorsitzender (ÖTV); H. Gripp, Kiel, Betriebsrat (HBV); R. Gutzeit, Kiel (GEW); A. Günther, Kiel (CPK); W. Hülsberg, Vertrauensmann, Mitglied des Bundesvorstands SJD – Die Falken (ÖTV); J. Schulz, Kiel (HBV); J. Szafranski, Kiel (GEW).

Außerdem bisher über 500 Gewerkschafter aus dem gesamten Bundesgebiet, darunter Betriebsräte, Delegierte, Vertrauensleute und ganze Betriebsgruppen.

Das Unterstützungsbüro hat Spenden bitter nötig! Spendet auf das Konto K. Engert, Kieler Spar- und Leihkasse, Konto Nr. 25110016, Stichwort M. Schwanbeck

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: ABM = Arbeiten. billig und mehr!

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: ABM = Arbeiten, billig und mehr!

Arbeitslose Kollegen können nach dem Arbeitsförderungsgesetz dazu verpflichtet werden, in staatlichen Verwaltungen und Betrieben für ca. sechs bis neun Monate zu arbeiten. Sie sind besonders billig für den Staat, da 90 % des Lohnes von der BfA bezahlt werden, nur 10 % durch die jeweilige Behörde.

Billig auch, weil durch die ABM-Kollegen Planstellen besetzt werden, auf denen normalerweise voll bezahlte Kollegen arbeiten müßten. Durch die ABM wird der Arbeitskräftebedarf der Behörden gedrückt und verfälscht. Die ABMler sind die Angeschmierten:

- sie können zur ABM verpflichtet werden, Parallelen zum Reichsarbeitsdienst liegen nahe;
- sie erhalten einen Lohn, der unter dem vorher verdienten liegt (weil sie in der Regel minder qualifizierte Tätigkeiten machen müssen)
- werden sie wieder arbeitslos, wird das neue Arbeitslosengeld nach dem ABM-Verdienst berechnet;
- im Öffentlichen Dienst allgemein gültige Regelungen, z.B. über Sonderurlaub, gelten nicht für ABM;
- sie haben keinerlei Interessensvertretungsorgane, was auch durch die befristeten Arbeitsverhältnisse erschwert wird.

In Westberlin ist die Situation besonders krass. Im Frühjahr 1978 arbeiteten dort 3.000 ABM-Angestellte und 4.000 ABM-Arbeiter. Ganze Abteilungen bestanden fast nur aus ABM-Kräften.

Dagegen haben sich die 3.000 ABM-Angestellten zusammengetan. Sie wählten Vertrauensräte für die einzelnen Dienststellen und einen Gesamtvertrauensrat. Diskussionsrunden wurden veranstaltet und eine Broschüre erstellt („Von der Arbeitslosigkeit wieder in den Arbeitsdienst"). Erste Reaktion der Behörden: Kündigungsdrohungen für Interessensvertreter. Weiterhin wurde grundsätzlich die politische Überprüfung für alle ABMler möglich!

Der neueste und auch schwerste Schlag: Arbeitgeber, DAG und ÖTV handelten ohne ABM-Kollegen einen neuen Tarifvertrag aus. Durch ihn sollen die jetzigen Vertrauensräte bis zum 30.4.1978 abgesetzt und der Gesamtvertrauensrat aufgelöst werden. Der alte Tarifvertrag war zuletzt 1958 geändert worden!

Die neuen Vertrauensräte unterliegen neuen Einschränkungen.

- Vollversammlungen dürfen nur vom Dienstherrn (also dem Arbeitgeber) (!) einberufen und durchgeführt werden;
- nicht mehr alle, sondern nur noch außerordentliche Kündigungen unterliegen dem Mitbestimmungsrecht des Vertrauensrates.

Das Vorgehen der ÖTV bei der Zerschlagung der Interessensvertretungsorgane verdient genauer erläutert zu werden:

- die ÖTV, vertreten durch einen „Kollegen" aus der Bezirksleitung, verhandelte ca. ein halbes Jahr mit dem Arbeitgeber, ohne die ABMler davon zu informieren. Nicht einmal die in der ÖTV organisierten ABM-Kollegen wußten von den Verhandlungen.

Im März 1978 unterrichtete sie der Dienstherr von der Kündigung des Tarifvertrages. Der ÖTV-Verhandlungsführer weigerte sich, den neuen Tarifvertrag den ABM-Kollegen zur Kenntnis zu geben. Er selbst hatte ihn zu diesem Zeitpunkt schon unterschrieben.

Inzwischen haben verschiedene ÖTV-Betriebsgruppen ihre Solidarität mit den ABM-Kollegen bekundet. Diese wollen eine Protestversammlung durchführen.

Ihr Ziel:

Neuer Tarifvertrag, Verhandlungen nur unter Mitwirkung von betroffenen Kollegen!
Für den Erhalt der eigenständigen Interessenvertretung und deren Organe!
Umwandlung der ABM-Stellen in Planstellen!

(Quellen: ABM-Extra-Nachrichten, Berlin im April 1978 und der Extra-Dienst)

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Druck

Nachlese zur Aussperrung in München

Während der Tarifauseinandersetzung um die Einführung neuer Techniken hatte die Geschäftsleitung des „Münchener Zeitungsverlages" die gesamte Belegschaft drei Wochen ausgesperrt. Nachdem sie nun ihre Aussperrung zurückgenommen hatte, versuchte die Geschäftsleitung, die Belegschaft mit dummen Sprüchen zur Arbeit zu bewegen. Zum vorgesehenen Produktionsbeginn hatte sie sogar das Fernsehen eingeladen. Allerdings waren die Drucker und Setzer nicht bereit, die wochenlange Aussperrung so schnell zu vergessen; sie ließen es langsam angehen und bildeten immer wieder Diskussionsrunden. Ein großer Teil der Belegschaft verließ sogar den Betrieb, um erst am nächsten Tag die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Geschäftsleitung wollte sich das aber nicht bieten lassen und drängelte unter Einschaltung des Kapitalistenverbandes die örtliche DruPa-Führung, ihre Mitglieder zur Arbeitsaufnahme anzuweisen. Auch der Betriebsrat bekam ein Schreiben mit der Aufforderung, seine „Verantwortung" wahrzunehmen und die Belegschaft zur Arbeit anzutreiben, wozu Betriebsräte nicht mal nach dem reaktionären BetrVG verpflichtet sind.

Die Betriebsräte sind dieser Aufforderung auch nicht nachgekommen. Daraufhin kündigte die Geschäftsleitung zwei Mitgliedern des Betriebsrates, was natürlich vom Betriebsrat abgelehnt wurde. Die Geschäftsleitung ist jetzt vors Arbeitsgericht gegangen, um die Kündigung dort durchzusetzen. Zwei Schreiben des Landesbezirks der DruPa, daß es auch eine Maßregelungsklausel im Tarifvertrag gibt, wurden von der Geschäftsleitung nicht mal beantwortet.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

demokratie in gefahr

Die delegiertenversammlung des ortsvereins Hamburg der IG Druck und Papier hat am 17. april beschlossen:

„Die delegiertenversammlung des ortsvereins Hamburg der IG Druck und Papier ist zutiefst besorgt über die faschistischen und neofaschistischen entwicklungen und umtriebe in der Bundesrepublik Deutschland.

Sie stellt fest, daß die stattfindenden aufmärsche neuer und alter faschistischer verbände und organisationen und die von ihnen durchgeführten nazistischen propagandaaktionen verfassungswidrig und eine verhöhnung des völkerrechts sind.

Durch dieses offene und provokatorische auftreten und ebenso durch die in zahlreichen schriften, zeitungen, in literatur und film stattfindende verharmlosung von nazi-verbrechen oder deren umfälschung zu heldentaten soll die öffentlichkeit, besonders aber die jugend, für neofaschistische anschauungen empfänglich gemacht, soll der faschismus rehabilitiert werden.

Die delegiertenversammlung sieht in dieser entwicklung eine ernsthafte gefahr für den bestand der demokratie in der Bundesrepublik Deutschland.

Sie unterstützt deshalb den aufruf von nationalen und internationalen verbänden ehemaliger widerstandskämpfer und opfer des nazismus zur internationalen antifaschistischen demonstration und kundgebung am 22. april 1978 in Köln und schließt sich den forderungen an:

- auflösung der verbände der ehemaligen SS
- verbot ihrer treffen und kundgebungen
- gegen die rehabilitierung des nazismus.

Sie fordert darüber hinaus von der bundesregierung wirksame maßnahmen für das verbot nazistischer und rassistischer organisationen und gruppen und für deren gerichtliche verfolgung. An die zuständigen staatlichen stellen richtet sie die forderung, die einhaltung der artikel 9 abs. 2 sowie 139 grundgesetz sowie die verfolgung von straftaten gem. §§ 86, 86 a und 130 StGB sicherzustellen."

aus: Zentralorgan der IG Druck und Papier 5/78

Chemie

Niedrigster Tarifabschluß des Jahres

Der Hauptvorstand der IG Chemie hat seine Androhung wahrgemacht und einen Tarifabschluß vorgelegt, der ganz seinen Vorstellungen von „Arbeitsplatzsicherung" entspricht. 4,3 %. **Das ist der bisher niedrigste Tarifabschluß in der Industrie in diesem Jahr.** Als „Bonbon" gab es noch zwei Tage mehr Urlaub. Damit ist der Hauptvorstand, der vor der Tarifrunde mit den bezirklichen Tarifkommissionen „vereinbart" hatte, daß die Verhandlungen zentral geführt werden, den Forderungen der Kapitalisten weitestgehend entgegengekommen. Seefelder, Präsident des Verbandes der chemischen Industrie, forderte vor der Tarifrunde eine Lohnpause, wegen der ach so schlechten wirtschaftlichen Lage der chemischen Industrie (immerhin sind die drei beherrschenden Betriebe dieser Branche, Hoechst, BASF, Bayer, auch dieses Jahr wieder in der Lage, ihren Aktionären 12 % Dividende auszuschütten, Milliarden zu investieren und davon noch den größten Teil im Ausland). Gleichzeitig forderten die Kapitalisten, daß die Kündigung des Manteltarifvertrages zurückgenommen wird. (Mit Beginn der Tarifrunde um den Lohnabschluß wurden die Verhandlungen um beide Tarifverträge zusammengezogen.) Das hat die IG Chemie zwar nicht getan, aber die Manteltarifverhandlungen bis zum Jahresende 1978 ausgesetzt (für den Preis von zwei Tagen mehr Urlaub). Die IG Chemie-Führung verkauft das ganze – natürlich – als Erfolg und insbesondere unter dem Motto der „Arbeitsplatzsicherung". Was von diesen Sprüchen die Kapitalisten halten, hat Seefelder auf einer Pressekonferenz deutlich gemacht: Die Konsequenz aus den überhöhten (!) Lohnabschlüssen ist der Personalabbau (FR, 11.5.78)!

Auch dieses Jahr war es der Gewerkschaftsführung möglich, diesen Abschluß weitgehend reibungslos über die Bühne zu bringen. Von den insgesamt 278 Mitgliedern der zwölf bezirklichen Tarifkommissionen stimmten 218 für den Vertrag, nur 51 dagegen und 9 enthielten sich der Stimme („gp" 5/78). Wobei der Schwerpunkt der Ablehnungen im Bezirk Nordmark mit drei Tarifkommissionen lag: in Hamburg, Westberlin und Schleswig-Holstein („Express" 5/78). Uns ist lediglich eine Protestresolution eines Vertrauensleutekörpers (Hoechst, Werk Hamburg) bekanntgeworden, die sowohl gegen den niedrigen Abschluß als auch gegen die zentrale Verhandlungsführung und den Nacht- und Nebelabschluß protestiert.

Chemie-Komitee

Hoechst: Schwefeldioxiddämpfe ausgetreten



Einer Meldung der Frankfurter Rundschau vom 6.5.78 zufolge sind am 3.5. wegen einer „technischen Störung" im Naphthol-Betrieb der Hoechst AG hochgiftige Schwefeldioxyddämpfe ausgetreten, die auch außerhalb des Werkes sich verbreiteten. Im Werk mußten drei Personen wegen Atembeschwerden auf die Krankenstation gebracht werden, auf einer ans Werk grenzenden Straße wurde ein Mann bewußtlos aufgefunden. Die Hoechst AG wollte nicht unbedingt einen Zusammenhang zwischen dem Bewußtlosen und den Schwefeldioxyddämpfen hergestellt wissen.

Im Vertuschen auch lebensbedrohender Umweltverschmutzung ist die Hoechst AG ja seit Jahren ganz groß! (Siehe auch nebenstehenden Artikel zur Giftmülldeponie)

Chemie-Komitee

Giftküche Hoechst

Die Werke Knappsack und Hürth der Hoechst AG haben ihre Giftmülldeponie in einem ehemaligen Braunkohle-Tagebau westlich von Köln. Sie gilt als größte ihrer Art in der BRD.

Nach einem Bericht der „UZ" (DKP) vom 15.4.78 wurde schon vor einem Jahr festgestellt, daß die Mülldeponie in hohem Maße undicht ist.

Ihre Abwässer, die Cyanid, Fluoride, Sulfide, Arsenverbindungen, Nitrite und Phosphate mit sich führen, werden keineswegs im Klärteich entgiftet, sondern lediglich mit Kraftwerksabwässern der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke verdünnt. Durch undichte Stellen gelangt dann das Gift in die Seen, die zum Kölner Naherholungsgebiet gehören. Im Köttinger See wurden Cyanid-Konzentrationen gemessen, die erheblich höher lagen als die Grenzwerte für Abwässer aus chemischen Betrieben. Der Grenzwert für Trinkwasser wurde um das Zehnfache überschritten. Die DKP stellte daraufhin Strafanzeige.

Die Hoechst AG dementierte damals selbstverständlich die Vorwürfe. Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen ein Gutachten und mehrere Stellungnahmen angefordert und erhalten, die den Vorwurf bestätigen.

Trotz der Ermittlungen ist noch keine Anklage gegen den Konzern von seiten der Staatsanwaltschaft erhoben worden!

Chemie-Komitee

7 fahrlässige Tötungen — 22 Körperverletzungen = 1 Jahr mit Bewährung!

Am 13.7.73 löste sich bei einem Monza-Steel-Autoreifen der Firma Metzeler Kautschuk AG die Lauffläche, und der Reifen platzte bei hoher Geschwindigkeit. Drei Menschen starben in den Trümmern ihres Autos (FR, 2.2.77).

Insgesamt ereigneten sich zwischen 1973 und 1975 in der Bundesrepublik zwölf dieser Unfälle (das sind lediglich die erwiesenen), bei denen insgesamt sieben Menschen ums Leben kamen und 22 verletzt wurden. Der Unfallhergang war stets derselbe: Bei meist hoher Geschwindigkeit löste sich explosionsartig der Laufstreifen eines Reifens, das Auto geriet ins Schleudern, prallte gegen eine Autobahnplanke und überschlug sich. Alle Autos hatten Monza-Steel-Reifen einer bestimmten Sorte (FR, 22.4.78).

Nachdem einige Nebenkläger aus einem eigens eingerichteten Fonds der Firma Metzeler „gütlich abgefunden" wurden (FAZ, 11.11.77), kam es Anfang März 78 zum Prozeß – natürlich nicht gegen den Metzeler-Konzern, sondern gegen den ehemaligen Leiter der reifentechnischen Entwicklung bei der Firma Metzeler, Anton Liebherr, bei dem das Gericht es als erwiesen ansah, daß er *„durch sein Verhalten dazu beigetragen hat, Fahrzeuge mit Hochgeschwindigkeitsreifen auszurüsten, die den Belastungen des Fahrbetriebes nicht standhielten" (FR, 22.4.78).*

Heraus kam ein Urteil, das angesichts z.B. solcher Urteile wie in den Grohnde-Prozessen geradezu zynisch ist: Ein Jahr mit Bewährung für sieben fahrlässige Tötungen und 22 fahrlässige Körperverletzungen!

Hinzu kommt, daß die Monza-Steel-Reifen nicht rechtzeitig zurückgerufen wurden!

Zynisch auch die Aussage im Handelsblatt vom 2.8.77 des Vorstandsmitgliedes der Firma Bayer und früheren Vorstandsvorsitzenden der drei Metzeler-Firmen, Günter W. Becker

„Wenn der Prozeß um den Höchstgeschwindigkeitsreifen Monza Steel möglicherweise Ende Oktober stattfindet, könnte dies zu einer Beeinträchtigung des gewinnträchtigen Winterreifenabsatzes führen. ‚Wir befürchten, daß sich daraus ein Musterprozeß über die Produzentenhaftung entwickeln könnte', meinte Becker."

Chemiekomitee

Vorsicht: Gefährliche Medikamente!

Obwohl in Japan 11.000 bis 20.000 Menschen an Folgeschäden durch Einnahme von Mitteln gegen Durchfall der Firma Ciba-Geigy litten (einige starben sogar), und die Medikamentenfirma 8 Millionen DM Schadensersatz zahlen mußte, ist in der BRD ein...

Verbot nicht vorgesehen

Antje Huber verweist auf Rezeptpflichtigkeit der Medikamente

enk. BONN, 19. April. Die Medikamente Mexaform, Entero-Vioform, Mexase und Intestopan sowie andere Mittel gegen Durchfall, deren Einnahme in Japan zu zahlreichen Todesfällen geführt hat, werden auch weiterhin in deutschen Apotheken erhältlich sein. Dies teilte die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Antje Huber, am Mittwoch in der Fragestunde des Bundestages mit.

Die Ministerin begründete diese Entscheidung mit dem Hinweis auf die „Verschreibungspflichtigkeit dieser Medikamente". Überdies seien den Ärzten bezüglich Dosierung und Anwendungsdauer genaue Richtlinien an die Hand gegeben worden. „Damit", so Antje Huber, „ist der bestimmungsgemäße Gebrauch weitgehend sichergestellt." Auch sei bisher in der Bundesrepublik kein Fall unerwünschter Wirkung bekannt geworden. Die Todesfälle in Japan sind nach Ansicht der Ministerin auf die von der Bundesrepublik unterschiedlichen Anwendungsgewohnheiten zurückzuführen.

(Frankfurter Rundschau 20.4.78)

HBV

Westberlin: Landesdelegiertenversammlung der HBV

Am 21.5. fand die jährliche Landesdelegiertenversammlung (LDV) Berlin der HBV statt. Zu Beginn trug Michael Pagels vom DGB dessen Thesen zum Thema Rationalisierung vor: Bis 1985 würden ca. 10 Mio. Arbeitsplätze wegrationalisiert sein und 2,5 Mio. Arbeitslose erwartet.

Darum wird der Staat aufgefordert, entspechend Arbeitsplätze zu schaffen und die Investitionslenkung einzuführen. In der anschließenden Diskussion bemerkten einige Kolleg(inn)en, daß das Problem der Rationalisierung nicht im Rahmen dieses Gesellschaftssystems zu lösen ist.

Nach dem Arbeitsbericht des Landesvorstandes kam man zur Beratung der annähernd 40 Anträge. Neben Anträgen zu bereichsspezifischen Problemen (Tarifvertrag für Rechtsanwalts- u. Notarbüros, zu den Kassenarbeitsplätzen, ...) und zum Thema Rationalisierung gab es auch viele Anträge mit allgemein-politischem Inhalt.

Harte Auseinandersetzungen wurden über den Antrag der Fachgruppe Buchhandel und Verlage zur „ersatzlosen Streichung des § 218" geführt. Die Antragskommission (Anko) hatte die Ablehnung dieses Antrages – als einzigen – empfohlen, da er sowohl dem Beschluß der HBV-Bundeskonferenz, als auch dem DGB-Beschluß entgegenstehe.

Die Diskussion ging um Fristenlösung oder ersatzlose Streichung, wobei ein Vertreter der Fristenlösung „argumentierte": *„Soll denn die Frau das Recht haben, einen Tag vor der Geburt noch abzutreiben?"* Das stieß dann aber doch auf den Protest einiger Delegiert(inn)en. Da allerdings in der Begründung des Antrages ein – in der Sache unwichtiger – Fehler war, wurde vorgeschlagen, den Antrag zurückzuziehen und zu überarbeiten.

Dieser Vorschlag wurde leider auch von einem Teil der Delegierten unterstützt, die sich für die ersatzlose Streichung ausgesprochen hatten, sodaß die Empfehlung auf Ablehnung des Antrages mit 37 zu 29 Stimmen bei 22 (!) Enthaltungen angenommen wurde.

Ein anderer Antrag – zum Bau von AKW's – löste leider nach bereits 10-stündigem Verlauf der LDV keine Diskussion aus, obwohl die Antragskommission auch ihn wesentlich verändert hatte.

Im Original hieß er: *„Die LDV spricht sich gegen den Bau von Kernkraftwerken aus, ..."* Die Anko änderte ihn: *„ ... gegen den Bau weiterer Kernkraftwerke ..."*.

Leider bestanden auch die Antragssteller nicht auf ihrem Antrag. Die geänderte Fassung ging mit drei Gegenstimmen und vier Enthaltungen durch.

Andere Anträge, wie z.B. zur Abschaffung der § 88a und 130a StGB gegen neonazistische Tendenzen, für antinazistische Ausrichtung des Schulunterrichtes, gegen das Verteilen der 1. Strophe des Deutschlandliedes an Westberliner Schulen (siehe AK 129, S. 20) und die Forderung nach Rücktritt des zuständigen Stadtrates Röseler (CDU) wurden mit großer Mehrheit angenommen (0 bis 7 Gegenstimmen bei noch über 80 Delegierten).

„Revisionistisches" am Rande: Zu Beginn der LDV wurde u.a. ein Initiativantrag mit der Forderung an den DGB, sich beim FDGB für die Freilassung Bahros einzusetzen, durch die Reihen gegeben (Ini-Anträge brauchen die Unterstützung von 10% der anwesenden Delegierten). Während er ca. 20 Min. vor Abgabeschluß noch mit über 20 Unterschriften (10 waren nötig) gesehen wurde, tauchte er dann erst wieder lange nach Abgabeschluß bei Kollegen auf, die man, vorsichtig ausgedrückt, als zur SEW tendierend bezeichnen muß.

Da ein Antragsteller nicht genannt war und niemand nach dem Antrag fragte, sei er auch nicht bei der Anko – trotz Hinweis auf den Abgabeschluß durch das Präsidium – abgegeben worden.

Auf den erregten Hinweis einer Kollegin, dieses Verhalten sei symptomatisch, entgegneten sie, die Kollegin hätte sich eben um ihren Antrag kümmern müssen. Damit war der Antrag zur sichtbaren Befriedigung dieser ‚Kollegen' vom Tisch.

HBV-Kollektiv
KB/Westberlin

Tarif-Info-Tarif-Info

Tarif-Info-Tarif-Info

Versicherungen

Der Abschluß bei Versicherungen entspricht dem der Banker: 5 % mehr Gehalt und 1-2 Tage mehr Urlaub. Die Auszubildenden erhalten 31,–, 35,– und 38,– mehr. Damit hält sich, auch der Abschluß bei Versicherungen im Rahmen der Lohnleitlinien. Der Ertragslage der Versicherungen entspricht dieses Ergebnis in keinem Fall. Ein Beispiel: Der größte Versicherungskonzern, die Allianz, schüttet 2o % Dividende pro Aktie aus.

Buchhandel

Am 11.5. fanden nach einem Jahr tariflosem Zustand wieder Verhandlungen im Buchhandel statt. Noch am selben Tag wurde mit 5,9 % abgeschlossen. Im vergangenen Jahr hatte die HBV-Gruppe Buchhandel/Verlage das Unternehmer-Angebot von 6,8 % abgelehnt. Zu dem von den Kollegen geforderten Streik kam es jedoch nicht, da er von der Landesbezirkskonferenz und vom Hauptvorstand in Düsseldorf nicht genehmigt wurde. Die daraufhin unter den Kollegen einsetzende Resignation wurde in diesem Jahr vom Hamburger Bezirksleiter A. Krause noch verstärkt, als er die von den Kollegen aufgestellte und auch von der Tarifkommission verabschiedete Forderung von 9,5 %, mindestens 15o,– DM im Alleingang änderte und seine Forderung den Unternehmern vorlegte (sie bewegte sich zwischen 13o,– und 19o,– DM).

Bei der Verhandlung selber machte er den anderen durch Zahlenspielerei eine Forderung von 85,– DM schmackhaft, nicht ohne natürlich immer zu betonen, daß für die schlecht bezahlten Buchhändler mehr herausspringen müsse. Für die Auszubildenden tritt die Gehaltserhöhung erst ab 1. August in Kraft!

Groß- und Außenhandel

Ein noch mieserer Lohntarif gelang der Gewerkschaft im Groß- und Außenhandel: hier werden die Stundenlöhne um 0,29 bis 0,50 DM angehoben. Das wären zwischen 50 und 90 DM (brutto) monatlich mehr, also deutlich unter den anderen Abschlüssen. Da wundert es auch keinen mehr, wenn Bundesarbeitsminister Ehrenberg auf dem DGB-Kongreß in Hamburg die Gewerkschaften – im Gegensatz zu früher – lobt und ihnen bestätigt, daß sie dafür sorgen würden, die Arbeitslosigkeit durch niedrige Tarifabschlüsse zu bekämpfen.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Gewerkschaft verkauft Reise-gesellschaft

Im letzten AK haben wir berichtet, was bei Neckermann nach der Rationalisierung durch die neuen Herren von Karstadt noch übrig bleibt: von 19.2oo Kollegen 1975 nur noch 8.3oo Kollegen 1978. Nun wird wieder mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung fusioniert: und zwar wird die gewerkschaftseigene GUT-Reisen an die Karstadt-Tochter „Neckermann und Reisen" (NUR) verkauft. Schon heute spricht man von 120 Entlassungen bei 42o Beschäftigten. Der Reisemarkt wird immer „überschaubarer": die Touristik Union International (TUI) hält 46 % Marktanteile in ihren braungebrannten Händen, die NUR bringt es nun auf 26 % (vorher 2o %) des Flugpauschalreisemarkts. Zwei Konkurrenten, die fast 3/4 des Marktes beherrschen – das reizt nicht nur zu Absprachen!

Versicherungszelle
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Besoldungsverschlechterungen wieder auf der Tagesordnung

Am 29. Mai wird die Bundesregierung über einen Referentenentwurf zum 7.Besoldungs„erhöhungs"gesetz beschließen. (Bekanntlich werden die Beamtengehälter nicht in Tarifverhandlungen sondern per Gesetz festgelegt.) Nach diesem Entwurf sollen die Anwärterbezüge um bis zu 16,1 % gekürzt werden. Auch die Beamtengehälter sollen erstmals nicht wie die der übrigen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst um die in den Tarifverhandlungen vereinbarten 4,5 % erhöht werden.

Die Kürzung der Anwärterbezüge geht zurück auf einen Beschluß des parlamentarischen Vermittlungsausschusses vom 5.10.77, in dem gefordert wurde, auch im Lehrerbereich die Anwärterbezüge zu kürzen, nachdem dies schon bei den Medizinern und im sozialpädagogischen Bereich mit Zustimmung der ÖTV geschehen war. Die schon für 1977 geplante Kürzung der Anwärterbezüge für einen bestimmten Lehrerbereich – die Stufenlehrer – wurde damals zugunsten der jetzt vorliegenden „Lösung" aufgegeben.

Die Abkoppelung der Beamten von den Angestellten und Arbeitern des Öffentlichen Dienstes wird damit „begründet", daß die durch das „Kindergeldurteil" des Bundesverfassungsgerichts nötig gewordene Nachzahlung an einige Beamte auf alle Beamte „umgelegt" werden müsse. Danach sollen die Gehälter der Beamten zwar um 4,5 % der sog. Ortszuschlag aber nur um 3,5 % erhöht werden.

Wohin die Reise gehen soll, zeigt die Aussage des Hamburger Finanzsenators Seeler auf der letzten Sitzung des Wissenschaftsrates am 6.3.78. *„Eine wirklich ins Gewicht fallende Finanzmasse ließe sich (allein) durch einen Verzicht (!) auf die alljährliche Besoldungserhöhung mobilisieren."* (GEW-Personalratswahl 78, Info 2). Auf dieser Sitzung wurde ebenfalls der Vorschlag gemacht, die Anfangsgehälter der Beamten im höheren Dienst (Gymnasiallehrer, Berufsschullehrer) zu senken.



Die Absicht der Regierung, die Lehrergehälter und dabei als erstes die Anwärterbezüge zu kürzen, ist nicht neu. Daß die Verwirklichung dieser Pläne bisher immer verschoben
nicht neu. Daß die Verwirklichung dieser Pläne bisher immer verschoben
wurde, ist nicht zuletzt der GEW Hamburg zu danken, deren Mitglieder sich vor einem Jahr in einer Urabstimmung zu 80 % für Streik gegen die Kürzungen ausgesprochen hatten. Nur massiver Druck der GEW-Bund konnte damals die Durchführung des Streiks verhindern. Damals ging es „nur" um die Gehaltskürzung eines Teils der Lehramtsanwärter, heute sind a l l e betroffen. Dazu kommt heute noch, daß a l l e beamteten Lehrer von Verschlechterungen der bisherigen Regelungen betroffen sind.

In dieser Situation will Frister offensichtlich schon den Ausbruch einer Diskussion über einen Streik in der GEW verhindern. Er und seine
einer Diskussion über einen Streik in der GEW verhindern. Er und seine
Anhänger aus einigen GEW-Landesverbänden waren daher auf einer zu diesem Thema einberufenen Vorstandssitzung der Hamburger GEW zur Stelle, um den „vorlauten" Hamburger Landesverband von Anfang an auf Kurs zu bringen. Wörter wie Streik oder Urabstimmung waren dann auch auf dieser Sitzung tabu. Allenfalls für den hessischen Landesverband konnte sich Frister die Drohung mit einer Urabstimmung vorstellen – denn in Hessen stehen bekanntlich die Landtagswahlen an. Ansonsten bietet Frister Spitzengespräche, Apelle, Unterschriftensammlungen und ähnliches als denkbare „Kampfmaßnahmen" an.
lungen und ähnliches als denkbare „Kampfmaßnahmen" an.

Diese Abwiegelungstaktik scheint beim Hamburger Landesvorstand, der noch vor einem Jahr zusammen mit den Mitgliedern die Urabstimmung getragen hatte, schon gefruchtet zu haben. So wurde aus den vorliegenden Vorschlägen die Erörterung über eine erneute Urabstimmung flugs gestrichen, um die Kollegen nicht auf ketzerische Gedanken zu bringen. Viel wird das nicht nützen. Eine Diskussion, warum nicht in dieser verschärften Situation e r s t r e c h t Urabstimmung und Streik anstehen, wird der Vorstand wohl kaum unterbinden können.

GEW-Bochum: Vor der Wahl

Bis zum 31.5. finden in der GEW Bochum Wahlen zu einem neuen Ortsvorstand statt, die aufgrund des Ausschlusses von neun Bochumer Vorstands- bzw. Redaktionsmitgliedern notwendig geworden sind. Zwei Kollektive stehen sich gegenüber: Einmal die auf Frister-Kurs eingeschworene Gruppe um den 2.Bochumer Vorsitzenden Lachmann, der mit seiner Denunziationspraxis bei den Gewerkschaftsausschlüssen kräftig mitgemischt hatte. Zum anderen Kollegen, die sich der alten Vorstandspolitik verbunden fühlen, gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse eintreten und sich insbesondere für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen einsetzen. Hatte der NRW-Landesvorstand noch vor kurzem (Brief vom 11.4.) scheinheilig versichert, er lehne eine *„irgendwie geartete Einfluß- oder Stellungnahme"* zu den Bochumer Vorstandwahlen *„entschieden"* ab, so liegt der Versuch einer ganz massiven Beeinflussung jetzt vor: GEW-Boß Frister wandte sich am 16.5. mit einem Schreiben an alle Bochumer GEW-Mitglieder, in dem er mit dankeswerter Offenheit klarmacht, wie gefälligst abzustimmen sei. Zunächst zu den Beschlüssen: Diese seien notwendig gewesen, um einen *„klaren Trennungsstrich"* gegenüber *„gewalttätigen politischen Sekten und ihren Anhängern"* zu ziehen. Wer also einen Vorstand wolle, der *„die Politik des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften unterstützt"*, der müsse Lachmann und seine Mannschaft (zehn Namen werden genannt) wählen. Die anderen Kandidaten seien hingegen *„Anhänger der Propagandisten für den politischen Extremismus"* und verfolgten *„den Kurs einer Roten Gewerkschaftsopposition"*. *„Diesen Kandidaten sollten Sie ihre Stimme nicht geben"*. Begründung: Sie würden Gewerkschaftsausschlüsse ablehnen und verlangten damit *„die fruchtlosen Streitigkeiten linksextremistischer Sekten in die Gewerkschaften"*.

Dieser politische Anschauungsunterricht kam zur rechten Zeit! Frister hat damit klargestellt, daß es bei dieser Wahl um D e m o k r a t i e oder R e p r e s s i o n geht. Ginge es nach ihm, so hätten die Gewerkschaften einen „klaren Trennungsstrich" zu all denjenigen zu ziehen, die einem neuen Kommunistenverbot Widerstand leisten (das war ja das „Verbrechen" der Ausgeschlossenen). Dies bedeutet eine (zumindest implizite) Unterstützung für die Anwendung des KPD-Verbots. Zweitens: Innergewerkschaftliche Kritiker der Unvereinbarkeitsbeschlüsse werden der „RGO" zugeordnet und gehören
Innergewerkschaftliche Kritiker der Unvereinbarkeitsbeschlüsse werden der „RGO" zugeordnet und gehören
daher ebenfalls ausgeschlossen. Schließlich und letztens handele es sich bei diesen Kritikern, wie sie jetzt in Bochum zum Vorstand kandidieren, um Anhänger des „politischen Extremismus", was praktisch die Forderung nach Berufsverboten beinhaltet. Dies wählt, wer Fristers Kandidaten wählt! Ein solcher Vorstand würde nicht einmal m i n i m a l e n Ansprüchen an eine demokratische Gewerkschaftspolitik genügen.

Frister, dem es leider auch gelungen ist, die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung", die bisher relativ sachlich über den Bochumer Konflikt berichtet hatte, für seine Wahlpropaganda einzuspannen, plaudert in seinem Schreiben auch aus, daß der Hauptausschuß der GEW ausdrücklich mit Blick auf die Bochumer Wahlen die Einführung der Briefwahl beschlossen habe. Dieses Wahlverfahren wird von den Gewerkschaftsführern seit langem favorisiert, da sie hoffen, auf diese Weise die sog. „schweigende Mehrheit" für ihre Zwecke einzuspannen, und das innergewerkschaftliche Leben auf das Verschicken von Briefen zu reduzieren. Die Einführung dieses Wahlverfahrens war schon zum letzten GEW-Gewerkschaftstag (Mannheim) beantragt, dort aber nicht behandelt worden. Da die Wahlordnung Teil der Satzung ist, ist der Hauptausschuß zu einem solchen Beschluß gar nicht legitimiert. Denn für Satzungsfragen ist immer noch der Gewerkschaftstag (und nicht die GEW-Führung selber) zuständig. Eine weitere (rechtswidrige) Manipulation, um den Ausgang der Bochumer Wahlen zu beeinflussen...

Wir glauben nicht, daß der GEW-Boß mit diesem Schreiben auch nur einen einzigen demokratischen Kollegen „überzeugt". Sein ganzes Vorgehen zielt vielmehr darauf ab, reaktionäre Mitglieder, auf die er hofft, mit antikommunistischer Stimmungsmache überhaupt zur Teilnahme an der Wahl zu „motivieren". Gegenüber allen anderen Mitgliedern hat Frister ein anderes „Argument" parat: Die Drohung mit einem eventuellen Massenausschluß, falls die Wahl nicht planmäßig ausfällt. Da heißt es mit ziemlicher Eindeutigkeit, daß eine Weiterführung der bisherigen Vorstandspolitik *„die GEW in Bochum in eine gewerkschaftspolitische Außenseiterrolle führt"*. Und weiter: Durch die Stimmabgabe für die von Frister genannten Kandidaten würden die „Bemühungen des Hauptvorstandes" unterstützt, *„die GEW als eine demokratische (??) und wirkungsvolle Organisation im dgb (!) zu erhalten"*. Da es freilich (bis auf die berühmten „Hinterleute" natürlich ...) niemanden in der Mitgliedschaft gibt, der aus dem DGB heraus w i l l, gibt Frister auf diese Weise zu verstehen, welche Maßnahmen – nämlich weitere Ausschlüsse – er selbst erwägt. Derlei Drohungen hält der GEW-Boß ja ohnehin für das geeignetste Mittel, um widerspenstige Lehrer auf Linie zu bringen.

Man kann darüber spekulieren, ob sich die Führungs-Mafia derzeit überhaupt nach Westberlin einen weiteren Massenausschluß leisten kann. Es ist auch fraglich, ob Frister einen solchen Beschluß überhaupt durchsetzen könnte (rechtliche Grundlage, relativ knappe Mehrheit im Hauptvorstand schon beim Ausschluß der
setzen könnte (rechtliche Grundlage, relativ knappe Mehrheit im Hauptvorstand schon beim Ausschluß der
Neun). Man kann aber n i c h t darüber spekulieren, welche Folgen eine Unterwerfung unter Fristers Wahl-„Empfehlung" haben würde. Für derlei Spekulationen über verbleibende „Spielräume" u.ä. läßt der GEW-Boß selbst keinen Platz. Er verlangt nicht „Kompromißbereitschaft", sondern Selbstaufgabe. Angesichts dieser Alternative sollte auch den Zögernden die Entscheidung nicht schwerfallen. Außerdem: Je überzeugender das Votum für den neuen (hoffentlich) linken Vorstand – desto eher können Spaltungsversuche verhindert werden.

Bis ins vierte Glied ...

Protest gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und ihre Anwendung ist innerhalb des DGB v e r b o t e n und muß im Widerholungsfall mit Ausschluß geahndet werden. So sieht es die ÖTV-Kreisverwaltung Essen.

Essener ÖTV-Kollegen hatten nämlich mit Schreiben vom 7.3. d.J. beim GEW-Hauptvorstand gegen die Ausschlüsse der Bochumer Kollegen protestiert. Dieser hatte das Schreiben an den ÖTV-Hauptvorstand weitergeleitet, von wo es wiederum bei der Essener Kreisverwaltung landete – ein anschauliches Beispiel für die Praktizierung „gewerkschaftlicher Solidarität" oder auch „Amtshilfe".

Am 12.4. schließlich wandte sich H. Limbeck für die ÖTV Essen an die Protestler. Mit der Unterschrift unter die Erklärung sei ein *„grober Satzungsverstoß"* begangen worden. Denn die Unterzeichner hätten sich *„gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse unserer Organisation (gewandt)"*. „Sollte sich dieser Vorgang wiederholen, so werden wir uns gezwungen sehen zu überprüfen, ob eine weitere Mitgliedschaft noch vertretbar ist." Außerdem wird zur Unterzeichnung eines Reverses aufgefordert, mit dem die Angeschuldigten erklären sollen, daß sie die ÖTV-Satzung als bindend anerkennen.

Ein eindrucksvoller Beweis für die typisch deutsche Perfektion, mit der die gewerkschaftlichen Gleichschaltungsmühlen heute schon mahlen!

Ausgeschlossen gehören demnach

1. Mitglieder und Anhänger der unter die UVBs fallenden Organisationen,
2. Kritiker dieser Verfolgungsmaßnahmen in Staat und Gewerkschaft,
3. Leute, die über die Existenz einer solchen Kritik i n f o r m i e r e n, da sie damit die unter 1) und 2) genannten „Extremisten" unterstützen und folglich selber welche sind (ehem. Vorstand Bochum),
4. Leute, die sich gegen Ausschlüsse der dritten Kategorie wehren (Essener ÖTV-Kollegen).

Diese Kette ließe sich natürlich beliebig fortsetzen. Unnötig zu erwähnen, daß die Essener natürlich keineswegs gegen die UVBs (im engeren Sinn) „verstoßen" haben, sondern feststellten, daß das „Vergehen" der Bochumer Ausgeschlossenen ihrer Meinung nach *„keine Unterstützung von KBW, KPD und KPD/ML"* gewesen sei. Denn unter „Verstoß gegen die UVBs" fällt eben j e d e Kritik an der Ausschlußpraxis.

Modell DGB? – Nein Danke!

Na endlich! Gemein geht

Einer der meistgehaßten Leute aus der rechten GEW-Mafia, der ehemalige NRW-Landesvorsitzende Gisbert Gemein, ist aus der GEW ausgetreten. Mit dem Tempo s e i n e r Rechtsentwicklung konnten offenbar nicht einmal die Formierungsbestrebungen der GEW-Führung Schritt halten. Gemein hat zu den anstehenden Personalratswahlen nach Vorbild der Hamburger „Alternative" eine eigene Liste gemeinsam mit Mitgliedern des Philologenverbandes aufgestellt. Deshalb ist ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigendem Verhaltens gegen ihn eingeleitet worden, dessen Ausgang er nun durch seinen Austritt zuvorkommt. Gemein (SPD) war zuletzt als besonders eifriger Vorkämpfer der „Extremistenkommission" beim GEW-Hauptvorstand hervorgetreten. Aber nicht nur dort, sondern auch direkt bei den Behörden denunzierte er linke Kollegen, um für Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote zu sorgen (siehe auch AK 129: „Spitzel im Auftrag Erich Fristers"). Über seine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz kann gerade der KB ein Lied singen: In einer von Gemein verfaßten Broschüre über unsere Organisation finden sich „Erkenntnisse", die erheblich weiter gehen als die in den offiziellen VS-Berichten zugänglichen; diese „Erkenntnisse" können gar nicht von GEW-Seite aus recherchiert worden sein.

Gemein verabschiedete sich denn auch mit einer weiteren Kotzprobe seines „Könnens". Um die „Linkslastigkeit" der GEW zu beweisen, führt er eine ganze Reihe von Ortsverbänden an, die *„von Kommunisten der DKP und teilweise von Mitgliedern der K-Gruppen stark unterwandert"* seien: Köln, Düsseldorf, Wuppertal, Münster, Duisburg und Bochum (nach „WAZ", 19.5.).

Auch Sympathisanten des „Baader-Meinhof-Terrors" hat er natürlich in der GEW ausgemacht. Gerade die K-Gruppen würden immer stärker werden, weil – aus *„Angst vor der Solidarität der Linken"* – keine Ausschlußverfahren mehr beantragt würden.

Die jetzige Landesvorsitzende Ilse Brusis hat dem natürlich heftigst widersprochen und sich redlich bemüht, klarzumachen, daß sie in Sachen Kommunistenjagd nicht schlechter sei als ihr Vorgänger. Gegen Kommunisten *„greifen wir hart durch"*, versichert Frau Brusis und verweist stolz auf die Bochumer Ausschlüsse.

Und im Jagdeifer geht ihr gleich der Gaul durch: *„Mitglieder der K-Gruppen"* seien es gewesen, die man da gefeuert hat (diese Behauptung hatte nicht einmal der Hauptvorstand erhoben). Nun ja. Wenn sich Frau Brusis so eng an ihren Vorgänger anzulehnen gedenkt, dann bleibt uns ja immerhin noch die Hoffnung, daß auch sie vielleicht einmal den Kram hinschmeißt ...

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J.Reents Verlag
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 17.500
Erscheinungsweise: 14 tägig
Verkaufspreis: DM 0,50

Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und
Postscheckkonten Hamburg: 240 595, J. Reents

Einem Teil dieser Auflage liegt eine Beilage bei.

Bau

Bautarif : Nehmen die Kollegen die 5,6% an?

Wenn es nach dem Wunsch der Gewerkschaftsführung ginge, wäre die Tarifrunde in der Bauindustrie beendet. Nach 4 ergebnislosen Verhandlungsrunden, und einer ergebnislosen Schlichtung nehmen sie den Schiedsspruch der 2.Schlichtungsrunde an. Für die 920.000 Bauarbeiter soll es rückwirkend ab 1.Mai 5,6% mehr Lohn (gefordert 7,7%) und eine Erhöhung des 13.Monatsgehaltes vom bisher 36fachen des durchschnittlichen Stundenlohnes auf das 4ofache 1978 und das 6ofache1979 (gefordert war das 72fache ab sofort) geben. In einer Urabstimmung Anfang Juni sollen die Kollegen ihre Zustimmung zu diesem unbefriedigenden Abschluß geben.

Der Verlauf der Tarifrunde war bisher geprägt von den stärksten Kampfmaßnahmen der Kollegen seit 1933 !! Zahlreiche Streiks auf verschiedenen Baustellen, vor allem aber die beiden bundesweiten Warnstreiks am 11./12.4. und am 9.10.5., wo 133.000 bzw. 141.000 Kollegen bis zu 4 Stunden die Arbeit niederlegten, bildeten die Höhepunkte dieser Aktionen. Oft waren es die ausländischen Kollegen, die zuerst „die Klamotten" hinschmissen.

Begleitet waren die Streiks von zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen, an denen bis zu 3.000 Kollegen teilnahmen (z. B. Lübeck und Essen).

Die Kollegen machten seit langen Jahren wieder die ersten direkten Erfahrungen mit Drohungen und Repressionen seitens der Unternehmer. So drohte z. B. die Bauleitung der Firma Heitkamp am Stuttgarter Landtag mit nacheinander fristloser Entlassung und Aussperrung. Als sich die Kollegen nicht dadurch vom Streik abhalten ließen, erschien die Bauleitung mit 2 Rechtsanwälten bewaffnet mit Fotoapparaten auf der Baustelle!

Die IG Bau-Steine-Erden hatte fast alle Kampfmaßnahmen organisiert. Und ihre Reden auf den diversen Kundgebungen waren von der Stimmung der Kollegen geprägt, wenn sie angesichts der provokatorischen und kompromißlosen Unternehmerpolitik von einem baldigen Vollstreik sprachen. So drohte der BSE-Vorsitzende Sperner am 9.5. auf einer Kundgebung in Hamburg: „*'Wir haben die Schnauze voll!' Er kündigte an, daß die IG Bau einen unbefristeten Bauarbeiterstreik durchsetzen wird, wenn die Arbeitgeber der Forderung der Gewerkschaft nicht entgegenkommen*" („MoPo", 10.5.).



Wilhelmshaven: Protestmarsch durch die Innenstadt

Auf der anderen Seite aber hatte er die Weichen für ein Ausgemauschel hinter verschlossenen Türen schon damit gestellt, daß er den Chef der Bank für Gemeinwirtschaft Hesselbach als Schlichter akzeptiert hatte. Zurecht vermutete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 11.5., daß dies „*Erwartungen auf eine Verständigungs-Bereitschaft beider Seiten weckte*".

So kam es auch: Nachdem die Schlichtungen am 10./11.5. ergebnislos abgebrochen wurden, wurde nicht etwa der Vollstreik ausgerufen, sondern am 18.5. ein weiterer Termin vereinbart, wohl weil „*In den Einzelgesprächen des Schlichters mit den Parteien Konzessionsbereitschaft deutlich wurde*" („HB", 17.5.).

Die dann am 18.5. ausgemauschelten 5,6.% entsprechen sicher nicht den Interessen der am Bau Beschäftigten. Wenn sie zur Urabstimmung gehen, werden sie sich des ständigen Abbaus übertariflicher Leistungen, der steigenden Arbeitshetze (was vor zwei Jahren 3 produzierten, machen heute 2) und der miserablen Arbeitsbedingungen erinnern, und sie werden sich fragen, ob sie 2 mal bundesweit gestreikt haben, um dann noch weniger zu bekommen als im letzten Jahr (6,4%).

Wohnungskommission



ausländische Arbeiter in der BRD

Grauer Wolf im Schafspelz

Seit die „Grauen Wölfe" sich in Altona niedergelassen haben, sind bereits von mehreren Seiten Schritte gegen sie eingeleitet worden. Von Flugblättern der „Bunten Liste", der Bildung einer speziellen Aktionseinheit in Altona gegen die „Grauen Wölfe" bis zu einer Anfrage der SPD Altona beim Bezirksamt Altona reicht die Empörung gegen die Niederlassung dieser türkischen Terroristen (Ableger der faschistischen MHP) im Arbeiterviertel Altona. Gelegentlich gingen die Scheiben des Büros mit dem provokativ aufgemalten Zeichen des „Grauen Wolfes" zu Bruch - Zeichen des Protestes Altonaer Bürger und sicherlich Mittel, die in keinem Verhältnis stehen zu den von diesen Leuten gewöhnlich angewandten Einschüchterungs- und Bedrohungsmaßnahmen bis hin zu Mord.

Die „Grauen Wölfe" versuchen nun, zumindest bei uns in Hamburg-Altona - eine neue Taktik anzuschlagen: Sie wenden sich mit Flugblättern an die deutsche Bevölkerung, bei der sie um Verständnis werben. Sie machen nämlich den Widerstand ihrer Gegner am Namen „Wolf" fest, versuchen gar, Vergleiche mit dem Namen „Falken" für eine demokratische Jugendorganisation zu finden usw. Sie beschweren sich desweiteren, daß sie durch „Anschläge" auf ihre Vereinsräume vertrieben werden sollten und denunzieren einen Altonaer als einen der angeblichen Übeltäter namentlich. Die Gefahr für Antifaschisten bei solchen Denunziationen ist für den, der den Terror der „Grauen Wölfe" kennt, handgreiflich - das Motto für diese Faschisten: ich nenn euch das Opfer und wasch meine Hände in Unschuld. In dem von den „Grauen Wölfen" verteilten Lügenblatt heißt es: „ . . . *.denn wir bekennen uns zur Demokratie und lehnen prinzipiell es ab, Gewalt mit Gegengewalt zu beantworten.*" Dagegen: Der 1.Mai letztes Jahr in Istanbul kostete 38 Menschen das Leben und verletzte ca. 200, als die „Grauen Wölfe" das Feuer auf die Demonstranten eröffneten.

Auch der sozialdemokratische „Vorwärts" (12/76) charaktisierte diese Terrortruppe in deutlichen Worten: „*Diese bewaffneten Gruppen arbeiten im Stil der SS, bedrohen, terrorisieren und ermorden ihre politischen Gegner, die nicht wie sie in den „Heiligen Krieg gegen alle Feinde des Islam" eintreten gegen die „griechischen Hurensöhne" und dreckigen Juden", die „armenischen Wucherer", und „eine Handvoll Kommunisten, Freimaurer, Zionisten, Volksfeinde und Ungläubige.*" Diese Verbrecher, die nachweislich jedes Menschenrecht mit Füßen treten, wenn es um die Durchsetzung ihrer faschistischen Ideologie geht, greifen den KB und die „Bunte Liste" als die Urheber der Kampagne gegen ihre Einnistung in Altona an und bieten dem normalen Bürger auf der Straße, d.h. demjenigen, der am wenigsten über ihr Treiben informiert ist, ein Bild des friedlichen und diskutierfreudigen „Wolfs". Wir werden alles dazu tun, diesem Wolf den Schafspelz runterzureißen - wobei die Diskussion mit ihm ungefähr so naiv wäre wie die der sieben Geißlein mit ihrem Wolf - und jedem Bürger in Altona zeigen, wer sich da in ihrer Mitte niedergelassen hat. Obwohl die SAGA den „Grauen Wölfen" inzwischen aufgrund des relativ breiten Protests (siehe auch Anfrage der Altona SPD) die Räume gekündigt hat, haben diese offenbar keineswegs vor, ihre Aktivitäten einzustellen.

Ausländerkommission



"Atatürk durfte sich noch als "GRAUER WOLF" feiern lassen, ohne daß dies seinem Ansehen abträglich war."

GRAUER WOLF IST UNSER SYMBOL

In den letzten Wochen wurden über den türkischen Verein in Hamburg und Umgebung, Eulenstr. 41, in bestimmten Flugblättern (von Bunte Liste und kommunistischer Bund) und Zeitungen (von Altenauer Echo, Nr. 378) Verleumdungen und Erfindungen verbreitet, weil diese Vereinsmitglieder den "grauen Wolf" als Symbol" betrachten.

"Manchen Verser nennt seine Tochter "Schmetterling". Für

Die „Grauen Wölfe" müssen verboten werden

Die „Grauen Wölfe" sind dafür bekannt, daß Mordanschläge eines ihrer wesentlichen Mittel in politischen Auseinandersetzungen sind.

Auf das Konto der „Grauen Wölfe" gehen u.a.:

– in der Türkei. Bombenanschläge, bewaffnete Überfälle auf Gewerkschaftsversammlungen und - Demonstrationen, bei denen mehrere h u n d e r t Menschen den Tod fanden und tausende z.T. lebensgefährlich verletzt wurden. Die schlimmsten und bekanntesten Gewalttaten der „Grauen Wölfe" in der jüngsten Vergangenheit waren das Blutbad gegen die gewerkschaftliche 1.Mai-Demonstration 1977 (dabei fanden 38 Menschen den Tod, über 200 wurden z.T. schwer verletzt) und der Anschlag vom 16.3.78 an der Istanbuler Universität, als „Graue Wölfe" eine Bombe in eine 200-köpfige Studentenmenge warfen und dabei fünf Studenten töteten sowie weitere 50 verletzten (darunter zehn so schwer, daß sie in akuter Lebensgefahr schwebten!).

Ferner sind die „Grauen Wölfe" für zahlreiche (allerdings mißlungene) Mordanschläge auf den amtierenden türkischen Ministerpräsidenten Ecevit (Sozialdemokrat) verantwortlich, zu denen sie sich auch bekannt haben.

– in der Bundesrepublik: Die Ermordung von mindestens drei türkischen Antifaschisten – darunter Danis Neset 1974 in Norderstedt (bei Hamburg; Neset wurde buchstäblich von einem Rollkommando der „Grauen Wölfe" erschlagen, als er den Überfall dieser Bande auf eine Versammlung des demokratischen türkischen Arbeitervereins abwehren wollte; noch heute läuft der Mörder Nesets frei herum). Zur üblichen „Praxis" der „Grauen Wölfe" gehören ferner Schlägereien, Messerstechereien und andere Unterdrückungsmaßnahmen gegen türkische Demokraten (namentlich gegen Gewerkschafter, die sich weigern, der rechtradikalen MHP oder der von ihnen abhängigen „Gewerkschaft" beizutreten bzw. diese kriminelle Vereinigung zu unterstützen).

Die MHP, die mit der NSDAP vieles gemeinsam hat, heizt diese Morde an. Sie kämpft gegen Kommunismus, Zionismus und für die Befreiung der von den Türken bewohnten Gebiete im Kaukasus, in Mittelasien und Europa.

Ihr Vorsitzender Türces bringt seine Mitglieder so auf Kurs „Folgt mir ... Wenn ich umkehre – erschießt mich ... erschießt aber auch den, der von meinem Weg abgeht..."

In der BRD knüpfen die „Grauen Wölfe" an den schlechten Lebensbedingungen der Türken an, z.B.mit Lohnsteuerberatungen. So sagen sie: „Liebe Arbeiterbrüder! Wir wissen alle, daß ihr heute nicht in den Kohlegruben Deutschlands unter dem Befehl von dreckigen Juden arbeiten würdet ...,die zusammen mit den griechischen und armenischen Wucherern ... die Handarbeit und den Schweiß unseres Volkes ausnützen, wenn sie die Gelder nach Israel schmuggeln oder sie an die schweizerischen Banken überweisen."

Vor kurzem wurden in der Türkei 24 „Graue Wölfe" verhaftet, weil sie mit einem Sprengstoffattentat den Bürgermeister von Malatya Hamid Fendoglu ermordeten. Gleichzeitig besitzen sie die Frechheit in einem in Hamburg verteilten Flugblatt Ecevit für diesen Mord verantwortlich zu machen. In der BRD konnten sich die „Grauen Wölfe" bis jetzt ungehindert ausdehnen. Ihre Terrorakte werden vom Staat als Privatauseinandersetzungen angesehen. So sind die türkischen Kollegen schutzlos dem Terror der „Grauen Wölfe" ausgeliefert. Man muß annehmen, daß der Staat ein Interesse daran hat, daß die türkischen Kollegen mit Terror eingeschüchtert werden und so die ihnen hier bescherten schlechten Wohnverhältnisse, schlechtbezahlteste Arbeitsplätze und Behördenwillkür hinnehmen."

(aus dem gemeinsamen Aufruf zu einer Veranstaltung gegen die „Grauen Wölfe", die verschiedene Initiativen am 25.5.in Hamburg - Altona durchführten).

„Herzliche Begegnung“:

Türkischer Faschistenführer besuchte F. J. Strauß

Der Anführer der türkischen Killerkomandos „Graue Wölfe“, Alparslan Türces, konnte Anfang Mai in der BRD ein „herzliches Gespräch“ mit seinem Gesinnungsgenossen Franz Josef StrauSS führen und ungehindert auf einer faschistischen Kundgebung auftreten.

Rechtzeitig vor dem Besuch des neuen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten der Türkei, Bülent Ecevit, in der BRD sollte unter den türkischen Arbeitern Stimmungsmache gegen den „Kommunisten Ecevit“ betrieben werden. Höhepunkt der Türces-Reise war eine Großveranstaltung mit 5.000 Teilnehmern am 5.Mai in Ulm, an der eine Vielzahl von „Graue Wölfe“- Mördern, die in der Türkei wegen ihrer Anschläge auf Antifaschisten von der Polizei gesucht werden, offen teilnehmen konnten. Trotz Protesten der örtlichen Juso- und DGB-Gruppen sowie von verschiedenen türkischen Arbeitervereinen genehmigten die Behörden die Veranstaltung in der Donauhalle und stellten nach bewährter Methode auch noch Polizeischutz für das Faschistentreffen! Eine Protestkundgebung von Jusos und türkischen und westdeutschen Gewerkschaftern fand in einem anderen Stadtteil statt.

Seit es in der Türkei wieder eine sozialdemokratische Regierung gibt, werden die „Grauen Wölfe“, die vorher im Schutz der Staatsorgane handeln konnten, in gewissem Maße verfolgt. Es steht zu befürchten, daß ihr offenes Auftreten in verschiedenen westdeutschen Großstädten (Eröffnung von „Graue Wölfe“-Büros in Hamburg und im Ruhrgebiet, begleitet von einer faschistischen Propaganda- Offensive) in diesem Zusammenhang steht: die am meisten „gefährdeten“ Faschisten, d.h. in der Regel die schlimmsten Mörder, setzen sich in die BRD ab, wo sie sich sicher fühlen können.



Alparslan Türkes (li), türkischer Faschistenführer, Chef der Killerkommandos der „Grauen Wölfe“, und Franz StrauSS (re), der für ihn stets ein offenes Ohr hat

Offene Rückenstärkung bekommen sie von Franz Josef StrauSS und seinem politischen Umfeld. Alparslan Türces, glühender Bewunderer von Adolf Hitler, traf bei seinem Besuch in der BRD auf dessen geistigen Nachfahren StrauSS, dessen Portait in seinem Büro in Ankara an der Wand hängt. Das Gespräch war streng geheim, erst nach Tagen erklärte die CSU-Pressestelle recht unwillig, daß es sich um ein „reines Informationsgespräch“ gehandelt habe. Kommentar von Murat Bayrak, faschistischer Kader in der „Gerechtigkeitspartei“ des früheren türkischen Ministerpräsidenten Demirel: *„Es war sehr herzlich.“*

Bayrak ist Fabrikbesitzer, auf seinem Gelände werden die Killerkommandos militärisch ausgebildet, in seinen Betrieben hat er eine faschistische Privatarmee gegen die Gewerkschaften aufgebaut. Neben diesem Vogel befand sich noch der frühere MHP-Minister für Zoll- und Staatsmonopole, Gün Sazak, ebenfalls ein bekannter Faschistenführer in Begleitung Türces. Das Trio führte seine Bayernreise im Auto von Mirza Hayif, einem Millionär und Steuerflüchtling mit westdeutscher Staatsangehörigkeit und besten Beziehungen zur türkischen faschistischen Bewegung durch. (Informationen nach „Vorwärts“, 11.5.78 und „Cumhuriyet“, 1.,2. und 5.5.78).

Ausländerkommission

»Neuordnung« des Asylrechts

Am 1. Juni des Jahres werden zwei Entwürfe zur »Neuordnung des Asylrechts« im Bundestag behandelt werden. Sie sollen der »Straffung und Verkürzung« der Asylverfahren dienen, die sich bisher teilweise durch alle Instanzen bis zu 8 Jahren hinziehen konnten. Allerdings war schon letztes Jahr auf heimlichem Weg, nämlich über die Ausführungsbestimmungen zum Asylrecht (für die das Parlament nicht zuständig ist, sondern der Bundesrat als höchste Bürokrateninstanz), eine »Verkürzung« durchgeführt worden:

- Schon Grenzschutzbeamte dürfen entscheiden, ob ein Asylsuchender einreisen darf oder nicht;
- Wenn dann der örtlichen Ausländerbehörde noch der Eindruck entsteht, daß »die Annerkennung als Asylberechtigter offensichtlich rechtsmißbräuchlich begehrt wird«, kann sie ausweisen.

So weit war's also schon letztes Jahr. Und es hat mit der Geheimhaltung nicht geklappt und einigen Wirbel gegeben. Vor allem amnesty international machte sich für die Asylsuchenden stark und stellte darüberhinaus umfang- und vor allem aufschlußreiche Untersuchungen über die Asyl»rechts«praxis der BRD an. (ai: »Politisches Asyl in der BRD 1977« und »Bewährungsprobe für ein Grundrecht« 1978). Diese Praxis muß man sich genauer betrachten, um sich nicht von dem Gerede einseifen zu lassen, dieses neue Gesetz bringe nur Vorteile für die politischen Flüchtlinge und richte sich allein gegen die sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge.

Aus der Praxis ...

Im letzten Jahr wurden von 14000 geprüften Fällen nur 1849 anerkannt - 1974 waren es von 10196 noch 4122; 1975 von 10002 noch 2914; 1976 von 12392 noch 2038. Die abfallenden Prozente springen auch Schlechtrechnern sofort ins Auge.

Wie die Beurteilung von politischen Flüchtlingen aussieht, dazu hier ein Zitat aus einer Ablehnungsbegründung: »... *aus rechtlichen Gründen ist* [...] *das Asylrecht zu versagen. Aufgrund seiner historischen Entstehung aus liberalem Gedankengut heraus, schützt das Asylrecht nur Kämpfer für Freiheit und Recht, nicht aber Personen, die die Diktatur des Proletariats errichten wollen. Auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland will nicht Personen gegen Verfolgung schützen, die eine mit dem Grundgesetz unvereinbare Ordnung verwirklichen wollen. Deshalb hat das Bundesverwaltungsgericht ... grundlegend festgestellt, daß das Asylrecht nur dem zusteht, der entgegen den Grundsätzen der freiheitlich demokratischen Grundordnung verfolgt wird«.* Reinhard Marx, Vorstandsmitglied von ai in der BRD, sieht *»das Asylrecht des Grundgesetzes ..., in Verdächtigungen und im bürokratischen Alltag ... ersticken. Er zitierte als Beleg für seine These unter anderem aus der Ablehnung eines indonesischen Flüchtlings durch das allein zuständige Ansbacher Verwaltungsgericht. Danach wurde dem indonesischen Staat zugestanden, einen des Kommunismus verdächtigen Menschen zur Erhärtung und Überprüfung dieses Verdachtes zu internieren; der Flüchtling war also nach Ansbacher Spruch kein politischer Flüchtling«.* (»Frankfurter Rundschau, 25.4.78)

Daß das Herz der Richter mehr auf dem »rechten« Fleck schlägt, erkennt man bereits bei der Aufschlüsselung von Statistiken über anerkannte Asylanträge:

	Polen	CSSR	Iran	Jordanien
1974	80,6%	86,8%	12,5%	0,7%
1975	80,4%	94,4%	5,0%	0,4%

(aus: ai 1977: Asyl in der BRD).

Die CDU will dieser einseitigen Rechtspraxis in ihrem Neu-Entwurf am liebsten noch die Krone aufsetzen, indem sie vorschlägt, *»in bestimmten Fällen, wie etwa 1956 nach dem Ungarn-Aufstand, zunächst einmal Flüchtlingen aus solchen Gebieten kollektiv ein dreijähriges provisorisches Asyl einzuräumen«* (»Frankfurter Rundschau«, 25.4.78) Kein schlechter Gedanke, aber sicher gemeint mit eingebautem Riegel gegen »Kollektivfluchten« aus faschistischen Staaten wie Chile und Argentinien?).

Die Entwürfe zur Neuordnung

Nach beiden Entwürfen sollen die fünf Rechtsstufen (1. Verhandlung vor dem Anerkennungsausschuß, bei Ablehnung 2. Widerspruch vor dem Anerkennungsausschuß, bei Ablehnung 3. Verwaltungsgericht Ansbach, 4. Berufung Verwaltungsgerichtshof und 5. Revision beim Bundesverwaltungsgericht) zusammengestrichen werden. Die CDU/CSU tritt für eine Streichung jeglicher Rechtsmittel gegen eine Ablehnung des Verwaltungsgerichtes ein und will außerdem gesetzlich verankern, *»daß auch die Grenz- und Ausländerbehörden die Befugnis haben sollten, Asylanträge inhaltlich zu beurteilen.«* (»Süddeutsche Zeitung, 13./14.5.78). Auf jeden Fall wird nach beiden Vorschlägen das Widerspruchsverfahren vor dem Anerkennungsausschuß, also die 2. Stufe gestrichen.

Im Gegensatz zur CDU/CSU sieht der Vorschlag der Koalition noch die Möglichkeit weiterer Instanzen nach dem Verwaltungsgericht vor, allerdings mit Einschränkungen: *»In Fällen aber, wo klar erkennbar ist, daß der Antragsteller sich aus wirtschaftlichen, jedenfalls nicht aus politischen Gründen um Aufnahme in der Bundesrepublik bemüht, soll der Spruch des Verwaltungsgerichts schon die letzte Instanz sein; dies aber nur, wenn das Gericht einstimmig zu diesem Ergebnis kommt und es eine mündliche Verhandlung gegeben hat«.* (»Süddeutsche Zeitung«, ebenda).

Des weiteren enthält der Koalitionsentwurf den Vorschlag, das bisher allein zuständige Verwaltungsgericht Ansbach (dort stauen sich mittlerweile die Akten) zu entlasten und die Fälle auf die Verwaltungsgerichte der Bundesländer zu verteilen.

amnesty international steht dem Koalitionsentwurf recht positiv gegenüber, *»stellt aber zugleich fest, daß er nur dann zu einer rechtsstaatlich vertretbaren Lösung führen kann, wenn einige unverzichtbare Gesichtspunkte beachtet werden. So fordert ai u.a., daß das Verwaltungsgericht die Berufung bei ‚offensichtlich unbegründeten' Asylklagen nur dann versagen darf, wenn der Kläger zuvor mündlich angehört und Beweis erhoben worden ist. Außerdem wird die Möglichkeit einer gerichtlichen Nachprüfung gefordert. ... ai ist darüberhinaus der Meinung, daß der Gesetzgeber dem Grenz- und Ausländerbehörden jegliche Prüfungsbefugnis im Asylrecht nehmen muß.«* (pressemitteilung ai vom 9.5.78)

Für sich gesehen, so ganz neutral, birgt die Straffung und Verkürzung des Asylverfahrens natürlich nur Vorteile und wäre bei Berücksichtigung der Vorschläge von ai eine Verbesserung für Flüchtlinge, die bis heute oft jahrelang auf eine Anerkennung warten müssen. Aber nicht das ist der Grund für die Änderung des Asylverfahrens.

»Ein wesentlicher Grund für die Straffung des Verfahrens besteht darin, daß immer mehr Flüchtlinge aus anderen Ländern das Asylverfahren voll ausschöpfen, ohne den Status des politischen Flüchtlings ernsthaft in Anspruch nehmen zu können«. (»Frankfurter Rundschau«, 27.4.78) Es geht nicht um die Verkürzung der Angst für die Flüchtlinge, sondern um die Erleichterung der Sozialhilfebudgets der Länder und um die »Säuberung« der BRD von politisch verfolgten ausländischen Antifaschisten.



Ein Beispiel für die Behandlung politischer Flüchtlinge in unserem Land: Das Dortmunder „Sozial“amt steckte 15 Ghanesen in Häuser einer inzwischen unbewohnbar gewordenen Siedlung – ohne Heizung, ohne Möbel, nur notdürftige Matratzenlager, keine Kontakte zur Außenwelt. Als sie bei der zuständigen Bezirksverwaltungsstelle protestieren wollten, ließ man sie mit Polizeigewalt zurücktransportieren.

Unberührt von diesen »Modernisierungen« bleiben die reaktionären Ausschüsse und Richter, die Ablehnungsbegründungen wie bereits zitiert zustande bringen. Ungeklärt bleibt, ob die Ausländerbehörden weiterhin im vorhinein ihr Urteil über »rechtsmißbräuchliche« Asylanträge abgeben können.

Nur eins ist klar: Diese Gesetze richten sich in jedem Fall gegen Menschen, die das Pech haben, nicht in der CSSR oder Ungarn, sondern in Pakistan oder Indien vom »Goldenen Westen« gehört zu haben, und sich nun unter Aufbietung ihrer letzten Kräfte und meist mit Verschuldung ganzer Familien auf den Weg hierher gemacht haben. Außerdem bieten sie den Herrschenden die Möglichkeit, unerwünschte Bewerber, also z.B. Kommunisten, die in faschistischen Ländern verfolgt wurden, noch schneller als bisher loszuwerden.

Ausländerkommission



Diesmal möchten wir neuere Bücher zu den sich in der letzten Zeit verstärkenden Kämpfen der Arbeiterklasse vorstellen.

Jacobi/Müller-Jentsch/E.Schmidt:
Gewerkschaftspolitik in der Krise
Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78
Rotbuch-Verlag, 223 S., DM 9.-

Nachdem der Fischer-Verlag, der früher jährlich dieses Jahrbuch herausgegeben hat, aus politischen Gründen 1976 die Herausgabe dieses für jeden fortschrittlichen Gewerschafter unentbehrlichen Jahrbuchs eingestellt hat, legt nun der Rotbuch-Verlag, der in Zukunft das Jahrbuch herausgeben will, sein erstes Exem-
Verlag, der in Zukunft das Jahrbuch herausgeben will, sein erstes Exem-
plar vor. Es widmet sich schwerpunktmäßig dem Thema Rationalisierung (Ausmaß und Umfang im Stahl-, Druck und Angestelltenbereich). In mehreren Beiträgen wird die bisherige Reaktion von den Gewerkschaften und spontane Reaktionen der betroffenen Arbeiter berichtet. Die Konzeption der Gewerkschaften wird schärfer unter die Lupe genommen.

Die weiteren Themen des Jahrbuchs Arbeitslosigkeit und bisherige Reaktion des DGB, Betriebskämpfe 1974-1977 (Überblick von E. Schmidt, verschiedenen Streikberichte), Haltung der Gewerkschaften zur Atomenergie) geben einen guten Überblick über die unterschiedlichen Standpunkte, die in den Gewerkschaften hierzu vertreten werden.

Sehr erfreulich ist, daß ein Kapitel über die Gewerkschaftsausschlüsse mitaufgenommen wurde, auch zu den weniger bekannten Gewerkschaftsausschlüssen in den 50er Jahren. Insgesamt ein recht brauchbares Buch.

Rationalisierung – für wen?
Reportagen: Arbeitswelt in der Krise
VSA 168 S. DM 15,-
Versuche zur parteilichen Fotographie im Betrieb

Dieses Buch ist entstanden aus einer Dokumentation der Projektgruppe Arbeiterfotografie an der Fachhochschule Bielefeld. Es ist ein gelungener Versuch, dem Thema Rationalisierung – und hier vor allem die gegen die Arbeiter gerichteten Interessen der Kapitalisten – mit fotografischen Mitteln näherzukommen. Es zeigt auf, wie die Fotographie theoretisch (die Konzeption der eigenen Arbeit wird dargelegt und begründet) und praktisch in die Agitation miteingezogen werden kann.

Zeitungsstreik
VSA 165 S, DM 14.-
Ein gutes und ausführliches Buch über den Streik beim Bremer Weserkurier, mit vielen Bildern und Analysen zur Pressesituation in Bremen und über die Rationalisierung in der Druckindustrie.

Die Freude zum Affen machen:
200 DM für alle!
Der kreative Arbeitskampf bei Volvo Deutschland in Dietzenbach
Herausg.: Red. Kollektiv "Arbeit und Leben"
Wie der Titel sagt: Buch über den Arbeitskampf bei Volvo.

Ernst Klee: Gefahrenzone Betrieb Verschleiß und Erkrankung am Arbeitsplatz.
fibü 1933, 175 S. DM 5.80
In Form von Berichten betroffener Kollegen und in Untersuchungsbeiträgen wird die wirkliche Situation am Arbeitsplatz sehr gut beschrieben.

Genauso gut ist das Buch von Rolf Kasiske: Gesundheit am Arbeitsplatz - Berichte und Analysen zu Belastungen und Gefahren im Betrieb
rororo 1976 270 S. DM 6.80

Vor 10 Jahren: Mai '68 in Frankreich



Von Theatern bis zu den Betrieben, im Mai 68 war quasi alles besetzt, was es zu besetzen gab: „Kein Zug
Bereitschaftspolizei CRS, wobei 200 Menschen verletzt wurden, darunter allerdings nur 36 CRSler. Auch das
gegenüber der Praxis" messen (Interview mit der „Bewegung des 22. März"; in „Aufstand in Paris",
Studenten" wurde ausgegeben – und in der Nacht vom 10. zum 11. Mai wird sie Realität:

Von Theatern bis zu den Betrieben, im Mai 68 war quasi alles besetzt, was es zu besetzen gab: *„Kein Zug, keine Metro mehr auf den Schienen, kein Brief, kein Telegramm, kein Auto, keine Tonne Kohle ... Ja, Fußballer besetzten sogar den Sitz eines Nationalverbandes und Lehrer besetzten den Sitz ihrer Gewerkschaft"* (aus: „Linksradikalismus",Cohn-Bendit, rororo, Oktober 68).

10 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter waren auf dem Höhepunkt der Mai-Kämpfe im Streik und hielten ihre Betriebe besetzt. Fast täglich fanden riesige Demonstrationen statt, und Arbeiter riefen: **Dix ans, ca suffit – 10 Jahre, das reicht!** Gemeint war die Ära de Gaulle, die mit dem Militärputsch am 13.Mai 1958 begonnen hatte.

Ganz ohne Vergangenheit war der Mai 68 allerdings nicht: im Jahr zuvor hatten die streiken Textilarbeiter des Betriebs „Rhodiaceta" in Besancon zum ersten Mal seit der Nachkriegszeit die Betriebsbesetzung wieder zum Kampfmittel gemacht. Und am Anfang des Jahres 68, als fast die gesamte Normandie von einer Streikbewegung erfaßt war, lieferten sich 7.000 streikende Arbeiter in Caen eine stundenlange Schlacht mit der Bereitschaftspolizei CRS, wobei 200 Menschen verletzt wurden, darunter allerdings nur 36 CRSler. Auch das sogenannte „studentische Unbehagen" gärte einige Monate vor dem großen Aufstandsfest: Streiks hatten an fast allen Unis gegen das Prüfungssystem und zur Abschaffung der Heimhausordnungen stattgefunden.

Wie alles anfing: die „Bewegung des 22. März"

Am 22. März wurden sechs Studenten des Nationalen Vietnam-Komitees verhaftet. Am gleichen Abend besetzten 142 Studenten die Hochschule von Nanterre: die „Bewegung des 22. März" wurde geboren. In ihrem ersten Flugblatt „Handeln und reagieren" verkündeten sie: *„Die Zeit der friedlichen Demonstrationen ... ist vorbei ... Bei jeder neuen Etappe der Repression wird unsere Antwort radikaler sein."* (Aus: „Linksradikalismus"). Das Neue an der „Bewegung des 22. März" gegenüber den „traditionelleren" Organisationen bestand in ihrer Ablehnung jedes Organisationsmodells und geistiger' Väter. Die Vitalität der Bewegung sollte sich an der *„Entstehung einer Fülle von politischen Richtungen"* und am *„Zurücktreten der Theorie gegenüber der Praxis"* messen (Interview mit der „Bewegung des 22. März"; in „Aufstand in Paris", rororo, Juni '68).

Die Studenten wollten einen *„direkteren und wirksameren Kampf gegen die Klassenuniversität"*, die sog. Neutralität und Objektivität der Wissenschaft entlarven und *„den gemeinsamen Kampf mit den Arbeitern führen"* (Bulletin des „22. März", April 68). Ihr oberstes Prinzip war: „ Die wahre Revolution läßt alle an der Aktion teilhaben – das nennen wir Arbeiterdemokratie." (ebenda).

Vorbild war der westdeutsche SDS und sein Antiautoritarismus. An den Wänden von Nanterre stand: *„Es ist verboten zu verbieten!"* und *„Wir werden nichts fordern, wir werden auch um nichts bitten, wir werden nehmen, wir werden besetzen."*

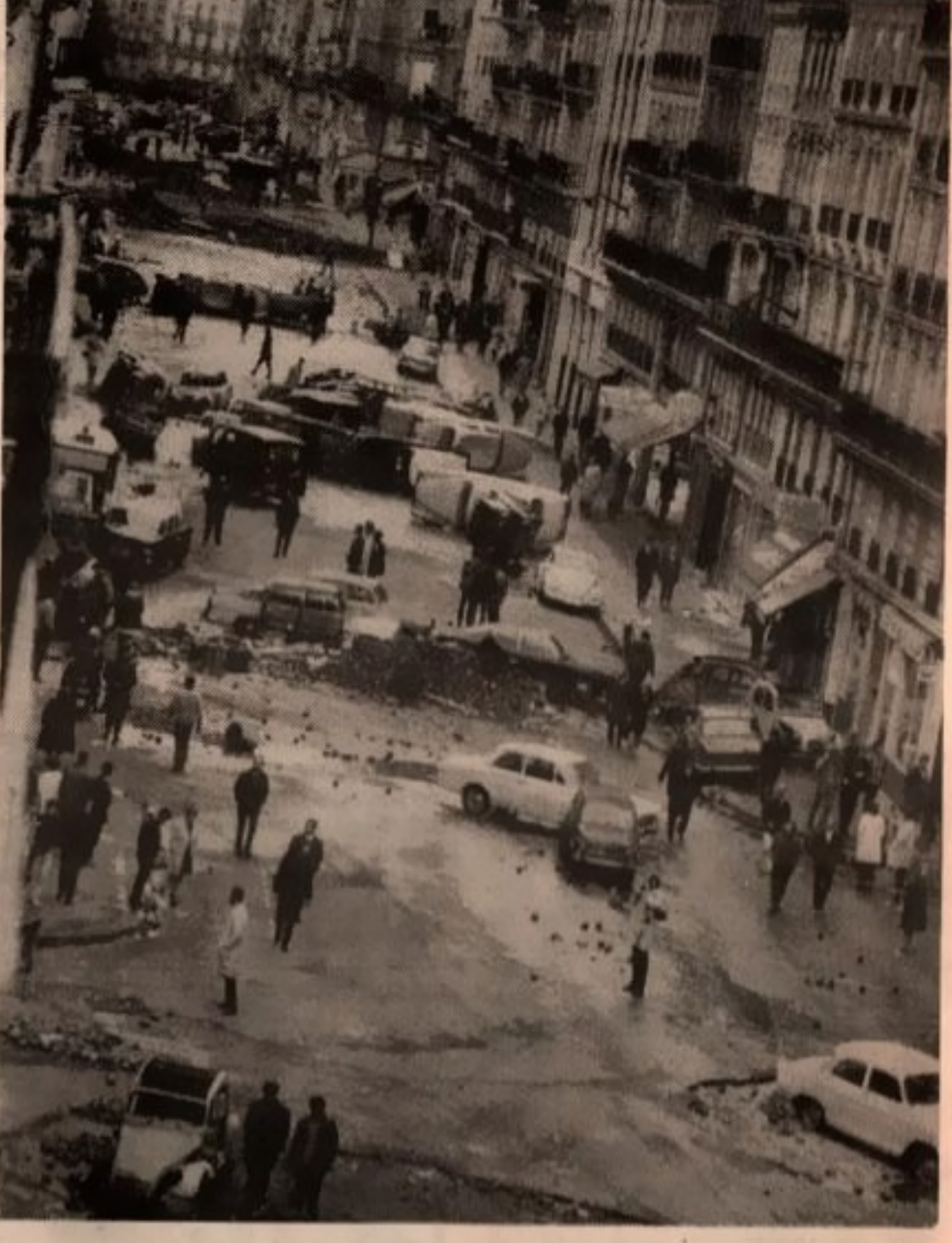
Eine Woche später, am 29. März wurde ganz Nanterre besetzt. Es wurden kurzfristig Veranstaltungen organisiert, auf denen über Imperialismus, kritische Universität und sexuelle Befreiung diskutiert wurde. Die Prüfungen wurden boykottiert und alle Räume mit politischen Plakaten geschmückt.



Am 2. Mai wurde die Universität Nanterre auf Anweisung des Rektors geschlossen. Am 3. Mai fand in der Pariser Sorbonne (geisteswissenschaftliche Uni) eine Protestveranstaltung statt, auf der die Polizei äußerst brutal eingriff. 400 Studenten wurden bei der anschließenden Demonstration verhaftet. Die KPF hetzte: *„Diese falschen Revolutionäre verhalten sich objektiv wie Verbündete der gaullistischen Regierung und ihrer Politik."* („Linksradikalismus", S. 61). Jeder, der an diesem 3. Mai auf der Straße war und wie ein Student aussah oder einfach jung war, wurde zusammengeknüppelt. Das bewirkte umgekehrt eine breite Solidarisierung: ab dem 3. Mai schloß sich die Hochschullehrergewerkschaft (SNEsup) dem Kampf der Studenten an. Aus *„Solidarität mit den Angeklagten der Universität"* demonstrierten in Paris am 6. Mai von 9 Uhr morgens bis 23 Uhr abends die ausgesperrten Nanterre- und Sorbonne-Studenten; ab diesem Tag traten auch die anderen Unis in Frankreich in den Streik.

In ihrer Ausgabe vom 8. Mai 66 schrieb „Le Monde": *„Selbst zur Zeit des Algerienkriegs gab es keine Bewegung von derartigem Ausmaß und solcher Ausdauer."* Die Sorbonne wurde mit dichten Polizeikordons und Panzern umstellt. Am 7. Mai wurde bekannt, daß sechs der 400 Verhafteten zu Gefängnisstrafen verurteilt werden sollen. Darauthin gingen wieder 20.000 auf die Straße. Die Parole *„Das Quartier Latin den Studenten"* wurde ausgegeben – und in der Nacht vom 10. zum 11. Mai wird sie Realität:

35.000 Menschen beginnen gegen 23 Uhr mit dem Bau von Barrikaden. Die Straßen werden fachgerecht mit Pickel, Stemmeisen und Schaufeln, die z. T. von der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden, aufge-



brochen. An jeder Barrikade bilden sich ca. vier bis sechs Ketten von jeweils 50 Frauen und Männern, die die Pflastersteine von den Baustellen zu den Barrikaden reichen. 400 werden bei den Kämpfen mit der Polizei verletzt.

„Die Barrikaden waren keine Mittel mehr zur Selbstverteidigung, sie wurden zum Symbol der Freiheit. Deshalb bleibt diese Nacht vom 10. bis zum 11. Mai für alle, die dabei waren, unvergeßlich" („Linksradikalismus", S. 66). Und über allem stand die Parole, die in diesem Monat von Paris bis nach Marseille an Wänden und Mauern zu lesen war: *„Die Phantasie hat die Macht übernommen"*. Diese Nacht der Barrikaden leitete die zweite Phase des Mai '68 ein.

„Wir lehnen eine Welt ab, wo die Gewißheit, nicht vor Hunger zu sterben, ausgetauscht wird gegen das Risiko, vor Langeweile umzukommen!" (Plakatiertes Manifest im „Quartier Latin")

Am 11. Mai ist diese Nacht Gesprächsthema Nummer 1 in Frankreich: an den Schulen fällt der Unterricht aus; an den Unis werden Verstärkungstrupps für die Pariser Studenten zusammengestellt. Die Führer der Linksparteien und der Gewerkschaften können nicht mehr länger die Legende der „groupuscules" (Grüppchen) aufrechterhalten. Sie versuchen, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen und rufen zum Generalstreik am 13. Mai auf. Es demonstrieren 800.000 Arbeiter, Angestellte und Studenten durch Paris.

Nach einer Aufführung eines amerikanischen Balletts wird das berühmte „Odeon"-Theater in Paris von 1.500 Arbeitern, Studenten und Künstlern besetzt. An den Eingangstüren hängt das Plakat: *„Das revolutionäre Aktionskomitee hat beschlossen, daß das Odeon für unbegrenzte Zeit aufhört, ein Theater zu sein ... Im ex-Odeon hat die Phantasie die Macht übernommen – Eintritt frei!*

Kunstschulen, Schauspielerschulen und die Pariser Oper folgen ein paar Tage später. Die Bullen verschwinden über Nacht von der Sorbonne und am Morgen des 14. Mai wehen dort die roten Fahnen.

Die Pariser Aktionskomitees der Schüler rufen am 16. Mai zur Besetzung aller Schulen auf. Obwohl die Verkehrsmittel nun auch nicht mehr funktionieren, wird der Besetzungsaufruf von ca. 70 % der Schüler in ganz Frankreich befolgt.

Wie auch an den Unis, werden jetzt auch an den Schulen Ordnertrupps aufgestellt, Sanitäts- und Schlafplatzdienste organisiert, Kommissionen gebildet und Besetzerräte

Wie auch an den Unis, werden jetzt auch an den Schulen Ordnertrupps aufgestellt, Sanitäts- und Schlafplatzdienste organisiert, Kommissionen gebildet und Besetzerräte gewählt.

Studenten und Schüler verkünden: die Menschheit werde erst glücklich sein, wenn der letzte Kapitalist an den Därmen des letzten Bürokraten aufgehängt sein wird.

10 Millionen Besetzer

Am 18. Mai sind es „erst" 500.000, am 23. Mai sind es ca. 10 Millionen, die ihre Betriebe besetzt halten. „Sud-Aviation" in Nantes ist der erste besetzte Betrieb: *„Schon von weitem sehen wir lauter rote Fahnen ... Auf der Straße ist gesprüht worden: ,Wir werden die Stellung bis zum Schluß halten'. 500 Meter vor den Toren ist die erste Kontrollsperre, 25 Kontrollposten sind auf den Dächern errichtet worden. Rund um die Uhr verkündet das Streikkomitee über Lautsprecher seine Anweisungen, zwischendurch gibt es revolutionäre Lieder ... Der Unternehmer ist als Geisel gefangen genommen worden ... Ein Arbeiter grinst und sagt „Die Internationale" hindert ihn am*

schlafen ..." (aus „Revoltes", Zeitung im Mai 68).

Während die Regierung bzw. der greise de Gaulle verkündet: „Reformen ja, Karneval nein", wird am 16. Mai in den beiden großen Renault Werken von Vleon und Flins die Besetzung beschlossen, gegen den Willen der CGT-Gewerkschaft, die einen einstündigen Streik vorschlug ...

Sie fordern einen Minimallohn von 1.000 Francs und die 40-Stunden-Woche. Die wütende CGT reagiert mit einem Pöbel-Plakat an den Werksmauern: *„Elemente, die der Arbeiterklasse fremd sind, verfolgen das Ziel einer Spaltung der CGT-organisierten Kollegen, um die gewerkschaftliche Organisation in den Dreck zu ziehen – dafür werden sie von den Unternehmern bezahlt"* („les idees de Mai", Silvain Ziegel, Juni 68).



Der Premierminister Pompidou bricht seine Reise in Afghanistan ab und der damalige Erziehungsminister Peyrefitte (der heute als Justizminister Berufsverbote nach deutscher Art propagiert) unterrichtet ihn über den Ernst der Dinge:

„Sie glauben vielleicht, das sind brave kleine Studenten ... Sie haben revolutionäre Studenten vor sich, die entschlossen sind, die Gesellschaft hops gehen zu lassen ... Sie haben den Kopf voll von Che Guevara, Fidel Castro und Mao Tse Toung. Sie wollen wirklich die Revolution machen!" („Nouvel Observateur", „10 Jahre Mai 68", 29. April 78).

Fidel Castro und Mao Tse Toung. Sie wollen wirklich die Revolution machen!" („Nouvel Observateur", „10 Jahre Mai 68", 29. April 78).

Pompidou meint, mit einer Generalamnestie die Gemüter beruhigen zu können. Die Ausweisung von Cohn-Bendit (einem Hauptakteur des „22.März") läßt er aber bestehen. 50.000 Studenten demonstrieren dagegen am 23. Mai in Paris unter der Parole *„Wir sind alle deutsche Juden"*.

Am 24. Mai hält de Gaulle eine Fernsehrede: er beschwört das Gespenst eines Bürgerkriegs. 200.000 Bauern antworten mit Straßenblokkaden und halten Versammlungen ab, während in Paris 500.000 Menschen auf der Straße rufen: **De Gaulle a la porte! Le pouvoir aux travailleurs! – De Gaulle raus, die Macht den Arbeitern!**

Die zweite Nacht der Barrikaden findet vom 24. auf den 25. Mai statt. Die Pariser Börse wird in Brand gesteckt. Viele wollen das Finanz- und Justizministerium besetzen, sie werden von den Ordnertrupps abgehalten. Die durch die Anti-AKW-Demonstration in Malville erneut bekannt gewordenen Offensivgranaten werden von der Polizei eingesetzt.

Die zweite Nacht der Barrikaden leitet die 3. Phase des Mai 68 ein: die Phase der Verhandlungen und der unglaublichen Bullenrepression.

Die CGT verhandelt, die CRS schießt

Schon am 25. Mai beginnen Verhandlungen zwischen Gewerkschaften, Regierung und Unternehmern in der „Rue de Grenelle". Während die Arbeiter einen Minimallohn von 1000 Francs fordern, geht die CGT auf eine Erhöhung von 35 % ein; die Forderung nach politischen Änderungen wird völlig untergebuttert. Seguy, der Sekretär der CGT, wird bei Renault in Flins ausgepfiffen, als er am 27. Mai die Ergebnisse des „Accords de Grenelle" verkündet. In Charlety bei Paris versammeln sich am 27. Mai 50.000 Arbeiter, die in Opposition zu CGT- und PCF-Führungspolitik stehen.

Mitterand bietet sich als Präsident der Republik an. Die Kräfte, die links von der PCF stehen haben auch schon einen Kandidaten: Pierre Mendes-France von der PSU. Gleichzeitig treffen sich soeben ausgeschlossene oder ausgetretene Mitglieder der PCF, u.a. Jean-Pierre Vigier, mit der JCR (Revolutionäre Kommunistische Jugend, 1966 aus einer Spaltung der revisionistischen UEC hervorgegangen) und gründen den „MUR" (Revolutionäre Einheitsbewegung). Am 29. Mai, ohne daß es sogar „seine" verzweifelten Minister wissen, fliegt de Gaulle nach Baden-Baden und trifft sich mit dem General Massu, Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte in der BRD mit „Algerien-Erfahrung". Am 30. Mai droht de Gaulle in seiner zweiten Fernsehrede mit der Ausrufung des Notstands, löst die Nationalversammlung auf und verkündet ein Referendum, durch das er sich als Hüter des Staates bestätigen lassen will. Laut de Gaulle stand Frankreich vor der Gefahr einer „stalinistischen Diktatur", und da gäbe es nur eine Antwort:

„Ich – oder das Chaos"!

In der gleichen Nacht umzingelt die französische Armee Paris. Fallschirmjägereinheiten, Panzer und Infanteriekolonnen ziehen durch zahlreiche Vororte der Hauptstadt. Auf den Champs-Elysees demonstrieren 100.000 Gaullisten, die neuen Mut gefaßt haben.



Anfang Juni werden sämtliche Organisationen der revolutionären Linken verboten.

Im Morgengrauen des 6. Juni greift die CRS mit Panzern und Offensivgranaten den besetzten Renault-Betrieb in Flins an. 3 Tage lang wird in den umliegenden Wäldern und Feldern eine Art Kleinguerilla geführt zwischen Arbeitern, Studenten und Schülern einerseits und CRS andererseits. Ein Arbeiter wird in Flins von der CRS ermordet, ein 17jähriger Schüler, Gilles Tautin, ertrinkt auf der Flucht vor der CRS am 10. Juni. Erst Ende Juni wird die Arbeit bei Flins wieder aufgenommen.

Am 11. Juni fällt die CRS in die Fabrik von Peugeot in Montbeliard (Ost-Frankreich) ein. Der örtliche CGT-Chef erklärt *„Wir müssen einen klare Kopf behalten; wenn es Bullen am Fabriktor gibt, lassen wir sie."* („Gauche Proletarienne", Rotbuch).

Die Antwort der Peugeot-Arbeiter ist beispielhaft für die Härte der Auseinandersetzungen, die in diesen Wochen überall zwischen Streikenden und Polizei ablaufen: *„Wir werden mit Tränengasgranaten und mit Chlorgranaten angegriffen, wir werfen Betonsteine zurück... Baumaterial, ein Peugeot 203 und gleichhohe Schranken blockieren den Rückzug der Bullen... Eine zweite (Barrikade) wird mit Benzinkanistern auf der Weichenbrücke errichtet, Peugeots werden über die Kreuzung geschoben und der Durchgang mit einem Lastwagen blockiert und die Bullen, die aus der Fabrik rauskommen, werden mit Steinen und Schraubenbolzen empfangen... Einer (von der CRS) holt seinen Revolver heraus und schießt in die Menge. Pierre Beylot wird getroffen und stirbt. Er ist 24 Jahre alt. Vier seiner Kollegen werden schwer verletzt... Elf von der CRS sind bei der Schlacht getötet worden"* („Gauche Proletarienne", S.19/20). Auch hier wurden wieder Offensivgranaten von der Polizei eingesetzt. Ein zweiter Peugeot-Arbeiter, Pierre Blanchet, fällt der Polizeirepression zum Opfer. Erst um 20 Uhr hörte der Kampf auf; an die Mauern des Werks wird geschrieben *„Der Löwe ist tot"*.

Am 13. Juni liefern sich noch einmal 15.000 Sicherheits- und Bereitschaftspolizisten mit den Studenten eine Straßenschlacht. Am 14. Juni wird das Odeon-Theater von der CRS geräumt. Am 23. Juni erhielt die Partei der Gaullisten bei der Wahl 2/3 der parlamentarischen Mehrheit.

Der französische Mai, der größte Massenkampf europäischer Arbeiter seit mehreren Jahrzehnten, war zu Ende. Seine historische Bedeutung als Vorbote neuer revolutionärer Massenkämpfe in Europa bleibt indes erhalten. Die nachfolgende Entwicklung in Italien im „heißen Herbst" 69 und besonders die mit dem Sturz des Salazar-Faschismus eingeleitete revolutionäre Entwicklung in Portugal 74 bestätigen dies.

Frankreich-Kommission

Zur Politik der Revisionisten im Mai '68

Die PCF hatte vor dem Mai 68 ein Programm vertreten, ähnlich der „Demokratischen Erneuerung" der DKP. Ein Programm also, daß auf der Strategie des „friedlichen Übergangs" und der „Einheit aller antimonopolistischen Kräfte" beruhte.

Dieses Programm hat nicht dazu gedient, in der Arbeiterklasse klare Vorstellungen über ihren Kampf zu schaffen und die Zwischenschichten an den Kampf der Arbeiterklasse heranzuziehen.

Es erwies sich – was eigentlich gar keines Beweises mehr bedurfte – daß die Spekulation auf den „friedlichen Übergang" in den imperialistischen Ländern selbstmörderischer Wahnsinn ist.

Zum einen ist nicht zu zweifeln an der brutalen Entschlossenheit der Kapitalistenklasse, jede „demokratische Erneuerung" mit Gewalt niederzuschlagen. Zum anderen besteht auch die Fähigkeit des Imperialismus zur Enfesselung des Bürgerkrieges. Seine „Elite-Einheiten", wie Fallschirmjäger und Spezial-Polizei, sind gegen eine „Zersetzung" und propagandistische Demoralisierung weitgehend immun.

Im Rahmen der NATO würde die angestrebte konterrevolutionäre europäische Streitmacht eine mögliche Solidarisierung weitgehend unmöglich machen.

Es erwies sich – was ebenfalls keines Beweises mehr bedurft hätte –, daß die „Einheit aller antimonopolistischen Kräfte" ein Mythos ist. Engels stellte bereits in der Einleitung zu Karl Marx „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850" (1895) fest:

„,... Ein Aufstand, mit dem alle Volksschichten sympathisieren, kommt schwerlich wieder; im Klassenkampf werden sich wohl nie alle Mittelschichten so ausschließlich ums Proletariat gruppieren, daß die um die Bourgeoisie sich scharende Reaktionspartei dagegen fast verschwindet. Das Volk wird also immer ,geteilt' erschheinen..."

Lenin war nach der Revolution von 1905 der Meinung: „Es ist ganz natürlich und unvermeidlich, daß der Aufstand die höheren und komplizierteren Formen eines langwierigen Bürgerkrieges, d.h. des bewaffneten Kampfes des einen Teils des Volkes gegen den anderen, annimmt." (Lenin, Bd. 2/S. 202)

Diese Einschätzung wurde durch den Bürgerkrieg in Rußland später bestätigt.

Im Mai 68 hätte sich Frankreichs Bourgeoisie außer auf die „Elite-Einheiten" noch auf große Teile der Zwischenschichten und rückständige Teile des Proletariats selbst stützen können. Solange die Streikbewegung im Aufschwung war, verhielten diese Teile des Volkes sich passiv oder sympathisierten mit den Streikenden. Erst als auf der einen Seite die Organisationen der Arbeiterklasse ihre Unentschlossenheit und auf der anderen Seite die Bourgeoisie ihre Entschlossenheit demonstrierten (diese Wende trat am 29./30. Mai ein) liefen die Zwischenschichten massenhaft zur Bourgeosie über und waren für deren Interessen zu mobilisieren.

Festzustellen ist, daß von den revisionistischen und reformistischen Organisationen systematisch falsche Vorstellungen über die Entwicklung des Klassenkampfes in die Arbeiterklasse hineingetragen worden waren. Auf der anderen Seite hielt die ML-Partei, die erst ein halbes Jahr zuvor gegründet worden war, für die Arbeiter zwar Mao-Bilder bereit, aber keinerlei Ratschläge und Informationen für ihren Kampf.

Wie verhielt sich die PCF/CGT gegenüber der Streikbewegung? Sie ließ sich von der Bewegung treiben, statt umgekehrt dieser Impulse zu geben. Weder organisierte sie die Streikbewegung, noch gab sie ihr ein klares Ziel. Den Arbeitern, die eine tiefe Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen spürten, wurde erzählt, sie hätten ausschließlich „ökonomische Forderungen" zu stellen.

Als die Streikbewegung sich zu einem Generalstreik ausgeweitet hatte, trafen die Gewerkschaften am 26./27. Mai ein Abkommen mit der Bourgeoisie und der Regierung, um den Streik zu beenden.

Zwar wurden die wichtigsten ökonomischen Forderungen der Arbeiter erfüllt, aber das reichte längst nicht mehr.

Es streiken nicht 10 Millionen Arbeiter spontan über eine Woche lang, wenn sie nur ein paar ökonomische Forderungen durchsetzen wollen. Ein solcher Streik ist ein politischer Streik, ein Streik, der grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zum Ziel hat.

Das Abkommen vom 26./27. Mai wurde ein Fiasko für die Gewerkschaftszentralen. In den Pariser Renault-Werken wurde selbst CGT-Chef Seguy von den Streikenden ausgepfiffen, als er sich für das Abkommen stark machte.

Nun vollzog die PCF/CGT, die von Anfang an hinter der Bewegung hergetrottet war, einen Schwenk. Auf der Demonstration vom 29. Mai erschien sie mit Parolen für eine „Volksregierung".

Diese Parolen waren – gemessen am vorhergehenden opportunistischen Verhalten – schlichtweg abenteuerlich. Die PCF/CGT, die zuvor nichts getan hatte, um der massenhaften Unzufriedenheit ein klares Ziel zu geben, trat unvermittelt mit einer Parole auf, deren Konsequenz nichts anderes gewesen wäre als – der Bürgerkrieg! Oder glaubten die Führer von PCF/CGT ernsthaft, die französische Bourgeoisie würde eine „Volksregierung" widerstandslos hinnehmen? PCF/CGT stellten eine Parole auf, die unvermittelt kam, die zu spät kam (de Gaulle verhandelte zur selben Stunde schon mit General Massu) und von der vor allem nicht klar gemacht wurde, welche Konsequenzen diese Parole, dieses Kampfziel haben müßte. Und all dies, nachdem sie noch zwei Tage zuvor durch ihr Abkommen mit Bourgeoisie und Regierung den Streik beenden wollten und durch dieses Taktieren die Streikbewegung nicht gerade gestärkt hatten.

Es liegt dem Wesen des Revisionismus durchaus nicht fern, vom schieren Opportunismus plötzlich zum tollsten Abenteuertum überzugehen. Das ist natürlich für eine Richtung, deren Politik darin besteht: sich von der Bewegung treiben zu lassen, dabei ein bißchen zu bremsen, dann plötzlich nach erfolglosem Bremsen mit irgendeiner „linken" Torheit an die Spitze zu spurten, wieder zu bremsen usw. usf.

In dieser Situation führten am 30. Mai die Rede de Gaulles und die Ansetzung von Neuwahlen, die Massendemonstration für „Ruhe und Ordnung" und der Aufmarsch der Truppen um Paris zur Wende.

In den nächsten Tagen begann die Auflösung der Streikfront. Während es

de.

In den nächsten Tagen begann die Auflösung der Streikfront. Während es
notwendig gewesen wäre, die Streikbewegung zumindest einheitlich mit möglichst guten Ergebnissen zu beenden, ging die gewerkschaftliche Taktik auf Spaltung der Streikenden aus. Die Avantgarde des französischen Proletariats, die Automobilarbeiter, wurde isoliert.

Hätten die Arbeiter kämpfen sollen? Diese Frage ist ganz falsch gestellt. Sicher konnte der Generalstreik nicht auf Wochen hin fortgesetzt werden, da er wegen seines unorganisierten Charakters die Versorgung des Volks bereits bedrohte (was gewiß große Teile der Arbeiterklasse, vor allem aber die Zwischenschichten, in die Arme der Bourgeoisie trieb).

Ohne Führung einer revolutionären Partei konnte es keinen organisierten Kampf gegen die konterrevolutionären Truppen geben. Ohne systematische revolutionäre Propaganda über einen längeren Zeitraum hin (und diese hatte es, wie wir sahen, nie gegeben) war an einen erfolgreichen Aufstand nicht zu denken.

Es sei daran erinnert, daß Engels dies bereits 1885 feststellte: „Die Zeit der Überrumpelung, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten. Das hat uns die Geschichte der letzten fünzig Jahre gelehrt. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit ..."

Die Strategie der „demokratischen Erneuerung" basiert auf der Erwartung eines „friedlichen Übergangs", eines allmählichen „Zurückdrängens" der Kapitalistenherrschaft. Eine solche Strategie ist unrealistisch, und trägt nicht dazu bei, daß „die Massen verstehen, was zu tun ist".

Die Kapitalistenklasse würde auf jede demokratische Massenbewegung, die konsequent grundlegende gesellschaftliche Umgestaltungen (z.B. im Sinne der „Mitbestimmung", so wie die DKP diese versteht) fordert, mit Gewalt reagieren.

Es wird dazu behauptet, die Massenbewegung müssen eben eine solche Stärke erreichen, daß sie die Kapitalisten an der Anwendung von Gewalt hindern kann.

Das ist eine weitere Illusion. Die Kapitalistenklasse wird es nie soweit kommen lassen. Sie provoziert Kraftproben, wenn es ihr paßt, d.h. solange es für sie noch früh genug ist. Die Arbeiterklasse hat dann die traurige Wahl, zurückzuweichen oder aber einen Kampf aufzunehmen, auf den sie nicht vorbereitet ist und dessen Chancen sehr ungewiß sind.

(aus: UNSER WEG Nr. 13, Dezember 1971)



Hamburg

„So eine Scheiße! Überall wo wir hinkommen, ist der KB schon da" – so wurden zwei total frustrierte JN-Mitglieder belauscht, als sie sich über den Reinfall ihres groß angekündigten Hamburger „Wahlkampfhöhepunkts" am Wochenende vom 19.-21.5.78 unterhielten.

Nun, es war nicht nur „der KB", aber „einen Fuß auf den Boden" haben die Faschisten an diesem Wochenende tatsächlich nicht bekommen: Das vorgesehene Programm (eine „Großkundgebung" unter freiem Himmel, eine Saalveranstaltung, Infostände und Auto-Korsos, ein großer Fackel-Umzug) fiel weitgehend ins Wasser!

Schon früh hatte die VAN(örtliche Gruppe der VVN) eine „Antifaschistische Initiative – Nazis raus aus Hamburg" wiederbelebt, die sich vorwiegend aus Persönlichkeiten der DKP und ihres traditionellen Bündnisbereichs zusammensetzt. Dem Demonstrationsaufruf dieser Initiative schlossen sich der Landesjugendring, die Landesastenkonferenz sowie die DKP-dominierte Demokratische Fraueninitiative an. Ca. 2.500 Menschen folgten am 19.5. dem Aufruf, was für diesen Trägerkreis als relativ viel anzusehen ist. Gespräche mit dem KB und anderen „Chaoten" über eine mögliche g e m e i n s a m e Aktion waren natürlich nicht geführt worden.

Für den 20.5. hatte die SOZdL (Zivildienstleistende) Hamburg und Regionalkonferenz Nord zusammen mit (verschiedenen BIs, BUU Hamburg, DFG/IdK, Gewaltfreie Aktion Hamburg, UN-Jugendclub, Internationale Jugendgemeinschaft, Friedenspolitische Studiengesellschaft, ESG und Mitarbeitern der DFG/VK aufgerufen zu einer **„Demonstration gegen Krieg und Faschismus"** die von KB und Jungdemokraten unterstützt wurde.

An dieser Demonstration beteiligten sich 2500–3000 Menschen. Erst sehr kurzfristig rückte die NPD mit ihrem Plan heraus, am Nachmittag des 19.5. mitten in der belebten Innenstadt eine „Kundgebung" durchzuführen.

Mit einem Flugblatt rief daraufhin der KB zum gleichen Zeitpunkt und am selben Ort zu einer antifaschistischen Kundgebung auf. Mit Hinweis darauf ließ die Polizei die NPD-„Kundgebung" an eine wenig zentral gelegene Stelle verlegen.

6 Wasserwerfer und die Besatzung von wohl insgesamt 15 Mannschaftswagen der Polizei waren dort aufgeboten, als das Häuflein von ca. 20 Faschisten (andere hatten sich angesichts der dort wartenden ca.300 Gegendemonstranten gleich wieder verpißt) in einen mit Polizeigittern zooartig umzäunten Kreis einzog. Es flogen die ersten Eier und die Polizei machte mehrere vorübergehende Festnahmen und Taschenkontrollen. Als dann vom ursprünglich vorgesehenen Kundgebungsplatz her sich eine Demonstration von ca.900 weiteren Antifaschisten näherte, brach die Polizei die Nazi-„Kundgebung" ab, bevor sie überhaupt richtig begonnen hatte, und die Nazis mit ihrem inzwischen etwas lädierten Lautsprecherwagen suchten schleunigst das weite.

Auch am 20.5. verlief für die NPD die Sache nicht sehr planmäßig:

Von 9 angemeldeten Infoständen hat sich die NPD bei 6 überhaupt nicht blicken lassen; ungestört verlief nur einer, und in einem Fall, wo die Faschisten die Frechheit besaßen, ihren Stand direkt neben einem antifaschistischen aufzustellen, waren sie in 10 Minuten durch Farb- und sonstige Eier von der Sinnlosigkeit ihres Vorhabens überzeugt.

Auch die in affenartigem Tempo durchgeführten Autokorsos fanden ihre Meister: An einer roten Ampel konnte ein antifaschistischer Radfahrer mit dem gesamten Inhalt einer mitgeführten Tasche den Lautsprecherwagen „verschönern".

Am Samstagabend ließ es sich der Hamburger Senat dann allerdings nicht nehmen, den in ihrer Mehrheit ziemlich resignierten Faschisten noch ein kleines Erfolgserlebnis zu gönnen: Mit allen Tricks und Finessen und einem massiven Polizeiaufgebot wurden ca. 80 - 100 Nazis als Fackelzug durch St. Pauli gelotst. Ihre „Abschlußkundgebung" mußten sie allerdings sehr hastig und fern vom zunächst vorgesehenen Platz durchführen. Angesichts der für eine Massenaktion äußerst ungünstigen Situation (Unklarheit über die Marschroute der Faschisten, Dunkelheit und unüberschaubares Polizeiaufgebot) entschlossen sich ca.500 Antifaschisten, am Abend noch eine spontane Demonstration durch das Karolinenviertel und St.Pauli durchzuführen. Gleichzeitig harrten noch etwa ebensoviel weitere Antifaschisten am nahegelegenen S-Bahnhof Feldstraße aus, um hier eventuell heimfahrenden Faschisten noch einen herzhaften „Gruß" mit auf den Weg zu geben. Es ließ sich aber keiner blicken.

Die Polizei hat sich - für Hamburger Verhältnisse - relativ "zurückgehalten". Das dürfte ein Ergebnis des kürzlich in der Bürgerschaft einstimmig gefaßten Beschlusses sein, zukünftig „alle gesetzlichen Mittel auszuschöpfen", um rechtsradikale Veranstaltungen zu verbieten. Dieser Beschluß zielt darauf, zumindest in der Wahlkampfzeit Hamburg zweifelhaften Ruhm als Nazi-Paradies etwas abzuschwächen.

Fakt ist jedoch auch, daß Senat und Polizei letzten Endes k e i n e der für den 19. - 21. Mai geplanten NPD-Veranstaltungen verboten haben und daß speziell der nächtliche Fackelzug am 20. Mai außerordentlich massiv von der Polizei beschützt wurde. Es soll also, wie voraussehbar, an einigen unschönen Äußerlichkeiten retuschiert werden, aber am Wesen der Sache - Polizeischutz für die Nazis - soll sich in Hamburg nach dem Willen des SPD/FDP-Senats und der CDU nichts ändern.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nassau

Bereits zum elften Mal trafen sich zu Pfingsten '78 etwa 1000 „Kameraden" der **SS-Divisionen "Leibstandarte Adolf Hitler" und "Hitler Jugend"** in Nassau. Mit von der Partie war, ebenfalls zum elften Mal, der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Wissebach, der mit 17 Jahren in die Waffen-SS eintrat und der auf die Frage, ob er sich von der SS distanziere, im letzten Juni antwortete: *"Nein, das tue ich natürlich nicht."* ("konkret", 8/77).

Einen Pfingstbesuch in Nassau stattete auch der SPD-MdB Klaus Thüsing ab - allerdings sprach er nicht in der Stadthalle, sondern auf einer antifaschistischen Kundgebung, zu der Jusos, VVN, DGB und zwei SPD'ler (alle Rheinland-Pfalz) aufgerufen hatten. Thüsing sagte in seiner Ansprache: *"Wir wenden uns nicht gegen irgendein Kameradschaftstreffen, sondern dagegen, daß hier der Nazismus wieder hoffähig gemacht werden soll."* ("tat", 19.5.). Traurig war das Verhalten der beiden Initiatoren der Kundgebung, Heinz Jahns und Hermann Reeh (beide SPD): Sie lehnten strikt gemeinsame Aktionen mit Kräften außerhalb des sozialdemokratischen, christlichen und jüdischen Lagers ab. Als "unpassend" wurde von ihnen sogar empfunden, daß die VVN, die auch zur Kundgebung aufgerufen hatte, mit ihrer Fahne erschien.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kassel

Drei Tage lang fiel an der Kasseler Herderschule der normale Unterricht aus; stattdessen wurde in 35 Arbeitsgruppen zu 17 verschiedenen Themen gearbeitet: Entstehungsbedingungen des Faschismus, Rolle der Presse, Verhalten der Kirchen, Erfahrungen und Probleme des Widerstands. Täglich trat eine Gruppe von Schauspielern des Kasseler Stadttheaters mit einem Brecht-Programm auf, der Liedermacher Hans Dinat sang antifaschistische Lieder. Ein Schwerpunkt lag auf der Darbietung aufklärender und informierender Filme. Organisiert wurde das Ganze von der Schülervertretung und einigen Lehrern, die Gesamt-Lehrerkonferenz hatte sich hinter das Projekt gestellt. Der Hessische Rundfunk berichtete jeden Tag ausführlich und zum Teil life von den Diskussionen,

Fortsetzung auf Seite 27



„Hansa"-Banditen marschieren „verkleidet" durch den Hamburger Hauptbahnhof...



Wieder ist Hamburger Polizei im Einsatz gegen Antifaschisten (auf der Moorweide bei der NPD-Provokation)



...wo sie schließlich von der Polizei festgenommen – aber schon nach Stunden wieder freigelassen werden. Unter den Verhafteten Bandenchef Kühnen (Bildmitte)



Frisch: Dieser JN-Bursche hat voll ein Farbei an den Kopf bekommen

Fortsetzung von Seite 26

das Hessische Fernsehen drehte einen längeren Bericht.

Die Schüler verbanden die Antifa-Tage mit ihrem aktuell laufenden Kampf um die Erhaltung des angeschlossenen Tagesheims, das im Zuge der Stelleneinsparungen geschlossen werden soll. Dieses Tagesheim hat eine Kantine, in der die Schüler mittags warm essen können, außerdem konnten die Räume bisher auch nachmittags für Freizeit und außerschulische Beschäftigungen benutzt werden. Für die Forderung nach Erhaltung des Heims hatten die Schüler bereits vor einiger Zeit gestreikt. ("tat",26.5.78)

Münster

NPD-Bundesvorstandsmitglied und Bundeswehrmajor Lindner reist durch die Lande, um öffentlich für die Neofaschistenpartei die Trommel zu rühren. So sprach er am 10.3.78 in Münster zum Thema „Öffentliche Sicherheit". Einige Sätze aus Lindners Rede: *"Hier steht ein Major der Bundeswehr, einer der dem Staate direkt dient, der mit der Faust in die Eiterbeule der Gesellschaft schlägt."* Die antisemitischen Umtriebe an der Münchener Bundeswehr-Hochschule waren für Lindner schlicht *"verleumderische Lügen der Linken"*. Stattdessen tritt der NPD-Major dafür ein, daß *"in den Schulen endlich nach 30 Jahren Wahrheit für das deutsche Volk hergestellt"* werden müsse. Gemeint ist damit z.B., daß die *"Ehre der Waffen-SS wiederhergestellt"* wird.

Angesichts solcher Lindner-Reden hat der **"Antifaschistische Arbeitskreis Münster"** den Kriegsminister Apel aufgefordert, zu dem Treiben des Majors Stellung zu nehmen. Auf Apels Antwort wartet der Antifaschistische Arbeitskreis "mit Spannung".

(Anschrift AFAK Münster, i.A. Dieter Snack, Schillerstr. 74 A, 4400 Münster).

Gießen

Für den 20.5. hatte die NPD "Heldenehrungen" in Gießen und Staufenberg (Lahn-Dill-Kreis) angekündigt. Dort befinden sich "Ehrenmale" des Nazi-Stukageschwaders 55 "Immelmann".

Gegen die Nazi-Treffen hatte sich ein Bündnis von VVN, Jungsozialisten, Jungdemokraten, den Asten der Uni Gießen und der Fachhochschule, der Vereinigung Demokratischer Juristen und anderer Organisationen zusammengetan. Das Verbot des Nazi-Aufmarsches in Staufenberg wurde gefordert und eine Protestdemonstration angekündigt.

Der SPD-Bürgermeister von Staufenberg verbot daraufhin tatsächlich die NPD-Kundgebung - ebenso aber auch die der Antifaschisten! Um das Maß vollzumachen, blieb eine geplante "Ehrung" des "Traditionsverban-
auch die der Antifaschisten! Um das Maß vollzumachen, blieb eine geplante "Ehrung" des "Traditionsverban-
des Immelmann" aber ausdrücklich erlaubt! Die NPD kündigte angesichts des Verbots an, sie werde in Gießen eine Veranstaltung durchführen. Dagegen protestierte u.a. der DGB-Kreisverband Lahn-Dill und forderte das Verbot. Die VVN kündigte an, ihre Kundgebung werde, falls sie nicht doch in Staufenberg durchführen könne, ebenfalls in Gießen abgehalten werden.

Vom Lahn/Gießener Oberbürgermeister wurde schließlich auch der NPD-Großaufmarsch in Gießen verboten - mit dem Hinweis, es werde wohl "unvermeidbar" zu Zusammenstößen kommen, da der KBW eine Gegendemonstration angekündigt habe.

Am Sonnabend hielten 7-800 Antifaschisten in Gießen (am Ort der angekündigten NPD-"Heldenehrung") eine Kundgebung ab, wobei der etwa 1200 jüdischen Opfer des Faschismus in Gießen gedacht wurde und Maßnahmen gegen die Neonazis gefordert wurden (nach „FR", 19. + 22.5.78)

Auf der Negativseite ist zu verzeichnen, daß leider auch in diesem Fall die DKP-Kräfte wieder auf Spaltung aus waren. So war die Hölle los, als der BDK Butzbach (eine Abspaltung von der DKP) und die KB-Symphatisanten erklärten, daß sie einen Aufruf von VVN, SDAJ, Jusos, "Falken" und anderen ebenfalls unterschreiben wollten. Die VVN protestierte dagegen und wollte es v e r b i e t e n , daß BDK und KB-Symphatisanten mit unterschreiben. Schließlich erklärten diese beiden, daß sie freiwillig die Unterschrift zurückziehen. Das halten wir für einen F e h l e r . **Wir meinen, daß man in so einem Fall trotz Gekeife der VVN an seiner Unterschrift festhalten sollte und dann eben entsprechend die betreffende Erklärung mit eigener Unterschrift verbreiten kann.**

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg
und AK-Redaktion

Nazi-Aktivitäten

Schon seit längerer Zeit hatten Schönborn und die „Hansa"-Bande („ANS") die Durchführung eines „Auschwitzkongresses" in Hamburg für den 20. Mai angekündigt. Wenige Tage vorher war bekannt geworden, daß Schönborn am 21. Mai in der Hamburger Innenstadt eine Kundgebung durchführen wolle.

Diese Provokation wurde vom Senat verboten.

Stattdessen kündigte die „ANS" auf einer wie immer zwar öffentlichen, allein der Polizei verborgen gebliebenen „Pressekonferenz" in ihrer Stammkneipe („Egerländer") für den 20. Mai eine „richtige Sache" an, die „nicht so schlapp" wie das sei, was die NPD so bringt. Auf der Pressekonferenz waren ca. 30 „Hansa"-Banditen, darunter 15 „neue", u.a. ca. fünf im alter von 13 bis 15 Jahren!

rückzuführen.

Die für den 2. Juni angekündigte Veranstaltung soll mitgetragen werden von: „Bürgerinitiative für Wahrheit" (des Fürther Robert Paulus), „Deutsch-Sozialistischer Bund", Kampfbund Deutscher Soldaten, „Deutsch-Arabische Gemeinschaft" (Schönborn) und „Soldatenkameradschaft Hans-Ulrich Rudel". Der Saal für die Veranstaltung war unter falschem Namen angemietet und Flugblätter wurden schon verteilt.

Der Sprecher des Bürgerkomitees gegen Neofaschismus, der Fürther DGB-Kreisvorsitzende und Stadtrat Hartosch brachte daraufhin im Stadtrat einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem sich alle Stadträte einstimmig (mit den Stimmen der CSU!) gegen die rechtsradikalen Umtriebe in Fürth aussprachen. Außerdem wurden alle Fürther Gastwirte aufge-



Am Samstag-Vormittag marschierten dann acht „Hansa"-Banditen in schwarzer Montur, Helm etc. durch den Hauptbahnhof, drei von ihn trugen Eselsmasken und „Sandwiches": „Ich glaube an die Kriegsschuld und an die Wiedergutmachung und zahle und zahle..." – „Ich glaube an die Vergasungslüge". Alle acht wurden nach einer dreiviertel Stunde festgenommen, ebenso ihr Chef-Fotograf Edgar GeiSS, bekannt durch seinen Hitlergruß am Kapplergrab. Am Sonntag-Abend wurden sie wieder freigelassen.

• • •

Fahrtenmesser der Hitlerjugend (HJ) mit der Inschrift „Blut und Ehre" und SS-Dolche mit der Aufschrift „Meine Ehre heißt Treue" bietet ein
mit der Inschrift „Blut und Ehre" und SS-Dolche mit der Aufschrift „Meine Ehre heißt Treue" bietet ein
SPD-Mitglied, ehemaliger Juso-Unterbezirks-Vorsitzender von Fürth und derzeitiger Ortsvereinsvorsitzender und Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion von Langenzenn (bei Nürnberg) in seinem Waffengeschäft an.

In einer Anzeige in einem Westernheft wird sogar öffentlich dafür geworben. Der „Genosse" Neumann sagt selbst dazu, daß ein paar SS-Dolche doch nichts schlimmes seien. Unseres Wissens ist dieser Neumann noch immer in Amt und Würden.

• • •

Erwin Schönborn, Chef des „Kampfbundes Deutscher Soldaten", plant für den 2. Juni eine Veranstaltung in Fürth. Wie schon im AK 129 berichtet, treibt Schönborn seit einiger Zeit auch in Fürth sein Unwesen. Schönborn-Flugblätter werden seit mehr als einem halben Jahr vor Fürther Gymnasien verteilt. Die Gründung eines Bürgerkomitees (durch SPD, VVN, Schüler, Lehrer und DGB) ist im wesentlichen auf den breiten Protest gegen die Aktivitäten des Schönborn-Kreises zu-

fordert, keine Räume mehr an diese Gruppen zu vergeben. Der Inhaber des angemieteten Saales kündigte am nächsten Tag den Raum. Zwar hat Schönborn jetzt ein neues Flugblatt mit einem neuen Tagungsort verteilt, aber der Gastwirt hat versichert, daß er den Raum nicht vermietet habe und die Nazis auch nicht reinlassen werde.

Die Fürther Antifaschisten werden zur Stelle sein, um dies zu überrüfen.

• • •

„In Übereinklang mit Dr. Frey habe ich bestimmt, daß die mit dem Freiheitspreis der National-Zeitung verbundenen 10.000 DM Major Reder zukommen, der sich, mehr als 33 Jahre nach dem Krieg, immer noch in italienesicher Kriegsgefangenschaft
zukommen, der sich, mehr als 33 Jahre nach dem Krieg, immer noch in italienesicher Kriegsgefangenschaft
berfindet..." (Auszug einer Rede des Nazi-Oberst a.D. Rudel auf einer DVU-Großkundgebung in Köln (lt. „Nationalzeitung" („DNZ"), 12.5. 78).

Kommentar der „DNZ": *„Mögen diese 10.000 DM Walter Reder der Freiheit einen Schritt näherbringen!"*

Wer den Fall Kappler kennt, weiß, daß die Flucht aus einem italienischen Gefängnis nicht billig ist!...

• • •

Thies Christophersen, Verfasser der Hetzschrift „Die Auschwitzlüge" und inzwischen mehrfach vorbestraft, erfreut sich mit seiner „Bauern- und Bürgerinitiative" tatsächlich noch immer des Titels „gemeinnützig"!! Mit anderen Worten: Seine Nazi-Propaganda wird teilweise aus unseren Steuergeldern finanziert (Spenden sind von der Steuer absetzbar). Dies bestätigte auf Anfrage des PDI der zuständige Sachbearbeiter in Flensburg. Es ist erst wenige Wochen her, daß einer Bürgerinitiative gegen AKWs die „Gemeinnützigkeit" gerichtlich abgesprochen wurde! („tat", 26.5.78).

Vorsicht Falle !

"Kommt Zeit, kommt NPD – der Tag der Abrechnung naht!" und "Rotfront verrecke" – mit diesen Parolen verziert verschickte die NPD/JN, vermutlich Hartmut Heger, seines Zeichens Pressesprecher dieser Bande in Jever, die Kopie eines Flugblattes an eine als Linke bekannte Frau in Wilhelmshaven.

Auf dem angeblichen Flugblatt, das nie öffentlich verteilt wurde, kündigte die NPD eine Kundgebung für den 13.5. an – offensichtlich nur, um die Linke ein bißchen ins Leere laufen zu lassen und lächerlich zu machen. Eine „Kundgebung" fand gar nicht statt.

Übrigens wurde der Brief trotz NPD-Aufklebers befördert – eine Praxis, die z.B. bei AKW-Aufklebern nicht immer eingehalten wird.

Ein ähnlicher Vorfall in Lüneburg deutet darauf hin, daß die Nazis gezielt so vorgehen wollen, um Verwirrung zu stiften. Also, aufgepaßt!

KB/Gruppe Bremerhaven

Polizeiprügel für Antifaschisten

Delmenhorst. Gut zwei Monate, nachdem Delmenhorster Polizei einen NPD-Aufmarsch in der niedersächsischen Kreisstadt abschirmte, ergriffen die Ordnungshüter noch offener Partei für die Faschisten. Mit einer wüsten Prügelorgie droschen sie auf Antifaschisten ein, die gegen das Auftreten von etwa 15 – 20 NPD-Anhängern in Niedersachsens Wahlkampf protestierten (dabei war mal wieder der berüchtigte Fritz-Ulrich Bundt aus Stade!). Etwa 200 Polizisten wurden aufgeboten, den Nazi-Auftritt zu schützen und die 300 Antifaschisten zu vertreiben. Die antifaschistische Aktion wurde von der Delmenhorster „Initiative gegen Faschismus" (überparteilich) sowie vom KB Delmenhorst und Bremen, der Fraueninitiative gegen den Faschismus und weiteren Gruppen getragen. Nachstehend eine Presseerklärung der „Initiative gegen den Faschismus":



Kämpferische antifaschistische Demonstration...



...und provokativer Überfall der Bereitschaftspolizei...

...und provokativer Überfall der Bereitschaftspolizei...



...mit der bei dieser Art von Aktionen schon gewohnter „Einzelbehandlung"

8 ANTIFASCHISTEN FESTGENOMMEN

Am Samstag, dem 27.5.78, protestierten mehrere hundert Antifaschisten gegen eine Kundgebung der neofaschistischen NPD. Kurz nach 12 Uhr wurden 8 Antifaschisten von der Polizei festgenommen. Nachdem die Nazi-Anführer der Polizei Anweisung gegeben und auf Antifaschisten gedeutet hatten, von denen sie sich besonders gestört fühlten, handelte die Polizei promt, schickte Greiftrupps aus und prügelte willkürlich in die Demonstranten. Deutlich war zu beobachten, wie auf die festgenommenen mehrmals heftig eingeschlagen wurde. Einer von ihnen blieb benommen liegen und mußte nach seiner Entlassung aus dem Polizeiarrest ein Krankenhaus aufsuchen. Wegen einer schweren Gehirnerschütterung mußte er dort stationär behandelt werden. Ein älterer Delmenhorster, der sich heftig über die Willkür und Brutalität der Polizei beschwerte, wurde heftig ins Gesicht geschlagen und mehrere Meter mitgeschleift. Der Mann bekam einen Herzanfall und mußte von Demonstranten versorgt werden. Etwa 200 Antifaschisten bildeten dann einen Demonstrationszug und forderten vor dem Polizeigebäude die sofortige Freilassung aller Festgenommenen. Nach einem Zug durch die Fußgängerzone endete die Demonstration mit einer Abschlußkundgebung in der Innenstadt.

Weitere Leute, die bei dem Polizeieinsatz geschlagen oder getreten wurden, sollen sich doch bitte bei der Initiative gegen den Faschismus melden.

INITIATIVE GEGEN DEN FASCHISMUS
verantwl. und Kontakt: H.-J. Vogel, Lange Str. 7, Delmenhorst

Nazis vor Gericht

Gegen **Gunnar Pahl** – einschlägig bekannter Neonazi **(NPD/BVJ/Christophersen-Kreis)** aus Schleswig-Holstein – ist bei der Staatsschutzkammer des Landgerichts Koblenz Anklage erhoben worden. Wann der Prozeß losgeht, steht noch nicht fest. Pahl ist angeklagt, weil er – als von „NSDAP/AO"-Chef G. Lauck, USA, persönlich ernannter "erster Stellvertreter des Leiters der NSDAP-Auslandsorganisation" – neonazistische Schriften gehortet und verbreitet hat. Bei einer Durchsuchung seiner derzeitigen Wohnung in Mainz (bekannt auch als Wohnort der "NS-Kampfgruppe Mainz" der Familie Müller) fanden sich *"mehrere hundert Naziembleme, Aufkleber, Hakenkreuze, judenfeindliche Hetzparolen und anderes rechtsradikales Schriftmaterial"* („FR", 19. 5.78). Pahl hatte bis vor kurzem eine Haftstrafe in Italien abgesessen.

•

Am 11.5. 78 wurde **Thies Christophersen** ("Auschwitz-Lüge") vom Amtsgericht Kiel wegen "fahrlässiger Verbreitung jugendgefährdender Schriften" zur Zahlung von zehn Tagessätzen a 20 Mark verurteilt. Er hatte am Kieler Bahnhof das Buch "Waffen-SS" angeboten, das seit 1960 auf dem Index "jugendgefährdender Schriften" steht. Fahrlässig sei die Straftat, so das Gericht, deshalb gewesen, weil man davon ausgehen könne, daß Christophersen nicht gewußt habe, daß das Buch auf dem Index steht. Als Beobachter beim Prozeß waren u.a. der schleswig-holsteinische Chef des "Bundes volkstreuer Jugend", **Hühn**, sowie der von der Kieler Uni her bekannte **Munier**, Besitzer des "Sturmwind"-Ladens für rechtsradikale Literatur.

•

Gegen 11 Westberliner Nazis, darunter **Wolfgang Rahl**, wurde nach einjähriger Ermittlungsdauer jetzt von der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben – wegen Neugründung der verbotenen NSDAP. Dies ist unseres Wissens seit 1969, als **W.D.Eckarts "Bund Deutscher Nationalsozialisten"** als NSDAP-Fortführung verboten wurde; die erste Anklage dieser Art.

Allerdings ging dies auch in Westberlin nicht ganz reibungslos vonstatten: So verkündete der Senat Ende '77, die NSDAP gebe es schon seit 2 Jahren. So wurden mindestens drei Mal NSDAP-Treffen von der Polizei aufgelöst (Nov.76, Februar 78 und April 78), die Nazis jedoch sofort
aufgelöst (Nov.76, Februar 78 und April 78), die Nazis jedoch sofort
wieder auf freien Fuß gesetzt. Ihnen wurde sogar beschlagnahmtes "NSDAP"-Material sowie ein großes Hitlerbild wieder z u r ü c k g e g e b e n!

•

Wegen des Verdachts der versuchten Verleitung zur Falschaussage hat die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren **gegen den ehemaligen Verteidiger von Hermine Ryan-Braunsteiner im Majdanek-Prozeß, Ludwig Bock** eingeleitet. **"Die konsequente Verteidigungsführung"** ("Nationalzeitung", 5.5.78) Bocks hatte u.a. dazu geführt, daß er eine Zeugin wegen Beihilfe zum Mord verhaften lassen wollte, da sie im KZ Majdanek das Giftgas Zyklon B in die Gaskammern transportieren mußte. Bock, der auf die Frage, ob es Gaskammern in Majdanek gegeben habe, im britischen Fernsehen antwortete: *"Vielleicht wurden sie nach dem Krieg gebaut. Doch wenn es dort eine Gaskammer oder zwei Gaskammern gab (...ist es) möglich, daß diese Gaskammern zur Kleiderreinigung benutzt wurden."* ("Tagesspiegel", 26. 2.78). Bock hat auch versucht, außerhalb des Prozesses Aussagen von Zeugen zu bekommen. Dabei gab er sich als Journalist, Student oder pro-israelischer Anwalt aus. Zu Bocks Mandanten gehörte übrigens auch die "Deutsche Volksunion" des berüchtigten Dr. Frey, Herausgeber der "Nationalzeitung".

•

"Welches Schweinderl hätten'S denn gern, Herr Sachs?" – "Na dann doch lieber das braune!" ...

Gar nicht mehr so jovial verbindlich, wie der Nürnberger Oberstaatsanwalt **Hans Sachs** jeden Monat als bekanntester Vertreter seines Berufs seine Fragen in Robert Lemkes "Heiterem Beruferaten" stellt, gab er sich, als er vom SPD-Bundestagsabgeordneten Haase auf die Behandlung von Nazis durch seine Behörde angesprochen wurde. Haase hatte angefragt, ob die Meldung zutrifft, daß die Nürnberger Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen **Erwin Schönborn** "wegen Verneinung des öffentlichen Interesses" eingestellt habe. Dabei ging es um ein Flugblatt von Schönborns "Kampfbund Deutscher Soldaten", das vor Fürther Schulen verteilt worden war und in dem es u.a. hieß: Wer *"immer noch glaubt, ein einziger Jude sei in einem deutschen KZ vergast worden, ist entweder ein Idiot oder ein Verbrecher."*

Darauf angesprochen meinte Sachs: Nein, wegen Verneinung des öffentlichen Interesses habe er bzw. seine Behörde noch nie eins dieser Verfahren eingestellt und außerdem sei die Strafverfolgung *"durch die gesetzlichen Formulierungen ... erschwert oder gar unmöglich gemacht."*

Egal wie, e i n g e s t e l l t hat die Nürnberger Staatsanwaltschaft diese Verfahren auf jeden Fall! Das steht in bemerkenswertem Gegensatz zu einer Erklärung des Bayrischen Staatsministeriums vom 13.12.77: *"Die zur Bekämpfung neonazistischer Bestrebungen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Bestimmungen sind nach Auffassung der Staatsregierung ausreichend. Sie werden konsequent angewendet."*

Ja, a u s r e i c h e n d wären die Strafbestimmungen sicherlich, doch gerade der Herr Oberstaatsanwalt gibt den besten Beweis für die merkwürdige Vorstellung, die das bayrische Staatsminsterium von "konse-
würdige Vorstellung, die das bayrische Staatsminsterium von "konse-
quenter Anwendung" hat. Und damit auch wirklich niemand mehr auf den Gedanken kommen kann, der Herr Staatsanwalt w ü r d e zwar gerne, kann aber nichts gegen die Nazis unternehmen, hat Herr Sachs mit einem bemerkenswerten Schlußwort die Auseinandersetzung mit Haase beendet *"Wie Ihnen ... ist mir der Radikalismus aus jeder Richtung verhaßt. Unsere gemeinsame Auffassung wird aber offensichtlich von einem großen Teil Ihrer Fraktion nicht vertreten, soweit die Linke in Frage kommt, wenn ich die Vorgänge um die Radikalenbekämpfung nicht falsch auslege. Wer gerade als SPD-Mann aus den letzten Jahren der Weimarer Republik nichts gelernt hat ...., wird sich früher oder später Vorwürfe machen müssen."*

Nazi-Flugblätter werden in Nürnberg und Umgebung weiter verteilt, und angeklagt wird wohl weiterhin nicht.

Das "Schweinderl" scheint voll zu sein!

(nach einem Beitrag von H.Broder in "Kritische Chronik", NDR I, 27.4. 78).

„Großrazzia" gegen Nazi-Treffen? — Das war wohl nix!

Mit gebührender Publizität wurde in den bundesdeutschen Medien vermerkt, daß eine „Großrazzia" der Polizei an Pfingsten ein Treffen von Neonazis in Scharzfeld/Harz „a u f g e l ö s t" habe, daß einige Nazis gar vorübergehend festgenommen wurden, daß NS-Material beschlagnahmt worden sei... Dem sich (völlig zu Recht!!) ausbreitenden Eindruck, daß in der BRD die Nazis Narrenfreiheit genießen, sollte offenbar möglichst spektakulär entgegengetreten werden. **Inzwischen scheint sich zu bestätigen, daß es sich wieder einmal um bloße Schaumschlägerei handelt, hinter der absolut n i c h t s an konkreten Schritten gegen die Nazis steckt.**

So mußten kritische Antifaschisten schon nachdenklich werden, als sie im Westberliner „Tagesspiegel" (17.5.) die ansonsten in der bürgerlichen Pressen weithin unterschlagene interessante Bemerkung lasen: **„Nach der Razzia ging das Pfingsttreffen ohne Zwischenfälle weiter"**.

Organisiert wurde das Nazi-Treffen von den sogenannten „Unabhängigen Freundeskreisen" des Nazis **Martin Voigt, Herausgeber eines Blättchens namens „Unabhängige Nachrichten"**. Voigt möchte nun, unterstützt von einigen Medien und staatlichen Stellen, den Eindruck erwecken, sein ... na ja, sagen wir mal: konservatives Treffen sei ganz unerwartet und gegen seine Absichten von einer kleinen Horde „militanter Rechtsradikaler" heimgesucht worden. Diese Leute („Verrückte" und „Einzelgänger", wie man ja weiß) hätten auch die von der Polizei bei dem Treffen gefundenen Nazi-Schriften mitgebracht und ärgerlicherweise überall herumliegen lassen. Dafür aber könne man ja nun den Voigt und seine Freunde nicht verantwortlich machen. Schlußfolgerung: **Alle Nazis gehen straffrei aus, das alte Lied!...**

Auf derselben Welle sind nun in Scharzfeld die Nazis selbst dabei, mit Unterstützung der Gemeindeverwaltung, ihre Spuren zu verwischen.

Das Scharzfelder Fremdenverkehrsamt, das schon die technische Durchführung des Nazi-Treffens mit der Vermittlung von Übernachtungsmöglichkeiten organisierte und den Nazi-Haufen selbst offiziell begrüßte (durch zwei CDU-Mitglieder!), verteilte inzwischen ein Flugblatt, dem die „Leitlinien der ‚Unabhängigen Freundeskreise' " beigeheftet



waren, und in dem die ganze Geschichte bagatellisiert wird.

Im „Harz-Kurier" heißt es dazu: *„Als ‚unerwartete, unangemeldete und unerwünschte' Neuankömmlinge bezeichnete gestern einer der Sprecher der Unabhängigen Freundeskreise, der Bochumer Martin Voigt, gegenüber dem Harz-Kurier jene Gru- Gruppe unter den über 400 Teilnehmern, die am Pfingstsonnabend eingetroffen sei, an der Tagung teilzunehmen wünschte, und auf deren Anwesenheit er selbst erst wenige Minuten vor Beginn der Aktion der Staatsanwälte und Polizeibeamten aufmerksam gemacht worden sei. Martin Voigt äußerte den Verdacht, daß die Anwesenheit der ungebetenen Leute generalstabsmässig geplant gewesen sei"*. Und weiter: *„Der Eklat in Scharzfeld, wer immer ihn provozierte, mußte gestern bereits im Landtagswahlkampf in Nordrhein–Westfalen herhalten. Je weiter vom Ort des Geschehens, umso größer wird die Dimension geschildert"* („Harz-Kurier", 17.5.).

Wenn hier – wahrscheinlich mit Erfolg – wieder einmal ein Nazi-Treffen von Polizei und Justiz g e d e c k t werden soll, dann ist das vor allem möglich **auf Grund der totalen Uninformiertheit, die von den staatlichen Stellen nach außen aufrecht erhalten wird.** Wir wissen und können mühelos beweisen:

– Daß Martin Voigt s e i t J a h r e n dem engsten Kreis der nazistischen Gruppe um **Roeder** (inzwischen im Ausland flüchtig und von Interpol gesucht!), **Schönborn und Christophersen („Auschwitz-Lüge")** angehört;

– daß er in seinen „Unabhängigen Nachrichten" insbesondere mit **antisemitischer Hetze** im Sinne der „Auschwitz-Lüge hervorgetreten ist.

Und Martin Voigts Freund Schönborn wiederum hat öffentlich die Patenschaft für militante Nazi-Gruppen wie die „Hansa"-Bande übernommen – mit deren Auftauchen in Scharzfeld Martin Voigt angeblich nichts zu tun haben will.

Wir fordern von den staatlichen Stellen: **Offenlegung der ermittelten Teilnehmer des Nazi-Treffens!** Da hiermit aber wohl kaum zu rechnen ist, wollen wir im nächsten AK über ein paar eigene „Ermittlungen" berichten.

Antifa-Kommission Göttingen und AK-Redaktion

Dringender Fahndungsaufruf!

Dringender Fahndungsaufruf!

In den letzten Wochen haben sich in Hamburg im Zusammenhang mit der „Hansa"-Bande und darüberhinaus einige sehr unschöne Dinge ereignet:

– Am 6.5. ging in der Innenstadt der „Hansa"-Bandit Christian Grabsch mit einem Kabelende auf einen AK-Verkäufer los; er wurde zum Glück von zwei Anarcho-Genossen entwaffnet.

– In der Nacht zum 8.5.78 wurden von der „Hansa"-Bande die Scheiben des „Arbeiterbuch" eingeworfen.

– Anfang Mai wurden jede Nacht – offensichtlich organisiert und nur gegen die „Bunte Liste–Wehrt Euch" gerichtet – in St. Georg Wahlschilder in die Alster geworfen.

– In der Nacht zum 11.5.78 wurden in Rahlstedt drei Genossen von 8-9 „Hansa"-Faschisten aus einem VW-Bus heraus überfallen; sie konnten sich gerade noch rechtzeitig aus dem Staub machen.

– Derselbe VW-Bus tauchte während mehrerer Tage vor dem „Arbeiterbuch" auf (nach dem Anschlag).

– Am 1. Mai wurde ein Genosse von einem faschistischen Schläger zusammengeschlagen; er mußte schwerverletzt ins Krankenhaus.

– Mitte Mai wurde eine Gruppe von Genossinnen und Genossen von der Besatzung zweier heller VW-Golf überfallen; mindestens ein Genosse liegt mit Gehirnerschütterung und gebrochenem Nasenbein im Bett.

– In Stellingen sind zwei Genossinnen von einer dort b e k a n n t e n faschististischen Schlägerbande aus dem Bus geworfen worden.

– Am 19. Mai wurde ein Genosse in der Innenstadt g e z i e l t von einem Faschisten fotografiert; dieser Genosse ist den Faschisten schon länger ein Dorn im Auge.

Ähnliches hört man auch aus anderen Städten.

Wir sind sicher, daß diese uns bekanntgewordenen Vorfälle bei weitem nicht alle sind. Sie zeigen aber recht deutlich, daß bei den Nazis die Bereitschaft wächst, gezielte Rachefeldzüge zu unternehmen und insgesamt wild um sich zu schlagen.

Daß unsere Organisation, und was sie dafür halten, ihnen ein besonderer Dorn im Auge ist, ist klar.

Angesichts derartiger Vorfälle erscheint es uns falsch, z.B. Strafanzeigen von vornherein mit dem Argument abzulehnen, daß da doch nichts bei herauskäme und man sich nur selbst gefährden würde. Wir fordern a l l e Betroffenen auf, sich a u f j e d e n F a l l jeweils s o f o r t an die Antifa-Kommission zu wenden, einen genauen schriftlichen Bericht zu machen und gemeinsam mögliche Schritte zu beraten.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wieder zwei Nazi-Terroristen in Haft

Durch Zufall kam jetzt ein weiteres Vebrechen von NaziTerroristen an die Öffentlichkeit: in der Nacht zum 11.12.77 wurde eine Bundeswehreinheit in Reinbek (bei Hamburg) überfallen. Schon seit dem 12.5.78 sitzen deswegen der bekannte Faschist **Helge Röthke** und ein weiterer, nicht genannter Verdächtiger in U-Haft. Röthke ist mindestens seit 1970 in Westberlin tätig; u.a. schleuderte er vor ein paar Jahren eine vorher gestohlene Gedenktafel für Rosa Luxemburg durch die Scheiben der Hauskneipe des "Extra-Dienst". Ab 1971 trat er als Anhänger der kriminellen **"Nationalen Deutschen Befreiungsbewegung"** des Roland Tabbert auf. Zuletzt fiel Röthke auf, als Ekkehart Weil im August '77 nach einem Anschlag auf das Westberliner SEW-Büro in Röthkes Auto flüchten wollte.

Die Verhaftung der beiden Nazis kam in einem neuen Prozeß gegen E. Weil ans Tageslicht, in dem Röthke als Zeuge aussagte und dafür aus der U-Haft vorgeführt wurde. In dem Prozeß wurde Weil zu 6 Monaten Haft verurteilt, weil er Anfang Januar im Prozeß wegen des Anschlags auf das SEW-Büro nach der Urteilsverkündung einen Journalisten krankenhausreif geschlagen hatte. (FR, 26.5. 78).

Orden und Hakenkreuze feilgeboten Nazihändler verurteilt!

Als am 17.9.77 in Eutin anläßlich der Deutsch-Dänischen Woche Flohmarkt war, gab es auch 2 Stände, die diversen Naziplunder zum Verkauf ausgelegt hatten.

Eutiner Antifaschisten machten den ersten Händler auf den illegalen Charakter seiner Auslage aufmerksam. Er nahm seine Auslage vom Tisch und meinte, er habe dies nicht gewußt.

Anders jedoch verhielt sich der zweite Händler, Wolfgnag Obytz aus Malente. Sein Stand war nur so überladen von Nazipropaganda, Orden mit Hakenkreuzen, Munition, Hitlerbild und vielen anderen Nazisymbolen. Er reagierte jedoch recht patzig: Daß die Gegenstände verboten sind, wisse er, aber es störe ihn nicht! Das reichte uns und wir holten die Polizei. Erst wollte die Polizei die Anzeige nicht aufnehmen; als wir auf der Wache erschienen, nahm man sie nach einigem Zögern auf. Erst im Dezember 1977 hörten wir dann von Staatsanwalt Brechtel aus Lübeck, daß er das Verfahren eingestellt habe, da der Angeklagte das „Zeigen von Symbolen verfassungswidriger Organisationen" bestreite und ein Polizeibeamter seine Angaben bestätigte. Darauf benannten wir eine ganze Reihe von Zeugen, die auch alle gesehen hatten, daß der Stand nur so von Naziplunder strotzte.

Bereits im Januar 78 war das Verfahren wieder aufgenommen. Am 16. 3.78 war vor dem Amtsgericht Eutin ein Termin gegen den Nazihändler Obytz anberaumt.

Vor Gericht versuchte der Angeklagte sich aus der Affäre zu ziehen, indem er behauptete, er habe alle Nazisymbole überklebt. Dies wollte er durch ein großes Farbfoto bekräftigen, auf dem diverse Teile zu sehen waren, die abgeklebt waren oder gar keine Nazisymbole trugen. Sein Pech jedoch, daß dieses Bild nur einen ganz kleinen Ausschnitt seiner Auslage zeigte. Der Polizeibeamte konnte sich an nichts mehr erinnern. Verteidiger Lähn und Anklagevertreterin Westphal aus Lübeck forderten Freispruch, dem sich das Gericht aber nicht anschloß. Nazihändler Obytz wurde zu 8 Tagessätzen a 40,– DM + Gerichtskosten verurteilt. Eine sicherlich milde Strafe, aber ein Urteil, mit dem Antifaschisten arbeiten sollten.

Jeder Naziplunder gehört angezeigt!

KB / Gruppe Eutin

Bullenliga
Jagdszenen aus Westdeutschland

Der Profi-Fußball ist - endlich, möchte man sagen! - ins politische Gerede gekommen. Auslösendes Moment ist die Fußball-Weltmeisterschaft in Argentinien, in *„einem Land ..., in dem eine Militärdiktatur herrscht, die Menschen terrorisiert, foltert und sogar ermorden läßt"* (Paul Breitner im "Stern" 15/78). Es hat sich eine kleine aber schon ganz brauchbare Lawine gelöst, die z.B. gefeierte Stars wie Berti Volgs und Manfred Kaltz einmal in ihrer ganzen Blödheit und Gemeinheit bloßstellt mit ihren Kommentaren zum argentinischen Faschismus. Über ihre weniger gefeierten, aber dafür umso rührigeren DFB-Funktionäre gibt es eine lesenswerte Serie von Breitner im "Stern".

Diese kleine Lawine werden wir nach besten Kräften vergrößern. Zumal da das, was in Argentinien politische Wirklichkeit ist, hierzulande bereits eifrig geprobt wird.

Aber man muß ja gar nicht nach Argentinien blicken, um zumindest ansatzweise "argentinische Zustände" im Fußballstadion zu finden: die allsamstägliche Austragung der Bundesliga-Fußballspiele ist unter anderem auch ein ansehnliches Polizeispektakel.

Dieses wird angepfiffen, nachdem auf dem Bahnsteig Bahnpolizei und Zivilbullen der Kripo zum Empfang der anreisenden "Schlachtenbummler" Aufstellung genommen haben, und es läuft bis die einheimischen Zuschauer wieder zu Hause und die auswärtigen wieder abgereist sind. Alle Einzelheiten dieses Schlachtplans sind ebenso minutiös geplant wie rigoros in der Durchführung, sprich: im Durch-und Rausgreifen.

Auf der Sportseite des Kölner "Express" (vom 5.12.76) liest sich ein Ausschnitt aus dem Polizei-Alltag so:

Erste angebliche Randalierer werden bereits von den oben erwähnten "Sicherheits"kräften bei ihrer Ankunft am Bahnhof des Austragungsortes festgenommen. *"Fünf (von ihnen) dürfen nach einer Stunde zum Spiel, drei - sie haben keine Ausweise - werden das Ergebnis im Radio hören müssen."* Kripo-Trupps von *"jungen, kräftigen Männern, Parka, Jeans, Lederjacken"* begleiten die Zuschauer in den öffentlichen Verkehrsmitteln "unauffällig" zum Stadion. Auf dem Weg *"überall uniformierte Beamte. Einem Dortmunder*
dion. Auf dem Weg *"überall uniformierte Beamte. Einem Dortmunder*
fällt eine Bierflasche aus der Hand. Sofort sind drei (!) Polizisten da."

Im Stadion geht das Spektakel weiter:. *"Polizei mit Hunden, mit Pferden... Zweimal Leibesvisitation. Währenddessen filmt eine Kamera auf dem weißen Kombi der Polizei alle Zuschauer beim Anmarsch draußen, kurz vor dem Spiel auf den Rängen und beim Abmarsch."* Vor und im Stadion trifft außer der Polizei auch noch der vom Gastgeberverein angeheuerte Ordnerdienst in Aktion. Und auch der ist entsprechend. Herr Vaterrodt, Präsident des 1. FC Saarbrücken: *"Bei uns helfen seit Jahren Fallschirmjäger im Ordnerdienst aus, aber nicht in Uniform."* ("Hamburger Abendblatt". 3.12.76).

Das alles erinnert weniger an Sport als an "Aufruhrbekämpfung". Tatsächlich hat man sich polizeilicherseits offenbar vorgenommen, diese regelmäßige Zusammenkunft zigtausender Menschen in verschiedenen Städten der BRD zum unverfänglichen Anlaß zu nehmen, um Bürgerkriegsübungen durchzuführen. Die Polizeifürhungs-Akademie Hiltrup veranstaltete vor einiger Zeit ein Seminar zum Thema **"Polizeiliche Maßnahmen gegen Ausschreitungen bei Bundesliga-Fußballspielen"**, und mit deutscher Gründlichkeit hat das Zentralorgan der Akademie "Die Polizei" daraufhin das Aufgebot und das Zusammenspiel der Ordnungsmacht aufgelistet *("Führungs- und Einsatzkonzeption zur ordnungsgemäßen Durchführung von Bundesliga-Fußballspielen"*; "Die Polizei", 3/1978, soweit nicht anders gekennzeichnet zitieren wir hieraus).

Der "anlaßbezogene" Einsatz

Für den Spieltag sind nach diesem Konzept folgende polizeiliche Vorkehrungen zu treffen:

Absprachen mit dem Veranstalter regeln die taktische Abstimmung mit der Ordnerleitung, darunter die Kompetenzabgrenzung zwischen Ordnerdienst und Polizei. Empfohlen wird eine *"Selbstdarstellung"* der Polizei in der Vereinszeitung, *"um Vorurteile abzubauen"*. Es wird Sorge getragen für einen ständigen Kontakt (Funkverkehr) zum Veranstalter, zur Ordnerleitung, zum "Regiepult" der Anzeigetafel und zum Stadionsprecher. Mit dem Veranstalter, dem Stadionsprecher und dem Schiedsrichter werden Verhaltensmaßregeln im Falle eines eventuellen Spielabbruchs durchgesprochen. Dafür sowie für einige weitere "Eventualfälle" gibt es für den Stadiosnsprecher schon vorbereitete Texte für die Durchsage. Weiter sind neben Kontakten zur örtlichen Presse aus solche zu Jugendzentren und Fan-Clubs vorgesehen. Die Teilnahme an veranstaltungen und Diskussionen bei den Jugendlichen soll *"die gutwilligen und positiven Elemente"* ansprechen und *"aktivieren"*. **"Speziell in Essen hat man gute Erfahrungen mit dem Einsatz des Fan-Clubs gemacht, dessen Mitglieder sich innerhalb der Westkurve, die für Jugendliche reserviert ist, aufteilen und beruhigend auf erhitzte Gemüter einwirken."** ("Welt", 3.12.76). Zur Vorbereitung gehört noch das Einholen von Informationen bei den Polizeistellen des Gastvereins über vorhandene "Erkenntnisse" zum Verhalten der dortigen Anhängerschaft, die man ja in Form sog. "Schlachtenbummler" erwartet.

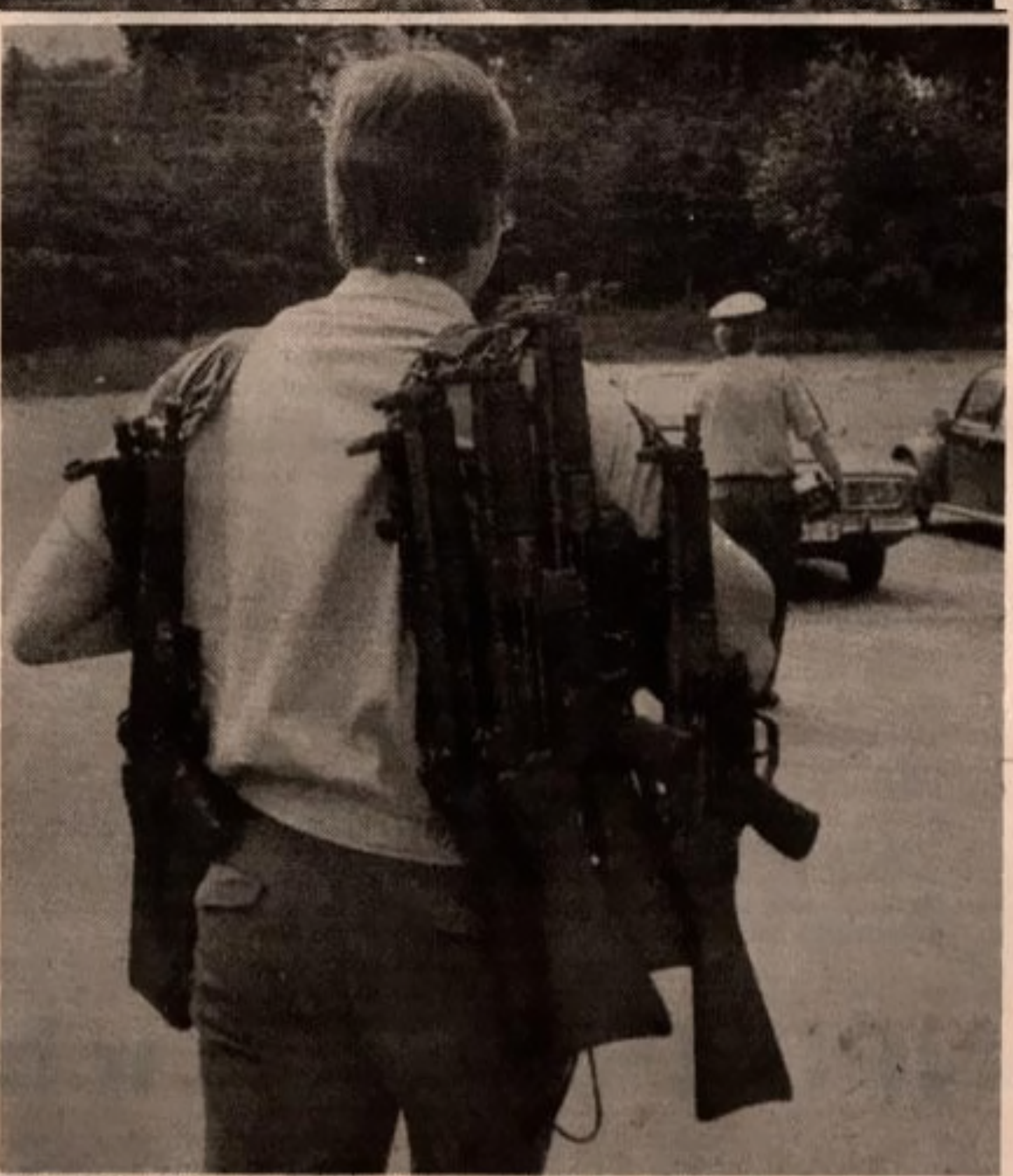
Die Schlachtreihen der Bullen selbst sind funktionsgemäß gegliedert. Da gibt es neben der Stationierung an taktisch wichtigen Punkten (berittene Bullen, Hunde, Fernsehkameras) beispielsweise "Begleitkommandos" zur "Vor- und Nachaufsicht", "Festnahme- und Beweissicherungstrupps" mit Polaroid-Kameras und Video-Aufzeichnungsgeräten. Was diese festhalten, wandert in eine Kartei, von der weiter unten noch die Rede sein wird. Vorkehrungen für die erkennungsdienstliche Behandlung sind getroffen; ein "Eildienst" der Staatsanwaltschaft zur Koordinierung und beschleunigten Abwicklung der Strafverfolgung befindet sich ebenfalls im Stadion. Möglichst - allerdings nur zu "Informationszwekken" - soll auch ein Vorführrichter da sein. Nicht zu vergessen natürlich der **demonstrative Aufmarsch einer uniformierten Streitmacht von sog. „Problemblöcken".**

Die Aufgaben dieser Einheiten liegen schon im "Vorfeld": Einschüchterung , "Observation" (Beobachtung) und "Durchsuchungen" sowie repressive Maßnahmen: "Ermahnungen", "Sicherstellungen" z.B.
sowie repressive Maßnahmen: "Ermahnungen", "Sicherstellungen" z.B.
von zu dicken Fahnenstangen, Hausverbote und Festnahmen. Mit diesen dürren Worten ist natürlich noch nichts über das blaue Auge, die blutende Nase und die ausgerissenen Haarbüschel des Sportsfreunds der vielleicht versehentlich eine Flasche Bier fallenläßt und so nebenbei von drei Polizisten "bearbeitet" wird.

Das Nachspiel

Nach dem Abpfiff und wiederum erfolgter anschließender Nahaufsicht wenn die Zivilbullen-Kommandos ihre Schutzbefohlenen zum Bahnhof und in den öffentlichen Verkehrsmitteln nach Hause geleitet haben, erfolgt eine umfangreiche "Nachbereitung", Manöverkritik mit der Ordnerleitung und dem Veranstalter. Die Auflistung der Festgenommenen und erkennungsdienstlich Behandelten und die Auswertung des Film- und Fotomaterials dienen der Vervollständigung der "Störerkartei", die sowohl von der Polizei wie von den Vereinen geführt wird. Während die Sportreporter ihre Artikel schreiben, tickert die Polizei ihren eigenen Bericht über ihr Fernschreibernetz in jede Stadt, die einen Bundesligaverein oder auch nur einen Zweitligisten hat, in die entsprechenden Landeskriminalämter (!) und - in die Polizei-Führungsakademie Hiltrup! In diese "Dokumentation" gehen Berichte der Bundesbahn und anderer Verkehrsträger sowie die Auswertung der Fernsehaufzeichnungen der Rundfunkanstalten ein. Besondere Liebe und Sorge gilt anscheinend der **Ausführlichkeit der Kartei.** Die Polaroidbilder werden vorzugsweise von dem vermeintlichen "Störer" zusammen mit dem festnehmenden Beamten oder "sichergestellten" Gegenständen gemacht. In Düsseldorf machte man sich die Mühe, 15.000 Flugblätter mit der Aufforderung an die Zuschauer zu drucken, *"eine kleine Minderheit von Randalierern namhaft zu machen"*. Diese "kleine Minderheit" ist allerdings beträchtlich: die PFA nennt für das Jahr 1976 einen Namensbestand der Kartei von knapp 1,2 Millionen (!!) "Tatverdächtigen". Die Aufschlüsselung dieses Bestandes ergibt: 66,4% Erwachsene; 12,5% "Heranwachsende"; 14,1





Bürgerkriegsübung mit schwerster Bewaffnung

% Jugendliche; 7% K i n d e r .Die Daten dieser "Tatverdächtigen" sind über elektronische Datenverarbeitung zentral gespeichert, so daß sie jederzeit dezentral abgefragt werden können.

Langfristige Planung

Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Fußballfunktionären geht natürlich weiter als zur jeweils aktuellen Veranstaltung; sie reicht bis in die Führungsebene. So stehen beispielsweise Polizeistrategen dem DFB bei seiner zentral organisierten Schulung der Ordnerleitungen und Stadionsprecher mit Rat und Tat zur zur seite. Der DFB wiederum war mit seinem Justiziar Götz Eilers in der PFA Hiltrup zu Gast.

Eine längerfristige Vor- und Nachbereitung auf Spitzenebene findet in einem regelmäßig tagenden Stab statt: die Polizeicheichefs der betreffenden Städte, Vertreter des DFB, der Sportämter und der Presse treffen sich mindestens halbjährlich jeweils zu Beginn der Spielsaison und der Rückspielrunde.

... etwas außerhalb der Legalität

In schöner Offenheit stellt der Schreiber des erwähnten Aufsatzes in "Die Polizei", Dr. Gerhard Pfennig, Polizeivizepräsident in Westberlin, fest, daß alle wesentlichen hier aufgezählten "anlaßbezogenen" Polizeiaktivitäten sich am äußersten Rande, meist aber schon außerhalb der Legalität bewegen: *"Es beginnt mit der Personen- und Gepäckkontrolle der anreisenden "Schlachtenbummler" in ihren eigenen Fahrzeugen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln. Für ihre Zulässigkeit gibt es zwar eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtes München, aber trägt sie wirklich diesen Eingriff? Es folgt die von den Vereinen so gern gesehene und erwünschte Personen- und Gepäckkontrolle der Zuschauer an den Eingängen des veranstaltungsortes durch die Polizei. Wo ist die Rechtsgrundlage dafür? Ich sehe keine."*

Und so geht es weiter: Sind die Kontrollen nicht zulässig, ist es die ,,Sicherstellung und Verwahrung" vermeintlicher ,,Waffen" auch nicht. Die rechtliche Zulässigkeit der Sammlung persönlicher Daten für die zentrale - oder sonst irgendeine - ,,Störerkartei", egal ob seitens des Vereins oder der Polizei - Herr Pfennig läßt die Frage danach offen, womit er sie eigentlich schon beantwortet. Dasselbe gilt für Kameraüberwachung, Stadionverweis (durch die Polizei) und Festnahmen.

Diese Eingeständnisse hindern den Herrn Pfennig freilich nicht, weitergehende Vorschläge zu machen. Oder sollte sich die folgende Frage tatsächlich auf eine schon geübte Praxis beziehen? *,,Darf z.B. ein mit Hausverbot* (d.h. Stadionverbot, Anm. AK) *belegter Fußballfan bereits beim Verlassen seiner Wohnung* (!) *,aufgenommen und begleitet' werden bis zum Fußballstadion, um dann dort das Verbot wirksam werden zu lassen, weil anders bei einem Massenandrang der Betroffene gar nicht erkannt oder festgestellt werden könnte?"*

Ebenfalls ,,in Zweifel" steht die geübte ,,Auswahl"-Praxis der Strafverfolgung. Wenn die Polizei samt Kripo in der beschriebenen Weise tätig wird, trifft sie offensichtlich, wie Herr Pfennig auch zugibt, mit ihren Einsätzen eine (unzulässige) Auswahl. D.h., wenn von Seiten der Polizei davon ausgegangen wird, daß hier Straftaten zu verfolgen oder unmittelbar bevorstehende zu verhindern seien, wäre sie gesetzlich dazu verpflichtet, sich a l l e n bekannten Delikten bzw. deren Vorhaben zu widmen. Herr Pfennig schreibt ganz offen, daß das praktisch nicht geschehen kann.
offen, daß das praktisch nicht geschehen kann.

Zur Behebung solcher ,,Rechtsunsicherheiten" verfällt Herr Pfennig auf ein bewährtes Rezept: der DFB möge doch bei der Innenminister-Konferenz vorsprechen, ob es nicht möglich wäre, *,,im Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes eine entsprechende Eingriffsnorm aufzunehmen"*. Wo noch kein Gesetz das Vorgehen der Polizei abdeckt, macht man sich flugs eins.

Das ist die Umsetzung dessen, was in der PFA als ,,Offensiv-Konzept" geschult wird, und was uns bislang eigentlich mehr im Zusammenhang mit p o l i t i s c h e r Repression gegenwärtig war. ,,Offensiv-Konzept" - das bedeutet hier insbesondere eine Ausrichtung der Polizei auf ein Vorgehen, das bestimmt ist von dem Ziel einer ,,Verbrechensbekämpfung" auf einer ,,breiten Palette"; ein Vorgehen, das sich nicht - wie es der gesetzliche Auftrag für die Polizei vorsieht - an der Verfolgung b e s t i m m t e r Verbrechen oder Vergehen bzw. deren k o n k r e t e r Vorbereitung orientiert, sondern ganz a l l g e m e i n *,,gesellschaftlich abweichende und gesellschaftsfeindliche Verhaltensweisen"* (S.Cobler in ,,Kritisches Tagebuch" 2-78. S. 162) im Auge hat. Daß dabei die Grenzen der Legalität egal sind, hat der Ex-Generalbundesanwalt Martin einmal sehr kar gesagt: *,, ... bei gegnseitigem Verständnis und gutem Willen aller beteiligten Stellen wird sich wohl fast immer ein gesetzlich vertretbarer Weg finden lassen, die operativen Belange des Verfassungsschutzes* (oder der Polizei, Anm.AK) *und die Notwendigkeit einer wirksamen und zügigen Strafverfolgung aufeinander abzustimmen"* (zitiert nach S. Cobler, ,, Die Gefahr geht vom Menschen aus", S. 41).

Es bedarf dazu offenbar weder einer ,,Terroristen"-Jagd noch einer Kalkar-Demonstration. Ein Fußballspiel tut's notfalls auch. Bleibt noch daran zu erinnern, daß in diese Kriminalisierungsmühle bereits bis Ende 1976 u.a. auch 83.253 Kinder (7% der registrierten ,,Tatverdächtigen") geraten waren!

Antifa-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

„Innere Sicherheit" in Europa: Das „Modell Deutschland" wird durchgesetzt

Am 27.1.1977 wurde von den Europarats-Ländern eine „Europäische Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus" einstimmig angenommen. Diese Konvention beinhaltet, daß Straftaten, die in Zusammenhang mit „Terrorismus" stehen, der politische Charakter abgesprochen wird. Die somit als rein kriminell eingestuften Täter müssen bei entsprechendem Antrag schnell an das Antrags-Land ausgeliefert werden. Das bedeutet eine erhebliche Einschränkung des politischen Asylrechts.

Nach Schweden und Österreich ratifizierten kürzlich Dänemark und die BRD diese Konvention als die ersten Staaten des Europarates. Sie verpflichten sich damit, ihrerseits politische Straftäter auszuliefern. Im dänischen Parlament wurde die Konvention mit 111 gegen 18 Stimmen mit einer Zusatzklausel Ende April verabschiedet. In dem Zusatz behält sich Dänemark vor, im Einzelfall selbst zu bestimmen, was ein „politisches Verbrechen" bleibt und somit nicht automatisch zur Auslieferung führt.

Inzwischen hat sich in den westeuropäischen Ländern auf dem Gebiet der „inneren Sicherheit" eine ganze Menge getan:

– Am 19.4.78 berichtete die „Welt" darüber, daß der spanische Innenminister Villa die „gemeinsame Bekämpfung des Terrorismus" nicht allein auf juristische Übereinkommen beschränkt wissen will, sondern dem Europarat auch eine polizeiliche Zusammenarbeit empfehlen will. Am selben Tag beschloß das spanische Kabinett „Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus". Über das gleiche Thema hatten kurz zuvor die Innenminister Spaniens und Portugals im Rahmen eines „Freundschaftsabkommens" gesprochen.

– Am 17.5.78 beschloß das italienische Abgeordnetenhaus mit 522 gegen 27 Stimmen, die nach der Moro-Entführung getroffenen verschärften „Anti-Terror-Maßnahmen" beizubehalten. Damit sind in Italien härtere Strafen für Attentate und Entführungen, erweiterte Abhör-, Festnahme- und Vernehmungsbefugnisse der Polizei und eine neue Disziplinierung der Meldepflicht für Vermieter geltendes Recht. Über die Gesetzesverschärfungen hinaus ging die italienische Regierung gleich nach dem Rücktritt des Innenministers Cossiga daran, den italienischen Geheimdienst neu zu organisieren, um seine „Schlagkraft" zu verbessern. Die wesentliche Änderung besteht darin, alle das Innere betreffenden Aufgaben und Kompetenzen in e i n e m Geheimdienst zu konzentrieren – nämlich dem italienischen „Verfassungsschutz" („SZ", 20./21.5.68).

– In Griechenland wurde am 17. April ein „Anti-Terror-Gesetz" mit 158 gegen 109 Stimmen verabschiedet. Danach soll in Zukunft bestraft werden:
  – mitlangjähriger Zuchthausstrafe bis lebenlänglich die Mitglieder von „Terrorgruppen";
  – mit T o d e s s t r a f e, wenn bei Anschlägen oder Entführungen Menschen ums Leben kommen;
  – mit Zuchthaus bis lebenslänglich die Vorbereitung zur Bildung einer Terrorgruppe und der Versuch, bestimmte Straftaten unter Benutzung von Waffen oder Sprengstoffen zu begehen;
  – mit Gefängnisstrafen von mindestens zwei Jahren, wer zu „Terror-Aktionen" ermuntert oder sie verherrlicht.

Diese Gesetze werden in Griechenland in einer Situation erlassen, von der der Präsident der Anwaltskammer, Iannopoulos, meint: *„Um von Bekämpfung des Terrorismus zu sprechn, muß der Terrorismus erst vorhanden sein. Und den gibt es heute nicht"* („Spiegel", 17.4.78). Um so mehr kann man davon ausgehen, daß der Druck, mit dem diese Gesetze duchgebracht wurden, von außen kommt: Ende Januar 78 sprachen sich Schmidt und Karamanlis bei ihrem letzten Treffen in Bonn für eine „gemeinsame Bekämpfung des internationelen Terrorismus" aus. Kein Wunder also, wenn Abgeordnete der sozialistischen PASOK–Partei dieses Gesetz als eindeutig *„deutsches Geistesprodukt"* kennzeichnen, und als *„das erste Geschenk der EG für Griechenland"* („Spiegel", 17.4.78). Den Druck der BRD auf Griechenland anläßlich der Auslieferung Rolf Pohles noch im Gedächtnis, lieferten sich etwa 2.000 Studenten in L a r i s s a im Anschluß an eine Demonstration gegen die neuen Gesetze eine Straßenschlacht mit der Polizei. Neben anderen Demonstrationen warfen mehrere tausend Arbeiter in A t h e n der Regierung vor, verfassungsmäßige Grundrechte anzutasten („SZ", 15./16.4.78).

Auch die praktische Zusammenarbeit der westeuroäiischen Staaten auf dem Weg zur Schaffung einer europäischen Sonderpolizei, als deren Informations- und Befehlszentrale sich das BKA profiliert, macht Fortschritte: Anfang April fand in der Schweiz ein Treffen der Innenminsiter Italiens, Österreichs, der BRD und der Schweiz statt, auf dem anläßlich der Enführung Moros über noch engere polizeiliche Zusammenarbeit beraten wurde. Knapp zehn Tage später reisten BKA-Chef Herold und GSG-9-Kommandeur Wegener als Lehrer zu einem mehrtägigen „Anti-Terror"-Seminar für Schweizer Polizeikommandeure nach Bern. Im Rahmen dieses Seminars wurden die seit Jahren unter direkter Anleitung der GSG-9 aufgebauten „Anti-Terror-Einheiten" der Schweizer Polizei in zwei Übungen vorgestellt („FR", 24.4.78).

Wiederum drei Wochen später reiste der Schweizer Justizminister zusammen mit einem Bundesanwalt und einem Polizeioffizier nach Bonn, um mit Maihofer, Rebmann, Herold, Vogel, Wegener und Fachleuten zu Fragen des Daten- und Persönlichkeitsschutzes über „Fragen des Internationalen Terrorismus" zu sprechen.

Gleichzeitig wurde bekannt, daß die enge Zusammenarbeit beider Länder nach der Schleyer-Entführung nie abgebrochen wurde, sondern vielmehr unter dem Decknamen „Operation Sophie" unter der Leitung des BKA und des Bonner Innenministeriums zu einem Fahndungs p r o g r a m m ausgebaut wurde („FR", 19.5.78). Auf diesem Hintergrund wurde am 18. Mai 78 in Bonn ein gemeinsames Kommunique verabschiedet, nach dem die BRD und die Schweiz die Zusammenarbeit bei der Terror-Bekämpfung noch i n t e n s i v i e r e n wollen!

Gegen die Schweizer „Bundessicherheitspolizei" formiert sich allerdings ein beachtlicher Widerstand. Die „Bundessicherheitspolizei" besteht aus einer 200 Mann starken Kerntruppe, der bis zu 1.000 weitere Polizisten an die Seite gestellt werden können. 7.000 Menschen demonstrierten in Bern am 17.4.78 gegen die geplante Aufstellung dieser Truppe und bezeichneten sie als ein Mittel zur Unterdrückung von Demonstrationen, Streiks und Anti-AKW-Aktionen, während die „Terroisten-Bekämpfung" nur als Vorwand diene („SZ", 22./23.4.78).

Der österreichische Innenminister teilte Anfang Mai die Aufstellung zweier Spezialeinheiten „zur Vorbeugung und Bekämpfung des Terrorismus" mit. Das eine sei ein Einsatzkommando, während die andere Gruppe (30 Leute) die „Terroristenszene" ständig beobachten und alle aus dem Ausland einfließenden Informationen für „Vorbeugungsmaßnahmen in Österreich nutzbar machen soll („SZ", 6./7.5.78).

Der Hamburger Innensenator Staak reiste zusammen mit dem Hamburger VS-Präsidenten Horchem Anfang April nach Israel und führte Gespräche über die Kooperation bei der „Bekämpfung des internationalen Terrorismus" und Fragen des „Verfassungsschutzes" („Welt", 11.4.78).

Daß all diese Entwicklungen der letzten Zeit längst noch nicht das Endziel der westeuropäischen „Sicherheitsbehörden" sind, sondern lediglich Mosaiksteine auf dem Weg zu einem Polizei-Europa sind, mag das „Plädoyer für mehr praktische internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus, Drogen- und organisierter Kriminalität" des Chefs der Rotterdammer Kripo, J.A. Blaauw, verdeutlichen. Bezeichnenderweise schrieb Blaauw seinen Beitrag für die westdeutsche Polizei-Fachzeitschrift „Kriminalistik". Blaauw schlägt als zukünftige Zielsetzungen vor:

„Kurzfristig:
1. Die Einrichtung eines Kriminalermittlungssystems in den Ländern des Gemeinsamen Marktes mit dem Ziel, Informationen über die auf internationaler Basis operierenden Terroristen, Rauschgifthändler und organisierten Verbrecher zu sammeln, auszuwerten und zu verbreiten. Das Endprodukt dieser Ermittlungen sollte dem Polizeibeamten in vorderster Front auf die wirksamste Art zugänglich gemacht werden.
2. Möglichkeiten zu schaffen für die gemeinsame Planung von Polizeieinsätzen in den Ländern des Gemeinsamen Marktes. Dies würde die operative Leistungsfähigkeit in angrenzenden Ländern steigern, besonders auf dem Gebiet der Observation. Die Entwicklung eines internationalen Polizeifunksystems wäre unvermeidlich.
3. Die Einführung regelmäßiger internationaler Seminare für die Leiter von Kriminalermittlungsbehörden, um die kriminelle Gesamtlage in den Ländern des Gemeinsamen Marktes fortlaufend auszuwerten, sowie neue operative Verfahren und Techniken der Polizei zu studieren oder zu entwickeln.
4. Die Einrichtung von Verbindungskontakten zwischen den Ländern. Dies könnte die Abkommandierung von Polizeibeamten als Verbindungsoffiziere an die dipolomatischen Missionen einschließen, oder es könnten möglicherweise Polizeibeamte eines Landes direkt den Polizeibehörden in befreundeten Ländern zugeteilt werden.

Langfristig:
5. Die Harmonisierung eines bestimmten Teils der Gesetzgebung nicht nur im Hinblick auf Polizei- und Justizvollmachten und -verfahren, sondern auch bezüglich der Feuerwaffen.
6. Die Einführung von Gemeinsamer-Markt-Verbrechen in Anlehnung an den in den Vereinigten Staaten verwendeten Begriff der Federal Crimes – das sind Verstöße gegen Bundesgesetze im Gegensatz zu Vergehen gegen die Gesetze der einzelnen Bundesstaaten – wie internationaler Terrorismus, Rauschgifthandel, illegaler Handel mit Feuerwaffen, Autodiebstähle und gewisse Wirtschaftsverbrechen.
Im Endergebnis müßte dieses Konzept zur Einrichtung einer Gemeinsamer-Markt-Polizeibehörde führen."
(Aus „Kriminalistik", 1/78).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Großoperation Zielfahndung"

„Großoperation Zielfahndung"

Am 11. Mai wurde der der „RAF" zugerechnete Stefan Wisniewski auf dem Pariser Flughafen Orly von französischen Polizisten festgenommen. Diese Festnahme war das Ergebnis einer Zusammenarbeit des französischen Geheimdienstes und der westdeutschen Zielfahndung der Abteilung „TF" des Bundeskriminalamtes. Seit Dezember 1977 war Wisniewski Zielperson eines vierköpfigen Sonderfahndungskommandos der Atbeilung „Terroristenfahndung" (TF), das ihn, ausgestattet mit allen über Wisniewski verfügbaren Daten, quer durch Europa und wahrscheinlich auch im Nahen Osten jagte.

Bereits am 28.2.78 berichtete die „Welt", daß die Staaten Irak und Kuwait es verhindert hätten, *„daß Sicherheitskräfte aus der Bundesrepublik in ihren Ländern nach dort vermuteten deutschen Terroristen fahnden"*.

Im Zuge dieser Fahndungsaktion sammelten BKA-Sonderfahndungskommandos ein Gedenkplakat für die in Mogadischu erschossenen Entführer aus Bagdad und ein ähnliches Plakat für die in Entebbe erschossenen Entführer im Palästinenserlager Tel-Satar. Sie recherchierten die Herkunft und die Bezahlung von Flugtickets angeblicher „Terroristen-Kuriere", zu denen auch Wisniewski gezählt wird, im Nahen Osten.

Stefan Wisniewski ist bereits die sechste Person, deren Festnahme im Ausland direkt auf die Initiative und Informationen westdeutscher Zielfahnder zurückzuführen ist: Knut Folkerts, Christoph Wackernagel und Gerhart Schneider wurden von holländischen Sonderkommandos festgenommen, Gabriele Kröcher-Tiedemann und Christian Möller von Schweizer Polizisten. Jedesmal übergaben die BKA-Sonderkommandos den Fall rechtzeitig an ausländische Polizeistellen und hielten sich bei der direkten Festnahme im Hintergrund.

Neu am Fall Stefan Wisniewski ist, daß die französischer Polizei ihn s o f o r t an Westdeutschland auslieferte – lediglich mit der Begründung, er habe einen falschen Paß bei sich getragen. Angesichts des relativ großen Aufsehens, das im vorigen Jahr die Auslieferung Croissants an die BRD erregte, stellt das Verfahren im Fall Wisniewski einen Meilenstein im Aufbau einer gemeinsamen S o n d e r p o l i z e i der EG-Staaten unter Führung der BRD dar.

NPD-Polizist nach wie vor im Dienst

Seit mindestens vier Jahren ist der baden-württembergischen Landesregierung bekannt, daß der NPD-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Jürgen Schützinger, im Polizeidienst beschäftigt ist. Seit dem Sommer 76 war seine Entlassung durch das Innenministerium angekündigt, seit Anfang 77 sollte er entlassen sein; ja, sollte ....

Schützinger legte Widerspruch ein und blieb Polizist, bis heute! Grund: „Arbeitsüberlastung " der zuständigen Kammer beim Verwaltungsgericht....

1976 gefragt, warum Schützinger nicht schon 1975 entlassen wurde, antwortete Innenminister Schiess: Damit seine Kandidatur (Schützinger war NPD-Kandidat) durch die Einleitung eines Berusfverboteverfahrens nicht „beeinträchtigt" würde („FR", 15.6.76).

Schützinger, der seit 1970 im Polizeidienst ist, sei im übrigen als Nazi nie aufgefallen. Sein Parteiabzeichen trage er immer hinterm Revers - so „verteidigte" damals Oberpolizeidirektor Barwitzky den Schützinger („SZ", 9.6.76).

Die Wege, Nazis im Staatsdienst zu decken, sind viele - besonders in Baden-Württemberg, wo ja auch die NPD-Funktionäre Deckert und Kosiek immer noch und mit höchstrichterlicher Genehmigung als Lehrer tätig sein dürfen.

Todesschüsse

Dortmund:

Im Februar 1977 starb der Grieche Joannis Batos unter mysteriösen Umständen in der Arrestzelle des Polizeipräsidiums.

In einem Prozeß gegen die verantwortlichen Bullen und den Gerichtsmediziner kam jetzt einiges über Polizeistaatspraxis zum Vorschein:

J. Batos hatte 40 Schlaftabletten genommen, weil sich seine Freundin von ihm trennen wollte. Er wurde von den Bullen aufgegriffen und in eine Arrestzelle gesteckt. Obwohl Batos den Bullen von den Schlaftabletten erzählt hatte, wurde er wie ein Betrunkener behandelt. So begnügte sich der Polizeiarzt H.J. Portmann mit einer Blutprobe. „Scheint starkt unter Alkoholeinfluß zu stehen", notierte er, noch ehe die Probe ausgewertet war.

13 Stunden später war J. Batos tot. Erstickt in der Arrestzelle, in die ihn die Bullen gebracht hatten, nachdem sie ihn zu fünft mit „gezielten Faustschlägen ins Gesicht" (so ein Bulle) überwältigt und mit einer Knebelkette gefesselt hatten. Ein Zellennachbar des Griechen bezeugte, daß dieser von sechs Bullen mit Gummiknüppeln „behandelt" wurde. Für die Eltern von Batos, den von ihnen beauftragten griechischen Gerichtsmediziner und ihren Anwalt steht fest, daß nicht der angebliche Alkoholeinfluß, sondern die Prügel der Bullen zu einer Gehirnerschütterung mit Erbrechen führten, an dem der im Koma liegende Joannis erstickt ist.

Obwohl keine Zweifel bestehen, daß Joannis nach der Einnahme von 40 Carbromal-Schlaftabletten kaum mehr in der Lage war zu stehen, argumentierte die Staatsanwaltschaft, die Bullen hätten den Griechen nur „in **Notwehr**" geprügelt. Sie stellte die Ermittlungen ein mit der Begründung, es sei eindeutig bewiesen, daß nicht die Schläge der Bullen das tödliche Erbrechen verursacht hätten.

Hamburg:

Ein 20jähriger Mann soll sich am 22.5. in einem Streifenwagen der Polizei erschossen haben.

Nach Darstellung der Polizei hört sich das so an: ein junger Mann sei in St. Georg festgenommen worden, weil er seine Hotelrechnung nicht bezahlt hatte. Plötzlich habe er im Streifenwagen eine Pistole gezogen und die Polizisten bedroht. Ein Polizist habe daraufhin die Hand des Mannes samt Waffe heruntergedrückt. **Der andere richtete seine Dienstwaffe auf ihn.** Mit den Worten: „Wenn das so ist, kann ich mich auch selbst umbringen", soll der Festgenommene dann vom Sitz gerutscht sein, er habe sein Gesicht an die vom Polizisten heruntergedrückte Waffe gehalten und abgedrückt.

Herner Todesschütze ungeschoren?

„Beruhigende Nachricht für den Polizeibeamten", so kommentierte die Herner Ortspresse einen für den Polizissten Dieter Ahfenger, der am 24. Juli 77 den 17jährigen Jugendlichen Rudolf Pollaczek erschossen hatte, sicherlich beruhigenden Vorgang.

Nachdem der Todesschütze bereits im Oktober letzten Jahres vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung freigesprochen wurde (der Staatsanwalthatte seinerzeit 3.600 Mark Geldstrafe beantragt), hat die Staatsanwaltschaft jetzt die nach dem Urteil eingelegte Revision zurückgenommen.

Die dem Polizisten zugebilligte „Notwehr" bestand darin, daß am 24.7.77 vier Polizisten einem angetrunkenen Jugendlichen „helfen" wollten (so die Bullen), indem sie mit gezogener und vorgespannter Pistole auf ihn losgingen. Als der Jugendliche schützend den Arm vor sein Gesicht riß, drückte der Polizist Dieter A. ab und tötete den 17-jährigen durch einen Schuß ins linke Auge.

Der Todesschuß hatte damals breiten Protest in Herne ausgelöst. Eine „**Bürgerinitiative gegen Polizeiübergriffe**", in der auch die Angehörigen des Erschossenen mitarbeiteten, versuchte, dem Fall ein anderes Ende zu verleihen, als dies bei vorangegangenen Todesschüssen im Bereich Bochum/Herne und Umgebung bislang der Fall war (Freisprüche für die Todesschützen bzw. geringfügige Geldstrafen).

Die Antwort des Staates:
Bespitzelung der Angehörigen und der Bürgerinitiative, überfallartige Aktionen gegen Flugblattverteiler, Verzögerung der Akteneinsicht für den Anwalt der Angehörigen, massive Hetze gegen die BI seitens der Polizei (u.a. auch der „Betriebsgruppe sozialdemokratischer Polizeibediensteter"!) bis hin zu Hausdurchsuchung und Beleidungsverfahren gegen den presserechtlich Verantwortlichen der BI.

Übrigens: Der Prozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen Genossen steht jetzt wohl bald bevor, wenn der nun für die Revision zuständige Bundesgerichtshof sich der Haltung der Staatsanwaltschaft anschließt (und nichts spricht dagegen).

Nach den miesen Erfahrungen bezüglich des Prozesses von Kai Ehlers in Bochum **stellt sich daher erneut sowohl für die fortschrittlichen Kräfte in Herne und Umgebung im allgemeinen, als auch für die KB-Genossen(innen) im Besonderen, die Aufgabe, Solidarität nicht nur verbal zu bekunden, sondern auch zu praktizieren!**

Ein Genosse aus Bochum

Täglicher Bullenterror

Hier sollen aus dem vergangenen Monat Fälle von Polizeiterror geschildert werden – eines Terrors, der schon seit langem alltäglich geworden ist. Diese Übersicht ist bei weitem nicht vollständig, wir bitten um weitere Informationen.

Frankfurt/M.: Am 7.Mai 1976 wurde in einem Wald bei Sprendlingen der Bulle Sippel erschossen und sein „Kollege" Korol durch Schüsse schwer verletzt.

Nach einer Polizeifahndung wurden der Student Detlev Schulz und der Maschinenbauer Johannes Roos unter Mordverdacht und dem Verdacht, eine „kriminelle Vereinigung" gebildet zu haben, inhaftiert. Jetzt, zwei Monate später, nach viermonatiger Prozeßdauer, sind die Haftbefehle aufgehoben worden. **„Gleichzeitig wurde bekannt gegeben, daß einer der beiden Schüsse, die den 22 Jahre alten Polizisten Fritz Sippel trafen, aus der Waffe seines Kollegen Rolf Korol stammt"** („FR", 8.5.78). Daß das nicht schon früher herausgekommen ist, erklärt die Polizei kühn mit Schwierigkeiten bei der neuen elektronenmikroskopischen Untersuchung der Schußwaffen.

Westberlin: Am 28.4. wurde – mit Durchsuchungsbefehl – eine Wohnung durchsucht und vier anwesende Personen vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Angeblich suchten die Bullen *„nach Beweismitteln im Zusammenhang mit Straftaten, die während einer Demonstration verübt worden"* sein sollen. Um welche Demonstration es sich handeln soll und um welche Straftaten , wurde nicht mitgeteilt!

Lübeck: Aus einem Extrablatt des „Lübecker Stadt-Blatt": *„Sonnabend, den 13.5.78, 11 Uhr 40. Drei Polizisten erschienen am Stand des KBW in der Breiten Straße und forderten die KBWler auf, den Stand zu entfernen, da sie ihn sonst in Kürze abräumen würden. Der KBW hatte keine Genehmigung, weil er sich weigert, die hohen Standgebühren zu zahlen (15 DM pro Tag).*

Der KBW kommt der Aufforderung nicht nach. 5 Minuten später: drei VW-Transporter der Polizei und ein Polizei-PKW fahren auf den Marktplatz. Etwa 20 bis 30 Beamte entsteigen den Wagen und umringen den KBW-Stand.

Ein Mann aus der großen Menge der umherstehenden Passanten sagt: 'Das ist doch eine Schweinerei, die sie da machen!' Sofort packt ihn ein Beamter von hinten und zerrt ihn weg. Drei weitere Beamten gehen auf ihn zu. Da ertönt von irgendwo her der Befehl: 'Festnehmen, abführen!'. Der Mann wird sofort gepackt, gewürgt und weggeschleppt. Er wehrt sich gegen diese Behandlung, stürzt ein paar Mal, bis er zum Wagen geschleppt wird. Dort wird er von drei Beamten am Boden liegend festgehalten und ein vierter Sprüht ihm eine volle Ladung Tränengas aus ca. 10 cm Entfernung ins Gesicht. Dann packen sie ihn zu viert und werfen ihn in den Einsatzwagen. Eine junge Frau, die dies gesehen hatte, sagt: 'Lassen Sie den doch los!'. Daraufhin ertönt erneut der Befehl 'Mitnehmen!'. Sofort nimmt ein Beamter sie in den berüchtigten Polizeigriff und führt sie in Richtung Einsatzwagen. Noch bevor sie am Wagen angelangt sind, dreht sich der Polizist um, erblickt kurz hinter ihm einen jungen Mann, läßt die Frau los und packt diesen völlig grundlos. Der junge Mann beugt sich vor und schützt sein Gesicht aus Angst mit den Armen. Ein Arm ist in Gips. Der Polizist holt aus und schlägt ihm mit der Faust von unten mehrmals ins Gesicht. Die Frau ruft empört: 'Lassen Sie ihn doch los, der hat doch einen Gipsarm'. Im selben Augenblick wird sie von einem wuchtigen Faustschlag eines Beamten im Gesicht getroffen und taumelt zu Boden. Sie wird erneut gegriffen und zusammen mit dem Mann in den Polizeiwagen gestoßen.

Einem Redakteur vom Lübecker Magazin, der alles fotografiert hatte, wird die Kamera aus der Hand geschlagen und er wird ebenfalls verhaftet. Die vier Verhafteten werden zur Mengewache gefahren. Dort geht es erst richtig los! Am schlimmsten ergeht es dem, der mit dem Tränengas mißhandelt wurde. Mehrere Beamte stoßen ihn brutal in die Wache. Er wird mehrfach gegen die Türpfosten gestoßen und mit einem brutalen Tritt in den Rücken in die Zelle befördert. In den beiden Nachbarzellen müssen die anderen drei Verhafteten seine Schreie mit anhören. Die Polizisten schlagen ihn mit Fäusten und Gummiknüppeln und treten ihn mit ihren Stiefeln. Die Abdrücke der Stiefel sind noch Stunden später deutlich zu sehen. Endlich ist das grausame Spiel zu Ende. Nach einer dreiviertel Stunde werden die vier wieder freigelassen. Der Film aus der Kamera des LM-Redakteurs wurde vernichtet und somit illegal Beweismaterial beseitigt".

Wiesbaden: Aus einem Leserbrief an die „Frankfurter Rundschau" (16.5.): *„.... daß mein Vertrauen zu dieser Institution* (der Polizei – Anm. AK) *seit der 1.Mai-Kundgebung in Wiesbaden (...) restlos verlorengegangen ist, wie es wahrscheinlich jedem Teilnehmer ergangen sein dürfte.*

Was ich dort erleben mußte, waren nicht die freundlichen Helfer der Nation, die eine alte Dame über die Straße bringen, sondern eine Schlägereinheit, die ohne Grund Menschen überfällt, zusammenschlägt, chemische Mittel aus nächster Nähe ins Gesicht sprüht und bei ihrem Einsatz auch nicht auf Säuglinge Rücksicht nimmt.

Wenn die Regierenden es wirklich ernst meinen mit ihrer Werbungskampagne für die Polizei – vielleicht ist sie ja noch nicht bis Wiesbaden vorgedrungen –, muß hier ein Exempel statuiert und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Bis dahin werde ich sicherlich jedesmal erschrecken, wenn ich einen Polizisten sehe (...)".

Am 1.Mai hatten die Bullen u.a. bei der Räumung eines KBW-Standes Chemical Mace eingesetzt.

Bochum: Am 15.5. wurde ein Lehrling von einem Poliziszen lebensgefährlich verletzt. Zwei Polizisten hatten den Lehrling und seinen Freund bei einem PKW-Aufbruch gefaßt. Als beide zu fliehen versuchten, soll es zwischen dem einen Bullen und dem Lehrling zu einem Handgemenge gekommen sein. Dabei wurde der Lehrling von hinten **„mit aufgesetzter Pistolenmündung"** in den Oberkörper geschossen. Dabei will der Schütze noch nicht einmal gemerkt haben, daß der Schuß aus s e i n e r Pistole abgegeben wurde! Der Bulle will den Jugendlichen dann an seinen 'Kollegen' übergeben und diesen sogar noch gefragt haben: „Bernd, hast du geschossen?". Der schwerverletzte Jugendliche soll dann von den Bullen erst einmal abgeführt worden sein, bevor sie den Notarzt alarmierten. Die Schußwunde sei dann erst im Krankenhaus entdeckt worden!

Dort lag der schwerverletzte Jugendliche, war mehrere Tage halbseitig gelähmt und konnte nicht sprechen. Ein „Ermittlungsverfahren" ist zwar eingeleitet, der Bulle ist aber weiter im Dienst.

KB/Gruppe Bochum
Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg und
Antifa-Kommission KB/gruppe Westberlin

Polizeialltag außer Dienst

"Ein Kripo-Mann aus Konstanz versteckte einen Millionenräuber, zwei Uniformträger aus München schworen Meineide. Die Liste kann beliebig verlängert werden." ("Bild",1.4. 1976). Genau so ist es!

Allein ein weder aktueller noch vollständiger Pressequerschnitt vom Dezember 1976 ergibt eine ansehnliche Latte von Vorwürfen und Anklagepunkten gegen Polizisten: Sachbeschädigung, Unterschlagung, Autofahren im besoffenen Zustand, dasselbe ohne Führerschein, Fahrerflucht, Einbruchdiebstahl, bewaffneter Einbruch, Hehlerei, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Vergewaltigung, unerlaubter Waffenbesitz.

Dabei scheint der Suff eine besonders animierende Rolle zu spielen: **Allein in Westberlin sind in einem einzigen Jahr (1976) 119 Buller unter Alkoholeinfluß straffällig geworden!**

Ebenfalls in Westberlin knackten zwei Bullen in der Zeit vom Dezember '74 bis Juli '76 während ihrer Dienstzeit 28 Geschäfts- und Lagerräume und klauten Wertgegenstände. Im Westberliner Stadtteil Neukölln veranstaltete ein Bulle in seiner Wohnung Schießübungen. *"Eine Kugel war durch die Wohnungstür geschlagen und von der gegenüberliegenden Wand des Hausflurs abgeprallt... Der 37-jährige war infolge seines alkoholisierten Zustandes nicht in der Lage, (auf dem Polizeirevier) konkrete Angaben zu machen."* (FR, 10.12.76). "Dein Freund und Helfer"?. Nein danke!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Klassenjustiz



„Wiedergutmachung" an Verfolgten des Naziregimes: Ein Skandal!

Wir wollen in diesem Artikel anhand einiger Zahlen und Beispiele der Legende der „Wiedergutmachung" in der BRD nachgehen. Obwohl dieser Bereich noch weitgehend undurchsichtig ist, was das Ausmaß der Benachteiligung der Verfolgten des Nazi-Regimes angeht, kann man doch schon heute sagen, daß in diesem Land in der Regel die ehemaligen Opfer entweder überhaupt um eine Entschädigung oder Versorgung geprellt werden oder aber in jahrelangen bis jahrzehntelangen Prozessen sich einen Hungerlohn erkämpfen müssen. Auf der anderen Seite können sich ihre ehemaligen Verfolger immer mehr ihrer vollen Rehabilitierung erfreuen und leben von hohen Pensionen.

In der BRD leben 30 % der NS-Verfolgten unter dem Existenzminimum. Etwa 10.000 von ihnen bekommen nur eine Rente von DM 100, die bei ihrem Tode für die Witwe auf DM 60 und bei sonstigem Einkommen sowieso gekürzt werden kann.

Kommunisten, die auch noch nach Gründung des „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates" ihrer Weltanschauung treu geblieben sind, erhalten in keinem Fall Zuwendungen, weil sie diesen Staat bekämpft haben.

Im Gegensatz zu den Nazihorden der Legion Condor erhalten die Freiwilligen der Interbrigaden, die in Spanien gegen den Faschismus und für die Demokratie in Europa gekämpft haben, keine Rente. Der Geist, der hinter -zigtausenden von schikanösen bis offen den Faschismus rechtfertigenden Urteilen und Bescheiden steht, wird vielleicht deutlich an dem Auszug aus einem Schreiben des zuständigen Vertreters des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung (so heißt das!), Dr. Bünger, vom 17.11.1967:

„Nach § 2 Abs.1 Buchstabe a des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) ist eine der Voraussetzungen zur Gewährung von Versorgung nach diesem Gesetz, daß der Antragsteller Dienst als Soldat oder Wehrmachtsbeamter nach deutschem Wehrrecht geleistet hat... Die Angehörigen der Legion Condor waren deutsche Soldaten, die zwar freiwillig, jedoch auf Wunsch der deutschen militärischen Führung in Spanien kämpften. Der spanische Bürgerkrieg diente zur Erprobung der Kampfkraft der deutschen Truppen und des Kriegsmaterials im Hinblick auf den 2. Weltkrieg. ... Ähnliche Kriterien müßten auch bei dem Dienst in der Internationalen Brigade gegeben sein, um diesen als militärischen Dienst im Sinne des BVG anerkennen zu können. Es bestand jedoch kein Zusammenhang zwischen diesem Dienst und dem deutschen militärischen Interesse."

Diese Logik: Wer eine Rente haben will, der muß aber bitte auf der richtigen Seite – bei den Faschisten – gekämpft haben, wird aber nicht nur von CDU-Ministerien (damals Katzer) praktiziert. Gerade die SPD-regierten Zeiten sind keine rosa Zeiten für Antifaschisten gewesen, sehr wohl aber für die Angehörigen der faschistischen Mörderbande SS. So wurde 1976 in aller Heimlichkeit die gesetzliche Voraussetzung zur Anerkennung der Zeit ihres Mordens für die Berechnung der Rentenversicherung geschaffen. Während Antifaschisten keine Rente erhalten, werden diese Mörderbanden **auf Kosten der Versicherten nachversichert!** Laut Urteil des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg bestand diese ihre „Dienstzeit" bekanntlich: *„.... in der Verfolgung und Ausrottung der Juden, Brutalitäten und Tötungen in den Konzentrationslagern, Übergriffen bei der Verwaltung besetzter Gebiete, der Durchführung des Zwangsarbeiterprogramms und der Mißhandlung und Ermordung von Kriegsgefangenen."* (1.10.1946).

Die enge Zusammenarbeit der SPD-Führung mit den Altnazis hat aber offensichtlich eine lange Tradition. So hat der frühere Waffen-SS-Hauptsturmführer Karl Weibel erklärt: *„.... die ersten Besprechungen in Sachen vor der Gründung des Bundesverbandes der Soldaten der Waffen-SS, damals hieß es nur HIAG, die wurden in Hamburg mit Kurt Schumacher geführt."* („tat", 1.10. 76).

Während auf der einen Seite die Witwe des Gestapo-Chefs Heiydrich 2.400 DM Hinterbliebenenrente einstreicht, überbieten sich die Sozialgerichte in Heimtücke, wenn es um die Ablehnung von Leistungen an Antifaschisten geht. Entweder war die KZ-Haft nicht lang genug (selbst bei erwiesener Folter mindestens ein Jahr), oder das Gefängnis wird nicht als KZ anerkannt. Gesundheitsschäden werden weggeleugnet (wie im Falle des Antifaschisten und ehemaligen Spanienkämpfers Gerd Schmarander). Dem ehemaligen KPD-Mitglied Ernst Buschmann wurde dagegen vorgeworfen, daß er als überzeugter Kommunist und Widerstandskämpfer *„von Anfang an seine bürgerliche Tätigkeit als Elektriker hinter sein Engagement"* gestellt und damit freiwillig auf Beruf und natürlich auch Rente verzichtet habe. Anders geht es da natürlich den Reichsarbeitsdienstführern, die ohne rechtliche Grundlage und obwohl sie nicht einmal formal die „Dienstzeiten" zusammenbekommen, hohe Renten kassieren. Wer Glück hat als Antifaschist, der bekommt 20 Pfennig für jede Stunde, die er in Gestapohaft unter Drohungen und Folter verbracht hat. Ein Beispiel, das sogar schon auf die milde Mißbilligung des französischen Außenministers gestoßen ist: Die BRD verweigert den ehemals zwangseingezogenen Elsässern und Lothringern eine Entschädigung für ihren erzwungenen Kriegsdienst und macht diese von einem deutsch-französischen Friedensvertrag abhängig („SZ", 18.8.77).

Beispiele ließen sich noch reichlich nennen. Ein wesentliches Hindernis zur Aufdeckung der gesamten Schweinerei ist die Resignation der Betroffenen, die sich in diesem Klima der Ermutigung für ihre Peiniger nicht zu helfen wissen. Wir möchten alle alten und neuen Antifaschisten ermutigen, alles zusammenzutragen, was Licht in diese Schweinereien bringt. Wir werden darüber berichten!

IKAH

Verurteilung nach §88a

Am Dienstag, den 16.5., wurde ein Buchhändler nach dem § 88a StGB („Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten" – „Gewaltparagraph") zu drei Monaten Knast, die zur Bewährung ausgesetzt wurden, verurteilt. Er hatte, so das Gericht, als *„Geschäftsführer der Kölner GmbH 'Der andere Buchladen' von Juni bis August 1976 insgesamt 30 Exemplare der Druckschrift 'Revolutionärer Zorn Mai 76' ausgelegt oder auslegen lassen ... Zum Anklagevorwurf der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung meinte das Gericht, 'die Voraussetzung des § 129 konnte nicht festgestellt werden'. Der heutige Gastwirt hatte versichert, die Zeitschrift erst später ... gelesen zu haben"* (Frankfurter Rundschau 18.5.78).

Somit wäre der Anfang der Verurteilungen nach dem Gewaltparagraphen gemacht. Buchhändler, Drukker, usw., die demnächst wegen des Gewaltparagraphen vor Gericht stehen (siehe die Agit-Drucker, die seit über sechs Monaten in U-Haft sind) werden mit Sicherheit noch härter verurteilt.

HBV-Kollegen
KB/ Gruppe Westberlin



Prozeß wegen der „Selbstmorde" von Stammheim

In Stade (Niedersachsen) wurden am 17.5. 4 KBW-Mitglieder zu 90 Tagessätzen Geldstrafe unterschiedlicher Höhe vom Stader Schöffengericht verurteilt. Ihnen wurde "Verunglimpfung der Bundesrepublik" vorgeworfen, da sie die "KVZ" 43/77 verkauft hatten, in der das (bereits beschlagnahmte) Stammheim-Plakat des KBW abgedruckt war; es zeigt Filbinger, wie er mit NS-Armbinde einen Schlafenden erschießt, und zum zweiten, wie er, nun ohne NS-Armbinde, eine Pistole unter eine Gefängnistür schiebt. "Ob so oder so- das sind KZ-Methoden!" lautet der Text des Plakats. Urteilsbegründung gegen die 4 KBW'ler: Der Staat werde mit dem Plakat "auf bösartige Weise verächtlich gemacht". Weder Filbingers Tätigkeit gegen Ende des Krieges noch das Kontaktsperregesetz dürften in die Nähe von KZ-Methoden gerückt werden.

KB / Gruppe Hannover

Gitter auf, Ruck zuck — Freiheit für den AGIT-Druck!

Drei der 4 Westberliner „AGIT"-Drucker sitzen bereits seit über einem halben Jahr im Knast. Weil das AGIT-Druckkollektiv das „INFO - Westberliner undogmatischer Gruppen" gedruckt hat, sollen ab vermutlich dem 12.6. die Drucker u.a. wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (§129a)" vor Gericht gestellt werden. Mit von der Partie ist auch der berüchtigte Maulkorbparagraph 88a (s. auch AK 123). Im April beschloß der Bundesgerichtshof beim zweiten Haftprüfungstermin Fortdauer der Untersuchungshaft, wobei er sich im wesentlichen der Begründung des Westberliner Haftrichters anschloß: Eine zu erwartende hohe Freiheitsstrafe und Fluchtgefahr. Letztere wird folgendermaßen begründet:

Die drei leben in Wohngemeinschaften, deren Zusammenhalt in aller Regel nicht so stark sei, als daß er ... Mitglieder an der Flucht hindern könnte

- es sei zu berücksichtigen, daß die drei Angeschuldigten als Angehörige einer linksorientierten Basisgruppe über zahlreiche politische Gesinnungsgenossen verfügten, die ihnen jederzeit Unterschlupf gewähren würden
- da AGIT weiter druckt, bleibe den dreien auch bei einer Flucht eine Lebensgrundlage erhalten ...

Kommentar überflüssig!!



Polizeiaktion gegen Wandbilder vorher... ...nachher

Zum Fall der AGIT-Drucker hat sich in Westberlin ein Solidaritätskomitee gebildet, das recht nachahmenswerte Arbeit für die gefangenen Genossen leistet. Ein Beispiel: Die Westberliner Alternativkinos erklärten sich bereit, täglich einen 10-minütigen Kurzfilm zum Fall AGIT vor dem Abendprogramm zu zeigen, nur dem Besitzer der „Kurbel" war die „Marlborough"-Reklame vor dem nachfolgenden „Deutschland im Herbst" offenbar wichtiger. Kurz entschlossen erstellte das Komitee zu diesem Verhalten ein Flugblatt und verteilte es an das Publikum. Dann zupften alle mal kurz am Saalordner und verschafften sich Eintritt, um die Zuschauer gleich selbst zu fragen, ob sie den Kurzfilm sehen wollten. Eine überwältigende Mehrheit stimmte dafür - dem Kinomenschen fielen da auch nur noch lahme Ausreden ein. Gesagt, getan - der Film mußte gezeigt werden. Nachdem diese Aktion an mehreren Tagen wiederholt wurde, konnten die vielen Tausend Menschen, die sich „Deutschland im Herbst" ansahen, allabendlich den AGIT-Film gezeigt bekommen. Sauber!

Diese Aktivitäten riefen natürlich auch den Staatsschutz auf den Plan, nimmermüde, den Sympathisantensumpf auszumachen. Als z.B. eine Hauswand auf einem Flohmarkt mit einem Wandbild für die AGIT-Drukker verziert wurde, kam es zu einem Einsatz der Polizei, die mit Schlagstöcken und sogar gezogener Pistole Leute in einer Menschenmenge (!) festnahm. Wenige Tage später wurde eine Spontiwohngemeinschaft vom Staatsschutz durchsucht - angeblich forschte man nach Farben und Pinseln im Zusammenhang mit dem Wandbild. 5 Leute wurden gleich mitgenommen und erkennungsdienstlich mißhandelt. Unserer Solidarität soll das keinen Abbruch tun!

SSB/Westberlin

Erster Freispruch im Bonner Rathausprozeß

Im Bonner Rathaus-Prozeß kam es am 22. Mai überraschend zum Freispruch gegen F.W. Die Anklage hatte ihm wie den sieben anderen Demonstranten der Anti-Thieu-Demonstration im Mai 73 in Bonn schweren Landfriedensbruch und Widerstand vorgeworfen (siehe AK 129). Nun stellte sich im Prozeß heraus, daß F.W. gar nicht zum Kreis der Rathausbesetzer gehörte (und das nach fünfjähriger Ermittlungstätigkeit). Er hatte zwar an der Demonstration teilgenommen, war dann jedoch vor den Übergriffen der Polizei ins Rathaus geflüchtet und dort festgenommen worden. Das zeigt noch einmal, wie zusammengebastelt und lückenhaft die Anklage insgesamt ist. Im Prozeßverlauf wurde versucht, Zeugen gegen die Angeklagten unter Druck zu setzen. So wurde z.B. die Freundin F.W.s zur Zeugenvernehmung vorgeladen, um sie dann sogleich erkennungsdienstlich zu behandeln (Informationen nach „RF", Nr. 21, S.5).

Die vorangegangenen Prozeßtage waren von verschiedenen Einstellungsanträgen der Angeklagten und ihrer Verteidiger geprägt. Das Gericht hat sämtliche dieser Anträge abgelehnt. Die Begründungen zeigen, daß der Freispruch für F.W. wohl vorerst einmalig bleiben wird. So wurde der Einstellungsantrag des Rechtsanwalts Bendler — begründet damit, daß der Eröffnungsbeschluß des Prozesses unhaltbar gewesen sei, weil den Angeklagten kein rechtliches Gehör gewährt worden war — mit der Begründung verworfen: *„Da jedem tätigen Strafrichter die Bedeutung und Wirkung des Eröffnungsbeschlusses bekannt sind, ist grundsätzlich davon auszugehen, daß ein Richter beim Erlaß eines derartigen Beschlusses die erforderlichen ... Prüfungen pflichtgemäß vornimmt"* (zit. in: „RF" Nr. 20, S.6). Damit wird das Verhalten der Richter und Verfolgungsbehördern praktisch jeder wirklichen Nachprüfung entzogen.

Wie schwer die Verteidigung in diesem Prozeß gemacht wird, zeigt auch die Abweisung eines Befangenheitsantrages, der sich darauf stützte, daß dieselbe Strafkammer, die über die Antiimperialisten zu Gericht sitzt, am 3. Mai die Beschlagnahme des „KPD"-Plakats „Denkt an Prag" angeordnet hatte. Dieser Antrag wurde als unzulässig abgewiesen, weil er nur der Prozeßverschleppung diene (wer wohl den Prozeß verschleppt hat?!!).

Die weiteren Anträge der Angeklagten, die eine Einstellung des Verfahrens forderten, weil sie nur ihren Protest gegen den Völkermord in Vietnam hätten ausdrücken wollen und die wahren Angeklagten die Verantwortlichen dieses Aggressionskrieges sein müßten, lehnte der Staatsanwalt mit den Worten ab: „Gewalt in einem Teil der Welt (rechtfertigt) keine Gewalt in einem Rechtsstaat".

Solidarität tut not!

Inzwischen hat die Landes-Asien-Konferenz Baden-Württemberg *„unbeachtet des Urteils ihrer einzelnen Mitglieder über die Rathausbesetzung"* sich mit den Angeklagten solidarisch erklärt und die Einstellung der Verfahren gefordert. Ähnliche Solidaritätserklärungen ausländischer Einzelpersonen und Gruppierungen druckte die „KPD" in der „RF" vom 17.5.78 ab. Schädlich kann es aber nur sein, wenn die Angeklagten (vorwiegend „Freunde" der „KPD") auch in diesem Prozeß ihre Sozialimperialismus-Thesen zum Gradmesser für eine Solidarität machen: *„Wer die Parallele zwischen 1938* (Hitlers Einmarsch in die CSSR — Anm. d. Red.) *und 1968* (Prager Frühling) *leugnet, zeigt, daß er prinzipiell gegen den Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit ist"* (zit. in: „RF" Nr. 20, S. 6), so verharmlosen sie nicht nur die Greueltaten des deutschen Faschismus, sondern weisen auch eine antifaschistische Solidaritätsbewegung ab.

Besucht die weiteren Prozesse: 29. Mai, 1. u. 2. Juni, jeweils 9 Uhr, Bonn, Landgericht, Zimmer 36.

Initiativkomitee Arbeiterhilfe

Hungerstreik in der JVA Werl

Lothar Gend, Heinrich Jansen und P.P. Zahl verlangen „normale" Haftbedingungen

Am 22. Mai sind die drei Gefangenen in einen Hungerstreik getreten. P.P. Zahl erläuterte in einem Brief an die neue Justizministerin von Nordrhein-Westfalen, Frau Donnepp, die Gründe und Forderungen.

In dem Brief fordern die Gefangenen unter anderem:

„.... der Verfassung, den Menschenrechten und dem - unzulänglichen - Strafvollzugsgesetz in Werl Geltung zu verschaffen; ...

die obrigkeitsstaatliche Zensur abzuschaffen und uns a l l e Druckschriften lesen zu lassen, die auch „draußen" von Verfassung und Pressegesetzen frei erhältlich und zugelassen sind; ...

die Schlußakte von Helsinki auch bei politischen Gefangenen in Ihrem Bundesland in die Praxis umzusetzen - in einem Wort: für einen Strafvollzug für rechtskräftig Verurteilte, in dem - Jahre nach der Verurteilung! - der sogenannte Staatsschutz endlich in seine Schranken gewiesen wird;

in dem wir die gleichen Rechte und Pflichten wie alle Gefangenen, eine ausreichende Haftraumausstattung, Gesundheitsfürsorge, Fortbildungsmöglichkeiten haben; in dem nicht jede Woche unsere Zelle verwüstet und wir nackt ausgezogen werden; in dem die Besuche unter „normalen" Sicherheitsvorkehrungen" stattfinden, nicht unter den Ohren und Tonbändern von Geheimpolizisten; in dem wir an Sport- und Freizeitgruppen teilnehmen können;"

Die Forderungen entstammen einem „Offenen Brief" vom 4.5.78 - „Charta '78" - . Er kann bei der Initiativgruppe Peter-Paul Zahl bezogen werden: c/o Verlag Neue Kritik, Myliusstr. 58 in 6 Frankfurt 1.

Die Initiativgruppe schreibt unter anderem in einem Aufruf dazu: *„Jeder Hungerstreik bedeutet eine akute Lebensgefahr. Die Versuche seiner Angehörigen, Freunde und Anwälte, ihn davon abzuhalten, müssen zwangsläufig scheitern, wenn es nicht gelingt, ihm zu helfen. Deshalb appellieren wir zum wiederholten Mal an die zuständigen Organe der Justiz und des Strafvollzugs: Beenden Sie die Schikanen gegen Peter-Paul Zahl! Gewähren Sie ihm Haftbedingungen, auf die er Anspruch hat und die es ihm ermöglichen, seiner Tätigkeit als Schriftsteller in der Haftanstalt nachzugehen;*

so wie es der Verband Deutscher Schriftsteller, das PEN-Zentrum der Bundesrepublik sowie zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen und kulturellen Lebens in Resolutionen und Petitionen seit Jahren gefordert haben."

Initiativkomitee Arbeiterhilfe Hamburg



SPD-„Reform": Berufsverbote ohne Radikalenerlaß

Nach den „kritischen" Bemerkungen Willi Brandts und einiger anderer SPD-Führer zur gegenwärtigen Berufsverbotspraxis speziell in den CDU und CSU-regierten Bundesländern hat sich nun auch der „Spiegel" — Hofpresse der Bundesregierung — in seiner letzten Nummer (Nr. 21) zu Wort gemeldet.

Darin wird die Handhabung der Berufsverbote in den SPD-regierten Bundesländern untersucht, wobei der „Spiegel" zu der für ihn erstaunlichen, aber eben den Tatsachen entsprechenden Feststellung gelangt, daß die Berufsverbote in SPD-regierten Bundesländern genauso rigoros gehandhabt werden wie in den CDU/CSU-regierten. U.a. **wird erwähnt, daß in Westberlin im letzten Jahr doppelt so viel Anwärter für den Staatsdienst abgelehnt worden sind wie in Bayern!**

wie in Bayern!

Und auch in Hessen und Nordrhein-Westfalen lägen die Zahlen der abgelehnten Bewerber keineswegs niedriger als in Bayern oder Baden-Würtemberg.

Allein in NRW wurden im letzten Jahr über mehr als 50.000 Personen „Auskünfte" beim Verfassungsschutz eingeholt. **Bemerkenswert dabei ist, daß Beamte im Düsseldorfer Kultus- und Innenministerium „nach Aussprache" entschieden haben, künftig den Bewerbern nicht mehr die vom Verfassungsschutz gesammelten „Erkenntnisse" schriftlich mitzuteilen.**

Offensichtlich eine Maßnahme, die den Betroffenen jegliche Möglichkeit der Gegenwehr, sei es durch Veröffentlichung oder durch juristische Schritte, erschweren oder sogar unmöglich machen soll.

Auch die sich ständig verschärfende Berufsverbotspraxis bei Bahn und Post kommt in dem Artikel zur Sprache. Nachdem damit der „Kritik" genüge geleistet worden ist, erfolgt nun, was wäre anderes vom „Spiegel" zu erwarten, die Entlastung der für diese Berufsverbotspraxis verantwortlichen SPD-Führer: Herbert Wehner sei schon immer dagegen gewesen, und auch Willi Brandt und die anderen hätten inzwischen eingesehen, daß es so nicht weitergehe, daß der Radikalenerlaß *„auf den Müllhaufen"* gehöre. Aber: *„Auf dem Müllhaufen ist er schon lange. Nur die Kerle in der Verwaltung halten sich nicht daran"* (Rudi Arndt). So einfach ist das also.

Unbestreitbar ist wohl, daß es eine „Eigendynamik" der Bürokratie gibt, in der sich reaktionäre und „übereifrige" Bürokraten hervortun, die in j e d e r kritischen Äußerung schon eine Staatsgefährdung sehen, sollte sie auch noch fest im Schoße dieser Gesellschaftsordnung verankert sein. Jedoch können sich diese nur in einem politischen Klima entwickeln, das von der allgemeinen Hatz auf alle Linken und alle Systemkritiker geprägt ist. Und von der Erzeugung dieses Klimas kann sich die SPD nicht freisprechen.

Ganz im Gegenteil. Mit der Parole der „wehrhaften" Demokratie hat insbesondere die SPD dieses Klima erzeugt und angeheizt und damit der Denunziation und Verfolgung Tür und Tor geöffnet. Nicht vergessen ist auch, daß unter der SPD-Regierung die Gelder für die Verfassungs „schutz"ämter rapide in die Höhe schnellten.

Der „Spiegel" ist natürlich weit davon entfernt, die Forderung nach Einstellung der Berufsverbotspraxis zu unterstützen. Wieder einmal soll es lediglich um eine bessere „rechtsstaatliche" Absicherung und scheinbare Beschränkung gehen.

„Wie das Ausufern der Schnüffelei eingedämmt werden kann, hat die Bremer SPD und ihr Bürgermeister Koschnick der Partei vorgemacht."

Propaganda für das Bremer Berufsverbotemodell also, das von den SPD Führern neuerdings als das Musterbeispiel einer „liberalen und rechtsstaatlichen" Handhabung der Berufsverbote gepriesen wird. Nach diesem „Bremer Modell" werden angeblich *„Regelanfragen beim Verfassungsschutz nur noch für Richter, Staatsanwälte, Polizei- und Strafvollzugsbedienstete und solche Personen gestellt, die eine ‚besondere Vertrauensstellung' erhalten sollen;*

Erkenntnisse über Lehrer, Erzieher und Sozialarbeiter (werden) beim Verfassungsschutz nur dann abgefragt,, wenn sie keine Vorbereitungs- oder keine Praktikantenzeit im bremischen öffentlichen Dienst abgeleistet haben;

Aktivitäten, die in die Studien- oder Ausbildungszeit eines Bewerbers fallen, (werden) nicht mehr berücksichtigt, wenn sie mehr als drei Jahre zurückliegen."

zurückliegen."

An der Gesinnungsschnüffelei ändert sich durch dieses Verfahren natürlich überhaupt gar nichts. Der Verfassungsschutz wird weiterhin ungehindert „Erkenntnisse" sammeln und wird diese auch wie bisher auf dem Wege der „Amtshilfe" an die zuständigen Einstellungsbehörden weiterleiten.

Daß dies alles andere als das Ende der politischen Bespitzelung und Überwachung bedeutet, zeigt die Tatsache, daß über alle nicht aus Bremen kommenden Bewerber weiterhin die VS-Akten angefordert werden. Bei den Bewerbern aus Bremen gilt die Vorbereitungs- oder Praktikantenzeit als Zeit der „Bewährung", in der sie natürlich besonders intensiv unter die Lupe genommen werden. Wer in dieser Zeit politisch für bestimmte, den Herrschenden mißliebige Organisationen aktiv wird, muß weiterhin auch in Bremen mit dem Berufsverbot rechnen, wie aktuelle Bremer Fälle beweisen (so läuft z.B. zur Zeit ein Berufsverbotsverfahren gegen den Bremerhavener Lehrer Frank B., der auch Mitglied des GEW-Kreisvorstands ist, wegen DKP-Mitgliedschaft).

Somit wird nach dem „Bremer Modell" lediglich die Aufgabe der politischen Überwachung (teilweise) an die Vorgesetzten und Mitarbeiter weitergegeben.

Alles in allem bedeutet diese sozialdemokratische Reform also: die „Aufgaben" des Verfassungs„schutzes" werden nicht eingeschränkt; die Aufgaben der politischen Überwachung werden auf Vorgesetzte und Mitarbeiter a u s g e d e h n t ; die „Verfassungstreue" wird weiterhin an der Gesinnung gemessen; und damit bleibt die Praxis der Berufsverbote in gleich scharfer Form bestehen.

Daß die SPD jedoch dieses erneute Betrugsmanöver unternimmt, wobei sie sogar noch den Anschein zu erwecken versucht, als gehe es um eine „Lockerung" oder gar „Aufgabe" des Radikalenerlasses, macht deutlich, daß sie diese Verfolgungspraxis bisher in der Bevölkerung n i c h t verankern konnte. Sie reagiert damit insbesondere auf die sich in der vergangenen Zeit verstärkenden Proteste, wie sie sich vor allem im Russell-Tribunal geäußert haben.

Auch macht dies deutlich, daß sich die SPD einer demokratischen Gegenoffensive gegenübersieht, gegenüber der sie nicht gänzlich an Einfluß verlieren will.

Das eröffnet der demokratischen Bewegung die Chance, j e t z t nachzustoßen, um die g a n z e antidemokratische Politik der SPD einer radikalen Kritik zu unterziehen. Damit könnte eine politische Klimaveränderung herbeigeführt werden, in dem es auch möglich ist, ein Stück Berufsverbot zu Fall zu bringen.

Berufsverbotekommission KB/Gruppe Hamburg

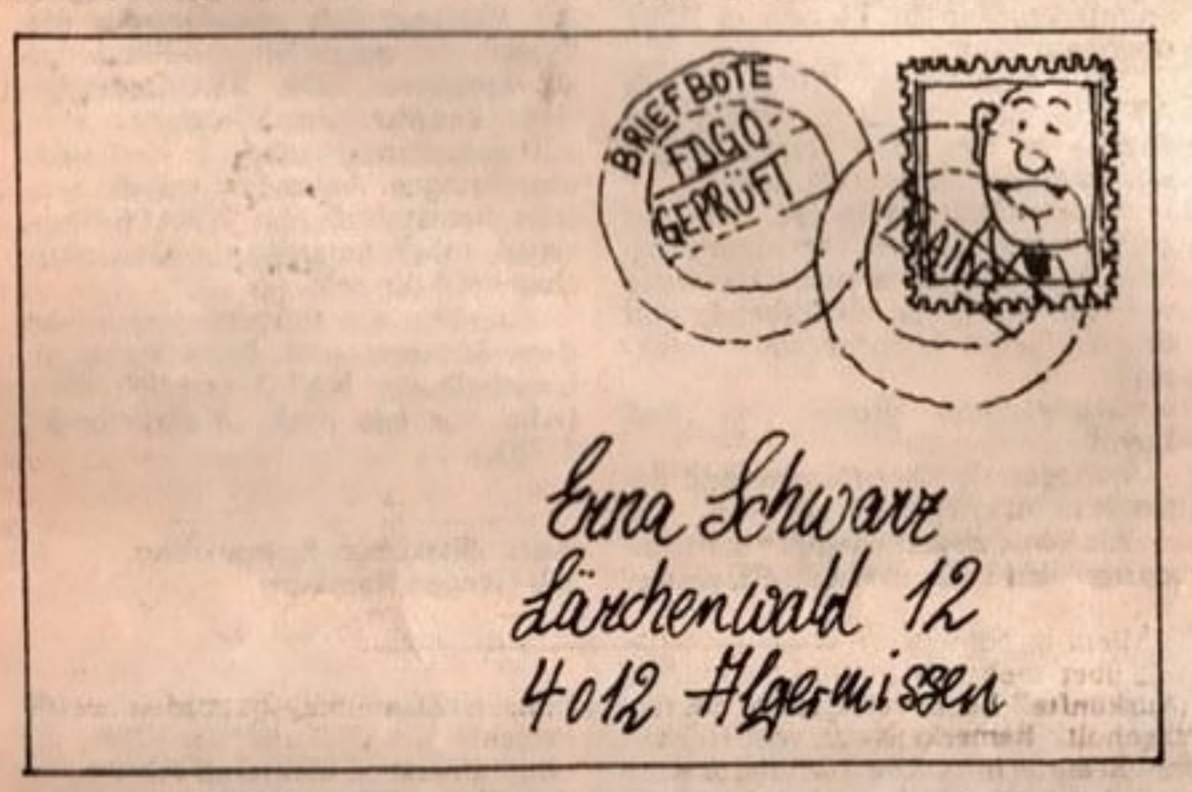
Gscheidle und „Bild" fordern:

„Keine Kommunisten bei Bahn und Post"

Unter der Überschrift „Disziplinarverfahren gegen Gscheidle?" behauptete die „Bild"-Zeitung kürzlich, der Bundesdisziplinaranwalt Hans Rudolf Claussen habe dem Bundesverkehrs- und Postminister Kurt Gscheidle bei einem Gespräch *„strafrechtliche Maßnahmen"* angedroht, weil dieser nichts gegen aktive Kommunisten bei Bahn und Post unternähme. Dieser Vorgang ist schon einigermaßen erstaunlich, sind doch gerade in diesem Bereich in den letzten Monaten mehrere Berufsverboteverfahren eingeleitet worden.

Offensichtlicht ist dies „Bild"-Zeitung und Claussen immer noch nicht genug. Das Ministerium teilte zu dem Gespräch zwischen Claussen und Gscheidle jedenfalls mit, daß der Disziplinaranwalt *„seine rechtliche Position betont* (habe), *die es ihm ermögliche, einen Antrag auf Einleitung von förmlichen Disziplinarverfahren gegen Beamte, die Mitglieder der DKP seien, zu stellen."* Gscheidle dagegen habe *„neben der rechtlichen Würdigung insbesondere die politische Wertung der Frage in den Vordergrund gestellt"* („FR", 13.5.78). Das soll wohl heißen, daß es Gscheidle angesichts der gegenwärtigen Kritik an der Berufsverbotepraxis nicht angebracht erscheint, eine noch weitergehende Verschärfung vorzunehmen. Aber erfahrungsgemäß läßt sich ein sozialdemokratischer Minister nicht lange vorwerfen, er verfolge die „Radikalen" nicht scharf genug. Und so wird denn auch Gscheidle *„die erforderlichen Maßnahmen"* gegen Beamte bei Bahn und Post einleiten, die aktive Mitglieder der DKP sind. Unter „erforderlichen Maßnahmen" wird verstanden, daß die betroffenen aktiven DKP-Mitglieder in einem Gespräch aufgefordert werden sollen, von ihren Aktivitäten „abzulassen". Geschieht dies nicht, sollen rechtliche Schritte eingeleitet werden. Mit einer weiteren Verschärfung ist demnach zu rechnen. **Daß dies n u r aufgrund des Drucks der offenen Reaktion erfolgt ist, vermag aber wohl nur derjenige zu behaupten, der immer noch an „Irrtümer" und Märchen glaubt. Zumal wohl keine Partei in den vergangenen Jahren mehr als die SPD bewiesen hat, wie gerne sie sich nach rechts „drängen" läßt.**

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg



Berufsverbot wegen Zahl-Gedicht?

Die Dortmunder Lehrerin Marion E. ist zu einer Anhörung geladen worden, weil sie im Deutschunterricht zusammen mit Gedichten anderer Autoren auch ein Liebesgedicht von Peter Paul Zahl interpretieren ließ. Außerdem sei von ihr das Thema „Faschismus" zu häufig im Unterricht behandelt worden.

Die Vorgeschichte dieser Anhörung war, daß sich die Schüler von Frau E. nach der Behandlung des Gedichtes entschlossen hatten, an Peter Paul Zahl zu schreiben. Dieser hat den Brief allerdings nie erhalten. Stattdessen wurde er vom Verfassungsschutz einkassiert und an die vorgesetzte Behörde von Frau E. weitergeleitet. Bei der anschließenden „Überprüfung" des Unterrichts von Frau E. „stieß" man dann darauf, daß sie (welch ein Verbrechen in diesem Staat) eine Unterrichtseinheit zum Thema Faschismus in ihrer Klasse durchgeführt hat. Zwar ist bisher noch keine Entscheidung darüber gefallen, ob gegen Frau E. ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird, jedoch zeigt der Vorgang auch so schon deutlich genug, wie hierzulande mit demokratischen und antifaschistischen Lehrern verfahren wird. Darüberhinaus wirft dieser „Fall" ein bezeichnendes Licht auf die scheinheiligen Beteuerungen aller bürgerlichen Parteien, die Verbrechen des Faschismus verstärkt in den Schulen zu behandeln. Nach wie vor soll in den Schulen gelten: auf die Zeit des Faschismus und die Aktivitäten der Neonazis darf nur eingegangen werden, um gegen die Linke vorzugehen. Und während die Handlanger des Faschismus, wie Ex-Nazi-Richter Filbinger, ihre Hände in Unschuld waschen, werden Widerstandskämpfer wie die Kommunisten als die Ursache für die faschistische Diktatur diffamiert. Die Geschichte wird auf den Kopf gestellt, um Leute wie Filbinger die Macht zu sichern.

Berufsverbotekommission
KB Gruppe Hamburg

Berufsverbotemeldungen

Konstanz. Die baden-württembergische Landesregierung hat das geplante Berufsverbot gegen das Konstanzer SHB- und SPD-Mitglied Gudrun S. zurückgezogen, nicht ohne zu erklären, daß sie den SHB trotzdem für verfassungsfeindlich hält.

Hamburg. Der Hamburger Haupt- und Realschullehrer Heiner A. ist auf Beschluß der Senatskommission auf Lebenszeit verbeamtet worden. Gegen A. lief seit einiger Zeit ein Berufsverbotsverfahren wegen seiner DKP-Mitgliedschaft. Dieses Verfahren hatte einiges Aufsehen erregt, weil Heiner A's Eltern schon von den Nazis verfolgt worden waren (ein ähnlicher Fall wie bei Silvia Gingold).

Braunschweig. Das Braunschweiger Arbeitsgericht hat die Entlassung des Bundeswehrkochs Norbert S. für rechtswidrig erklärt. S. war vor einigen Monaten wegen seiner Mitgliedschaft in der SDAJ fristlos von der Bundeswehr entlassen worden. Zur Begründung heißt es, er habe eine „anders geartete Gesinnung".

Köln. Das Verwaltungsgericht Köln hat das Kölner Regierungspräsidium dazu verurteilt, aus der Personalakte eines Studienrats z.A. *„die im Zusammenhang mit der Überprüfung der Verfassungstreue angefallenen Vorgänge"* zu entfernen, weil deren weitere Speicherung *„unverhältnismäßig und damit rechtswidrig"* sei.

In der Personalakte waren Verfassungsschutz„erkenntnisse" über eine Mitgliedschaft des Betroffenen im SDS (1969) und das Mitführen einer roten Fahne bei Rückreise aus der DDR in der Zeit, sowie eine angebliche Mitgliedschaft in der „Aktion demokratischer Fortschritt" (ADF) und der DKP (ab 1970) festgehalten worden.

Die erste Gruppe von „Erkenntnissen" wertete das Gericht als „relativ belanglos", bei der zweiten Gruppe erklärte es, man könne *„wegen der durch zeitlich weit zurückliegenden Fall- bedingten schwierigen Beweissituation"* die Erklärung des Klägers nicht widerlegen, er sei zu keiner Zeit ADF- oder DKP-Mitglied gewesen.



Militarismus Antimilitarismus

SALT 2 vor dem Abschluß —

Entspannungspolitik auf dem Vormarsch?

Die Verhandlung zwischen den USA und der SU um eine „Begrenzung" der strategischen Waffen im nuklearen Bereich stehen kurz vor dem Abschluß eines zweiten Abkommens (SALT 2). Beide Seiten drängen zur Zeit auf einen raschen Abschluß. Gelänge dies nicht, wäre auch das 1972 unterzeichnete SALT 1-Abkommen sowie das 1974 vereinbarte Folge-„Abkommen von Wladiwostok", die im Oktober 1977 ausliefen und auf dessen Einhaltung bis zum Abschluß von SALT 2 sich beide Seiten geeinigt haben, gefährdet.

Zugleich wird auch eine „Belebung" der Gespräche um eine Truppenreduzierung in Europa (MBFR) verkündet. Diese Verhandlungen, die mehr noch als SALT bisher von totaler Erfolglosigkeit gezeichnet waren, werden angeblich (die Verhandlungen sind geheim) durch neue Vorschläge beider Seiten „intensiviert".

Für beide Gesprächsrunden versprach auch der jüngste Breschnew-Besuch in der BRD „neue Hoffnungen". Wohl wesentlichster „Erfolg" dabei war, daß für die Zukunft von Seiten der SU die Bereitschaft angekündigt wurde, auch die sogenannte „graue Zone" der Atomwaffenarsenale zum Gegenstand von „Abrüstungs"verhandlungen zu machen. Die „graue Zone" der Atomwaffen umfaßt die in Europa stationierten nuklearen Systeme, meist mittlerer Reichweite, die bisher weder auf dem SALT- noch auf dem MBFR-Verhandlungstisch lagen.

SIPRI zieht Bilanz

Eine Bilanz, die Aufschluß über die bisherigen „Erfolge" der „Entspannungs"politik gibt, veröffentlichte vor kurzem das Stockholmer Internationale Friedensforschungsinstitut (SIPRI) in einem Jahrbuch. Es schätzt, daß die Sprengkraft der Atomwaffen in den Arsenalen der Nuklearmächte auf der Erde auf 20 Milliarden Tonnen herkömmlichen Sprengstoffs angestiegen ist. Dies entspreche einer Million Atombomben des Hiroshima-Typs und reiche somit aus, um die **„meisten Städte der nördlichen Halbkugel und den größten Teil ihrer Einwohner sofort zu vernichten, die Bevölkerung auf dem Lande atomar zu verseuchen und viele Millionen Menschen auch in anderen Teilen der Welt zu töten"** (FR, 28.4.78).

Zu dem wichtigsten Waffensystem, das zur Zeit von den amerikanischen Imperialisten produziert, weiterentwickelt und als „Revolution" gefeiert wird, dem „Marschflugkörper" Cruise Missile (CM), erklärt SIPRI, daß die meisten Industrieländer und einige Staaten der dritten Welt technisch in der Lage seien, diese Waffensysteme herzustellen; SIPRI stellt weiter dazu fest, es könne sich als eine der *„folgenreichsten militärtechnischen Entwicklungen aller Zeiten erweisen"*, wenn Cruise Missiles weiterverbreitet werden.

Schon die oben genannten SIPRI-Zahlen lassen nur einen Schluß zu: **Die angeblichen „Abrüstungs"verhandlungen und entsprechenden Abkommen (SALT) sind gleichzusetzen mit einem steigenden atomaren Vernichtungspotential. Daß diese „Abrüstungs"verhandlungen geradezu als eine V o r a u s e t z u n g, als Tarnhülle, für das ungehemmte Wettrüsten gelten müssen,** sollen die folgenden Betrachtungen des SALT 1-Abkommens des „Abkommens von Wladiwostok" sowie des voraussichtlichen SALT 2-Abkommens verdeutlichen.

Das SALT - 1 - Abkommen

1972 wurde zwischen der USA und der SU das SALT 1-Abkommen unterzeichnet. Es sah zum einen die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme auf insgesamt je 200 vor. Da zu jenem Zeitpunkt sowohl die USA als auch die SU ohnehin schon bestrebt waren, den Schwerpunkt ihrer Rüstung auf Offensivwaffen zu verlagern, erzielte man hier eine Einigung, die sogar zur Demontage einiger Abwehrsysteme führte. Hemmend für das Wettrüsten war dieser Teil von SALT 1 zu keiner Zeit, denn die Offensivkraft wurde erhöht. Das wird durch die Entwicklung des zweiten Teils des SALT-Abkommens deutlich:

Dieser zweite Teil sah die Begrenzung der atombestückten Interkontinentalraketen mit einer Reichweite von über 2400 km vor. Der SU wurden insgesamt 2358, der USA 1710 dieser strategischen Raketen zugestanden. Die Ungleichheit der Zahlen ergab sich wesentlich aus der höheren Qualität der US-Raketen, und daraus, daß die strategische Bomber-Flotte (B 52) der USA nicht in die Zahlen einbezogen war. Es kostete damals beiden Seiten nur ein Lächeln, sich auf eine Höchstzahl von R a k e t e n festzulegen, denn sie hatten den Schwerpunkt der Entwicklung schon seit längerem auf die q u a l i t a t i v e Verbesserung der Systeme (Zielgenauigkeit, Geschwindigkeit, Schubkraft, Erhöhung der Spengkraft, etc.) sowie auf die Entwicklung von M e h r f a c h s p r e n g k ö p f e n (MIRV) gelegt. Heute ist in den USA die Entwicklung von MIRV schon soweit gediehen, daß eine Rakete bis zu 14 Einzelsprengköpfen in 14 verschiedene Ziele bringen kann!

So konnten die „Entspanner" bei gleichbleibender Zahl der strategischen Raketen die Zahl der von den Sprengköpfen zu ereichenden Z i e l e vervielfachen, und Sprengkraft, Zielgenauigkeit usw. ebenso „verbessern".

Die USA konnten in der Zeit nach SALT 1 nicht nur ihren technischen Vorsprung in der Entwicklung der MIRV-Systeme ausbauen, sondern sogar noch die Cruise Missile entwickeln. Dieser „kleine", die Radarsysteme unterfliegende bis auf 10 m zielgenaue, bis zu 4000 km weit fliegende und hochmobile, von allen nur erdenkbaren Plattformen abzuschiessende Flugkörper, kann sowohl im strategischen als auch im taktischen Bereich eingesetzt werden. Er kann nach Belieben atomar oder konventionell bestückt werden.

Daß diese Entwicklung sich nicht erst aus dem SALT-1-Abkommen ergeben hat (quasi notgedrungen), ergibt sich aus den Zeiträumen, in denen militärische Projekte abgewickelt werden. „Vom Reißbrett bis zum

Fortsetzung auf Seite 34



Zerstörtes Hiroshima 1945..SIPRI schätzt die auf der Erde vorhandene atomare Sprengkraft auf eine Million mal Hiroshima !

Fortsetzung von Seite 33

Fließband" dauert es im militärischen Bereich selten unter zehn Jahren!

Diese Tatsachen zu kaschieren, bemühten sich beide Seiten schon 1974 in Wladiwostok, als sie ein Folgeabkommen für SALT unterzeichneten, das der zwischenzeitlichen Entwicklung gerecht werden sollte.

Das Abkommen von Wladiwostok

Parität der strategischen Atomwaffen hieß es nun. Die Zahl dieser Waffen wurde für beide Seiten auf höchstens 2400 „begrenzt". Da SALT-1 für die SU 2358 vorsah, für die USA 1710 (ohne B 52), erlaubte dieses Abkommen also sogar noch eine S t e i g e r u n g ! (Auf Seiten der





Die Interkontinental- und U-Boot-Raketen der ersten Generation (USA: Titan, Minuteman I und II, Polaris; UdSSR: SS-7, SS-N-6), mit relativ geringer Zielgenauigkeit (Abweichungen bis zu fünf Kilometer vom idealen Zielpunkt) sind zumeist mit einem Sprengkopf großer Wirkung (zwischen einer und 25 Megatonnen) ausgerüstet.

Die Raketen der zweiten Generation (USA: Minuteman III, Poseidon; UdSSR: SS-18, SS-19) sind überwiegend mit Mirv-Sprengköpfen ausgerüstet. Jede „Nutzlast"-Stufe enthält zwischen drei und zehn Sprengköpfe, die nacheinander von dem „Bus" ausgestoßen werden und die verschiedenen Ziele auf ballistischer Bahn erreichen.

Bei Raketen mit Mehrfachsprengköpfen vom Typ Marv sollen die von dem „Bus" ausgestoßenen Sprengköpfe in der Anflugphase – um feindlichen Anti-Raketen-Raketen auszuweichen – im Zickzack-Kurs ihre Ziele ansteuern können. In den achtziger Jahren sollen Interkontinental- und U-Boot-Raketen auf diese neuen Sprengköpfe umgerüstet werden.

DER SPIEGEL

USA wurde seitdem auch die strategische Bomberflotte, B 52, dazugezählt).

Neu gegenüber SALT-1 war, daß durch das Wladiwostok-Abkommen eine Höchstgrenze für strategische Waffen mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV) gesetzt wurde. Von den 2400 insgesamt erlaubten Waffen durften von nun an 1320 mit MIRV ausgerüstet werden. Das „Abrüstungs"-Abkommen von Wladiwostok sah also eine Steigerung in der Gesamtzahl vor und erlaubte die Ausrüstung mit MIRV. Daß es beiden Seiten nie darum ging, diese Höchstzahlen zu überschreiten, wird heute wohl kaum jemand ernsthaft bestreiten wollen.

überschreiten, wird heute wohl kaum jemand ernsthaft bestreiten wollen.

Im Gegenteil, beide Seiten sind bis heute weit unter der veranschlagten Höchstgrenze geblieben.

Die USA verfügten 1977 über 2160 strategische Waffen, davon 1260 MIRV. Der Spielraum von 240 Systemen wurde zwar für die Produktion von Cruise Missiles genutzt, ist aber nicht ausgeschöpft worden. Die Zahl der Atomsprengköpfe, die die 2160 strategischen Waffen ins Ziel bringen können, vervielfachte sich schon bis 1977 durch die MIRV-Systeme auf 12784!

Zum gleichen Zeitpunkt verfügte die SU zwar über insgesamt mehr strategische Waffen, nämlich 2358; da jedoch ihre MIRV-Systeme noch nicht ausgereift waren, hat sie „nur" etwa ein Fünftel der Anzahl von US-Atomsprengköpfen.

(Zahlen und Angaben zu SALT-1 und zum Abkommen von Wladiwostok nach: „Europäische Wehrkunde", 2/77).

SALT - 2 vor Problemen

Aus dieser Entwicklung werden zwei Schwierigkeiten deutlich, die die SALT-2-Verhandlungen bestimmen. Die waffentechnische Entwicklung läßt zunehmend die Grenzen zwischen strategischen und taktischen, aber auch zwischen atomaren und konventionellen Waffen und Waffensystemen verschwinden. Da dies in den USA und der SU sich jeweils sehr unterschiedlich entwikkelt, wird es schwierig, wenigstens einigermaßen glaubhafte Abkommen im Sinne der Parität (U-Boote gegen Raketen, Cruise Missile gegen den Bomber „Backfire", etc.) zustandezubringen.

Dieses erste Problem ergibt sich jedoch teilweise erst aus dem zweiten. Und das besteht in der Kunst, den „Abrüstungs"schwindel über einen längeren Zeitraum möglichst glaubhaft zu verkaufen. Diese Schwierigkeiten bestimmten bisher die Widersprüche zwischen der SU und den USA bei den Vorverhandlungen zu SALT-2.

SALT - 2 — Was bringt es?

Beide Seiten sprechen zwar schon davon, daß das SALT-2 - Abkommen in seinen wesentlichen Teilen (90%...)

davon, daß das SALT-2 - Abkommen in seinen wesentlichen Teilen (90%...)

„perfekt" sei, offizielle Darstellungen wurden bisher jedoch nicht veröffentlicht. Die inoffiziellen Darstellungen umreißen jedoch deutlich, in welchen Grenzen sich das zu unterzeichnende Abkommen bewegen soll:

1. Ein Sieben-Jahres-Vertrag über die „Begrenzung" strategischer Atomwaffen und Waffensystemen nach Stückzahl und MIRV-Systemen (das würde in der Form dem Abkommen von Wladiwostok entsprechen).
2. Ein sogenanntes „Protokoll", in dem über einen Zeitraum von nur zwei oder drei Jahren die Erprobung und der Einsatz mobiler Waffensysteme, der Cruise Missile sowie völlig neuer Waffensysteme „geregelt" werden soll.
3. Eine Absichtserklärung für SALT-3.

(Angaben nach „Welt", 8.5.78).

zu 1. Die Begrenzungsziffer für strategische Waffen war bisher strittig. Die USA verlangte eine Kürzung der Gesamtzahl of 2160, die SU auf 2250 (Wladiwostok sah für beide als Höchstgrenze 2400 vor). Der Anteil von Mehrfachsprengkopf-Systemen (MIRV) an der Gesamtzahl soll nach dem Willen der USA erhalten bleiben (Wladiwostok: 1320), nach dem Willen der SU auf 1250 reduziert werden. Dieser Unterschied in der Höhe der Forderungen ergibt sich aus dem technologischen Vorsprung der USA auf dem Gebiet der MIRV-Systeme.

Auf der Grundlage der v o r h a n d e n e n Waffen auf beiden Seiten möchten die USA den weiteren Ausbau ihrer MIRV-Systeme nicht beeinträchtigen, andererseits die Gesamtzahl zu Ungunsten der SU drücken (Zahlen nach „FAZ", 15.4.78).

Die USA setzt in diesem Zusammenhang auf verschiedene, noch strittige Projekte. Kriegsminister Brown propagiert zur Zeit auf ein System, das sich auf Großraumflugzeugen (Jumbos) und dessen Bestükkung mit Cruise Missiles mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV) aufbaut. Geplant ist die Bestellung von 120 Jumbos mit je 70 MIRV-Cruise Missiles! Ohne MIRV-Köpfe wären dies schon 8400 Atomsprengköpfe, mit MIRV ein vielfaches, um die sich

dies schon 8400 Atomsprengköpfe, mit MIRV ein vielfaches, um die sich

die Gesamtzahl der Atomsprengköpfe erhöhen würde.

Verschiedene Meldungen sprechen davon, daß die SU bereit sei, diese strategische Kombination nach folgendem Schema in die SALT-2-Höchst„begrenzung" für strategische Atomwaffen miteinzubeziehen: Ein Jumbo gegen drei B 52 Bomber („FAZ", 15.4.78).

Die gleiche Entwicklung auch in einem anderen Bereich: SALT-2 erlaubt den USA den Austausch von insgesamt zehn Polaris-U-Booten (mit je 16 Einzelsprengkopfraketen) gegen zehn U-boote der neuen Trident-Generation. Ein Trident U-Boot ist für je 24 „C4" Atomraketen eingerichtet. Eine „C4" beherbergt einen MIRV-Kopf mit 14 Einzelsprengköpfen! Somit bleibt die Gesamtzahl der U-Boote gleich, die Anzahl der Raketen steigt von 160 auf 240, **die Anzahl der von den Einzelsprengköpfen zu erreichenden Ziele steigt von 160 bisher um das 21fache auf 3360** („Spiegel", 24.4.78).

Hier können sich also beide Seiten nach Belieben bedienen und ihre strategischen Atomwaffenpotentiale unberührt von SALT-2 ausbauen.

Soweit zum ersten Punkt des Rahmenabkommens zum SALT-2-Vertrag.

Zu 2. Der zweite Teil des Abkommens soll in einem auf zwei oder drei Jahre begrenzten „Protokoll" bestehen, in das alles das gepackt worden ist, was man im ersten Punkt des Abkommens nicht unterbringen wollte. Allein die Laufzeit dieses Teils mit zwei oder drei Jahren zeigt, daß man sich auf tatsächliche Beschränkungen nicht einlassen will. Es geht dabei um Projekte der SU und der USA, die ohnehin erst in mehreren Jahren produktionsreif sind. Konkret angesprochen wurden neue Raketenentwicklungen auf beiden Seiten, sowie besonders Waffensysteme auf beiden Seiten, bei denen der Ort der Stationierung für die Einordnung als strategische oder taktische Waffe ausschlaggebend ist. Für diese Waffen soll das Protokoll *„Einsatz und Erprobung regeln"* („Welt", 25.4. und 8.5.78).

Die wesentliche Funktion, die dieses praktisch bedeutungslose „Protokoll" erhalten soll, ist eine Ausweitung des Verhandlungsstoffes der SALT-Runden.

Antimilitarismus-Kommission

AWACS — Aufklärungs- und Leitsystem zur „Vorwärtsverteidigung"

Innerhalb der Nato-Spitze stehen – ungeachtet aller Abrüstungsgespräche – wieder einmal umfangreiche Aufrüstungsmaßnahmen auf der Tagesordnung. Auf der Nato-Frühjahrstagung am 18. und 19.5. in Brüssel und dem folgenden Gipfeltreffen der Regierungschefs der Mitgliedsstaaten am 3o. und 31.5. in Washington geht es um folgende Themen: Erarbeitung eines langfristigen Aufrüstungsprogramms, Aufhebung des US-Waffenembargos gegenüber der Türkei und Verlagerung einer weiteren Nato-Brigade von Holland in die BRD. Diese Maßnahmen müssen als zügige Realisierung der sog. „Vorneverteidigung" verstanden werden. Besonders deutlich wird dies an dem AWACS-Projekt, deren Verwirklichung auf der Frühjahrstagung von den „Verteidigungs"ministern beschlossen wurde und demnächst von den Parlamenten der Mitgliedsstaaten abgesegnet werden soll:

AWACS steht für „Airborn Warning and Control System" und stellt das neueste fliegende Aufklärungs- und Leitsystem der Nato dar. Radarsystem und Datenverarbeitungsanlage sind in einer umgebauten Boing 727 installiert, die rund 11 Stunden ununterbrochen in 11 ooo m Höhe operieren kann.

Die militärische Aufgabe von AWACS, das vor allem entlang der Grenze zu den RGW-Staaten eingesetzt werden soll, besteht in der

– Radaraufklärung in die Tiefe des gegnerischen Raumes (bei einer Flughöhe von 11.ooo m eine Reichweite von 4oo km gegen tieffliegende und 8oo km gegen hochfliegende Objekte),
– Überwachung großer See- und Lufträume und als
– Leitzentrale für offensive und defensive Luftkriegseinsätze.

Als Bodenunabhängige Leitzentralen sind die AWACS-Flugzeuge geradezu ideal, um aus sicherer Entfernung Luftkriegseinsätze über „feindlichem" Gebiet zu steuern!

Darüberhinaus bekommt AWACS **bündnispolitische Bedeutung, da es die Nato-Länder zwingt, die bisher getrennt laufende Aufklärung und die damit zusammenhängende Lagebeurteilung gemeinsam vorzunehmen.**

Über die Einführung von AWACS gab und gibt es unter den Nato-Staaten einige Auseinandersetzungen, die sich vor allem an der Aufteilung der Kosten und der Auftragsvergabe festmachen: Mit 1,8 Mrd. Dollar für 18 Flugzeuge samt Bodenunterstützungssystem, Entwicklungskosten, Ersatzteilerstausstattung etc. ist es eines der teuersten Projekte der Militärgeschichte. Die jährlichen Betriebskosten werden noch einmal auf 1oo Mio. Dollar geschätzt. Und die BRD soll mit 55o Mio. Dollar immerhin knapp 3o % der Anschaffungskosten übernehmen. Über 8o % der für AWACS vergebenen Aufträge gehen an die US-Industrie, knapp 15 % an die BRD und den jämmerlichen Rest dürfen sich die „Partner" teilen... Während die übrigen Mitgliedstaaten sich dem Druck fügen, hat England sich entschlossen, das System auf eigene Nimrod-Flugzeuge zu montieren. Die BRD-Imperialisten konnten im Gegenzug ihre 120 mm Panzerkanone in den USA unterbringen. Außerdem soll die zentrale Einsatzbasis der AWACS-Flugzeuge möglicherweise in Geilenkirchen bei Köln sein.

Rundum ein Rüstungsprojekt, an dem Strategie und Kräfteverhältnis innerhalb der NATO deutlich wird. (Alle Angaben nach „Wehrtechnik" 5/78).

Antimilitarismus-Kommission KB-Gruppe Hamburg

20. Mai — Abrüstungsdemonstrationen



Hamburg

Am 20.5. demonstrierten in Hamburg 2500 bis 3000 Menschen unter der Hauptparole: *„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" „Das war der Schwur von Millionen"*, hieß es dazu im Aufruf zur Demonstration. *„Heute, 33 Jahre später, ist die Gefahr eines neuen Weltkrieges – weit vernichtender noch als der letzte! - größer denn je. Während die Anfang der 60er Jahre begonnenen Abrüstungsgespräche zwischen den Großmächten keinen Schritt vorangekommen sind, hat sich ein in der bisherigen Geschichte beispielloses Wettrüsten entwickelt".* Der Aufruf schließt mit den Parolen *„Stop dem Wettrüsten! Für e c h t e Abrüstungsschritte, insbesondere der Vernichtung aller Atomwaffen!"* Gleichzeitig richteten sich Aufruf und Demo gegen die Faschisten-Aufmärsche in der Stadt (siehe Antifa-Teil in diesem AK).

Getragen wurde diese Demonstration im wesentlichen von den Organisationen, die auch die Kampagnen der Zivildienstleistenden mit unterstützt hatten: Die SOdZDL Hamburg und Regionalkonferenz Nord, die Friedensinitiative 78, an der die Deutsche Friedensgesellschaft – Internationale der Kriegsdienstgegner, UN-Jugendclub, Internationale Jugendgemeinschaft, Gewaltfreie Aktion Hamburg, Mitglieder der DFG/VK und Friedenspolitische Gesellschaft ebenso wie eine Anti-AKW-BI und die Bürgerinitiative gegen die Neutronenbombe beteiligt sind. Zusätzlich hatten die BUU, die Judos und die ESG unterschrieben. Ein insgesamt breites Bündnis hat sich dort zusammengefunden, das gezeigt hat, daß große Abrüstungsdemonstrationen auch ohne Entspannungsillusionen auf die Beine gebracht werden können. Das Hamburger KOFAZ nahm den Aufruf selbst nur ärgerlich zur Kenntnis („Konkurrenzunternehmen" – dabei gab es in Hamburg keine Demonstration des KOFAZ). Die Jusos, die den zentralen Aufruf des KOFAZ unterschrieben hatten, mochten sich diesmal zu einer Beteiligung nicht entschließen.

***

Wie jedes Jahr fanden in 7 Städten der Bundesrepublik Demonstrationen „Für Frieden und Abrüstung" statt, dieses Mal unter der Hauptparole: *„Nein zur Neutronenbombe, beendet das Wettrüsten!"* Die Mobilisierungszahlen sind im Vergleich zum Vorjahr in etwa gleich geblieben. Die DKP-

Fortsetzung von Seite 35

Fortsetzung von Seite 34

Presse zählte im vergangenen Jahr 68.000 Teilnehmer (nach unserer Zählung waren es aber nur halb so viele).

In diesem Jahr gibt die Revi-Presse 38.000 Teilnehmer an, nach unseren Angaben kamen nicht mehr als 25.000 Menschen — hinzu kommen noch knapp 3.000 Teilnehmer an der Hamburger Demonstration, die freilich von der gesamten Revi-Presse totgeschwiegen wird. Außerdem zählt die Revi-Presse noch 32.000 Menschen, die außerhalb der Schwerpunktdemonstrationen an Aktionen beteiligt gewesen sein sollen

Trotz dieses sicher nicht weltbewegenden Ergebnisses kommt die „DVZ" zu der Einschätzung: „*Das Bündnis gegen die Rüstung wächst.*" Verschwiegen werden in der Revi-Presse selbstverständlich die politischen Auseinandersetzungen, die den Demonstrationen an einigen Orten vorausgegangen waren und die Verschiebung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Antikriegsbewegung.

Innerhalb der Jungsozialisten hatte sich die Auseinandersetzung nach den Repressionen gegen den Verband wegen der Beteiligung an den Demonstrationen im letzten Jahr verschärft. Neben der Position, sich aus Angst vor Parteiausschlußverfahren in diesem Jahr erst einmal nicht an den Aktionen zu beteiligen, sondern eine Strategiedebatte zu beginnen, wurden auch Standpunkte vertreten, die sich kritisch mit den bisherigen Inhalten des Kampfes um Frieden und Abrüstung auseinandersetzen. So heißt es etwa in einem Seminarpapier der Jungsozialisten: „*Trotz offizieller Entspannungspolitik und erster Vereinbarungen und Absichtserklärungen zur Abrüstung hält das Wettrüsten zwischen Warschauer Pakt und NATO unvermindert an* (...). *Obwohl laut Feststellung anerkannter Militärexperten seit Beginn der Entspannungspolitik zwischen beiden Militärblöcken insgesamt ein militärisches Gleichgewicht besteht, und das atomare Drohpotential auf beiden Seiten zur vielfachen Vernichtung der Erde ausreicht, wird nach wie vor versucht, den Gegner militärisch jeweils zu übertrumpfen*".

Auch bei den letzten Aktivitäten der Zivildienstleistenden hatte sich bereits gezeigt, daß Teile der Jusos nicht länger bereit sind, hinter der DKP und ihrer Unvereinbarkeitspolitik, ihrem Entspannungsschwindel usw. herzulaufen. Vor allem durch die Stärkung der SOdZDL (Selbstorganisation der Zivildienstleistenden) war hier ein Bündnis zustande gekommen, was sich nicht auf eine bestimmte politische (DKP)-Linie verpflichten ließ. Wenn auch die schwache Mobilisierung der Jusos zu den Abrüstungsde-
Wenn auch die schwache Mobilisierung der Jusos zu den Abrüstungsdemonstrationen einerseits deutlich macht, daß Einschüchterung und innerverbandliche Repression ihre Wirkung nicht verfehlt haben, so gibt es in diesem Jahr auch gegenläufige Tendenzen: nicht nur, daß einzelne Jusos den Mut aufbrachten, sich mit Plakaten wie:

„*Trotz Ausschlußdrohung — Jusos gegen die Neutronenbombe*" an den Demonstrationen zu beteiligen; erstmals gab es in diesem Jahr Ansätze einer Zusammenarbeit zwischen verschiedenen nicht-revisionistischen Kräften (Nürnberg und Hamburg). In beiden Städten hatten diese Bündnisse mit Aufrufen gegen den Entspannungsschwindel, für die Vernichtung aller Atomwaffen usw. zu Demonstrationen mobilisiert.

Neben den Anti-AKW-Initiativen und den SO-Gruppen, die sich in diesem Jahr erstmalig breiter in die Auseinandersetzung innerhalb der Anti-Kriegs-Bewegung eingemischt haben, spielten bei diesen Bündnissen die oppositionellen Kräfte innerhalb der DFG/VK natürlich eine wichtige Rolle: gestärkt durch die letzten Auseinandersetzungen um Fragen wie das Russell-Tribunal, das Verhältnis zur SO usw. waren Teile dieser Opposition bereit, ihre Meinung entgegen den Beschlüssen des Bundesvorstands öffentlich zu vertreten.

Angesichts dieser Veränderungen im politischen Kräfteverhältnis innerhalb der Bewegung liegt es in der Logik der Revisionisten, daß sie mit brutaler Gewalt gegen all das zu Felde zogen, was ihnen politisch nicht in den Kram paßte. Daß hiervon sogar ihre bisher engsten Bündnispartner betroffen waren, scheint sie nicht weiter zu stören. Wir haben der Darstellung der brutalen Schlägermethoden in den einzelnen Berichten vor allem deswegen breiten Raum gegeben, weil damit zu rechnen ist, daß sich diese Brutalität bei der weiteren Stärkung der fortschrittlichen Kräfte noch steigern wird — und hierauf sollten wir vorbereitet sein!!

Bonn

In Bonn beteiligten sich ca. 500 Menschen an der Demonstration, zu der verschiedene Professoren, Judos, verschiedene Fachschaftsräte und die Revi-Organisationen aufgerufen hatten. Die miserable Mobilisierung wird in der DKP-Presse mit den blumigen Worten umschrieben: „*Auch in der Bundeshauptstadt fand eine eindrucksvolle Demonstration ... statt*" („UZ", 22.5.).

Münster

In Münster demonstrierten 3.000 Menschen (Die DKP-Presse zählte 5.000!)

* * * * *

Aus *München* und *Wiesbaden* liegen uns keine eigenen Berichte vor; die DKP-Presse spricht einheitlich von rund 8.000 Teilnehmern in München und 10.000 in Wiesbaden.

Nürnberg

Unabhängig von den offiziellen Veranstaltern der Nürnberger Abrüstungsdemo hat die örtliche DFG/VK-Gruppe die Initiative für ein breites Bündnis ergriffen, das die Aktivitäten für Frieden und Abrüstung unterstützte, ohne sich auf Entspannungsillusionen festlegen zu lassen. An dem Bündnis beteiligten sich neben der DFG: Jusos/Nürnberg, Naturfreundejugend, SOdZDL Nürnberg und Fürth, Arbeitskreis Nürnberger Schülersprecher und Schüler (AKNS), die Falken/Mittelfranken, Bund für Geistesfreiheit/Nürnberg, BDP/BDJ, Nürnberger Anti-AKW-Initiative. Diese Gruppen gaben ein ausführliches Flugblatt gegen den Poker um die Neutronenbombe, Entspannungs-



Abrüstungsdemonstration in Nürnberg

schwindel, gegen alle Atomwaffen, gegen den Expansionsdrang des westdeutschen Kapitals, gegen Kriegsgefahr und Abbau demokratischer Rechte heraus und riefen zu einer Veranstaltung und zur Teilnahme an der Abrüstungsdemonstration auf. Zusätzlich veröffentlichte die Anti-AKW-BI einen Offenen Brief an die „Nürnberger Initiative für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit", in dem gegen die beschränkten Forderungen („*Kein Ersteinsatz von Atomwaffen*" u.ä.) protestiert und angekündigt wurde, daß sich die Nürnberger AKW-Gegner mit eigenen Transparenten an der Demonstration beteiligen wollten. Diese Aktivitäten lösten bei der DKP hektische Aktivitäten aus: Ganz genau paßten sie plötzlich auf, daß in ihren Veranstaltungen keine DFG/VK-Flugblätter verteilt wurden, ein — in Unkenntis der Entwicklungen — beim AStA der FHS eingeladener DFG-Vertreter wurde wieder ausgeladen, AKW-Gegnern wurden in der Kneipe Flugblätter abgenommen, die sie dort verteilen wollten usw. Auf der Veranstaltung des Bündnisses erschienen stadtbekannte DKP-Größen, was deutlich macht, wie ernst sie die ganze Sache nahmen. In der Diskussion drohten sie, alle ihnen nicht genehmen Transparente während der Demo rauszuholen. Ansonsten kamen die alten Sprüche: Wer gegen Entspannungsschwindel sei, würde StrauSS unterstützen und die Friedensbewegung spalten. Sie waren dermaßen „auf Linie", daß sie nicht einmal merkten, daß sie damit ihre sämtlichen, traditionellen Bündnispartner in Nürnberg zu ihren Hauptfeinden erklärten!

Die Ankündigung, daß die AKW-Gegner mit eigenen Parolen auf der Demonstration erscheinen würden, veranlaßte das „Nürnberger Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" sogar, dem Verantwortlichen der BI durch einen Kurier einen Brief zuzustellen, in dem mit unzweideutigen Tönen Schlägereien angekündigt werden: „*Es bleibt euch unbenommen, hier* (gemeint ist in der Einschätzung der „Abrüstungs"verhandlungen — Anm. AK) *ganz andere Auffassungen zu besitzen. Es bleibt Euch unbenommen, eigene Aktionen zu organisieren oder Euch an den Initiativen eingeschworener Entspannungsfeinde* (!!) *zu beteiligen.*

Wir erklären Euch unmißverständlich, daß wir es nicht zulassen, daß in unserem (!!) *Demonstrationszug Transparente getragen oder Schriften verteilt werden, die nicht nur im Widerspruch zu unseren gemeinsamen Grundüberzeugungen stehen, sondern sie verfälschen und diffamieren.*

Wir fordern Euch auf, dies zur Kenntnis zu nehmen, und gehen davon aus, daß Ihr noch nicht in einem Ausmaß von Konfrontationsdenken gegen die Friedenskräfte erfasst seid, daß Ihr (!!) *unter allen Umständen spektakuläre Auseinandersetzungen hervorrufen wollt*".

Noch entlarvender verhielten sich die Vertreter des „realen Sozialismus" auf der Demonstration selbst: Schon auf dem Abmarschplatz fingen sie an mit Rempeleien gegen linke Zeitungsverkäufer und besonders auch gegen Jusos und DFG/VK-Mitglieder, die das Flugblatt des oppositionellen Bündnisses verteilen wollten. Beim Abmarsch veranstalteten die „Ordner" ihren ersten „geordneten" Überfall: sie versuchten, ein Transparent der AKW-Gegner („*Schluß mit dem Entspannungsschwindel — für wirkliche Abrüstung*") mit brutaler Gewalt aus dem Zug zo holen. Dank der spontanen Solidarisierung vieler Teilnehmer gelang ihnen dies nicht, genausowenig bei den Übergriffen, die während der gesamten Demonstration immer wieder von den DKP-Schlägern gestartet wurden. Die oppositionellen Transparente überstanden alle Angriffe und waren auch noch der Abschlußkundgebung zu sehen. Dieser Verlauf der Auseinandersetzung steigerte die Wut der DKP-Schläger, sodaß sie immer wieder Ordnerketten aufstellten, Prügeleien provozierten, bei denen sogar Kinder verletzt wurden! Auf einzelne Fotografen wurde Jagd gemacht, weil sie die Prügelszenen aufgenommen hatten. Aber auch damit konnten sie den Niedergang ihres Einflusses nicht mehr kaschieren: ca. ein Drittel der rund 1.600 Demonstrationsteilnehmer lief unter oppositionellen Forderungen, der größte Block hinter der Parole der SO: „*Alle reden vom Frieden und rüsten für den Krieg — wir reden von Krieg und kämpfen für den Frieden*".

In den anschließenden Diskussionen wurde deutlich, daß die brutalen Schlägereien bis hinein in die Reihen der DKP kritisiert und scharf verurteilt wurden; die DFU sah sich aufgrund der Auseinandersetzungen veranlaßt, bei ihrem nächsten Stammtischgespräch über dieses Thema zu diskutieren, auf dem Einladungsschreiben wurde auf die üblichen Pöbeleien verzichtet. Innerhalb des oppositionellen Bündnisses wird im Augenblick über eine gemeinsame Stellungnahme gegen die Schlägereinsätze diskutiert.

Eine Kleinigkeit am Rande: ein Genosse des „Arbeiterbundes" hatte sich fürchterlich über den „offenen Brief" der AKW-Initiative aufgeregt: dies würde die Veranstaltung kaputtmachen! Dieses Anschleimen hat ihnen wieder mal nichts genutzt: die Zeitungsverkäufer des „Arbeiterbund" wurden genau wie alle anderen angegriffen.

* * * * *

Essen

An der Demonstration beteiligten sich ca. 1000 Menschen, im Vergleich zum Vorjahr, als es angeblich noch 10000 waren, ein schwaches Ergebnis! Die Revi-Presse versuchte dann auch, die Teilnehmerzahl auf 5000 hochzulügen, damit die Schlappe nicht ganz so offensichtlich wird.

Auch bei dieser Demonstration griffen die DKP-Schläger wieder kräftig zu; hier ein Bericht eines Augenzeugen: „*Der KBW nahm Aufstellung mit 2 großen Transparenten (,Für den bewaffneten Befreiungskampf in* der Hand gerissen, oder sie wurden mit „sanfter Gewalt" vom Platz gedrängt. Teilweise griffen auch Leute ohne Ordnerbinde kräftig mit zu. Während der Demonstration kam es dann zu unerhörten Szenen; hierzu schreibt ein Augenzeuge: „*So ging z.B. ein Ordner auf einen KBW-ler los und verbot ihm, die Dinger zu verteilen. Ich ging hin und verlangte von dem KBW-ler ein Flugblatt. Ich fragte, was denn los sei. Der Revi darauf: ,Diese Sau will den Scheiß da verteilen, und das kommt überhaupt nicht in Frage'. Ich sagte ihm, daß ich so ein Ding haben wolle und*


DKP-Ordner bilden eine Kette gegen den Block der AKW-Gegner

Zimbabwe') und ca. 10-15 Leuten. Als einer der KBW-ler anfing, über Megaphon eine Rede zu halten, versammelten sich sofort ca. 20-25 DKP-Ordner vor dem KBW und begannen damit, die Rede zu verhindern (Geschubse, Zwischenrufe, Hiebe). Zum geichen Zeitpunkt kreischte aus dem Lautsprecherwagen laute Musik. Den KBW-lern wurden im weiteren Verlauf sämtliche Zeitungen, Stellschilder und Transparente aus der Hand gerissen und zerstört...Nach Abzug der Demonstration blieb ein Schlachtfeld zurück, daneben die ,Friedenstauben' der DKP...

Das Schärfste kam jedoch noch: als ich nach der Demo zu meinem Wagen an der Uni zurückkehrte, war folgendes passiert: aus einem Reifen hatte man mir die Luft herausgelassen, der rechte Außenspiegel war mit Gewalt abgerissen worden und am Heck befanden sich 3 SDAJ-Aufkleber, einer über der Anti-AKW-Plakette!"

daß ich immer noch selbst entscheide, was ich lese und was nicht und daß ich keine Zensoren dafür brauche. Daraufhin pöbelte er fürchterlich auch gegen mich los, ließ aber dann ab.

Eine andere Sache, in die ich verwickelt war: eine KBW-lerin wurde von einem Ordner angesprochen: ,Wenn Du das hier verteilst, kriegst Du eine rein, das ist klar.' Ein anderer Ordner kam dazu, ihm wurde die „Bewachung" mit denselben Worten übergeben: ,Wenn die verteilt,...' Sie verteilte aber weiter, und mit einem Schlag waren 7 oder 8 Ordner da und nahmen sie kräftig in die Mangel. Daraufhin stürzten aus dem Demo-Block – ich glaube von der Bürgeraktion Garlstedter Heide – einige Teilnehmer in die Schlägerei und rissen die Ordner zurück... Während der Schlägerei brach in dem Block ein Pfeifkonzert aus. Anschließend wurden Parolen wie ,Meinungsfreiheit – überall' gerufen. Dieser Block bekam aus „Sicherheitsgründen" einen ganzen Schwarm Ordner an die Flan-
rufen. Dieser Block bekam aus „Sicherheitsgründen" einen ganzen Schwarm Ordner an die Flan-
ken. Ein Typ aus dem VVN-Block meinte zu der Parole: ,Meinungsfreiheit' etwa auch für diese Faschisten?'.

Auch er wurde lautstark ausgepfiffen!!"

Osterholz-Scharmbeck

Osterholz-Scharmbeck

An der Demonstration gegen dengeplanten Standort einer zusätzlichen US-Panzerbrigade in der Garlstedter


Abrüstungsdemonstration in Bremen – DKP-Schläger in Aktion

Heide nahmen ca. 2500 Menschen teil (laut Revi-Presse über 3000). Aufgerufen hatte das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" (KOFAZ) und die Bürgeraktion Garlstedter Heide; an Kundgebung und Demonstration beteiligten sich DKP, DFI, DFU, DFG/VK, AKW-Gegner, SHB, Falken und die AUD.

Bereits auf der Kundgebung wurde den KBW-lern von organisierten Ordnertrupps ihre ,Volksmiliz' aus

Auf der letzten SO-Sitzung wurde über die Vorfälle lebhaft diskutiert; selbst zwei anwesende Revis distanzierten sich von „solchen Zensur- und Schlägerpraktiken". Auf der nächsten Sitzung soll eine Protestresolution an das KOFAZ verabschiedet werden!



Sewering abgewählt
- Halb zogen sie ihn, halb sank er hin



Standesvorschriften verstoßen" (,,FAZ", 26.5.). Sewering sei viel- der Hoffnung auf Wähler- und Machtzuwachs propagieren in allen

Wenigstens ein erfreuliches Ergebnis hat der jüngste Deutsche Ärztetag gehabt: mit einer knappen Mehrheit von 53% der Stimmen wurde der seit 1973 amtierende Ärztepräsident Sewering abgewählt.

Wer ist Sewering?

Sewering ist einer der größten Beutelschneider seines Standes, und — was ihn wohl für das Präsidentenamt besonders prädestinierte — politisch ein Rechtsaußen. Sewering, dem von seinen Standeskollegen der Honorar-Professor *,,für ärztliche Standeskunde"* (!) verliehen wurde, ist Multifunktionär und Spitzenverdiener. Sein Jahres,,einkommen" liegt bei einer runden Million. Die ,,erwirtschaftet" er sich durch sein Dachauer Gerätezentrum, in dem andere die Arbeit machen und er die Früchte von der Krankenkasse als *,,seine persönliche ärztliche Leistung "* erntet. Aber obwohl das seit langem erwiesen ist, hat er seine Zulassung als Kassenarzt immer noch.

Weiter ist bekannt, daß Sewering u.a. im SS-Sturm und NSDAP-Mitglied gewesen ist. Die NSDAP-Kreisleitung München bescheinigte ihm: *,,In politischer sowie sozialer Hinsicht*

glied gewesen ist. Die NSDAP-Kreisleitung München bescheinigte ihm: ,,In politischer sowie sozialer Hinsicht

einwandfrei" (,,Spiegel", 22.5.). Sewering hat als Assistenzarzt ab 1942 im Tuberkulose-Hilfskrankenhaus in Schönbrunn bei Dachau gearbeitet, in dem auch *,,chronisch kranke Patienten, meist Schwachsinnige und Epileptiker, darunter viele Kinder und Jugendliche"* hausten. *,,Fast jeder zweite dieser Patienten fiel zwischen 1940 und 1945 der ,Eutanasie' zum Opfer. ... In der Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar bei München wurden die Opfer durch Hungerkost und Überdosen des Schlafmittels Luminal getötet — insgesamt 1.432 Kranke wurden dort bis Kriegsende ,selektiert'. Aus Schönbrunn, wo der Assistenzarzt Sewering seit 1942 wirkte, wurden vor allem Kinder nach Eglfing-Haar verlegt. 47 solche ,Verlegungsfälle' waren es noch 1944. Zu dieser Zeit hatte Sewering, ,nachdem der Arzt dieser Anstalt eingezogen worden war ... auf Wunsch der Ordensleitung auch die Betreuung der behinderten Anstaltsinsassen ... mit übernommen' (so das ,Deutsche Ärzteblatt')"* (,,Spiegel", 22.5.). Auch der ,,Spiegel" fragt, ob es denkbar ist, daß Sewering nicht wußte, *,,was eine solche ,Verlegung' nach Eglfing-Haar bedeutete?"*...

Sewering soll auch *,,als Angehöriger der Waffen-SS an angreifbaren medizinischen Entscheidungen beteiligt gewesen"* sein (,,Hamburger Abendblatt", 24.5.). Aber leider haben wir dafür keinen Beweis.

Heute ist Sewering CSU-Mann und Freund von Strauß, der ihn bat: *,,Daß dürfen Sie uns nicht antun, daß Sie umfallen"* (,,Vorwärts", 16.5.). Nun, Sewering ist ,,gefallen". Aber die Bundesärztekammer hat sich dabei reichlich schwer getan. Viele Delegierte waren der Ansicht, *,,daß es sich die Ärzteschaft nicht leisten könne, unter Druck von außen einen Mann abzuwählen, dessen Kenntnisse, Erfahrungen und Verdienste anerkannt werden* (!). *Hinzu kommt die Tatsache, daß weit und breit kein überzeugender* (!!) *Nachfolger in Sicht ist"* (,,Frankfurter Allgemeine Zeitung", 23.5.). Das sind die Standesärzte! Sewerings bayerische Hausmacht beteuerte in aller Öffentlichkeit, er *,,habe weder gegen gesetzliche Vorschriften noch gegen Standesvorschriften verstoßen"* (,,FAZ", 26.5.). Sewering sei vielmehr Opfer *,,der Kampagne eines ,Links-Kartells' "* (ebenda). Hiner den Vorwürfen stecke eine *,,politische Verschwörung von Ortskrankenkassen, SPD und DGB"* (,,Frankfurter Rundschau", 26.5.). Aber auch seine Gegenspieler haben *,,von Rufmord an ihm gesprochen"* und nur deshalb seine Abwahl betrieben, weil anders *,,sich die Kampagne gegen Sewering nicht beenden ließe"* (Zitate aus ,,FAZ", 26.5.). An dem durch und durch reaktionären Charakter dieser ärztlichen Standesorganisation wird sich auch nach Sewering nicht viel ändern. Das machte u.a. der vom Hauptgeschäftsführer Deneke vorgelegte ,,Tätigkeitsbericht" deutlich, der auch von einem StrauSS hätte gehalten werden können, wie einige ,,Kostproben" zeigen: Darin sehen die Standesärzte *,,in einigen Ländern der Bundesrepublik Deutschland bereits ... Prinzipien marxistischer Grundschulerziehung (verwirklicht)". ,,In der Hoffnung auf Wähler- und Machtzuwachs propagieren in allen Parteien Sozialpolitiker unvernünftige und überspannte Zielvorstellungen, bedienen sich der Informationsmanipulation und des Meinungsterrors, um im Kampf aller gegen alle mehr Macht für sich zu gewinnen". ,,Die kostspielige Produktion von Akademikern auf unseren Hochschulen schafft schon heute die sozial Unzufriedenen, die Systemveränderer und die Revoluzzer von morgen"* usw.usf. Den Charakter dieser Standesärzteschaft macht auch die Tatsache deutlich, daß u.a. der Sewering-Kritiker Doering, ein CDU-Mann, wegen seiner Kritik *,,mit berufsgerichtlichen Verfahren rechnen"* muß (,,FR", 26.5.). Doering ist von der Hamburger CDU in diesem Zusammenhang von einem sicheren Listenplatz für die Bürgerschaftswahl wieder abgesetzt worden...

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Hackethal zu Geldstrafe verurteilt

Das Berufsgericht für Heilberufe in Schleswig verurteilte Prof. Julius Hackethal wegen ,,unkollegialen Verhaltens" zu 1.000 DM Geldstrafe. Hackethal hat bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen einen Arzt wegen Verdachts auf fahrlässige Tötung erstattet. Eine derartige ,,Unkollegialität" muß natürlich geahndet werden, denn so etwas gehört sich nicht unter Ärzten. Hackethal hat oft die Vertuschungspraktiken seiner Kollegen angeprangert, was ihn bei vielen ,,Kollegen" nicht gerade beliebt gemacht hat. So hat Hackethal jetzt Schwierigkeiten, seine Zulassung als Kassenarzt wieder zu erhalten (er hatte sie freiwillige zurückgegeben).

Außerdem erhielt Prof. Hackethal einen Verweis vom Gericht wegen ,,unzulässiger Werbung". Er hatte auf sein Briefpapier unter die Bezeichnung ,,Facharzt für Chirurgie und Orthopädie" den Zusatz ,,Spezialgebiet: Chirurgie des Bewegungssystems" drucken lassen. In den Augen vieler Kollegen ist das natürlich auch eine Frechheit zu schreiben, was man besonders gut kann.

Hackethal verließ während der Verhandlung den Saal, denn es wurde gegen Hackethals ausdrücklichen Protest unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. *,,Ich habe nichts zu verbergen, aber eine Menge dazu zu sagen"*. Er fragte seine Standesrichter zu Recht, wovor sie sich denn fürchten, da sie unbedingt hinter verschlossenen Türen tagen wollen. Konsequenterweise verbot Hackethal seinem Anwalt, ihn zu verteidigen. Hackethal sieht in der Tatsache, daß die Öffentlichkeit nicht zugelassen wurde, seine Grundrechte verletzt (Angaben nach ,,Stern", 22/78).

ÖTV-Komission
KB/Gruppe Hamburg

,,Allein machen sie uns ein"
Ambulante Gegenmodelle im Gesundheitswesen

Unter diesem Thema lief am 19. Mai in Westberlin eine Diskussionsveranstaltung aus dem Gesundheitsbereich. Der Aufforderung der Initiativgruppe zu einem gemeinsamen, öffentlichen Gespräch — wie wir eine gesellschaftliche Alternative zur herrschenden Medizin entwickeln können — sind über 1.000 Menschen nachgekommen. — *,,Es sollte der Versuch sein, die Vereinzelung gesellschaftskritischer Projekte in der Gesundheitsversorgung zu überwinden. Wir wollen darauf hinarbeiten, daß den Unterdrückten und Beleidigten öffentlich ein Gegengewicht zum Monopol der Gesundheitsmafia der Ärztekammern und staatlichen Planungsbehörden sichtbar wird. Wir wollen einen öffentlichen Streit darüber führen, daß medizinische Gesundheitsversorgung nicht allein bloße Wiederherstellung der Arbeitskraft ist, — nicht mal dies scheint uns augenblicklich gewährleistet — sondern uns bewußt in die gesellschaftliche Verantwortung von vorbeugender und menschlicher Anwendung der Kenntnisse der körperlichen und seelischen Leiden stellen"* (Zitat aus dem Flugblatt).

Ein weiterer Anlaß war der zur Zeit stattfindende Ärztekongreß am Funkturm. Die Initiativgruppen wollte mit ihrer Veranstaltung eine Gegenöffentlichkeit schaffen, u.a. gegen das beim Ärztekongreß in der Eingangsrede propagierte Einzelkämpfertum Stellung nehmen.

Nach einem kurzen Beitrag der Initiativgruppe stellten die Gruppen aus der Frauenbewegung ihre Arbeit dar; das Frauengesundheitszentrum (FFGZ), das Frauenhaus, die Frauen vom Notruf für vergewaltigte Frauen, die Psycho-Soziale Initiative für Frauen (Psiff).

Nach der heiteren Pause mit den ,,Drei Tornados" berichteten das Gesundheitszentrum Gropiusstadt und die Gruppe Gesundheitsbereich im Stadtteilzentrum SO 36 (Kreuzberg) und die Sanitätergruppe zum Selbstschutz bei Demos über ihre Erfahrungen.

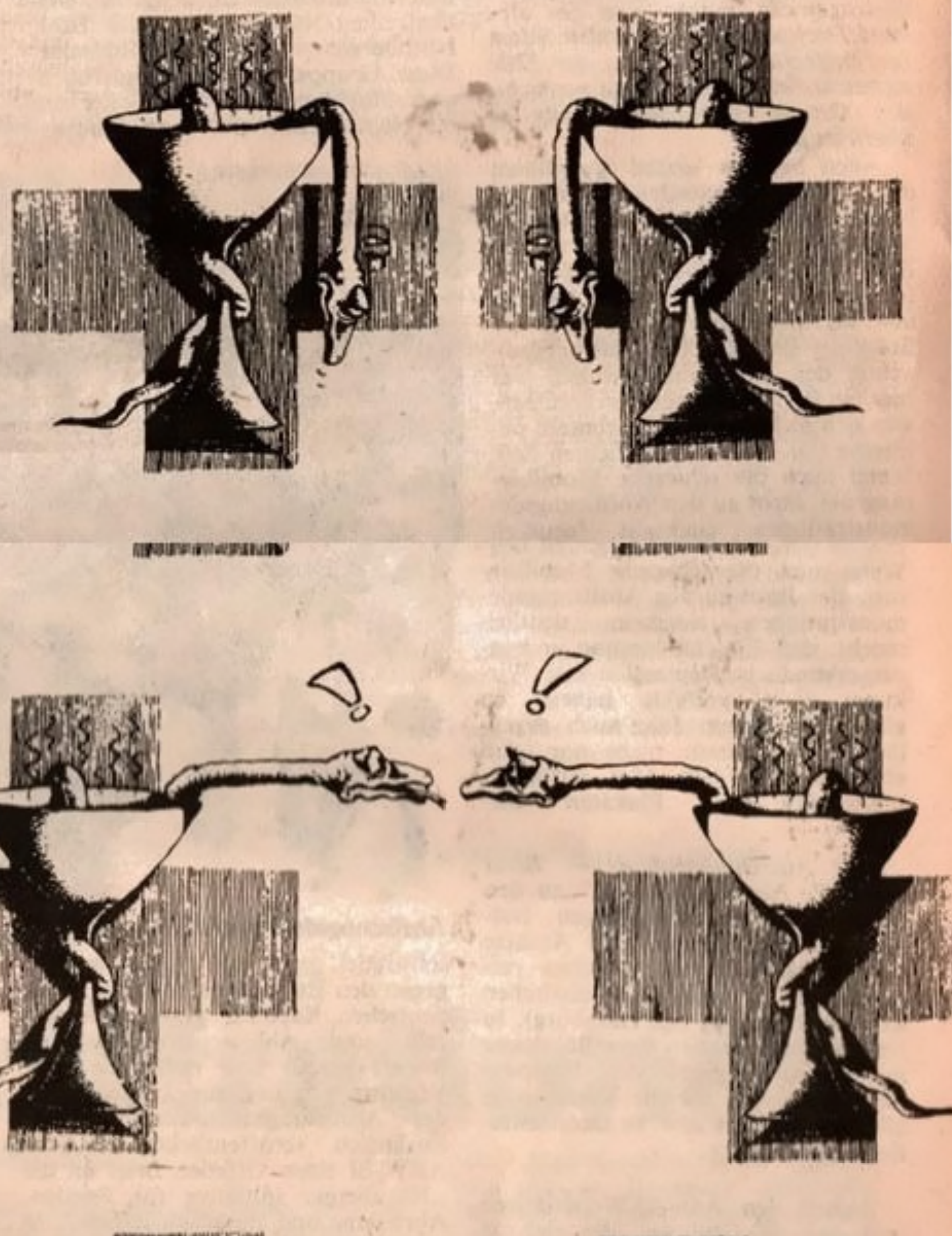
Über diese und weitere Gruppen gibt es eine Sondernummer (10/11) ,,Allein machen sie uns ein" von ,Eingriffe' (zu erhalten über den Maulwurf-Buchvertrieb, Westberlin und in den Buchläden).

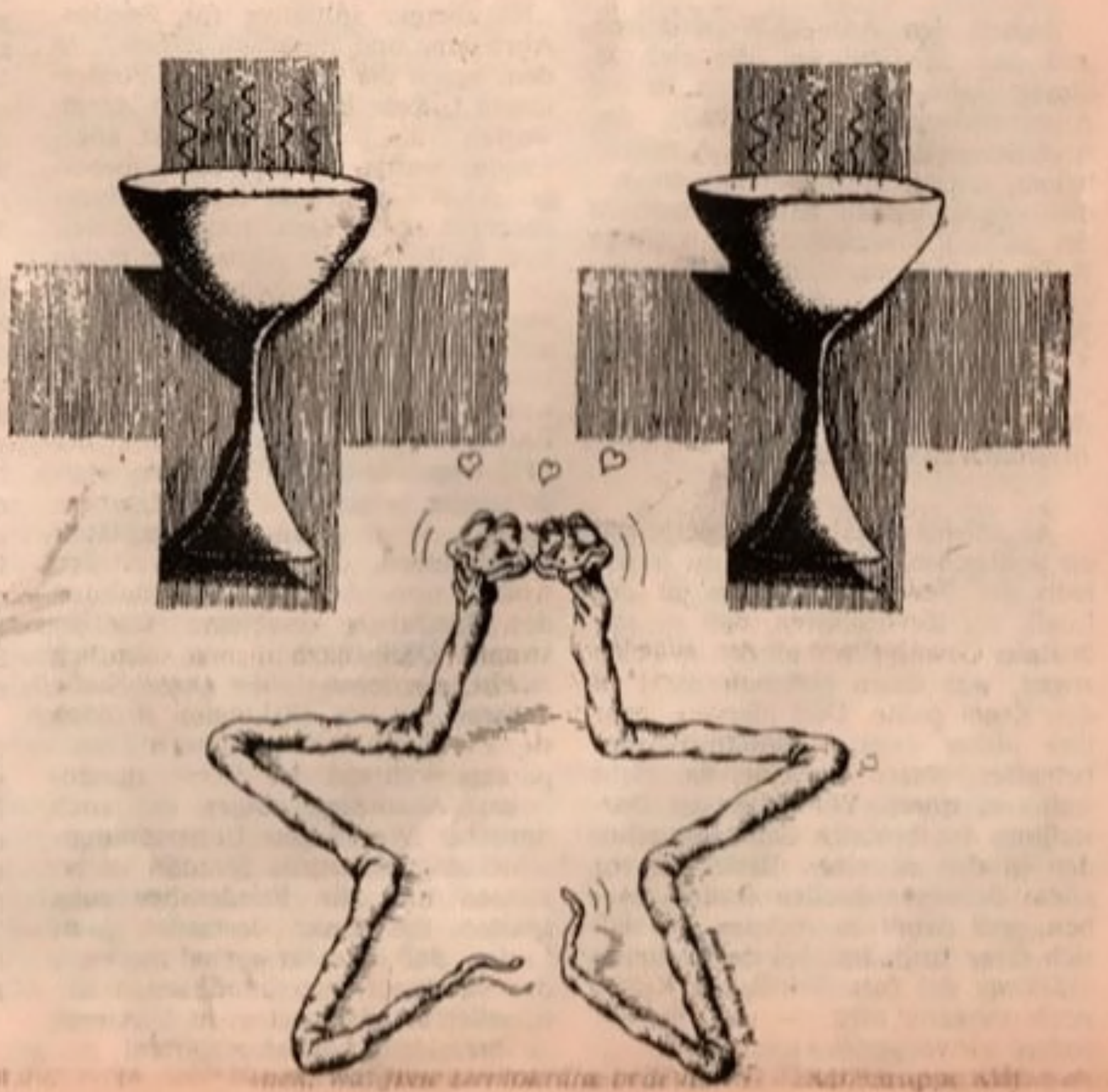
Wegen der fortgeschrittenen Zeit wurden leider nur zwei Diskussionsbeiträge gehalten, die u.a. kritisch die Situation der Kollegen im Krankenhaus (z.B. das Problem Hierarchie) ansprachen.

Als weitere Perspektive wurde die Idee eines ,,Gesundheitsladens" vorgestellt, um in der Öffentlichkeit eine Anerkennung der alternativen Medizin zu erreichen.

Desweiteren ist geplant, eine Veranstaltung über die Probleme im Krankenhaus durchzuführen; und für die nächste Zeit wurden eine Menge von Möglichkeiten angeboten, über die angerissenen Themen weiter zu diskutieren und mitzuarbeiten.

KB/Gruppe Westberlin





Buchbesprechung
Psychatrie-Report von Ernst Klee

„Geisteskrank“, „Geistesgestört“, „gemütskrank“ — mit diesen Etiketten stempeln Psychiater Menschen ab, lassen sie hinter Mauern und Panzerglasscheiben verschlossener Anstalten verschwinden, stellen sie durch Pillen ruhig und lassen Widerstand leistende Patienten mit Stricken ans Bett „fixieren“. Diese Tatsachen sind in dem Buch „Psychiatrie-Report“ vonErnst Klee beschrieben (Fischer Taschenbuch 2026, Preis 5.80 DM).

Ausgangspunkt des Buches waren Gespräche in der Frankfurter Nervenklinik. Patienten packten aus und machten eine Rundfunksendung, die der Hessische Rundfunk Anfang 1977 ausstrahlte. Die Patienten üben Kritik daran, daß die Ärzte keine Zeit haben, und daß die Diagnosen völlig undurchsichtig seien. Ein Patient fragt in der Sendung den anwesenden Psychiatrieprofessor: *„ ‚Können Sie mir erklären, was eine endogene Psychose ist?‘ Der Psychiatrie-Professor: ‚Endogene Psychose heißt, daß wir die Ursache nicht kennen‘. Der Patient wieder: ‚Wie können Sie uns denn da behandeln, wenn Sie die Ursache nicht kennen?‘ “* (S. 13). Die Kritik der Patienten richtet sich gegen die einzige Therapie, die sie kennengelernt haben: Tabletten. Mund auf, Pillen rein. Konflikte werden nicht gelöst, sondern mit der „Pillenkeule“ erschlagen. Die Patienten fordern vom Psychiater ein neues Menschenbild über die Patienten: *„Wir wehren uns gegen die Diskriminierung der psychisch Kranken durch die Psychiater. Gegen den Umgangston ‚Na, wie geht's uns denn?‘, während sie nicht mal den Patienten ansprechen, sondern mit dem Pfleger, der Schwester weiterreden. Oder sie fragen die Schwester: ‚Wie geht.s ihm denn?‘ ohne den Patienten selbst zu fragen“* (S. 16).

Noch bevor dieSendung des Hessischen Rundfunks darüber über den Äther geht,wird von Seiten derAnstalt diszipliniert undRepression ausgeübt. Patienten werden nicht mehr zu den Diskussionstreffenfür die Sendung gelassen, andere so mit Tabletten vollgehauen, daß sie nicht mehr gehen können. Ein schon entlassener Patient wird mit polizeilicher Anordnung in die geschlossene Anstalt zwangseingewiesen und für geisteskrank erklärt!!

Die Sendung erregte Betroffene und Öffentlichkeit über Monate. Informationsveranstaltungen fanden statt, eine mit tausend Interessierten. Dies ist der Hintergrund des dargelegten Reports. Er ist nach Aussagen von Patienten, Angehörigen und einer Psychiatrie-Schwester — aber keinem Arzt (!) — entstanden. Neben der Schilderung des Entstehens der Patientensendung enthält der Report Protokollberichte von Betroffenen, kurze Analysen der psychiatrischen Verhältnisse in der BRD und historische Verweise. Klee arbeitet heraus, daß die bundesdeutsche Psychiatrie nur zu verstehen ist auf dem Hintergrund ihrer Entwicklungsgeschichte, vor allem der Funktion der Psychiatrie in der NS-Zeit. Trotz historischer Parallelen der Entwicklung der Folter-Psychiatrie in allen kapitalistischen Ländern steht die deutsche Psychiatrie doch einzigartig da in der Ermordung von „Geisteskranken“.

Der Psychiater Hoche und andere forderten schon 1920 die „Ausmerzung von Ballast-Existenzen“. Die NS-Psychiatrie hatte dieses Ziel mit der Ermordung von 100 000 „Geisteskranken“ konsequent zu erreichen versucht.

Die in dem Buch enthaltenen Protokolle von „Anstaltsinsassen“ machen in höchstem Maße betroffen. Nicht nur wegen der auch geschilderten Beispiele von Sadismus durch Ärzte und Personal. Ebenso betroffen machen dieSchilderungen der täglichen Unterdrückung, der systematischen Entwürdigung und Entmenschlichung. *„Die Euthanasie geht weiter“*, schreibt Klee, *„nur vergast man nicht mehr, sondern läßt Menschen einfach verkommen“* (S. 125).

Ein Genosse aus Hannover

„Wir haben hier Bürgerkrieg“

Im Morgengrauen des 19. Mai stürmten zwei Hundertschaften Bereitschafts- und Landespolizei das Dorf Ermershausen im unterfränkischen Landkreis Haßberge. Sie hatten den Auftrag, die im alten Rathaus lagernden Akten (!!) nach Maroldsweisach, dem Sitz der neuen Gemeindeverwaltung zu verfrachten. Nach dem Inkrafttreten des „Jahrhundertwerks“ der bayerischen Gebiets- und Verwaltungs„reform“ am 1. Mai gehörte Ermershausen rechtlich zur Nachbargemeinde Maroldsweisach.

Vorausgegangen war diesem Überfall eine Aktion der 1.000 Einwohner zählenden Gemeinde E., als die Bürger einen wiederholten Versuch zum Abtransport der Akten durch Bullen und Verwaltungsbeamte der neuen Gemeinde in militanter Weise verhindern konnten. Etliche Einwohner handelten sich dadurch Strafanzeigen wegen „Landfriedensbruch“, „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ u.a. „Delikte“ ein.

Seitdem bekannt wurde, daß E. seine Selbständigkeit verlieren würde (man hatte alle rechtlichen Widerspruchsmöglichkeiten ausgeschöpft), rüstete man sich zum a k t i v e n W i d e r s t a n d; Dorf und Rathaus wurden rund um die Uhr bewacht, Kirchenglocken und Feuersirene an ein ausgeklügeltes Warnsystem angeschlossen usw. Solange nämlich die Akten nicht im neuen, aber ungeliebten Verwaltungssitz M. waren, behielt E. praktisch seine Selbständigkeit. Der „generalstabsmäßig geplante Angriff“ der Bullen begann damit, daß sie Kirche und Rathaus umstellten und Glocken und Sirene lahmlegten. Dennoch waren binnen weniger Minuten die Einwohner alarmiert, vermochten aber gegen die massierte Staatsgewalt nichts auszurichten; alle Akten, Stühle und sogar Aschenbecher wurden abtransportiert.

Kurz nach Beginn der Bullenaktion begannen die Dorfbewohner Barrikaden zu bauen; die Bundesstraße 279 wurde durch Baumstämme und umgestürzte Autos blockiert. Zahlreiche Menschen legten sich vor die Bullenfahrzeuge; sie wurden brutal von der Straße geschleift. Auf eilig angefertigten Transparenten tat sich die Empörung der Bewohner kund: *„Wer Gewalt sät, wird Gewalt ernten“*, *„Das Grundgesetz sichert dem Bürger das Recht des W i d e r s t a n d e s wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“*, *„Wir haben hier Bürgerkrieg“*, war zu lesen.

Das Landratsamt rechtfertigte diesen Überfall wie folgt: *„In dieser Situation galt es, die Bevölkerung durch den Einsatz weniger Polizeikräfte von unüberlegten Handlungen abzuhalten...“*. Der massive Bulleneinsatz sei *„mit dem bayerischen Innenministerium abgesprochen“* gewesen, *„damit die Behörden in die Lage versetzt werden, ihre Aufgabe zu erfüllen“*, und außerdem sei er notwendig gewesen *„im Interesse aller gutwilligen (!!) Bürger, die sonst nicht hätten verwaltet (!!) werden können“*. Man sei informiert gewesen, daß die Bürger mit „Dreschflegeln und Mistgabeln“ ihr Rathaus verteidigen wollten usw.

Trotz „tätlicher Angriffe und Beleidigungen“ (ei was!), hätte die Polizei diesmal nicht durchgegriffen (??); Verletzte hätte es deshalb diesmal nicht gegeben.

Nach dieser brutalen Nacht- und Nebelaktion herrscht in E. helle Empörung. In einer Stellungnahme der Bürger heißt es: *„Das haben wir zum letzten Mal 1938 erlebt“*. Konsequenterweise benannten sie den Rathausplatz in *„Platz der Kristallnacht 19. Mai 1978“* um. Man spricht von „Polizeistaat“. Die Verbitterung wird durch die Vermutung weiter angeheizt, daß die Telefone des Dorfes abgehört werden: *„Seit gestern (21.5) knackt es in den Leitungen bei jedem Gespräch. Das war bisher nie der Fall“* (ehemaliger Bürgermeister Höhn).

Die gegen den Widerstand vieler bayerischer Gemeinden durchgeboxte Verwaltungs- und Gebiets„reform“ hat durch den Bürgerkrieg in Ermershausen ihren „würdigen“ Abschluß gefunden: „Die Akten konnten gesichert werden“. Und das war ja auch der Zweck der Übung. (Alle Zitate: „Mainpost“, 20. und 22.5.78).

KB-Sympathisanten Würzburg

Medizinische Geräte sind oft lebensgefährlich

Der nordrhein-westfälische Arbeits- und Gesundheitsminister veröffentlichte alarmierende Zahlen über das Ausmaß gesundheits- und lebensbedrohender Mängel an elektromedizinischen Geräten. Von 282 überprüften Geräten wiesen 193 insgesamt 918 Mängel auf. Die Überprüfung wurde von der Zentralstelle für Sicherheitstechnik durchgeführt.

Da den Prüfern für die meisten Geräte keine Schaltpläne oder Konstruktionsunterlagen vorlagen und somit nur Sichtkontrollen möglich waren, schätzen sie die Zahl der tatsächlichen Mängel wesentlich höher ein! Der Minister erklärte: *„Nur der Besonnenheit des medizinischen Fachpersonals haben wir es zu verdanken, daß trotz solcher Mängel die Zahl der Unfälle durch derartige Geräte äußerst gering ist“* („Frankfurter Rundschau“, 20.5.78)!

Bisher gibt es in der BRD keine zwingenden regelmäßigen Sicherheitsprüfungen für elektromedizinische Geräte (nur bei Röntgengeräten). Die Prüfer fanden bei 6.000 Geräten verschiedener Typen nur insgesamt 70 Geräte, die eine TÜV- oder VDE-Sicherheitsplakette bekommen hatten.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Westdeutsche Kutterfischer: „Die EG ruiniert uns!“

Nach den Streik- und Blockadeaktionen der dänischen Kutterfischer wurden entsprechende Maßnahmen auch an den westdeutschen Küsten eingeleitet.

Am 9.5. blieb die gesamte Ostseeflotte in ihren Häfen. Die Kutterfischerverbände von Bremerhaven und Finkenwerder schlossen sich an. Als am Wochenende (13./14.5.) auch die Cuxhavener Fischer nachzogen, ruhte bis zum 17.5. die gesamte westdeutsche Kutterfischerei.

Die spektakulärste Aktion zur Unterstreichung ihrer Forderungen führten die Fischer mit der fünfstündigen Blockade des Nord-Ostsee-Kanals durch. Hieran waren über 100 Kutter beteiligt. Anschließend fand vor dem schleswig-holsteinischen Landtag, der direkt an der Kieler Förde gelegen ist, eine „Demonstration zu Wasser“ statt.

Eine Delegation der Fischer übergab Stoltenberg ein „Memorandum“, welches in fünf Punkten die Forderungen der Fischer darlegte und erläuterte:

„... Die deutsche Kutterfischerei fordert, um überhaupt überleben zu können:
1. Genaue Bezeichnung der Fischereigrenzen in der Ostsee. Durch die Ausdehnung der Fischereigrenzen durch die Anrainerstaaten in der Ostsee wissen die deutschen Kutter nicht, wo sie überhaupt noch fischen dürfen. Sie müssen ständig damit rechnen, aufgebracht zu werden und in ausländischen Gefängnissen zu landen...
2. Aufnahme sofortiger Verhandlungen der Bundesregierung mit den Anrainerstaaten der Ostsee, um die ursprünglichen Fanggründe der Ostsee wieder befischen zu können...
3. ... Das Marinemanöver ‚Blue Harrier‘ hat die Fischerei in der westlichen Ostsee weitgehend zum Erliegen gebracht. Der Verteidigungsminister ist nicht bereit, die Fangausfälle der Fischerei zu erstatten. Wir fühlen uns von der Bundesregierung im Stich gelassen. -
4. Wir brauchen höhere Fangquoten in der Nordsee, da die für 1978 bereitgestellten Quoten fast ausgefischt sind, und die Fischerei in der Ostsee kaum noch möglich ist.
5. Als letztes Mittel, wenn die Bundesregierung keine weiteren Fangmöglichkeiten eröffnet, fordern die Kutterfischer einen finanziellen Ausgleich für die Fangverluste, auf der Basis ihrer Vorjahresumsätze“ (zitiert nach „Frankfurter Rundschau“, 11.5.78).



Zwei sowjetische Frachter waren die ersten „Opfer“ der etwa fünfstündigen Blockade der Holtenauer Kanalschleusen („Kieler Nachrichten“, 11.5.78)

Worum geht es?

Glaubt man der aktuellen Berichterstattung über die Aktionen der Fischer, so reduziert sich fast alles darauf, daß die COMECON-Staaten in der Ostsee einseitig ihre Fischereizonen erweitert haben.

In Wirklichkeit verhält es sich jedoch etwas anders: Am 1.1.1977 ist die Nordsee von der EG zum „EG-Meer“ erklärt worden. Eine Maßnahme, die dazu dienen sollte, *„die Fischereiflotten der Ostblockländer fernzuhalten“* („Hamburger Abendblatt“, 23.2.78).

Am 1.1.1978 haben dann die DDR, die VR Polen und Schweden die Erweiterung ihrer Fischereizonen in der Ostsee bekanntgegeben. *„Während es weltweiter Brauch wurde, einen 200 Seemeilen (rund 370 Kilometer) breiten Meeresstreifen vor der Küste für die eigenen Fischer zu reservieren, haben sich die Ostsee-Staaten auf ein anderes Teilungsprinzip verständigt. Sie zogen auf ihren Seekarten durch das schmale, langgezogene Gewässer eine Mittellinie und sprachen die von Küste und Mittellinie eingegrenzten Meeresteile dem jeweiligen Anrainerland zu“* („Spiegel“, 2/78).

Bei dieser Regelung ist es in der Tat so, daß gerade die westdeutschen Ostseefischer auf Grund der verhältnismäßig kurzen Ostseeküste, die zur BRD gehört, ins Hintertreffen gelangen.

Nur, das ist eine Tatsache, die man nicht den übrigen Ostseeanliegerstaaten vorwerfen kann. Die Erweiterung ihrer Fischereizonen ist nichts weiter als die natürliche und logische Antwort darauf, daß man sie im wesentlichen aus der Nordsee vertrieben hat.

Hetze gegen die RGW-Staaten

Am Beispiel der „Kieler Nachrichten“, die über die Aktionen der Fischer relativ breit berichtet haben, wollen wir kurz veranschaulichen, daß man bei der gesamten Berichterstattung der Schürung antikommunistischer Vorbehalte eindeutig den Vorrang gegenüber einer wirklichen Information gegeben hat.

Die Tatsache, daß neben der DDR und der VR Polen auch Schweden seine Fischereizonen erweitert hat, wird fast zur Gänze totgeschwiegen. Stattdessen wird überall die Sowjetunion als einer der Hauptschuldigen an der Ruinierung der Ostseefischer dargestellt. Obwohl die SU bislang überhaupt noch keine neuen Ansprüche auf Fischereizonen geltend gemacht hat!

Obwohl die Schweden die ersten in den aktuellen Auseinandersetzungen gewesen sind, die zwei Cuxhavener Kutter aufgebracht haben, verschweigt man dieses derzeit zugunsten einer (fast) täglichen penetranten Berichterstattung über die Aufbringung des Heikendorfer Fischers Draasch, der in der VR Polen über einen Monat festgehalten worden ist.

Genüßlich freut man sich in der „KN“ vom 11.5.78: *„Ausgerechnet zwei sowjetische Frachter waren die ersten ‚Opfer‘ der etwa fünfstündigen Blockade der Holtenauer Kanalschleusen“*.

Genauso zustimmend wird ein (angeblicher?) Fischer zitiert, der angesichts der sowjetischen Frachter bemerkt: *„Da liegt genug Schrott in der Schleuse. Die sollen mal kennenlernen, was freie Demokratie bedeutet“*.

Die Stellungnahme eines Sprechers der Fischer: *„Wenn Polen und die DDR nicht doch relativ großzügig wären, dann wären heute noch wesentlich mehr deutsche Kutter aufgebracht worden“*, paßt natürlich nicht in solch ein Konzept. So etwas verschweigt man dann lieber.

Die Proteste der Fischer richten sich eindeutig gegen die EG-Politik, die auf ihrem Rücken ausgetragen werden soll. Daß sie in dieser Hinsicht von der Bundesregierung keine Hilfe erwarten können, dürfte jetzt einigen Fischern mehr klar geworden sein. Von den 95 Mio. DM, die zur Fischereiförderung bereitgestellt worden sind, sollen die vier Dampfeflotten (im wesentlichen Oetker und Unilever) 90 Mio. erhalten. Die restlichen fünf Millionen sind für die Kutterfischer vorgesehen.

Nachdem am 16.5. bei einem Gespräch zwischen Vertretern der Fischer und dem Bundesernährungsministerium *„praktisch nichts herausgekommen ist“* („KN“, 18.5.), sind die Kutter wieder ausgelaufen. Das Kuttersterben wird verstärkt weitergehen.

Zwei Genossen
KB/Gruppe Kiel



frauen





3. Nationaler Kongreß von Frauen aus Naturwissenschaft und Technik

Nach zwei vorangegangenen Treffen kamen vom 4. – 7.Mai in Frankfurt ca. 150 Frauen aus technischen und naturwissenschaftlichen Berufen und Ausbildungszweigen zusammen. Anwesend waren u.a. Frauen aus den Sparten Physik, Mathematik, Mineralogie, Informatik, Medizin, Architektur, Landwirtschaft, Maschinenbau, Bauingenieur, Chemietechnik, Hüttenwesen, Maschinenschlosser, KFZ-Mechanikerin, Elektro-Technik-Ingenieurin und technische Assistentinnen. Der Donnerstag wurde für Anreise, Kennenlernen und das Anfangsplenum genutzt; am Freitag und Samstag fanden hauptsächlich Arbeitsgruppen statt, Samstag abend eine Fete; am Sonntag wurden die Ergebnisse zusammengetragen und ausgewertet.

Folgende Arbeitsgruppen gab es:

1. Alternative Architektur
2. Alternative Medizin/Volksmedizin
3. Alternative Ökologie in Technik und Landwirtschaft
4. Situation von Müttern
5. Uni-Frauengruppen
6. Situation am Arbeitsplatz
7. Interessenvertretung/ Parteien und Gewerkschaften
8. Funktion der Naturwissenschaft und Technik in unserer Gesellschaft
9. Theorie und Geschichte
10.Lesben bzw. Rollenverhalten.

Zusätzlich waren noch Gruppen zur Ausbildungssituation und Berufsperspektive, zur Arbeit an der Volkshochschule, in Bürgerinitiativen und handwerklichen Betrieben vorgeschlagen worden. Dafür fanden sich aber nicht genug Interessierte.

Wir wollen uns in unserer Darstellung im Wesentlichen auf neue Aspekte beschränken, die nach dem Hamburger Treffen hinzugekommen sind. Im Übrigen verweisen wir auch auf den Artikel über den Hamburger Kongreß in AK 121.

Alternative Medizin/Volks-medizin

Alternative Medizin/Volksmedizin

Diese Gruppe fand in Frankfurt das erste Mal statt.

Es wurden hauptsächlich drei Punkte diskutiert:

— Die Unmündigkeit gegenüber den Ärzten, die umso schlimmer ist, je kranker frau ist. Das geht sogar soweit, daß Ärzte ihren Patientinnen Symptome einreden wollen, die gar nicht vorhanden sind. Viele Ärzte sind arrogant und nicht bereit, über die Krankheit so aufzuklären, daß sie auch selber aktiv mitbekämpft werden kann. Die Patientinnen sollen passiv gehalten werden. Ein bewährtes Mittel ist in diesem Fall, daß frau zu zweit zum Arzt geht und auf einer Erklärung der Krankheit besteht; gute Ärzte können dann weiterempfohlen, arrogantes Verhalten öffentlich angeprangert werden.

— Eine andere Tatsache ist, daß heute schon oft wegen jeder Bagatelle zum Arzt gerannt wird oder/und gleich die dicken Medikamente ge-

— Eine andere Tatsache ist, daß heute schon oft wegen jeder Bagatelle zum Arzt gerannt wird oder/und gleich die dicken Medikamente geschluckt werden. Der Gang zum Arzt ist wohl schon allein, um krankgeschrieben werden zu können, kaum zu vermeiden, doch es gibt genügend Möglichkeiten, Schmerzen oder kleinere Unpäßlichkeiten auch ohne, oft mit schädlichen Nebenwirkungen behaftete Medikamente zu bekämpfen, z.B. durch Massagen, Kräuter, Packungen, autogenes Training. Hierzu sollen vermehrt Volkshochschulkurse gemacht werden.

— Wichtig ist außerdem das Vorbeugen durch gesunde Ernährung, ausreichend Sport und Gymnastik. Leider sind das meist nur Möglichkeiten für Privilegierte, denn viele Schäden kommen durch schlechte Arbeitsbedingungen zustande, wo es in erster Linie notwendig wäre, das Übel am Arbeitsplatz zu beseitigen.

Die Gruppe will sich schon vor dem nächsten Kongreß am 28.29.10. zur Vorbereitung in Marburg treffen.

Uni-Frauengruppe

Hier hatten sich Vertreterinnen von mehreren Frauengruppen und Frauen, die sich Anregungen für die Gründung einer neuen Frauengruppe erhofften, zusammengefunden. Beim Erfahrungsaustausch über die Arbeit der Frauen fiel besonders eine Westberliner Bauingenieurinnen-Gruppe auf, die bereits seit 3 Jahren besteht und viele gute Sachen gemacht hat und plant:

Die Frauen haben einen Fragebogen an Frauen dieser Branche gemacht, dessen Ergebnisse sie dann auf einer Veranstaltung vorgetragen haben, wozu auch eine bereits im Beruf stehende Frau eingeladen worden war. Sie machen eine Studienberatung für Frauen und wollen demnächst auch an entsprechende Schulen gehen, vielleicht auch mal ein Radiointerview darüber machen oder sich ans 3. Fernsehprogramm wenden. —

Es wurden in dieser Arbeitsgruppe viele Beispiele dargestellt, mit welchen besonderen Problemen Frauen bereits in der Ausbildung zu „Männerberufen" zu kämpfen haben. Da ist z.B. der Professor, der sich in der Vorlesung darüber verbreitet, „richtige Frauen" würden in seinem Fach gar nicht studieren; da habe er zwar auch mal eine Studentin gehabt, aber die könne man eigentlich gar nicht richtig als Frau mitzählen, so häßlich sei die gewesen! ... Oder da ist die Studentin, die als einzige Frau in einer Mathe- könne man eigentlich gar nicht richtig als Frau mitzählen, so häßlich sei die gewesen! ... Oder da ist die Studentin, die als einzige Frau in einer Mathematiker-Vorlesung regelmäßig mit einem Pfeifkonzert empfangen wird, sobald sie den Raum betritt.

Eine Frauengruppe aus Clausthal-Zellerfeld erzählte von der besonders schlimmen Situation, der sie dort als Frauen ausgesetzt sind: An der gesamten Uni sind nur 12% Frauen und darum ist die Frauengruppe auch bekannt wie ein bunter Hund, sie haben den Stand von Exoten. Es gibt Männer, die ihren Freundinnen verbieten, bei ihnen mitzumachen. Viele Frauen trauen sich selbst nicht, mitzumachen.

Die Situation ist so, daß fast alle Leute in Verbindungen sind. Im ersten Semester werden sie gefragt, in welcher Verbindung sie sind, und wenn sie in keiner mitmachen, sind sie gleich untendurch, kriegen z.B. keinen Job.

Es gibt sogar eine Frauenverbindung. Die Verbindungstypen haben ein unheimlich übles Frauenbild. So haben sie die Frauen der Uni auf Karteikarten registriert, die sie dann je nach Belieben ziehen. Oder sie mieten sich ganze Busse, um in den Nachbarsort zu einer Haushaltsschule zu fahren und die Mädchen dort haufenweise rauszukarren. In den Vorlesungen müssen die Frauen immer die Tafel wischen, was meist auch zu Pfeifkonzerten führt.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Frage der Erstsemesterberatung. Dort gibt es den Konflikt, einerseits die Situation am Bereich und auch die Berufschancen für Frauen beschissen zu finden, andererseits aber den Anspruch zu haben, mehr Frauen zu so einem Studium zu ermuntern, worin die einzige Möglichkeit besteht, die Situation zu verändern.



„Modellversuch" zum Vorzeigen: Bei „Heidenreich & Harbeck" in Hamburg läßt sich der berüchtigte Senator Apel („Sparschwein") neben einem weiblichen Maschinenschlosser-Lehrling fotographieren.

„Modellversuch" zum Vorzeigen: Bei „Heidenreich & Harbeck" in Hamburg läßt sich der berüchtigte Senator Apel („Sparschwein") neben einem weiblichen Maschinenschlosser-Lehrling fotographieren.

Außerdem wurden spezielle Förderungskurse für Frauen gefordert, die es in Amerika z.T. schon gibt, um den Frauen die Möglichkeit zu geben, ihr durch ihre Sozialisation bedingtes Defizit aufzuholen. Um eine bessere Koordination zwischen den verschiedenen Uni-Frauengruppen zu erreichen, wurde vorgeschlagen, eine überregionale Zeitung zu machen. Ein ähnliches Projekt stellt das Sammeln von Diplomarbeiten, Seminarkonzepten und Referaten zum Thema Frauen dar, was Frauen an der PH Dortmund und in Berlin begonnen haben.

Situation am Arbeitsplatz

Es wurden viele verschiedene Formen der Diskriminierung und Schwierigkeiten besprochen, von denen wir nur einige nennen wollen:

Viele Frauen haben Angst, sich krankzumelden, weil sie fürchten, dadurch die Vorurteile über die größere Krankheitsanfälligkeit von Frauen zu bestätigen, sie schleppen sich dann lieber krank zur Arbeit. Es wurde ihnen entgegnet, daß dabei nichts raus käme, im Gegenteil sie sich nur noch kaputter machen würden. Tatsächlich ist es so, daß Männer im Durchschnitt häufiger krank sind als Frauen, vor allen Dingen jeweils länger, während Frauen öfter mal für ein paar Tage fehlen und sich dann immer wieder aufpäppeln.

Es wurde darüber diskutiert, ob Frauen solange ihre Interessen hintenan stellen sollten, bis sie eine höhere Position ergattert hätten, von der aus sie sich dann besser wehren könnten. Dagegen kam, daß frau dann verlernen würde,zu kämpfen und dazu neigt, sich anzupassen und daß die Erfahrung eigentlich zeigt, daß sich Frauen in höheren Positionen nicht unbedingt für andere Frauen einsetzen. Ein anderer Punkt war die Identifikation mit der Arbeit, die bei fast allen Frauen total fehlte. Als Architektin z.B. sieht frau ständig, welche Scheiße sie planen muß; in anderen Berufen, wie z.B. Werkstofftechnikerin, sieht sie vielleicht ein befriedigendes Produkt, weiß aber nicht, wozu es genutzt wird.

Die Schwierigkeit sahen die Frauen darin, daß höchstens privilegierte Frauen eine Arbeit finden können, mit der sie sich identifizieren können, da Alternativprojekte systematisch zerschlagen werden (Beispiel Frankfurter Kitas).

Außerdem wurden u.a. folgende Forderungen aufgestellt:

— Stellenausschreibungen dürfen nicht weiterhin in männlich und weiblich getrennt sein.
— Abschaffung von Schwangerschaftstests ohne Wissen der Frauen und von Fragen nach der Familiensituation bei der Einstellung.
— Bei Schwangerschaft muß der Arbeitsplatz freigehalten werden und das Recht auf Wiedereinarbeitung garantiert sein.
— Notwendigkeit, auf eine Veränderung der öffentlichen Meinung hinzuarbeiten, damit Frauen mit Beruf und Kindern gefördert werden.

Interessenvertretung

Nachdem auf dem letzten Kongreß über dieses Thema kaum diskutiert worden war, steiß es diesmal auf besonderes Interesse. Auffallend war der hohe Anteil an Betriebsrätinnen und Jugendvertreterinnen. Sie berichteten zunächst von ihren Erfahrungen mit den Gewerkschaften.

— Eine Frau bei der Lufthansa schrieb einen Brief an Jugendvertretung, Betriebsrat, Vertrauensleutekörper und den zuständigen ÖTV-Sekretär, in dem sie die Lage der Frauen in technischen Berufen darstellte. Sie appellierte an den guten Ruf, den die Lufthansa als Ausbildungsbetrieb hat, mit der Bitte, sich für mehr technische Lehrstellen für Mädchen einzusetzen. Die Resonanz war überraschend gut und es ist ihr sogar gelungen, den Kollegen ihre Situation klarzumachen, sodaß sie inzwischen auch von diesen Unterstützung bekommt.

— Eine Frau wollte gemäß dem Motto „Frauen rein in die Gewerkschaften" in ihrer Firma für den Betriebsrat kandidieren, wurde aber von der Gewerkschaftsführung von der Liste gestrichen.

Alles in allem waren die Erfahrungen mit den Möglichkeiten, sich in den Gewerkschaften für Fraueninteressen einzusetzen, nicht besonders gut. Einige Frauen waren sehr pessimistisch, weil die Gewerkschaft eben auch von sich aus zur Frauensituation nichts macht, d.h. die Frauen müssen auch in den Gewerkschaften den Kampf um ihre Interessen führen, sich dafür einsetzen, daß die Frauenfrage überhaupt auf den Tisch kommt.



„Seit 20 Jahren wieder eine Frau mit Nautik-Examen"

Die Arbeit im Betriebsrat hielten die Frauen für sinnvoll, weil dieser gewissen Einfluß im Personalbereich habe, z.B. Einspruch erheben könne, wenn eine Frau wegen ihres Geschlechts nicht eingestellt wird, und sich überhaupt dafür einsetzen könne, daß mehr Frauen in bestimmten Bereichen eingestellt werden. Dazu wurde die Forderung aufgestellt, daß der Betriebsrat das Recht bekommen muß, Bewerbungen einzusehen und außer Mitsprache- und Widerspruchsrecht auch Mitbestimmungsrecht und Recht auf Anwesenheit bei Einstellungsgesprächen haben muß. Das Listenwahlrecht würde es allerdings fortschrittlichen Kollegen und besonders Frauen erschweren, in den Betriebsrat gewählt zu werden, weil die besten Listenplätze immer an ,,alte Hasen'' und Reaktionäre vergeben werden.

Es wurde auch die Frage einer Frauengewerkschaft diskutiert. Folgende Einwände kamen dagegen: Daß eine Frauengewerkschaft aus rechtlichen Gründen nicht tariffähig wäre, daß die Gewerkschaften für alle Arbeitnehmer da seien und frau versuchen solle, ihre Rechte dort durchzusetzen, anstatt durch Bildung einer eigenen Gewerkschaft die Spaltung der Arbeiter noch weiter voranzutreiben. Als weitere Möglichkeit wurde der Zusammenschluß der Frauen eines Betriebs diskutiert. Erschwert würde so ein Zusammenschluß aber im wesentlichen dadurch, daß Frauen aus unterschiedlichen Positionen auch unterschiedliche Probleme und Interessen haben.

Danach wurde die Frage diskutiert, welche Organisationen außer den Gewerkschaften für die Interessensvertretung der Frauen noch in Betracht kamen. Zwei Frauen waren in der SPD bzw. bei den Jusos gewesen und hatten die Erfahrung gemacht, daß es dort zwar ,,Frauengruppen'' gibt, die über ,,Frauenprobleme'' arbeiten, diese aber von den Parteigenossen nicht ernst genommen würden und die Arbeit nicht in konkrete Politik umgesetzt werden könne. Die entscheidenden Sachen würden von Männern gemacht, die wichtigsten Positionen hätten Männer inne, frau müsse sich in der Parteihierarchie hochdienen, die Abstimmungsmaschinerie ermögliche keine vernünftige Mitarbeit. Es kam der Vorschlag, eine Frauenpartei zu gründen. Eine Frau wandte ein, eine solche spezialisierte Partei wäre nicht in der Lage, ,,allgemeine Politik'' zu machen, eine andere, daß sie in vielen Fragen mit bestimmten Männern mehr Gemeinsamkeiten habe als generell mit Frauen.

Viele Probleme von Frauen am Arbeitsplatz sind durch das unterschiedliche Arbeitsrecht für Frauen und Männer bedingt. Viele spezielle
schiedliche Arbeitsrecht für Frauen und Männer bedingt. Viele spezielle
Bestimmungen für Frauen gelten als sogenannte ,,Schutzbestimmungen'', aber ihre Folge ist, daß Frauen in vielen Berufen keine Chance haben, eine Anstellung zu finden. Zwar handelt es sich meistens wirklich um gefährliche Arbeiten, diese sind dann aber für Männer ebenso gefährlich; eine Sonderstellung der Frau impliziert, daß man ihnen bestimmte Fähigkeiten einfach nicht zutraut oder Frauen allgemein größere Ungeschicklichkeit unterstellt.

Dann wurden noch die sogenannten Modellversuche ,,Mädchen in Männerberufen'' kritisch beleuchtet. So sollen bei der Firma Heidenreich & Harbeck in Hamburg je 20 Jungen und Mädchen als Maschinenschlosser und Dreher ausgebildet werden, wissenschaftlich betreut von Psychologen und Soziologen. Der eine Haken an der Sache ist die Besonderheit der Ausbildung: Ein Jahr Ausbildung in der Lehrwerkstatt, dann ein Jahr in einem Patenbetrieb, danach noch ein Jahr in der Lehrwerkstatt. Die Absolventen dieser Ausbildung haben kaum Chancen auf einen vernünftigen Arbeitsplatz, da ihre Ausbildung ohne Verbindung zur Produktion bleibt. Ein Arbeitgebervertreter habe zwar allen einen Arbeitsplatz garantiert, den sie sich allerdings nicht aussuchen könnten. Außerdem sahen die Frauen diese Projekte im Widerspruch dazu, daß immer mehr Frauen aus dem Berufsleben herausgedrängt werden und wieder zurück an Heim und Herd sollen. Daher kam die Vermutung, das gesamte Projekt sei ein frauenpolitisches Feigenblatt der Politiker.

Funktion der Naturwissenschaft und Technik in unserer Gesellschaft

Ansatzpunkt der Diskussion war die Erkenntnis, daß Naturwissenschaft und Technik in unserer Gesellschaft nicht ausgerichtet sind nach Humanität, sondern ausschießlich nach Profitinteressen. Die Frauen wollten Ursachen und Änderungsmöglichkeiten diskutieren.

Es wurden verschiedene kontroverse Diskussionen geführt:

— Gibt es eine männliche und eine weibliche Technik? Woher kommt es, daß Frauen ein anderes Verhältnis zur Technik haben, ist das sozialisations- oder biologisch beding· (Gebärfähigkeit)? Die Vertreterinnen der Auffassung, daß Frauen ,,von Natur aus'' in der Lage sind, menschenfreundlichere Technologien zu entwikkeln, begründeten ihre Meinung damit, daß das Leben der Frauen durch die Mutterschaft bestimmt sei, daß sich Frauen daher verantwortlich für schwächeres Leben fühlen, daß die Tätigkeiten der Frauen (Sorgen für Nahrung, Wohnung, Kinder) ,,lebensnäher'' seien. Dagegen wurde angeführt, daß zwar bei Frauen im Moment durch die ihnen aufgezwungene Rolle in der Gesellschaft sozialere Eigenschaften und Einstellungen zu finden seien und sie daher im Augenblick eher dazu in der Lage seien, schädliche Entwicklungen zu erkennen und zu



Die Physikerin Marie Curie und ihre Tochter

Die Physikerin Marie Curie und ihre Tochter

bekämpfen, daß aber grundsätzlich die Männer das ebensogut könnten und z.T. auch taten, daß Männer wie Frauen Anlagen zur Kindererziehung hätten u.a., daß diese aber nur bei entsprechender Förderung hervortreten würden; daß der biologistische Ansatz die Frauen Jahrhunderte unterdrückt habe und daß der Muttermythos nicht nur Verantwortungs-, sondern auch Haßgefühle dem Kind gegenüber erzeugt.

— Ist Technik an sich schädlich, wissenschaftliches Denken menschenfeindlich? Hierbei vertrat die eine Seite, der Eingriff des Menschen in die Natur wirke in jedem Fall zerstörend, die Ursache für die Fehlentwicklung der Technologie liege im Drang der Männer nach Herrschaft über die Natur; die anderen vertraten, daß es doch gerade den Menschen auszeichne, daß er in der Lage sei, seine Umwelt aktiv zu verändern.

Es gab dann eine Diskussion um die Trennung von Naturwissenschaft und Gesellschaft, zur Ideologie der ,,wertfreien'' Wissenschaft, wo die Menschenfeindlichkeit der Technik ihren Ursprung habe. Unser Gesellschaftssystem fördere und produziere eine menschenfeindliche Technik; es produziere Fachidioten, die nur auf ihrem Spezialgebiet Bescheid wissen; Fachsprachen verhindern die Kommunikation der verschiedenen Wissenschaften untereinander und mit der übrigen Bevölkerung; Information über Probleme und Gefahren finde nicht statt. Der Anfang hierzu stelle die Schmalspurausbildung dar, Kurzstudiengänge a la HRG, wodurch interdisziplinäres Arbeiten verhindert wird. Auch die unterschiedliche Denkweise von Natur- und Sozialwissenschaftlerinnen werde schon im Studium gefördert. So haben z.B. Biologinnen hauptsächlich Praktika und Vorlesungen, wo sie sich entweder einfach Sachen anhören müssen oder aber ergebnisfixiert ,,forschen''. Seminare oder Referate, wo Möglichkeiten zu Diskussionen und Auseinandersetzungen vorhanden sind, finden nicht statt. Es wurde deshalb eine stärkere interdisziplinäre Zusammenarbeit von Frauen beschlossen, da frau sicherlich viel voneinander lernen könne.

Eine wichtige Diskussion, die später auch noch mal im Plenum geführt wurde, war das Verhältnis der Frauenbewegung zu Naturwissenschaft und Technik. Einige Frauen erzählten, daß sie in ihren Frauengruppen und -zentren teilweise mit Mißtrauen behandelt würden; z.B. würde ihnen vorgeworfen, daß sie immer so sachlich wie Männer argumentierten. Dadurch konnten die Frauen auch ihre speziellen Probleme als Technikerinnen nicht in die Frauengruppe reintragen. Es wurde daher als Aufgabe begriffen, dem wissenschaftsfeindlichen Trend in der Frauenbewegung eine positive Nutzung der Naturwissenschaft entgegenzustellen, klar zu machen, daß die naturwissenschaftliche Art des Denkens zu Unrecht verpönt sei. Die Frauen wollen verhindern, daß die Frauenbewegung in die ,,mystische'' Ecke gedrängt wird, genauso wie sie selbst nicht als ,,männlich'' abgetan werden wollen.

Theorie und Geschichte

Diese Gruppe hatte in Hamburg bereits stattgefunden und einige Frauen hatten sich mehrmals zwischendurch getroffen und ein Referat ausgearbeitet, um diesmal fundierter diskutieren zu können.

Das Referat beschäftigte sich mit folgenden Fragen:

— Warum ist es für Frauen und insbesondere für Naturwissenschaftlerinnen wichtig, die eigene Geschichte auszugraben?

— Warum ist es richtig, sich nicht von vornherein auf das ,,marxistisch-leninistische Geschichtsmodell'' zu beschränken?

— Wie war die Rolle der Frauen in früheren Kulturen? (Nach E. Bornemann ,,Das Patriarchat'').

— Worin bestehen die Schwierigkeiten, sich ein objektives Geschichtsbild zu machen? —

Die Diskussion ging hauptsächlich um das Referat. Zentrale Diskussionspunkte waren, daß seit der Existenz der Geschichtsschreibung auch gleichzeitig eine Geschichtsfälschung betrieben wird, da Geschichte stets bestehenden Machtverhältnissen angepaßt ist und Theorien über die menschliche Frühgeschichte meist nach dem Vorbild der vorhandenen Gesellschaft aufgestellt wurden. Hierbei fällt natürlich gerade die Geschichte der Frauen immer unter den Tisch.

Eine kürzere Diskussion ging darüber, daß häufig Forschungsergebnisse von Frauen entweder verschwiegen oder abgewertet wurden und Männer sie sich dann an den Hut gesteckt haben. So machte z.B. Luise Meitner die ganzen Laborarbeiten für Otto Hahn, doch nachdem sie als Jüdin Deutschland verlassen mußte, wurden die Ergebnisse nur im Namen von Otto Hahn veröffentlicht.

Die Gruppe will vor dem nächsten Kongreß wieder ein Vorbereitungstreffen machen.

Lesben bzw. Rollenverhalten

Nachdem in der Lesbengruppe festgestellt worden war, daß die Wahl des Berufes in vielen Fällen aus der Ablehnung der Frauenrolle heraus stattgefunden hatte, und daß sich viele Lesben zumindest an ihrem Arbeitsplatz total an männliches Verhalten angepaßt hatten oder sich besonders stark vereinzelt fühlen, da sie kein Interesse an üblichen männlichen Kontakten haben, wurde im Zwischenplenum diskutiert, daß das nicht nur ein Problem von Lesben sei, sondern überhaupt eins von Frauen, die sich nicht in weibliches Verhalten fügen wollen. Daraufhin wurde die Arbeitsgruppe unter dem Thema ,,Rollenverhalten'' für alle erweitert.

Es stellte sich heraus, daß ein sehr großer Anteil der Frauen Väter hatte, die Ingenieure, Techniker oder Mediziner waren. Die Erziehung war oft auf ein derartiges Studium orientiert bzw. die Töchter wurden als Ersatzsöhne aufgezogen. Ein Mädchen, das Automechaniker lernt, erzählte, daß sie sich im Verhalten völlig den Mitlehrlingen angepaßt habe: Sie lästert mit über ,,angetuschte Frauen'' oder pfeift ihnen sogar auf der Straße nach; sie
angepaßt habe: Sie lästert mit über ,,angetuschte Frauen'' oder pfeift ihnen sogar auf der Straße nach; sie
neigt dazu, den Frauen, mit denen sie zusammenwohnt, nicht mal zuzutrauen, eine Glühbirne reinschrauben zu können. Ihre Perspektive ist, mit anderen Frauen nach der Meisterprüfung ein Alternativprojekt einer Frauenwerkstatt aufzubauen.

Z.T. hatten die Frauen schon richtige ,,Mackerallüren'' entwickelt, fühlten sich z.B. sehr wohl in der Rolle, von anderen Frauen als etwas Besonderes betrachtet zu werden. Andere Probleme wurden von Frauen eingebracht, die von den Kollegen als Kumpel angesehen werden, auch gut mit den Männern zurecht kommen, aber darunter leiden, als ,,geschlechtsneutral'' dazustehen, d.h. nicht als Frau akzeptiert zu werden.

Die Stimme der Revisionisten

Die teilnehmenden Revi-Frauen fielen mehrmals unangenehm auf. So konnte z.B. eine DKP-Frau auf die längere Erzählung einer Kollegin über die Schwierigkeiten einer Bekannten, sich von ihrem prügelnden Ehemann zu lösen, nichts Besseres sagen als: ,,Warum läßt sie sich denn nicht scheiden?'' — Am hervorstechendsten war jedoch die Auseinandersetzung mit drei SHB-Frauen aus Clausthal-Zellerfeld bei den Uni-Frauengruppen, deren gesamte Diskussion sie einen Tag lang zu lähmen wußten.

Zunächst zeigten sie kein Interesse an einem konkreten Erfahrungsaustausch und wollten ständig nur über die überregionale Koordination, am besten natürlich durch das VDS-Frauenprojekt, reden. Sie wurden dann noch deutlicher, indem sie sagten, die ganze autonome Frauenbewegung sei ein Weg in die Sackgasse. Sie kritisierten überhaupt den Zusammenschluß von Frauen aus Naturwissenschaft und Technik und stellten damit den gesamten Kongreß und die Arbeit der Frauen total in Frage. Da sei doch gar kein Sinn drin, das würde doch nur zur noch stärkeren Zersplitterung führen; Technikerinnen hätten doch schließlich auch keine anderen Probleme als Hausfrauen.

Die anderen Frauen der AG standen diesem Auftreten einfach fassungslos gegenüber. Die Gruppe faßte den Beschluß, sich am nächsten Tag ohne die Revi-Frauen wiederzutreffen.

Beim Abschlußplenum wurde eine Presseerklärung und eine Solidaritätserklärung zu den Bullenüberfällen in der Hamburger Walpurgisnacht verabschiedet. Einige Kritik und Verbesserungsvorschläge für das nächste Treffen wurden vorgetragen:

— Der gesamte Kongreß und auch die einzelnen Arbeitsgruppen sollen zum nächsten Mal noch besser vorbereitet werden, damit die Frauen dann wieder einen Schritt weiterkommen und noch mehr konkrete Ergebnisse vorzuweisen sind.

— Die Kinderbetreuung und auch die sogenannte Hausarbeit (Saubermachen, Brötchenschmieren ...) sollen entweder von anderen gemacht werden, z. B. vom Frauenzentrum oder auch von Männern, oder wenigstens besser eingeteilt werden, damit die Kongreßteilnehmerinnen damit nicht so belastet werden.

— Es sollen noch mehr Nichtakademikerinnen einbezogen werden. Die einzelnen Städte sollen versuchen, zur Mobilisierung Artikel in Gewerkschaftszeitungen zu setzen.

Ansonsten waren die Stimmen sehr positiv: Der Kongreß sei ein
Ansonsten waren die Stimmen sehr positiv: Der Kongreß sei ein
guter Fortschritt gegenüber dem Hamburger Treffen gewesen, es wurden mehr Themen besprochen, die Diskussionen waren differenzierter, um viele Kontroversen sei solidarisch diskutiert worden. Es kamen Stimmen, die meinten, sie hätten damit direkt ihre Vorurteile gegenüber Frauenkongressen abgebaut.

Mit viel Schwung und noch besserer Vorbereitung soll nun das nächste Treffen angegangen werden: Vom9.-11.2.in Göttingen,

Kontaktadresse:
Eva-Maria Baumgardt
Gartenstr.44, 34 Göttingen,
Tel.: 0551/46192

Eine Genossin der
SSB-Frauengruppe, Hamburg

Veranstaltung Westberliner Frauenprojekte

– Gemeinsam sind wir unausstehlich!

Am 3.5.78 fand in Westberlin eine Veranstaltung von Frauenprojekten und Frauengruppen statt. Aufgerufen hatten die Schwangerschaftsberatungsgruppe im Frauenzentrum, Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen, Frauen gegen Vergewaltigung e.V., Weiberplenum, Sozialistischer Frauenbund Westberlin, Frauenladen Spandau, Projektgruppe Frauenwandkalender zum 8.März, 'AG Frauen KB- Westberlin, Frauen von der Roten Hilfe, Frauen gegen Atomkraftwerke, SSB Frauengruppe.

Die Notruffrauen aus dem FZ berichteten von der Telefonnotrufzentrale für vergewaltigte Frauen, die seit einem Jahr existiert. Sie beraten die betroffenen Frauen medizinisch und juristisch, nehmen mit an den Prozessen teil und sie versuchen, Öffentlichkeit über Gewalt gegen Frauen zu schaffen.

Die Notruffrauen schlugen vor, dafür zu sorgen, daß an den Schulen Karateunterricht für Mädchen eingerichtet wird. Weiterhin sollen sie Frauen ermutigen, vors Gericht zu gehen; jede betroffene Frau sollte als Nebenklägerin vors Gericht treten, da bei normalem Prozeßverlauf die Betroffene als Zeugin aussagen muß und ohne Verteidigerin den Demütigungen der Justiz ausgesetzt wird.

Die *,,13. Mond''-Frauen* organisieren Selbstuntersuchungen, alternative medizinische Behandlung. Sie haben sich vor 2 Jahren gegründet. Sie setzen am Bedürfnis vieler Frauen für bessere medizinische Beratung und Behandlung an, im Gegensatz zur Praxis vieler Gynäkologen. Sie forderten aktive Unterstützung von Frauen, weil ihr Projekt wegen finanzieller Schwierigkeiten und fehlender Mitarbeit in Gefahr ist.

Die *Frauengruppe aus dem ,,Anderen Laden Wedding''* verlas eine Presseerklärung gegen den Bullenüberfall auf der 1.Mai-Demo im GEW-Block.

Der Entwurf zum Westberliner Landesgesetz, der erhebliche Verschärfungen in der ,,liberalen'' Beratungs- und Abtreibungspraxis bringen wird, wurde von der *Beratungsgruppe im Frauenzentrum* dargestellt. Um eine Öffentlichkeit hierzu herzustellen, findet Mitte Juni ein Hearing mit Senatsvertretern statt. Nicht zuletzt weil diese Pläne uns Frauen weitgehend vorenthalten werden, forderte die Beratungsgruppe alle Frauen auf, selber aktiv zu werden, und sich nicht auf die Senatsvertreter und eine weitere ,,liberale'' Handhabung zu verlassen.

Sie schlugen vor, die bereits begonnene Unterschriftensammlung breit zu unterstützen und mit den Infos zum neuen Entwurf über unsere Frauenszene hinweg in die Stadtteile, Gewerkschaften usw. zu gehen. Nach wie vor ist schließlich unsere Forderung nicht erfüllt: Ersatzlose Streichung des § 218!

Die Veranstaltung hat unserer Meinung nach gezeigt, daß ein großes Bedürfnis besteht, sich auszutauschen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Zwei Ausschlüsse in Nürnberg

Am 21. Mai mußte sich der KB von den Genossinnen S. und B. trennen, die der Ortsgruppe Nürnberg angehört hatten: Wegen absolut feindseliger und destruktiver Haltung gegen unsere Organisation wurden die beiden Genossinnen ausgeschlossen.

S. in erster Linie, unterstützt von B., hatte seit längerem ihre Unzufriedenheit mit der Frauen-Politik des KB geäußert. Ausdruck dieser Kritik war ein Papier von S., das wir im AK 127 (S.20) abdruckten, um es zur Diskussion zu stellen.

In diesem Papier äußerte S. u.a., die von der Mehrheit der Frauenbewegung getragenen Politik sei „r e a k t i o n ä r". Der KB würde demgegenüber keine kommunistische Politik in die Frauenbewegung hineintragen, sondern „totale A n p a s s u n g" an die vorherrschende Linie der Frauenbewegung betreiben. Der AK gehe nur auf „frauenspezifische" Themen ein, was von S. mit „unpolitische" Themen gleichgesetzt wurde. So vertrat S. beispielsweise, daß eine im AK geführte Diskussion über Sexualität und Frauenfeindlichkeit „unpolitisch" sei.

Es ist klar, daß diese Thesen in Gegensatz zur Frauen-Politik des KB stehen – sie betreffen nicht einzelne Punkte unserer Frauen-Politik, sondern stellen sie vollständig in Frage. D a s zu tun, muß unserer Meinung nach im KB legitim sein und bleiben.

Bei S. und B. war indessen keinerlei Bereitschaft zu entdecken, die vorhandenen Widersprüche solidarisch und konstruktiv zu diskutieren. Stattdessen beschimpften sie Genossinnen und Genossen der Leitung in übelster Weise („hirnlose Wesen", „Idioten", „Du hast ja schon gar keine Gehirnzellen mehr" usw.); die „Idiotenartikel" im AK könne man sich sowieso sparen usw. usf.

Dieser nicht zu akzeptierende Stil der Auseinandersetzung ist vor dem realen Hintergrund zu sehen, daß S. und B. selbst k e i n e n einzigen Artikel für den AK geschrieben hatten, abgesehen von dem Papier von S. Die weitere Auseinandersetzung machte deutlich, daß sich die Genossinnen mit ihren Beschimpfungen nicht etwa in der Aufregung im Ton vergriffen hatten, sondern daß genau diese Tonart Ausdruck ihres arroganten und unverschämten Verhaltens zum KB und seinen Genossinnen und Genossen ist.

S. und B. machten zudem deutlich, daß sie sich als „Fraktion" im KB begriffen und daß sie nur d e s h a l b noch nicht von sich aus den KB verlassen hatten, weil sie derzeit noch keine organisatorische Alternative gesehen hatten und weil sie noch andere Genossinnen „mitziehen" wollten. Hier blieb keine andere Lösung als der Ausschluß aus dem KB.

Frauenliebe – Veranstaltung in München

Eine Veranstaltung mit über 1.500 Frauen zum Thema Frauenbeziehungen-Frauenliebe fand Mitte April in München statt. Es war das erste Mal, daß Lesben aus dem Frauenzentrum an die Frauenöffentlichkeit traten – und das Interesse der Frauen war groß.

Hauptanliegen der Lesben war, die Liebe zwischen Frauen als eine mögliche und schöne Alternative aufzuzeigen, Vorurteile und Ängste abzubauen. Das einleitende Referat befaßte sich mit Anita Bryants Feldzug gegen die Schwulen in den USA und zog die Schlußfolgerung, daß es die beste Solidarität mit den Schwulen in USA sei, „*mit dem Versteckspiel aufzuhören, selber gegen die eigene Diskriminierung aufzutreten und Frauen erfahren zu lassen, wer wir wirklich sind*". Dies wurde in vielen Beiträgen, Lebensläufen, Sketchen, einem „Versuch einer lesbischen Kulturgeschichte" als Theaterstück, erläuternden Dias und viel Musik unternommen. Zum Abschluß Tanz und Fest.

Ein Extrajournal mit den meisten Beiträgen der Veranstaltung hat die „Frauenoffensive" herausgegeben.

Nach einem Bericht aus der KB-Sympathisantengruppe München

Theatergruppe Brühwarm – „Nympho Mannia"

Die schwule Theatergruppe „Brühwarm" zieht derzeit wieder mit einem neuen Programm durch die Lande – mit einem, das man sich ansehen sollte!

Es dreht sich um „**Szenen aus dem schwulen Alltag**", die auf verschiedenen Ebenen die Unterdrückungssituation der Schwulen zu verdeutlichen versuchen, sei es durch die direkte Macht der Kapitalisten, sei es durch die Zwänge, die einem als Kind in der Familie begegnen, sei es durch die Ausgrenzung „weibischer" Tunten durch uns angepaßte Schwule selbst.

Das Stück beginnt mit dem Rausschmiß eines fortschrittlichen schwulen Redakteurs, der „zu viel" über Projekte und Aktionen der Schwulenbewegung in seiner bürgerlichen Zeitung bringen wollte. Sein Freund empfiehlt ihm zynisch, sich doch jetzt „selbstzuverwirklichen" und z.B. für Alternativblättchen zu schreiben. Deutlich wird, wie begrenzt die Möglichkeiten sind, sich durch Verweigerung aus der kapitalistischen Scheiße herauszuhalten.

Dieses Freundespaar wiederum, das sich im Grunde an heterosexuelle Normen anpaßt, gibt seine Unterdrückung beispielhaft weiter an „Rosi", einen schwulen Kellner, der im Gegensatz zu ihnen unheimlich ehrlich, weibisch, geil, direkt und erfrischend unmoralisch ist. „Rosi" begeht schließlich Selbstmord.

Wir Schwulen sind meist stolz, wenn man „es" uns nicht anmerkt. Wir sollten uns lieber schämen und stattdessen unsere Lebensfreude, unsere Körperlichkeit, unsere Unmännlichkeit entdecken! Sie wird natürlich Wut aus den Verklemmten herauskitzeln. Aber diese Wut brauchen wir, um uns mit ihnen streiten zu können über die Verstümmelung ihrer eigenen Verkehrsformen und ihrer eigenen Sexualität. Wenn man gegen Schwulenunterdrückung kämpft, genügt es in der Tat nicht, n u r gegen den § 175, gegen Razzien und staatliche Repression zu sein, sich aber ansonsten genauso verklemmt, heteromännlich zu verhalten wie in der Regel die heterosexuellen. Wir sind keine „richtigen Männer" und wir wollen bei Gott auch keine Sein! –

Freilich hatte das Stück auch Schwächen. So war der Zusammenhang zwischen den einzelnen Szenen häufig unvermittelt und wirkte zumindest zufällig. Und einige Aussagen des Stücks wurden nicht so plausibel gemacht, daß Leute es gleich verstehen können, die sich bisher noch nicht mit dem Problem beschäftigt haben, in einer schwulenfeindlichen Gesellschaft zu leben. „NymphoMannia" knüpft teilweise an einen Bewußtseinsstand an, der leider noch längst nicht überall erreicht ist. Und auch die technische Seite des Stücks ist nicht immer befriedigend.

Aber das sind wohl die Kinderkrankheiten einer schwulen Gegenkultur, die zwar schon aggressiv, witzig, bissig und klug ist und die ganz klar „auf der richtigen Seite der Barrikade" steht, die z.T. aber noch unbeholfen und unfertig ist. Schließlich sind die „Brühwarms" das einzige bundesdeutsche schwule Agitationstheater, sie arbeiten in eigener Regie, sie sind Laien, finanzieren sich selbst durch die Eintrittspreise.

Ein schwuler Genosse aus Hamburg

Schwules Pfingsttreffen in Hamburg

Das traditionelle Pfingsttreffen der westdeutschen und Westberliner Homosexuellen Aktionsgruppen fand am 12.-15.5.78 in Hamburg statt. Gekommen waren mehr als 200 Mitglieder und Sympathisanten von Schwulengruppen aus 20 Städten der BRD und Westberlin, um über Probleme der Schwulenbewegung und der Aktionsgruppen zu diskutieren und den Kontakt unter den einzelnen Gruppen zu verbessern.

Neben einer Reihe von Kulturveranstaltungen (Straßentheater in der Mönckebergstraße/Premiere des Brühwarms-Stückes „Nymphomannia"/Fete in der „Motte"/Altona u.a.) wurden themengebundene Arbeitsgruppen eingerichtet(Z.B. Aufbau eines Informationsnetzes zwischen den Schwulengruppen, Planung eines internationalen Schwulenkongresses für nächsten Sommer, Probleme schwuler Knastgruppen, Russell-AG), von denen besonders die AG „Autonome Schwulenbewegung und Bündnispolitik" reges Interesse fand, sodaß mitunter bis zu 80 Teilnehmer anwesend waren. Obwohl die engagierte Diskussion während großer Strecken ziemlich chaotisch verlief und die Meinungen darüber, wie der Kampf gegen Schwulenunterdrückung zu führen ist, weit auseinander gingen (von „Schwulenkampf ist Klassenkampf" bis zum Rückzug in die Landkommune, um sich nicht von den heterosexuellen gesellschaftlichen Gewaltmechanismen korrumpieren zu lassen), war diese Debatte insofern fruchtbar, als Übereinstimmung darüber hergestellt werden konnte, daß die notwendige Auseinandersetzung um diesen Punkt in Zukunft öffentlich geführt werden soll (Schwulenzeitungen/zu verschickende Papiere). Erfreulich war in diesem Zusammenhang, daß die Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld (IHB) Pfingsten bereits ein Papier („Der Fettfleck auf dem roten Kleid")verteilte, in dem es u.a. heißt:„ *Das ist ein Versuch, Schwule in Bewegung zu einer Diskussion zu veranlassen, die bisher immer intern blieb, oder - wenn das einmal nicht der Fall war - die in Verdächtigungen, gegenseitigen Beschuldigungen, dummen Unterstellungen usw. endete. Das von uns verteilte ‚Programm' soll so eine Art Muntermacher-Funktion haben, in diesem Papier wollen wir den Vergleich beginnen, etwas grundsätzlicher und konkreter an die Sache heranzugehen*".

Wir wollen in einem der nächsten AKs zu diesem Papier Stellung nehmen und hoffen, daß es zu der von der IHB angeregten Diskussion ohne „Verdächtigungen, gegenseitigen Beschuldigungen, dummen Unterstellungen", kurz: zu einer solidarischen Diskussion kommt.

AG Sexualität KB/Gruppe Hamburg

Uli Rittinger (Homosexuelle Aktion München) im Knast

Am 4. April wurde in München Uli Rittinger, Mitglied des Vorstands der Münchner „Teestube" (Kommunikationszentrum der Homosexuellen Aktion München) verhaftet.

Er sitzt seitdem in Untersuchungshaft. Ihm wird vorgeworfen, an einem Brandanschlag auf das Münchner NPD-Büro beteiligt gewesen zu sein. Bei diesem Anschlag waren von den „Tätern" auch die Mitgliederlisten der NPD mitgenommen und später veröffentlicht worden!

Die Verhaftung von Ulli Rittinger war recht aufwendig: Mehrere Wohngemeinschaften wurden durchsucht, darunter ein ganzes Haus, in dem ausschließlich Wohngemeinschaften leben. Obwohl ein Haftbefehl nur für e i n e b e s t i m m t e Wohnung vorlag, wurde eine ganz andere durchsucht, denn es sei „Gefahr im Verzug" und das g e s a m t e Haus wurde für ca. 3 (drei) Stunden unter Quarantäne gestellt, d.h. der Zugang zum Haus wurde abgeriegelt, Telefon gesperrt, die Leute konnten nicht zur Arbeit usw.

Bei diesen Razzien wurden sieben Personen vorübergehend festgenommen, von denen sechs am gleichen Tag wieder freigelassen wurden. Mindestens zwei wurden ohne richterlichen Befehl erkennungsdienstlich behandelt, mit Speichel-und Haarprobe. Uli R. sitzt seitdem in U-Haft, er durfte keine Besuche empfangen, weil angeblich „Verdunklungsgefahr" bestand.

Ein Freund von Uli R., Klaus L., ebenfalls Vorstandsmitglied der Teestube München, der aber seit einiger Zeit in Westberlin wohnt, startete eine spontane Solidaritätsaktion, als er von der Verhaftung erfuhr. Er schickte Briefe an verschiedene schwule Aktionsgruppen mit einem Spendenaufruf und einer Unterschriftenliste, in der Ullis sofortige Freilassung gefordert wurde.

Diese Solidaritätsaktion veranlaßte mehrere bayerische LKA-Bullen, nach Westberlin zu fliegen und dort gemeinsam mit ihren Westberliner Kollegen die Wohnung von Klaus L. auf den Kopf zu stellen. Auch er wurde erkennungsdienstlich behandelt und von bayerischen LKA-Bullen verhört. Besonderes Interesse hatten sie daran, etwas über die Aktivitäten der „Teestube" und das dort vertretene politische Spektrum zu erfahren. Sie wollten auch Namen und Adressen von Leuten haben, die in der „Teestube" verkehren!

Sogar seine M u t t e r, die in München wohnt, wurde am selben Tag von ihrem Arbeitsplatz (!) abgeholt, auch ihre Wohnung wurde durchsucht.

Während des Verhörs von Klaus L. logen die Bullen frech, Uli R. habe ausgesagt, daß Klaus ihm gezeigt habe, wo das NPD-Büro steht und ihm gesagt habe, daß es doch grotesk sei, daß dieses NPD-Büro sich in so unmittelbarer Nähe zur „Teestube" befinde.

Im Verlauf des Verhörs ließ man durchblicken, daß Klaus L.wahrscheinlich ebenfalls mit einer Anklage zu rechnen habe: wegen „Anstiftung zu menschengefährdendem Brandanschlag in Tateinheit mit schwerem Einbruchdiebstahl" – dies alles nur, weil er Uli's Freilassung gefordert hat!

In mehreren Städten wurde inzwischen von Schwulengruppen Geld zur Deckung der Prozeßkosten gesammelt, u.a. auf dem Pfingsttreffen der schwulen Aktionsgruppen in Hamburg. Die „Berliner Schwulen-Zeitung" forderte die sofortige Freilassung Uli Rittingers und rief ebenfalls zu einer Solidaritätsaktion auf.

Freiheit für Uli Rittinger!
Keine Strafanzeige gegen Klaus L.!
Verbot neofaschistischer Gruppen!

SPENDENKONTO:
Klaus Lucas
Sparkasse Berlin West
Kto.-Nr.: 132018608,
BLZ 100 500 00
(Vermerk: Für Uli und Klaus)

AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

Zivilbullen auf Schwulenjagd

Wegen der staatlichen und gesellschaftlichen Diskriminierung der Homosexualität werden Homosexuelle sozial ausgegrenzt und gezwungen, die Anbahnung menschlicher und vor allem sexueller Beziehungen unter anonymen und unwürdigen Bedingungen vorzunehmen. Die Orte, wo diese „Kontakte" hergestellt werden, heißen zusammenfassend „Subkultur". Neben den Bars sind dies vor allem bestimmte Parks, die nach Einbruch der Dunkelheit aufgesucht werden, sowie öffentliche Toiletten. Besonders die letzten beiden Orte sind bevorzugtes Ziel von Bulleneinsätzen und Überfällen von sog. „Schwulen-Tickern", d.h. Leuten (meistens jugendlichen Cliquen), die durch Erziehung und Pressehetze systematisch gegen Schwule aufgehetzt wurden und sich einen „Spaß" daraus machen, ihre kaputte Männlichkeit durch gewalttätiges und brutales Vorgehen gegen Schwule zu beweisen.

Angeblich, um Schwule vor solchen Überfällen zu schützen, gehen die Bullen nicht etwa gegen die Schlägertypen vor, sondern vor allem gegen Schwule s e l b s t.

Zu welchen widerlichen Methoden dabei der bürgerliche Staat bei seiner Menschenjagd greift, zeigt eine Meldung der Zeitschrift „Du & Ich" über die Erlebnisse eines Schwulen auf einem Düsseldorfer Klo:„ *Kaum war ich auf dem WC, stellte sich ein jüngerer Mann neben mich, gutaussehend, blond, ein richtiger arischer Typ, der auch gleich damit anfing, sein Glied auszupacken und offensichtlich daran rieb, bis ich zu ihm herüberschaute. Er rieb noch ein paar Sekunden weiter, musterte mich dabei mit den Augen, wartete bis mein Glied erregt war, dann gab er mir mit einem Blick zu verstehen, daß ich ihm folgen solle, was ich auch tat. Vor dem WC-Eingang wartete er auf mich. Ich wollte ihn eben ansprechen, als er seinen Ausweis zückte und sagte: ‚Polizei. Würden Sie sich bitte ausweisen'. Ich war wie vom Blitz getroffen, denn der Mann hatte mich ja richtiggehend in eine Falle gelockt. Er sagte noch:‚Tut mir leid, aber ich bin keiner von Euch. Ich tue nur meine Pflicht und kontolliere Euch'. In diesem Augenblick trat ein zweiter, etwas älterer Beamter dazu, der meinen Personalausweis genau ansah und alle Daten in ein Notizbuch schrieb. Als ich dagegen protestieren wollte, meinte er nur: ‚Stell Dich nicht so an, mein Dickerchen, wir notieren Deinen Namen nur, damit wir wissen, in welcher Gegend wir den Mörder suchen müssen, wenn Du mal gekillt werden solltest"(5/78).*

Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit, wie der bürgerliche Staat und seine Behörden jene Zustände, die sie zu bekämpfen vorgeben, immer wieder mit unglaublichem Zynismus reproduzieren. Statt Aufklärung über Homosexualität und einer menschlichen Sexualerziehung in den Schulen, die Homosexualität generell als eine gleichwertige Form menschlicher Sexualität darstellt, wird Homosexualität als „Abnormalität" dargestellt und eine Progromstimmung gegenüber Schwulen erzeugt, die Schwule in die Klos zwingt, wo dann genau jene oben dargestellten Verhältnisse hervorgebracht werden.

Die dann in der Regel von der bürgerlichen Presse groß herausgestellten Verbrechen im „Homosexuellen Milieu" (ebenso wie im „Prostituierten-Milieu") zielen darauf ab, das herrschende System der Sexualunterdrückung ideologisch abzusichern, indem jedes sexuelle „Abweichen" von der herrschenden bürgerlichen „Normalität"(d.h. Zwangsheterosexualität, Ehe, Unterdrückung der Frau, Verleugnung der Sexualität von Kindern usw.) als „Weg in den Abgrund", sprich: Mord & Totschlag, Erpressung, Krankheit, Perversion usw. dargestellt wird.

Kampf der Normalität!
Für das Recht auf Homosexualität!
Für eine befreite Sexualität!

Ein schwuler Genosse des KB, Gruppe Hamburg



Leserbrief
Trinkt die Kinderkommission nur Milch?

Immer wenn es um die Themen Rauschgit, Drogen, Sucht u.ä. geht, dann wird es im bundesdeutschen Zeitungsblätterwald zappenduster. Bürgerliche Zeitungen berichten entweder nur über kriminalistische Sensationen oder tragische Schicksale bzw. bauen ihre Erklärungsversuche meist auf dem „Heile Welt-Bild" auf (z.B. die sogenannten verlorenen Erziehungsideale), und daraus abgeleitet haben ihre Lösungsvorschläge zu diesem Problem fast immer unterdrückende Maßnahmen zum Inhalt (Verschärfung der entsprechenden Gesetze zur Abschreckung oder Bestrafung,Knast oder unmenschliche psychiatrische Behandlungen als Entziehungskuren.

Die linke Presse macht es sich hingegen in letzter Zeit ganz leicht, sie drückt sich einfach vor der Auseinandersetzung mit dieser Frage oder spricht nur Teilausschnitte an. Eine Ausnahme allerdings machte der Artikel im AK 126 „Ein ganz normales kapitalistisches Geschäft".

Und doch, so ganz haut's auch dort nicht hin: nicht alle Rauschmittel sind nur „verkaufte Träume",um deren Verbraucher von den Ursachen und der möglichen Veränderung ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Lage abzulenken. Es gibt hinsichtlich der Art und der Menge des Verbrauchs bestimmter Rauschmittel qualitative Unterschiede.

Jede Droge birgt in ihrem Gebrauch immer die Gefahr der Gewöhnung und Abhängigkeit. Das älteste Beispiel — und immer noch das beste — ist der Unterschied, zwischen dem gelegentlichen Genießer eines Schoppen Weins und dem Alkoholiker:auf der einen Seite der maßvolle, kontrollierte Gebrauch, auf der anderen der Kontrollverlust bis zur Abhängigkeit. Wo liegen aber die Ursachen für mißbräuchlichen Umgang mit Drogen? Selbstverständlich – und damit haben die Verfasserinnen bzw. die Verfasser des Artikels vollkommen recht – beruht der hauptsächliche Grund einer Drogenabhängigkeit immer auf der gesellschaftlichen Lage des betreffenden Menschen. Ökonomischer und politischer Druck und die daraus entstehenden persönlichen Schwierigkeiten sowie das kapitalistische System selbst, in dem ja sogar die Träume zur Ablenkung von den eigentlichen Schwierigkeiten gewinnträchtig vermarket werden – bis hin zum schleichenden oder raschen Tod – sind die Hauptursachen für Drogenabhängigkeiten. Soweit stimmt die grundsätzliche Aussage des Artikels.

Mein Einwand betrifft einen Nebenaspekt: Warum müssen Timothy Learys Beiträge zur Drogenfrage und dieser eine Satz „ ... und wenn ich Dope nahm, dann war ich jemand" dafür herhalten, mal wieder alles in einen Topf zu schmeißen? Wer Hanferzeugnisse, LSD, Opiate, Alkohol und die Erzeugnisse der pharmazeutischen Industrie über einen Kamm schert und mit dem gemeinsamen Stempel „Verkaufte Träume" versieht, der macht es sich zu einfach. Zum einen stellt sich die Frage nach den Unterschieden z.B. zwischen dem kokainschnupfenden Besucher der Nobeldiskotheken Sylts und Münchens, dem tablettenabhängigen werktätigen Menschen im Dauerstreß, der alkoholkranken Hausfrau und dem sich zu Tode spritzenden Jugendlichen ohne Lehrstelle. Alle haben ihre eigenen gesellschaftlichen Hintergründe, aber warum werden Menschen in gleichartiger Situation süchtig und gerade auch nicht?

Was für Gründe muß es also zusätzlich geben neben den gesellschaftlichen?

Zum anderen fällt auf, daß –wie allgemein üblich – Phantastica (Cannabis) und Halluzinogene (LSD) auf ein und dieselbe Stufe gestellt werden mit suchterzeugenden Rauschgiften.

Ich will nichts verharmlosen oder über die teilweise gleiche politische Funktion all dieser Drogen hinwegtäuschen, der Gebrauch der beiden erstgenannten löst auch ganz gewiß nicht die Revolution aus, zumal gerade in bestimmten Kreisen der bundesdeutschen Oberen Zehntausend auch mal an der (exklusiven, handgeschnitzten) Pfeife gezogen wird, aber es gibt inzwischen eine ganze Menge haschischrauchender Menschen in der BRD, die aktiv auf der fortschrittlichen Seite des politischen Kampfes teilnehmen. Im Gegensatz zum gelegentlichen Biertrinken wird darüber aus begreiflichen Gründen nur nicht gesprochen.

Ein AK-Leser

Antwort:

Um es klar zu sagen: Die Genossinnen und Genossen der Kinderkommission trinken nicht nur Milch. Allerdings hat uns der Leserbrief auch nicht veranlaßt, jetzt das gelegentliche Bierchen mit der gelegentlichen Haschpfeife zu vertauschen oder zu „ergänzen".

Dem Genossen geht es darum,zu unterscheiden zwischen der Rauschgiftsucht und dem „maßvollen Gebrauch". Dabei hat der Genosse sicherlich recht, wenn er einwendet, daß zu den objektiven Faktoren, die zur Rauschgiftsucht führen, auch subjektive Einflüsse hinzukommen. Wir haben schon versucht, das in dem angesprochenen AK-Artikel am Beispiel des Märkischen Viertel klarzumachen: Dieses ist gerade ein Schwerpunkt der „Drogenszene", weil dort für Jugendliche, denen die Lebensperspektive geraubt ist (Jugendarbeitslosigkeit), Umstände wie das Fehlen von Kommunikationsmöglichkeiten, eine total kaputte Architektur etc. h i n z u k o m m e n . Erfahrungsgemäß tragen auch Einflüsse der Erziehung dazu bei, den Griff zur Droge leichter zu machen: z.B. „Erziehungsmethoden", die keinen Raum zur Selbstständigkeit und zum Selbstbewußtsein lassen – und damit in gewissem Sinne für eine Abhängigkeit prädestinieren.

Umgekehrt ist es auch richtig,daß bestimmte subjektive Faktoren dazu beitragen können, nicht zur Droge, sondern zu etwas anderem, z.B.legalen „verkauften Träumen" zu greifen. Wenn der Genosse z.B. den *„tablettenabhängigen werktätigen Menschen im Dauerstreß"* oder die *„alkoholkranke Hausfrau"* anspricht, die auf Grund ihrer gesellschaftlichen Erfahrungen kaum den Schritt in die Drogenszene machen, um beim Dealer sich Heroin zu beschaffen.

Unausgesprochen, aber doch offensichtlich, möchte der Genosse aus der Tatsache, daß Drogenkonsum auch eine subjektive Seite hat, ableiten, daß ein subjektiv kontrollierter Konsum gewisser „leichter" Drogen ungefährlich, ja eventuell sogar ganz angenehm sei. Eine solche Sichtweise erscheint uns falsch:

Im Gegensatz zum Markt für Alkohol und Psychopharmaka ist der Drogenmarkt illegal. Das Betäubungsmittelgesetz bedroht den Konsum jeder Droge mit Strafen. Entsprechend halten wir es für politisch unklug – gerade für Menschen *„die aktiv auf der fortschrittlichen Seite des politischen Kampfes"* stehen – sich hier einer zusätzlichen Gefährdung auszusetzen. Es werden doch heute schon in bestimmten Fällen bei Hausdurchsuchungen Rauschgifte „gefunden", weil dies manchmal leichter ist als gleich „Terroristenwerkzeug" zu „finden".

Was noch wichtiger ist: Der illegale Charakter des Geschäftes mit Drogen hat diesem Markt auch eine besondere Struktur, die „Scene", aufgeprägt. Die Drogenkapitalisten versuchen , gerade über den „Genuß" leichter Drogen Jugendliche in diese Subkultur zu ziehen. An Westberliner Schulen z.B. beginnt das Anwerben für die Drogenscene damit, daß Schulkindern Psychopharmaka in Verbindung mit Alkohol angeboten werden – nach einiger Zeit folgen erst einmal „leichte Drogen". Und damit sind die Kinder und Jugendlichen dran an der Subkultur des Drogenmarktes. Und hier wiederum werden sie konfrontiert mit denjenigen,die den einzigen Lebensinhalt nur noch im Fixen von Heroin sehen können – und diesen Lebensinhalt zumeist auch noch in den schönsten Farben darstellen. Die Drogenkapitalisten haben zudem das Interesse, gerade solche Drogen an den Mann zu bringen – und werben über ihre Einzelhändler und Opfer für den Griff zur nächsthärteren Droge.

Diese Besonderheit des Drogenmarktes gilt es unserer Meinung nach zu beachten. Das heißt natürlich nicht, daß n u r dieser Markt darauf angelegt ist, zur Sucht zu verleiten. Das gilt ähnlich auch für Alkohol,Nikotin oder Psychopharmaka. Der Markt mit Rauschgit allerdings ist ungleich gefährlicher. Deshalb bleibt die Kinderkommission beim Bier.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

15 Drogen-Tote in diesem Jahr

Frankfurt: Am 11.5.1978 wurde in einer U-Bahn-Toilette das 15.Todesopfer des Heroinkonsums in Frankfurt in diesem Jahr gefunden. Damit hat sich in Frankfurt, einer der Drogen-Metropolen der BRD, die Zahl der Todesopfer gegenüber 1977 drastisch erhöht. Damals war das 15. Opfer erst im November gemeldet worden.

Die Polizeibehörden äußerten die Vermutung, daß dieser Anstieg darauf zurückzuführen sei, *„daß hierzulande ein Stoff auf dem Markt ist, der entweder extrem hochprozentig oder aber mit einem verheerend wirkenden Zusatz angeboten wird"* („Frankfurter Rundschau",12.5.78).

Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß im Rhein-Main-Gebiet schätzungsweise 2.500 Menschen heroinsüchtig seien.

Der jetzt tot aufgefundene 23jährige begann 1972 mit der Einnahme von Haschisch, nahm dann LSD und ab 1973 Heroin. Wiederholt war er in ärztlicher Behandlung.

Daß diese nichts bewirkt hat, wird erklärlich, wenn man sich anschaut, wie ärztliche Drogentherapie in der BRD läuft. Ein heute 23jähriger berichtet über seinen Aufenthalt in einem psychiatrischen Krankenhaus: *„Dort wurde ich zusammen mit Selbstmördern, Depressiven und Schizzophrenen eingesperrt. Wenn ich einen Anfall bekam, haben mich zwei Leute festgehalten und der dritte hat mir eine Spritze in den Hintern gejagt.. Medizinisch bin ich überhaupt nicht behandelt worden".* Nach der Verlegung in eine „offene Abteilung"sah es so aus:*„Da standen die Bierkästen auf den Gängen rum. Drogen konnte man über die Pfleger beziehen".* Ohne medizinische Betreuung halten schon eine ganze Reihe von Abhängigen diesen „körperlichen Entzug" nicht durch. So wurde Mitte April ein Heroinopfer gefunden, das erst am 1. April aus dem „körperlichen Entzug" entlassen worden war.

Weiterführende Einrichtungen, die über längere Zeit in der Gruppentherapie auch den „psychischen Entzug" vom Rauschgift und von der Rauschgiftszene durchführen,stehen kaum zur Verfügung – in Hessen gibt es keine Fachklinik, die dies übernimmt („Frankfurter Rundschau", 19.4.78)

Für ehemals Rauschgiftabhängige, die trotzdem einen Therapieplatz finden, besteht das nächste Problem im Clinch mit den Krankenkassen. Der Versicherungsträger BFA *„kann Entziehungskuren wegen Drogenabhängigkeit (nur) gewähren, wenn zu erwarten ist, daß der Betreute in absehbarer Zeit voraussichtlich in Beruf und Gesellschaft wieder eingegliedert werden kann oder eingegliedert bleibt und zu erwarten ist, daß er drogenabstinent leben wird".*

Dieser Versicherungsträger weigert sich zudem, die Unterbringung in anderen Einrichtungen als Landeskrankenhäusern zu finanzieren.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Uni-Kinderhort soll geschlossen werden

Bochum: Die Kindertagesstätte (Kitag) an der berüchtigten Beton- und Selbstmorduniversität Bochum ist von der Schließung bedroht. Davon betroffen sind 115 Kinder in 8 Gruppen und 29 Arbeitskräfte. 70 Studenten müßten bei Schließung der Kitag ihr Studium aufgeben!

Die Kitag ist bislang in Holzbaracken untergebracht, die extrem feuergefährdet sind. Zwei Gebäude dieser Art sind in den vergangenen Jahren Opfer der Flammen geworden. Seit Dezember 1976 stand daher fest, daß die Kitag nicht in diesen Räumlichkeiten verbleiben kann. Die betroffenen Eltern und Kinder wurden über 1 1/2 Jahre mit Versprechungen und Vertröstungen der Uni-Behörden und des Wissenschaftsministeriums hingehalten. Mittlerweile aber haben die Verantwortlichen die Katze aus dem Sack gelassen: Die Kitag soll geschlossen werden, lediglich die Säuglingsgruppe soll an der Uni erhalten bleiben – allerdings auf Kosten der linken Studentenkneipe RUB-PUB, die dazu ihre Räumlichkeiten hergeben müßte (Womit für viele ihre „lezte Oase" in der Uni-Betonwüste verlorengehen würde).

Ausweichmöglichkeiten für die betroffenen Eltern gibt es nicht. **Ohnehin existiert außer der Uni-Kitag in ganz Bochum nur e i n e Kindertagesstätte!**

Die betroffenen Eltern und Kinder wollen sich wehren: Sie sind verschiedentlich an die Öffentlichkeit getreten, haben eine Unterschriftenaktion angekurbelt und auf der 1.Mai Demo in Bochum dem vom DGB angekarrten Wirtschaftsminister Rau ihre Forderungen unter die Nase gerieben.

Kurzmeldungen

Arbeitsdienst gegen Jugendkriminalität

Es ist zu befürchten, daß das, was jetzt in München gegen „straffällig" gewordene Jugendliche praktiziert wird, als Reform und Humanisierung verkauft wird: Dort erhalten *„diejenigen Jugendlichen, die ihre Straftat gestehen und zur Sühne bereit sind – ob sie nun ein Auto 'geknackt' oder randaliert haben – ... eine ungewöhnliche Chance. Statt Geldstrafen oder Freiheitsstrafen verhängen die Münchner Jugendrichter in den nächsten drei Jahren bei 'geeigneten' Jugendlichen den 'Gemeinschaftsdienst' "* („Tagesspiegel", 7.5.1978).

Geleistet wird der „Gemeinschaftsdienst" z.B. durch Reinigen von U-Bahn-Waggons, Möbeltragen, Hilfsdienst im Krankenhaus etc.

Daß es bei diesem „Arbeitsdienst" nicht wirklich darum geht, den betroffenen Jugendlichen eine Chance zu geben, liegt auf der Hand: Sie werden allemal bestraft, an ihrer Situation ändert sich gar nichts – und damit bleiben auch die Gründe bestehen, die dazu führen, mal zu „randalieren" oder ähnliche „Verbrechen" zu begehen. Vorteilhaft ist dieser „Arbeitsdienst" jedoch für den Staat, *„denn es werden teure Strafverfahren und Unterbringungen im Jugendarrest, der als kostspielig gilt, eingespart"* (ebd.).

Strafen gegen Schulschwänzen

Ein deutliches Ansteigen des Schulschwänzens, „Schlupflichtverletzungen" genannt, ist in Hessen festgestellt worden. Im Regierungsbezirk Darmstadt nahm dieses „Delikt" um 5% auf 2.476 Fälle im Jahr 1977 zu, im Regierungsbezirk Kassel um 16% auf 718 Fälle.

Die Übersicht zeigt weiter, daß drakonische Strafen bis zu Haftstrafen wegen Schulschänzen immer mehr zur Alltäglichkeit werden. 2.443 Bußgelder wurden verhängt (zwischen 50 und 300 DM). In Darmstadt wurden 17 Strafanzeigen gestellt, im Regierungsbezirk Kassel vier Jugendstrafen von sechs bis acht Monaten zur Bewährung verhängt, einmal sogar acht Monate ohne Bewährung!

„Von der Maas bis an die Memel" – das war wohl nix !

Westberlin. Etwas zu weit ging Ende April der Charlottenburger CDU-Volksbildungsstadtrat Hartmut Röseler in Sachen nationalistischer Indoktrination an den Schulen. Unter Berufung auf einen Erlaß der SPD-Senatsschulverwaltung aus dem Jahre 1975 wollte er den Text der „Nationalhymne" der BRD an alle Schüler von der Klasse 4 an verteilen lassen. Im Gegensatz zur gängigen Praxis in anderen Bundesländern ließ Röseler allerdings gleich alle drei Strophen des „Deutschlandliedes" verteilen – also auch die Strophe *„Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt. Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt".*

Das Ergebnis: Wortgewaltiger Protest der SPD, der FDP, des DGB. In einer u.a. von 10 SPD- und FDP-Senatoren unterschriebenen Zeitungsanzeige *„Gegen den Mißbrauch der Nationalhymne"* wurde zu einer Protestkundgebung in der Technischen Universität aufgerufen. Diese beschloß eine Resolution, *„wonach alle Parteien in der Bezirksverordnetenversammlung Röseler 'geschlossen' abwählen sollten"* („Tagesspiegel", 12.5.1978).

Auch die CDU-Führung in Westberlin distanzierte sich vorsichtig von ihrem Parteifreund – allerdings mit sehr interessanten Argumenten: Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus Lummer meinte, *„daß bei Röseler nicht das richtige Gespür vorhanden ist für das, was im Moment richtig und möglich ist"* („Tagesspiegel", 11.5.78).

Derart „alleingelassen" stimmte auch Stadtrat Röseler am 11.5. zu, daß die Verteilung zurückgenommen wird. Das wird ihm umso leichter gefallen sein, als ihm am Tag zuvor ein anderer Streich gegen die Schüler in Charlottenburg gelungen war: *„Eine Schweigeminute für den von Terroristen ermordeten italienischen Politiker Aldo Moro hat gestern in den Schulen des Bezirksamtes Charlottenburg stattgefunden. Die Ehrung war von Volksbildungsstadtrat Hartmut Röseler (CDU)angeordnet worden"* („Tagesspiegel", 11.5.)



Vorzensur - mehr und mehr »Normalfall«

Der Intendant des Saarländischen Rundfunks (SR) Hubert Rohde hat angekündigt:

„...*Er werde den Programmbeirat des SR an der Vorplanung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen beteiligen. Nicht die Kritik im nachhinein, sondern die Mitarbeit von Anfang an – so lautet Rohdes Devise. Der SR-Intendant verspricht sich davon mehr Wirksamkeit und weniger Konflikte.*" („FR", 10.5.78)

Mit diesem Beschluß legitimiert Rohde ein Vorgehen, daß zum Ziel hat, den Sendeanstalten eine Zensurbehörde vorzuschalten, ohne deren Genehmigung nicht eine Sendeminute zu hören oder zu sehen sein wird. Man darf gespannt sein, ob nach der in diesem Jahr von der Schleswig-Holsteinischen CDU angekündigten Aufkündigung des NDR-Staatsvertrages, Stoltenberg dieses „Rohde-Modell" ins Feld führen wird, wenn es darum geht, einen neuen Staatsvertrag auszuhandeln.

Beim Südwestfunk (SWF) wird ein entsprechendes Vorgehen schon praktiziert:

– Im Oktober 1977 wurde dem Fernsehausschuß des SWF-Rundfunkrates der Film „Eleonore Poensgen" vorgeführt, während im Sender sich noch heftig darüber auseinandergesetzt wurde, ob der Film gesendet werden sollte oder nicht. Dieser Film war der Versuch einer journalistischen Rehabilitation einer Frau, die im Zusammenhang des Ponto-Attentates im Klima der Terroristen-Hetze durch die Massenmedien – hier natürlich an vorderster Front: Springers „BILD" – in einer widerwärtigen Kampagne als „Terroristin" beschimpft und fertiggemacht wurde. Dieser Film wurde u.W. nicht mehr gesendet.

– Im Hörfunk des SWF wurde der Leiter der Redaktion „Aktuelle Kultur" wegen einer Sendung vor den Hörfunkausschuß zitiert, „*die weder bis dato gesendet war noch auf Grund der geschwundenen Aktualität jemals gesendet werden wird.*" („FR", 10.5.78) Es ging dabei um den Kommentar der Theologin Dorothee Sölle zur politischen Situation in der BRD zur Zeit der Schleyer-Entführung. Sölles Beitrag ist inzwischen u.a. in dem Rowohlt-Band „Briefe zur Verteidigung der Republik" enthalten.

Lapidar erklärte dazu der Ausschuß: „*Der Ausschuß billigt den Beschluß der Betriebsleitung, einen Beitrag der Theologin Dorothee Sölle nicht zu senden. Dazu hat der Ausschuß den Sendetext überprüft, sich die Entscheidungsgründe der Betriebsleitung darlegen lassen und den Vorgang mit dem zuständigen Redakteur erörtert.*" („FR", 10.5.78)

Der Ausschuß der Programmitarbeiter im SWF hat gegen diese Eingriffe protestiert. „*Die Stellungnahme des Programmitarbeiter-Ausschusses durften allerdings nicht veröffentlicht, nicht einmal am Schwarzen Brett im SWF ausgehängt werden.*" („FR", 10.5.78)

Medien-Kommission



»Schmetterlinge« gewerkschaftsschädigend?

Das „Junge Forum" in Recklinghausen organisierte die „ran-fete" der DGB-Jugend am 3.6.78. Dazu hatte das „Junge Forum" auch die bekannte österreichische Polit-Rockgruppe „Schmetterlinge" eingeladen. Auf der Verwaltungsausschußsitzung des Forums am 15.3.78 wurde ein Beschlußantrag des DGB-Bundesvorstandes vorgelegt, der forderte, den Vertrag mit den „Schmetterlingen" zu lösen. Dieser Beschlußantrag war auf der Grundlage eines Antrages des DGB-Landesbezirks Westberlin zustandegekommen, der den „Schmetterlingen" „gewerkschaftsunsolidarisches Verhalten" vorwarf. Die „Schmetterlinge" hatten im letzten Jahr auf der 1.Mai-Veranstaltung der DGB-Führer gespielt und sich dabei über den „Muttertagscharakter" gewundert und zur Beteiligung an der Demonstration aus dem DGB ausgeschlossenen GEW-Berlin aufgerufen.

Während der Verwaltungsausschuß das Ansinnen der DGB-Führer am 15.3.78 zurückwies, stimmte er auf der Sitzung vom 25.4.78 dem Antrag zu. Der Geschäftsführer des „Jungen Forum" erklärte, daß er sich zu diesem Beschluß im absoluten Gegensatz befinde und verfaßte eine persönliche Erklärung, in der es u.a. heißt:

„*Ich bin der Meinung, daß die vorgetragenen Argumente keine ausreichende Begründung für ein Auftrittsverbot sein können. Für mich steht diese Entscheidung auch im krassen Gegensatz zu Haltung und Forderungen des DGB und der Einzelgewerkschaften gegen Zensur, Absetzung von Theaterstücken, Absetzen von Sendungen, Kündigungen von fortschrittlichen Redakteuren oder auch die Forderung nach Meinungs- und Auftrittsfreiheit von Regimekritikern in der DDR oder anderen Ländern des Ostblocks.*

Zum anderen kann ich auch die taktischen Erwägungen nicht teilen, daß – wenn man einem solchen Beschluß nicht entspricht – alles nur noch schlimmer wird. Kann es überhaupt noch schlimmer werden? (...) Bei der nächsten Sitzung können wir uns dann evtl. damit beschäftigen, den Vertrag mit Erich Fried zu lösen, da er ja entschieden für das Russell-Tribunal aufgetreten ist, das ja laut Kollege Vetter auch nicht mit der gewerkschaftlichen Grundidee vereinbar sein soll (...).

Unter diesen Umständen ist eine weitere programmatische Kulturarbeit im „Jungen Forum" für mich kaum sinnvoll und möglich. An sich ist sie für keinen möglich, der die Ansicht vertritt, daß die „Freiheit unteilbar" ist, die Freiheit der Kunst im gewerkschaftlichen Sinne – denn das ist den „Schmetterlingen " ja bisher noch nicht abgesprochen worden!

Recklinghausen, den 26. April 1978

(Horst Michael Braun)

Medien-Kommission

Nachrichtensperre - fester Bestandteil der »Pressefreiheit«?

Medien-Kommission

Nachrichtensperre - fester Bestandteil der »Pressefreiheit«?

Bauernkriege kaum als Religionskriege, sondern als „der Freiheit Morgenröte", sieht, wie in den bürgerlichen Revolutionen das Proletariat von der Bourgeoisie verraten wurde, erfährt, wie angesichts der Pariser Commune die Feindschaft zwischen der Herrschenden Deutschlands und Frankreichs flugs dem gemeinsamen Herrschaftsinte
schaft zwischen den Herrschenden Deutschlands und Frankreichs flugs dem gemeinsamen Herrschaftsinteresse weicht, erkennt, daß die Oktoberrevolution 1917, weil „da war was neu, die Partei", und lernt auch, daß der Faschismus allemal noch die brutalste Herrschaftsform des Kapitalismus ist.

Textheft, Format A5, 70 Seiten, DM 5,–

LIEDER FÜRS LEBEN
Liederheft mit Noten im Format A4, kartoniert, 50 Seiten, DM 10,–

Beides zu erstehen über
J. REENTS VERLAG, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50
Lieferbedingungen siehe letzte Seite (Großanzeige)

Regierungssprecher Bölling hat zu verstehen gegeben, daß auch in Zukunft mit Nachrichtensperren zu rechnen ist: „*Es wird mit Gewißheit auch in künftigen Situationen, die wir nicht ausschließen können, notwendig sein, für die Exekutive, für die Polizei, für das Bundeskriminalamt, für das Innenministerium, für alle, die da Funktionen zu erfüllen haben, bestimmte Nachrichten mindestens zeitweilig nicht zu veröffentlichen.*" („FR", 1.5.78)

Spätestens hier sollten die Demokraten in unserem Lande noch einmal darüber nachdenken, ob es sich bei den Maßnahmen der Bundesregierung im Herbst letzten Jahres, so auch der Nachrichtensperre, tatsächlich nur um ein übernervöses, aber einmaliges Ausflippen aus „den Bahnen des Rechsstaates" gehandelt hat. Was die „Frankfurter Rundschau" als einzige Zeitung in knapp 30 Zeilen vermeldet, ist nichts weiter, als daß die Bundesregierung das Mittel der Nachrichtensperre-sprich Außerkraftsetzung des Grundrechtes auf Informations-und Pressefreiheit – als legitimes „Recht" verstanden wissen möchte.

Bölling hat auch kein Interesse daran, daß sich die Presseorgane, vor allem die entscheidenden Verleger und Chefredakteure lediglich einer höheren Staatsräson fügen, sondern selber aktiv gemeinsam mit den Regierungs- und Staatsschutzstellen kooperieren. Dazu möchte Bölling einen Kreis von Interessierten schaffen, – (sollte es sich hier etwa um Keime einer im Aufbau befindlichen zentralen Pressebehörde handeln?) in dem er darüber reden möchte, bestimmte Nachrichten nicht zu senden oder zu drucken. „*Aber mein eigentliches Motiv ist, die Presse zu einer freiwilligen Zurückhaltung nicht zu überreden, sondern sie anzuregen, bestimmte Überlegungen der Regierung mitzuvollziehen.*" („FR", 1.5. 78)

Anwalt von B. Dickmann will Verfassungsklage

Wie wir im AK 125 (S.41) berichteten, hatte die Journalistin Barbara Dickmann für den Hessichen Rundfunk im November über einen RAF-Prozeß vor der Frankfurter Staatsschutzkammer berichtet und dabei die Prozeßführung der Staatsschutzkammer unter dem Vorsitz des Richters Schäfer kritisiert und gesagt, daß das Gericht bei Vorliegen von Aussage gegen Aussage „*ein Hintertürchen für die Verurteilung gefunden*" habe: „*Also nicht in dubio pro reo*", sondern in diesem Prozeß „*im Zweifel gegen den Angeklagten.*"

Schäfer ließ daraufhin verbreiten, daß die Journalistin Dickmann „*nachlässig recherchiert und ihre Informationspflicht verletzt*" habe, was nahezu dem beruflichen Rufmord gleichkommt. Barbara D. beantragte daraufhin beim Landgericht Frankfurt eine einstweilige Verfügung (e.V.) um Schäfer diese Behauptung zu untersagen, was dieses ablehnte. Ebenso lehnte die Berufungsinstanz, das Oberlandesgericht Frankfurt (OLG), die e.V. ab. Das OLG erklärte dazu, daß die Äußerungen Frau Dickmanns „*nahezu unverhüllt*" den Vorwurf einer „*Rechtsbeugung*" durch das Gericht beinhalte. Daher sei Schäfer, so wörtlich: „Zum Gegenschlag" berechtigt gewesen.

Der Anwalt der Journalistin, Egon Geis, erklärte dazu, daß das OLG seinen Beschluß offensichtlich aufgrund einer Reihe „sachfremder Erwägungen" getroffen habe. Es solle damit der Gerichtsberichterstattung künftig keine „massive Kritik" mehr gestattet sein. „*Es ist nicht rein zufällig, daß sich die Affaire an einem RAF-Prozeß entzündete.*" Geis meinte, Journalisten, die über solche Verfahren berichteten, könnte in Zukunft „*keine Rechtsabteilung mehr schützen, wenn sie sich nicht mit dem Abdruck von stenographischen Protokollen aus der Verhandlung begnügen wollen.*" (nach „FR", 10.3.78)

Was die Staatsschützer in Frankfurt anstreben, versucht der Springer-Konzern mit Hilfe der Klassenjustiz an Günter Wallraff zu exerzieren: Das Beschränken journalistischer Tätigkeit auf das Abschreiben offizieller Public-Relations-Schreiben der Kapitalisten über ihre Betriebe. (siehe dazu AK 124 Interview mit G. Wallraff)

Rechtsanwalt Geis ist aber nicht bereit aufzustecken und hat angekündigt, daß er diesen Fall vor das Bundesverfassungsgericht bringen wird.

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

»Bild« geht in Frankfurt in die Offensive

Am Montag, den 17.April mußte die demokratische Öffentlichkeit in Frankfurt die Bekanntschaft mit einer neuformierten „BILD" machen. Springers Hetz- und Lügenblatt erscheint seit diesem Tage als Lokalausgabe Frankfurt, mit auf den Großraum Frankfurt ausgerichtetem Anzeigenteil und der Absicht, ebenso massiv wie in Hamburg oder Westberlin, in die politischen Auseinandersetzungen gegen jegliche fortschrittlichen Ansätze einzugreifen.

Bis dahin sah sich der Springer-Konzern in Frankfurt nur ungenügend vertreten. Zwar druckte Springer bei der Frankfurter Societäts-Druckerei seit mehr als zwanzig Jahren im Lohnauftrag die „BILD" für die Verbreitungsgebiete Hessen, Saarland und Rheinland-Pfalz bei einer Aufllage von über einer Million Exemplaren täglich. Diese „ BILD"-Konzeption war aber nicht auf lokale Inhalte ausgerichtet, und deshalb auch noch kein wirksames Propaganda-Instrument in Frankfurt selbst. Dort sahnte noch die Konkurrenz ab: Sowohl die „Frankfurter Neue Presse", (Auflage: 147 000) als auch das Boulevard-Blatt „Abendpost-Nachtausgabe", beide gedruckt und verlegt von dem Druck- und Verlagshaus „Societät" (Auflage: 173 000). Obwohl beide Blätter politisch auf der selben antikommunistischen und erzreaktionären Welle reiten, wie der Springer-Konzern, hält das diesen nicht davon ab, mit seinem eigenen Machwerk in Frankfurt einzusteigen. Die Tage sind gezählt, bis „Frankfurter Neue Presse" und „Abendpost-Nachtausgabe" ein Dasein unter Springers Gnaden führen werden, wie schon in Hamburg die SPD-nahe „Morgenpost" und in Westberlin der „Tagesspiegel".

Um die „neue Bild" erstellen zu können hat Springer den für die „Societätsdruckerei" nicht unerheblichen Druckauftrag von täglich einer Million Auflage „BILD" aufgekündigt und den technisch weiterentwickelteren Druck- und Verlagshaus Frankfurt (Verlag der „Frankfurter Rundschau", Auflage 193 000) zugeschlagen.

Diesen Großauftrag hat die „Frankfurter Rundschau" nur bekommen, nachdem sie zusagte, kräftig in ihrem Druckhaus in Neu-Isenburg zu investieren. Für den Großauftrag stellten sich die Kapitalisten, über Leasing finanziert, eine Großoffset-Rotation ins Haus. Fotosatz und Satzrechner wurden von Springer gepachtet. Betriebsleitung und Chefredaktion sehen in diesem Geschäft mit Springer nur Vorteile . Der Springer-Auftrag habe die Arbeitsplätze der Redakteure der Frankfurter Rundschau (FR) gesichert. Der Betriebsratvorsitzende Hans Georg Fritz betont ebenfalls, daß der Auftrag die Arbeitsplätze in der FR-Redaktion und an den Druckmaschinen sicherer gemacht habe. Zusätzlich seien auch noch neue Arbeitsplätze geschaffen worden. 170 Leute seien extra für die Rollenoffsettechnik neu eingestellt worden.

Was heute noch dem Frankurter Verlagshaus „Segen" bringt, kann morgen schon ein Druckmittel des Springer-Konzerns gegen eine Verlagsanstalt sein, die bei sich Drucker beschäftigt, die bereit waren, u.a. mit der Herstellung einer eigenen Zeitung den Kapitalisten und deren Aussperrungsterror anläßlich des jüngsten Druckerstreiks Paroli zu bieten. Kritische Anmerkungen darüber, ob die „liberale" „Frankfurter Rundschau" sich nicht auch in politische Abhängigkeit begebe, wischt der Chefredakteur Werner Holzer mit dem Argument vom Tisch: „*Auf diese Zeitung kann kein Druck ausgeübt werden. Davor haben wir uns mit eindeutigen Verträgen geschützt.*" („Vorwärts", 4.5.78)

Springer läßt seine „neue BILD" mit zusätzlich vier Seiten und einer täglichen Auflage von 260 000 Exemplaren auf den Zeitungsmarkt schwemmen.

Den Auf- und Ausbau von „BILD"-Frankfurt hat die Hamburger Zentrale entsprechenden „Fachleuten" übertragen. Der bisherige BILD-Chef in Frankfurt bekam den bisherigen Lokalchef der BILD-Hamburg, Thomas Leichsenring, vor die Nase gesetzt. Um auch gleich entsprechendes „Hamburger Klima" zu schaffen, ließ Leichsenring in jedem Stockwerk der Redaktionsetagen einen zivilen Werkschutzbullen postieren. Der Versuch, bei Redakteuren und anderen Kollegen die Taschenkontrollen einzuführen, scheiterte vorerst am Protest des Betriebsrats. Schon beim Landtagswahlkampf in Hessen werden Dregger und Co. die Unterstützung durch BILD zu schätzen wissen. Konnte doch Frankfurts CDU-Bürgermeister Wallmann sich jetzt schon in einem Interview von seiner „besten Seite" darstellen. Springers Wahlunterstützung für Dregger beschränkt sich aber nicht nur auf BILD- Frankfurt. Sein Ullstein-Verlag produziert die Wahlkampf-Werbespots der hessischen CDU.

(nach „Vorwärts" Nr. 18,4.5.78)

Medienkomission
KB/Gruppe Hamburg

Jusos gegen Bedrohung der Rundfunkfreiheit

Anläßlich der bevorstehenden Kündigung des NDR-Staatsvertrages durch die schleswig-holsteinische Landesregierung führen die Jusos Schleswig-Holsteins eine Kampagne „Rettet die Rundfunkfreiheit" durch.

Ziel der Kampagne ist es, klarzumachen, daß die CDU/CSU „immer ungenierter versuchen, Einfluß auf Rundfunk- und Fernsehprogramme zu nehmen und kommerzielle Sender zu ermöglichen". („KN", 6.5.78)

Auf dem Programm der Kampagne stehen neben Podiumsdiskussionen auch Straßentheater-Aktionen, mit denen auf die „Gefährdung der Rundfunkfreiheit" aufmerksam gemacht werden soll.

KB-Gruppe Kiel



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Filbinger: Damals wie heute Aufruf für eine »Walter Gröger-Universität«

Als im Jahre 1933 oder 34 ein Jura-Professor seinen gebannt lauschenden Hörern erklärte, daß dem Reichsstrafgesetzbuch noch die einheitliche weltanschauliche Grundlage fehle, die der Nationalsozialismus nun aber endlich geschaffen habe, und als er dann noch über die „Blutsgemeinschaft", die „Schädlinge am Volksganzen" und die zukünftigen, einschneidenden Veränderungen im Strafrecht dozierte, huschte der Füllfederhalter eines Studenten besonders eifrig über das Papier. Kurze Zeit später publizierte der folgsame Jura-Student in den klerikal-faschistischen „Werkblättern" seine erste „wissenschaftliche Arbeit" mit dem Titel „*Nationalsozialistisches Strafrecht- Kritische Würdigung des geltenden Strafgesetzbuches auf die kommende Strafrechtsreform*". Er hatte gut zugehört.

„*Erst der Nationalsozialismus schuf die geistigen Voraussetzungen für einen wirksamen Neubau des deutschen Rechts...Ein Gesetzbuch ist immer Ausdruck der Gesinnung seiner Schöpfer und der geistigen Verfaßtheit eines Staates*". Eines Staates, den der angehende Richter als einen „*geistigen Ort*" bezeichnete, „*in dem sich alle Glieder der Volksgemeinschaft in einem ständig erneuerten Akt geistiger Hingabe treffen*". Daß „*die Blutsgemeinschaft...rein erhalten und die rassisch wertvollen Bestandteile des deutschen Volkes planvoll vorwärtsentwickelt werden*" müssen, hatte er ebensogut begriffen wie die Notwendigkeit, daß „*die Schädlinge am Volksganzen..., deren offenkundiger verbrecherischer Hang immer wieder strafbare Handlungen hervorrufen wird..., unschädlich gemacht*" gehören.

Der besagte Jura-Student ist natürlich kein geringerer als Hans Filbinger. 10 Jahre später verhängte er ganz im Geiste seines Aufsatzes, aber mit jener „*antinazistischen*"Gesinnung, die er ständig in sich getragen" hat, ein

Geiste seines Aufsatzes, aber mit jener „antinazistischen"Gesinnung, die er ständig in sich getragen " hat,ein

Todesurteil und überwachte mit eiskalter Routine seine Vollstreckung.

Filbinger hat also seine antinazistische Gesinnung nicht nur in sich getragen, „*sondern auch sichtbar gelebt*" (Filbinger über Filbinger). Einer zumindest (wieviele eigentlich noch?) ist jedoch Zeuge des Gegenteils. Und auch der erwähnte Aufsatz kann den „Antifaschisten" Filbinger nicht erschüttern. Denn: „Ich habe nur geschrieben, was ich in Vorlesungen gehört habe. Ich habe das nie selbst vertreten".

Er hat alles nur in Vorlesungen gehört! Er hat sich dem Faschismus in einem „Akt geistiger Hingabe" unterworfen. Kritiklos, an den Lippen seiner Lehrmeister und des Führers klebend, ohne einen Gedanken an die Folgen zu verschwenden, die die von ihm geschluckte „Wissenschaft" notwendig haben mußte.

Kann man knapper und präziser den Leitgedanken des heutigen baden-württembergischen Hochschulgesetzes, der Hochschulpolitik seines Kultusministers auf den Punkt bringen? Ist das nicht in bestechender Einfachheit die Programmatik der „Hochschulreform":Nur das schreiben(denken, vertreten), was man in Vorlesungen hört?

Man nehme eine x-beliebige westdeutsche juristische Fakultät aus dem Jahre 1978. Strafgesetzbuch, Bürgerliches Gesetzbuch, Fallösungen, Klausuren. Der Student jur. wird acht Semester lang dazu getrimmt, nur das wiederzukäuen, was er in den Vorlesungen gehört und in den einschlägigen Fachwerken (deren Autoren z.T. eine ähnliche Vergangenheit wie Puvogel und Filbinger haben) gelesen hat. Dann wird dieser Student lernen, wie die heutige Rechtsordnung der „wehrhaften Demokratie" anzupassen ist: Kontaktsperre, § 88a, Berufsverbote...

Puvogel entwickelte in seiner Doktorarbeit die „*leitenden Grundgedanken zur Entmannung gefährlicher Sittlichkeitsverbrecher*" und zog 40 Jahre später den Hut vor dem „*geistigen Klima*", dem er sich als Student „*unterwerfen mußte*". Der hessische SPD-Präsident des Landesarbeitsgerichts Joachim schrieb 1939 von „*Negern und Juden, die aus der Gemeinschaft der Völker ausgestossen sind und ausgestoßen werden*". Er wollte sich seinen Berufswunsch nicht zunichte machen. Die Herren beschreiben nur ihren eigenen widerwärtigen Opportunismus, den sie heute wieder den als das Nonplus-ultra der Wissenschaft beibringen wollen.

Wieviel Jura-Studenten, die gnadenlos in die Pauk- und Konkurrenzmühle einer kruden rechtspositivistischen Juristenausbildung gepreßt werden, mögen als 27, 28jährige die „leitenden Grundgedanken bei der Isolierung politisch-motivierter Gewaltverbrecher am Beispiel des Kontaktsperregesetzes" als Examensarbeit oder als Dissertation niederschreiben? Grundgedanken, die sie in den Hörsälen 1978 von den juristischen Verfechtern der politischen Macht „gehört" haben.

Fürwahr, die Wissenschaft ist frei, vor allen Dingen „wertfrei"! Heute wie damals.

Die Biologen erkannten die genetischen Ströme, die zu einer wahren „Bluts- und Volksgemeinschaft" zusammenfließen, ebenso wie sie „wissenschaftlich exakt" die „Volksschädlinge", die Unverbesserlichen und deshalb zu Vernichtenden klassifizieren konnten. Der Politologe und Soziologe bejubelte die „wagemutige Idee" des Nationalsozialismus, aus einem Volk eine Gemeinschaft zu schmieden. Und der Jurist kodifizierte diese „einheitliche Weltanschauung", verhängte Todesurteile und überwachte Exekutionen. Kritiker wurden aus den Hörsälen geprügelt, von den Universitäten gejagt, verfolgt und in KZs geschleppt. Und der Student hörte zu, schrieb mit und absolvierte Prüfungen.

geschleppt. Und der Student hörte zu, schrieb mit und absolvierte Prüfungen.

Damals.

Und heute? Ist heute die Wissenschaft nicht die gleiche Hure, die sich den politischen und ökonomischen Machthabern ungeniert hingibt? Wird sie nicht mit den gleichen Methoden den Studenten in die Köpfe gedreht? Und sorgen nicht Politiker vom Schlage eines Filbingers dafür, daß diese Methode funktioniert? Durch Ordnungsrecht, Berufsverbote, Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaft und Polizei auf dem Campus.

„*Es muß jetzt ein Ende haben mit dem uferlosen Gewährenlassen und dem standpunktlosen Tolerieren von jedem, der Kritik an allem und jedem übt*" (Filbinger laut „Frankfurter Rundschau", vom 11.9.77).

„*Die Universitäten sind dazu da, daß Studenten lernen, und Hochschullehrer lehren und ansonsten Nobelpreise produzieren*" (Dregger). Heil Hitler, Herr Filbinger! Heil Hitler, Herr Dregger! Damit der Student nur das niederschreibt, was er in den Vorlesungen gehört hat, und er hinterher sagen kann: „Ich habe das nie selbst vertreten".

Filbingers „gutes Gewissen": pathologisch?

Die liberalen Kritiker Filbingers graben seine Vergangenheit aus, um „seine Fähigkeit zu trauern und zu bereuen" zu überprüfen. Sie müssen feststellen, daß Hitlers Richter ein „*pathologisch gutes Gewissen*" hat (Eppler) und „*unfähig ist, sich zu schämen*" („Frankfurter Rundschau", 24.5.). Die Frage, warum Filbinger seine damaligen Taten verteidigt, wie der Hund seinen Knochen, wird kaum und wenn, dann nur sehr zögernd, gestellt. Obwohl oder gerade: weil die Antwort auf der Hand liegt. **Filbinger war nicht nur ein „furchtbarer Jurist"(Hochhut), er ist auch ein Ministerpräsident. Er hat nicht nur eine faschistische Vergangenheit, sondern auch eine entlarvende Gegenwart! Die** Vergangenheit lastet auf Filbinger nicht wie ein Alp, weil diese in ihm quicklebendig ist. Er hat nicht nur nichts gelernt; er ist heute eifrig damit zugange, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Zurück zu den Zeiten, wo „*der Herd von Terror und Anarchie an den Hochschulen*" (Filbinger laut „Stuttgarter Nachrichten" vom vom 18.6.77) gelöscht wurde. Wo aufgeräumt wurde mit „*dunklem Gelichter, Räubern, Gewalttätern und Triebverbrechern, ... die (die) Sicherheit des Bürgers auf Straßen, und Plätzen, in Parkanlagen und vor dem Bankschalter, ja in den eigenen vier Wänden in Frage (stellen)*" (Filbinger in seinem 1972 erschienenen Buch „Entscheidung zur Freiheit").

Kein Filbinger in Baden — Württemberg

Filbinger hat in einer seiner Rechtfertigungen davon gesprochen, daß die gegen ihn inszenierten „Verleumdungen" eine „*Kampagne der extremen Linken*" sei („Frankfurter Rundschau", 23.5.). Wohlan, sie soll es werden! Bis zu seinem Rücktritt.

„ *Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg eröffnet eine Ausstellung, begrüßt eine Tagung in seiner Residenzstadt Stuttgart, spricht zu Lehrern und Schülern, nimmt sich der Witwen und Waisen an, doch immer ist der Schatten von Walter Gröger hinter ihm. Alle sehen es und schauen gequält in die Luft und zu Boden*" (Professor Maier in der „Zeit", 26.5.).

Das muß nicht sein! Warum gequält in die Luft oder zu Boden schauen? Man sollte Filbinger, wo immer er sich in der Öffentlichkeit zeigt, die Hinrichtung von Walter Gröger, die Aburteilung von Kurt Olaf Petzold wegen „Gesinnungsverfall", aber auch den Fall des Stuttgarter Schauspieldirektors Claus Peymann, den Fall Luise Rinser, Stammheim usw.usf. ins Gesicht schleudern. An den baden-württembergischen Unis sollten Filbinger-Tribunale stattfinden, die verhindern, daß in einigen Tagen Gras über die Sache wächst. Soll er sie doch verbieten! Soll er wie der Heidelberger Rektor Niederländer Hausverbote aussprechen!

Professor Maier hat in dem erwähnten Artikel die Frage gestellt „*Was mich das angeht?*" und geantwortet: „*Doch ein wenig. Ich lebe in Tübingen, bin dort auch Professor an der Universität. Vor allem aber: Was Menschen, die nach dem Grundsatz handelten „Befehl ist Befehl!" oder „Führer befiehl! Wir folgen!" in meinem Leben angerichtet haben, das bleibt unvergessen. Darum ist die Sache Hochhut und Filbinger auch meine Sache*".

Sollten wir die Sache Hochhut und Filbinger nicht zu einer Sache zwischen Filbinger und den Studenten machen, die der Scharfrichter von den Unis und aus dem öffentlichen Dienst scheuchen will? Der die Verfaßte Studentenschaft mit der Begründung liquidiert hat, sie sei „*ein Relikt der Nazi- Zeit*" das mit „*dem herrschenden liberalen Geist*" nicht vereinbar sei!

Drehen wir doch einmal den Spieß um! Zeigen wir dem Relikt der Nazi-

nicht vereinbar sei!

Drehen wir doch einmal den Spieß um! Zeigen wir dem Relikt der Nazi-

Zeit, daß er in Zukunft beides, seine Vergangenheit und seine Gegenwart nicht mehr los wird.

Ein erster Schritt könnte die Umbenennung der Tübinger Universität in „Walter Gröger Universität" bzw. der Stuttgarter in „Kurt Olaf Petzold-Universität" sein.



Kurzmeldungen

München. Als am 26. April der ehemalige AStA-Vorsitzende Schmidt mit sofortiger Wirkung relegiert, und sieben weiteren Studenten die Relegation angedroht wurde, wußten die Münchner Studenten, was der Unipräsident Lobkowitz gemeint hatte, als er im November letzten Jahres ankündigte, daß er „*gar nicht die Polizei brauche*", um linken Studenten „*langsam und genüßlich die Haut abzuziehen*". Der Möchte-Gern-Folterknecht begründete die Relegation damit, daß Schmidt „*einer der profiliertesten Wortführer der Verfechter der Fortführung der durch das Bayrische Hochschulgesetz abgeschafften Verfaßten Studentenschaft unter Weiterverwendung der Organbezeichnung ‚AStA'*" sei. Außerdem habe er, wie auch die anderen sieben Kommilitonen, an den beiden Studentenschaftsvollversammlungen des Wintersemesters teilgenommen. Uni VVs sind in Bayern verboten.

***

Hannover. Nachdem die letzten Studentenparlamentswahlen an der TU Hannover mit Erfolg angefochten wurden, fanden in der letzten Woche Neuwahlen statt, die folgendermaßen ausgingen:

Jusos	36,5%	18 Sitze
RCDS	18,4%	9 Sitze
LHV	8,1%	4 Sitze
MSB	9,3%	4 Sitze
SHB	7,5%	3 Sitze
KBW	2,0%	1 Sitz
KSV	2,0%	1 Sitz
Christl. Studenten	3,9%	1 Sitz
SBL (KB-Sympathis.)	7,2%	3 Sitze
KAB„D"	1,4%	–
Einzelkand.	1,6%	–

Die Wahlbeteiligung betrug nur 28,6%. Sämtliche Listen, mit Ausnahme der SBL, mußte empfindliche Stimmeneinbußen (relativ) hinnehmen. Die KB-Sympathisanten, die bei den letzten Wahlen noch gemeinsam mit dem LHV kandidierten, gewannen 30 Stimmen hinzu. Einzige Veränderung bei den Sitzverhältnissen. Die Jusos nahmen dem RCDS einen Sitz ab.

***

München. Der Münchner Stadtzeitung „Blatt„ entnehmen wir folgenden Auszug einer Presseerklärung von Anwälten, die verschiedene linke Gruppen gegen das bayerische KuMi verteidigte:

„*In zwei gleichlautenden Entscheidungen, die jetzt schriftlich vorliegen, hat das Bayerische Verwaltungsgericht München entschieden, daß die seit drei Jahren von der LMU München praktizierten Raumverbote gegen linke Gruppen rechtswidrig sind. Wir erinnern uns alle an die Festnahme von ca. 500 Studenten auf einer verbotenen Versammlung am 19.5.76. Ein Teil dieser Studenten ist inzwischen wegen Hausfriedensbruch verurteilt worden. Präsident Lobkowitz berief sich in diesen wie in anderen Fällen auf den Raumverbotserlaß. Aufgrund dieses Erlasses wurden seit 1975 linken hochschulpolitischen Gruppierungen an der LMU keine Hörsäle mehr zur Verfügung gestellt, während konservative Studentengruppen ihre Veranstaltungen durchführen konnten. Durch die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts wird dem Vorgehen der Univerwaltung gegen zahlreiche linke Gruppierungen an der Uni in den letzten Jahren nachträglich der rechtliche Boden entzogen. Gleichwohl sind Kultusministerium und Präsident Lobkowitz offenbar entschlossen, an der Raumverbotspraxis festzuhalten. In einem Schreiben vom 8.11. an die ADK, mit der eine Diskussion zum Thema „Gleichschaltung der Wissenschaft an den Hochschulen" verboten wird, heißt es, die Uni könne sich der Spruchpraxis des Verwaltungsgerichts aus grundsätzlichen Erwägungen nicht anschließen. Es muß ihnen daher anheimgestellt bleiben, die Raumzuweisung unter Zuhilfenahme des Bayerischen Verwaltungsgerichts zu betreiben.*"

Westberliner Professoren demnächst vor Gericht

Nun also doch. Die Rechtsakrobaten des 4. Senats des Kammergerichts (Oberlandesgericht) zu Westberlin haben das Verfahren gegen die Westberliner Herausgeber der „Buback-Dokumentation" zugelassen. Die große Strafkammer des Landgerichts hatte zuvor die Eröffnung des Hauptverfahrens mit der Begründung abgelehnt, daß zwar alle möglichen Straftatbestände im Buback-Nachrufe erfüllt seien, die Dokumentaristen sich jedoch „nicht erkennbar" den Inhalt des Nachrufs „zueigen gemacht" hätten — was auch die Kollegen aus der nächst höheren, endgültigen Instanz anerkannten.

Jedoch: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, und der Weg, den der feste Wille zur Verurteilung in Westberlin gefunden hat, führt schnurstracks in den Schlußakt des Buback-Dramas, der das ganze Stück mit bestechender Logik endgültig zur Groteske macht.

Das Gericht hat nämlich befunden, daß das Vorwort, das die Herausgeber der Dokumentation vorangestellt hatten, den Staat verunglimpft, und zwar schwer. Die Profs. hatten sich in der Begründung, warum sie den Nachruf abdrucken, zu der Behauptung verstiegen, daß die Verbreitung des Nachrufs („*von der Justiz und Polizeiorganen sowie von Hochschulleitungen verfolgt wird*" — aus dem Vorwort). Wie denn? Wo denn? Was denn? Der Buback-Nachruf, verfolgt? Zeugt diese „*maßlose*" und „*böswillige*" Verunglimpfung der Justiz, die seit Monaten kaum noch die Buback-Verfahren bewältigen kann, der Polizeiorgane, die Großrazzien zur Beschlagnahme des Textes veranstalteten, und der Hochschulleitungen, die mit der Amtsenthebung von Nachdrucker-ASten drohten... — zeugt diese Beleidigung der freiheitlichen Demokratie nicht von einer „*feindlichen Gesinnung*"? Richtig! Das zumindest erkannte der 4. Senat des Westberliner Kammergerichts gegenüber den Profs, die natürlich keineswegs verfolgt wurden, weder von der Justiz noch von Polizeiorganen oder Hochschulleitungen.

„*Während jeder Ansatz sozialistischer Kritik und Praxis erstickt werden soll, können sich faschistoide Tendenzen ungehindert breitmachen*" (Vorwort). Wer diese Wahrheiten ausspricht, hat „*das Grundrecht der Meinungsfreiheit verwirkt*", meinen die Richter und bestätigen diese maßlose und böswillige Wahrheit.

Die Professoren haben einen mit allen Mitteln des Polizeistaats verfolgten, verfälschten und verteufelten Text der Öffentlichkeit ungekürzt zugänglich gemacht. Sie haben dies mit der Verfolgung, Verfälschung und Verteufelung des Textes begründet. Damit haben sie „*die BRD der Willkür und der Unterdrückung der Meinungsfreiheit bezichtigt*"; ein Vorwurf, „*der auf die Willkürherrschaft des deutschen Faschismus anspielt*" („FR", 22.5.), also „*der schwerste ist, der überhaupt erhoben werden könne*" („FAZ", 18.5.). Die schwarzberobten Büttel des Staatsschutzes haben damit politische Willkür und Unterdrückung für unangreifbar erklärt: wer sie als solche benennt, macht sich strafbar. Wer das nun wieder als politische Willkür und Unterdrückung der Meinungsfreiheit bezeichnet ... usw.

Das Westberliner Kammergericht hat im übrigen einschlägige Erfahrungen in der Rechtssprechung zur Meinungsfreiheit samt ihren Grenzen erworben. „*Allerdings*", so schreibt die „FR", „*ging es in ... früheren Fällen jeweils um die Schutzwürdigkeit von zum Teil äußerst scharfer Kritik am linken politischen Spektrum*" („FR", 22.5.). Die hetzerische Behauptung eines Profs vom reaktionären „Bund Freiheit der Wissenschaft", an der FU Westberlin würden Personalmanipulationen vorgenommen, und „*Linke mit affenartiger Geschwindigkeit eingestellt*", während Rechte keine Chance hätten, wurde von den Richtern ohne die geringste Prüfung (!) des Sachverhalts als grundgesetzlich verbriefte freie Meinungsäußerung erkannt. Des weiteren wurde die Klage einer SPD-Studentin, die sich von der „Notgemeinschaft für eine Freie Universität" nicht als „*Helfershelferin einer kommunistischen Diktatur*" bezeichnen lassen wollte, vom gleichen Gericht mit dem gleichen Verweis auf die Meinungsfreiheit abgebürstet. Aber das zu erwähnen, hat lediglich statistischen Charakter für die gewöhnliche Praxis der Klassenjustiz.

„... maßlos in dem Ausdruck seiner Mißachtung"

Der vierte Senat des Westberliner Kammergerichts „weist" in seinem Beschluß detailliert „nach", daß der Buback-Nachruf gleich sieben Straftatbestände erfülle. Besonders originell ist die Begründung, warum der Nachruf auch eine „Billigung von Straftaten" darstellt. Zwar geht das Gericht offenbar davon aus, daß das Attentat auf Buback nicht gerechtfertigt wird, jedoch: „*Der Artikel enthält eine Billigung des Mordes an dem spanischen Ministerpräsidenten Carrero Blanco, denn der Verfasser schreibt, er habe 'bei der Himmelfahrt von Carrero Blanco' richtige Freude empfunden.*" Und das ist in den Kreisen, die den Faschisten Blanco geschätzt haben, natürlich verwerflicn und strafbar. (Im übrigen greifen die Richter damit das grundsätzliche verbriefte Widerstandsrecht im Faschismus an!) Entscheidend für eine Verurteilung der Profs ist allerdings allein das Vorwort der Dokumentation. Hierzu heißt es in dem Beschluß:

„In der Erklärung heißt es, es sei 'unter Strafe gestellt worden', den Nachruf zu veröffentlichen; jeder Ansatz sozialistischer Kritik und Praxis solle erstickt werden, während 'faschistoide Tendenzen' sich ungehindert breit machen könnten... Wesentlich zur Entscheidung der Frage, ob diese Äußerung eine Beschimpfung ... enthalten, ist ihr Sinn, so wie er unter Berücksichtigung des gesamten Zusammenhangs von einem unbefangenen und unverbildeten (!), aber auch sorgfältigen Leser verstanden werden kann... Eine Auslegung der zitierten Stellen nach diesen Maßstäben führt zu dem Ergebnis, daß die Angeschuldigten der BRD und ihren Ländern Willkür und Unterdrückung der Meinungsfreiheit vorwerfen. Sie sagen, die Veröffentlichung werde 'unter Strafe gestellt' und drücken damit aus, daß sie eigentlich gar nicht strafbar sei und deshalb die Verfolgung willkürlich geschehe. Dieser Gedanke wird vertieft (!) durch die Äußerung der 'exemplarischen Kriminalisierung' und 'Illegalisierung', der es entgegenzutreten gelte. Der Vorwurf der Willkür ist auch in der Äußerung enthalten, daß 'faschistoide Tendenzen' sich ungehindert breitmachen könnten. Mit dieser Äußerung wird die Erinnerung an die Willkürherrschaft des Dritten Reiches wachgerufen und der BRD vorgeworfen, in ihr herrschten gleiche oder zumindest ähnliche Zustände... Der beschimpfende Charakter dieser Äußerungen liegt in ihrem Inhalt. Der Vorwurf der Willkür und der Unterdrückung der Meinungsfreiheit unter Anspielung auf die faschistische Diktatur in Deutschland ist der schwerste Vorwurf, der gegen die BRD ... erhoben werden kann. Deshalb ist er maßlos in dem Ausdruck seiner Mißachtung ... (Damit wird die BRD) als der Achtung ihrer Bürger nicht würdig dargestellt, weil in ihr 'faschistoide Tendenzen' herrschen. Das geschieht böswillig, nämlich aus feindlicher Gesinnung (!). Diese dem Staat feindliche Gesinnung wird aus den Äußerungen klar, der Staat habe 'Trauer für einen seiner Repräsentanten verordnet und in Szene gesetzt'; der Verfasser des Artikels habe 'verordnete Gefühlsregungen' in Frage stellen wollen und es verletze nur 'staatsbürgerliche Anstandsregeln', was der Bundesjustizminister als 'Verunglimpfung des Andenkens Toter' anzeige. Diese Äußerungen sind feindselig, weil sie den Eindruck erwecken, der Staat verfälsche die Wirklichkeit. Er 'verordne Trauer' und 'setze sie in Szene', die gar nicht vorhanden sei... Aber selbst, wenn bei der Verfolgung Übergriffe einzelner Polizeibeamter geschehen sein sollen, so sind gemessen hieran die gegen den Staat allgemein erhobenen Vorwürfe der Willkür und Unterdrückung der Meinungsfreiheit doch weder ein adäquates Mittel zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Diskussion, noch eine angemessene Reaktion auf diese Vorgänge..."

Eine ganz gewöhnliche »geistige« Auseinandersetzung«

Wer erinnert sich nicht an die vielbeschworene, herbeizitierte und lauthals vorgetragene Forderung nach der „geistigen Auseinandersetzung" mit dem Terrorismus und den Sympathisanten? Nach dem Attentat auf Schleyer beteuerte die Bourgeoisie samt ihrer Journaille, daß sie beides beherrschen würde: die unnachgiebige Verfolgung und Unterdrückung ihrer linken Gegner, und den souveränen geistigen Disput mit ihnen, samt ihren ideologischen Wegbereitern in den verschiedenen Sümpfen.

Doch grau ist alle Theorie, mag sich der einschlägig bekannte Heidelberger Uni-Direktor Niederländer gedacht haben, bevor er sich der Praxis zuwandte. Und die spielt sich allemal auf dem Feld der erstgenannten, handfesteren Auseinandersetzung ab.

Anfang Mai hatte der Direktor (!) des philosophischen Seminars der Uni Heidelberg, Prof. Theunissen, zu einer Veranstaltung mit dem Thema „Gesellschaftskritik und Terrorismus" eingeladen. Als Referenten waren vorgesehen: Albrecht Wellmer (Konstanz), Friedrich Fulda (Bielefeld) und Peter Brückner (Hannover). Es kam so, wie es kommen mußte. Niederländer hat nichts Eiligeres zu tun, als die Veranstaltung zu verbieten. Die Begründung kann man sich denken. Räume der Universität könnten für die vorgesehene Veranstaltung nicht bewilligt werden, „*da sie allgemeinpolitische bzw. gesellschaftspolitische Fragen betrifft*" („FR", 18. 5.). Da half auch Theunissens Erinnerung an den „*Appell des Herrn Bundeskanzler*" nicht, der irgendwann einmal die Hochschulen aufgefordert hatte, „*aus der Sicht der verschiedenen vom Problem betroffenen Fächer zum Terrorismus Stellung zu nehmen*". Denn inzwischen hatten die geistigen Vorkämpfer der Bourgeoisie die wohl schmerzliche Erfahrung machen müssen, daß sie hierbei äußerst schlechte Karten in den Händen haben. Also werfen sie, wie beim Falschspiel ertappt, die Karten auf den Tisch und ziehen die Revolver.

Das Philosophische Seminar verlegte daraufhin die Veranstaltung in die Stadthalle, legte allerdings zuvor noch Beschwerde gegen das Raumverbot beim Verwaltungsgericht Karlsruhe ein. Überraschenderweise wurde dieser Beschwerde stattgegeben und dem Rektor befohlen, den größtmöglichen Raum zur Verfügung zu stellen.

Niederländer wäre allerdings ein schlechter Rektor einer Universität in Baden–Württemberg, wenn er sich mit dieser Schlappe abgefunden hätte. Er fand sich nicht ab. Wenige Stunden vor Beginn der Veranstaltung erließ er ein Hausverbot gegen den „staatsgefährdenden" und vom Dienst suspendierten Peter Brückner. 3000 Menschen nahmen daraufhin an der Veranstaltung in der Stadthalle teil. So ist das nun mal mit dem erhobenen Stein, der einem leicht auf die Füße fallen kann .....

Achtung Denunzianten !

Hamburg: Eine kaum zu glaubende Schweinerei leistete sich der ehemalige Sprecher des Hamburger MSB/ Juso-Asta, indem er dem Gericht eine komplette Namensliste des FSR SPZ übergab, gegen den die Staatsanwaltschaft wegen des Nachdrucks des Buback-Nachrufs ermittelte..

Sieben FSRte und Asten hatten im SS 77 den Buback-Nachruf aus Solidarität mit dem Göttinger Asta nachgedruckt. Gegen insgesamt 20 Studenten laufen seit dieser Zeit Ermittlungsverfahren und Anklagen. Ein Ermittlungsverfahren lief auch gegen den FSR SPZ, jedoch waren dessen Mitglieder weder der Polizei noch der Staatsanwaltschaft bekannt. Da auch die Univerwaltung und das Präsidium passen mußten, wandte sich die Staatsanwaltschaft an den Asta.

Dessen Sprecher, Vetter (Mitglied der Juso-HSG), hatte nichts besseres zu tun, als dem Untersuchungsrichter eine vollständige Namensliste zu übergeben. Damit wurde es der Staatsanwaltschaft erst ermöglicht, gegen die Mitglieder des FSR Anklage zu erheben. Neben der Schweinerei, die grundsätzlich jede Denunziation darstellt, kommt hier noch hinzu, daß die Namensliste gar nicht mit dem damals bestehenden FSR übereinstimmt, und somit völlig Unbeteiligte ans Messer geliefert werden.

Der Asta hielt es nicht einmal für nötig, den FSR SPZ über diese Vernehmung beim Untersuchungsrichter zu unterrichten, weder vorher noch nachher. Herausgekommen ist diese Schweinerei erst durch Einsicht in die Ermittlungsakten!

Jetzt mühen sich MSB und Jusos ab, diese Angelegenheit zu vertuschen. Der MSB versucht dies als einen "Alleingang" darzustellen. Wie es auch immer konkret gewesen sein mag (was allerdings restlos aufgeklärt werden sollte), die Grundlage für diese Handlung hat im wesentlichen der MSB geschaffen, der die Buback-Nachruf-Nachdrucker als Schädlinge der verfaßten Studentenschaft, als Provokateure usw. diffamierte.

Auf der einen Seite Verweigerung jeglicher Solidarität mit den Angegriffenen und andererseits Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat, das ist das "real sozialistische" Gesicht dieses GO-Astas.

Die Mentalität dieser Leute wird am besten durch den Ausspruch eines SHB-Mitglieds zu den Polizeiüberfällen auf den Anarcho-Sponti-Block auf der 1.Mai-Demo zum Ausdruck gebracht: **"Mir stehen die Polizisten immer noch näher als die Anarchisten"**.

SSB / Hamburg

Filmbesprechung: Wie war das eigentlich? „Deutschland im Herbst"

Seit einigen Wochen läuft in den westdeutschen Kinos der Film „Deutschland im Herbst".

Für die Geschichte des BRD-Films ist dies ein völlig neuer Filmtypus:

– Erstmals wurde der Versuch unternommen, eine Gemeinschaftsproduktion mehrerer Regisseure und Autoren (unter ihnen Böll, Fassbinder, Kluge und Schlöndorff) zu erstellen.

– Dem Film liegt keine einheitliche Konzeption zugrunde. Jeder Regisseur benutzt verschiedene filmische Möglichkeiten, seinen Eindruck vom „Herbst 77" wiederzugeben. So entstand ein Film der – z.T. zusammenhanglos – aus Dokumentarfilmen, Spielfilmen, alten Wochenschauen und Videoaufnahmen zusammengeschnitten wurde.

– Entsprechend dieses Schnittes bleibt der Film in sich widersprüchlich. Für den Zuschauer ist es kein Film zum entspannen. Es ist aber auch kein Film, wo man sich mit der Handlung bzw. einem Darsteller oder einer Darstellerin „identifizieren" kann (z.B. „Katharina Blum"). Im Gegenteil, am Anfang ist man eher verwirrt und braucht oft Stunden oder Tage, das Gesehene zu verarbeiten und einzuordnen.

Hier liegt aber auch schon die Einschränkung der „Massenwirksamkeit" einer solchen Konzeption. Schränkt schon das Thema (Schleyer-Entführung/„Selbstmorde" in Stammheim) das anzusprechende Kinopublikum ein , so wird das durch den Film selber noch verstärkt. D.h. es wird im wesentlichen eine schon politisierte, demokratische und fortschrittliche Öffentlichkeit und deren Umfeld angesprochen (daß dies erfreulicherweise nicht wenige sind, zeigen die langen Laufzeiten des Films schon heute: West-Berlin 12 Wochen/ Hamburg 8 Wochen).

Verwirrung und Polizeistaat

Am eindrucksvollsten wird in dem Film die z.T. vorhandene Ratlosigkeit und Verwirrung eines Teiles des fortschrittlichen Kleinbürgertums – angesichts der Ereignisse im Herbst 77 – im Fassbinder-Teil dargestellt:

– Fassbinder filmt sich selbst. Heulend, saufend, kotzend, Kokain schnupfend und seinen Freund verprügelnd, als dieser sagt, „*man sollte alle Terroristen umbringen.*"

Diese exhibitionistische, bis auf die Spitze getriebene Darstellung ist viel zu langatmig und wirkt auf den Zuschauer eher abstoßend!

Dabei gehen dann allzuleicht auch die sehr guten Diskussionen Fassbinders mit seiner Mutter verloren, in denen er versucht, auf die Hetze gegen die Terroristen und die angeblichen Sympathisanten einzugehen. An der Argumentation seiner Mutter, man müsse jetzt die demokratischen Rechte einschränken, um den Terror „in den Griff zu kriegen", sieht Fassbinder klar, daß die Hetze und die Maßnahmen des Staates eigentlich nicht gegen die Terroristen gerichtet sind, sondern gegen die fortschrittliche und demokratische Öffentlichkeit insgesamt. Er zieht gute und treffende Vergleiche zur „psychologischen Kriegsführung" der Nazis!

Schlöndorff und Böll haben eine Satire beigesteuert.

– Verantwortliche einer Fernsehanstalt haben darüber zu befinden, ob Sophokles' Tragödie „Antigone" gesendet werden darf. In ihr geht es um die Beerdigung eines „in Ungnade gefallenen". Die Machthaber haben die Beerdigung verboten, da er eines „Grabes nicht würdig sei". Wegen der Parallelen zur Baader, Ensslin und Raspe-Beerdigung entschließen sich die Fernsehoberen, das Stück nicht zu senden. Und das, obwohl zu Beginn des Stückes diverse „Distanzierungen" von Gewalt vorgeschlagen werden, die auf den Betrachter wirklich komisch wirken (so treten z.B. alle Beteiligten des Stückes – einschließlich Beleuchter, Kassierer und Hund – auf, um sich im „Sophokles-Deutsch" von Gewalt zu distanzieren).

Das Lachen jedoch bleibt einem im Halse stecken, da diese Satire ja gar keine Übertreibung enthält. „Antigone" wurde im „deutschen Herbst" tatsächlich in zwei Theatern abgesetzt!

Die beeindruckendsten und ergreifendsten Teile im Film sind sicherlich die von Kluge und Schlöndorff gefilmten Beerdigungen von Schleyer und Baader, Ensslin und Raspe.

Hierbei werden allerdings nicht nur die Beerdigungen selbst gezeigt, sondern auch die historischen Anspielungen eingeblendet:

– Ein „Zufall"? In Dokumentaraufnahmen wird der „Fall Rommel" gezeigt. Es wird – anhand von Aufzeichnungen – dargestellt, das Rommel von den Machthabern des Naziregimes quasi ermordet wird, dann aber ein großes Staatsbegräbnis erhält! (Interessanterweise wird diese „Parallele" in keiner Filmbesprechung der bürgerlichen Presse erwähnt).

Anschließend werden die Umstände von Schleyers Beerdigung gezeigt (Staatsakt, Gedenkminute, Scheel-Rede und Kanzler Schmidt neben den Familienmitgliedern in der Kirche). Draußen wird ein türkischer Kollege verhaftet, weil er mit einem Gewehr herumläuft, um Tauben zu schießen.

Als totaler Gegensatz – zum Heulen einerseits, zum aggressiv-Werden andererseits – das „Verscharren" von Baader, Ensslin und Raspe.

– Rommel (Stuttgarter OB und Sohn vom o.g. Rommel und CDU-Mitglied) ordnet „im Alleingang" die Beerdigung auf dem Stuttgarter Friedhof an, damit „*die Auseinandersetzung um die Toten ein Ende hat. Auch ihnen gebührt die Ruhe der Toten.*" Demonstrationen „Stuttgarter Bürger" hiergegen. Keine Kneipe – bis auf eine – findet sich bereit, die Trauergäste der Familien hinterher zu bewirten. Dann die Beerdigung: Totaler Polizeistaat, Hubschrauber über den Gräbern, berittene Polizei, Panzerwagen, tausende von Bullen. Hinterher die totale Kontrolle aller Besucher!

Entgegen der Aussage „an einem bestimmten Punkt der Grausamkeit angekommen, ist es schon gleich, wer sie begangen hat. Sie soll nur aufhören" (am Beginn und zum Ende des Films zitiert), zeigen diese Aufnahmen kristallklar, auf wessen Seite das Interesse der Grausamkeit und Gewalt liegt!

Trotz seiner vielen widersprüchlichen Beiträge versteht es der Film „...einen Gegenpol herzustellen zu der Arbeit der Medien, die gerade dadurch, daß sie aktuell sein wollen, jede Einsicht in die Atmosphäre unseres Landes verhindern" (Regisseur Reitz in „Filmfaust"). Er ist daher unbedingt empfehlenswert. Gerade für diejenigen, die die Erfahrungen aus einem „deutschen Herbst" allzusehr als jetzt gegeben hinnehmen!

Kulturkommission



Bespitzelung bei der Stuttgarter Beerdigung



Interview mit Ernst Volland

Anläßlich der Aktionswoche zum Russell-Tribunal im West-Berliner „Drugstore" (3.-9. April) äußerte sich u.a. der bekannte Graphiker und Karikaturist Ernst Volland über Zensurmaßnahmen; wir hatten die Gelegenheit, mit Ernst Volland ein Interview zu machen.

AK: Deine Plakate sind inzwischen alle relativ bekannt. Uns würde zunächst interessieren, seit wann Du diese Art von Plakaten machst und aus welcher Motivation heraus Du sie machst.

Volland: *Ich entwerfe die Plakate seit etwa 1970. Ich habe vorher ganz normale bürgerliche Kunst gemacht (gemalt, gezeichnet) bis 1968. In Berlin an der Kunstakademie habe ich die Studentenbewegung mitgemacht und die Studentenbewegung hat mich politisch total beeinflußt. Ich hab dann auch aufgehört, und ein Jahr lang nichts gemacht. Ich habe dann versucht, mit etwas ganz Neuem anzufangen. Ich wollte die politischen Informationen und Erkenntnisse, die ich während der Studentenbewegung gemacht habe, in eine ganz neue Produktionsform einfließen lassen, und da bot sich das politische Plakat und die Karikatur an. Und zwar aus dem Grund, weil das politische Plakat reproduzierbar ist. Das bedeutet: man kann von einem Motiv sehr viele Stücke drucken (sogenannte Massenkunst).*

AK: Welche Ereignisse waren für Dich dann ausschlaggebend, politische Plakate dazu zu machen?

Volland: *Das waren die eigentlichen Ziele der Studentenbewegung: auf der einen Seite gegen den Imperialismus, ganz konkret gegen den Krieg in Vietnam, zu arbeiten, dann aber auch*

Plakate dazu zu machen?
Volland: Das waren die eigentlichen Ziele der Studentenbewegung: auf der einen Seite gegen den Imperialismus, ganz konkret gegen den Krieg in Vietnam, zu arbeiten, dann aber auch

die Besinnung auf die Probleme im eigenen Lande (hier in der Bundesrepublik und West-Berlin). Vorrangig waren da: die Repressionen im allgemeinen Sinne, Berufsverbote, Justiz, die Korruption von Politikern. Und dann natürlich auch noch verschiedene Probleme im Ausland: wie Folter, Faschismus und Unterdrükkung im allgemeinen Sinne.

AK: Wie arbeitest Du mit Deinen Plakaten und welche Erfahrung hast Du bei dieser Arbeit gemacht?

Volland: *Ich habe sowohl Plakate, als auch Postkarten und Aufkleber. Diese Postkarten und Aufkleber werden an verschiedene Leute verschickt (an politische Gruppen, Buchläden usw.). Ich habe mir ein eigenes Vertriebssystem aufgebaut und ein eigenes Lager und Karteikartensystem. Jedes neue Plakat wird dann rumgeschickt, die Gruppen fordern sie manchmal auch an und setzen sie in der politischen Bewegung ein. Das geht quer durch alle Bevölkerungsschichten. Natürlich meistens an politisch interessierte Leute wie: Gewerkschaften, Lehrlingsgruppen, politische Gruppen wie: Falken, teilweise auch Jusos usw. Ich schicke alle neuen Motive auch an ca. 30 verschiedene Zeitungen mit der Bitte um Abdruck. Das geschieht aber sehr selten. Ich habe da meine Schwierigkeiten mit den Medien. Auch die Zensurfälle, die in letzter Zeit passiert sind, wurden ganz spärlich nur bei einigen linken Blättern gebracht.*

AK: Wie sehen diese Zensurfälle aus?

Volland: *Die Zensurfälle sind verschiedenartig gelagert. Die reichen von Hausdurchsuchung bis Berufsverbot und Morddrohung. Ich will versuchen, das mal darzustellen.*

Der erste Fall ist der gewesen: ein Schauspieler hat ein Plakatmotiv von mir (Öffentlicher Dienst – Wir stellen ein: Radfahrer usw.) als Aufkleber an seinem Auto gehabt. Es gab deswegen eine anonyme Anzeige, er mußte zur politischen Polizei in Berlin. Man hat ihn da aufgefordert, den Aufkleber wieder vom Auto abzunehmen. Er hat das nicht gemacht. Daraufhin haben die Beamten gesagt: „Wenn er den Aufkleber nicht abmacht, dann wird der ganze Wagen beschlagnahmt."

Es gab dabei auch Komplikationen mit dem Rechtsanwalt. Er durfte den nicht anrufen. Er hat dann schließlich doch den Aufkleber abgemacht, der wurde dann offiziell beschlagnahmt. Die Sache ging dann gleich an den Staatsanwalt. Der Staatsanwalt hat die Satire in dem Plakat entdeckt und dann gemerkt, daß er sich nur lächerlich machen kann, wenn er gegen diesen Schauspieler weiter vorgeht.

Das ist ein skurriler Fall. Der war noch vor der Schleyer-Entführung. Seit der Schleyer-Entführung und dem Mord an Schleyer gibt es sehr viel eklatantere Beispiele, auf die ich kurz eingehen will.

Z. B. habe ich während der Documenta in Kassel versucht, die Litfaßsäulen in Kassel zu mieten. Ich habe da von der „Deutschen Städtereklame", die Litfaßsäulen in Kassel und 720 weiteren Städten besitzt, die Gelegenheit bekommen, eine Auswahl von 15 verschiedenen Motiven meiner Plakate an die Litfaßsäulen zu kleben. Sie haben mir zugesagt, weil sie die Plakate nicht kannten, haben mir einen Termin gegeben und auch schon die Rechnung geschickt. Als die Plakate dann in Kassel bei ihnen auf dem Tisch lagen, haben sie sofort den Auftrag storniert und die ganze Sache zum Staatsanwalt gebracht, der der „Deutschen Städtereklame" dann empfohlen hat, meine Sache nicht zu kleben. Das finde ich sehr eigenartig, weil ich ganz gerne die Sachen auf der Straße zeigen wollte und weil ich auch nicht einsehe, warum jede Firma jedes Produkt zeigen kann, nur ich meine harmlosen satirischen Plakate nicht. Das ist der zweite Fall. Der dritte Fall ist eigentlich der brisanteste. Ich habe Anfang letzten Jahres (Anfang 1977) eine Postkarte erstellt, also noch vor der Schleyer-Entführung, die auf der Documenta von einem Bekannten von mir, zusammen mit anderen Arbeiten, verkauft worden ist. Auf dieser Postkarte hebt ein Arbeiter eine Grasnarbe hoch und schiebt verschiedene Firmenzeichen unter diese Grasnarbe. Unter anderm auch den Oberkörper von Hans Martin Schleyer. Diese Postkarte ist dann von einem CDU-Bundestagsabgeordneten gekauft worden. Er hat sofort Strafantrag gestellt und den Oberbürgermeister von Kassel informiert. Der hat dann auch Strafantrag gestellt – ebenso wie der Hessische Justizminister. Es gab dann in der Lokalpresse ziemlich viel Geschrei über die Sache. Kurz darauf auch einen Artikel in der Bild-Zeitung. Dann trafen die Morddrohungen bei mir ein: Dein Kopf wird rollen usw. Das hatte auch die Auswirkung, daß mein Lehrauftrag in Bielefeld für Karikatur und Fotomontage gestrichen wurde. Gestrichen ist noch ziemlich milde ausgedrückt: Ich bekam ein Verhör und da sagte man mir, ich wäre nicht tragbar und solange dieser Prozeß gegen mich läuft, könne ich nicht an der Hochschule lehren. Wenn man das genauer betrachtet, ist das eine ziemlich schlimme Geschichte, weil nämlich sehr viele Leute die Person Schleyer, in seiner Funktion als Arbeitgeberpräsident als Karikatur benutzt haben. Wenn man nun gegen mich so vorgeht, müßte man gegen andere, die das, vielleicht auch in etwas harmloserer Form, gemacht haben, auch vorgehen und sie verbieten. Und wenn man das weiterdenkt, dann müßte man alle kritischen und antikapitalistischen Montagen und Karikaturen verbieten. Ich habe den Lehrauftrag bis heute noch nicht wieder.

Der vierte Fall, um ihn gleich anzufügen, betrifft eigentlich nicht mich selbst, sondern junge Kollegen im Raum Hof/Bayern. Die haben ein Motiv von mir (wider den öffentlichen Dienst) in einem Flugblatt abgedruckt. Dieses Flugblatt ist dann von irgendwelchen Leuten vom Verfassungsschutz entdeckt worden. Es war übrigens ein Flugblatt von einem Berufsverbots-Komitee.



Ernst Volland

Bei den presserechtlich Verantwortlichen, das waren 3 Leute, ist dann die Wohnung durchsucht worden, das Auto und sie selbst. Dann hat man diese Flugblätter beschlagnahmt. Die Leute erwartet ein Verfahren. Zum Glück gibt es auch noch andere politische Gruppen in Bayern, die haben sich mit der Gruppe solidarisiert und das Flugblatt noch mal abgedruckt. Dann lief eigenartigerweise die gleiche Sache ab. Bei denen wurde auch die Wohnung durchsucht, Auto usw. Das passierte in mehreren Städten im Raum Bayern und alle Leute erwartet ein Verfahren.

Der letzte Fall ist wieder im Zusammenhang mit mir zu sehen. Ich wollte Mitte Februar von Frankfurt kommend nach Berlin. Am Grenzübergang Herleshausen hat man mir dann mehrere Stunden lang meinen Wagen durchsucht. Man hat dann viele Plakate, Postkarten und Prospekte von mir beschlagnahmt und mir gesagt, das ginge an den Staatsanwalt und ich habe wieder ein Verfahren zu erwarten. Daraus ist aber leider nichts geworden. Der Staatsanwalt in Berlin, der inzwischen meine Arbeiten ganz gut kennt, hat mir meine Sachen wieder zurückgegeben.

AK: Wie schätzt Du diese Repressalien in Bezug auf Deine weitere Arbeit ein?

Volland: *Dazu habe ich verschiedene*

AK: Wie schätzt Du diese Repressalien in Bezug auf Deine weitere Arbeit ein?
Volland: Dazu habe ich verschiedene

Punkte zu sagen. Einmal denk ich nicht daran, Selbstzensur auszuüben. Mein politischer Standpunkt wird sich dadurch überhaupt nicht ändern. Ich werde nicht entschärfte Plakate machen. Im Gegenteil: Ich werde weiterhin die Motive zusammenstellen, die ich für richtig halte. Denn die gesellschaftlichen Probleme verschärfen sich und werden vielfältiger und umso notwendiger ist es, diese Arbeit weiterzuführen.

Zum zweiten sehe ich sehr wohl, gerade in der Häufung dieser Zensurfälle, daß der Verkauf und Vertrieb meiner Arbeiten dadurch beeinträchtigt wird. Denn es gibt Leute, die jetzt davor zurückschrecken, solche Motive zu kaufen oder zu benutzen, weil sie selbst sich in der Gefahr sehen, dadurch zensiert zu werden. Z.B. gibt es eine ganze Reihe von Lehrern, die das Plakat „Öffentlicher Dienst" nicht mehr in ihrer Wohnung aufhängen, geschweige denn in die Schule nehmen wollen, weil sie einfach Angst haben, dadurch Schwierigkeiten zu bekommen, oder selbst in Berufsverbote usw. hineingezogen zu werden.

Konkret zu einem Fall noch: Bei der Beschlagnahmung an der Grenze in Herleshausen. Wenn das Schule macht, dann kann man mir mit dieser Art und Weise das Wasser abgraben. Da ich hier in Berlin bin und öfters in die Bundesrepublik muß, und meine Sachen jedesmal an der Grenze beschlagnahmt würden, dann fahre ich mit leeren Händen weiter.

AK: Aufgrund dieser Zensurmaßnahnahmen sollte man wünschen, daß deine Plakate und Graphiken möglichst breit unter die Bevölkerung kommen. Was tust Du dazu, damit das auch geschieht?

Volland: *Ich strenge mich sehr stark an, den Vertrieb zu erweitern und auszubauen und Gruppen zu finden, die Ausstellungen machen. Ich habe auch einige Kollegen, die mir dabei helfen. Leider brauche ich dafür aber die Medien: Fernsehen und Zeitungen, die über die Zensurfälle berichten sollen. Wenn die Leute das dann lesen, dann werden sie sagen: „Kann man die Plakate nicht mal sehen oder ne Ausstellung machen." Das ist teilweise auch geschehen. Ich bin in letzter Zeit von vielen Hochschulgruppen eingeladen worden, besonders während des Streiks, und habe dort meine Öffentlichkeit hergestellt. D.h. ich habe vor den Studenten gesprochen und die Zensurfälle dargestellt. Das ist aber sehr aufwendig. Ich weiß ganz genau, daß es von großen Fernsehanstalten und Illustrierten Journalisten gibt, die über meine Sache informiert sind, die aber selbst die Gefahr sehen, daß ihre eigene Position gefährdet ist und deshalb nicht über diese Fälle berichten wollen. Das finde ich sehr schade.*

AK: Wie sieht Deine Zusammenarbeit mit anderen Graphikern oder Leuten, die in einer ähnlichen Situation sind, wie Du es bist, aus?

Volland: *In letzter Zeit haben einige junge Talente angefangen, in ähnlicher Form zu arbeiten. Ich finde das sehr gut. Es gibt da auch einen ziemlich engen Kontakt; wir tauschen uns aus. Allerdings muß ich dazu sagen, daß die Zensurmaßnahmen der Ar-*

sehr gut. Es gibt da auch einen ziemlich engen Kontakt; wir tauschen uns aus. Allerdings muß ich dazu sagen, daß die Zensurmaßnahmen der Ar-

beiten sich nur auf mich beschränken, die Erfahrung haben sie nicht gemacht. Werden sie aber wahrscheinlich demnächst machen. Es gibt nicht so etwas wie ein Kollektiv. Ich habe in der letzten Zeit versucht, mit den Leuten, die mir bei meiner Arbeit helfen, ein Kollektiv aufzubauen. Wir sind dabei, die Basis für ein solches Kollektiv zu schaffen.

AK: Kommt Dein Fall auch vor das Russell-Tribunal?

Volland: *Es ist ja eine zweite Sitzung geplant Anfang 79 zum Thema „Zensur und Medien" und dazu hat man mich inoffiziell eingeladen. Ich möchte gleichzeitig sagen, daß jetzt im Atelier Bauernhaus ein Buch von mir herauskommt. In diesem Buch sind auch die Zensurfälle dargestellt und eine kleine Übersicht meiner Arbeiten. Ich habe vor, auch im Selbstverlag ein Buch herauszubringen, wo ziemlich auführlich alle Zensurfälle und alle Informationen und Ereignisse um die Zensurfälle herum, aufgearbeitet werden.*

Die Zensurfälle beziehen sich immer nur auf meine Plakate. Ich habe aber noch ein anderes Bein, auf dem ich stehe, und womit ich mir mein Geld als freiberuflicher Künstler verdiene. Das sind Karikaturen, die ich verschiedenen Zeitungen anbiete. Mit den Karikaturen habe ich noch keine Schwierigkeiten gehabt.

Ich habe jetzt sogar im Rowolt-Verlag ein Jugendbuch herausbringen können. Es heißt: „Fred und sein Sohn" in der Rotfuchs-Reihe. Ich habe aber gleichzeitig schon hintenrum einige Informationen gehört, daß im Verlag selbst die Herren, denen der Verlag gehört, mit dem Buch überhaupt nicht einverstanden sind. Hier sind die Auseinandersetzungen noch zu erwarten.



Öffentlicher Dienst

Wir stellen ein:
fähige

Radfahrer
Schleimer
Duckmäuser
Schnüffler
Kriecher



Aktion Sauberer Staat(SS)
Die Kultusminister der Länder

Eines der bekanntesten Werke Vollands

Spanien



Mit Stöcken und Helmen, die Truppen von Fuerza Nueva in San Sebastian (Foto: „El Pais")

Blutige Auseinandersetzungen im Baskenland

Der militärische Flügel der baskischen ETA hat im Mai erneut eine militärische Offensive gegen die Repressionskräfte der Madrider Regierung (Guardia Civil und Policia Armada) eröffnet, bei der mehrere Angehörige dieser Polizeitruppen ums

die reformistischen Parolen von PSOE und PCE untergeordnet hat, eine erneute Eskalation des nationalen Unabhängigkeitskampfes ab. Das Baskenland bleibt Unruheherd Nr. 1 im spanischen Staat.

Allein in den Tagen zwischen dem

Schwerpunkt der Terroraktionen der Faschisten war die Altstadt von Pamplona, wo die Truppen von „Fuerza Nueva" wahllos auf Passanten einprügelten, Schüsse abgaben, die Menschen aus den Bars prügelten, etc. Unter schwerem Polizeischutz hielt der „Führer" von Fuerzo Nueva

„Schlimmer als der Burgos-Prozeß"

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die bekannte spanische Wochenzeitschrift „interviu" im März d.J. einen ausführlichen Artikel zur Eröffnung des Prozesses gegen den Baader-Meinhof-Anwalt Klaus Croissant, den wir leider erst vor kurzem aus Spanien zugesandt bekamen, den wir aber wegen seiner eindeutigen politischen Aussagen auszugsweise zitieren wollen.

Der Burgas-Prozeß, auf den die Überschrift des Artikels Bezug nimmt, gilt als Symbol der schlimmsten Zeiten des Frankismus in Spanien. Im Burgos-Prozeß wurden zahlreiche Mitglieder der baskischen Widerstandsorganisation ETA zum Teil zu Todesstrafen verurteilt. Ein Aufstand fast des gesamten baskischen Volkes und internationale Proteste erreichten die Umwandlung der Todesstrafen in lebenslängliche Haftstrafen (heute sind alle damals verurteilten ETA-Mitglieder amnestiert). In dem Artikel wird der linke baskische Rechtsanwalt Juan Maria Bandres interviewt. Bandres ist einer der beiden Parlamentsabgeordneten, die über die Listenverbindung von EIA und MC („Euskadiko Ezkerra") ins spanische Parlament gewählt wurden. Bandres selbst gehörte zu den ausländischen Rechtsanwälten, die aus Solidarität zu Croissant zum Prozeß angereist waren, aber keine Gelegenheit bekamen, am Prozeß teilzunehmen, weil die Rechtsanwälte sich den menschenunwürdigen Durchsuchungs- und Entkleidungsmaßnahmen der westdeutschen Polizei nicht unterwerfen wollten.

Im Vorwort des Artikel „Schlimmer als der Prozeß von Burgos" heißt es: *„Mit der Eröffnung des Prozesses gegen Klaus Croissant, Rechtsanwalt der Baader-Meinhof-Gruppe, beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte der deutschen Gewalt. Obwohl die deutschen Behörden sich weigerten, den politischen Charakter dieses Prozesses anzuerkennen und zunehmend alle kriminaliseren, die die Gefangenen verteidigen wollen, konnten sie nicht verhindern, daß Croissant zum Symbol der politischen Repression geworden ist. In dem Prozeß, der wahrscheinlich mehrere Wochen oder Monate dauern wird, wird nicht nur der Ex-Rechtsanwalt gerichtet: die Legalität, die Demokratie, die Manipulation der Informationen, die neuen Strukturen und die Gewalt der Gegenseite werden sicher übel daraus hervorgehen."*

Der spanische Rechtsanwalt Bandres äußerte über seine Erfahrungen: *„Wenn Croissant den Polizeistaat anklagte, dann wurde heute klar, daß er recht hatte." „Nicht einmal in den schlimmsten Franco-Zeiten habe ich Kontrollen wie die heute erlebt. Sogar im Burgos-Prozeß wurden wir Rechtsanwälte respektiert. Auch ausländische Rechtsanwälte brauchten keine Kontrollen über sich ergehen zu lassen. Heute, war das einzige, was man uns nicht ausgezogen hat, die Schuhe."*

Bandres war sehr beunruhigt über die Ausdehnung der willkürlichen Repressionsmaßnahmen in der BRD. *„Nicht einmal Henry Nogueres, Präsident der Liga für Menschenrechte, konnte ihn (Croissant – Anm. AK) besuchen. Man hatte ihm einen Besuch von neunzig Minuten zugesagt, aber letztlich verboten, weil er gebraucht werden könnte als „verbales Propagandainstrument gegen Deutschland im Ausland". Die deutsche Art gibt uns sehr zu denken. Gestern sagte mir ein deutscher Rechtsanwalt, daß in diesem Land unter anderem die Todesstrafe durch Selbstmord ersetzt worden sei".*

Über seinen Besuch bei Croissant in der Zelle sagte Bandres: *„Ich traf ihn in guter Verfassung. Er bereitet seine Rede für den Prozeß vor. Er hat keinerlei Absicht, Selbstmord zu machen. Er ist nicht krank, allerdings Opfer einer wahrhaft wissenschaftlichen Repression, eines Mißbrauchs von Überwachung: bis vor wenigen Tagen, kam zwischen elf und sechs Uhr morgens ein Wärter zwanzigmal in seine Zelle und beleuchtete ihn mit einem starken Scheinwerfer. Selbst der Arzt des Gefängnisses, Doktor Hanck, erklärte dazu: „Es ist eine medizinisch erwiesene Tatsache, daß die ständige Überwachung oder die Überwachung in kurzen Intervallen schwere Folgen auf den psychischen und neurovegetativen Zustand des Individuums hat, welche sich im Auftreten organischer Beschwerden äußern."*

Trotzdem befindet Croissant sich in relativ gutem Zustand und hat wahrhaftig keinerlei Absicht, Selbstmord zu machen" („interviu". Nr. 97, 23. - 29.3.78).

Spanien-Kommission

Im Vorwort des Artikel „Schlimmer als der Prozeß von Burgos" heißt es: „Mit der Eröffnung des Prozesses gegen Klaus Croissant, Rechtsanwalt der Baader-Meinhof-Gruppe, beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte der deutschen Gewalt. Obwohl die deutschen Behörden sich weigerten, den politischen Charakter dieses Prozesses anzuerkennen und zunehmend alle kriminaliseren, die die Gefangenen verteidigen wollen, konnten sie nicht verhindern, daß Croissant zum Symbol der politischen Repression geworden ist. In dem Prozeß, der wahrscheinlich mehrere Wochen oder Monate dauern wird, wird nicht nur der Ex-Rechtsanwalt gerichtet: die Legalität, die Demokratie, die Manipulation der Informationen, die neuen Strukturen und die Gewalt der

Tagen, kam zwischen elf und sechs Uhr morgens ein Wärter zwanzigmal in seine Zelle und beleuchtete ihn mit einem starken Scheinwerfer. Selbst der Arzt des Gefängnisses, Doktor Hanck, erklärte dazu: „Es ist eine medizinisch erwiesene Tatsache, daß die ständige Überwachung oder die Überwachung in kurzen Intervallen schwere Folgen auf den psychischen und neurovegetativen Zustand des Individuums hat, welche sich im Auftreten organischer Beschwerden äußern."

Trotzdem befindet Croissant sich in relativ gutem Zustand und hat wahrhaftig keinerlei Absicht, Selbstmord zu machen" („interviu". Nr. 97, 23. - 29.3.78).

Spanien-Kommission

Blutige Auseinandersetzungen im Baskenland

Der militärische Flügel der baskischen ETA hat im Mai erneut eine militärische Offensive gegen die Repressionskräfte der Madrider Regierung (Guardia Civil und Policia Armada) eröffnet, bei der mehrere Angehörige dieser Polizeitruppen ums Leben kamen. Andererseits treten faschistische Terrorgruppen von „Fuerza Nueva" im Baskenland wieder mit massivem Terror gegen die Bevölkerung auf. Mit Knüppeln, Ketten und Pistolen (!) überfielen sie Bars, Passanten etc. Guardia Civil erschoß am 11.5. zwei ETA-Mitglieder ohne Vorwarnung. Derzeit spielt sich im Baskenland, das sich bisher nicht unter die reformistischen Parolen von PSOE und PCE untergeordnet hat, eine erneute Eskalation des nationalen Unabhängigkeitskampfes ab. Das Baskenland bleibt Unruheherd Nr. 1 im spanischen Staat.

Allein in den Tagen zwischen dem 10. und 20. Mai wurden fünf Angehörige der Guardia Civil von Kommandos der ETA(m) getötet. Bei den Beerdigungen kam es zu massiven Konfrontationen zwischen faschisten und linken Gruppen. Die Faschisten warfen Steine gegen das Büro des christdemokratischen PNV und versuchten, das Büro der trozkistischen LKI zu stürmen.

Schwerpunkt der Terroraktionen der Faschisten war die Altstadt von Pamplona, wo die Truppen von „Fuerza Nueva" wahllos auf Passanten einprügelten, Schüsse abgaben, die Menschen aus den Bars prügelten, etc. Unter schwerem Polizeischutz hielt der „Führer" von Fuerzo Nueva am 22.5. eine Veranstaltung vor 2.000 aus ganz Spanien herangekarrten Zuhörern in San Sebastian ab. Mit Rufen wie „ETA an die Wand" fuhren Gruppen von Faschisten, um sich schießend, in die Innenstadt von San Sebastian. Die Guardia Civil ließ es freundlich geschehen. Ein Passant erhielt einen Schuß ins Bein. Es wurde eine Liste von ETA bekannt, auf der die Verantwortlichen für diese faschistischen Umtriebe mit Strafen bedroht werden.

Am 11.5. erschoß die Guardia Civil zwei ETA-Mitglieder, die sie schon länger beobachtet hatte. Ohne Vorwarnung eröffnete sie das Feuer aus Pistolen und Maschinenpistolen. Die Genossen wurden regelrecht zerfetzt. Wegen dieses kaltblütigen Abschiessens von ETA-Mitgliedern (nach dem Motto: Ein totes ETA-Mitglied ist besser als eines im Gefängnis) kam es im Baskenland zu zahlreichen Protestaktionen. Im Geburtsort der beiden Getöteten (Durango) wurde ein eintägiger Generalstreik durchgeführt. Wegen der aufgebauten Strassenbarrikaden mußte das große Radrennen, das derzeit durch das Baskenland verlief, mehrmals unterbrochen werden.

Im übrigen hat ETA(m) wieder begonnen, Geld von baskischen Industriellen zu fordern, zur „Unterstützung des Befreiungskampfes des baskischen Volkes". Zwei Industrielle wurden im Mai entführt (in diesem Fall von einem Kommando der ETA/pm) und mit einer Schußverletzung als „ernster Verwarnung" wieder laufengelassen.

Wegen der anhaltenden bewaffneten Aktionen von ETA hat die PSOE Verhandlungen mit dieser Organisation gefordert, um zu einer „sozialen Beruhigung "zu kommen. („El Pais", 16.5.78). Die eurorevisionistische PCE und die Regierungspartei UCD haben sich gegen solche Verhandlungen ausgesprochen, weil sie sich nicht mit Leuten an einen Tisch setzen wollen, die nicht durch Wahlen legitimiert sind..... („El Pais", 18.5.78).

Spanienkommission

PSOE säubert Partei von Marxisten

Die von der „Sozialistischen" Internationale geförderte PSOE bereitet derzeit mit allen Mitteln ihre Regierungsbeteiligung vor. Dazu gehört, die Partei ihres linken Flügels zu entledigen. Die provokatorische Erklärung von Generalsekretär Felipe Gonzalez, die er kurz nach Vereinigung mit der sozialistischen PSP von sich gab, daß die PSOE bei ihrem nächsten Kongress den Marxismus aus ihrem Programm streichen werde, hat zu teilweise erheblicher Unruhe an der Parteibasis geführt. Gegen Kritik und vielfach auch schriftliche Mißfallensbekundungen gegenüber Gonzalez reagierte die Parteispitze mit drakonischen Ausschlüssen:

In Madrid wurden allein 27 PSOE-Mitglieder ausgeschlossen. Ein Sprecher der Ausgeschlossenen sagte: *„Dies ist der Beginn einer Kampagne, um die Partei in Hinsicht auf eine Regierungsbeteiligung zu säubern ..."* („El Pais", 21.5.78). Gemäß denselben Erklärungen sei eine ähnliche Ausschlußkampagne in Sevilla, Navarra, Santander und Murcia im Gange.

Spanienkommission

Hunderte Gefangene begingen Selbstverstümmelungen

Die sozialen Gefangenen in Spanien kämpfen weiter für eine Amnestie und einigermaßen menschenwürdige Haftbedingungen, obwohl die reformistischen politischen Parteien deutlich gemacht haben, daß sie sich für die Forderungen der Gefangenen nicht einsetzen werden.

Die „Vereinigung der Gefangenen im Kampf", die anarcho-syndikalistische Copel hat erneute massenhafte Protestaktionen in den mittelalterlichen Haftanstalten organisiert. Am 8.5. begingen 100 Gefangene im Gefängnis El Dueso (Santander) Selbstverstümmelungen, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Am 10.5. brachten sich über 300 Gefangene im „Modelo"-Gefängnis von Barcelona mit Messern und Scherben Verletzungen bei. Am selben Tag protestierten im Carabanchel-Gefängnis von Madrid mehrere hundert Gefangene in derselben Weise. In weiteren drei Gefängnissen fanden ähnliche Aktionen sowie Hungerstreiks statt.

Solidarität mit den sozialen Gefangenen!

Spanienkommission

Spanische Pressestimmen zum Russell-Tribunal

Die auflagenstarke spanische Wochenzeitschrift „interviu" veröffentlichte einen ausführlichen Artikel über das III. Russell-Tribunal. Die Überschrift lautete: *„Deutschland, eine faschistische Demokratie"*. Allein schon aus dieser Überschrift wird deutlich, daß in diesem Artikel die BRD-amtliche Entstelltung bzw. Hetze gegen das Tribunal absolut nicht verfangen hat. Im Vorspann heißt es: *„Mehr als eine Million Überprüfungen zwecks Feststellung der „Treue zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung". Acht tote politische Gefangene im Knast in den letzten drei Jahren. Etwa 700 Gewerkschaftsausschlüsse von Linken in den letzten zwei Jahren. Entlassungen wegen einer Kandidatur als Maoist bei legalen Wahlen. Das sind einige Daten, die in den Broschüren über das „deutsche Wunder", das „deutsche Modell" nicht enthalten sind. Die Bundesrepublik Deutschland verdient, in verschiedener Hinsicht, heute, die Bezeichnung faschistisch. Das Russell-Tribunal ging hin, um es in Augenschein zu nehmen".*

Im Artikel werden detalliert die verschiedenen Manöver der westdeutschen Parteien und Behörden dargestellt, das Tribunal unter Druck zu setzen, so wird das Geheim-Papier des Innenministeriums, in dem die Verbotsmöglichkeiten des Tribunals geprüft werden, erwähnt, der Druck von SPD und F.D.P. auf ihre Mitglieder und Jugendorganisationen, sich in keiner Weise am Tribunal zu beteiligen.

Es werden knapp die Fälle der Opfer von Berufsverboten, die von der Jury angehört wurden, dargestellt, sowie das abschließende Urteil der Jury mitgeteilt. Als besondere Behinderung des Tribunals erwähnte der Artikelschreiber die DKP, die, obwohl hauptsächliches Opfer der Berufsverbotepraxis, ihren Mitgliedern Aussageverbot vor dem Tribunal erteilte.

Der Artikel kommt zu der Schlußfolgerung, daß der Freiheitsspielraum des westdeutschen Bürgers unter dem aller anderen westeuropäischen Demokratien liegt und daß der westdeutsche Staat nicht nur von einem eindrucksvollen und hoch technisierten Repressionsapparat gestützt wird, sondern auch durch eine Gesetzgebung, für die die spanischen Parlamentarier, die nach Francos Tod gewählt wurden, nur ein müdes Lächeln übrig hätten.

Ein weiterer erwähnenswerter Artikel erschien in der baskischen Tageszeitung „Deia" vom 28.4.78. Die Überschrift des Artikels lautete: *„Die Alarmglocken haben begonnen zu schlagen – Die Demokratie in Westdeutschland zerbröckelt"*. Der Artikel nimmt als Aufhänger die kürzlichen Urteile in Baden-Württemberg über die Verfassungsmässigkeit der neonazistischen NPD sowie das Urteil eines bayerischen Gerichts, das einem sozialdemokratischen Lehrer (Mitglied des SHB) die Einstellung in den Schuldienst verweigerte. Anschließend berichtete der Journalist über das Russell-Tribunal, die Überwachungspraxis in der BRD, der auch die Familienangehörigen politisch links engagierter Menschen zum Opfer fallen, über Berufsverbote und die Einschränkung der Verteidigerrechte sowie über die „Selbstmorde" politischer Gefangener.

Auch die Madrider Tageszeitung „Diario 16" berichtete relativ ausführlich über das Russell-Tribunal.

Spanien-Kommision

Portugal



Lebensstandard niedriger als vor dem 25. April!

Der diesjährige 1. Mai stand in Portugal im Zeichen ökonomischer Forderungen der Werktätigen:
Gegen die Inflation, gegen Arbeitslosigkeit, für höhere Löhne und Sozialleistungen!
Der folgende Artikel zeigt auf, daß in diesem Jahr durch die rigorose Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung unter den Stand zu Zeiten des faschistischen Regimes gefallen ist.
Die Politik der PS-CDS-Regierung, die auf Gedeih und Verderb an das imperialistische System gekoppelt ist und die ihre wesentlichen Impulse aus Bonn bezieht, läßt befürchten, daß diese Entwicklung sich noch verschärfen wird.

Das portugiesische Außenhandelsdefizit stieg 1977 auf umgerechnet 4,685 Milliarden DM an. Gegenüber 1976 ist das ein Anstieg um 40 % („Extra", 23.2.78). Demgegenüber konnte die Bank von Portugal am Jahresende die Devisenreserven nur noch mit 200 Millionen Dollar beziffern („0 Jornal", 23.12.77). Die Escudoabwertung betrug 1977 dem Dollar gegenüber 27 %, die mittlere Preissteigerung lag bei 30 % („Extra" 23.2.78). Das Nationale Institut für Statistik gab folgende Steigerungsraten an: Kaffee 155,9 %; Kakao 83,8%; Rindfleisch 62 %; Obst 60,4 %; Gemüse 48 %; Elektrizität 41,8 % („Extra", 19.1.78). Für 1978 wurde von der Portugiesischen Atlantikbank eine Inflationsrate zwischen 15 und 45 % vorausgesagt („0 Jornal", 13.1.78). Andererseits äußerte die PS-CDS-Regierung bei ihrem Amtsantritt, daß die Lohnerhöhungen höchstens 20 % betragen werden („0 Jornal", 3.2.78).

Da es in Portugal keine Institution gibt, die sich mit dem Erfassen von Arbeitslosenzahlen beschäftigt, können diese nur geschätzt werden. Für 1977 werden mindestens 13 % angegeben („Extra", 23.2.78), das „Handelsblatt" spricht von 15 % („HB", 23.1.78), und auch die portugiesische Presse pendelt sich in diesem Frühjahr bei 15 % ein („0 Jornal", 31.3.78). Es ist jedoch nicht auszuschliessen, daß die tatsächlichen Zahlen noch höher liegen.

Seit ungefähr einem halben Jahr steht die Regierung in Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) über die Bedingungen für einen umfangreichen Kredit. Ursprünglich war ein Kredit von 1,5 Milliarden Dollar vorgesehen, diese Summe wurde jedoch später auf 750 Mio. Dollar gekürzt („0 Jornal", 3.3.78).

Selbstverständlich gibt der IWF nicht einen solchen Kredit, ohne Bedingungen zu diktieren, die einen handfesten Eingriff in die wirtschaftliche Autonomie Portugals darstellen. Bisher sind folgende Bedingungen des IWF bekanntgeworden:

- **die Wachstumsbeschränkung ist von 7 % auf 3 % zu drücken;**
- **die Inflationsrate ist auf 20 % zu beschränken;**
- **Lohnerhöhungen dürfen höchstens 15 bis 20 % betragen;**
- **die Arbeitslosenquote von 15 % ist beizubehalten;**
- **neue Escudoabwertung um 25 %;**
- **Anhebung des Rückzahlungszinssatzes um 3 bis 5 %;**
- **das Außenhandelsdefizit für 1978 darf allerhöchstens 900 Mio. Dollar betragen. Portugiesische Schätzungen hatten für die ersten vier Monate 1978 allerdings schon 350 Mio. Dollar festgemacht (Angaben nach „0 Jornal", 31.3.78, 14.4.78 u. 21.4.78).**

Anläßlich seines Staatsbesuches in der BRD im Dezember 1977 bekam Präsident Eanes Standpunkte und Bedingungen westdeutscher Kapitalisten für Investitionen in Portugal zu hören. Demnach gebe es negative Punkte in der portugiesischen Gesetzgebung bezüglich ausländischer Investitionen, über die „verhandelt" werden müsse. Wie derartige Verhandlungsziele auszusehen haben, brachte Franz Josef Strauß auf den Punkt: eindeutige Entscheidung für Marktwirtschaft, Kapitalschutz, Sicherheit gegen Enteignungen und Besetzungen, Einstellungs- und Entlassungs„freiheit", freie „Rückführung" der Gewinne („0 Jornal", 16.12.77).

Festzuhalten bleibt, daß derartige Verhandlungsziele nicht mit der portugiesischen Verfassung zu vereinbaren sind. Die Erpressung geht also so weit, die Revision fortschrittlicher Verfassungsartikel erzwingen zu wollen.

Im Rahmen des großen IWF-Kredites sind bereits folgende Zusagen gemacht worden: die USA werden sich mit 300 Mio. Dollar beteiligen („0 Jornal", 3.3.78), Großbritannien mit 20 Mio. Dollar („0 Jornal", 10.3.78) sowie Japan mit 75 Mio. Dollar („Diario de Lisboa" = „DL", 7.4.78).

Außerhalb des IWF-Kredites sind bereits eine Reihe anderer Kredite gewährt worden, die häufig jedoch nicht zur freien Verfügung standen:
- die USA „gewährten" 650 Mio. Dollar, damit Portugal von den USA Reis und Weizen kaufen kann („0 Jornal", 18.11.77);
- die Europäische Investment Bank gab 21,5 Mio. DM zur Stützung mittlerer und kleiner Betriebe („0 Jornal", 6.1.78);
- die Internationale Agentur für Entwicklung (AID) gab 75 Mio. Dollar zur Verwendung in Wohnungsbau, Gesundheit, Erziehung und Ausbildung („Pagina Um", 6.1.78);
- von Österreich kamen 10 Mio. Dollar („0 Jornal", 23.3.78);
- die westdeutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau gab 44,85 Mio. DM zum Ausbau von Landstraßen („DL", 28.3.78);
- die USA gaben 126,5 Mio. Dollar für den Wohnungsbau („Diario Popular" = „DP", 8.4.78).

Diese Aufstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Wie wir bereits für 1977 festgestellt haben, wird auch 1978 weiterhin die Inflation auf den Rücken der Bevölkerung abgewälzt. So brachte die Verteuerung des „Lebensmittelkorbes" („Cabaz" 78) einen Preisanstieg um 25,3 % gegenüber dem „Cabaz" 77 („DL", 7.4.78), die Steuern wurden um 15 % erhöht („0 Jornal", 31.3.78), die Preise für Wochenkarten im Eisenbahnnahverkehr, auf den Tausende von Werktätigen täglich angewiesen sind, stiegen um bis zu 50 % („DP", 30.3.78). Außerdem wurden für 1979 eventuelle Lebensmittelrationierungen angekündigt, falls die Inlandproduktion nicht steigt und der Escudo abgewertet wird („DL", 7.4.78). Genau diese Maßnahmen verlangt aber der IWF als Bedingungen für einen Kredit.

In welch katastrophalem Maße sich die realen Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung verschlechtert haben und teilweise bereits das Niveau zu Zeiten des Faschismus unterschritten haben, machen einige Zahlen ansatzweise deutlich:

Zwar wurden einen Tag, bevor der „Cabaz" 78 um 25,3 % angehoben wurde, die Mindestlöhne und die Arbeitslosenunterstützung um durchschnittlich 25,4 % erhöht („0 Jornal", 7.4.78), jedoch wurden diese Lohnerhöhungen nicht nur sofort wieder „gegessen", sondern darüber hinaus zeichnet sich folgendes Bild ab:

In der verarbeitenden Industrie sanken von Juni 1976 bis Juni 1977 die Reallöhne um 18 %, die der Landarbeiter um 16 % („Extra", 23.2.78). Selbst das staatliche Studien- und Planungszentrum des Finanzministeriums gibt zu, daß durch die Reallohnsenkungen von 1977 teilweise ein niedrigeres Niveau als 1974 erreicht wurde („DL", 6.4.78).

Bereits im Frühjahr 1977 gab der portugiesische Wirtschaftswissenschaftler Eugenio Rosa bekannt: Von Januar 1974 bis Dezember 74 seien die Reallöhne um 8 % gestiegen, im Zeitraum Januar 74 bis Dezember 75 sogar um 17 %, von Januar 74 bis Dezember 76 allerdings insgesamt nur noch um 1 % und **im März 77 habe der Reallohn bereits um 5,4 % unter dem Niveau vom Januar 74 gelegen** („DL", 29.3.77).

Die erschütterndsten Zahlen veröffentlichte allerdings das Nationale Institut für Statistik: Es errechnete für den Industrie- und Transportsektor in Lissabon für 1977 einen Reallohnabbau um 5 % gegenüber 1968 („Extra", 5.1.78) – also gegenüber Zeiten, in denen der Faschismus in Portugal noch von Salazar geprägt wurde!

Portugal-Kommission

Lebensstandard niedriger als vor dem 25. April!

Frankreich

Antonio Bellavita darf nicht ausgewiesen werden!

Am 30.März wurde der in Frankreich lebende italienische Journalist Antonio Bellavita festgenommen. Die Ermittlungen bezogen sich anfangs auf die Ermordung des Faschisten Francois Duprat, der mit größter Wahrscheinlichkeit im Zuge von Auseinandersetzungen innerhalb der extremen Rechten von faschistischen Gesinnungskumpanen getötet wurde. Skandalöserweise stützte sich der Verdacht allein auf Bellavitas konsequente antifaschistische Enthüllungsarbeit im Rahmen des CRISE, einem Pariser Dokumentationszentrum, das umfangreiche Untersuchungen über das Treiben der französischen Faschisten veröffentlicht hat!

Bereits in Haft wurde Bellavita dann mit einem Auslieferungsgesuch der italienischen Regierung konfrontiert, die ihm „*Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung*" (den „Roten Brigaden") und „*Verherrlichung krimineller Taten*" vorwirft. Bellavita war bis 1974 Herausgeber der italienischen Alternativzeitung „Controinformazione", die im Rahmen der Auseinandersetzung mit verschiedenen linken Strategien Stellungnahmen der „Roten Brigaden" veröffentlichte. Obwohl „Controinformazione" nie verboten oder beschlagnahmt wurde, wurde aufgrund des Abdrucks von Dokumenten der „Roten Brigaden" in Italien bereits 1974 Haftbefehl gegen Bellavita erlassen. Dieser Haftbefehl sowie der erst kürzlich gestellte Auslieferungsantrag zielen auf die Kriminalisierung alternativer journalistischer Arbeit; die Auseinandersetzung mit einem bestimmten Konzept des bewaffneten Kampfes soll von vornherein verboten werden. „Controinformazione" hat in den vergangenen Jahren eine zentrale Rolle bei der Enthüllung von Aktivitäten der italienischen Faschisten gespielt, so bei der Entlarvung der faschistischen Urheberschaft des Blutbades auf der Piazza Fontana (Mailand, Dezember 1969) und bei der Aufdeckung der Staatsstreichpläne des Fürsten Borghese; ebenso brachte „Controinformazione" Artikel über die Folter in Lateinamerika, das Treiben der faschistischen Geheimpolizei PIDE in Portugal u.ä.

Im Zuge der Terroristenhysterie während und nach der Moro-Entführung suchten die italienischen Behörden nach Sündenböcken, denn erst jetzt wurde in aller Eile der Auslieferungsantrag gestellt. Bellavita hatte sich zwar seiner Verhaftung in Italien entzogen (sonst hätte er jetzt bereits vier Jahre U-Haft hinter sich, denn noch immer liegt keine konkrete Anklage vor!), hat jedoch in Frankreich niemals im Untergrund gelebt. Er hat einen festen Wohnsitz und einen festen Arbeitsplatz als Drucker bei „Liberation". Deshalb war seine Festnahme völlig illegal, zumal das italienisch-französische Auslieferungsabkommen eine Auslieferung wegen politischen Delikten ausschließt.

Dieser Auffassung konnte sich auch das Gericht nicht verschließen. Am 11.4. wurde Bellavita, der vorübergehend sogar in einem Isolationstrakt festgehalten wurde, vorläufig(!) wieder freigelassen. Beim folgenden Gerichtstermin am 10. Mai bezweifelte auch der Staatsanwalt die Möglichkeit einer Auslieferung. Das endgültige Urteil wird am 7. Juni gefällt.

Nachdem mit der nach französischem Recht illegalen Ausweisung von Croissant das Asylrecht schweren Schaden erlitten hat, droht hier ein weiterer Angriff. Allerdings ist die italienische Regierung weniger als die Bundesregierung in der Lage, die französische Regierung wirtschaftlich und politisch zu erpressen. Außerdem gibt es in der französischen Öffentlichkeit nach der Croissant-Ausweisung ein sehr waches Bewußtsein in diesen Fragen und eine entsprechend breite Solidarität mit Bellavita. Allein vom 2. bis 10. April hat eine von „Liberation" initiierte Petition 1.200 Unterschriften bekommen. Bis zum 10. Mai waren es vier eng bedruckte Zeitungsseiten, darunter kollektive Unterschriften zahlreicher gewerkschaftlicher Gruppen, aller demokratischen Juristenvereinigungen und bis auf wenige Ausnahmen die gesamten Redaktionen fast aller großen französischen Zeitungen, darunter auch die der PC-Zeitungen „L'Humanite" und „L'Humanite-Dimanche".

Frankreich-Kommission

Politischer Mord an bekannten

Politischer Mord an bekannten Internationalisten

Am 4.5. wurde Henri Curiel mitten in Paris mit drei gezielten Schüssen brutal ermordet. Wenig später übernahm die faschistische Organisation „Delta" in einem Anruf die Verantwortung für die „*Hinrichtung des KGB-Agenten, Kämpfers für die Araber und Verräter Frankreichs*" („Liberation", 5.5.78).

Curiel war ägyptischer Jude, er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der KP Ägyptens im Jahre 1943. Nach der Verfolgung der ägyptischen Kommunisten unter Nasser beantragte er 1951 politisches Asyl in Frankreich. Trotz enger Bindungen an die KPF und bedingungsloser Treue zur Sowjetunion war er kein eingefleischter Revisionist, sondern in erster Linie ein entschiedener Anti-Imperialist. Als die KPF dem Befreiungskampf des algerischen Volkes noch reserviert gegenüberstand, organisierte er die finanzielle Unterstützung des algerischen Befreiungskrieges, die Unterbringung algerischer Kämpfer u.ä. Wegen dieses Engagements verbrachte er zwei Jahre lang in französischen Gefängnissen.

Nach der algerischen Befreiung unterstützte er andere unterdrückte Völker, insbesondere die Völker Lateinamerikas und amerikanische Soldaten, die im Vietnam-Krieg desertierten. In der letzten Zeit bemühte er sich um einen israelisch-arabischen Frieden auf der Grundlage der Anerkennung der Existenz zweier Staaten. Deshalb hatte die französische Rechtspresse nach seiner Ermordung auch gleich die Schuldigen gefunden: „linksradikale Palästinenser", die gegen Verhandlungen mit Israel sind.

Im Jahre 1976 startete die Zeitung „Le Point" eine Diffamierungskampagne gegen Curiel, in der er ohne jeden Beweis als „*Chef internationaler Terroristengruppen mit Verbindungen zur japanischen Roten Armee und Carlos*" bezeichnet wurde. Als politischer Asylant unterlag Curiel der ständigen Kontrolle und Schikane der französischen Behörden, die sogar ihrerseits die Haltlosigkeit solcher Behauptungen durchblicken ließen.

Das hielt jedoch den „Spiegel" nicht davon ab, 1977 zu Zeiten der Schleyer-Entführung den Dreck gegen Curiel wieder aufzugreifen. Im Gefolge dieser Kampagne erteilten die französischen Behörden Curiel die Auflage, Paris zu verlassen; sein Aufenthalt wurde auf die Provinz-Stadt Digne beschränkt, eine Maßnahme, die erst Anfang 1978 rückgängig gemacht wurde.

Trotz schleppender Untersuchungen konnten die französischen Behörden nicht umhin bekanntzumachen, daß die drei tödlichen Kugeln auf Curiel aus derselben Tatswaffe stammen, mit der im Dezember letzten Jahres Laid Sebai, Wächter im Büro der algerischen Emigrantenorganisation „Amicale" von einem faschistischen Kommando erschossen wurde.

An der Beerdigung Curiels beteiligten sich auf Aufruf der PC, der PS, der CGT und der CFDT sowie zahlreicher algerischer Organisationen ca. 900 Personen. Es wurden mehrere Beileidstelegramme von amerikanischen Vietnam-Deserteuren verlesen. Die Witwe Annie Curiel hat Anzeige gegen die nach wie vor anhaltende Hetze der Rechtspresse erstattet. Unterstützt wird sie u.a. von dem bekannten Theologen Casalis, Mitglied der Jury des Russell-Tribunals, der die rechten Journalisten öffentlich zur Rücknahme ihrer Verleumdungen aufgefordert hat.

Frankreich-Kommission

Schweiz

»Anti-Terror«-Zusammenarbeit BRD- Schweiz



Berner Polizei-Grenadiere üben unter Leitung der GSG 9. Die Parallelen zur Verhaftung von Baader und Raspe sind unverkennbar

Vom 16. bis zum 19.5. weilte Furgler, der schweizerische Vorsteher des 'Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements', (entspricht dem Bundesjustizminister), bei seinem westdeutschen Amtskollegen Vogel.

Furgler sprach mit „Fachleuten" über Fragen der Terrorismusbekämpfung. Er ist übrigens Vater der 'Bundessicherheitspolizei', die in der Schweiz eingeführt werden soll.

Gesprächspartner waren u.a. Günter Herold, BKA-Präsident, Maihofer, Vogel und GSG-9-Chef Wegener, der ihm als kronenden Abschluß des Besuches mit seiner Truppe eine Einsatzübung vorführte.

Bereits am 8./9. April waren die für die 'Innere Sicherheit' verantwortlichen Minister aus der BRD, Italien, Österreich und der Schweiz zu einem 'Erfahrungsaustausch'in Bern zusammengetroffen.

Furgler und seine 'Bundessicherheits'-Bullen erhalten bereits seit 1973 intensiven Nachhilfeunterricht in der 'Anti-Terror-Bekämpfung' von Wegener. Der jüngste Kurs fand am 20./21. April in der Schweiz statt. Herold und Wegener brachten ihnen einige 'Präzisionscoups' bei, u.a. Geiselbefreiung aus einem Zug.



„Fast verwegener als Wegener: Hauptmann Bernhard Villiger, Leiter des Sturmangriffs."

Schwärmerische Bildunterschrift in der Boulevardzeitung „Sonntagsblick" vom 23.4. über den Chef der schweizerischen „Anti-Terror"-Polizeigrenadiere

Parteikongreß der POCH

Vom 13. – 15. Mai fand in Zürich der Parteikongreß der „Progressiven Organisationen der Schweiz" (POCH) statt. 115 Delegierte diskutierten schwerpunktmäßig den vorgelegten Programmentwurf „Für eine demokratische Erneuerung", der im Herbst 1978 von der Delegiertenversammlung verabschiedet werden soll. Gastdelegationen u.a. der FLN Algerien, des libyschen Volkskongresses, der F.Polisario, der PLO, der PRT/ERP, PCI, PCE, Partei der Arbeit Koreas, der KP und SP Chiles, sowie zahlreiche Grußadressen fortschrittlicher Organisationen und Parteien verschiedener Länder gaben dem Kongreß ein stark internationalistisches Gepräge.

Aus der Bundesrepublik war der KB mit zwei Beobachtern auf dem POCH-Kongreß vertreten.

Wer sind die POCH?

Hervorgegangen sind die POCH aus der Protestbewegung 1968. Sie verstehen sich als Teil der „weltweiten antiimperialistischen Front", zu der die verschiedenen kommunistischen (und revisionistischen) Parteien, die Staaten des „realen Sozialismus" sowie als besondere Kraft die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen und die „Bewegung der Blockfreien" gezählt werden. Die POCH betonen allerdings, daß eine Partei wie die ihre frei sein muß *„von jeglichem Untertanengeist, von jeglichen Untertanenbeziehungen zu anderen Parteien und Staaten"*. Die Entwicklung der politischen Linie müsse *„in völliger Selbständigkeit und Selbstköpfigkeit entwickelt werden"*.

In der Schweiz orientieren die POCH auf eine starke „antisozialpartnerschaftliche" Partei links von der Sozialdemokratie und betrachten als ihre Hauptaufgabe die „demokratische Erneuerung" der Schweiz.

Ihre organisatorische Stärke und den meisten Einfluß haben sie in der deutschsprachigen Schweiz, die etwa 2/3 der Bevölkerung ausmacht. Seit 1971 beteiligen sich die POCH an Wahlen und sind heute mit 1 – 7 Abgeordneten (in Basel-Stadt) in 7 Kantons-(Länder-)Parlamenten ver-

den meisten Einfluß haben sie in der deutschsprachigen Schweiz, die etwa 2/3 der Bevölkerung ausmacht. Seit 1971 beteiligen sich die POCH an Wahlen und sind heute mit 1 – 7 Abgeordneten (in Basel-Stadt) in 7 Kantons-(Länder-)Parlamenten ver-



treten. Darüberhinaus stellen sie Abgeordnete in mehr als 10 Stadtparlamenten.

Die POCH arbeiten in den verschiedensten Basis- und Volksbewegungen in der Schweiz mit (so u.a. sehr frühzeitig in der Anti-AKW-Bewegung) und haben in einer Reihe Gewerkschaften wichtige Positionen eingenommen.

Wo die POCH in der Deutschschweiz auftreten, haben sie die ehemals recht starke (revisionistische) „Partei der Arbeit" (PdA) einflußmäßig verdrängt.

Die Frauenarbeit der POCH konzentriert sich im wesentlichen auf die Mitarbeit in der Frauenorganisation OFRA (Organisation für die Sache der Frauen), die eine eigenständige Organisation darstellt und in keinem direkten Zusammenhag zur POCH steht. Die OFRA wurde allerdings vor knapp zwei Jahren im wesentlichen durch POCH-Genossinnen mitgegründet.

Die Frauenpolitik selbst kam in den Diskussionen auf dem Kongreß nicht direkt zur Sprache, im Programmentwurf wird sie in einem gesonderten Absatz behandelt: als Unterpunkt *„den Emanzipationskampf der Frauen fördern"* im Abschnitt *„Volle Rechte für alle Teile des Schweizer Volkes"* werden die verschiedenen Aspekte der doppelten Unterdrückung der Frauen beschrieben.

Wir hatten bei unserer Reise Gelegenheit, mit einer Genossin der POCH, die auch in der OFRA arbeitet, zu sprechen und wollen in einer der nächsten Nummern des AK genauer auf die Politik und das Selbstverständnis der OFRA im Rahmen der schweizerischen Frauenbewegung eingehen.

Die Diskussion auf dem Kongreß

In verschiedenen Resolutionen wurde Solidarität mit dem Kampf des sahaurischen und palästinensischen Volkes geübt, der Überfall der Rassisten auf Angola verurteilt, der Kampf gegen die neue Bundessicherheitspolizei in der Schweiz unterstützt, sowie im Anti-AKW-Kampf vierjähriger sofortiger Baustop und Verzicht auf alle AKWs gefordert. Die Bildung eines selbständigen Kantons Jura sowie die Autonomiebestrebungen des jurasischen Volkes wurden begrüßt.

In der Diskussion um das Programm und den demokratischen Kampf schälten sich drei Schwerpunkte heraus, die auch die weitere Diskussion bis zur endgültigen Verabschiedung des POCH-Programms beherrschen werden.

Ersetzung des Begriffs „marxistisch-leninistisch":

Die bisherige Bezeichnung der POCH als „marxistisch-leninistisch" soll im Programm ersetzt werden durch: *„auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus"* stehend sowie durch die Aufnahme aller vom *„revolutionären Weltprozeß hervorgebrachten alten und neuen Elemente in ihre Politik"* (z.B. die Ideen Che Guevaras, die Erfahrungen von FLN Algerien und PLO, die Ideen Amilcar Cabrals u.a.). Im Gegensatz zur spanischen PCE, die mit dem Begriff leninistisch auch die Leninschen Ideen gestrichen hat, betonen

Che Guevaras, die Erfahrungen von FLN Algerien und PLO, die Ideen Amilcar Cabrals u.a.). Im Gegensatz zur spanischen PCE, die mit dem Begriff leninistisch auch die Leninschen Ideen gestrichen hat, betonen

die POCH, daß sie an den Leninschen Ideen festhalten, daß sie aber sich gegen eine „Dogmatisierung" wenden und mit der Streichung vor allem verbinden:

- stärkere Öffnung der POCH nach außen
- Abgrenzung von mißbräuchlicher Verwendung des ML-Begriffes, der ML solle kein „Glaubensbekenntnis" werden.

Auch Vorschläge, den Begriff durch die Formulierung „schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus" zu ersetzen, wird von den Autoren des Programmentwurfs abgelehnt, da sich in der Vergangenheit hinter dieser Bezeichnung viele heute revisionistische Parteien verschanzten, und die *„schlimmsten Dogmatisierungen der großartigen Leistungen von Lenin und Marx vorgenommen wurden"* (aus dem Referat zum Programmentwurf).

„Demokratische Erneuerung":

Es waren vor allem zwei Passagen im Programmentwurf, die Wider-

Fortsetzung auf Seite 49

XY-Zimmermann raus aus dem Fernsehprogramm!

XY-Zimmermann raus aus dem Fernsehprogramm!

Am 20.4. hat die Berner Sektion des „Arbeitnehmer Radio- und Fernsehbundes der Schweiz" (ARBuS) eine am 3. März beschlossene Unterschriftensammlung für eine Petition zur Absetzung der Sendung „Aktenzeichen XY .... ungelöst" vom Programm der deutschen und rätoromanischen Schweiz begonnen.

Der ARBuS begründete diesen Schritt damit, daß *„die Sendung 'XY...' so beliebt ist, gerade weil sie eine so hohe Sehbeteiligung aufweist, gerade weil sie auch in Arbeitnehmerkreisen unkritisch konsumiert wird, gerade weil sie eben ein heißes Eisen darstellt"* (dieses und alle nachfolgenden Zitate sind entnommen der 'Baseler Arbeiter-Zeitung' vom 10.5.78).

Gleichzeitig soll eine kritische Diskussion um die Mediengestaltung schlechthin initiiert werden. Der ARBuS entwickelt die Kritik durchweg vom Standpunkt des demokratischen Rechtsstaates aus:

„Im 'Aktenzeichen XY...' wird nicht nach den Steuerhinterziehern gefahndet, nicht nach den Wirtschaftskriminellen, nicht nach den Gentlemangaunern. Nein, zum großen Teil handelt es sich um die Aufspürung und die Jagd nach kleinen Leuten. Nach Leuten, denen die Geborgenheit eines intakten Elternhauses fehlte, denen eine gute Schulbildung verunmöglicht war, die vielleicht hundertmal in ihrem Leben am Arbeitsplatz, im Wirthaus auf die Seite geschoben wurden, keine Anerkennung fanden, resignierten und sich schließlich in einer kriminellen Handlung zu verschaffen glaubten. Leute, deren Verbrechen als Rache an der Gesellschaft, in der für sie kein Platz war, zu verstehen ist."

„Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Der ARBuS hat wie die Polizei, wie die Bevölkerung, Interesse daran, daß Verbrechen aufgeklärt werden, daß man die Straffälligen findet und sie zurückführt in die Gesellschaft. Der ARBuS aber wendet sich in aller Schärfe dagegen, daß solche fehlgeleiteten Menschen dazu herhalten müssen, das Fernsehpublikum von den Mißständen in unserer Gesellschaft und deren Ursachen abzulenken. Im Gegenteil, der ARBuS will ein Radio, ein Fernsehen, welches das Publikum für solche Mißstände sensibilisiert und es zu deren Veränderungen anspornt."

Der Petitionstext

Die Unterzeichnenden fordern die Generaldirektion der SRG auf, die Sendung «Aktenzeichen: XY ... ungelöst» vom Programm des Fernsehens der deutschen und rätoromanischen Schweiz abzusetzen. Aufklärung von Verbrechen und Fahndung nach Verbrechern ist in einem Rechtsstaat grundsätzlich Sache der Polizie. Nur in Ausnahmefällen rechtfertigt sich der Einsatz weiterer Mittel. Eine auf spannungsgeladene Unterhaltung ausgerichtete Menschenjagd, wie sie «Aktenzeichen: XY ... ungelöst» darstellt, dient in erster Linie der Befriedigung der Sensationslust des Fernsehpublikums und ist in jedem Fall abzulehnen.

Desweiteren wird anhand konkreter Zahlen nachgewiesen, daß die „Erfolgsquote" dieser Sendung kaum der Rede wert ist. Demgegenüber stehen schwerwiegende gesellschaftliche Auswirkungen. *„Dem 'guten' Fernsehzuschauer zu Hause wird eine Galerie von ‚bösen Ganoven' vorgeführt. In 'XY...' werden Verbrecher ohne einsehbare Motive gezeigt und damit zur Verkörperung des Bösen schlechthin stilisiert."*

In einem Brief von 1974 an die Schweizer Radiogesellschaft schreibt der Strafrechtler Peter Aebersold dazu: *„Das Publikum wird dadurch in seinem Vorurteil bestätigt, in unseren Strafanstalten säßen vor allem brutale Gewaltverbrecher und internationale Berufsgangster. In Wirklichkeit machen derartige Insassen nur einen verschwindend kleinen Teil der Belegschaft aus; bei der Mehrzahl handelt es sich um Sozialfälle, um Leute, die für die Gemeinschaft eher lästig als gefährlich sind, die aus Motiven, die sie nicht beherrschen, immer wieder aussichtslose „Krämpfe" drehen".*

Es wird darauf hingewiesen, daß in solch einem geschaffenen Klima Resozialisierung kaum noch möglich sei.

Hinzu kommt, daß die 'XY...'-Sendung den Eindruck erwecken, *„daß die Kriminalität ganz allgemein bedrohlich anwachse und damit Angst und Verunsicherung des Zuschauers verstärkt"* wird.

„Dadurch wird die Angst und die Verunsicherung in der Bevölkerung geschürt, was in erster Linie Grundlage für Aggression und Recht-und-Ordnung-Stimmung bildet. Unterschwelliges Denunziantentum greift um sich, es wird die Mentalität erzeugt, daß jeder jeden überwachen soll. Es ist nicht erstaunlich, wenn sich so – wie nach den jüngsten Terrorakten in Köln – Bürgerwehren bilden, die ihre Nachbarn auf 'Normalität' hin kontrollieren und bereit sind, gegen das 'Abnormale' radikal vorzugehen. Vom 'Fahnderli' spielen bis zum 'Richterli' spielen – Volksjustiz – ist es nur ein kleiner Schritt!"

Schweiz-Kommission

Fortsetzung von Seite 48

spruch hervorriefen. So wollen die POCH diesen Kampf um „Demokratische Erneuerung" auf der Basis *„der Anerkennung der historisch gewachsenen bürgerlich-demokratischen Strukturen"* führen und verlangen, *„daß auf allen Ebenen alle Parteien und Organisationen entsprechend ihrem Proporzanspruch in die politischen Entscheidungen einbezogen werden und keine Kraft davon ausgeschlossen bleibt"* (Programmentwurf). Diese offensichtlich dem italienischen „Historischen Kompromiß" nachempfundene Passage wird ergänzt um das Angebot der POCH an die „bürgerlichen Volksparteien" (*„Unser Programm richtet sich auch an die bürgerlichen Volksparteien"*) zur Zusammenarbeit, was begründet wird mit der Feststellung, die Mitglieder dieser Parteien und ihrer vielfältigen Massenorganisationen und -vereine – zehntausende – seien *„Angehörige der antimonopolistischen Schichten"*, die es für den Kampf um „Demokratische Erneuerung" zu gewinnen gelte.

Eine einheitliche revolutionäre Partei:

In Zusammenarbeit mit der (stark eurorevisionistisch orientierten) PdA – die in der französischsprachigen welschen Schweiz sehr stark ist – und der PSA, die im italienischsprachigen Tessin ihren Stützpunkt hat, erhoffen sich die POCH die Schaffung einer *„in den Massen der schweizerischen und ausländischen Arbeiterschaft verankerten revolutionären Partei"*. Eine verstärkte Zusammenarbeit hat es bereits in der Vergangenheit zu verschiedenen „Volksinitiativen" (40-Stunden-Woche, Herabsetzung des Rentenalters) gegeben. Allerdings ist diese Zusammenarbeit erschwert durch einen nach wie vor existenten Führungsanspruch der PdA. So hatte diese 1975 eine Listenverbindung der drei Organisationen zu den Nationalwahlen abgelehnt. Ergebnis war, daß dadurch zwei Sitze verpaßt wurden. Die PdA verlor dabei sogar ihre Möglichkeit, eine eigene Fraktion zu bilden, für die 5 Abgeordnete (die PdA hat 4) notwendig sind. Allein in Verbindung mit der PSA (1 Abgeordneter) ist die PdA heute fraktionsfähig. Außerdem ist die PdA anfällig für Manöver der Sozialdemokratie. So hatten POCH, PdA und PSA den Vorschlag einer Volksinitiative zur Einführung von 4 Wochen Urlaub gemacht. Einen Tag vor den gleichzeitig stattfindenden Kongressen von POCH und PdA hatten die Sozialdemokraten und der Gewerkschaftsbund ihrerseits erklärt, diese Initiative zu ergreifen und der PdA ein Angebot zur Zusammenarbeit gemacht. U.a. erklärten die Sozialdemokraten unverblümt, daß es ihnen um die Isolierung der POCH ginge. Während die POCH auf ihrem Kongreß an der gemeinsamen Initiative der drei Organisationen festhielten, beschloß die PdA gleichzeitig, sich der SP-Initiative anzuhän-

Initiative zu ergreifen und der PdA ein Angebot zur Zusammenarbeit gemacht. U.a. erklärten die Sozialdemokraten unverblümt, daß es ihnen um die Isolierung der POCH ginge. Während die POCH auf ihrem Kongreß an der gemeinsamen Initiative der drei Organisationen festhielten, beschloß die PdA gleichzeitig, sich der SP-Initiative anzuhän-

gen!

Die POCH – eine diskussionsfreudige Organisation

Die POCH lassen sich nicht einfach in ein Schema pressen („revisionistisch" etc.). Sie zeichnen sich durch Diskussionsfreudigkeit und Offenheit in der Kontroverse aus, was wir auch in Gesprächen am Rande des Kongresses erfahren konnten. So haben die POCH gleichermaßen eine kritisch-solidarische Einstellung zur Sowjetunion und der VR China und lehnen jeden Hegemonieanspruch ab. So verurteilten die POCH im Zusammenhang mit terroristischen Aktionen in der BRD in erster Linie die Repression des Staates und beteiligen sich an der Enthüllung der „Wunder von Stammheim", bzw. schreiben in ihrem Rechenschaftsbericht, daß in Stammheim *„nichts gefunden worden ist, was einen Mord ausschließt"*. In Italien hingegen kommen die POCH zu der Einschätzung, daß die *„Terrorstrategie ... (sich) gegen den demokratischen Staat, wie er aus dem antifaschistischen Kampf hervorgegangen und durch jahrzehntelange harte Kämpfe der Arbeiter- und Volksbewegung entwickelt worden ist"* (POCH-Zeitung, 18.5.78) richtet. Unverkennbar sind auch die Sympathien mit dem „Eurokommunismus", speziell dem italienischen.

Den Eindruck dieser Offenheit in der Diskussion vermittelte uns auch das Parteifest am 1. Kongreßtag, das von einer solidarischen und herzlichen Atmosphäre geprägt war.

Die Beobachter-Delegation des KB auf dem POCH-Kongreß

Italien

„Italienischer Herbst"

Hexenjagd nach der Moro-Entführung

Ähnlich wie die BRD im letzten Herbst nach der Schleyer-Entführung erlebt jetzt Italien eine Hexenjagd in Zusammenhang mit der Entführung des DC-Spitzenpolitikers Moro: Diffamierung linker Intellektueller und Organisationen als „sostenitori" (Unterstützer) und „fiancheggiatori" (Flanken-Leute) des Terrorismus; Berufsverbote und Einschüchterung gegen linke Lehrer; Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse; Distanzierungs-Hysterie in großen Teilen der Linken. Hier ein Überblick über einige der spektakulärsten Fälle:

* Maria Grazia Granata, Lehrerin an einer Mailänder Handelsschule wird für zunächst 40 Tage „beurlaubt". Sie hatte auf einer spontanen Schulversammlung am 16.3. (unmittelbar nach der Moro-Entführung) an die namenlosen Opfer der kapitalistischen Gesellschaft erinnert (illegale Abtreibungen, Arbeitsunfälle usw.). Die Jugendorganisation der PCI, FGCI, beschimpfte sie daraufhin in einem Flugblatt, sie wolle „mit ihren Erklärungen die Roten Brigaden in Schutz nehmen". Es folgte eine Anklage gegen die Lehrerin wegen „Aufruf zu und Billigung von Straftaten gegen Personen und den Staat". („il manifesto", 30.4. und 9.5.).
* Bei Magneti Marelli (Mailand) geraten zwei Vertrauensleute unter Beschuß, die sich nicht am „spontanen Streik" vom 16.3. (nach Bekanntwerden der Entführung) beteiligt hatten. Der Betriebsrat fordert ihre Entlassung, was aber von einer Betriebsversammlung abgelehnt wird. („il manifesto", 21.4.).
* In Rom fordern DC und „Republikaner" (PRI) die Entlassung eines Lehrers. Er hatte angeblich einen Aufsatz zum Thema schreiben lassen: „Mit der Zeit hat das zunehmende Interesse für den Fall Moro die anderen Opfer der Sache vergessen lassen". („il manifesto", 15.4.).
* In Turin werden an allen Schulen zwangsweise Indoktrinierungs-Stunden „gegen den Terrorismus" angesetzt. Kritiker dieser Maßnahme werden diffamiert. („Lotta Continua", 20.4.).
* Bei der ENI in Rom werden 18 Mitglieder aus der Gewerkschaft CGIL (PCI-dominiert) ausgeschlossen, weil sie sich nicht am „spontanen Streik" vom 16.3. beteiligt hatten. („il manifesto", 22.4.).
* An der Universität von Cosenza (Calabrien/Süditalien) werden nach Festnahmen im Zuge der „Großfahn-

20.4.).
* Bei der ENI in Rom werden 18 Mitglieder aus der Gewerkschaft CGIL (PCI-dominiert) ausgeschlossen, weil sie sich nicht am „spontanen Streik" vom 16.3. beteiligt hatten. („il manifesto", 22.4.).
* An der Universität von Cosenza (Calabrien/Süditalien) werden nach Festnahmen im Zuge der „Großfahn-

dung" mehrere Studenten unter fadenscheinigen Vorwänden aus dem Studentenwohnheim gekündigt. Es kommt zu breitem Protest, was wiederum dazu führt, daß die Sektion der CGIL an der Universtität für aufgelöst erklärt wird, weil sie die Proteste unterstützt hatte. Weitere Proteste ruft die Ausweisung zweier ausländischer Dozenten der Universität hervor. („il manifesto", 21.4., 6.5. und 7.5.).
* In Genua werden 6 Hafenarbeiter aus der PCI ausgeschlossen. Sie hatten ein Flugblatt unter dem Titel „Weder Staat noch Rote Brigaden!" herausgebracht. („il manifesto", 31.3. und 2.4.).

Die Rolle der PCI...

Die PCI, seit längerem als verbissen staatstreu profiliert, hatte sich mit besonderer Schärfe gegen jedes „Nachgeben" angesichts der Moro-Entführung eingesetzt. Im Fernsehen verkündete PCI-Chef Berlinguer, man müsse *„mit Unerbittlichkeit handeln und die Gesetze des Staates anwenden"*. *„Ich meine, daß Festigkeit und entschlossene Zurückweisung jeder Erpressung und jedes Zugeständnisses d e r Weg sind, der es möglich machen kann, auch das Leben irgendeines seiner Bürger zu schützen"*. („il manifesto", 7.4.).

Peccioli (PCI-Kandidat für das Innenministerium) erklärte, es gebe „subversive Zellen" in den Fabriken und im öffentlichen Dienst. „**Man muß diese Kerngruppen vertreiben**". („il manifesto",19.3.). CGIL-Chef Lama führte näher aus, welche „subversiven Zellen" gemeint seien: *„Wer eine wirtschaftliche Sanierung ablehnt* (gemeint sind Arbeiter, die sich dem von der PCI verordneten

Innenministerium) erklärte, es gebe „subversive Zellen" in den Fabriken und im öffentlichen Dienst. „Man muß diese Kerngruppen vertreiben". („il manifesto",19.3.). CGIL-Chef Lama führte näher aus, welche „subversiven Zellen" gemeint seien: „Wer eine wirtschaftliche Sanierung ablehnt (gemeint sind Arbeiter, die sich dem von der PCI verordneten

Kurs des „Verzichts" und der „Opfer" widersetzen - Anm. AK) *der produziert am Ende den sozialen Zündstoff, den Nährboden der Roten Brigaden"*. („il manifesto", 8.4.). Im selben Zusammenhang - einem Interview mit „Repubblica" - sagte Lama auch: **„Der Staat stellt wesentliche verfassungsmäßige Werte dar; vor allem vertritt er die demokratischen Freiheiten, die wir uns errungen haben. Daher meinen wir: Wer sich der Parole anschließt 'Weder mit dem Staat noch mit den Roten Brigaden', der darf nicht Mitglied der Gewerkschaft sein. Entweder er geht oder er muß rausgeschmissen werden!"** (ebenda).

Die PCI scheute sich natürlich auch nicht, die Linken mit dem Terrorismus in Zusammenhang zu bringen. So behauptete Bufalini (Mitglied des Sekretariats der PCI) an die Adresse von Rossana Rossanda („il manifesto"/PDUP) gerichtet: Die „Roten Brigaden" „**gehören in I h r Familien-Album, werte Dame!**" Im Übrigen schimpfte er auf die Intellektuellen, die *„über antidemokratische Gesetze jammern"* und die damit *„den bewaffneten Extremismus ermutigen"* würden. („il manifesto", 31.3., 4.4.)

Die PCI rief außerdem dazu auf, die Bevölkerung müsse die Fahndung nach den Terroristen unterstützen. Lama erklärte am 25.4. in Venedig: *„Man muß die Anstrengungen der Arbeiter ausweiten, man muß mit der Polizei und den Ordnungskräften zusammenarbeiten"*. („il manifesto", 26.4.). Und Bufalini forderte: *„Das Volk muß seine zig Millionen Augen benutzen, um die Polizei zu unterstützen"* („il manifesto", 18.4.).

Sehr selbstkritisch erklärte die PCI-Führung auch gleich noch jenen nicht gerade kleinen Teil ihrer eige-

Arbeiter ausweiten, man muß mit der Polizei und den Ordnungskräften zusammenarbeiten". („il manifesto", 26.4.). Und Bufalini forderte: „Das Volk muß seine zig Millionen Augen benutzen, um die Polizei zu unterstützen" („il manifesto", 18.4.).
Sehr selbstkritisch erklärte die PCI-Führung auch gleich noch jenen nicht gerade kleinen Teil ihrer eige-

nen Mitglieder, die nicht recht vom „italienischen Weg zum Sozialismus" überzeugt sind, zu möglichen Unterstützern des Terrorismus und übergab der Polizei die Listen ausgetretener Mitglieder - bekanntlich kommt ein hoher Prozentsatz der Terroristen tatsächlich aus enttäuschten früheren Mitgliedern der PCI! („il manifesto", 21.4. und „Lotta Continua", 15.4.).

... und die Reaktion der Linken

Es gab mehrere Distanzierungs-Erklärungen linker Intellektueller, Künstler usw., die generell "jede Gewalt" ablehnten. Der Kreis der Unterzeichner reichte bis weit in die PDUP/"il manifesto" hinein. Selbst "Lotta Continua" hatte sich auf die Parole "Weder für den Staat noch für die Roten Brigaden" zurückgezogen - eine zwar in der konkreten Situation sehr mutige Parole, die aber mit ihrer falschen Gleichsetzung zwischen bürgerlichem Staat und Terroristen schon ein Zurückweichen vor der bürgerlichen Propaganda darstellt.

Es ist bezeichnend, daß der größte Skandal von "Lotta dadurch ausgelöst wurde, daß sie einen Appell von engen Angehörigen und Freunden Moros für Verhandlungen mit den Entführern abdruckte (als erste Tageszeitung!), dem sich dann viele Menschen anschlossen (u.a. auch sehr zahlreiche Unterschriften aus den Betrieben!). Diese Erklärung und ihr Abdruck in "Lotta Continua" wurde von der PCI ganz besonders angegeifert. Eine weitere traurige 'Pointe' der Geschichte: Nachdem die Redaktion von " il manifesto" sich dieser Erklärung angeschlossen hatte, d i s t a n z i e r t e sich die PDUP, zusammen mit einzelnen Mitgliedern der " manifesto "- Redaktion, nachträglich davon ("il manifesto", 22.4.). Die Leitung der PDUP gab eine Erklärung ab, in der es hieß, Die PDUP *" lehnt den Boden eines Austausches ab". "Die Möglichkeit von Verhandlungen findet ihre nicht zu überschreitenden Grenzen in den grundlegenden Normen des Rechtsstaates und der Gleichheit unter den Bürgern"* (" il manifesto", 25.4.). Ähnlich äußerte sich Salvatore Senese, Vorsitzender des fortschrittlichen Richterverbandes 'Magistratura Democratica', zur Forderung der 'Roten Brigaden' nach einem Gefangenenaustausch: *"Würde man dieser Forderung entsprechen, so hiesse das, daß man das Land einer nicht mehr aufzuhaltenden Spirale der Gewalt ausliefert und daß man es jeder Verteidigungsmöglichkeit seitens der Ordnungskräfte berauben würde. Dieses verrückte Kommunique* (der 'Roten Brigaden'-Anm.AK) *bestätigt, daß das Ziel der 'Roten Brigaden' die Zerstörung jedes Rahmens des zivilen Lebens ist"* ("il manifesto", 25.4.)

Erinnert man sich da noch an das mitleidige Kopfschütteln der italienischen Linken angesichts des "deutschen Herbst" und der damals in der BRD grassierenden Distanzierungs-Hysterie, so können einem schon ironische Gedanken kom-

'Roten Brigaden' die Zerstörung jedes Rahmens des zivilen Lebens ist" ("il manifesto", 25.4.)
Erinnert man sich da noch an das mitleidige Kopfschütteln der italienischen Linken angesichts des "deutschen Herbst" und der damals in der BRD grassierenden Distanzierungs-Hysterie, so können einem schon ironische Gedanken kom-

men!...

Kommunalwahlen in Italien

Als Niederlage der revisionistischen KP (PCI) und als Erfolg der Christdemokraten (DC) werden allgemein die Ergebnisse der Kommunalwahlen in vielen Orten Italiens am 14. Mai gewertet. Betroffen waren rund 10% der italienischen Wähler.

- Die DC kam im Durchschnitt auf 42,5%; das bedeutet eine Steigerung von 5% gegenüber den entsprechenden Kommunalwahlen 1972.
- Die PCI kam auf 26,5%; das bedeutet eine Steigerung von 0,8% gegenüber 1972.

Bemerkenswert ist allerdings der Verlust der PCI im Vergleich zu den Ergebnissen der Parlamentswahlen 1976 in den entsprechenden Orten: Damals kam die PCI auf 35,6%, die DC auf 38,9%. Wenn jetzt von einer Niederlage der PCI die Rede ist, so im Vergleich zu den Ergebnissen von 1976.

Diese Einschätzung scheint begründet, wenn man die politische Entwicklung der letzten Jahre betrachtet. Die Wahlen von 1972 fanden zu einem Zeitpunkt statt, wo ein Vormarsch der DC auf seinem Höhepunkt und bereits kurz vor der Wende war. Danach begann ein Auftrieb für die PCI und die Linke sowie ein entsprechender Rückgang der DC. Diese Entwicklung erreichte ihre Höhepunkte bei der Volksabstimmung über das Scheidungsgesetz am 12.Mai 1974 und bei den Regionalwahlen 1975. Bei den Parlamentswahlen am 20. Juni 1976 war dieser Trend zugunsten der PCI im Grunde schon im Umkippen. Die PCI konnte sich zwar von 27,2% bei den Parlamentswahlen 1972 auf 34,4% steigern – das bereits greifbar nahe Ziel, die DC zu überholen, wurde aber nicht erreicht.

1974/75 war die Chance sehr nahe, durch eine offensive Politik, die sich auf eine breite Massenmobilisierung stützen konnte (damals genährt zum einen durch eine Welle barbarischer faschistischer Anschläge, zum anderen durch die Reaktion auf die Ereignisse in Portugal), die seit Ende der 40er Jahre andauernde Herrschaft der DC abzubrechen. Weit davon entfernt, diesen Weg zu gehen, sorgte die PCI-Spitze Zug um Zug dafür, daß die DC sich wieder festigen und erholen konnte.

Die PCI-Spitze übernahm es, die Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen propagandistisch mit ihrer Ideologie der „Opfer", der „Strenge" und der „Sparpolitik" abzusichern. Gleichzeitig übernahm sie die Rolle eines extremen Scharfmachers beim Ausbau des Polizeistaats und beim Abbau demokratischer Rechte.

Das Wahlergebnis von diesem 14. Mai ist eine erste sichtbare Quittung für diese Politik, die den Werktätigen keine Alternative zur Politik der DC bietet.

Das Abschneiden der anderen Parteien

Die ‚Sozialistische Partei' (PSI) erreichte 13,3% und konnte sich damit gegenüber den vergleichbaren Ergebnissen der Parlamentswahlen 1976 (9,2%) wieder festigen. Das Ergebnis liegt ungefähr auf demselben Niveau wie bei den Kommunalwahlen 1972 (13,5%).

Die Sozialdemokraten (PSDI) kamen auf 4,8%; sie liegen damit deutlich unter dem Ergebnis von 1972 (6,2%), haben sich aber gegenüber den Parlamentswahlen 1976 (3,3%) wieder etwas erholt.

Die Faschisten der MSI kamen auf 4,5% und liegen damit klar unter den Ergebnissen von 1972 (6,8%) und 1976 (7,1%).

Etwas erholt sind die ‚Republikaner' (PRI) mit 3,2%, während die weit rechts stehenden ‚Liberalen' (PLI) mit 1,4% weiterhin schwach dastehen.

DC, PCI, PSI, PSDI, PRI und PLI bilden die Parteien des sogenannten ‚Verfassungsbogens', sie unterstützen die DC-Regierung.

Gutes Abschneiden der Linken

Bei den Parlamentswahlen 1976 waren die Linken mit einem Wahlbündnis – „Democrazia Proletaria" – angetreten, das unterstützt wurde von der PDUP/„il manifesto", von Lotta Continua, von Avanguardia Operaia und von der MLS (= „Bewegung der Arbeiter für den Sozialismus"), nur um die wichtigsten zu nennen. Dieses Wahlbündnis schnitt 1976 mit 1,5% der Stimmen enttäuschend schlecht ab.

Bei den Kommunalwahlen vom 14.Mai 1978 kandidierten die linken Organisationen in der Regel einzeln. An manchen Orten standen sich drei (oder gar vier) linke Listen gegenüber, an anderen Orten kandidierte allerdings auch nur jeweils e i n e dieser Organisationen.

- Die neue Democracia Proletaria (ein Zusammenschluß der Avanguardia Operaia mit Teilen der PDUP/„il manifesto") kam auf 21.647 Stimmen, was 1,8% der möglichen Stimmen entspricht (bezogen auf die Orte, wo sie kandidierte).
- Die PDUP/„il manifesto" bekam 13.919 Stimmen, das sind 2,2% der möglichen Stimmen. Außerdem kandidierten Kandidaten der PDUP/„il manifesto" in vielen anderen Orten auf linken Listenverbindungen.
- Der Rest (vor allem Lotta Continua und MLS) kam auf insgesamt 5 552 Stimmen, gleich 2,01% der möglichen Stimmen.

Insgesamt kamen die Linken auf 35 Sitze, davon 19 für Kandidaten der PDUP/„il manifesto", drei für Lotta Continua (die überhaupt nur in fünf Orten Süditaliens eigene Kandidaten aufgestellt hatte) und vier für MLS.

Im Schnitt bedeuten die Ergebnisse der Linken insgesamt bei diesen Kommunalwahlen eine Verdoppelung gegenüber den Stimme[illegible] Wahlbündnisses DP bei den [illegible]mentswahlen 1976.

England

Britischer Geheimdienst macht Jagd auf linke Journalisten

Mitte Mai wurden zwei linke Magazine, der „Leveller" und „Peace News" und außerdem die Zeitung der Journalisten-Gewerkschaft „The Journalist" zu Geldstrafen zwischen 200 und 500 Pfund (zwischen 800.- und 2.000,- DM) verurteilt.

Das Gericht verurteilte sie, weil sie Ende April einen hohen Offizler einer Anti-Guerilla-Spezialeinheit des britischen Geheimdienstes enttarnt und seinen Namen veröffentlicht hatten.

Politisch brisant wurde die Angelegenheit noch zusätzlich dadurch, daß auf Intervention des britischen Geheimdienstes eine von linken Labour-Abgeordneten angefangene Debatte im Parlament unterdrückt wurde, bzw. den Abgeordneten verboten wurde, den Namen des Offiziers zu nennen.

Das ist der vorerst neueste Stand des politischen Skandals, der mit der Veröffentlichung eines Artikels über die Arbeitsweise des britischen Geheimdienstes und des CIA in der linken Zeitung „Time out" Ende 76 begann. Zusammengetragen hatte das Material eine Gruppe linker Journalisten : die beiden Amerikaner **Phil Agee** (ein ehemaliger CIA-Agent, der Ende der 60er Jahre seinen Dienst quittierte, und danach damit begann, Veröffentlichungen über die Verbrechen des CIA, die er aus eigener Anschauung nur zu gut kannte, herauszugeben und die in England arbeitenden CIA-Agenten enttarnte) und **Mark Hosenball**. Außerdem gehörten zu der Gruppe die Engländer **Berry** (ein ehemaliger Spezialist für Kommunikation in der Geheimdienst-Einheit SIGINT), **Campbell** („einer der besten Journalisten in England auf dem speziellen Gebiet der Kommunikation und Technologie" Guardian, 21.2.77) und **Aubrey**, ein linker Reporter von „Time out" (s. auch AK 100 und AK 107).

In dem betreffenden Artikel in „Time out", der alles ins Rollen brachte, wurde über die Arbeitsweise des Hauptquartiers des britischen Geheimdienstes in Cheltenham berichtet. Es wurde dargestellt, daß Spezialeinheiten gegen die IRA eingesetzt werden, die diese infiltrieren und spezielle Methoden entwickelt haben, die von der IRA angeblich über Funk gegebenen Zündungsbefehle für Bomben anzupeilen. Der Artikel in „Time out" legt den Schluß nahe, daß *„die Cheltenham-Experten diese Bomben selbst detonieren lassen können, bevor die Terroristen die übliche telefonische Warnung durchgeben können,* " („Guardian", 21.2.77). Nach den bereits bekannt gewordenen Fällen von Provokationen durch Bombenanschläge und Banküberfälle im Namen der IRA – durchgeführt von Secret-Service-Agenten (vergleiche die Little John Affaire) – ein durchaus legitimer Schluß!

Der britische Staatsapparat (mit Sicherheit nach Absprache mit dem CIA) schlug nach Veröffentlichung dieses Artikels sofort zu: die beiden Amerikaner wurden im Mai 77 aus England abgeschoben, die drei Engländer verhaftete man in einer Nacht- und Nebelaktion. Das Büro des „Leveller", für den die Gruppe auch bereits Artikel geschrieben hatte, wurde überfallen und Unterlagen gestohlen.

Berry, Campbell und Aubrey wurden angeklagt, gegen das „Official Secrets Act" verstoßen (Geheimnisse verraten) und damit die „Sicherheit des Landes gefährdet" zu haben. Bereits die Annahme von Informationen, die von offizieller Seite als „Geheimnisse" deklariert werden, wird nach diesem Gesetz mit mindestens 2 Jahren Gefängnis bestraft. Für die Weitergabe und gar Veröffentlichung rechnet der „Leveller" (Mai 78) mit Strafen bis zu 14Jahren! Die Verteidigung der drei übernahm im Übrigen Lord Gifford, Mitglied der Jury des 3.Russell-Tribunals. Der Staatsapparat ließ die drei zwar bis zum Prozeßbeginn im September dieses Jahres wieder frei, aber erstens mußten alle drei eine Kaution hinterlegen, zweitens wurde zur Auflage gemacht, daß sie sich täglich (!) bei der Polizei melden (erst vor einigen Tagen wurde dies großzügigerweise auf zweimal pro Woche reduziert!). Außerdem mußten alle drei ihre Pässe abliefern und es wurde ihn ihnen verboten, das Land zu verlassen.

Im Rahmen der Vorbereitungen auf den Prozeß gegen die drei im September wurde nun „Colonel B." gehört, Tarnname für den obersten Chef der Spezialeinheit SIGINT (Einheit für Lauschangriffe, Schnüffelaktionen, elektronische Entschlüsselung von Codes usw.). Dieser gab vor dem Untersuchungsausschuß zu seiner Identifizierung lediglich seine Kenn-Nummer an und wies auf eine Veröffentlichung in der Armee-Zeitschrift „Wire" hin, aus der die Richtigkeit seiner Angaben hervorgehe („Leveller", Mai 78). „Colonel B." sagte vor dem Untersuchungsausschuß aus, daß bis zu diesem Zeitpunkt der Öffentlichkeit die Existenz der Einheit SIGINT unbekannt war, daß über diese Einheit bislang nur in Geheimdokumenten berichtet worden sei. Zur Funktion der SIGINT sagte „Colonel B.": *„Eine SIGINT-Einheit würde für eine feindliche Sabotage-Truppe ganz oben auf der Liste stehen. Heute haben wir zwar faktisch Frieden, aber wir haben die IRA auf der Straße und verschiedene andere Stadtguerilla-Gruppen. Ich bin aber nicht bereit zu sagen, ob SIGINT-Operationen gegen die IRA durchgeführt werden, oder nicht."* Auf die Frage, ob der amerikanische



Geheimdienst in die SIGINT-Organisation verwickelt ist, sagte „Colonel B.": *„Es kann sein, daß andere verbündete Länder in SIGINT-Operationen verwickelt sind. Ich würde es allerdings bevorzugen, deren Identität nicht zu nennen."*(!)

Es war für die linken Journalisten keine Schwierigkeit, aufgrund der Angaben, die der anonyme "Colonel B." intelligenterweise selbst zu seiner Person gemacht hatte, seine Identität herauszufinden: in der Zeitschrift „Wire" war sein voller Name plus Kenn-Nummer abgedruckt.. Und so veröffentlichten Mitte April der „Leveller" und „Peace News", wenig später auch der „Journalist", den Namen des obersten Chefs der Provokateurs-Einheit SIGINT: Colonel H.A. Johnstone.

Das mit der Untersuchung befaßte Gericht kündigte sofort Strafmaßnahmen wegen Mißachtung des Gerichts, das die Anonymität des Zeugen B. angeordnet hatte, gegen die Zeitungen an. Daraufhin nahmen sich vier linke Labour-Abgeordnete, die zum „Komitee für Menschenrechte" gehören, der Sache an und machten eine Anfrage im Parlament, wobei sie nicht den bereits zum Standard gewordenen Begriff „Colonel B." verwendeten, sondern jeder von ihnen – sicherlich absichtlich – Mr. Johnstones Namen voll herausposaunte.

Unter den vier aufrechten Labour-Abgeordneten befand sich auch Jo Richardson, Mitglied der Jury des 3. Russell-Tribunals über Menschenrechtsverletzungen in Westdeutschland. Sie forderte eine „Debatte über die Pressefreiheit im Zusammenhang mit dem Fall Colonel Johnstone, anderweitig auch bekannt als 'Colonel B.' " (Guardian", 21.4.78).

Nachdem der Name im Parlament gefallen war, wurde die Sache grotesk: unmittelbar danach berichteten die Reporter in Radio und Fernsehen über die Geschichte. Eine halbe Stunde später erging eine Anweisung der obersten Staatsanwaltschaft an alle Medien, in der es hieß, daß sich jede Zeitung strafbar mache, die den Namen nachdrucken würde, und die Tatsache, daß der Name im Parlament genannt worden sei, ändere nichts daran ("Guardian", 20.4.78).

Die Labour-Linken protestierten sofort gegen die Anweisung der Staatsanwaltschaft. Der Abgeordnete Kilroy-Silk sprach davon, daß hier Parlamentsmitglieder von der Staatsanwaltschaft einer Zensur unterworfen würden.

In einem Protestbrief an den obersten Staatsanwalt erklärten Labour-Abgeordnete: *„Es ist offensichtlich, daß Geheimdienste feindlicher Staaten sehr einfach in der Lage sind, diese minimalen Recherchen* (die zur Enttarnung notwendig waren –Anm. AK) *durchzuführen. Und die Verfolgung derjenigen, die den Namen veröffentlicht haben, kann nur den Sinn haben, die Öffentlichkeit in Unwissenheit zu halten, und nicht feindliche Geheimdienste...."* (nach „Guardian", 20.4.78).

Die meisten der bürgerlichen Zeitungen hielten sich nicht an die Anweisung der Staatsanwaltschaft und druckten den Namen voll ab. Der oberste Kronanwalt erklärte dann auch am nächsten Tag, daß keine rechtlichen Schritte gegen diese Zeitungen eingeleitet werden würden (im Gegensatz zum „Leveller", „Peace News" und ;,Journalist"). Öffensichtlich hatte man sich in den entscheidenden Stellen wohl überlegt, daß man hier etwas zu weit gegangen war, zumal die Proteste auch aus rechtsstehenden Kreisen kamen.

Anders allerdings verhielt man sich den vier Labour-Abgeordneten gegenüber: Hatte der „Speaker"(Vorsitzende) des Parlaments während der Debatte nichts dabei gefunden, daß Colonel Johnstone bei seinem vollen Namen genannt wurde und hatten auch die Torries keinen Protest angemeldet, so wurde am 24.4. – vier Tage nach dem Eklat – erklärt, es sei auch für Abgeordnete, trotz ihres besonderen Privilegs, jede Sache im Parlament anzuschneiden, und trotz ihrer Immunität – verboten, den Colonel bei seinem richtigen Namen zu nennen!

Und die Presse zog natürlich nach, den fortschrittlichen Abgeordneten einen auf den Kopf zu geben: sogar der liberale „Guardian" sprach in einem Kommentar davon, sie hätten ihre parlamentarischen Rechte "mißbraucht" (20.4.78)

Der „Leveller" schreibt in seiner Mai-Ausgabe: *„Es wird sicherlich ein harter Kampf. Ein Journalist deportiert (Mark Hosenball), zwei andere und John Berry, ein ehemaliger SIGINT-Offizier mit Strafen bis zu 14 Jahren bedroht. Und jetzt zwei linke Zeitungen mit der Schließung konfrontiert und 10 ihrer Mitarbeiter mit Gefängnis."*

Aber sie machen weiter. Der „Guadian" vom 20. Mai 78 schrieb leicht irritiert: *„Der 'Leveller' und 'Peace News' sind nicht bange davor, die beiden Journalisten und den ehemaligen Soldaten weiter zu unterstützen, die beschuldigt werden, gegen das 'Official Secrets Act' verstoßen zu haben. Tatsächlich fährt der 'Leveller' in der gestrigen Ausgabe damit fort, weitere Details über SIGINT abzudrucken. (...) Der 'Leveller' beschreibt Funktionen des SIGINT Kommunikations-Zentrums in Cheltenham und bringt auch Details über angebliche Basen von SIGINT im Ausland. Es werden Basen genannt, Regimenter und die Namen von Offizieren. Der Artikel nennt auch einen Mann, von dem er behauptet, das sei 'Colonel A.', der erste Zeuge, den die Staatsanwaltschaft vorgeschlagen hatte, der dann später aber zurückgezogen worden war."*

In einem Brief schreibt der 'Leveller' an seine Abonennten: *„Die Kampagne zur Verteidigung* (des 'Leveller' und der 'Peace News' – Anm. AK) *bringt jetzt Flugblätter und Plaketten heraus und wie alle alten Kampagnen-Hasen wissen – kostet das Geld. Und wenn wir das alles bezahlt haben, stehen uns noch nicht vorhersehbare Geldstrafen ins Haus. Deshalb schickt alle Spenden, egal wie groß, an*

Leveller/Peace News-Defence Fund
(Verteidigungs-Fond)
c/o Box B/HAJ,
5 Caledonian Road
London N 1."

Wir schließen uns dieser Bitte an zu spenden für die Verteidigung der antiimperialistischen Enthüllungsarbeit des „Leveller", der „Peace News" und des „Journalist".

England-Kommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Hertl

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 31 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitrag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF -Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/ Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Bürostunde nur noch
Freitag 16.30 bis 19.00 Uhr
(nicht mehr Mittwochs)

Wilhelmshaven
Samstags in der Marktstraße
AK-Verkauf zwischen
11.00 und 13.00 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 19 (Ecke Maybachstr.)
48 Bielefeld
Öffentl. Bürostunden
Fr. von 17 bis 19 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch
von 12 bis 14 Uhr Büchertisch
in der Zentralmensa der
Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertdebsbüro
S. Lissner
Koselstr. 37
6 Frankfurt
Tel.: 0611/599 701

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel.: 26 877
Dienstags von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/Mensa) Kontakt über Postlagerkarte 080845B

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Sallerstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12,30 Uhr
Einkaufszentrum vor Hertl

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr/Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi 11 bis 13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin

Andy Radke
1 Berlin 12
Postlagerkarte 006 129 B

Dänemark/Schweden

Dänemark: Wir sind der Basisbewegung verpflichtet

Am 7. März fanden in Dänemark Kommunalwahlen statt, bei denen zwar insgesamt die Sozialdemokraten (Regierungspartei) ihre Stellung halten konnten (im Vergleich zu den Folketingswahlen 1977), es aber auch Zugewinne für die Linken gab, sowie Verschiebungen im linken Parteienspektrum: Venstre Socialisterne (VS), DäKP und Socialistisk Folkeparti (SF, die sich 1956 von der DäKP abgespalten hatte). Letzteres gilt insbesondere für Kopenhagen: hier bekam VS bei den diesjährigen Kommunalwahlen 9 % (!) und wurde damit drittstärkste Partei nach den Sozialdemokraten (44 %) und den Konservativen (12,5 %) sowie stärkste Partei der Linken; die DäKP, bisher stärkste linke Partei, erhielt 8,6 %, SF 5,4 % (bei den vorangegangenen Kommunalwahlen: VS 4 %, DäKP 12 %, SF 12 %). Ganz offensichtlich deckt sich diese Verschiebung unter den linken Parteien bei den Kommunalwahlen auch mit einer Verschiebung des Einflusses dieser Parteien, wie z.B. bei der Mobilisierung zum diesjährigen 1. Mai zum Ausdruck gekommen (s. Artikel in diesem AK). VS hat jetzt 5 Stadträte (von 55) und einen Bürgermeister (es gibt 6 Bürgermeister, die verschiedene Ressorts verwalten, sowie
ster (es gibt 6 Bürgermeister), die Verschiedene Ressorts verwalten, sowie
einen Oberbürgermeister). Der VS-Bürgermeister Villo Sigurdsson ist zuständig für Stadtplanung. Gerade auf diesem Sektor gibt es in Dänemark eine sehr starke Basisbewegung: die in den letzten Jahren breit entstandenen Mietergruppen, die sich gegen die „Sanierung" mit Folge von Mietwucher und Häuserabriß, aber auch Schließung von Kindertagesstätten usw. als Folge der „Spar"politik der Sozialdemokraten zur Wehr setzen. Zu erinnern ist an die Straßenkämpfe im Kopenhagener Stadtteil Nörrebro im August letzten Jahres, als die beliebte Kindertagesstätte Todesgade abgerissen werden sollte: nachdem die Gewerkschaft der Bauarbeiter sich geweigert hatte, das Haus gegen den Willen der Bevölkerung abzureißen, rückten die Bullen an, um den Abbruchfahrzeugen Zugang zu verschaffen. Die Bewohnergruppen verteidigten tagelang ihre Kindertagesstätte durch den Bau von Barrikaden. Im Januar dieses Jahres wurde das Haus endgültig abgerissen.

Am 2. Mai hatten wir Gelegenheit, ein Gespräch mit der VS-Stadträtin Elsa Egelund und dem VS-Bürgermeister Villo Sigurdsson zu führen. Dabei ist nicht nur interessant, wie Linke versuchen, ihre Position im Parlament in den Dienst der Basisbewegung zu stellen, sondern ebenfalls der wesentlich größere Spielraum, der Linken in einer bürgerlichen Demokratie verbleibt, in der noch nicht das „Modell Deutschland" Einzug gehalten hat.

Frage: Wie setzt sich der Kopenhagener Stadtrat zusammen und wie ist es überhaupt möglich, daß ein Linker Bürgermeister wird?

Antwort: *Im Stadtrat sind 11 Parteien vertreten. Der Stadtrat setzt sich gewissermaßen aus drei politischen Blöcken zusammen: 1. den Sozialdemokraten mit 26 Sitzen, 2. dem „rechten" Block mit 15 Sitzen und dem linken Block mit 14 Sitzen. Der „rechte" Block ist nicht unbedingt etwas Einheitliches, sondern geht von der Fremskridtsparti (des Faschisten Glistrup – Anm. AK) bis zum Retsforbundet, mit dem man in bestimmten Fragen durchaus kooperieren kann. Im linken Block sind außer uns noch 5 DäKP-Mitglieder, 3 SF-Mitglieder und ein Vertreter der Christiania-Liste (die Bewohner des „Freistaates" Christiania stellen traditionell eine eigene Liste auf und waren bisher mit 2 Vertretern im Stadtrat – Anm. AK). Die Bürgermeister kommen im Stadtrat so zustande, daß sich die verschiedenen Fraktionen nach politischen Blöcken auf ihre Bürgermeister einigen. Wir haben diesen Bürgermeisterposten als stärkste linke Partei erhalten. Wir haben in VS Diskussionen gehabt, ob es sinnvoll ist, diesen Posten anzunehmen, da das eine zweischneidige Sache ist. D.h. solche Verwaltungsaufgaben bringen große Probleme mit sich; zu diesem Ressort Stadtplanung gehören allein 3.000 - 4.000 Angestellte. Aber wir sind zu dem Schluß gekommen, daß wir unseren Wählern gegenüber verpflichtet sind, auch einen solchen Posten anzunehmen. Wir wollen damit nicht den kapitalistischen Apparat verwalten, sondern diesen Posten dafür nutzen, das, was auf diesem Sektor geschieht, öffentlich zu machen und die Basisbewegung zu unterstützen. Das gilt auch für die Ausschüsse, in denen wir sitzen. Ein Genosse ist z.B. Mitglied der „Kommission zur Behandlung von Beschwerden über die Polizei". Früher verliefen die meisten Beschwerden aus der Bevölkerung im Sande. Vielleicht gab es während der letzten Amtsperiode zwei Fälle, in denen die Polizei gerügt wurde. Es besteht die Möglichkeit, über diesen Ausschuß, Beschwerden genau zu überprüfen und über das Vorgehen der Polizei Öffentlichkeit herzustellen.*

Frage: Was sind genau die Aufgaben des Bürgermeisters und welche Möglichkeiten gibt es konkret, durch diesen Posten die Basisbewegung zu unterstützen?

Antwort: *Der Bürgermeister für Stadtplanung ist zuständig für Straßenbau, „Sanierung", Wasserleitungssystem, Häuserkontrolle, Brandschutz usw. Der Kampf gegen die*
System, Häuserkontrolle, Brandschutz usw. Der Kampf gegen die
Spekulation mit Wohnraum war einer unserer Schwerpunkte im Wahlkampf neben dem Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit – in Kopenhagen gibt es z.Z. 30.000 bis 40.000 Arbeitslose – und dem Kampf gegen die „Spar"politik der sozialdemokratischen Regierung in Krankenhäusern und Kindertagesstätten, was in der Regel „Abbau" des Personals heißt. Auf dem Wohnungssektor wird in den letzten Jahren eine enorme Spekulation betrieben durch die Fupmodernisering (etwa Schwindelrenovierung – Anm. AK). Hausbesitzer lassen die alten Wohnungen „renovieren" und zwingen dann die Mieter dazu, entweder auszuziehen oder die – oberflächlich „renovierte" – Wohnung zu kaufen. Daran werden Riesengewinne gemacht, und immer mehr Stadtteile sollen dieser Fupmodernisering zum Opfer fallen. Dagegen wehren sich die Mietergruppen; und bei wichtigen Entscheidungen, die im Bürgermeisteramt getroffen werden sollen – seien es nun solche beschriebenen Fälle oder andere – finden jetzt erst einmal Treffen mit den Vertretern der Mietergruppen statt. Das ist auch der Unterschied zu früher. Der Posten dieses Bürgermeisters war immer von einem Konservativen besetzt, der sich natürlich nicht viel um die Interessen der Mieter geschert hat, sondern nur die Interessen der Hausbesitzer vertreten hat. Dafür ist eine gerade jetzt laufende Auseinandersetzung beispielhaft. In Kopenhagen kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu riesigen Häuserbränden – insbesondere in den alten Stadtteilen Nörrebro und Vesterbro –, woraufhin auf Grund des starken Protestes der Mieterbewegung ein Gesetz erlassen wurde, nach dem alle Häuser brandgesichert werden müssen: d.h. zwei Eingänge pro Wohnung, brandsichere Treppen usw. Das sollte bis zum 1. April dieses Jahres durchgeführt werden, aber nur 50 % der Hausbesitzer ließen die Häuser brandsicher machen, und der alte Bürgermeister kümmerte sich auch nicht um die Durchführung des Gesetzes. Jetzt melden die Mietergruppen die Häuser beim Bürgermeisteramt zur Brandsicherung an, und wir gehen dann zusammen mit Angestellten und Vertretern der Mietergruppen zur Besichtigung und fordern den Hausbesitzer auf, die Brandsicherung sofort durchzuführen. Tut er das nicht, werden ihm von der Gemeinde die Handwerker ins Haus gesetzt, und er bekommt die Rechnung.

Frage: Aber gibt es eine „freie" Entscheidungsbefugnis des Bürgermeisters? Du hast doch schon Schwierigkeiten im Stadtrat gehabt?

Antwort: *Der Streit wird jetzt losgehen. Um z.B. eine ausreichende Häuserkontrolle durchführen zu können, brauchen wir wesentlich mehr Angestellte als bisher. Ich muß ein Budget beantragen, worüber der Oberbürgermeister entscheidet. Und mit der Begründung, daß die Stadt Kopenhagen ohnehin stark verschuldet ist, wird er wahrscheinlich nur ein wesentlich niedrigeres Budget bewilligen, als nötig wäre. Außerdem gab es gleich zu Anfang einen Fall, wo der Oberbürgermeister mich – nach seinen eigenen Worten – politisch disziplinieren wollte. Ich habe gleich zu Beginn meines Amtsantritts einen Architekten wieder eingestellt, der vom alten Bürgermeister wegen Krankheit entlassen worden war, und ich habe die Schiedskommission zur Prüfung dieses Falls aufgelöst. Der Oberbürgermeister versucht bis heute, mich dazu zu zwingen, diesen Schritt rückgängig zu machen. Aber auf meine Frage, wo das geschrieben steht, daß ich den Architekten nicht einstellen darf, konnte er mir nichts zeigen. Ich fand nur eine Verordnung, nach der der Architekt nicht entlassen werden durfte. Wegen dieser – an sich kleinen Angelegenheit – kam es zum großen Skandal im Stadtrat, und die Sache ist bis heute nicht endgültig entschieden. Ich habe aber für diesen Schritt breite Unterstützung außerhalb des Stadtrats gehabt, und die Tageszeitungen haben recht anständig darüber berichtet.*

Erste Aktionen der „Volkskampagne gegen Atomkraft"

Am 3. Juni wird in Stockholm die erste Großkundgebung der vor einem Monat gegründeten "Volkskampagne gegen Atomkraft" stattfinden.

Diese Bewegung wurde angesichts der für den kommenden Herbst zu erwartenden Entscheidungen über das schwedische Atomprogramm ins Leben gerufen (s. AK 129). In ihr ist ein breites Spektrum von Organisationen und Parteien vertreten: die Organisation der schwedischen Umweltschützer „Miljöförbundet", die "Feldbiologen", die „Freunde der Erde", der größte schwedische Frauenverband „Skvenska Kvinnors Vänster Förbund", die KAF (Trotzkisten), Förbundet Kommunist, die Jugendorganisation der Zentrumspartei des arg in Bedrängnis geratenen Staatsministers Fälldin sowie kirchliche Vereinigungen. Damit haben alle Organisationen, die erklärte AKW-Gegner sind, – bis auf die eurorevisionistische VPK, die auch Stellung genommen hat gegen den Ausbau des schwedischen Atomprogramms – eine Aktionseinheit gebildet.

Hauptparolen der „Volkskampagne" sind: „*Es gibt keine sichere Atommüllagerung!*" und „*Keine Ladung von Ringhals 3!*"

Von den schwedischen AKW-Betreibern wird eine beschleunigte „Klärung" der „Endlagerung" angestrebt, weil die staatliche Energiekommission in ihren „Empfehlungen" an die Regierung den Ausbau des Atomprogramms von dieser Frage abhängig macht. Geplant ist, den Atommüll im schwedischen Gebirge in 500 m Tiefe in Kupferbehältern zu lagern. Dieses Projekt ist nicht mehr fern von seiner Realisierung, da bereits mehrere „Kontrollinstanzen" (Verbände, die nach der schwedischen Gesetzgebung Gutachten abgeben müssen) zugestimmt haben. Zwei Gemeinden – Oskarshamm und Nynärshamm in der der Nähe von Stockholm – haben ihre Einwilligung für mögliche Standorte gegeben. Mit einer Zustimmung der schwedischen Regierung zu diesem Projekt würde auch spätestens die Entscheidung über die vor Monaten vom AKW-Betreiber „Vatenfalls" beantragte Ladung von Ringhals 3 fallen.

Die Aktionen der „Volkskampagne gegen Atomkraft" werden mit einer massenhaften Verteilung von Anti-Atom-Zeitungen vorbereitet, worin auch die Entwicklung alternativer Energiequellen gefordert wird.

Skandinavien-Kommission

Kurzmeldungen Skandinavien



Barrikade gegen Giftzug

Gegen die Absicht der schwedischen Staatsbahnen, einen durch die Ortschaft Arjäng führenden Bahndamm mit Entlaubungsgiften zu bespritzen, wandten Umweltschützer für schwedische Verhältnisse ungewöhnlich militante Kampfformen an.

Als am 19.5. der Giftzug nach Arjäng kam, mußte die menschenfeindliche Aktion der Eisenbahn zunächst gestoppt werden, da 20 Umweltschützer eine Barrikade auf den Schienen bewachten, darunter der ehemalige Vorsitzende des Gesundheitsamtes dieser Gemeinde.

Die Demonstranten blieben auf der Barrikade, bis sie von anrückenden Bullen einzeln weggetragen wurden. Anschließend fuhr der Giftzug durch den Ort. An Bord waren acht Bullen. Die Demonstranten erklärten, ihre Handlung sei symbolisch gewesen, um die Meinung der Ortsbevölkerung zu zeigen. Zuvor hatten sie gegen den Giftzug 2500 Unterschriften gesammelt. Die Liste war der Regierung zugeschickt worden, „*aber offenbar kümmert sich die Regierung nicht darum, was 2500 von 9000 Einwohnern wollen*". (Nach: Aftonbladet 20.5.1978).

Skandinavienkommission



Anklage gegen Antifaschisten

Am 23. Mai begann der Prozeß gegen 2 Lateinamerikaner und 2 Schweden, die im Oktober letzten Jahres an einer Demonstration gegen die Ausweisung eines politischen Flüchtlings aus Chile teilnahmen.

Hector Jeldres, Mitglied der SP-Chiles, bat vor einem Jahr die schwedische Einwanderungsbehörde um politisches Asyl. Zu dieser Zeit fand eine Verschärfung des schwedischen Asylrechtes statt. Hector Jeldres wurde die Aufenthaltsgenehmigung verweigert. Er wurde nach einer Woche Abschiebehaft nach Peru ausgewiesen. Am Tag der Abschiebung versammelten sich zahlreiche Menschen am Stockholmer Flughafen und wollten die drohende Ausweisung durch einen Sitzstreik verhindern. Durch einen brutalen Polizeiüberfall wurden die Angeklagten verhaftet und die Personalien aufgenommen.

Nachdem Peru sich weigerte, Hector aufzunehmen, wurde er nach
tor aufzunehmen, wurde er nach
Schweden zurückgeschickt, wo ihm durch eine breite Solidaritätsbewegung politisches Asyl anerkannt wurde.

Die jetzt eingeleiteten Prozesse stellen einen Angriff auf die damalige Solidaritätsbewegung dar und müssen im Zusammenhang mit der Verschärfung des schwedischen Asylrechtes gesehen werden.

Skandinavienkommission

Demonstration gegen die Neutronenbombe

Am 13. Mai fanden in mehreren schwedischen Städten antimilitaristische Demonstrationen, besonders gegen die Neutronenbombe statt. Die Demonstrationen wurden teilweise von Sozialdemokraten getragen.

Vor den 1200 Demonstranten in Stockholm wies die oppositionelle Reichstagsabgeordnete Majbritt Theorin darauf hin, daß Schweden an vierter Stelle in der Welt bezüglich Rüstungskosten pro Einwohner steht. Allein für die Entwicklung neuer Waffen gibt die Regierung in diesem Jahr eine Milliarde Kronen aus.

Die Demonstrationen fanden wenige Tage vor dem Auftritt des schwedischen Regierungschefs Thorbjörn Fälldin in der UNO statt. Aus diesem Anlaß war die Frage aktualisiert worden, wie die schwedische Regierung sich einem erwarteten Antrag in der UNO auf Verbot der Neutronenbombe stellen würde. Außenministerin Karin Söder hat bisher eine eindeutige Stellungsnahme abgelehnt.
(nach 'Dagens Nyheter').

Skandinavienkommission



asien



Großkundgebung und Demo in Sanrizuka

Am 20.5.78 fand in Sanrizuka, etwa 1 km vom Flughafengelände Narita entfernt, eine nationale Großkundgebung mit ca. 20.000 Teilnehmern gegen die Eröffnung des neuen Flughafens am gleichen Tag statt. Anschließend formierte sich ein Demonstrationszug, der mehr oder weniger in Sichtweite des Flughafengeländes führte. Um nicht noch einmal vor dem „gesetzlosen Verbrechertum" („Japan Times", 20.5.78) kapitulieren zu müssen, hatte die japanische Regierung insgesamt 13.000 Demonstrationsbullen nach Narita mobilisiert. Teilweise waren diese sogar mit Schußwaffen ausgerüstet. Das Bild des Flughafens ähnelte dem einer bundesdeutschen Atomfestung: Doppelzäune, Stacheldraht, Wasserwerfer, Schäferhunde, Bullenketten, tieffliegende Hubschrauber usw. Eine totale militärische Abschirmung und Bürgerkriegsmanöver waren notwendig, um das menschenfeindliche Regierungsprogramm, nämlich die Eröffnung des rund 6 Mrd. DM Prestigeobjektes Flughafen („das internationale Tor zu Japan"), durchzusetzen.

Angesichts dieser Situation war die Demonstration relativ „friedlich" und geschlossen abgelaufen; nur hier und da wurden Steine geschleudert und Grasbrände inszeniert, die wegen der günstigen Windrichtung die Bullen einnebelten. Dennoch war die Stimmung bei den Flughafengegnern keineswegs resignativ. In den ständig wiederholten Parolen kam der entschlossene Wille zum Ausdruck, daß der Flughafen wieder zum Reißfeld werden muß: **„Vollständige Zerschlagung des Flughafens! – Wir werden bis zum letzten Sieg kämpfen! – Nieder mit dem Fukuda-Regime! – Wir werden uns die Reisfelder zurückholen!"**

Erst am Abend gab es direkte Konfrontationen mit den Bullen, als eine Gruppe von Demonstranten mit einem mit Brandbomben beladenen brennenden Lieferwagen und mit Mollies das Tor Nr. 5 des Flughafens zu stürmen versuchten. Gleichzeitig konnte für eine kurze Weile auch der Polizeifunk durch einen Störsender außer Kraft gesetzt werden. Dennoch wurde dieser Angriff durch den massiven Einsatz von Tränengas, Wasserwerfern und Bullen zurückgeschlagen. Insgesamt wurden an diesem Tag 33 Männer und 16 Frauen verhaftet.

Gleichzeitig fand vom 18. bis 22. 5. in einem Park in der Innenstadt von Tokyo ein Sit-in von Flughafengegnern statt. An den fünf Tagen nahmen insgesamt gut 200 Erwachsene und fast 20 Kinder teil. Es wurde laufend über die neuesten Ereignisse am Flughafen berichtet sowie Informationen über den bisherigen Sanrizuka-Kampf gegeben. Mit einem japanischen Bild-Theater wurde die Geschichte des Kampfes bildlich dargestellt. Bei der Geldsammlung wurden rund 1.100 DM gesammelt, die an die Oppositionsliga übergeben werden sollen. Für den weiteren Verlauf des Sanrizuka-Kampfes wie auch der japanischen Anti-AKW-Bewegung dürfte es notwendig sein, diese Art der Öffentlichkeitsarbeit (Info-Tische, Straßentheater etc.) zu verstärken. Bislang wurde das Schwergewicht der Öffentlichkeitsarbeit auf Zeitungen, Flugblätter , Veranstaltungen und Demos gelegt.



Der letzte noch nicht geräumte Festungsturm der Flughafengegner

Die Guerilla-Taktik

In den letzten Monaten, wo die Politik der Flughafeneröffnung mit allen Mitteln und zu jedem Preis von seiten der japanischen Regierung immer deutlicher wurde, ist die Anwendung der Guerilla-Taktik durch Flughafengegner d. h. Sabotage gegen Sachanlagen des richtungen immer häufiger geworden. Auch wenn dieser Guerilla-Kampf in erster Linie von linken Gruppen (insbesondere der Chukaku-ha, IV. Internationale und Kakurokyo) geführt wird, findet er immer breitere Unterstützerkreise bei den verschiedenen Bürgerinitiativen. So hat auch der Vorsitzende der vereinigten Liga der Sanrizuka-Shibayama Flughafengegner, Issako Tomura, auf der Kundgebung in Sanrizuka am 20.5. erklärt , daß die Kampffront unbedingt erweitert werden müsse. Kampfobjekt sei nicht nur der Flughafen, sondern auch alle Versorgungseinrichtungen des Flughafens, einschließlich der Zubringer und anderer überregionaler flugtechnischer Einrichtungen. Die folgende (nicht ganz vollständige) chronologische Auflistung für den Monat Mai 1978 mag ein Bild darüber abgeben, wie dieser Guerilla-Kampf geführt wird.

2.5.: Brandanschlag auf Flugkontrolleinrichtung für Instrumentallandungen in der Nähe von Hiroshima; schwere Schäden. Brandanschlag auf Polizei-Schießübungsplatz in Osaka, drei Gebäude zerstört.

5.5.: Brandanschlag auf leere Waggons des Keisei-Expresszuges (Verbindungsbahn Tokyo-Narita), ca. 1 Mill. DM Schaden.

13.5.: Brandanschlag auf Hochfrequenz-Radioantennen in Narita, von 5o Antennen 26 beschädigt und 5 zerstört.

18.5.: Brandanschläge auf Polizeifahrzeuge.

19.5.: mehrere Anschläge auf die Keisei-Expresslinie; Betriebsstillegung für drei Stunden.

2o.5.: Koaxiale Kommunikationskabel für das Tokyo Luftkontrollzentrum an drei Stellen durchgeschnitten; der gesamte Luftverkehr in rund 1oo km Umkreis von Tokyo für rund neun Stunden lahmgelegt. Brandanschlag auf die Luftraumüberwachungs-Radarstation nördlich von Tokyo von Bullen abgeschlagen. Antennen einer Luftnavigations-Bodenanlage des japanischen Verkehrsministeriums zerstört.

21.5.: Hochspannungsmast umgekippt; nach Pressemeldungen jedoch keine Versorgungsleitung für den Na-

nisteriums zerstört.
21.5.: Hochspannungsmast umgekippt; nach Pressemeldungen jedoch keine Versorgungsleitung für den Na-

rita-Flughafen. Bäume auf Flughafenzubringer gefällt.

23.5.: Brandanschlag auf das Haus des Bürgermeisters von Narita, der ein Befürworter des Flughafens ist. Brandanschlag auf die Pumpstation der Kläranlage des Flughafens.

Diese Aktionen waren möglich, obwohl alle flugtechnischen Einrichtungen in Japan bereits seit einigen Wochen rund um die Uhr stark bewacht werden. Sie konnten auch teilweise den Flughafenbetrieb lahmlegen, obwohl häufig gute Spezialkenntnisse über Elektronik und Lagepläne erforderlich waren. Der Erfolg dieser Aktionen ist u.a. darauf zurückzuführen, daß die Flughafengegner nach Aussagen linker Gruppen rund 3ooo Sympathisanten in acht öffentlich-rechtlichen Körperschaften haben („Japan Times", 21.5.78).

Die Spaltungsversuche der Regierung

Seit Beginn des Narita-Kampfes hat die japanische Regierung versucht, die Anti–Flughafen-Bewegung zu isolieren und zu spalten. Dies ist ihr bislang nie geglückt. Zu Anfang versuchte man, den Kampf als einen von außen gesteuerten,rein studentischen Konflikt darzustellen. Man versuchte auch, durch Anwendung brutalster Gewalt und Lynchjustiz die Flughafengegner einzuschüchtern. Als der Widerstand trotzdem ungebrochen blieb und sogar anwuchs, scheute man sich nicht einmal vor Mord (des Genossen Kaoru Higashiyama).

Heute versucht man, durch Massenmedien wie auch durch Notgesetz die Widerstandsbewegung zu kriminalisieren. Das am 12.5.78 im Blitzverfahren verabschiedete „Narita-Flughafen-Sicherheitsgesetz" räumt dem Verkehrsministerium das Recht ein, jedes Gebäude in 3 km Umkreis vom Flughafen oder von sonstigen Flugeinrichtungen zu beseitigen oder zu versiegeln, wenn der Verdacht besteht, daß sie von subversiven Gewalttätern benutzt werden, um die Sicherheit des Flughafens bzw. des Flugbetriebs zu gefährden. Gemeint sind die sog. Einheitshütten, die von den Flughafengegnern selbst errichtet oder von den einheimischen Bauern gemietet wurden. Sie dienen nicht nur als Treffpunkte und Organisationszentren für Aktionen gegen den Flughafen, sondern vor allem auch als Unterkünfte für die Anti-Flughafen-Initiativen, die bereits seit Jahren regelmäßig den einheimischen Bauern beim Reisanbau sowie anderen Arbeiten helfen. Teilweise bestehen so auch gewachsene Landkommunen, denen auch Arbeiter und Studenten angehören. Und hier und da sieht man mitten auf den Reisfeldern oder auch auf den Häusern rote Fahnen (in Japan allgemein als Zeichen des Widerstands benutzt) und am Wegrand aufgehängte alte Öltrommeln, die als Signaltrommeln dienen für den Fall, daß die Bullen anrücken.

Bereits Stunden bevor das neue Sicherheitsgesetz in Kraft trat, stürmten fast 400 Bullen 13 von den rund 35 existierenden Hütten. *„Obwohl die Durchsuchung offiziell im Zusammenhang mit der Anklage von mehr als 100 Radikalen stand, die im Ereignis vom 26.3. verwickelt waren* (Stürmung der Festung der Flughafengegner durch Bullen, Anm. AK, vergl. AK 126), *war sie offensichtlich auch als ein Vorgriff auf die Anwendung des neuen Sicherheitsgesetzes geplant. Mit ausreichenden Beweisen kann die Polizei nach den Bestimmungen des neuen Gesetzes diese Einheitshütten entweder versiegeln oder beseitigen"* („Japan Times", 15. 5.78). *„Die Polizei berichtet, während der Durchsuchung 219 Beweisstücke konfisziert zu haben, wie z.B. Drucksachen und Landkarten"* („Japan Times", 13.5.78).

Fortsetzung auf Seite 53



Kinderhort während der Demonstration

Kinderhort während der Demonstration



Einige der 13.000 Bullen auf dem Flughafengelände von Narita

Fortsetzung von Seite 52

Bislang ist jedoch seit Inkrafttreten des neuen Sicherheitsgesetzes keine der Einheitshütten von den Bullen beschlagnahmt worden. Erste Versuche der Bullen wurden von Flughafengegnern abgewehrt. Allerdings sind die Bullen bisher noch nicht militärisch vorgegangen. Im Gegenteil, der Antrag der vereinigten Liga der Sanrizuka-Shibayama Flughafengegner, die Iwayama-Festung am südlichen Ende der Landebahn A zu verschonen und als Gedächtnisbauwerk für den 12-jährigen Sanrizuka-Kampf stehen zu lassen, wurde stattgegeben.

Eine weitere interessante Entwicklung der Regierungspolitik ist, daß am 17.5. noch kurz vor der Eröffnung des Flughafens zwei führende Leute der Oppositionsliga, Koji Kitahara (56 Jahre) und Takeshi Ishii (53 Jahre) aus der Haft entlassen wurden. Das war eine der Bedingungen, die die Oppositionsliga für die Eröffnung eines Dialogs mit der Regierung gestellt hatte . Die anderen waren die Abschaffung des neuen Sicherheitsgesetzes und die Aufschiebung des Eröffnungstermins. Dieser erstmalige Versuch der Regierung, seit 12 Jahren eine „friedliche" Lösung des Konflikts herbeizuführen, ist trügerisch. Er zielt vor allem darauf ab, die nicht offen militanten Teile der Anti-Flughafen-Bewegung abzuspalten und die Bewegung insgesamt zu schwächen und zu isolieren. Der Gouverneur der Chiba-Präfektur, Kawakami, erklärte, *„Dialoge seien notwendig, damit das Land für die zweite Phase des Flughafenbaus* (zweite Landebahn, Anm. AK) *durch friedliche Transaktionen mit den Bauern gekauft werden kann"* („Japan Times", 23.5.78). In dem gegenwärtigen Zustand ist der Flughafen mittelfristig kaum funktionsfähig. Es müssen weitere Landebahnen gebaut werden, es müssen die Probleme des Lärmschutzes, der Treibstoffversorgung und der Verkehrswege von und nach Tokyo gelöst werden. Einen weiteren 12jährigen Kampf kann sich die japanische Regierung nicht leisten. Auf die „spalten und beherrschen"-Taktik der Regierung hin betonte der Vorsitzende der Oppositionsliga, Issaku Tomura, der eher als gewaltfreier und engagierter Christ anzusehen ist, die uneingeschränkte Solidarität der Bauern mit den militanten Linken!

Bei dem neuen Flughafen-Sicherheitsgesetz hat es sich jetzt gezeigt, daß es sich hier um eine massive Einschüchterungsmaßnahme handelt. Da nach Polizeiaussagen die bestehenden Gesetze für die Räumung und Beseitigung der Einheitshütten ausgereicht hätten („Japan Times", 5.5.78) und das neue Gesetz bisher noch nicht voll angewandt worden ist, muß es als eine offensive Maßnahme verstanden werden im Sinne weiterreichender Pläne. Hiermit ist ein Instrumentarium geschaffen worden, um jederzeit militärische Sperrgebiete zu schaffen, damit lebensvernichtende und imperialistische Projekte wie Flughäfen, Atomkraftwerke etc. gebaut werden können. So sind nach Ansicht japanischer Flughafengegner ein zweites und drittes Sanrizuka in Onagawa und Kashikawazaki (beides AKW-Bauplätze) möglich, durch das neue Gesetz aber sicherlich erschwert. Aber um den Widerstand schon im Keime zu ersticken, ist die japanische Regierung zu weiteren Maßnahmen fähig. *„Am Abend jenes Angriffes* (Sturm auf den Kontrollturm am 26.3.78, Anm. AK) *konnte man hohe Regierungsbeamte murmeln hören, ‚Warum können wir die Säue nicht einfach niederknallen?'"* („Japan Times", 11.5.78). Und auf der Kundgebung vom 20.5. in Sanrizuka berichtete der aus der Haft entlassene Takeshi Ishii, *„man hat mir einen Strick gegeben und mich aufgefordert, mich selbst umzubringen!"* Hierauf muß die japanische Öffentlichkeit aufmerksam gemacht werden, bevor weitere Flughafengegner und Demokraten umgebracht werden!

Asien-Australien-Kommission

Zum Konflikt China -Vietnam

In ungewöhnlich scharfer Form hat die Regierung der VR China Vietnam in den letzten Tagen beschuldigt, massenhaft chinesische Einwohner aus Vietnam zu vertreiben.

In der von der Nachrichtenagentur „hsinhua" verbreiteten Sendung heißt es unter anderem: *„Nach Statistiken, die in unseren Grenzgebieten erstellt wurden, wurden im Zeitraum von 1 1/2 Monaten, von Anfang April bis Mitte Mai, 50.000 Auslandschinesen nach China zurückgetrieben. Bis jetzt hat die Zahl 70.000 überschritten, nicht gerechnet diejenigen, die gezwungen wurden, Vietnam zu verlassen und an anderen Orten Zuflucht zu suchen".*

Zurückgewiesen wird die Darstellung Vietnams, wonach von „gewissen chinesischen Einwohnern mit böser Absicht Gerüchte ausgestreut" werden (siehe auch nebenstehendes Interview mit Xuan Thuy). Stattdessen seien es *„vietnamesische Behörden und öffentliches Sicherheitspersonal, das auf Anweisung zwischen vietnamesischen und chinesichen Einwohnern die Gerüchte verbreitet, daß ‚China Aggression gegen Vietnam begangen hat', daß, die chinesische Regierung Überseechinesen aufgefordert hat ‚zurückzukehren' etc., um Feindschaft gegen die chinesischen Einwohner anzuregen und sie zu bedrohen und einzuschüchtern."*

Es wird behauptet, die nach China zurückgekehrten Leute seien *„geschlagen und verwundet"* worden. Sie hätten durch *„willkürliche Konfiskation das meiste ihres Besitzes, den sie in langjähriger Arbeit erworben"* hätten, verloren. *„Selbst die kleine Zahl persönlicher Habseligkeiten für den täglichen Ge-*

seligkeiten für den täglichen Ge-

brauch, die sie mit sich trugen, wurden auf dem Weg vor dem Verlassen Vietnams geplündert" (alle Zitate „hsinhua", 24.5.78, nach „SWB", 25.5.78).

Was steckt hinter den Vorwürfen?

In Vietnam leben schätzungsweise 1,5 Millionen Chinesen. In einem Abkommen nach der Befreiung des ehemaligen Nordvietnams, dessen Text uns leider nicht vorliegt, wurde die Frage der Auslandschinesen geregelt, wonach laut „hsinhua" *„beide Seiten übereinstimmen, bei dem Prinzip der freiwilligen Wahl der Nationalität zu bleiben".* Weiter zitiert „hsinhua" einen Brief der Südvietnamesischen Befreiungsfront FNL vom 24.5.65, wonach *„die chinesischen Einwohner die Freiheit und das Recht, ihre Nationalität zu wählen",* haben. Heute wird der vietnamesischen Regierung vorgeworfen, daß sie ihr Wort gebrochen und dieses Prinzip verlassen habe. Sie griffe zu einer *„Serie von Diskriminierungsmaßnahmen, Verbannung und Verfolgung gegen chinesische Bürger".*

Die aktuellen Ereignisse haben sicher mehrere Ursachen.

Obwohl China bisher im Grenzkonflikt zwischen Kampuchea und Vietnam offiziell keine Partei ergriffen hat, ist doch die Sympathie der chinesischen Führer für die kampucheanische Seite unverkennbar. Das hat auch schon zu einem Protest des vietnamesischen Botschafters in Peking wegen der einseitigen Berichterstattung in den chinesischen Medien geführt.



1972: Ho Tschi Minh und Tschou En-Lai

Eine Rolle spielen in diesem Zusammenhang sicherlich die Maßnahmen der vietnamesischen Regierung zur Abschaffung des kapitalistischen Handels in Südvietnam und die Einführung einer neuen gesamtvietnamesischen Währung. Es ist bekannt, daß die Chinesen in Südvietnam einen großen Teil der dortigen (kapitalistischen) Wirtschaft bestimmten, die durch die jüngsten Maßnahmen sicher hart getroffen wurden. So soll es in Ho-Chi-Minh-Stadt auch zu größeren Protesten der dort lebenden Chinesen gekommen sein. „hsinhua" spricht davon, daß dort und an anderen Orten *„sogar schwere Zwischenfälle von Massenverhaftungen und Verwundungen und Tötung Chinesischer Einwohner"* vorgekommen seien.

Die Maßnahmen gegen die Kapitalisten werden von der chinesischen Seite mit keinem Wort erwähnt. In diesem Zusammenhang ist sicher auch die Erwähnung des *„Besitzes, den sie in langjähriger Arbeit erworben haben",* mit Vorsicht zu genießen.

Um ihre Behauptung der gewaltsamen Vertreibung zu belegen, hat „hsinhua" inzwischen auch Bilder von der Flucht veröffentlicht. Das chinesische Fernsehen zeigte einen etwa zehn Minuten langen Film, *in dem zu sehen war, wie Chinesen per Boot oder schwimmend einen Grenzfluß überquerten"* („Süddeutsche Zeitung", 27.5.78).

Die vietnamesische Seite weist die Anschuldigungen Chinas kategorisch zurück und verweist auf die Aussagen, die Xuan Thuy zu dieser Frage am 4.5. gemacht hat.

Frage am 4.5. gemacht hat.

Die Haltung Vietnams

Die Vietnamesische Nachrichtenagentur hat Xuan Thuy, Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und Mitglied des Präsidiums des Zentralkomitees der Vaterländischen Front, im Zusammenhang mit einer Radiosendung aus Peking vom 1.Mai über chinesische Einwohner in Vietnam interviewt. Hier sind die Fragen und Antworten:

Frage: *Radio Peking berichtete am 1.Mai, daß seit einiger Zeit chinesische Einwohner plötzlich Vietnam in Massen verlassen haben und daß die chinesische Seite diesen Leuten Arbeit besorgt habe. Können Sie mir Ihre Meinung dazu sagen?*

Antwort *Ich habe gehört, daß eine Anzahl chinesicher Einwohner, die ein normales Leben in Fabriken, Kooperativen und Schulen in Vietnam geführt hatten, plötzlich einer nach dem anderen ihren Besitz verkauft und Wertsachen gekauft haben und ohne Genehmigung der Behörden die Grenze nach China überschritten haben, ohne die Grenzübergänge zu benutzen. Ihre Handlungen verstiessen gegen vietnamesisches Gesetz und gegen die Vereinbarungen zwischen Vietnam und China über Einreise und Ausreise über Grenzübergänge an der vietnamesisch-chinesischen Grenze. Die vietnamesischen Behörden haben ihre chinesischen Amtskollegen unterrichtet, so daß diese den chinesischen Einwohnern von solchen illegalen Handlungen abraten mögen. Von den Leuten, die illegal die Grenze überschritten haben, ist eine Anzahl zurück nach Vietnam entkommen.*

Verschiedenen Quellen zufolge haben gewisse chinesische Einwohner mit böser Absicht Gerüchte ausgestreut, um Mißklang zwischen Vietnam und China zu säen und andere Chinesen in Vietnam zum Narren zu halten. Sie sagten, daß „China Kampuchea gegen Vietnam unterstütz", daß „ein großer Krieg ausbrechen wird", daß „Chinesen in Vietnam leiden werden, so daß sie besser früher als später weggehen". Sie sagten ebenfalls, daß „die chinesische Regierung die Auslandschinesen aufruft, nach Hause zu gehen, um das Land aufzubauen und jene, die sich weigern, zurückzukehren, als Verräter betrachten würden".

Es ist bedauerlich, daß nicht wenige der chinesischen Einwohner in Vietnam von den Gerüchteverbreitern eingefangen worden.

Frage: *Wie ist die Haltung der vietnamesischen Regierung in dieser Frage?*

Antwort: *Was China betrifft, ein nahes benachbartes sozialistisches Land, besteht unsere konsequente Politik darin, die Solidarität zu stärken und freundschaftliche Zusammenarbeit mit ihm zu fördern, auf der Basis des Marxismus-Lenininsmus und des proletarischen Internationalismus. Was chinesische Einwohner in Vietnam betrifft, so wurde zwischen dem Zentralkomitee der KPCh und dem Zentralkomitee unserer Partei nach der Befreiung Nordvietnams 1954 ein Abkommen getroffen, als der Vorsitzende Mao Tsetung und Premier Chou En-lai noch lebten, daß für chinesische Bürger in Vietnam durch die vietnamesische Partei gesorgt werden würde und sie allmählich in vietnamesische Bürger umgewandelt würden.*

Unsere Partei und Regierung haben sich immer an dieses Abkommen gehalten. Im Norden unseres Landes haben chinesische Bürger in den letzten 20 und mehr Jahren am Kampf gegen die US-Aggression und für die nationale Rettung sowie am sozialistischen Aufbau teilgenommen. Die meisten der Chinesen, die in Fabriken Kooperativen, Regierungsbüros und Massenorganisationen arbeiten, haben die gleichen Rechte und Pflichten wie Vietnamesen.

Tausende von Kindern chinesicher Familien, in vietnamesischen Schulen ausgebildet, sind Lehrer, technische Kader, Ärzte und Ingenieure geworden. Eine Anzahl ist als „Wettkämpfer" und „Arbeitshelden" gewählt worden. In einem Wort, Vietnamesen und Chinesen leben in Eintracht und gegenseitiger Zuneigung, in einer großen sozialistischen Familie in Vietnam.

Wir hoffen, daß diese Chinesen sich nicht durch Leute mit schleten Absichten mißbrauchen lassen und daß sie weiterhin hier ein normals Leben führen werden. Leute, die nach China zurückkehren möchten, brauchen nur die örtlichen Behörden um Erlaubnis zu bitten, die ihnen gewährt werden wird, und sie können durch die vorbereiteten Grenübergänge gehen. Es ist unser unveränderlicher Wunsch, daß die vietnamesisch-chinesische Freundschaft für immer blühe.

(Vietnamesische Nachrichtenagentur (VNA), 4.5.78, nach „SWB",6.5.78)

Asien-Australien-Kommission

DKP beglückwünscht Marcos zu „einem überzeugenden Wahlsieg"

Im letzten ARBEITERKAMPF berichteten wir über die „Wahlen" auf den Philippinen, die über Wahlfälschung, Polizeiterror, Verbot oppositioneller Politik und Inhaftierung der oppositionellen Kandidaten zum Wahlsieg von Diktator Marcos führten. Für jeden Demokraten, selbst für die bürgerliche Presse, galten diese Wahlen als einstudierte Farce mit vorprogrammiertem Ausgang.

Marcos selber belegt dies mit neuen, scharfen Terrormaßnahmen nach den „Wahlen": *„Der philippinische Präsident Marcos hat das im Land geltende Kriegsrecht am Montag erneut verschärft"* („NZZ", 13.4.78). Versammlungsfreiheit und Redefreiheit wurden sofort nach den Wahlen aufgehoben; Marcos kündigte an, seine Regierung werde *„energisch gegen Anarchisten, Extremisten und Terroristen vorgehen"* („NZZ", 13.4.77). Jeder weiß, daß hiermit die gesamte Opposition vom bürgerlich-demokratischen Lager bis zu den Kommunisten gemeint ist.

Nichtsdestotrotz hat die philippinische Faschistenbande neben den US-Imperialisten treue Bündnispartner in den DKP/SED-Revisionisten gefunden, anders kann man das wahrlich nicht nennen.

Da erreichte die *„Bewegung für die neue Gesellschaft"* (Wahlblock der Marcos-Diktatur, Red.) *„einen überzeugenden Wahlsieg".* Das philippinische Volk *„gab mit ihrem Votum der Regierung des Präsidenten Marcos das Mandat, seine Politik unabhängiger (?) und bürgerlich-demokratischer Reformen (?) fortzusetzen"* („Neues Deutschland", 10.4.78). Und das DKP-Organ „UZ": *„Mit dieser Politik sollen das Elend der Slumbewohner von Manila durch Entwicklungsprojekte beseitigt und die Lage landloser Pächter durch eine Bodenreform verbessert werden"* („UZ", 11.4.78).

Nun, von dieser Bodenreform redet Marcos seit Verhängung des Kriegsrechtes 1972 - funktioniert hat diese „Reform" bisher nur für seine Tasche.

Aus den Zeilen spricht überdeutlich die Sympathie und Freude über die vermeintliche Niederlage der antifaschistischen Opposition auf den Philippinen, die Argumentation der SED/DKP-Schreiberlinge stimmt z.T. wörtlich mit der Hetze durch die Marcosdiktatur überein. Offenbar sehen die SED/DKP-Ideologen ihre eigenen Vorstellungen von Demokratie und Wahlen auf den Philippinen verwirklicht. Wen wundert es da, daß SED-Generalsekretär Honecker auch *„dem Präsidenten der Republik Indonesiens, General Suharto, aus Anlaß seiner Wiederwahl ein Glückwunschtelegramm"* übermittelte („ND", 30.3.78), und *„neue Impulse für Indonesien"* in Sicht sieht („ND", 19.4.78). Schließlich hoffen die Revisionisten, *„daß sich die Beziehungen zwischen der DDR und der Republik Indonesien zum Nutzen beider Staaten und Völker weiter festigen und entwickeln werden"* („ND", 30.3.78).

Zum Glück haben die Völker da ein Wörtchen mitzureden . . .

Asien-Australien-Kommission

Pakistan: Terrorurteile gegen Journalisten

Die Militärjunta in Pakistan ist offenbar entschlossen, noch rücksichtsloser gegen jede oppositionelle Regung vorzugehen. Die nach dem Putsch vor einem Jahr versprochenen Wahlen rücken in immer weitere Ferne. Nachdem am 28.Februar bereits politische Aktivitäten für einen Monat verboten worden waren, wurde dieses Verbot jetzt unbefristet verlängert. Dieses Verbot *„schließt selbst private Einladungen an Parteivertreter ein und gilt auch dann als verletzt, wenn jemand in den eigenen vier Wänden ein kritisches Wort gegen die Generalität fallen läßt"* („FAZ", 2.3.78).

Zu schweren Auseinandersetzungen kam es zwischen den Militärs und Journalisten. Weil die Zeitung „Musawat" in Lahore Auszüge aus Bhuttos Rede vor Gericht brachte, wurde die Druckerei geschlossen und das Eingangstor zugemauert. Als daraufhin 50 Journalisten aus Solidarität mit „Musawat" in den Hungerstreik traten, schlug das Militärregime wieder einmal zu: 16 der Journalisten wurden zu Haftstrafen mit Zwangsarbeit und Geldstrafen verurteilt. *„Insgesamt wurden bisher 104 Pressevertreter festgenommen, 54 wurden bereits zu Gefängnisstrafen verurteilt, vier davon wurden öffentlich ausgepeitscht"* („Süddeutsche Zeitung", 18.5.78).

Asien/Australien-Kommission



Zimbabwe: Zwist in der „internen Lösung"

Wenige Wochen nach Unterzeichnung der neokolonialen „internen Lösung" zwischen Ian Smith und den Marionetten Chirau, Sithole und Muzorewa sind die ersten Auseinandersetzungen innerhalb dieses Kreises fällig. Der aus diesen vier Männern bestehende Executivrat hat die Entlassung des schwarzen Ministers Hove (Mitglied in Muzorewas UANC), zuständig für Justiz und Sicherheit, beschlossen, Muzorewa allerdings bestreitet im Gegensatz zu seinen „Partnern", daß er an dieser Entscheidung beteiligt war und wirft ihnen Bruch des Vertrages (einstimmige Entscheidungen) vor. Hove hatte gefordert, daß mehr Führungsstellen bei der Polizei, beim Militär und in der Justiz mit Schwarzen besetzt werden müßte, um einen „reibungslosen Machtwechsel" nach den Wahlen zu gewährleisten. Dieser Versuch, die Machtanteile zugunsten des UANC zu verschieben, hatte prompt seine Entlassung zur Folge. Hove hat diese brutal offene Abservierung seiner Ansprüche so verärgert, daß er sich nach seiner Abreise aus Salisbury zu der bemerkenswerten Feststellung hinreissen ließ, die *„interne Lösung sei ein Schwindel"*, der Bischof Muzorewa tue ihm leid, *„weil er ein aufrechter Mann ist, der es mit einer Schar von Spitzbuben zu tun hat"* („FR", 2.5.78). Nun, der „aufrechte Muzorewa" geriet durch das knallharte Verhalten seiner Konkurrenten in Verlegenheit. Die Anhänger seiner Partei forderten in Demonstrationen den Rückzug aus der „,inter-

renten in Verlegenheit. Die Anhänger seiner Partei forderten in Demonstrationen den Rückzug aus der „,inter-
nen Lösung" und der Sprecher des UANC gab zu verstehen, daß man sich aus der „internen Lösung"zurückziehen werde, falls der Wiedereinsetzung Hoves nicht stattgegeben werde. Am 7.Mai traf sich das 70 köpfige „Zentralkomitee" des UANC und stellte dem regierenden Exekutivrat eine Frist von einer Woche, die Entlassung Hoves zurückzunehmen. Zwei Tage später wiesen Smith, Chirau und Sithole diese Forderung zurück (vergl. „Guardian" v. 8. u. 10.5.78).

Es dauerte nur eine Woche, dann verkündete Muzorewa mit der Miene des „verantwortungsbewußten Patrioten", er werde im Kabinett der Übergangsregierung bleiben: *„allein im Interesse des Landes und der Bevölkerung"* („FR", 16.5.78).

Dieser mehrwöchige Theaterdonner verfolgte eindeutig den Zweck, Muzorewa gegenüber den anderen Mitgliedern der „internen Lösung" hervorzuheben und angesichts der für Ende des Jahren angekündigten „Wahlen" zu profilieren. Mit dieser neuen Taktik hat Muzorewa es bisher abgelehnt, seine drei „Übergangs"-Kumpane bei einer Rundreise durch die ländlichen Regionen von Zimbabwe zu begleiten, die diese zu Propagandazwecken zugunsten der „internen Lösung" veranstalten. Dieser Schachzug ist nicht ungeschickt, denn die erste Veranstal-



Für die Durchsetzung der „internen Lösung" nimmt Smith die Knarre sogar selbst in die Hand!

Für die Durchsetzung der „internen Lösung" nimmt Smith die Knarre sogar selbst in die Hand!

tung mit Smith, Chirau und Sithole brachte ganze 800 (!) Menschen auf die Beine, die besonders Smith und Chirau mit offener Feindseligkeit begegneten („Guardian", 11.5.78). Ganz offensichtlich hat es eine abschreckende und auch aufklärende Funktion, wenn sich die schwarzen Marionetten gemeinsam mit dem Faschisten Smith präsentieren! Muzorewas Kurs der Distanzhaltung drückte sich auch darin aus, daß er der amtlichen Darstellung eines Massakers an schwarzen Dorfbewohnern widersprach. **Bei einem Feuerüberfall der Rassistenarmee auf eine mit den Befreiungskämpfern sympathisierendes Dorf wurden nach Muzorewas Angaben 105 Zivilisten ermordet** (das „Hauptquartier" der Rassisten in Salisbury meldete „nur" 52 Tote!...). Mittlerweile haben die Differenzen zwischen den schwarzen Konkurrenten Muzorewa und Sithole so stark zugenommen, daß sich Anhänger der beiden Marionetten Straßenschlachten in der Afrikaner-Stadt Highfield bei Salisbury lieferten. Dabei wurden 34 Menschen verletzt und 41 festgenommen („SZ", 24.4.78). Die Widersprüche im Exekutivrat, die gegenseitigen öffentlichen Beschimpfungen der schwarzen Marionetten, ihre Gier nach Macht und ihre verzweifelten Profilierungsversuche werden die „interne Lösung" noch rascher und tiefgehender isolieren als bereits geschehen.

Studentendemonstrationen gegen die „interne Lösung"

Mehrere hundert Studenten protestierten Ende April in Salisbury gegen die „interne Lösung" und demonstrierten von der Universität in das Stadtzentrum von Salisbury. Die Demonstration wurde von schwerbewaffneten Polizisten „aufgelöst", ca. 80 Studenten wurden verhaftet und vor ein Schnellgericht gestellt, wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration. Besondere Aufregung hatte hervorgerufen, daß sie auf mitgeführten Transparenten Muzorewa, Sithole und Chirau als „Marionetten" bezeichnet hatten („SZ", 25.4.). Die Studenten wurden zu drei Monaten Gefängnis inclusive Zwangsarbeit mit fünfjähriger (!) Bewährung verurteilt. Aus Protest gegen die Festnahmen traten die 1300 schwarzen Studenten der Universität von Salisbury in einen Vorlesungsstreik. Der Sprecher Sitholes diffamierte die Studenten als eine *„Bande von Intellektuellen"*, die mit vollen Bäuchen protestieren würden, sie sollten *„die Klappe halten, sonst würden sie sich an ihren Schinken mit Eiern verschlucken"* („Times", 27.4.78). Man sieht , die Marionetten können es gar nicht erwarten, in die Fußstapfen ihrer faschistischen weißen Vorbilder zu treten.

„Friedensangebot" mit Intensivierung des Befreiungskampfes beantwortet

Am 2.Mai rief der gemischtrassige Exekutivrat die Freiheitskämpfer auf, die Waffen niederzulegen und *„uns zu helfen beim friedlichen Übergang zur Mehrheitsregierung"* („Guardian", 3.5.78). Gleichzeitig wurden die gebannten politischen Flügel der ZANU und ZAPU wieder zugelassen. Dieses Geste ändert natürlich nichts daran, daß jede systemkritische Aktion sofort zerschlagen und unter Strafe gestellt wird, was nicht zuletzt an der Demonstration der Studenten deutlich wurde. Nach wie vor sind sämtliche Ausnahmegesetze in Kraft und kürzlich wurden zum Tode verurteilte Freiheitskämpfer erschossen. Der

Ausnahmegesetze in Kraft und kürzlich wurden zum Tode verurteilte Freiheitskämpfer erschossen. Der
Bericht über diesen Vorgang brachte dem amerikanischen Journalisten Ken Englade die Ausweisung ein („SZ", 4.5.78). Auch die KZ-ähnlichen, nach vietnamesischen Vorbild installierten „Wehrdörfer" für die ländliche Bevölkerung existieren weiterhin. Die vom Exekutivrat angebotene Amnestie für rückkehrwillige und „kooperatiosbereite" Befreiungskämpfer hat k e i n e Erfolge gezeitigt. Im Gegenteil muß der spektakuläre Überfall auf eines der luxuriösesten Hotels in Ostzimbabwe durch 20 Freiheitskämpfer mit Raketen und Geschützfeuer als deutliche Antwort auf diese „Angebote" bewertet werden. Inzwischen hat sich in Salisbury herumgesprochen, daß Sithole Jugendliche wirbt, die als Pseudo-Guerillas „trainiert" und in Kürze die Waffen „niederlegen" werden, um Sitholes „ungebrochenen Einfluß" auf die Befreiungskämpfer zu demonstrieren. Deutlicher können die Marionetten ihre Ohnmacht nicht veranschaulichen (nach „Guardian", 10.5.78).

Imperialisten basteln weiter an Allparteienkonferenz

Nachdem Ende April eine „Allparteienkonferenz" aller am Konflikt Beteiligten von Smith und seinen Marionetten abgelehnt wurde, hat der englische Außenminister Owen seinen Unterstaatssekretär Graham in das südliche Afrika entsandt, um dort gemeinsam mit dem amerikanischen Botschafter in Sambia, Low, den Versuch einer Einberufung einer Allparteienkonferenz erneut zu unternehmen. Bei dieser Konferenz sollen England, die USA, die Patriotische Front, die Marionetten und Smith vertreten sein. Diese diplomatischen Manöver dienen keinem anderen Zweck als Zeit zu schinden, um später eine möglicherweise gefestigte „interne Lösung" zu bestätigen.So meint Owen in der jüngsten Unterhausdebatte nach einer verbalen Distanzierung von der „internen Lösung": *„Wenn Wahlen durchgeführt werden, die vom Unterhaus als frei und gerecht angesehen werden und wenn eine neue Regierung mit einer neuen Verfassung die Geschäfte übernimmt, die vom Volk von Rhodesien akzeptiert wird, dann würde die englische Regierung verpflichtet (!) sein, diese Situation anzuerkennen"* („Times", 5.5.78). Wenn man die pseudodemokratischen Floskeln Owens taktischen Notwendigkeiten zuschreibt, dann bleibt übrig der deutliche Hinweis auf eine s p ä t e r e Anerkennung der „internen Lösung" spätestens nach Durchführung der Wahlen Ende 1978. Selbst wenn die „Patriotische Front" zu neuen Verhandlungen bereit sein sollte, Smith und seine Marionetten sind es unter diesen Umständen sicher nicht.

Botswana „warnt" Patriotische Front

Erstmals hat einer der fünf Frontstaaten (Mosambik, Tansania, Sambia, Botswana und Angola) offen gegen die Patriotische Front Stellung bezogen. Präsident Kama (Botswana) erklärte, die **„starre Haltung der ‚Front' könne diese daran hindern, künftig eine bedeutende Rolle zu spielen. Mit ihrem Engagement für ‚irgendeinen fernen Sieg auf dem Schlachtfeld' liefen Nkomo und Mugabe Gefahr, an Einfluß zu ver-**

‚irgendeinen fernen Sieg auf dem Schlachtfeld' liefen Nkomo und Mugabe Gefahr, an Einfluß zu ver-
lieren" („SZ", 8.5.78). Damit hat die politische Heterogenität der Frontstaaten erstmals den o f f e n e n Einbruch pro-imperialistischer Positionen möglich gemacht. Es ist stets ein „offenes Geheimnis" gewesen, daß Botswana der „wackligste Kandidat" im Kreis der Fünf gewesen und Empfänger umfassender imperialistischer finanzieller Zuwendungen ist (für das laufende Jahr erhielt Botswana 26,2 Millionen DM zinsgünstige Kredite von der BRD und für 1979 Zuschüsse in Höhe von 9,25 Mill. DM).

Die Angriffe Khamas auf die Patriotische Front sind umso reaktionärer, als die PF durchaus zu Verhandlungen und Kompromissen bereit ist, die eine „Lösung" im Umkreis der britisch-amerikanischen Vorschläge bringen könnte.

Ausgerechnet die PF von dieser Seite zu kritisieren läuft letztlich darauf hinaus, sie aufzufordern, sich direkt an der neokolonialen „internen Lösung" zu beteiligen! Es ist in diesem Zusammenhang interessant, daß Muzorewa zwei Wochen vor den zitierten Äußerungen Khamas in Botswana weilte und den Präsidenten von den „Vorteilen" der „internen Lösung" zu überzeugen versuchte. Wie man sieht, nicht ohne Erfolg. Allerdings scheinen die bewußten Teile der Bevölkerung anderer Meinung als der Präsident zu sein: als Muzorewas in Botswana eintraf, wurde er von zahlreichen Demonstranten als „Verräter" bezeichnet, der das „illegale Rassistenregime" anerkannt habe. Die Wagenkolonne Muzorewas wurde mit Eiern und faulem Fleisch beworfen. Das verdarb dem Bischof die Laune und er reiste vorzeitig ab („SZ", 25.4.78).

Im März hatte Botswana übrigens die diplomatischen Beziehungen zu Argentinien aufgenommen. . .

Afrika-Kommission

CIA in Angola

Der CIA wird seinen Ärger mit ehemaligen Agenten nicht los. Nach seinem Topagenten in Saigon, packte jetzt auch John Stockwell aus, der 1975 CIA-Operationen in Angola leitete. Stockwell, der seit 1964 beim CIA war und 1976 seinen Abschied nahm, war vom CIA nach Angola geschickt worden, um FNLA und UNITA gegen die MPLA zu unterstützen. Vor den Augen eines Millionenpublikums der US-Fernsehgesellschaft CBS plauderte er aus dem Nähkästchen US-amerikanischer Aggressionspolitik.

Stockwell bestätigte, daß CIA Agenten direkt in Angola tätig waren und zwar „ ... *direkt hinter der Front mit dem Auftrag die Soldaten und Kader von FNLA und UNITA auszubilden, die Schlachten vorzubereiten, die Kommunikationssysteme aufzubauen und die Versorgung zu sichern"* (zit. nach „Le Monde" vom 10.5.78).

Der ehemalige CIA-Chef Colby, in dessen Amtsperiode die Angola-Operationen durchgeführt wurden, bestätigte inzwischen, daß die in dem Stockwell-Buch „Auf der Suche nach dem Feind" enthaltenen Informationen „im wesentlichen korrekt" sind („Guardian", 21.5.). In dem Buch werden die geheimen CIA-Aktionen gegen die MPLA umfassend dargestellt und einige neue interessante Details enthüllt. Man erfährt zum Beispiel, daß
der CIA UNITA Chef Savimbi von Verhandlungen mit der MPLA abhielt. Kommentar des CIA gegenüber Savimbi: Wir können keine laschen Verbündeten gebrauchen. Man erfährt über eine CIA Aktion, Söldner nach Angola einzufliegen. Stockwell selber war mitverantwortlich für die Anwerbung, den Transport und die Einweisung von 20 französischen Söldnern. Eine halbe Million Dollar stellte der CIA allein für diese bescheidene Operation zur Verfügung. Die in Angola eingesetzte Zahl weißer Söldner ging aber in die Tausende, was das Ausmaß der finanziellen und politischen Führungsrolle des US Imperialismus bei der Aggression gegen die MPLA und die VR Angola in etwa ahnen läßt. Interessant in diesem Zusammenhang ist das Eingeständnis Colbys, daß es ohne die CIA-Operationen zu keinem kubanischen Einsatz in Angola gekommen wäre, *„denn die MPLA hätte ohne sie gewonnen"* („Guardian", 21.5.).

Einen breiten Raum nimmt in Stockwells Buch auch die Schilderung der Manipulation der Öffentlichkeit durch CIA gefälschte Informationen ein. Stockwell enttarnt die Meldungen über gefangene sowjetische Soldaten ebenso als CIA-Enten, wie Horrorgeschichten über MPLA Greuel.

Solche Falschmeldungen wurden von *„angeheuerten Journalisten, die westliche Nachrichtenagenturen vertraten, weitergetragen, die dafür Sorge trugen, daß einige von den Meldungen in der Weltpresse wiederauftauchten."*

Die politisch brisanteste Enthüllung ist aber die Aufdeckung der direkten Zusammenarbeit der Invasionstruppen aus Südafrika mit dem CIA.

Dei Aussagen Stockwells werden von dem Rassistenregime in Südafrika offiziell bestätigt. Trotz US Dementis bleibt RSA Verteidgungsminister Botha offiziell bei folgender Stellungnahme: *„Es hat eine Zeit gegeben, da amerikanische Flugzeuge bei militärischen Stellungen und Militärstützpunkten südafrikanischer Soldaten in Angola Waffen abgeladen haben – ich war selbst dort und habe gesehen, wie die Waffen abgeladen wurden."* (AFP Meldung 18.4. aus Kapstadt, zit. nach „Monitor Dienst", 19.4.78) Auch die von Stockwell beschriebene Zusammenarbeit wurde von Colby bestätigt (ebenda), während die US-Regierung diesen Punkt nach wie vor dementiert.

Der US Imperialismus bleibt aber auch heute in der Angola-Frage nicht untätig. Eine Reporterin der US Zeitung „NEW YORKER" wußte von „Überlegungen" des Sicherheitsberaters von Carter zu berichten, Savimbi und seine UNITA stärker zu unterstützen (nach „Guardian" vom 11.5.78). Brzezinski soll im Kongreß schon angefragt haben, ob das vom Kongreß Ende 75 verfügte Verbot für CIA Aktivitäten in Angola noch angewendet würde („Guardian", 11.5.).

Der US Imperialismus setzt hinter der Maske diplomatischer Lösungen für die Völker im südlichen Afrika seine Aggressionspolitik im südllichen Afrika unvermindert fort. Stockwells Fazit aus seinen CIA Erfahrungen fordert die Antiimperialisten zu unverminderter Wachsamkeit auf. *„Die Welt wäre ein sicherer Ort und die amerikanische Glaubwürdigkeit wäre größer, wenn es nicht die ganzen Jahre den CIA gegen hätte"* (zit. nach „Le Monde" vom 10.5.78).

Afrika-Kommission

Sowjetische Bedrohung des saharauischen Befreiungskrieges

Am 27.April unterzeichneten Vertreter der sowjetischen und marokkanischen Regierung ein Fischereiabkommen, das der Sowjtunion Fischereirechte vor allen Küsten Marokkos einräumt. Wie ein Vertreter der marokkanischen Botschaft in Moskau betonte, seien insbesondere jene Küsten einbezogen, *„in denen die Fangmöglichkeiten besonders günstig sind, wie dies der Fall in den Gewässern der ehemaligen Westsahara ist"* („El pais", 29.4.78). Mit diesem Abkommen anerkennt die Sowjetunion die angemaßten Hoheitsrechte Marokkos über die Demokratische Arabische Republik Sahara, deren Volk einen Volkskrieg gegen die marokkanischen und mauretanischen Invasoren führt.

Das Fischereiabkommen sieht erhebliche Investitionen der Sowjetunion in die marokkanische Fischereiindustrie vor, die Ausbildung von Spezialisten, die gemeinsame Produktion von Fischkonserven, etc.

Bereits im März war es zu einem anderen Vertrag zwischen der SU und Marokko gekommen, der von noch größerer politischer Tragweite ist. Hier wurde eine langfristige technische und ökonomische Koope-

Fortsetzung auf Seite 55

Fortsetzung von Seite 54

ration vereinbart und durch den sog. „Jahrhundertvertrag" wurde Marokko zum wichtigsten Kunden der Sowjetunion von allen Ländern der Dritten Welt, indem die SU Investitionen von sage und schreibe ca. 1,7 Mrd. Mark in den Ausbau der Phosphatausbeutung Marokkos zu investieren sich verpflichtete („El Pais", vom 27.4. und 29.4.). Auch mit diesem Vertrag hat die Sowjetunion indirekt die Besetzung der Westsahara durch Marokko akzeptiert. Denn die wichtigsten Phosphatvorkommen liegen auf dem Gebiet der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (Fos Bucraa), und die marokkanischen Truppen sind seit Jahren bemüht, den ständigen erfolgreichen Sabotageaktionen der saharuischen Armee zum Trotz, die Ausbeutung dieser Minen in eigener Regie durchzusetzen.

Mit diesen Verträgen hat sich die Sowjetunion in dem sich zuspitzenden Konflikt im nördlichen Afrika eindeutig auf die Seite der proimperialistischen Kräfte und der korruptesten und volksfeindlichsten Regimes gestellt.

Spanien-Kommission

Togo: Nie wieder gegen die BRD!

Der togolesische Diktator Eyadema, enger Freund von F.J.Strauss und hofiert von der Adenauer-Stiftung, hat sich entschlossen, seinen priviligierten Beziehungen zur Reaktion der BRD endlich bedeutende Taten folgen zu lassen. Weil der Botschafter Togos in der UNO der Verurteilung der BRD (wegen deren militärischer und nuklearer Zusammenarbeit mit der faschistischen RSA) ohne Rücksprache mit dem Präsidenten zustimmte, wurde er verwarnt. Man würde ihn entlassen, wenn sich dieses Verhalten wiederhole. In einem Gespräch mit der dpa sagte Eyadema, Togo wird künftig keine Resolution mehr unterstützen, in der die BRD – wie jetzt wieder geschehen – verurteilt wird. 1977 erhielt Togo eine Kapitalhilfe in Höhe von 84 Millionen DM von der BRD-Regierung. Das hat sich offensichtlich ausgezahlt (nach „SZ", 9.5.78 und „Nachrichten für Außenhandel", 5.9.77).

Afrika-Kommission

Gabun: OAU-Chef

Gabun: OAU-Chef Bongo für ,,interne Lösung" und imperialistischen ,,Namibia-Plan"

Eine der willfährigsten Marionetten des Imperialismus in Afrika regiert in der ehemaligen französischen Kolonie Gabun, das seit jüngster Zeit auch das verstärkte Interesse US-amerikanischer Konzerne findet. Bongo, von den Nachbetern der chinesischen Außenpolitik gern als Kronzeuge für ein „unabhängiges Afrika" angerufen, hat sich f ü r den Vertrag zwischen Ian Smith und den Marionetten ausgesprochen. Er äußerte, *„der Vertrag bedeute eine der Situation entsprechende Lösung für die Machtübergabe an die schwarze Mehrheit. Die Schwarzen müßten mit der weißen Minderheit zusammenarbeiten, um die Probleme der Verwaltung kennenzulernen"* („SZ", 25.4.78). Ebenfalls ganz als Liebhaber neokolonialer Strukturen trat er vor der UNO-Vollversammlung (Namibia-Debatte) auf: Er nannte den Plan der fünf imperialistischen Staaten (vergl. Artikel in dieser Ausgabe) eine *„ermutigende, positive Initiative"*, die aber nur ein *„annehmbares (!) Minimum"* darstelle. Er bedauerte, daß die OAU nicht an den Verhandlungen über die Zukunft Namibias beteiligt ist. Er hätte als derzeitiger OAU-Vorsitzender wohl zu gern die Interessen des namibianischen Volkes an den Imperialismus verschachert (nach „SZ", 28.4.78).

Afrika-Kommission



nahost

Libanon: Neue Schlacht des Klassenkrieges steht bevor

Seit dem vorläufigen Ende des Bürgerkrieges in Libanon und mit der zionistischen Invasion haben sich die Fronten des Klassenkampfes in Libanon weiter verschärft. Den Zionisten ist es noch immer nicht gelungen, den ganzen Südlibanon einzunehmen, geschweige denn die palästinensischen und libanesischen fortschrittlichen Kräften zu zerschlagen. Während sich die zionistischen Besatzertruppen auf bestimmte Stellungen konzentrieren, übernehmen die UNO-Truppen immer deutlicher die Rolle einer imperialistischen Besatzertruppe. Inzwischen ist es immer häufiger zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den UNO-Truppen und den fortschrittlichen Kräften gekommen. Die fortschrittlichen Kräfte haben bisher dem steigenden Druck der imperialistischen Besatzertruppen widerstanden. Nach wie vor kämpfen sie im Südlibanon und haben ihre Positionen in der Gegend um Sur (Tyros) verstärkt. Innerhalb des palästinensischen Widerstandes, insbesondere innerhalb der Fatah, hat angesichts des sich verstärkenden Drucks eine weitere Polarisierung eingesetzt: Die Positionen der Ablehnungsfront haben sich als richtig erwiesen und setzen sich innerhalb des Widerstandes immer mehr durch; diplomatische Lösungen, mit Hoffnung auf einen palästinensischen Ministaat, sind aussichtsloser denn je.

Die Faschisten in Libanon versuchen ihre relative Stärke, bedingt durch die zionistische Invasion und die imperialistischen Besatzertruppen, auszubauen. Sie verstärken den Druck auf die syrischen Invasionstruppen und versuchen, die fortschrittlichen Kräfte endgültig zu entwaffnen. Mit Unterstützung der imperialistischen Besetzertruppen versuchen sie, einen reaktionären Staat Libanon zu errichten.

Die palästinensischen und linken libanesischen Kräfte werden eine Zurückdrängung ihrer Positionen nicht hinnehmen. Sie sind auf einen langdauernden Krieg vorbereitet.

Zurückdrängung ihrer Positionen nicht hinnehmen. Sie sind auf einen langdauernden Krieg vorbereitet.

Faschisten üben Druck auf die syrischen Invasionstruppen aus

Die Kämpfe zwischen den syrischen Invasionstruppen und den faschistischen Milizen in Beirut Mitte April, die fünf Tage dauerten und über hundert Todesopfer forderten (»Süddeutsche Zeitung", ,,SZ", 15.16.4.78), haben ein deutliches Zeichen gesetzt. Die syrischen Truppen sind den Faschisten bei der Errichtung eines reaktionären Libanon im Wege.

Ausgelöst wurden die Kämpfe durch gezielte Provokationen der Faschisten. Die Kämpfe sollen zunächst angeblich zwischen den fortschrittlichen Kräften im Stadtviertel Chiah und den faschistischen Milizen im Stadtviertel Ain Rummaneh ausgebrochen sein, in die dann die syrischen Truppen eingriffen. Tatsächlich aber ist es so, daß die syrischen Truppen von Heckenschützen faschistischer Milizen gezielt provoziert und in tagelange Auseinandersetzungen verwikkelt wurden, die sich schließlich auch auf den Südostlibanon ausdehnten (,,SZ", 14.4.78). Diese Provokationen sind Teil des Plans der Faschisten, die syrischen Truppen zum Abzug aus Libanon zu zwingen, um unter dem Schutz der zionistischen Invasion und der imperialistischen Besatzertruppen auf die Errichtung eines reaktionären Libanon hinzuarbeiten.

Die fortschrittlichen libanesischen Kräfte, die in der Nationalen Progressiven Bewegung und in der Nationalen Front zusammengeschlossen sind, ordneten diese Provokationen der faschistischen Milizen in den Plan der faschistischen Kräfte ein, die gesamte innere Situation Libanons militärisch und politisch zur Explosion zu bringen, um zunächst die palästinensische Präsenz zu liquidieren. In der Erklärung zur derzeitigen Situation heißt es: *,,Libanon ist gegenwärtig der Schauplatz mehrerer imperialistischer Verschwörungen. Verschiedene nationale und internationale Kräfte wurden mobilisiert, um diese Verschwörungen auf der Basis der israelischen Okkupation zu verwirklichen. Auf der Grundlage der Stabilisierung des israelischen Besatzerregimes haben die reaktionären Kräfte Libanons eine militärische und politische Erpressung inszeniert, deren Ziel die Liquidierung der palästinensischen Präsenz und die Ausschaltung aller libanesischen Gegner der israelischen Okkupation ist."* Es wird weiter auf die Vorbereitungen zur Bildung einer Separatistenarmee hingewiesen, die Bildung einer ,,Südlibanesischen Armee" durch Saad Haddad (Chef der faschistischen Truppen im Südlibanon) sei ein eindeutiger Beweis für Anschläge gegen die nationale Einheit des Libanon. Ziele dieser Machenschaften seien: *,,Annexion eines Teils von Südlibanon durch Israel, Errichtung eines separatistischen Gebildes an der Südgrenze, Verbindungen dieser Enklave mit den anderen Gebieten Libanons, die von den Rechtskräften kontrolliert werden, Zerschlagung der Fortschrittskräfte in allen Teilen des Landes und damit Schaffung der Voraussetzungen für die Umwandlung Libanons in einen reaktionären, rassistischen Staat unter der Schirmherrschaft des zionistischen Israels"* (,,Neues Deutschland", ,,ND", 14./15.4.78).



Nach den Kämpfen um die Kaserne in Sur: Zerstörter Panzerwagen der imperialistischen Besatzertruppen.

Die Provokationen der faschistischen Milizen wurden von der libanesischen Regierung zum Anlaß genommen, zurückzutreten, da sie offiziell den Oberbefehl über die syrischen Truppen hat. Damit sollte der Weg freigemacht werden für einen stärkeren Zusammenschluß der faschistischen Kräfte. Das bisherige Kabinett der ,,Technokraten" unter dem libanesischen Ministerpräsidenten Hoss sollte durch ein Kabinett der ,,Politiker" abgelöst werden, ebenfalls mit Hoss an der Spitze. Vorgeschlagen waren statt der verschlissenen alten Faschistenführer Camille Chamoun, Pierre Gemayel und Suleiman Franjieh deren Söhne! (»NZZ«, 27.4., »SZ«, 28.4.78).

Aufgrund von recht scharfen Auseinandersetzungen und Konkurrenzkämpfen im faschistischen Lager, z.T. kam es sogar zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen faschistischen Milizen (,,Guardian", 17.5.78), kam es nicht zur Bildung dieses Kabinetts. Das bisherige Kabinett übernahm wieder die Regierung (,,Guardian", 16.5.78), und zwar auf der Grundlage des inzwischen ausgearbeiteten ,,Sechs-Punkte-Abkommens", das inzwischen vom selbsternannten libanesischen Parlament verabschiedet wurde. Ausgearbeitet wurde das Abkommen von einer Kommission, der sowohl ,,Christen" und ,,Moslems" angehörten. Die Namen der Kommissionsmitglieder sprechen allerdings für sich: Vertreten waren die alten Faschistenführer Camille Chamoun und Pierre Gemayel sowie die moslimischen Feudalherren Saeb Salam und Rachis as Solh, die zu den reichsten Familien des Libanon gehören.

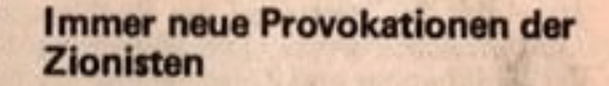
Ziel des ,,Sechs-Punkte-Abkommens" ist — angeblich — die Entwaffnung aller Milizen und d e r P a l ä s t i n e s e r sowie der Aufstellung einer libanesischen Armee. Ganz offensichtlich heißt das nichts anderes, als daß die bisherigen faschistischen Milizen zur neuen libanesischen Armee zusammengeschlossen werden sollen. Damit wäre, unter dem Schutz der zionistischen und imperialistischen Besatzertruppen, ein stärkeres Gegengewicht zu den syrischen Truppen und den palästinensischen und fortschrittlichen libanesischen Kräften geschaffen. Der erste Schritt dazu ist inzwischen getan: Die UNO-Truppen erkannten die faschistischen Milizen Haddads, die vollständig mit den Zionisten zusammenarbeiten, von diesen ausgerüstet und ausgebildet werden, und die im Gefolge der zionistischen Intervention Mord und Terror in den südlibanesischen Dörfern verübten, als reguläre libanesische Armee an (»Guardian«, 22.5.78)! Haddad wurde übrigens während seiner gesamten Terroroperationen nach dem libanesischen Bürgerkrieg von der angeblich ,,neutralen" libanesischen Regierung als Offizier bezahlt!

Sowohl die libanesischen fortschrittlichen Kräfte als auch die Palästinenser haben dieses Abkommen sofort abgelehnt. In einem Kommuniqué begründete das Exekutivkomitee der PLO unter Hinweis auf das Kairoer Abkommen noch einmal das Recht auf bewaffnete palästinensische Präsenz im Südlibanon: *»...Die bewaffnete Präsenz der Palästinenser hat eine panarabischen Charakter und bezieht sich nicht auf die internen Fragen und Verhältnisse irgendeines Staates. Solange die zionistische Besetzung arabischen Bodens andauert, hat niemand das Recht, eine Entscheidung über wichtige nationale Fragen zu fällen. Die PLO bestätigt daher ihre Entschlossenheit, diese Präsenz aufrechtzuerhalten und betont zur gleichen Zeit, nicht in innere libanesische Angelegenheiten einzugreifen. Weiterhin wird bestätigt, daß nach wie vor die libanesische Souveränität voll anerkannt wird. Alle getroffenen Vereinbarungen werden dem Wortlaut und dem Geiste nach erfüllt ...*

Alle Bemühungen in dieser Phase sollten sich darauf konzentrieren, der israelischen Besatzung entgegenzutreten und zu verhindern, daß man diese als eine Art Erpressung benutzt, um damit die Aufmerksamkeit von dem vorrangigen Ziel, nämlich der Bekämpfung des zionistischen Feindes, abzulenken..." (,,Wafa", 25.4., zit. nach ,,Palästina Bulletin", 26.4.).

Die Erklärung des Exekutivkomitees der PLO klammert jedoch die in der derzeitigen Situation entscheidende Frage des Kampfes gegen den zionistischen Feind und gegen die UNO-Truppen, die die Aufgabe haben, die fortschrittlichen Kräfte daran zu hindern, von vorneherein aus. Andererseits wird gerade die PLO-Führung um Arafat nicht müde, die Kämpfer aufzufordern, den Waffenstillstand einzuhalten, nicht in den Südlibanon zu gehen, um von dort gegen den zionistischen Feind zu kämpfen. Diese Haltung hat zu scharfen Auseinandersetzungen selbst innerhalb der Fatah geführt und zwar bis hinauf in die Führung (s. AK 129).

Ganz sicher wird auch die neue libanesische Regierung nicht in der Lage sein, das Abkommen durchzusetzen. Die Syrer haben inzwischen den Entwaffnungsplänen der libanesischen Regierung zugestimmt und ihre Hilfe angekündigt (,,NZZ", 27.4.).



Immer neue Provokationen der Zionisten

Die Zionisten haben den Südlibanon nie ganz besetzen können. An verschiedenen strategischen Punkten haben sie Stützpunkte und befestigte Stellungen errichtet. Nach wie vor kontrollieren besonders nachts die fortschrittlichen Kräfte große Gebiete des Südlibanon.

Obwohl ständig von ,,Rückzügen" der zionistischen Besatzertruppen die Rede ist, bauen die Zionisten ihre Positionen aus und versuchen neue Stützpunkte zu errichten, besonders in einem zehn Kilometer breiten Streifen entlang der Grenze. Zwischen Marjayoun und El Khiam wurde ein festes Militärlager errichtet. Immer noch werden neue Verbindungs- und Aufmarschstraßen gebaut, so zur südlibanesischen Stadt Bint Dschebel, zwischen Ras el-Baijada und Tibnin, zwischen Rachaya al-Foukhar und Kfar Haman (,,FR", 24.4., ,,UZ", 11.5.).

Die Bevölkerung wird weiter terro-
schen Ras el-Baijada und Tibnin, zwischen Rachaya al-Foukhar und Kfar Haman (,,FR", 24.4., ,,UZ", 11.5.).

Die Bevölkerung wird weiter terrorisiert: Häuser werden gesprengt, immer werden Orte, wie z.B. Nabatiyeh, bombardiert, Brunnen werden unbrauchbar gemacht, um die Bevölkerung zu vertreiben. Unter der verbliebenen Bevölkerung werden Verhaftungen und Verschleppungen vorgenommen. Ende April wurde das Lager Raschidiyeh, das 3 km südlich von Sur in nicht von den Zionisten besetztem Gebiet liegt, von israelischen Kriegsschiffen und Hubschraubern aus bombardiert. Mehrere tausend Flüchtlinge, die zu Beginn der zionistischen Invasion das Lager verlassen hatten, waren zurückgekehrt. Anlaß genug für die Zionisten, das Lager erneut zu bombardieren — trotz angeblichen Waffenstillstands! (,,SZ", 29.4. - 1.5., ,,ND", 28.4.).

Im Südlibanon wurden außerdem zwei palästinensische Filmdokumentaristen (J.M. Nasser und A.H. Al-Asmar) von den israelischen Truppen kaltblütig ermordet. Beide filmten im Auftrag des Palästinensischen Filminstituts den Widerstandskampf gegen die israelische Besatzung. Als sie in die Hände der Zionisten fielen wurden sie, obwohl unbewaffnet, sofort erschossen. Die Filmausrüstung wurde zum Teil vernichtet (,,UZ", 11.5.78).

Darüber hinaus werden die faschistischen Milizen im Südlibanon weiter von den Zionisten ausgerüstet. In den letzten sechs Monaten erhielten sie Militärhilfe für 34 Mill. Dollar, darunter 110 Panzer und 12.000 Maschinengewehre (,,ND", 18.4.78).

UNO-Tuppen — eine imperialistische Besatzerarmee

Schon gleich nach dem Einsatz der UNO-Truppen wurde deutlich, daß sie dazu dienen, den Druck auf die fortschrittlichen Kräfte zu verstärken. Ihr Auftrag lautete anfangs, daß sie den Rückzug der Zionisten aus dem Süd-

Fortsetzung auf Seite 56

Fortsetzung von Seite 55

libanon „bestätigen" sollen. Gegen die Zionisten wurde bisher nichts unternommen. Nachdem der Oberbefehlshaber der UNO-Truppen, Erskine, zunächst behauptete, sein Auftrag sei nicht klar, er habe die Aufgabe, bewaffnete Elemente aus dem Südlibanon fernzuhalten, und dies gegen die Palästinenser und linken Kräfte auslegte und die zionistische Armee praktisch ignorierte, hat UNO-Generalsekretär Waldheim vor seinem Besuch in Libanon und Israel sehr deutlich ausgesprochen, worauf es ankommt: Die »Blauhelme« hätten den Befehl, palästinensische Widerstandskämpfer am Überschreiten der Grenzlinie zu hindern, sie dürfen zu diesem Zweck von der Schußwaffe Gebrauch machen („Welt", 20.4.).

Die Truppenkontingente der UNO-Truppen werden ständig verstärkt, inzwischen wurde beschlossen, das gesamte Kontingent von 4.000 auf 6.000 Mann zu erhöhen, u.a. befinden sich 1300 französische Soldaten im Libanon im Einsatz (»Le Monde«, 7./8. 5.78).

Die BRD hat nicht nur den Transport der norwegischen Truppen in den Südlibanon übernommen, inzwischen wurden auch Fahrzeuge und Geräte für die UN-Truppen zur Verfügung gestellt. Bundeswehrsoldaten bilden inzwischen die nepalesischen UNO-Kontingente an diesen Geräten aus („SZ", 15./16.4.78). Vorerst soll es sich um Funkgeräte und ähnliches handeln, die Ausbildung erfolgt in einem UNO-Lager bei Tel Aviv!

Die UNO-Truppen hatten schon gleich zu Beginn versucht, die Gebiete Südlibanons zu besetzen, die von den israelischen Truppen nicht erobert werden konnten. Inzwischen rücken sie immer weiter in den Südlibanon vor, angeblich Schritt für Schritt für israelische Rückzüge. Dabei versuchen sie die Aufgaben zu übernehmen, die Israel mit der Besetzung des Südlibanons erreichen wollte: Die Säuberung des Südlibanons und Zerschlagung der palästinensischen und fortschrittlichen Kräfte. Gemayel hat sogar den Rückzug der syrischen Truppen und die Kontrolle eines 35 (!) km breiten Streifens nördlich des Litani-Flusses durch die UN-Truppen gefordert.

Die fortschrittlichen Kräfte kämpfen weiter

Anfang Mai griffen französische Truppen in der Gegend von Sur vier palästinensische Kämpfer an, die in den Südlibanon zurückkehren wollten. drei Palästineser wurden getötet. Daraufhin schossen die Linkskräfte UNO-Lastwagen mit Nachschubgütern in Brand. Als erneut UNO-Truppen angriffen, schlugen die fortschrittlichen Kräfte an verschiedenen Stellen in und um Sur zurück. Zu besonders harten Auseinandersetzungen kam es vor der Kaserne in Sur, in der die französischen Kontingente stationiert sind.

Zwei Franzosen und ein Senegalese kamen dabei ums Leben, dreizehn wurden verletzt, u.a. der französische

Zwei Franzosen und ein Senegalese kamen dabei ums Leben, dreizehn wurden verletzt, u.a. der französische Befehlshaber Salvan. Der PLO-Verbindungsoffizier wurde ebenfalls erschossen. George Habasch sagte zu diesen Auseinandersetzungen, die Franzosen seien Neokolonialisten und *»wir haben ihnen eine gute Lektion erteit"*. Arafat distanzierte sich scharf von den Kämpfen und kündigte die Verfolgung und Verurteilung (!) der „Beteiligten" an. Hieran werden wieder die Widersprüche innerhalb der PLO deutlich. Die Kaserne in Sur konnte erst nach stundenlangen Vermittlungsversuchen eines PLO-Verbindungsoffiziers gegen den ausdrücklichen Willen der Kämpfer den Franzosen übergeben werden. Es ist klar, daß das provokative Vorgehen der französischen UNO-Truppen, der Versuch, in der von den fortschrittlichen Kräften weiterhin gehaltenen Stadt Sur, palästinensische Kämpfer zu kontrollieren und dabei zu erschießen, die Wut der Kämpfer erhöhte.


Bundeswehr in Tel-Aviv (!) bildet nepalesische Truppen für den Einsatz in Libanon aus.

Das konsequente Vorgehen der fortschrittlichen Kräfte führte schließlich dazu, daß die französischen und senegalesischen Truppen zunächst ihre Patrouillen einschränkten. Ganz offensichtlich war ihnen der Boden unter den Füßen zu heiß geworden. Dann wurde die „diffizile Zone" um Sur von den Franzosen geräumt und das Hauptquartier von Zahrain nördlich von Sur nach Nahara 5 Kilometer nördlich der israelischen Grenze verlegt. Außerdem werden die UNO-Truppen seitdem aus Israel mit Nachschub versorgt (»SZ«, 10.5.78). Deutlicher kann kaum gezeigt werden, wessen Interessen die UNO-Truppen vertreten.

In dem Gebiet um Kaukaba (Nähe Marjayoun) griffen die norwegischen Truppen ebenfalls die Linkskräfte an, während der Faschistenführer Haddad gerade in dieser Gegend völlig unbehelligt von UNO-Truppen sein Unwesen treiben kann. Kaukaba liegt nördlich des von UNO-Truppen besetzten Gebietes und wird noch immer von den fortschrittlichen Kräften kontrolliert.

Die norwegischen Truppen griffen an, als die Linkskräfte erneut eine Straßensperre errichten wollten. Es gab Verletzte. Daraufhin griffen die fortschrittlichen Kräfte in der Nacht die Stellungen der norwegischen Truppen mit Granatwerfern an, die UNO-Truppen schossen mit Raketen zurück, mehrere palästinensische Kämpfer kamen dabei ums Leben („Le Monde", 11.5.78, „NZZ", 13.5.78).

Dieser Angriff der norwegischen Besatzertruppen zeigt, daß die UNO-Truppen nicht nur die Aufgabe haben, mit Waffengewalt die Rückkehr der Linkskräfte in den von Israel besetzten Südlibanon zu verhindern, sondern die Bewegungsfreiheit der palästinensischen und linken libanesischen Kräfte überhaupt einzuschränken.

sondern die Bewegungsfreiheit der palästinensischen und linken libanesischen Kräfte überhaupt einzuschränken.

Trotz dieser Versuche der UNO-Besatzertruppen dringen immer mehr Kämpfer der fortschrittlichen Kräfte in den Südlibanon ein. Die UNO-Truppen können sie nicht daran hindern und auch Arafat nicht, der immer wieder öffentlich erklärt, daß er mit den UNO-Truppen zusammenarbeiten will, aber zugeben muß, daß er die Kämpfer nicht kontrollieren kann („IHT", 18.5.78).

Zweimal haben UNO-Truppen, bei Sur und Rashaya al Foukhar, Kämpfer der fortschrittlichen Kräfte eingekreist, nach langen Verhandlungen zogen sich die Kämpfer bewaffnet zurück, wohl um bei nächster Gelegenheit erneut in den Südlibanon zu gehen („SZ", 17.5., „IHT", 19.5.).

Das konsequente Zurückschlagen der Übergriffe der UNO-Truppen durch die fortschrittlichen Kräfte hat deutlich gemacht, daß sie bei einer direkten Konfrontation mit den Linkskräften derzeit den Kürzeren ziehen. Die Zionisten haben inzwischen schon den mangelnden Mut (!) der UNO-Truppen beklagt, sowie deren schlechte Ausbildung.

Die israelische Regierung hat inzwischen angekündigt, daß sie bis zum 13.Juni ihre Truppen zurückziehen will, w e n n

- die „Terroristen" nicht in den Südlibanon zurückkehren,
- es keine Angriffe auf Israel und seine Bürger mehr gibt,
- die Einwohner des Südlibanons nicht mehr unter Bedrohung (von wem wohl?) leben müssen („Le Monde", 23.5.78).

Diese »Bedingungen« machen deutlich, daß der Beschluß der israelischen Regierung nichts als leeres Gerede ist und daß sie weiter im Südlibanon stationiert bleiben werden.

Arafat soll zurücktreten

Am 24.5. wurde eine gemeinsame Erklärung der vier Organisationen der Ablehnungsfront (u.a. PFLP) und der Demokratischen Volksfront (DFLP) veröffentlicht, die eine Woche vorher der Fatah zugesandt wurde. In dieser Erklärung wird eine neue Führung der PLO gefordert. *„Wir meinen, daß die politischen Entscheidungen individuell getroffen werden statt kollektiv. Es gibt keine Teilnahme bei der Annahme von Entscheidungen, seit die Führung der Fatah der Teil ist, der die politischen Entscheidungen bestimmt"* („Guardian", 25.5.78).

Arafat wird in dieser Erklärung namentlich zwar nicht erwähnt, ist aber offensichtlich gemeint. Ein PLO-Vertreter nannte die Erklärung *„direkt gegen Arafat gerichtet"* und meinte: *„Und sie könnte die ernsthafteste Herausforderung seiner Position werden seit er als Vorsitzender des Exekutivkomitees der PLO 1969 gewählt wurde"*.

Die Erklärung wurde kurz nach den heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Fatah abgegeben (s. AK 129). In diesem Zusammenhang ist interessant, daß Abu Iyad, der ja vor kurzem von Arafat unter Hausarrest gestellt worden war, die arabische Bevölkerung aufgefordert hat, *„sich gegen die Interessen der Amerikaner und Imperialisten zu stellen und gegen alle, die die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten in der arabischen Welt unterstützen"*. Demgegenüber sollten die Beziehungen zur Sowjetunion und den Ländern des „sozialistischen Blocks" verstärkt werden. Abu Iyad wies außerdem auf das Recht der Palästinenser hin, im Südlibanon bewaffnete Aktionen durchzuführen („Le Monde", 12.5.78).

Diese Erklärung ist ebenfalls direkt

Recht der Palästinenser hin, im Südlibanon bewaffnete Aktionen durchzuführen („Le Monde", 12.5.78).

Diese Erklärung ist ebenfalls direkt gegen die Politik Arafats gerichtet. Die Ankündigung eines Teils der Fatah, zukünftig stärker mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten, sowie die Politik Arafats, der selbst die Sadat-Reise nach Israel unterstützte und damit die Politik der US-Imperialisten, wäre eine Erklärung dafür, warum die DFLP, die bisher eng mit der Fatah zusammengearbeitet hat, jetzt die Kritik an der PLO-Führung unterstützt, schließlich schwimmt sie ganz im sowjetischen Fahrwasser.

Nahost-Kommission


...libanesische Ort Rashaya al-Foukhar

Tunesien: Opposition wird weiter verfolgt

Nach der blutigen Niederschlagung des tunesischen Generalstreiks am 26. Januar, nach der Verhaftung hunderter Gewerkschafter und Säuberung der Gewerkschaft, nach der Entlassung fortschrittlicher Kollegen und Journalisten als Folge des Generalstreiks liegt jetzt die gemäßigte, sozialdemokratische Opposition im Schußfeld der Repression. Der Führer der Sozialen Demokraten, Ahmed Mestiri, hatte 2 Monate lang eine Rundreise durch verschiedene Staaten gemacht und u.a. Vorträge und Pressekonferenzen abgehalten. Dabei hatte er offen die tunesische Regierung angegriffen und erklärt, daß das *„Regime in Tunis jeden Rückhalt im Volk verloren hat und sich deshalb gezwungen sah, zur Gewalt zu greifen, um sich an der Macht zu halten, daß die Meinungsfreiheit zu Zeiten des französischen Protektorats größer gewesen sei als heute, und daß die Unruhen des 26.Januar 140 Opfer gefordert hätten* (inoffizielle Zahlen liegen weit höher, Anm. AK) *und nicht 51, wie offizielle Informationen lauteten"* („Le Monde", 19.4.78). Daraufhin hatte sich Mestiri nach


Houcine el-Kouki vor vier Monaten auf dem National-Kongreß der U.G.T.T.

seiner Rückkehr am 17.April vor einem Gericht wegen „Verleumdung des Regimes" und „Verbreitung falscher Nachrichten" zu verantworten. Mestiri erschien vor Gericht in Begleitung von 60 Anwaltskollegen, darunter die bekanntesten Anwälte von Tunis!

Die Zeitung der Partei, „Ar-Rai", die neben den Sozialdemokraten auch der illegalen MUP (Bewegung der Volkseinheit - unter Führung von Ahmed Ben Salah) und der illegalen KP Möglichkeit gibt, sich zu äußern, ist zur Zeit in einen Prozeß vor einem Militärgericht verwickelt. Sie hatte einen Leserbrief veröffentlicht, *„in dem die Meinung geäußert wurde, es sei unnötig, Geldsammlungen für die Armee durchzuführen, weil der innere Frieden Tunesiens auf die Dauer nicht durch Bajonette abgesichert werden könne«* (»Neue Zürcher Zeitung«, 15.4.78).

Darauf erfolgte eine Anklage wegen „Schädigung der Armeemoral" - ein angeblicher Leserbrief-Schreiber wurde einen Monat lang eingesperrt, bis er nachweisen konnte, den Brief nicht geschrieben zu haben! Daraufhin wurde dann der Herausgeber der Zeitung, Ben Ammar, angeklagt. Leider liegen uns noch keine Informationen über den Ausgang der Verhandlungen vor.

Am 28.April und 9.Mai fanden Pressekonferenzen in Paris statt, auf denen über die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen zur Situation der inhaftierten Gewerkschafter berichtet wurde. Diese Untersuchungen hatten mehrere italienische und französische Gewerkschaftsvertreter, Vertreter der MUP, und der Internationalen Föderation der Menschenrechte in Zusammenarbeit mit dem tunesischen Kollektiv des 26.Januar, tunesischen Anwälten, dem Rat zur Verteidigung der öffentlichen Freiheiten, der tunesischen Liga der Menschenrechte und den Familien der Gefangenen durchgeführt. Auf diesen Pressekonferenzen wurde berichtet, daß die Verteidigerechte grob mißachtet wurden - viele Schnellverfahren fanden ohne Anwesenheit der Verteidiger statt. Bevor die Angeklagten vor Gericht erscheinen, werden sie 2 Monate lang in den Kellern der Polizeistationen „behandelt". Die „wichtigen" Gefangenen sind in Einzelzellen von 6qm gepfercht; der Vorsitzende der UGTT, Habib Achour, wird in seiner Zelle ständig von einem bewaffneten Posten bewacht.

Viele Gefangene sind zu 20 - 30 Personen in Zellen von 25 qm zusammengepfercht.

Mehrere Fälle von Folter wurden bestätigt. Houcine el-Kouki, Delegierter des Nationalrats der UGTT, war schon am 15.Februar an den Folgen der Folter gestorben - mit eingedrücktem Brustkorb, Schädelverletzungen und Wunden am ganzen Körper. Ein anderer Gefangener, Salah Brour, wurde mit der Affenschaukel so lange gefoltert, daß er nicht mehr gehen kann.

Am 18.April begann der Gewerkschaftssekretär Ismail Sahbani, der auch mit der Affenschaukel-Methode gefoltert wurde, einen Hungerstreik, dem sich 5 Tage später die Mehrheit seiner Mitgefangenen anschloß, darunter alle Mitglieder des ehemaligen Exekutivbüros der UGTT.

Schon vom 18.-21.März hatten die Gefangenen einen Hungerstreik durchgeführt, durch den sie eine leichte Verbesserung der Haftbedingungen erreichen konnten.

Daß der tunesischen Regierung eine Bekanntmachung der Haftbedingungen und Unterstützung der Gefangenen durch eine breite Öffentlichkeit nicht genehm sind, machte sie am 5.Mai deutlich, als sie Michel Zavrian, den Vertreter der internationalen Föderation der Menschenrechte, auswies, - 48 Stunden nach seiner Einreise. Er wurde im Hotel aufgesucht und zum Flughafen gebracht, nachdem sämtliche Dokumente beschlagnahmt worden waren. Ihm wurde von der Regierung vorgeworfen, *„subversive Handlungen zu begünstigen"* und *„verdächtige Kontakte zu haben, die den Rahmen einer Informationsreise überschreiten"* („Le Monde", 11.5.-78).

Nahost-Kommission



lateinamerika

Peru: Streiks und blutige Repression

Die Kämpfe der peruanischen Arbeiter für höhere Löhne und gegen Preissteigerungen, für die Wiedereinstellung entlassener Gewerkschaftsführer und gegen den beständigen Abbau der erkämpften Recht und Freiheiten nehmen weiter zu.

Im Februar traten 78 Arbeiter in Hungerstreik. Sie waren infolge des Generalstreiks 1977 entlassen worden und forderten ihre Wiedereinstellung. Nachdem Druck und Einschüchterungsversuche durch die Regierung gescheitert waren, nachdem sich die katholische Kirche für die Streikenden eingesetzt hatte und breite Unterstützung aus der Bevölkerung kam, erklärte die Regierung am 20.3. (nach mindestens vier- bis fünf-wöchigem Hungerstreik) die Wiedereinstellung der Kollegen. Die betroffenen Kapitalisten allerdings folgten dieser Aufforderung der Regierung nicht, sie strengten vielmehr ein Gerichtsverfahren gegen den Arbeitsminister an und lehnten geschlossen die Wiedereinstellung ab. Keiner der 78 konnte bisher wieder auf seinem alten Arbeitsplatz anfangen. Einen Tag nach dem Zugeständnis der Regierung an die Hungerstreikenden wurde ein neues Arbeitsgesetz verabschiedet, das willkürliche Entlassungen und massive Disziplinierung der Arbeiter gestattet. Bisher durfte ein Arbeiter nach Ablauf einer dreimonatigen Probezeit nur entlassen werden, wenn ihm gerichtlich eine „schwere Verfehlung" gegen die Gesetze nachgewiesen werden konnte, oder die wirtschaftliche Situation des Betriebes einen Personalabbau erforderte. Diese bereits sehr dehnbare und Rationalisierungsfreundliche Regelung wurde durch das neue Gesetz erheblich erweitert: Die Probezeit, in der unbegründete Entlassungen erlaubt sind, beträgt jetzt drei Jahre (!!). Es wurde eine Liste „schwerer Verfehlungen" aufgestellt, die sofortige Entlassung rechtfertigen.

Dazu gehören *„vorsätzliche und wiederholte Leistungsverminderung in Bezug auf Quantität und Qualität der Produktion"* oder *„wiederholte ehrverletzende Wortwechsel mit dem Arbeitgeber, seinem Vertreter, den unmittelbaren Vorgesetzten"*. Das bedeutet die totale Disziplinierung am Arbeitsplatz („Neue Zürcher Zeitung", NZZ, 24.5.78).

Anfang Mai wurden neue Preiserhöhungen bekannt gegeben. Grundnahrungsmittel (!) und Treibstoff (d.h. Transportmittel) werden danach um 50 bis 100 % teurer („Süddeutsche Zeitung", SZ, 18.5.78).

Streiks für höhere Löhne hatten bereits im April in Arequipa und bei verschiedenen Kupfergesellschaften wie der Southern Peru Copper begonnen. Nach den jüngsten Preissteigerungen riefen die Gewerkschaften zu einem Generalstreik auf, der umfassend befolgt wurde. Das Arbeitsministerium erklärte den Streik für illegal, Polizei und Militär gingen gegen Streikende und Demonstranten vor. In den Slumvierteln Limas, deren Zufahrtsstraßen von den Bewohnern teilweise verbarrikadiert worden waren, wurden gepanzerte Polizeifahrzeuge eingesetzt, aus denen auf Demonstranten geschossen wurde. In Arequipa wurden Schulen und Universitäten geschlossen, Militär besetzte die Stadt.



Gegner des reaktionären Regimes werden in Lima von Polizei und Militär durch die Straßen getrieben

Für das ganze Land wurde der Ausnahmezustand ausgerufen, und die Regierung räumte sich Sondervollmachten ein. Öffentliche Versammlungen wurden verboten und mindestens 14 Zeitungsredaktionen geschlossen („SZ", 24./25.5.78). Hunderte von Demonstranten wurden verhaftet. Nach offiziellen Angaben wurden durch die Einsätze von Militär und Bullen zwölf Menschen ermordet und fast 50 verletzt. Über die tatsächlichen Zahlen liegen noch keine Informationen vor. Die auf den 4. Juni angesetzten Wahlen wurden um zwei Wochen verschoben, angeblich um die Vorbereitungen für eine ordnungsgemäße Abwicklung der Wahlen garantieren zu können. General Bermudez versicherte, er werde seine *„historische Zusage"* einhalten, die Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung im Juni und die Präsidentschaftswahlen im Jahre 1980 durchzuführen.

Solidarität mit dem peruanischen Widerstand!

Lateinamerika-Kommission

Dominikanische Republik: Hoher Wahlsieg der „Revolutionspartei"

Am 16. Mai fanden in der Dominikanischen Republik – wie regelmäßig alle vier Jahre Wahlen statt. Die landesübliche Wahlmanipulation für den seit zwölf Jahren amtierenden Präsidenten Balaguer konnte diesmal jedoch nicht reibungslos durchgeführt werden.

Als sich abzeichnete, daß der Kandidat der Opposition einen großen Stimmenvorsprung vor Balaguer erhalten werde, besetzte Militär alle strategisch wichtigen Punkte und die Wahlzentrale und verhinderte die weitere Auszählung der Stimmen.

Diese Wahlbehinderung wurde sehr breit in der Presse behandelt und als Putschversuch interpretiert. Sozialdemokratische Parteien Europas und die Sozialistische Internationale protestierten; und der US-Präsident persönlich wandte sich in einem öffentlichen Aufruf an die dominikanische Regierung, sie solle *„das Wahlergebnis, wie immer es auch ausfallen möge, respektieren"*. Gleichzeitig wurde gedroht: „...*das Ausmaß künftiger amerikanischer Hilfe für die dominikanische Regierung werde vom Grad der Ehrlichkeit der Wahlprozedur abhängen"* („Neue Zürcher Zeitung", NZZ, 18.5.1978).



Kandidat der Oppositionspartei Guzman.

Präsident Balaguer reagierte prompt. Er erklärte, daß das Militär gegen seinen Willen eingegriffen habe und daß die Auszählung der Stimmen fortgesetzt werde („NZZ", 20.5.78). Eine Beobachterdelegation der OAS bleibt bis zum Abschluß der Auszählung im Land, um den ordnungsgemäßen Ablauf zu überwachen.

Warum tritt die US-Regierung, die bekanntermaßen nie zimperlich war bei der Finanzierung und Unterstützung von Putschmanövern und eigenen militärischen Interventionen, warum tritt sie jetzt ausgerechnet in der Dominikanischen Republik so energisch für den demokratischen Ablauf der Wahlen ein?

Der größte Teil der Dominikanischen Republik war von Anfang des Jahrhunderts bis 1924 direkte Kolonie der USA. 1924 wurde der von den USA aufgebaute „starke Mann" Trujillo als Diktator eingesetzt und verwaltete die Geschäfte des US-Imperialismus bis 1961, als er ermordet wurde. 1962 fanden die ersten freien, bürgerlichen Wahlen in der Geschichte des Landes statt. Präsident wurde Juan Bosch.

Juan Bosch ist ein Begriff für das Lateinamerika der 60er Jahre, weil er (ähnlich wie Arbenz in Guatemala, die frühe APRA in Peru, u.a.) zwar Antikommunist, aber ein Liberaler war, der für eine reale Verbesserung der Lebenssituation der Massen eintrat. Alle diese Regierungen wurden jedoch meist mit direkter Beteiligung des US-Imperialismus gestürzt, Juan Bosch brachte es nur auf eine Amtszeit vor wenigen Monaten, die Unruhen nach seinem Sturz und seine drohende Rückkehr wurden 1965 durch den Einsatz von 21.000 US-Mariners verhindert.

1966 wurde der heute noch amtierende Präsident Balaguer – ein jahrelanger Vertrauter und hoher Amtsträger der alten Trujillo-Diktatur – unter dem „Schutz" der US-Mariners zum Präsidenten gewählt.

Eine Figur wie Balaguer – Repräsentant einer kolonialistischen Diktatur – und die Tatsache von unverhüllten und regelmäßigen Wahlmanipulationen paßt nicht in die augenblickliche Lateinamerikapolitik der USA, Balaguers Abtritt wurde vorbereitet:

Schon 1977 ließ sich Carter anläßlich eines Treffens lateinamerikanischer Präsidenten in Washington von Balaguer versichern, daß er den diesjährigen Wahlausgang akzeptieren werde („NZZ", 23.5.78). Geleichzeitig wurde begonnen, die Oppositionspartei mit ihrem Kandidaten Guzman „aufzupäppeln". So besüchte zum Beispiel im vorigen Jahr eine Delegation der Sozialistischen Internationale unter Leitung von Mario Soares, dem gelehrigen Schüler Willi Brandts, die Dominikanische Republik. Die Delegation wurde von Staatschef Balaguer empfangen, erklärte aber, daß sie sich nicht als Gäste der Regierung, sondern als Unterstützer der Oppositionspartei PRD (Dominikanische Revolutionspartei) betrachteten.

Die PRD hatte allerdings bisher weder in Bezug auf Opposition und schon gar nicht in Bezug auf Revolution etwas vorzuweisen. Die PRD ist vor 40 Jahren von Juan Bosch – wohl tatsächlich im Sinne einer bürgerlichen nationalistischen Revolution gegründet worden, konnte aber im Laufe der letzten Jahre ins sozialdemokratische Fahrwasser integriert werden.

Seit Jahren bestand ein Abkommen zwischen PRD und Regierungspartei, ein sogenannter *„innenpolitischer Nichtangrifftspakt"*, *„um Wahlen in einem Klima von Frieden, Eintracht und Harmonie abzuhalten"* („FR", 12.5.78).

„Frieden und Eintracht" wurden erst im letzten Jahr nach dem Besuch der Delegation der Sozialistischen Internationale aufgehoben, als die PRD zu einer Massendemonstration in Santo Domingo aufrief, die von der Polizei prompt aufgelöst wurde. Die PRD ist inzwischen Vollmitglied der sozialistischen Internationale, Juan Bosch ist schon vor fünf Jahren mit einigen Anhängern aus „seiner" Partei ausgetreten, was ebenfalls ein Licht auf ihre Ausrichtung wirft.



Das relativ energische Eintreten der US-Regierung für die korrekte Durchführung der Wahlen in der Dominikanischen Republik zeigt Carters Entschlossenheit, seine sog. Menschenrechtspolitik in Lateinamerika durchzusetzen, d.h. den blutigen und z. T. faschistischen Systemen neue, gefälligere Kleider zu verpassen, ohne den Inhalt anzutasten.

Bei Redaktionsschluß war die Mehrheit der Stimmen (89 %) ausgezählt, dabei entfielen 1,3 Mio. Stimmen auf Guzman und 475.000 auf Balaguer.

Lateinamerika-Kommission

Hamburg: Chilenen im Hungerstreik



Seit Donnerstag, 25.5.78, befinde. sich in Hamburg im Gewerkschaftshaus Chilenen im Hungerstreik. Sie wollen damit einen Hungerstreik, der gleichzeitig in Santiago de Chile gegen die Menschenrechtsverletzungen Pinochets stattfindet, unterstützen.

In einer Erklärung vom 24.6. heißt es: „*Im Namen der elementarsten Prinzipien der Menschlichkeit muß der Diktator Pinochet dazu gezwungen werden, über das Schicksal von mehr als 2500 chilenischen Patrioten, die von seiner Geheimpolizei verhaftet und verschleppt wurden, Auskunft zu geben.....*"

Weiter heißt es: „*Wir möchten nicht, daß die Öffentlichkeit dieses Landes durch die propagandistisch aufgebaute Amnestie in die Irre geführt wird, die die Diktatur erlassen hat, denn in ihr fällt kein Wort zu der Frage der Verschleppten und mit ihr wird beabsichtigt, daß die Verbrecher der Geheimpolizei DINA, heute CNI, ihrer Verantwortung für die Verschleppung tausender Personen ausweichen können. Außerdem überläßt es Pinochets Amnestie der willkürlichen Entscheidung der Dikatur, über unser unveräußerliches Recht zu befinden, in unserer Heimat zu leben ....*

Wir werden diesen Hungerstreik fortführen, bis die entsprechenden unbefristet erklärten Streiks im Inneren Chiles beigelegt werden."

Leserbrief: 1. Mai in Chile

Ein Frankfurter Genosse kritisierte in einem Brief die sehr verkürzte und damit teilweise falsche AK-Berichterstattung über den 1. Mai in Chile. Hier zur Richtigstellung einige Teile aus seinem Brief:

Die Aktionen zum 1. Mai sind *„von den Untergrundgewerkschaften (denen der MIR angehört), vom Widerstand und auch von einigen Christdemokratischen Führern langfristig vorgeplant worden. Man meldete eine Demonstration an, die natürlich verboten wurde. Vorsorglich hatte man aber schon an einen anderen Ort mobilisiert, wo man sich mit ausländischen Journalisten und Gewerkschaftern traf. Hier wurden dann viele verhaftet. Danach führte man eine Demonstration in der Innenstadt durch, wo weitere Menschen – ca. insgesamt bis zu 800 – verhaftet wurden. An dieser Demonstration nahmen nicht – wie im AK berichtet – 3.000, sondern ca. 12.000 Menschen teil.*

3.000 gelbe Gewerkschafter nahmen an der 1.Mai Veranstaltung der Junta teil.

Außerdem fanden am 1. Mai viele kleine Kundgebungen in den Stadtteilen statt, wo vor allem Genossen des MIR sprachen."

Im März wurden Veranstaltungen von Frauen und Bauarbeitern mit längerer Vorbereitung illegal durchgeführt, bei denen die Linken den entscheidenden Einfluß hatten.

„Übrigens: wenn man die Tagesschau vor ca. zwei Wochen gesehen hat, konnte man auch die Kundgebungen erkennen, die vor den Gefängnissen anläßlich der Freilassung einiger politischer Gefangener durchgeführt wurden. So wurde z.B. gezeigt, wie ein Genosse des MIR/ZK aus dem Knast mit erhobener Faust rauskam und von Hunderten singend usw. empfangen wurde. Ich will daraus nicht triumphalistisch irgendwelche Hirngespinste ableiten, sondern nur erstmal sagen, daß auch dies heute zur chilenischen Realität gehört."

Lateinamerika-Kommission

Argentinien: Fußball ja — Folter nein!

Stellungnahme der PRT/ERP

Nach den Erklärungen der Montoneros, daß sie während der WM keine bewaffneten Aktionen in der Nähe der Stadien oder gegen WM-Beteiligte durchführen werden, hat jetzt auch die PRT/ERP einen *„Waffenstillstand"...„von jetzt an bis zwei Wochen nach der WM angekündigt"*. Roberto Guevara, ein Bruder von Che, hat in Madrid erklärt, daß während der WM die Massen mobilisiert werden sollen, es solle für die Regierung schwierig werden, *„während des Endspiels massenhaft vorgebrachte Forderungen nach höheren Löhnen zu unterdrücken"* („SZ", 16.5.78).

GSG 9 in Argentinien – Keine Einmischung in innere Angelegenheiten ....

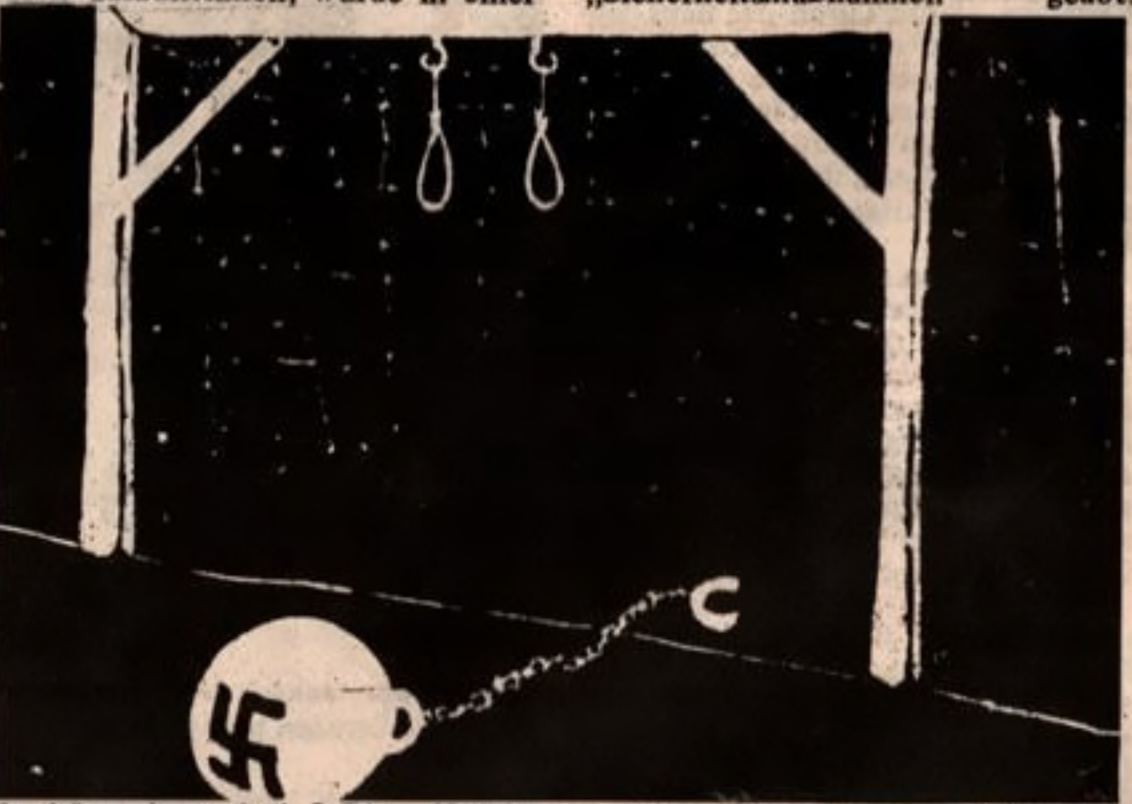
Mit größter Selbstverständlichkeit betreibt die Bundesregierung den Export ihrer bewaffneten Elitetruppe GSG 9, sie sollte für die Sicherheit „unserer" Jungs und Funktionäre in Argentinien garantieren. Nachdem zunächst das argentinische Außenministerium die Einreise ausländischer Sicherheitsdienste grundsätzlich abgelehnt hatte, haben die Militärs einer Einreise der GSG 9 zugestimmt, allerdings unter der Bedingung, daß die Bewacher unbewaffnet sind.

Für die argentinische Regierung, die ja während der WM gerade beweisen will, daß das Land wieder „sicher und geordnet" ist, paßt es natürlich nicht ins Bild, wenn die internationalen Mannschaften ihre eigenen Schutztruppen mitbringen. Die westdeutsche Mannschaft, die inzwischen in Argentinien angekommen ist, soll von unbewaffneten (?!) GSG 9-Mitgliedern begleitet sein... („SZ", 20./21.5.78).

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Einreise bewaffneter Sicherheitstruppen, soll der argentinische Botschafter in Bonn die Bundesregierung ersucht haben, *„nach Möglichkeit dazu beizutragen, die intensiven Kampagnen zu zerstreuen, die zum Zweck der Herabwürdigung Argentiniens in jenen Ländern (genannt werden Frankreich und BRD) im Gange sind"* („FR", 19.5.78). – „Ein schöner Erfolg der Solidaritätskampagne in der BRD, die natürlich nicht Argentinien herabwürdigt, sondern einzig und allein die Junta und den Imperialismus und dies hoffentlich während der WM mit noch breiterer Wirkung als bisher.

Die Bundesregierung sah sich daraufhin offenbar veranlaßt, ihre guten Beziehungen zur argentinischen Junta noch einmal hervorzuheben. Nachdem sie Ende April gegenüber amnesty international die Bereitschaft zugesichert hatte, 500 politische Häftlinge aus Argentinien aufzunehmen, wurde in einer Erklärung des Auswärtigen Amtes vom 4.5. klargestellt, daß die Bundesregierung nichts mit der breiten Argentinien-Solidaritätskampagne zu tun hat (das stimmt!). In der Erklärung heißt es, die Bundesregierung beabsichtige *„keineswegs, Mitglieder unserer Elf oder die Schlachtenbummler in Argentinien zu Initiativen oder Erklärungen über die argentinische Situation"* zu ermuntern. Die Regierung sehe auch keine Veranlassung, die von amnesty geforderte Freilassung politischer Gefangener in Argentinieen zu unterstützen. Begründung: Solche Aktionen würden die Einmischung in die Angelegenheiten eines fremden Staates bedeuten!!! Die Entsendung einer bewaffneten Schutztruppe fällt natürlich nicht unter „Einmischung in innere Angelegenheiten".

Auf die Sichtweise kommt es an!



Wer hätte das gedacht? Diese Karikatur erschien anläßlich der Fußball-WM in Chile im SED-Organ „Neues Deutschland". Heute nehmen die Revis nicht nur an der WM in Argentinien teil, sondern unterstützen sogar die dortige faschistische Herrschaft.

Sicherheitstest in Argentinien Ein Toter – aber „befriedigende Ergebnisse"

Bullen und Militär in Argentinien haben in der Zwischenzeit nochmal „Sicherheitsmaßnahmen" geübt. 110 Polizisten und Soldaten wurden in einem makabren „Planspiel" mit Entführungen, Guerillaangriffen und anderen Gewalttaten *„manövermäßig getestet"*. Die Bevölkerung wurde zur Mitarbeit aufgerufen, *„um die Reaktion der Öffentlichkeit auf ungewöhnliche Vorkommnisse zu überprüfen"*. Davon träumt die Junta, daß die argentinischen Massen die Verfolgung von Linken und Demokraten aktiv mitträgt. Jedenfalls mußte beim Manöver ein Bulle dran glauben; er wurde – so die offizielle Version – durch Schüsse, die sich durch *„unglückliche Umstände"* gelöst hatten, tödlich verletzt. Das Ergebnis der Übungen wurde später ungerührt als *„höchst befriedigend"* bezeichnet („Morgenpost", 20.5. und „NZZ", 17.5.78).

Solidarität nimmt weiter zu

– Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) hat in einer Erklärung die WM in Argentinien mit den Olympischen Spielen 1936 verglichen, auf Folter und Unterdrückung in Argentinien hingewiesen und nochmal an die Ermordung von Elisabeth Käsemann erinnert.

– Auf der Zufahrtsstraße zum ehemaligen KZ Struthof in der Nähe von Straßburg wurden Parolen gegen die Folter in Argentinien gesprüht. Unter anderem: *„Argentinien – 15.000 Vermißte – es gibt noch KZs – Struthof ist noch nicht tot"* („SZ", 18.5.78).

– Die internationale Menschenrechtskommission der UNO hat eine neue Liste mit 3.200 Namen von verschwundenen oder gefangenen Personen vorgelegt („SZ", 26.5.78).

– Vor dem Europaparlament wurde – initiiert von sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien ein öffentliches Hearing über die Lage in Argentinien abgehalten. Gefolterte ehemalige Häftlinge kamen zu Wort und klagten die Junta an.

– In Frankreich haben inzwischen über 100.000 Menschen den Aufruf zum Boykott der WM unterschrieben. Der Pariser Polizeipräfekt hat trotzdem eine für den 23.5. geplante Demonstration in Paris für den Boykott der WM verboten („SZ", 20./21.5.78).

– In Hamburg ist die vom COSAL (Komitee zur Solidarität mit Argentinien und Lateinamerika) veranstaltete Ausstellung und Veranstaltungsreihe in der Markthalle sehr erfolgreich und gut besucht verlaufen. Der Großteil der Veranstaltungen denunzierte die Menschenrechtsverletzungen in Argentinien, auf einer Veranstaltung sprachen Vertreter der argentinischen Oppositionsgruppen u.a. der Widerstandsgewerkschaft CGTR (wir werden darüber im nächsten AK berichten).

Lateinamerika-Kommission

Argentiniens in jenen Ländern (ge te Freilassung politischer Gefangener – so die offizielle Version – durch

Lateinamerika-Kommission

Jetzt bewiesen: Sowjetunion treibt Handel mit Chile!

Nach einer Meldung des chilenischen „El Mercurio" hat es in diesem Jahr den ersten Warenexport seit September '73 von Chile in die UdSSR gegeben. Es handelt sich um eine Lieferung von Molybden-Oxyd im Wert von 100.000 Dollar, die von der staatlichen Firma Molymet S.A. im Januar '78 abgewickelt wurde.

Nachdem bereits 1976 enthüllt werden konnte, daß die DDR Kupferlieferungen aus Chile abgenommen hat (ARBEITERKAMPF Nr. 80), ist jetzt auch der Handel der Sowjetunion mit der faschistischen Junta offenkundig. Unter den 55 Ländern, die im Januar mit chilenischen Exporten beliefert wurden, befinden sich noch weitere Comecon-Staaten: Die Tschechoslowakei kaufte Molybden-Oxyd im Wert von 293.000 Dollar, Polen und Rumänien nahmen Fischmehl für 90.000 bzw. 256.000 Dollar ab („El Mercurio", 5. - 11.3. 78).

Wenn der Wert der Lieferungen auch relativ gering ist (Chile exportierte im Januar 78 Waren im Gesamtwert von 150 Mio. Dollar) – so ist doch die Tatsache, daß überhaupt Exporte in Comecon-Länder stattfinden, bezeichnend.

Die ganze moralische Empörung der revisionistischen Länder über Handel und Kredite zwischen Chile und der VR China entpuppt sich erneut als widerliche Heuchelei.

Nichts für die Junta – nichts von der Junta!
Boykott chilenischer Waren!

Lateinamerika-Kommission

Protest- und Solidaritätsaktionen

Wir geben im Folgenden einen kleinen Überblick über einige neuere „Fußball ja - Folter nein!" -Aktivitäten aus verschiedenen Städten der Bundesrepublik. Bemerkenswert ist dabei die Breite der Bündnisse bzw. Aktionseinheiten, die diese Aktivitäten tragen: sie reichen von der örtlichen Linken (bzw. einem Teil davon) und Jugendgruppen bis in kirchliche Kreise hinein (u.a. Christen für den Sozialismus). Erfreulich ist auch die solidarische und offene Zusammenarbeit mit einigen Amnesty-International-Gruppen. (Wir haben schon aus Platzgründen darauf verzichtet, die Bündnisse in den jeweiligen Städten aufzuschlüsseln).

Die Aktionen und Veranstaltungen waren in den Städten am erfolgreichsten, wo parallel zu den Informationen über Argentinien auch die Parole „Fußball ja" in Solidaritäts-Turniere, Torwandschießen u.ä. umgesetzt wurde.

In Hildesheim fand am 30.4. ein Fußballsolidaritätsturnier mit 12 Mannschaften, die von den verschiedensten Initiativen und Organisationen aufgestellt worden waren, statt. Nach dem Spiel verklebten Jugendliche Eintrittskarten (mit Fußball/Folter-Emblem) in der Stadt. Die Siegertrophäe, ein stacheldrahtiger Fußball, hat seitdem seinen Ehrenplatz in einem Jugendzentrum.

Am 19.5. fand in Eutin eine Argentinien-Veranstaltung („Fußball ja - Folter nein!") statt. Obwohl nur knapp eine Woche für die Veranstaltung mobilisiert werden konnte, kamen rund 80 Leute. Das Programm wurde im wesentlichen durch die Kieler Folklore Gruppe Canta Cronica und ihr Argentinien-Programm bestimmt. Eine ausgestopfte Fußballspielerpuppe mit einem Fußball als Kopf, trug einen Totenkopf unter dem Arm und demonstrierte damit gut das Thema des Abends.

In der anschließenden Diskussion vereinbarten die Anwesenden einen Treff, an dem sich auch Amnesty International beteiligen will, um zu besprechen, mit welchen Aktionen und Aktivitäten am besten auf die Zustände in Argentinien hingewiesen werden kann. Für die weitere Arbeit wurden DM 150,- gespendet.

Am 19.5. wurde im Preussen-Stadion (Münster) wieder ein Transparent „Argentina 78 - Menschenrechte im Abseits" entrollt. Die zwölf Fußball-Fans mußten das Transparent aber sehr schnell vom Zaun abmachen, gingen aber in eine andere Ecke des Stadions und haben es da entrollt. Die Zuschauer dort haben geholfen, die Ordner zurückzuweisen: *„Es gibt freie Meinungsäußerung"*. *„Uns stört so ein Plakat im Stadion nicht, in Argentinien ist was faul"* und *„Die einzigen, die stören, sind die Ordner."* Im Gewühl wurde eine Frau von den Ordnern zur Polizei gebracht, weil sie sie zu fotografieren versucht hatte.



Für Sonntag, den 11. Juni, ist in Münster von einer Aktionseinheit (12 Gruppen) ein Fußball-Turnier geplant, an dem sich viele Mannschaften aus diversen Initiativen beteiligen. Das Turnier geht den ganzen Tag über. Anschließend kann gemeinsam gegessen und Fußball WM angesehen werden. Musik, Sketche und Informationen zum Thema „Fußball und Folter" werden natürlich auch geboten.

Am 13.6 wird eine große Veranstaltung mit argentinischen Widerstandskämpfern und Bischof Frenz (Amnesty International) geboten.

Aktive Fußball-Freunde und Folter-Gegner in Nürnberg (10 Gruppen) stellten am 26.5. eine Veranstaltung auf die Beine, die mt 500 Besuchern weit über die Linke hinausreichte. U.a. berichtete Amnesty über Folter und Gefangene, ein katholischer Pfarrer, Exil-Argentinier, erzählte von seiner Verschleppung, eine chilenische Gruppe machte Musik, und natürlich durfte auch das Torwandschießen nicht fehlen.

In Göttingen arbeitet seit Ende Februar eine „Solidaritätsgruppe Argentinien" (in der 7 Gruppen und Organisationen mitarbeiten). Seitdem wurden Flugblätter herausgegeben und eine zentrale Ausstellung gezeigt, die aber mit Ausnahme von 2-3 Schulklassen nur mäßig besucht war. Am 1.Mai beteiligte sich die Solidaritätsgruppe an einem oppositionellen Initiativen-Fest -u.a. mit kicken auf eine Videla Holzfigur mit Klappkopf. Für den 28.5. ist ein Fußball-Turnier vorbereitet, für das sich 125 (!!) Mannschaften angemeldet haben. Eine nette Idee ist die Befragung insbesondere reaktionärer Professoren an der Uni, deren Ergebnisse veröffentlicht werden sollen, so nach der Devise: *„Kann man solchen Leuten den [wissenschaftlichen] Nachwuchs anvertrauen?"* Zwei fortschrittliche Kirchengemeinden planen ein politisches Nachtgebet zu Argentinien.

Lateinamerika-Kommission

Aufruf argentinischer Frauen

Seit April 1977 treffen sich regelmäßig die Frauen von Verschwundenen und Verhafteten auf der Plaza de Mayo in Buenos Aires, um Informationen über den Verbleib ihrer Angehörigen und ihre Freilassung zu fordern.

Jeden Monat trafen sich immer mehr Frauen und Angehörige von Verschwundenen; in der argentinischen Presse werden sie die „Verrückten von der Plaza de Mayo" genannt.

Teilweise wurde versucht, die Versammlungen gewaltsam aufzulösen, Frauen wurden herausgegriffen und verhaftet. Unterstützt durch ausländische Journalisten und Pfarrer konnten die Aktionen jedoch bis heute fortgesetzt werden.

„WIR FORDERN NUR WAHRHEIT UND GERECHTIGKEIT!
Wir Frauen in der ganzen Welt erklären uns solidarisch mit dem Schmerz und dem Kampf des argentinischen Volkes und mit seinem Streben nach Rückkehr zur Demokratie. Wir fordern die argentinische Militärjunta öffentlich auf:

1. *die physische und psychische Unversehrtheit aller Gefangenen zu sichern;*
2. *das Optionsrecht, das Recht auf Verlassen des Landes, welches im Artikel 23 der Verfassung proklamiert wird, zu respektieren;*
3. *eine vollständige Liste mit den Namen der Verschollenen und Entführten zu veröffentlichen;*
4. *die Existenz der Konzentrationslager offiziell anzuerkennen;*
5. *die Leichen der Ermordeten an ihre Familienangehörigen zu übergeben.*

Dieser Aufruf wird gegen Ende Juni in den Zeitungen „Le Monde" und „Washington Post" und möglicherweise in einer argentinischen Zeitung erscheinen. Dafür bitten wir Euch um Eure Unterschrift und eine Geldspende. (Der Aufruf wird verbreitet von der Argentinien-Gruppe in Westberlin)."

DKP und Terrorismus — mit Lenin hat das nichts zu tun!

Wie wenig die DKP tatsächlich mit dem Marxismus-Leninismus zu tun hat, auf den sie sich witzigerweise in ihrem neuen Programm-Entwurf immer noch beruft, zeigt auch ihre Haltung zur Frage des Terrorismus. Wir haben uns mit der Berichterstattung (na ja ...) des DKP-Zentralorgans „UZ" während der Moro-Entführung beschäftigt und dabei folgende Artikel gefunden (die Übersicht ist vollständig!).

– Am 18.3. (Moro wurde am 16.3. entführt) eine Meldung über „Generalstreik und Kundgebungen" nach der Moro-Entführung sowie einen anderen Artikel **„Wer sind die Drahtzieher der Terrorbanden?"**. Dieser Artikel enthielt erstmals das bleibende Leitmotiv der gesamten weiteren Kommentierung der „UZ" zur Moro-Entführung: Hinter den 'Roten Brigaden' stecken *„neofaschistische und geheimdienstlerische Drahtzieher"*, speziell Geheimdienste der USA und der NATO. Die Terroristen würden in einem NATO-Stützpunkt auf Sardinien ausgebildet.

– Am 21.3. ein Artikel **„Entführungsfall Moro: Dahinter stecken die Neofaschisten"**, in dem die 'Roten Brigaden' als *„Terrorgruppe von Neofaschisten und anderen reaktionären Elementen"* bezeichnet wurden.

– Am 22.3. ein Artikel **„Fahndung bisher ergebnislos"**, in dem zu Dreiviertel erneut über die „neofaschistischen Drahtzieher" fabuliert wurde; hinter der Moro-Entführung stünden *„einflußreiche in- und ausländische Kräfte"*; Verbindungen bestünden u.a. *„zu Bundeswehr- und BND-Kreisen"*.

– Am 31.3. behauptete die „UZ" unter der Überschrift **„Ausbildung in Bayern"**, daß die Terroristen in (nicht näher bezeichneten) *„paramilitärischen Lagern in Bayern"* ausgebildet würden.

– Am 18.4. brachte die „UZ" eine kleine Notiz **„Schweigen nach dem Todesurteil"** (Die 'Roten Brigaden' hatten am 15.4. ihr „Todesurteil" gegen Moro bekanntgegeben). Die „UZ"-Notiz bestand zu 50 % wieder aus dem Hinweis auf *„Querverbindungen zwischen den Neofaschisten und den 'Roten Brigaden'"*.

– Am 20.4. schob die „UZ" einen etwas längeren Kommentar („**Anschlag gegen links**") nach, wo die *„Querverbindungen"* breitgetreten wurden, ohne auf Details näher einzugehen.

– Am 29.4. brachte die „UZ" ein Bild mit der Unterschrift *„Rom: Zehntausende protestierten gegen den Terror"*. Richtig ist: Am 25.4. (um diesen Tag ging es) wird in ganz Italien jedes Jahr regelmäßig zum Gedenken an den siegreichen antifaschistischen Widerstandskampf demonstriert. Diese Demonstrationen standen in diesem Jahr tatsächlich ganz im Zeichen von Parolen gegen den „Terror".
In der „UZ" fehlt allerdings jeder Hinweis auf die eigentliche Bedeutung dieses Tages in Italien!

– Am 11.5. (Moros Leiche war am 9.5. gefunden worden) erging sich die „UZ" in einem Kommentar erneut über die „Querverbindungen".

– Außerdem enthielt die „UZ" an diesem Tag zwei längere Artikel: **„Generalstreiks gegen den profaschistischen Terror"** (Titelseite) und **„Die Terroristen haben einflußreiche Hintermänner"**, wo nochmals die *„Querverbindungen zu Neofaschisten, Geheimdiensten, NATO-Kreisen"* erwähnt wurden, u.a. auch wieder mit Hinweis auf die Ausbildung der Terroristen in „geheimen" (?) NATO-Stützpunkten auf Sardinien.

– Am 12.5. gab es noch einen Nachschlag in Form eines recht langen Artikels **„Die Hintermänner und Nutznießer stehen rechts"**, u.a. mit der bereits bekannten Behauptung, die 'Roten Brigaden' würden *„in einem Nazi-Lager in Bayern ausgebildet"* und *„die Hintermänner der sogenannten 'Roten Brigaden'"* seien *„bei den Neofaschisten und sogar einflußreichen Geheimdienst- und NATO-Kreisen zu suchen"*; die 'Roten Brigaden' würden *„enge Verbindungen zu internationalen neofaschistischen Organisationen"* unterhalten.

– Am 20.5. hieß es dann in der „UZ" noch einmal **„Geheimdienste unterstützen Moros Mörder"**.



Bei Durchsicht dieser Artikel fällt auf, daß Bemerkungen über die „Querverbindungen" etc. rund 90 % der Berichterstattung der „UZ" zur Moro-Entführung ausgemacht haben. N i r g e n d s erwähnt, geschweige denn kritisch kommentiert, wurden in der „UZ" die vom italienischen Parlament am 21.3. einstimmig beschlossenen „Anti-Terror"-Gesetze, die den in der BRD bestehenden entsprechen oder z.T. sogar noch schärfer sind. Nirgends erwähnt wurden in der „UZ" ebenso die zahlreichen willkürlichen und diskriminierenden Verhaftungen und Festnahmen während der „Großfahndung". Nirgends erwähnt wurde natürlich auch die – von der PCI-Spitze mitbetriebene – Hexenjagd gegen die „Sympathisanten" in Italien.

Stattdessen hatte die „UZ" z.B. Platz für die zweifellos wichtigere Meldung, daß Helmut Schmidt in einem Telegramm seine „Betroffenheit" über die Moro-Entführung geäußert habe („UZ", 18.3.) und daß Scheel nach dem Tode Moros ein Beileidstelegramm „sandte" („UZ", 11.5.).

Der zweite wesentliche Punkt, der bei dieser Berichterstattung der „UZ" auffällt, ist die Behandlung des Terrorismus. Obwohl es überhaupt nichts Neues mehr zu berichten gab, wiederholte die „UZ" in geradezu penetranter Weise immer wieder dieselben (völlig unbewiesenen!) Hinweise auf die angeblichen „Querverbindungen". **Angesichts der Häufigkeit und Ausführlichkeit dieser Hinweise ist offensichtlich, daß hier – nach einem alten Rezept von Nazi-Propaganda-Minister Goebbels – eine Dummheit durch ständiges Wiederholen glaubwürdig gemacht werden sollte.**

An k e i n e r Stelle hat die „UZ" während der Moro-Entführung den Terrorismus überhaupt als ein politisches und gesellschaftliches Problem behandelt, sonder a u s s c h l i e ß l i c h als das Werk von neofaschis- und imperialistischen Agenten. S o offenkundig idiotisch verhält sich allerdings nicht einmal die PCI gegenüber dem Problem des Terrorismus. Beispielsweise sagte PCI-Vorstandsmitglied Peccioli (er gehört zum rechten Flügel der PCI und spekuliert in einer kommenden Regierung auf den Posten des Innenministers) in einem SPIEGEL-Interview: Es sei zwar „nicht auszuschließen", daß „ausländische Organisationen" bei der Moro-Entführung die Finger mit im Spiel gehabt hätten – in erster Linie habe der italienische Terrorismuß jedoch „italienische Ursachen". Und: **Der „Nährboden" des Terrorismus seien „die großen sozialen Probleme des Landes"!** („Spiegel", 3.4.78). Diese keineswegs sensationelle Erkenntnis fand sich in der gesamten Berichterstattung der „UZ" zur Moro-Entführung mit keinem Wort! Die „UZ" s e l b s t erwähnte zwar, daß nach offiziellen Angaben allein in diesem Jahr bis zum 10. Mai in Italien rund 1.000 (!) Anschläge etc. verübt worden seien („UZ", 20.5.), aber noch nicht einmal bei dieser Zahlenangabe fiel es offensichtlich den verantwortlichen Redakteuren auf, daß dieses Problem doch wohl gesellschaftliche Ursachen haben muß und nicht einfach als das Werk von bezahlten und bewußten Provokateuren behandelt werden kann.

Gibt man allerdings zu, daß der Terrorismus in e r s t e r Linie die politisch zweifellos verfehlte und schädliche Reaktion von Teilen des V o l k e s auf bestimmte gesellschaftliche Zustände ist (in Italien vor allem anhaltende Verelendung, Arbeitslosigkeit und insbesondere Jugendarbeitslosigkeit sowie Enttäuschung über die Politik der PCI), so käme man auch nicht umhin, sich mit diesem Problem p o l i t i s c h auseinanderzusetzen. Eben diese Auseinandersetzung will die DKP umgehen, indem sie dem Problem des Terrorismus einfach den Stempel „neofaschistisch" etc. aufzudrücken versucht.

Es ist nicht zu übersehen, daß L e n i n die Frage ganz anders gestellt und beantwortet hat: Er hat die Ablehnung des Terrorismus p o l i t i s c h begründet und dabei doch nie Zweifel gelassen, daß es sich beim Terrorismus um einen – fehlgeleiteten, schädlichen – Teil der Volksbewegung gegen die herrschenden Kräfte handelt, und Lenin hat aus seiner kämpferischen Solidarität mit diesen Menschen – bei radikalster Kritik an ihren Handlungen und Theorien – doch nie ein Hehl gemacht. Diese Haltung Lenins bleibt aktuell.

Schwule im „realen Sozialismus"

Anfang dieses Jahres wurde der armenisch-sowjetische Filmregisseur Sergej Paradjanow aus dem Arbeitslager entlassen. Paradjanow, 1924 in Tiflis geboren, hat international bekannte Filme gedreht: „Feuerpferde", „Schatten unserer vergessenen Ahnen" und „Die Farbe der Granatäpfel". Paradjanow hatte aus seiner Homosexualität ebensowenig ein Geheimnis gemacht wie aus seiner Kritik am herrschenden Regime der Sowjetunion. Im Januar 1974 wurde er deshalb wegen Homosexualität und Pornographie sowie angeblichem Handel mit alten Heiligenbildern (ein Delikt, das recht häufig gegen Oppositionelle konstruiert wird) zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Eine internationale Solidaritätskampagne setzte sich für seine Freilassung ein. Der „Fall Paradjanow" stellte wieder einmal aktuell die Frage nach der Situation der Schwulen im „realen Sozialismus". Man weiß – mehr gerüchteweise als mit genauen Fakten – von Schwulenunterdrückung in Albanien und der VR China, von Schwulenunterdrückung in der Sowjetunion und Osteuropa, von Schwulenunterdrückung auch und gerade in der Zeit des „Stalinismus". Was diesen Punkt angeht, über den es in der Linken kaum echte Informationen gibt, hat die „rosa", eine Zeitung der schwulen Bewegung", in ihrer Nr. 9/77 einen Artikel veröffentlicht, den wir hier (unwesentlich gekürzt) nachdrucken:

Vom Aufbau des Kommunismus zur „sozialistischen Menschengemeinschaft"

Im Dezember 1917, zwei Monate nach der Oktoberrevolution, wurden von der bolschewistischen Regierung als ein wesentlicher Bestandteil der sozialen Revolution alle Gesetze gegen die Homosexualität (und gegen die Abtreibung) beseitigt. Die generelle Haltung der Sowjets war, daß Homosexualität niemandem schaden würde. Sie sei, wenn überhaupt, eine wissenschaftliche Angelegenheit und keine rechtliche (Wissenschaft ist hier und im folgenden zu verstehen als die neue sowjetische Wissenschaft).

In der Einleitung von **„Sexuelle Revolution in Rußland"** (1), geschrieben vom damaligen Gesundheitsminister Batkis, heißt es:

„Der Krieg setzte die breiten Massen in Bewegung, die 100 Millionen Landsleute. Neue Umstände brachten neues Leben und neue Ansichten mit sich. In der ersten Periode des Krieges gewannen die Frauen eine ökonomische Unabhängigkeit in der Fabrik und auch auf dem Land. Aber erst die Oktoberrevolution zerschnitt den gordischen Knoten, und anstatt bloßer Reformen revolutionierte sie gänzlich alle Gesetze. Die Revolution ließ nichts übrig von den alten despotischen und ungeheuerlich unwissenschaftlichen Gesetzen; sie ging nicht den Pfad der reformistischen, bourgeoisen Gesetzgebung, die mit juristischer Spitzfindigkeit immer noch an dem Konzept der Eigenständigkeit der sexuellen Sphäre hing und ultimativ forderte, daß die Doppelmoral die Macht über die Sexualität behalten müsse. Solche Gesetze kommen immer durch Außerachtlassung der Wissenschaft zustande".

„Jetzt, da alle Aspekte der Übergangsperiode einbezogen werden, basiert die sowjetische Gesetzgebung auf folgendem Prinzip: sie erklärt die absolute Nichteinmischung des Staates und der Gesellschaft in sexuelle Angelegenheiten, solange niemand verletzt wird und Interessen nicht beeinträchtigt werden".

„Betreffend Homosexualität, Sodomie und verschiedener anderer Formen der sexuellen Befriedigung, die in der europäischen Gesetzgebung als Angriffe gegen die öffentliche Moral angesehen werden, behandelt die sowjetischen Gesetzgebung diese exakt genauso wie den sogenannten 'natürlichen' Geschlechtsverkehr. Alle Formen des Geschlechtsverkehrs sind Privatsache."

Auch in der **ersten Ausgabe der „Großen sowjetischen Enzyklopädie"** (2) wird zur Homosexualität Stellung genommen:

„Es ist bereits auffällig, daß die sowjetischen Erhebungen über Merkmale und Charakteristika von Homosexuellen völlig verschiedenen sind von westlichen Erhebungen. ... Die Gesellschaft erteilt denen, die sie ausüben, keinen Tadel und kann sie auch nicht für schuldig erklären. Dies reißt als sichtbares Zeichen die Mauer ein, die in Wirklichkeit zwischen Homosexuellen und der Gesellschaft errichtet worden ist". (...)

Ein in diesem Zusammenhang erwähnenenswertes Ereignis ist die 1920 erfolgte Veröffentlichung einer Sammlung erotischer Gedichte des russischen Dichters Mikhail Kuzmin, illustriert mit einigen homoerotischen Zeichnungen seines Freundes Vladimir Milashevski. Kuzmin war damit der erste russische Schriftsteller, der homosexuelle Liebe zum Zentralthema seiner Arbeit machte. Seine letzte Arbeit wurde 1929 veröffentlicht. In den 30'er Jahren unter Stalin wurde sein Freund hingerichtet. Er selber stand auf der 'Todesliste'. (...)

Auf dem Kongreß der Weltliga für Sexualreform 1928 in Kopenhagen (zu diesen Kongressen entsandte die Sowjetunion regelmäßig Delegierte!) wurde die Sexualgesetzgebung der Sowjets zum wegweisenden Modell einer weltweiten Sexualreform ausgewählt.

Doch im gleichen Jahr begann in der Sowjetunion eine verhängnisvolle Wende. Professor Dr. Nikolai Pasche-Oserski verlangte öffentlich die Wiedereinführung einer Bestrafung von Homosexualität und begründete diese Forderung mit der von der Homosexualität ausgehenden „sozialen Gefahr". Auf den folgenden Kongressen für Sexualreform in London (1929) und Wien (1930) erwähnten die sowjetischen Delegierten die Homosexualität mit keinem Wort mehr, obwohl sie zuvor den nicht strafbaren Status in der sowjetischen Gesetzgebung als vorbildlich gepriesen hatten.

In der UdSSR wurden in den frühen dreißiger Jahren ein Mythos entwickelt und verbreitet (übrigens unter Beteiligung von Maxim Gorki), der Homosexualität als **„Produkt der Dekadenz des bourgeoisen Teils der Gesellschaft"** darstellte, als eine **„faschistische Perversion"**. (Es war damals allgemein bekannt, daß der SA-Führer Röhm schwul war). Eine Welle von Diskriminierungen, Denunziationen und Parteiausschlüssen setzte ein. Die Tugenden der „proletarischen" Sittsamkeit wurden gepriesen.

Im Januar 1934 setzten in Moskau, Leningrad, Odessa und anderen Städten Massenverhaftungen von Schwulen ein. *„Unter diesen Verhafteten war eine große Anzahl von Schauspielern, Musikern und anderen Künstlern. Sie wurden angeklagt wegen 'Ausübung homosexueller Orgien' und zu mehreren Jahren Gefängnis oder Exil in Sibirien verurteilt. Die Massenverhaftungen lösten eine Panik unter den sowjetischen Schwulen aus und wurde gefolgt von einer Vielzahl von Selbstmorden in der Roten Armee"* (3)

Im März 1934 wurde ein Gesetz eingeführt, daß homosexuelle Handlungen mit bis zu 8 Jahren Gefängnis bedrohte. Das Gesetz, das die Form eines gesamtstaatlichen Statuts hatte, soll das Ergebnis einer persönlichen Eingabe Stalins gewesen sein (3). Die Definition der Homosexualität beschränkte sich auf Handlungen unter Männern! Es sah bis zu 5 Jahren Gefängnis bei homosexuellen Handlungen in gegenseitiger Übereinstimmung vor, und bis zu 8 Jahren, wenn aus der abhängigen Position eines der Partner ein Vorteil gezogen werden konnte, bei Gebrauch von Gewalt, wenn sie als Beruf ausgeübt wurde oder die Handlung öffentlich ausgeführt wurde. Alle Republiken waren verpflichtet, das Statut unverändert in ihre Gesetze zu übernehmen. Homosexualität wurde zu einer Gefahr für die Sicherheit des Staates und die gesellschaftliche Moral gemacht.

Um für die nun begonne antischwule Phase in der sowjetischen Politik einen Begründungszusammenhang zu liefern, machen es sich meines Erachtens einige Leute zu einfach, indem sie behaupten, Stalin wäre an allem schuld und müsse persönlich für alles haftbar gemacht werden.

Die UdSSR war derzeit das einzige sozialistische Land der Erde und, bevölkerungsmäßig geschwächt durch den 1.Weltkrieg, war die Existenz des Staates bedroht. Einerseits steckte die industrielle Entwicklung noch in den Kinderschuhen, andererseits zogen am westlichen Himmel bedrohliche Wolken eines neuen Krieges auf. *„Um dieser Situation zu begegnen, traf die bolschewistische Partei Maßnahmen, die das Anwachsen der Fortpflanzung unterstützen sollten, solche wie das Verbot der Abtreibung und der Homosexualität, die Erschwerung der Ehescheidungen, materielle Anreize für Familien, die mehr Kinder ha' ·n wollten, und ähnliches"* (4).

Dies soll nun beileibe kein Plädoyer für die Politik der KPdSU(B) werden. Diese nicht an den Bedürfnissen der sowjetischen Völker orientierte Problem„lösung" halte ich für falsch. Es zeigt sich jedoch deutlich, wie sehr bürgerliches Gedankengut noch in den Köpfen der Parteimitglieder verankert war. Statt einer konsequenten ideologischen Auseinandersetzung stützten (stürzten?) sie sich auf alte, überkommene bürgerliche Standpunkte. Prof. Dr. Pasche-Oserski z.B. nannte die Abtreibung sündhaft; und auch ein Dr. A. Gens stimmte 1929 in London in diesen Chor der „sündhaften Abtreibung" mit ein.

Die Sowjetische Presse begann eine Kampagne gegen die Homosexualität als „Zerfallserscheinung der faschistischen Bourgeoisie". Eine der lautesten Stimmen gehörte hier Maxim Gorki. Sein Artikel „Proletarischer Humanismus" spricht für sich selbst: *„Man empfindet geradezu Empörung, wenn man den Horror (Antisemitismus und Homosexualität) erwähnt, den der Faschismus zu solcher Blüte treibt".* Und weiter: *„In den faschistischen Ländern gedeiht Homosexualität, die die Jugend verdirbt, ohne Bestrafung; in dem Land jedoch, wo das Proletariat kühn die soziale Macht ergriffen hat, ist Homosexualität zu einem sozialen Delikt erklärt worden und wird hart bestraft"* (3). (In Wirklichkeit ließ Hitler ja im Juni 1934 Röhm ermorden und begründete seinerseits die Antihomosexualität mit 'völkischen' und 'rassisch'-'verderblichen' Argumenten).

Pierre Herbat unternahm 1936 mit seinem Freund Andre Gide eine Reise in die UdSSR und berichtet in seinem Tagebuch, daß Homosexuelle auf dem Wege zur Besserung Marx in „Konzentrations-Lagern" lesen, daß die Bettücher der Rotarmisten nach Onanierflecken untersucht werden, daß Kinder keine Sexual-Erziehung nötig haben, da sie nie solch schmutzige Dinge denken würden, – und daß es ungesund sei, sich sexuell zu vergnügen, ohne sich fortzupflanzen.

Anmerkungen

1) The early Homosexual Rights Movement (1864-1935), John Lauritzen/ David Thorstad, New York 1974
2) Bol'shaia Sovetkaia Entsiklopedia; Moskau 1930, zit. nach 1
3) Die Sexualrevolution in Rußland; Grigori Batkis; Moskau 1923, zit nach 1
4) Zur materialistischen Analyse der Schwulenunterdrückung; Los Angeles Research Group (1975); Verlag Rosa Winkel, Westberlin 1977

Ein Hohn auf den proletarischen Internationalismus

Eine bemerkenswerte Erklärung gaben am 13. Mai die italienischen Filialen mehrerer antiimperialistischer Organisationen ab: Die GUPS („Generalunion Palästinensischer Studenten"), die FPLE (Eritrea) und die POLISARIO (Westsahara), gemeinsam mit dem MAPU (Chile) und dem „Rigas Fereos" (Jugendorganisation der euro- revisionistischen griechischen KP). Die Erklärung bezeichnet die Entführung Moros als **„höchst ernstes und abwegiges Verbrechen einer Gruppe gemeiner Straftäter" als „Akt der Barbarei und der Zivilisationslosigkeit"**. Die unterzeichnenden Organisationen erklären ihre *„volle Solidarität"* mit der Familie Moros und... **„mit der Christdemokratischen Partei und allen anderen demokratischen Kräften Italiens"**.

In der Erklärung wird die Annahme als „abwegig" verurteilt, daß der italienische staat „repressiv" sei. Vielmehr sei es, nach Meinung der Unterzeichner so, *„daß die derzeitige italienische Demokratie auf den Gesetzen und Institutionen basiert, die am Ende des 2. Weltkriegs aus dem Sieg der Widerstandskräfte über den Faschismus hervorgingen; aus eben diesem Grund steht Italien unter den fortschrittlichsten Demokratien Europas"*.

Die Unterzeichner rufen *„alle demokratischen und antifaschistischen Organisationen"* in Italien auf, sich dieser Erklärung anzuschließen.

Die Erklärung, übrigens u.a. auch in der linken Zeitung „il manifesto" wohlwollend abgedruckt, trägt ohne den geringsten Zweifel **vollständig die Handschrift Berlinguers und der PCI**. Es gibt unseres Wissens bisher k e i n e n Fall, wo antiimperialistische Bewegungen – bzw. deren diplomatische Repräsentanten im Ausland – derart plump und überheblich eine Ehrenerklärung für einen imperislistischen Staat abgegeben haben und damit objektiv gerade denjenigen in den Rücken gefallen sind, die stets ihren Kampf solidarisch unterstützt haben – und das gewiß auch nach dieser erschütternden Erklärung tun werden.

Die Erklärung zeigt, bis zu welchem Grad gewisse ausländische Vertreter oder Möchtegern- Vertreter antiimperialistischer Befreiungsorganisationen im Ausland k ä u f l i c h sind.

Aus der Welt des ‚realen Sozialismus'

Sowjetunion

Juri Orlow, in Haft seit Februar vorigen Jahres, wurde am 18. Mai zu 7 Jahren Arbeitslager und weiteren 5 Jahren Verbannung verurteilt. Die Angeklage lautete auf „antisowjetische Agitation und Propaganda" und „Staatsverleumdung".

Juri Orlow ist **Mitbegründer des sogenannten „Helsinki-Komitees"** in Moskau, das unter Ausnutzung der Schlußakte der KSZE-Konferenz von Helsinki die Situation in der Sowjetunion international anprangern wollte. **Von den 12 Personen, die sich im Mai 1976 zur Gründung des Moskauer „Helsinki Komitees" zusammenfanden, sind nur noch z w e i auf freiem Fuß in der Sowjetunion.** Die anderen sind ausgewiesen oder in Haft. („Le Monde", 16.5.78). Demnächst stehen Prozesse gegen enge Mitarbeiter von Juri Orlow an – **Alexander Ginsburg und Anatoli Schtscharanski**, beide ebenfalls schon seit Monaten in Haft. Es ist zu erwarfen, daß die Urteile ähnlich scharf wie das gegen Juri Orlow ausfallen werden.

Das DKP-Zentralorgan „UZ" hat das Terror-Urteil gegen Juri Orlow lebhaft begrüßt („UZ", 20.5.78).Orlow sei als *„politischer Schieber, Provokateur und bezahlter Verleumder"* zu Recht verurteilt worden. Die „UZ" bringt zum einen das wenig glückliche Argument, es sei nun einmal in a l l e n Staaten so, daß sich die Bürger an die geltenden Gesetze halten müßten. Als weiteres Argument behauptet die „UZ", Orlow sei verurteilt worden wegen der Verbreitung von Verleumdungen, von F a l s c h meldungen, wofür auch Beispiele genannt werden, die natürlich weder zu beweisen noch zu widerlegen sind. Es mag sein, daß einige Angaben, die von Orlow und anderen über „Menschenrechtsverletzungen" verbreitet wurden, f a l s c h sind. Das läßt sich in einem Land wie der Sowjet-

nannt werden, die natürlich weder zu beweisen noch zu widerlegen sind. Es mag sein, daß einige Angaben, die von Orlow und anderen über „Menschenrechtsverletzungen" verbreitet wurden, f a l s c h sind. Das läßt sich in einem Land wie der Sowjet-

union, wo der Opposition jede legale Möglichkeit genommen ist und wo die Staatspresse wesentliche Vorgänge verschweigt oder verfälscht, kaum vermeiden, selbst bei gutem Willen. Auch der chilenischen Opposition z.B. kann es natürlich passieren, daß sie etwa versehentlich jemanden als „vermißt" meldet, der in Wirklichkeit bereits in der BRD lebt. Es mag sogar sein, daß Orlow und andere in einzelnen Punkten w i s s e n t l i c h gelogen haben. Es gibt allerdings in ganz Europa heute kein Land – außer denen des „realen Sozialismus!" – in dem jemand nur wegen der Verbreitung falscher Meldungen für 7 Jahre ins Arbeitslager geschickt wird! Im Ubrigen verschweigt die „UZ" auch, daß der Punkt der „Staatsverleumdung" nur e i n e r der Anklagepunkte gegen Orlow war, und zwar vergleichsweise der geringfügere. **Der H a u p t anklagepunkt war „antisowjetische Agitation und Propaganda". Und das ist zweifelsfrei ein reines Gesinnungsdelikt.**

•••

„Wegen mehrjähriger Verbreitung von gefälschten Verleumdungen und sytematischer Hetze gegen Staat und Gesellschaft der UdSSR" („UZ", 23.5.78) wurde kurz nach dem Orlow-Prozess in Tiblissi zwei weitere „Bürgerrechtler" abgeurteilt – **Swiad Gamsachurdia und Merab Kostawa.** Die beiden hatten einer **„Helsinki-Gruppe"** in der Sowjetrepublik Georgien angehört. Das Urteil lautete auf **drei Jahre Arbeitslager und zwei Jahre Verbannung.** Der Staatsanwalt hatte vier Jahre Arbeitslager und drei Jahre Verbannung beantragt. Das Urteil fiel relativ „milde"(!) aus, weil beide Angeklagte sich schuldig bekannt und andere „Bürgerrechtler" denunziert haben sollen.

•••

Der sowjetische „Bürgerrechtler" **Alexander Podrabinek** wurde Mitte Mai in Moskau festgenommen. Podrabinek gehörte einer Gruppe an, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Informationen über den **„politischen Mißbrauch der Psychiatrie"** in der Sowjetunion zu sammeln und zu verbreiten. („Tagesspiegel", 17.5.78).

•••

Wegen „Parassitismus" (=Arbeitslosigkeit) wurde Mitte Mai **Valentin Poplavski** vor Gericht gestellt. Er gehört zu den „Dissedenten", die im Februar zur Bildung unabhängiger Gewerkschaften in der Sowjetunion aufriefen. („Lotta Continua", 18.5.78)

•••

Eine Parteizelle der PCF in Paris hat sich für den sowjetischen „Bürgerrechtler" **Kusnetzow** eingesetzt. Kusnetzow wurde 1961 aus politischen Gründen verhaftet und zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung dieser Haft versuchte Kusnezow 1970, ein Flugzeug zu entführen, um aus der Sowjetunion fliehen zu können. Dafür wurde er z u m T o d e verurteilt. Das Urteil wurde später in 15 jährige Haft umgewandelt.

Die Parteizelle der PCF erklärte dazu, der Fall Kusnezow widerspreche jedem Verständnis von Demokratie und Menschenrechten. Sie forderten **Freiheit für Kusnezow in einem Land seiner Wahl.** („Le Monde", 19.5.78).

•••

Nach Angaben von **„amnesty international" sind in der Sowjetunion seit Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte von Helsinki m i n d e s t e n s 160 Menschen aus politischen Gründen zu Gefängnis, Arbeitslager oder Verbannung verurteilt worden. Weitere mindestens 50-60 seien aus politischen Motiven in „Psychiatrische Anstalten" eingewiesen worden.** („Welt", 22.5.78).

Polen

Zwanzig polnische Intellektuelle haben eine **„Unabhängige Gruppe für wissenschaftliche Zusammenarbeit"** gebildet. Die Gruppe steht der **„Bewegung für die Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte"** nahe. Als ihre Aufgabe wurde erklärt, die Gruppe solle Intellektuelle um sich sammeln, *„die innerhalb der bestehenden Institutionen die Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer Ideen haben"*. („Welt", 19.5.78).

DDR

Kreise, die sich für den in der DDR inhaftierten „Dissidenten" Bahro engagieren, haben die Vermutung geäußert, daß demnächst der Prozess gegen den seit August 1977 inhaftierten Genossen Bahro ansteht.

Prof. Gollwitzer, Mitglied des Beirates zum III. Russell-Tribunal, hat als Vertreter der Westberliner Sek-

gagieren, haben die Vermutung geäußert, daß demnächst der Prozess gegen den seit August 1977 inhaftierten Genossen Bahro ansteht.

Prof. Gollwitzer, Mitglied des Beirates zum III. Russell-Tribunal, hat als Vertreter der Westberliner Sek-

tion der „Internationalen Liga für Menschenrechte" mitgeteilt, daß diese ihren Carl-von-Ossietzky-Preis in diesem Jahr an Rudolf Bahro verleihen will.

Im Juni soll ein rororo-Taschenbuch mit dem Titel „Solidarität mit Rudolf Bahro" erscheinen. Autoren des Buches sind u.a. Peter von Oertzen, Carl Amery, Rudi Dutschke , Otto Schily, Luise Rinser und Eduard Geldstücker (ehemals CSSR) („FR", 12.5.78).

In Paris soll am 31. Mai eine internationale Veranstaltung gegen die Repression in der DDR stattfinden. Erwartet wird zur Veranstaltung u.a. Wolf Biermann („Tagesspiegel", 12.5.78).

Solidaritätsveranstaltung zu Palästina in Göttingen

Mit 80 - 100 Teilnehmern war eine Solidaritätsveranstaltung am 25.4.78 für den palästinensischen Widerstand, anläßlich des 30jährigen Bestehens des zionistischen Staates Israel, den Umständen entsprechend gut besucht. Es sprach ein Referent vom 3.Welt-Magazin zur aktuellen Situation im Libanon und es wurde ein Film über die Situation der Palästinenser in Israel gezeigt. Der Veranstaltung vorausgegangen waren Sammlungen für den palästinensischen „Roten Halbmond" mit einem Ergebnis von rund 500 DM. Auf der Veranstaltung selbst wurde noch einmal 160 DM für einen Werkstattwagen für die PLO gesammelt.

Die Veranstaltung wurde von einer sehr breiten Aktionseinheit (AE) getragen. Von den treuesten und unkritischsten Anhängern der PLO-Führung, über die Sympathisanten der Ablehnungsfront (PFLP) bis zur Juso-Hochschulgruppe war alles mit von der Partie. Wir, die Sympathisanten der Ablehnungsfront, d.h. MIR, CISNU und KB/KHB haben uns vor allem deshalb an dieser AE beteiligt, weil uns zugesichert wurde, daß diesmal keine PLO-Jubelveranstaltung anstehe, sondern die Diskussion über die auch im palästinensischen Widerstand bestehenden Widersprüche möglich wäre. Um eine Grundlage für diese Diskussion zu haben, gab es ein gemeinsames Flugblatt von CISNU, MIR und KB/KHB. Ein für die Veranstaltung vorbereitetes Statement, inhaltlich orientiert an der Rede der PFLP vom 31.3.78 (AK 127), wurde von uns nicht vorgelesen, da die Veranstaltung doch einen anderen Charakter hatte als wir vorher angenommen hatten. Im Gegensatz zu unserer Vermutung, im wesentlichen Leute anzusprechen, für die der bewaffnete Befreiungskampf der Palästinenser eine klare Sache ist, tauchten viele Fragen auf, in denen das Unverständnis für bewaffnete Aktionen der Palästinenser in Israel zum Ausdruck kamen. Um diese und ähnliche Fragen in Ruhe und solidarisch diskutieren zu können, verzichteten wir darauf, unser Statement zur Diskussion zu stellen, da dies eine Spezialistendiskussion geworden wäre. Alles in allem hob sich diese Veranstaltung angenehm von den sonst bei uns üblichen PLO-Jubelveranstaltungen ab.

Ein Mitglied der Inter-Kommission des KB-Göttingen

Chile-Solidaritätsveranstaltung der Hamburger DGB-Jugend

Hamburg. Am 25.5. fand im Gewerkschaftshaus eine Solidaritätsveranstaltung mit dem seit dem 22.5.78 laufenden Hungerstreik von 80 Frauen in Santiago statt.

Der Hungerstreik wird von Angehörigen gemacht, die Auskünfte über den Verbleib von insgesamt 2.500 Verhafteten und Verschleppten erzwingen wollen.

Seit dem 24.5. haben sich 12 chilenische Flüchtlinge in Hamburg dem Streik angeschlossen, und zwar im „Takelboden", dem DGB-Jugendtreff.

Sehr spontan wurde von der Gewerkschaftsjugend eine Solidaritätsveranstaltung organisiert, an der ca. 100 - 150 Kolleginnen und Kollegen teilnahmen. Hans Saalfeld, Hamburger DGB-Vorsitzender, wies auf die Vergangenheit des deutschen Faschismus hin, die geradezu verpflichte, mit dem chilenischen Widerstand solidarisch zu sein. Nach dem Film „An die Völker der Welt" mit Carmen Castillo und Laura Allende sprach ein Vertreter des CUT, der einige Informationen über den Hungerstreik gab.

Die Sprecherin der Gewerkschaftsjugend forderte, daß die Gewerkschaften scharf gegen Politiker wie Strauß, die die Verhältnisse in Chile bejubeln, vorgehen müssen und außerdem die neofaschistischen Provokationen, die sich in letzter Zeit häufen, von Gewerkschaftern massiv bekämpft werden müssen, d.h. unter anderem Verbotsforderungen für faschistische Aktivitäten.

Es wurden dann eine Reihe von Solidaritätsadressen verlesen, u.a. vom VK der Volksfürsorge-Leben, der Iduna-Betriebsgruppe, der Juso-Hochschulgruppe, Amnesty International. Den Abschluß bildete eine chilenische Musikgruppe.

Eine gute Sache! Und die Forderung der Gewerkschaftsjugend gegen die faschistischen Provokationen in der BRD gilt es nun in den Gewerkschaften insgesamt durchzusetzen!